



AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

## **Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte**

### *Unter beratender Mitarbeit von*

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

### *Auslandskorrespondenten*

Emil Niederhauser (UVR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen), S. Sak (UdSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR)

### *Redaktionskollegium*

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,  
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich  
Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

### *Arbeitsgruppe Literaturkritik*

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann Leh-  
mann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmeler

*Redaktionssekretär:* Ingrid Thümmeler



# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1977 · TEIL I

Stiftung des "Kuno Kaczynski-Fonds"

ERHANDLUNGEN · STUDIES · REZENSIONEN

Kurt Graml

Zur Rolle der  
Stiftung des  
Kuno Kaczynski-Fonds  
zur Kapitalbildung  
1919

Wolfgang Schmitz

Zur Entwicklung der  
Hilfsleistungswirtschaft  
der Arbeiter in  
Deutschland

Wolfgang Thiemer

Zur regionalen  
Entwicklung  
in Deutschland  
1918 bis 1971

Wolfgang Thiemer

Wähler und  
Parteien  
in  
Deutschland  
1949 bis  
1971

Wolfgang Thiemer

Die  
Wirtschafts-  
geschichte  
in  
Deutschland

ERHANDLUNGEN

Kurt Graml

Die  
Wirtschafts-  
geschichte  
in  
Deutschland

ERHANDLUNGEN

Kurt Graml

Die  
Wirtschafts-  
geschichte  
in  
Deutschland



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1977

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
LEBENS- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschafts- und Lebensgeschichte

1977 - Teil 1

Wirtschafts-  
geschichte

Redaktionsschluß: 15. 3. 1976

Anschrift der Redaktion:  
108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1977

Lizenznummer: 202 · 100/127/77 Karten: P 321/76

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 753 279 2 (2103/77/1) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)



AKADEMIE-VERLAG BERLIN

# INHALT

## Stiftung des "René-Kuczynski-Preises"

### ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- |                      |  |     |                            |
|----------------------|--|-----|----------------------------|
| Holle Grünert        | Zur Rolle der Energie bei der Vergesellschaftung der Produktion in Phasen der kapitalistischen Industrialisierung                        | 13  | 458<br>468<br>A 557<br>483 |
| Waltraut Schmidt     | Zur Entwicklung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft in Indien  | 35  | E221                       |
| Heinzpeter Thümmeler | Zur regionalen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1816 bis 1871  | 55  | BA 911                     |
| Karl Obermann        | Wähler und Wahlmänner, ihre soziale Herkunft und ihre Beteiligung an den Wahlen 1848 in Schlesien. Eine Studie zur Rolle der Wahlen 1848 | 73  | BC 082                     |
| Grigori E. Aresjan   | Die frühe Klassengesellschaft im nordöstlichen armenischen Hochland  | 97  | C 930                      |
| DISKUSSIONEN         |  |     |                            |
| Horst Handke         | Zu Wandlungen der sozialen Unterschiede in der sozialistischen Gesellschaft  | 111 | A 930                      |
| LITERATURKRITIK      |  |     |                            |
| Jörg Roesler         | Intensivierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt  | 127 |                            |
| Jürgen Kuczynski     | Traurige Überlegungen darüber, wie fern wir noch einer ausreichenden Historie der Gesellschaftswissenschaften sind                       | 141 |                            |

Horst Handke	Wer macht Meinung für wen? Aspekte und Positionen bei der Darstellung der historischen Entwicklung der Bewußtseinsindustrie anhand einiger Publikationen	145
Elfriede Rehbein	Autobahnbau und Kriegsvorbereitung	167
Harald Müller	Ökonomie und Politik in den letzten Jahrzehnten eines Vielvölkerstaates	173
Gerhard Heitz	Landwirtschaft - Agrarverfassung - Bauernstand	183
Volker Klemm	Die Agrarwissenschaften als Produktivkraft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	209
Hagen Fischer	Soziale Fragen, Produktion und Produzenten	225

#### FORSCHUNGSBERICHTE

CC 432	Zdeněk Jindra/Ernst Barth	Einige Bemerkungen zur Erforschung und Darstellung einer Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens	235
--------	---------------------------	--	-----

#### TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Wolfgang Jacobeit	Der Einfluß der Industrialisierung auf die Landwirtschaft seit 1800 (5. bis 10. April 1976 in Reading)	243
-------------------	--	-----

#### QUELLEN UND MATERIALIEN

BA 526	Fritz Petrick	Zwei Schlüsseldokumente zur faschistischen "Aufteilung der europäischen Aluminiumindustrie"	249
--------	---------------	---	-----

#### BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)	271
Autorenverzeichnis	307
Содержание, Contents, Contenu, Sumario	309

## STIFTUNG DES "RENE-KUCZYNSKI-PREISES"

Anlässlich des 100. Geburtstages von René Kuczynski übergaben Akademiemitglied Prof. Dr. Jürgen Kuczynski und Frau Marguerite Kuczynski dem Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR eine Schenkung in Höhe von 100 000 Mark. Aus diesen Mitteln wurden zu Ehren und in Würdigung der großen Verdienste des bedeutenden fortschrittlichen Wissenschaftlers René Kuczynski der

### René-Kuczynski-Fonds

gebildet und auf dieser Grundlage als Auszeichnung für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der wirtschaftshistorischen Forschung, die im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" veröffentlicht werden, der

### "René-Kuczynski-Preis"

des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR gestiftet. Der "René-Kuczynski-Preis" besteht aus einer Ehrenurkunde und den jährlichen Zinsen des René-Kuczynski-Fonds. Seine Höhe beträgt demzufolge zur Zeit

3250 Mark.

Der "René-Kuczynski-Preis" wird alljährlich am 12. August, dem Geburtstag von René Kuczynski, für den wissenschaftlich wertvollsten Beitrag verliehen, der im jeweiligen Vorjahr im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" erschienen ist.

Mit dem "René-Kuczynski-Preis" können Einzelautoren und Autorenkollektive unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit ausgezeichnet werden.

Über die Preisvergabe entscheidet ein Kuratorium aus sieben Wissenschaftlern unter Vorsitz des Direktors des Instituts für Wirtschaftsgeschichte.

Die Namen der Preisträger werden im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" veröffentlicht.

## STIFTUNG DES "RENE-KUCZYNSKI-PREISES"

Anlässlich des 100. Geburtstages von René Kuczynski übergaben Akademiemitglied Prof. Dr. Dr. Jürgen Kuczynski und Frau Marguerite Kuczynski dem Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR eine Schenkung in Höhe von 100 000 Mark. Aus diesen Mitteln wurden zu Ehren und in Würdigung der großen Verdienste des bedeutenden fortschrittlichen Wissenschaftlers René Kuczynski der

### René-Kuczynski-Fonds

gebildet und auf dieser Grundlage als Auszeichnung für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der wirtschaftshistorischen Forschung, die im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" veröffentlicht werden, der

### "René-Kuczynski-Preis"

des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR gestiftet. Der "René-Kuczynski-Preis" besteht aus einer Ehrenurkunde und den jährlichen Zinsen des René-Kuczynski-Fonds. Seine Höhe beträgt demzufolge zur Zeit

3250 Mark.

Der "René-Kuczynski-Preis" wird alljährlich am 12. August, dem Geburtstag von René Kuczynski, für den wissenschaftlich wertvollsten Beitrag verliehen, der im jeweiligen Vorjahr im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" erschienen ist.

Mit dem "René-Kuczynski-Preis" können Einzelautoren und Autorenkollektive unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit ausgezeichnet werden.

Über die Preisvergabe entscheidet ein Kuratorium aus sieben Wissenschaftlern unter Vorsitz des Direktors des Instituts für Wirtschaftsgeschichte.

Die Namen der Preisträger werden im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" veröffentlicht.

Akademie der Wissenschaften der DDR  
Institut für Wirtschaftsgeschichte  
Redaktion Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Frau  
Marguerite Kuczynski und  
Herrn  
Prof. Dr. Jürgen Kuczynski

112 Berlin-Weissensee  
Parkstr. 94

Liebe Marguerite, lieber Jürgen Kuczynski!

Im Namen des "Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte" danke ich Euch von Herzen für die Stiftung des "René-Kuczynski-Preises". Es wäre zu schwach, wollte man sagen, was ohnehin jeder weiß, nämlich daß Ihr Euch um die Förderung der Wirtschaftsgeschichte hundertfach verdient gemacht habt und daß diese Stiftung ein erneuter Beweis dafür sei. Ich suche also lieber nicht nach den angemessenen großen Worten und gebe statt dessen meiner Überzeugung Ausdruck, daß der "René-Kuczynski-Preis" ganz in Eurem Sinne das "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte", dessen Geburt und Entwicklungsweg so eng mit dem Namen Kuczynski verbunden ist, interessanter - ich darf doch wohl sagen: noch interessanter - und gewichtiger machen wird.

Mit aufrichtigem Dank

Berlin, im November 1976

Jan Peters  
Chefredakteur

(12. August 1876 bis 24. November 1947)

René Kuczynski war wohl der einzige der bürgerlichen deutschen Gesellschaftswissenschaftler von Weltruf in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, der seine Arbeit ganz in den Dienst des Fortschritts stellte, sie also in wirklicher Verbundenheit mit der Arbeiterklasse leistete.<sup>1</sup>

Nach erfolgreicher Promotion bei Lujo Brentano und einjähriger Volontärzeit im Statistischen Amt der Stadt Berlin begann er 1899 unter Anleitung von Carroll D. Wright im Bureau of Labor Statistics in Washington mit arbeitsstatistischen Studien, die ihren Abschluß 1913 in der vielbeachteten, auch heute noch zitierten Monographie "Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870 - 1909" fanden, einem Buch, das von Lenin respektvoll "Hauspostille der Löhne" genannt wurde.

Nachdem er kurze Zeit (1904 bis 1906) Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Elberfeld war, übernahm er das Statistische Amt von Berlin-Schöneberg und begann mit Studien über Wohnungsprobleme. Als 1912 der "Propaganda-Ausschuß für 'Groß-Berlin'" eine Kampagne zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse eröffnete, stand als Motto über der ganzen Bewegung Kuczynskis Feststellung:

"In Groß-Berlin wohnen 600 000 Menschen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit 5 und mehr Personen besetzt ist." Und Kuczynski, Mitglied der Ausschußleitung, erkennt: "Kein Mensch hat sich gegen diese Behauptung gewehrt, solange sie nur ... den Lesern der Fachliteratur ... zugänglich war. Sie wurde als eine wissenschaftliche Feststellung leidenschaftslos hingenommen. Als wir dann aber ... erklärten, wir würden diese grauenhafte Tatsache auf den Straßen Groß-Berlins durch Plakate bekanntgeben, da erhob sich Herr Oberbürgermeister Kirschner und sagte: So etwas tut man nicht ..."

Diese Erkenntnis drängte ihn zu einer immer aktiveren Parteinahme mit Leidenschaft für das werktätige Volk und mit Haß gegen die herrschende Klasse.

Daß diese Haltung in seinen während des ersten Weltkrieges veröffentlichten Analysen zur Ernährungsfrage nicht so deutlich wurde, war der Tatsache geschuldet, daß natürlich auch er sich der "verfluchten Sklavensprache" (Lenin) bedienen mußte, um seine Einsichten zu verbreiten. Wegen seines Kampfes gegen den Lebensmittelwucher - vor allem forderte er, in größerem Umfang Schweine zu schlachten, um die Kartoffelversorgung der Bevölkerung zu sichern - stempelten ihn die Junker zum "Schweinemörder", eine Behauptung, die noch zwanzig Jahre später der Faschist Darré in seinem Machwerk "Der Schweinemord" übernahm.

<sup>1</sup> Eine umfassende Würdigung erfuhr René Kuczynski in der Biographie seines Sohnes: Kuczynski, Jürgen, René Kuczynski. Ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1957.



Gegen Ende des Krieges begann René Kuczynski über Finanzprobleme zu veröffentlichen. Seine Forderungen - unter anderem hohe Steuern auf Vermögen, Kriegsgewinne und große Einkommen -, sein Auftreten gegen Annexionen und Kriegsschädigungen brachten ihm zum ersten Mal die Bezeichnung "Landesverräter" ein. Kein Wunder auch, daß seine Ende 1918 beginnende ehrenamtliche Tätigkeit im Reichswirtschaftsamt (als Beirat für die Bearbeitung statistischer Fragen, insbesondere zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen) schon nach vier Monaten mit Krach endete, weil er nicht gewillt war, dem deutschen Monopolkapital genehme Analysen zu liefern.

Auch einer halbamtlichen Tätigkeit - in der zweiten Sozialisierungskommission - war kein Erfolg beschieden, ganz einfach weil die Sozialisierung nicht erfolgte. Welche Position Kuczynski hier einnahm, verdeutlicht die von dem Monopolisten Walther Rathenau voller Wut gebrauchte Charakterisierung: "Kuczynski bildet immer eine Einmannpartei und steht auf deren linken Flügel."

Nach dem Kriege begründete er die "Finanz-politische Korrespondenz", die sich in der Folgezeit immer stärker mit Lohn- und Lebenshaltungskostenfragen befaßt. Ausgehend von seinen früheren Studien konnte er hier über sechs Jahre lang jeden Monat Berechnungen über das Existenzminimum vorlegen, die in den Lohnkämpfen der Arbeiterklasse eine so bedeutende Rolle spielen, daß er von nun an in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung als "der berühmte Statistiker Kuczynski" (Eugen Varga) zitiert wird. Ganz folgerichtig tritt er 1924 auf dem Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe mit einer Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Erscheinung.

Die internationalistische Position Kuczynskis wurde auch in seinem Kampf um eine deutsch-französische Freundschaft deutlich - zu diesem Zwecke gab er 1923/24 die "Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz" heraus - sowie in seiner führenden Mitarbeit in der Liga für Menschenrechte.

Seinen politisch bedeutendsten Beitrag leistete René Kuczynski zweifellos im Kampf gegen die Fürstenabfindung 1926. Unter seiner Leitung kam es in dem als "Kuczynski-Ausschuß" bekannt gewordenen Gremium zur Koordinierung der Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten zu einer Verständigung zwischen den Führungen von KPD und SPD über die Durchführung eines Volksentscheides. Diese Rolle konnte Kuczynski nur spielen, weil er das Vertrauen der Werktätigen besaß, weil er durch seine genauen und unbestechlichen Analysen eine unbestrittene Autorität in Wirtschaftsfragen war, weil er weder durch Amt und Würde noch durch Geld zu kaufen war und schließlich weil sich die Führer der Parteien und Massenorganisationen über ihn - den Parteiloosen - verständigen konnten. Nach der Niederlage des Volksentscheides wandte er sich an alle dem Reichsausschuß für Fürstenenteignung angehörenden Organisationen, den Kampf weiterzuführen. Von den drei größten Arbeiterorganisationen antwortete die KPD sofort und zustimmend, der ADGB antwortete zunächst gar nicht, die SPD lehnte ab. Wie recht hatte Kuczynski mit seiner Auffassung: Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, der ein anständiger, fortschrittlich denkender Mensch folgen kann.

1926 begann Kuczynski auch mit Untersuchungen über den amerikanischen Kapital-export nach Deutschland, deren Ergebnis der Untertitel seines Buches "Wall Street und die Deutschen Anleihen, Bankierprofite und Publikumsverluste" zum Ausdruck bringt. Dieses Buch, im Januar 1933 erschienen, war das letzte, das Kuczynski in Deutschland herausbringen konnte; nach dem Machtantritt der Faschisten in Deutschland wurde er gesucht, mußte emigrieren.

In England beschäftigte er sich vor allem mit Bevölkerungsproblemen. Die gesamte moderne Bevölkerungsstatistik, einschließlich ihrer Terminologie (Brutto- und Netto-reproduktionsrate usw.) basiert auf den Werken Kuczynskis, die er seit 1928 veröffentlichte. Hier zeigte er sich wieder und wieder als Meister der Statistik.

Ein amerikanischer Statistiker formulierte, man sei "gleichermaßen erschlagen von der Einfachheit seiner Methodologie und der Bedeutung der Resultate, zu denen sie führt". Ganz selbstverständlich sprach man in der demographischen Literatur vor dem zweiten Weltkrieg nur von den "Kuczynski-Raten". 1937 veröffentlichte er seine Arbeit "Colonial Population", und dieses Thema sollte ihn die letzten zehn Jahre seines Lebens beschäftigen. Aber auch in dieser Zeit war Kuczynski politisch an vorderster Stelle aktiv. Als 1943 Die Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien begründet wird, wird ihm der Vorsitz übertragen. Wieder setzt er all seine Kräfte, all seine Autorität für die Einigung aller fortschrittlichen Kräfte unter den deutschen Emigranten in England ein.

Nach dem Ende des Krieges konzentriert er sich ganz auf sein großes Werk "Demographic Survey of the British Colonial Empire", das er vor seiner Rückkehr nach Deutschland noch vollenden wollte. Kurz vor der endgültigen Fertigstellung des Manuskripts - das dreibändige Werk wird 1948 bis 1953 in London veröffentlicht - starb er einundsiebzigjährig.

René Kuczynski war ein erstrangiger Wissenschaftler, aber er war noch mehr, viel mehr, Kuczynski war, wie es im Nachruf des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hieß, "ein Wissenschaftler der Arbeiterbewegung".

*Abhandlungen,  
Studien, Miscellen*

ZUR ROLLE DER ENERGIE BEI DER VERGESELLSCHAFTUNG DER  
PRODUKTION IN PHASEN DER KAPITALISTISCHEN INDUSTRIALISIERUNG<sup>1</sup>

von Holle Grünert

1. Einige Aspekte zur prinzipiellen Stellung der Energie in der kapitalistischen Industrialisierung
2. Zur Rolle der Energie in der historisch progressiven Phase des Kapitalismus
  - 2.1. Die Stadien der kapitalistischen einfachen Kooperation und Manufaktur
  - 2.2. Die Industrielle Revolution, Schaffung der kapitalistischen großen Industrie
3. Zur Rolle der Energie in der Niedergangsphase des Kapitalismus
  - 3.1. Zur Situation beim Übergang zum Imperialismus und in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus
  - 3.2. Entwicklung der Energiebasis in der Gegenwart und Grenzen kapitalistischer Industrialisierung

1. Einige Aspekte zur prinzipiellen Stellung der Energie in der kapitalistischen Industrialisierung

Die Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution gewinnen gegenwärtig immer größere Bedeutung in der Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und des Imperialismus im Weltmaßstab. Vor diesem historischen Hintergrund und angesichts der widerspruchsvollen Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution unter den Bedingungen des voll ausgeprägten staatsmonopolistischen Kapitalismus in führenden kapitalistischen Ländern wird die Frage nach wesentlichen Merkmalen, nach historischer Fortschrittlichkeit und gegenwärtigen Grenzen kapitalistischer Industrialisierung immer bedeutungsvoller. Auf der erreichten Stufe der Vergesellschaftung der Produktion im Kapitalismus verbindet sich diese Fragestellung zunehmend mit der Frage nach den

<sup>1</sup> Der Beitrag fußt auf bisherigen Ausarbeitungen zu meiner Dissertation, für deren Betreuung ich mich Herrn Dr. sc. Mueller-Bülow zu Dank verpflichtet weiß.

Entwicklungsbedingungen der energetischen Basis. Sowohl historisch langfristig als auch unter aktuellem Bezug ist gerade die Energie ein für das Verständnis der antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus sehr wichtiger volkswirtschaftlicher Bereich.

Die historisch progressive Rolle der kapitalistischen Produktionsweise wird von Lenin mit zwei Kerngedanken charakterisiert: Hebung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit und Vergesellschaftung dieser Arbeit.<sup>2</sup> Ihre Verwirklichung erfolgt im Verlaufe von "Stadien der kapitalistischen Produktion"<sup>3</sup>, die unter diesem Gesichtspunkt sowohl "Hauptstadien der Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch den Kapitalismus"<sup>4</sup> als auch "Formen der gesellschaftlich entwickelten Arbeit"<sup>5</sup> sind und die sich niederschlagen als besondere "Produktionsmethoden des relativen Mehrwerts"<sup>6</sup>.

Nach Entwicklung von Arbeitsteilung und Produktivität umfaßt die historisch fortschrittliche Phase des Kapitalismus einmal die kapitalistische einfache Kooperation und Manufaktur. Sie umfaßt zum anderen die Entfaltung der großen Industrie bis zu der Stufe, auf der das Kapital seine historische Mission erfüllt, eine materiell-technische Basis geschaffen hat, die gesamtgesellschaftliche Aneignung ermöglicht und erfordert.<sup>7</sup>

Die bedeutsame Stellung der Energie innerhalb der materiell-technischen Basis des Kapitalismus wird vor allem an ihrem Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitsmittel, besonders der Produktionsinstrumente, sichtbar. Auf diese innere Dialektik wies Marx zum Beispiel hin, indem er feststellte: "Einfache Werkzeuge; Akkumulation von Werkzeugen; zusammengesetzte Werkzeuge; in Bewegung setzen eines zusammengesetzten Werkzeuges durch einen einzigen Handmotor, den Menschen; in Bewegung setzen dieser Instrumente durch die Naturkräfte; Maschinen; System von Maschinen, die nur einen Motor haben; System von Maschinen, die einen automatischen Motor haben - das ist die Entwicklung der Maschine."<sup>8</sup> Nur in Verbindung mit einem bestimmten qualitativen und quantitativen Niveau der Energieanwendung können sich die Arbeitsmittel und Produktionsinstrumente entfalten und als Charaktermerkmale der gesellschaftlichen Produktionsepoche<sup>9</sup> ökonomisch und sozial realisieren.

Im Prozeß der von Lenin hervorgehobenen Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Vergesellschaftung der Arbeit unter dem Kapitalismus steht der Zusammenhang zwischen Arbeitsmittel und nicht-biologischer, das heißt von anderen Quellen als Menschen- oder Tierkraft bereitgestellter Energie im Vordergrund. Über mehrere qualitative Stufen wird er historisch immer intensiver. Die Stadien der kapi-

2 Vgl. Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 617.

3 Derselbe, Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik, in: ebenda, Bd. 2, Berlin 1961, S. 181.

4 Derselbe, Karl Marx, in: ebenda, Bd. 21, Berlin 1960, S. 52.

5 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Berlin 1965, S. 366.

6 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1962, S. 340.

7 Vgl. Neelsen, Karl, Kapital und Mehrwert, Lehrhefte Politische Ökonomie des Kapitalismus, Berlin 1973, S. 88 f., 105.

8 Marx, Karl, Das Elend der Philosophie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 188.

9 Vgl. derselbe, Das Kapital, a. a. O., S. 195.

talistischen Industrialisierung sind in diesem Sinne auch ablesbar an Etappen der Erzeugung und Anwendung von Energie.

Die nicht-biologische Energie drängt zur Vergesellschaftung der Arbeitsmittel und stimuliert so den gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung des kapitalistischen Grundwiderspruches sowohl in der historisch progressiven Phase als auch - nach Erfüllung der historischen Mission - in der Niedergangsphase dieser Gesellschaft. Historische Fortschrittlichkeit wie auch historische Perspektivlosigkeit des kapitalistischen Systems werden gerade an der Energie in ihrer integrierenden Wirkung auf die Vergesellschaftung der Produktion in starkem Maße spürbar.

An der integrierenden Wirkung der Energie zeigen sich daher gegenwärtig vor allem in den führenden kapitalistischen Ländern, auf die wir schwerpunktmäßig eingehen, Grunderfordernisse weiterer Vergesellschaftung der Produktion, deren Durchsetzung auf die Schranken kapitalistischer Industrialisierung stößt und daher in der Tendenz immer komplizierter und reibungsvoller vor sich geht.

Erstens: Ein solches Grunderfordernis, dem im Rahmen des privatkapitalistischen Eigentums trotz erreichter Teilerfolge tendenziell immer weniger entsprochen wird, besteht in der beschleunigten, proportionalen Entwicklung des Energiebereiches selbst. Das zeigt sich sowohl an Entwicklungstendenzen der Primärenergieträger als auch der Energieumwandlung. Mit den Anforderungen an die Kernenergie wird dieses Problem sicher weiter an Bedeutung gewinnen.

Zweitens: In Wechselwirkung mit den Möglichkeiten der Energieanwendung sind vor allem seit den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre wachsende Komplexität der Arbeitsmittel und erhöhte technologische Kontinuität der Produktion in steigendem Maße ein Grunderfordernis des Vergesellschaftungsprozesses geworden. Demgegenüber hat sich die Anarchie und Diskontinuität der ökonomischen Entwicklung im Imperialismus verstärkt. Das von Krisen erschütterte kapitalistische Weltwirtschaftssystem kann immer weniger die innere Dialektik zwischen der energetischen Basis und der hochentwickelten Produktionstechnik industriell reibungslos vollziehen.

Drittens: Es fällt der kapitalistischen Produktionsweise von heute immer schwerer, die integrierende Wirkung des Energiebereiches im Hinblick auf die Realisierung des volkswirtschaftlichen Zusammenhanges mit anderen Bereichen der Wirtschaft zu gewährleisten. Immer stärker kommt es dabei auch zu deutlichen Diskrepanzen zwischen produktiver und nichtproduktiver Sphäre, die wesentlich durch die anarchische Entwicklung im Energiesektor beeinflusst werden.

Viertens: Eine entscheidende Bedingung weiterer Vergesellschaftung, an der die Grenzen kapitalistischer Industrialisierung zutage treten, besteht in der Umgestaltung des objektiven inneren Verhältnisses von Energieerzeugung und -anwendung zur Hauptproduktivkraft Mensch. Hier liegt unseres Erachtens ein Schnittpunkt der genannten Probleme: Die allseitige Entfaltung der Hauptproduktivkraft wird im Verlaufe der wissenschaftlich-technischen Revolution zunehmend zum unabdingbaren Erfordernis des künftigen Produktionsprozesses. Die energetischen Möglichkeiten müssen immer umfassender den Bedürfnissen und der Persönlichkeitsentwicklung der werktätigen Bevölkerung untergeordnet werden. Unter staatsmonopolistischen Bedingungen aber wird die gewaltige jetzt erreichte Stufe energetischer Entwicklung im Prinzip ausschließlich den Interessen des nationalen und internationalen Finanzkapitals nutzbar gemacht. Dies bedeutet - und das besagen auch Einschätzungen westlicher Spezialisten - eine im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts enorm anwachsende Belastung der Bevölkerung in den industriell entwick-



kelten kapitalistischen Ländern. Es wird, wenn die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes nicht ausreichend entgegenwirken, auch zu einer noch größeren Kluft im Lebensniveau zwischen den entwickelten und weniger entwickelten kapitalistischen Ländern führen.

## 2. Zur Rolle der Energie in der historisch progressiven Phase des Kapitalismus

### 2.1. Die Stadien der kapitalistischen einfachen Kooperation und Manufaktur

Das erreichte Niveau der Energieanwendung in seinem Wechselverhältnis mit der Entwicklung der Arbeitsmittel ist für die Vergesellschaftung der Produktion durch den Kapitalismus, wie er aus dem Feudalismus hervorstieg, vor allem in folgender Hinsicht wichtig:

Die Anwendung von Naturkräften in der Produktion ist ihrem Wesen nach ein kooperativer Prozeß. Die energetischen Möglichkeiten gestatteten sowohl die gleichzeitige Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitskräften als auch eine tiefere arbeitsteilige Gliederung des Produktionsprozesses. Ebenso wie die energetischen Möglichkeiten überstiegen auch die Aufwendungen vielfach den Rahmen des kleinen Handwerks. Wir meinen, daß vom Stand der Produktivkräfte her in bestimmten Zweigen (wie Bergbau und Hüttenwesen) die Ansätze kapitalistischer Warenproduktion gerade durch die Nutzung nicht-biologischer Energie mit begünstigt wurden. Ihr verstärkter Einsatz gehört unseres Erachtens zu den materiell-technischen Grundlagen, auf denen sich die Kooperation als Grundform der kapitalistischen Produktionsweise, die insofern immer Bedingung kapitalistischer Produktion bleibt<sup>10</sup>, entfalten konnte.

Die Umwandlung des Arbeitsprozesses in einen kooperativen war der erste Schritt auf dem Wege zum gesellschaftlichen Charakter der Produktion, war "die erste Änderung, welche der wirkliche Arbeitsprozeß durch seine Subsumtion unter das Kapital erfährt".<sup>11</sup> Durch diese Veränderung im Charakter des Arbeitsprozesses fand das Kapitalverhältnis selbst, welches zunächst formell gesetzt war, seine erste ökonomische Verwirklichung im Hinblick auf den entstehenden Antagonismus von Proletariat und Bourgeoisie. Die Kooperation erfolgte, vermittelt durch das Kapital<sup>12</sup>, unter seinem ökonomischen Zwang. Die aus der gesellschaftlichen Kollektivkraft der Arbeit entspringende Erhöhung der Arbeitsproduktivität schlug sich daher nieder als Produktivkraft des Kapitals, wurde von ihm als relativer Mehrwert angeeignet.

Uns stellt sich die Frage, wie in den Stadien der kapitalistischen einfachen Kooperation und Manufaktur im einzelnen der innere Zusammenhang zwischen Vergesellschaftung der Produktion und Energieanwendung beschaffen war.

In dieser Phase kapitalistischer Entwicklung entfalteten sich auf der qualitativ gleichen materiell-technischen Basis die einfache (zünftige und nichtzünftige) und Ansätze kapitalistischer Warenproduktion. Es begann - unterschiedlich stark

<sup>10</sup> Vgl. ebenda, S. 355.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 354.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu u. a. Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1974, S. 479 ff.

durch die Gesetzmäßigkeiten des Feudalismus beeinflusst - der Umschlag der Eigentumsgesetze der einfachen Warenproduktion in Gesetze der kapitalistischen Aneignung.<sup>13</sup>

Die materiell-technische Basis dieses Prozesses war einerseits durch eine fortschreitende Spezialisierung der verwendeten Handwerksinstrumente gekennzeichnet, andererseits durch eine Konzentration im Zuge des Übergangs zur verstärkten Anwendung von nicht-biologischer Energie. Beide Tendenzen aber waren noch nicht unmittelbar verbunden. Die handwerkliche Herstellung der Finalprodukte erforderte nach wie vor den Menschen als Antriebskraft. Teil- und Hilfsprozesse der Produktion dagegen erlaubten außer der Tierkraft den zunehmenden Einsatz von mechanischer Energie. Diese mechanische Energie mit der Nutzung von Wasser- und Windströmungen wurde bereits für die einfache Kooperation als dem historischen Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise und verstärkt für die Manufaktur charakteristisch.

Im Bergbau zum Beispiel erfolgte eine wachsende Vergesellschaftung der Produktion auf der Grundlage des Vordringens in größere Tiefen. Das erforderte vor allem die Lösung der mit der Grubenentwässerung verbundenen Probleme. Es wurden verschiedene mechanische "Künste" eingesetzt, die teils auf Tierkraft, zunehmend aber auf der Anwendung von Wasserkraft beruhten.<sup>14</sup> Um 1500 war das frühkapitalistische Privateigentum an diesen kapitalaufwendigen Einrichtungen stärker ausgeprägt als in dem damals fortschrittlichen erzgebirgischen Silberbergbau insgesamt. Private Eigentümer errichteten häufig die "Künste" auf eigene Kosten, um sich für die Dauer des Betriebes am Bergbaugewinn zu beteiligen. Danach transportierten sie, auf der Suche nach erneuter Kapitalverwertung, ihre Vorrichtungen in ein anderes Revier.<sup>15</sup>

Die Entwicklung der Energiebasis und der kapitalistischen Kooperation sowie Manufaktur durchdrangen sich gegenseitig. Bei den Anfängen des Tiefenbergbaus haben wir es sowohl mit einfacher Kooperation als auch mit dem Beginn arbeitsteiliger Kooperation zu tun. Im Hüttenwesen, wobei wir die Eisenverhüttung herausgreifen, ermöglichte die Anwendung der Wasserkraft den Übergang von der Herstellung des Luppeneisens auf Rennfeuern zur Erzeugung von Gußeisen in Blasöfen und zur Errichtung von Hammerwerken. In diesem Prozeß begannen sich zunächst die Berufe der Bergleute, Köhler und Hüttenleute zu trennen. Mit der technischen Weiterentwicklung (Errichtung von Schachtöfen seit dem 14. Jahrhundert und vor allem seit Ende des 15. Jahrhunderts sowie Verbreitung des Eisenfrischens) und mit der Ausdehnung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion in der Manufakturperiode setzte sich auf der Grundlage des Wasserradantriebes immer stärker eine Arbeitsteilung innerhalb der Erzverhüttung durch: zwischen Schmelzern und Hammerwerkern sowie innerhalb beider Gruppen. Besonders in den Hammerwerken kam es zur Entstehung des manufakturmäßigen Teilarbeiters mit

13 Vgl. derselbe, Das Kapital, a. a. O., S. 613.

14 Eine ausführliche zeitgenössische Beschreibung gibt Agricola. Vgl. Agricola, Georgius, De re metallica libri XII (Berg- und Hüttenkunde, 12 Bücher), in: Ausgewählte Werke, Gedenkausgabe des Staatlichen Museums für Mineralogie und Geologie zu Dresden, Bd. 8, Berlin 1974, S. 234 ff.; zum Wasserradantrieb bei der Grubenentwässerung insbes. S. 250 - 262, 271 - 275.

15 Vgl. die materialreiche Darstellung bei Laube, Adolf, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546, Berlin 1974, S. 118 ff.



seinem Werkzeug (Spezialisierung der Werkzeuge zum Beispiel in Gestalt des Grobhammers, Streckhammers, Zainhammers).<sup>16</sup>

Die Weiterentwicklung der Energiebasis gegenüber dem Feudalismus war eine Grundbedingung dafür, daß das arbeitsteilige Prinzip der Zerlegung der Arbeitsoperationen realisiert werden konnte. Zugleich trug die verstärkte und veränderte Energieanwendung dazu bei, daß "der Kapitalist den einzelnen Arbeitern gegenüber die Einheit und den Willen des gesellschaftlichen Gesamtkörpers"<sup>17</sup> vertreten konnte. Der innere Zusammenhang zwischen dem Prozeß beginnender Industrialisierung der Produktionsmittel und der Energiebasis ist daher auch Bedingung für die Unterordnung des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozeß des Kapitals. Auf diese Weise wurde historisch die Verkrüppelung des Arbeiters zum Teilarbeiter, die Bereicherung des Kapitals an gesellschaftlicher Produktivkraft auf Kosten einer Verarmung des Arbeiters an individuellen Produktivkräften möglich.

Als ein Beispiel vorwiegend für die quantitative Weiterentwicklung des Kapitaleigentums in Verbindung mit der Entwicklung der Energiebasis sei erwähnt, daß bei einem Schachtofenwerk mit Frisch- und Streckhammer der Aufwand allein für das konstante fixe Kapital das Vier- bis Achtfache dessen betrug, was bei einer Schmelzhütte ohne Wasserantrieb benötigt wurde.<sup>18</sup>

Auf einem bestimmten Entwicklungsstand trat die enge technische Basis der Manufaktur mit den von ihr selbst geschaffenen Produktionsbedürfnissen in Widerspruch.<sup>19</sup> Die Grenzen zeigten sich sowohl hinsichtlich der manuellen Werkzeuganwendung als auch hinsichtlich der Energie. Am stärksten zeigten sie sich in bezug auf Niveau und Anforderungen an die gegenseitige Verknüpfung beider. Auf der Grundlage der Zergliederung handwerklicher Arbeitsoperationen und der Spezialisierung individueller Produktionsinstrumente war eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht mehr möglich. Für eine Produktivitätssteigerung durch zunehmende Kollektivkraft der Energie waren auf Basis der Wasserkraft ebenfalls die Grenzen erreicht.<sup>20</sup> Eine qualitativ höhere Stufe konnte nur durch die Verbindung der bisher relativ selbständigen, gegenläufigen Tendenzen erklimmen werden.

Diese Aufgabe blieb der großen Industrie mit der Schaffung der Maschinerie vorbehalten. Die Manufaktur aber hatte bei allen drei Bestandteilen des künftigen Maschinenkomplexes wie auch hinsichtlich der neuen Antriebskraft die Entwicklung

16 Vgl. Paulinyi, Ákoš, Die Betriebsform im Eisenhüttenwesen zur Zeit der frühen Industrialisierung in Ungarn, in: Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert, (West-)Berlin 1971, S. 228 ff.; vgl. auch Lilley, S., Menschen und Maschinen, Wien 1952, S. 58, 70, sowie Zvorykin, A. A./Ošmova, N. I./Černyšev, V. I./Šuchardin, S. V., Geschichte der Technik, Leipzig 1964, S. 83 ff.

17 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 382.

18 Vgl. Paulinyi, Ákoš, a. a. O., S. 232.

19 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 390.

20 Die Leistung der üblichen kleineren Wasserräder lag bei 10 Pferdestärken. Anfang des 17. Jh. konnten Leistungen von 20 Pferdestärken bei Wasserrädern und 14 Pferdestärken bei Windmühlen erreicht werden. Die größten Wasserräder im 18. Jh., die jedoch Ausnahmeerscheinungen blieben, wiesen 200 Pferdestärken auf. (Vgl. Lilley, A., a. a. O., S. 93 f., sowie Zvorykin, A. A./Ošmova, N. I./Černyšev, V. I./Šuchardin, S. V., a. a. O., S. 101.)

vorbereitet: Auf dem Gebiet der Handwerksinstrumente hatte der erreichte Grad der Spezialisierung unmittelbar an den Umschlag von Werkzeugen der Arbeitskraft zu solchen der Arbeitsmaschine herangeführt. Hier mußte der entscheidende qualitative Sprung erfolgen. Gewisse Erfahrungen im Bau und im Einsatz von Bewegungsmaschinen bestanden bereits, denn dort, wo der Mensch nur als Triebkraft auf die Werkzeuge einwirkt, waren teilweise schon in der Manufakturperiode auf der energetischen Grundlage vor allem von Wasser und Wind einfache Maschinen angewendet worden. Für die Weiterentwicklung des Transmissionsmechanismus wurden die Einführung des Schwungrades und die Untersuchung der Reibungsgesetze bedeutsam, die im Zusammenhang mit der Vervollkommnung des Wasserradtriebes standen. Die zunehmende Nutzung der Dampfkraft als neuer Energieträger schließlich wurde durch die Erfordernisse der Grubenentwässerung im Bergbau hervorgerufen.

Innerhalb der materiell-technischen Basis der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise war es vor allem der innere Zusammenhang zwischen Arbeitsmittel und Energieanwendung, der dazu führte, daß kapitalistische einfache Kooperation und Manufaktur sich uns als Formen der gesellschaftlichen Arbeit<sup>21</sup> und Entwicklungsstadien des Kapitalverhältnisses darstellen, daß sie historisch als Etappen der Herausbildung und Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruches zu werten sind. Ebenso mußte sich im folgenden die Veränderung im Verhältnis von Arbeitsmittel und Energie, die mit dem Übergang zur maschinellen Großproduktion verbunden war, ökonomisch und sozial verwirklichen.

## 2.2. Die Industrielle Revolution, Schaffung der kapitalistischen großen Industrie

"Die Umwälzung der Produktionsweise nimmt in der Manufaktur die Arbeitskraft zum Ausgangspunkt, in der großen Industrie das Arbeitsmittel."<sup>22</sup> Das übergreifende Moment in der durch die Industrielle Revolution eingeleiteten Produktivkraftentwicklung war die Mechanisierung als Prozeß der Ersetzung körperlicher Arbeit durch Maschinen. Marx stellte fest, daß "die industrielle Revolution beginnt, sobald der Mechanismus da angewandt, wo von alters her das finale Resultat menschliche Arbeit erheischt".<sup>23</sup>

In diesem Prozeß erreichten die Beziehungen zwischen Arbeitsmittel und Energieanwendung eine höhere Stufe. Die Tendenz steigender Kollektivkraft der Energie und die Tendenz fortschreitender Spezialisierung der Werkzeuge wurden zusammengeführt zu einer neuen Qualität, die sich darstellte als umfassende Verwandlung "aus Produktionsmitteln der einzelnen in gesellschaftliche, nur von einer Gesamtheit von Menschen anwendbare Produktionsmittel".<sup>24</sup> Das Verhältnis von Arbeitsmittel und Energie verwirklichte sich als Dialektik von dreiteiligem Maschinenkomplex (Arbeitsmaschine, Bewegungsmaschine und Transmissionsmechanismus) und einer durch andere als die menschliche Antriebskraft bereitgestellten Operationsenergie.

21 Vgl. die angegebene Quelle bei Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., S. 366.

22 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 391.

23 Marx an Engels am 28. 1. 1863, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 30, Berlin 1964, S. 322.

24 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: ebenda, Bd. 20, Berlin 1968, S. 250.

Damit erhielten die Anforderungen an die energetische Basis zwangsläufig neue Dimensionen. Konfederatov<sup>25</sup> nennt die Etappe der Wärmeenergie als typisch für die kapitalistische Produktionsweise. Sie ist auf dem Gebiet der Sekundärenergie-träger durch die Dampfkraft gekennzeichnet, auf dem Gebiet der Primärenergie-träger durch das Vordringen und die Herrschaft der Kohle.

Die erste Etappe<sup>26</sup> der Industriellen Revolution ging von der Arbeitsmaschine aus. Wir können die Übertragung einer bestimmten Klasse von Produktionsfunktionen auf Maschinen - vor allem Funktionen der unmittelbaren Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes - als partielle Mechanisierung charakterisieren.<sup>27</sup> Dabei dehnten sich die Anwendungsmöglichkeiten nicht-biologischer Antriebskräfte im Vergleich zur Manufakturperiode wesentlich aus. So setzte 1799 in der ersten Spinnfabrik von Arkwright ein einziges Wasserrad 1 000 Spindeln in Bewegung.<sup>28</sup> Bald jedoch wurden eine mächtigere Antriebskraft und ein stärkerer Bewegungsmechanismus als zuvor objektiv erforderlich.

Die zweite Etappe der Industriellen Revolution wurde durch die Umgestaltung der energetischen Basis eingeleitet. Marx betrachtete bekanntlich die Dampfmaschine als Motor der Großindustrie. Er sah das Genie Watts nicht allein in der Erfindung der neuen Bewegungsmaschine, sondern darin, daß jener sie "nicht als eine Erfindung zu besonderen Zwecken, sondern als allgemeiner Agent der großen Industrie"<sup>29</sup> dargestellt hatte. Mit der Übertragung auch der Antriebsfunktion auf Maschinen ging die partielle Mechanisierung in die für die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts typische einfache Mechanisierung über.<sup>30</sup>

Die Industrielle Revolution fand ihren Abschluß in einer breiten Entfaltung des Maschinenbaus. Die Dampfmaschine und der mechanische Werkzeugschlitten bildeten die technischen Voraussetzungen für die Fabrikation von Maschinen durch Maschinen, wodurch sich die moderne Großindustrie endgültig von der manuellen Grundlage löste.

"Die Bedingungen der modernen Industrie", stellte Engels fest, "Dampfkraft und Maschinerie, sind überall herstellbar, wo es Brennstoff, namentlich Kohlen gibt."<sup>31</sup> Die Steinkohlenförderung nahm im 19. Jahrhundert einen enormen Aufschwung. Lag sie zwischen 1801 und 1820 noch bei einem Jahresdurchschnitt von 13,9 Millionen Tonnen im Weltmaßstab, so waren es 1861 bis 1870 durchschnittlich 187,3 Millionen Tonnen. Der Steinkohlenbergbau wurde zum technisch führenden Zweig des Bergbaus.<sup>32</sup>

25 Vgl. Konfederatov, I. Ja., K voprosu o periodizacii istorii tehniki, in: Voprosy istorii estestvoznaniija i tehniki, Nr. 4/1957, S. 144 f.

26 Zu Etappen der Industriellen Revolution vgl. auch Jonas, Wolfgang, Thesen zum Wesen der Industriellen Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2, S. 275.

27 Vgl. Smirnov, S., Die wissenschaftlich-technische Revolution und die materielle Produktion, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 5/1975, S. 519.

28 Vgl. Weltgeschichte, Bd. 5, Berlin 1966, S. 534.

29 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 398.

30 Vgl. Smirnov, S., a. a. O., S. 520.

31 Engels, Friedrich, Vorwort zur 2. deutschen Auflage (1892) der "Lage der arbeitenden Klasse in England", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 326.

32 Vgl. Zvorykin, A. A. / Ošmova, N. I. / Černyšev, V. I. / Šuchardin, S. V., a. a. O., S. 179.

Lenin untersuchte die Ablösung des Brennholzes durch die Kohle in ihrer Bedeutung für die kapitalistische Produktionsweise sowohl unter dem Aspekt der spezifischen Brennstoffeigenschaften der großen Industrie als auch im Hinblick auf die qualitativ unterschiedliche Technik in der Holzgewinnung und im Steinkohlenbergbau. Er schlußfolgerte zur progressiven Rolle des Kohlebergbaus: "Was die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse betrifft, so steht in dieser Beziehung die Holzgewinnungsindustrie zur Steinkohlenindustrie ungefähr im gleichen Verhältnis wie die kapitalistische Manufaktur zur maschinellen Großindustrie." <sup>33</sup>

Mit der maschinellen Produktion auf der energetischen Basis von Dampfkraft und Kohle schuf die Industrielle Revolution umfassend die materiell-technische Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. <sup>34</sup> Marx stellte fest: "Die volle Entwicklung des Kapitals findet . . . erst statt - oder das Kapital hat erst die ihm entsprechende Produktionsweise gesetzt -, sobald das Arbeitsmittel nicht nur formell als capital fixe bestimmt ist, sondern in seiner unmittelbaren Form aufgehoben, und das capital fixe innerhalb des Produktionsprozesses der Arbeit gegenüber als Maschine auftritt; der ganze Produktionsprozeß aber als nicht subsumiert unter die unmittelbare Geschicklichkeit des Arbeiters, sondern als technologische Anwendung der Wissenschaft." <sup>35</sup>

Im Prozeß der Mechanisierung entstand und entwickelte sich die kapitalistische Fabrik "als Form der auf Maschinerie als materieller Basis organisierten gesellschaftlichen Arbeit". <sup>36</sup> Dabei erfuhr das Prinzip der Zerlegung der Arbeitsoperationen seine volle Ausprägung. Der Zusammenhang zwischen den kooperierenden Teilmaschinen wurde technisch direkt durch die erhöhte Kollektivkraft der Energie vermittelt (zentraler Dampftrieb). Der Arbeiter jedoch fand einen fertigen Produktionsorganismus vor, der ihm gesellschaftlich als Kapital, als fremde, ihn beherrschende Macht gegenübertrat. In der großen Industrie wurde die Arbeit ver-gesellschaftet, der Arbeiter aber vegetierte als lebendiges Anhängsel der einzelnen Teilmaschine.

Die maschinelle Großindustrie gestaltet "die Produktion nach neuen, rationellen Prinzipien um und wendet die Ergebnisse der Wissenschaft systematisch in der Produktion an". <sup>37</sup> Mit der zunehmenden Vergegenständlichung wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde einerseits die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität gewaltig gesteigert <sup>38</sup>, andererseits erlangte die Bereicherung des Kapitals an gesellschaftlicher Produktivkraft auf Kosten der Verarmung der Arbeiter an individuellen Produktivkräften eine qualitativ höhere Stufe. Die Wissenschaft wurde als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit getrennt und in den Dienst des Kapitals gepreßt <sup>39</sup> - darin bestand die der großen Industrie und dem voll entfalteteten Kapital-

<sup>33</sup> Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 544.

<sup>34</sup> Vgl. Jonas, Wolfgang, a. a. O., S. 273.

<sup>35</sup> Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 586 f.

<sup>36</sup> Derselbe, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., S. 366.

<sup>37</sup> Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 560.

<sup>38</sup> Bei dem bereits erwähnten Beispiel der Eisenverhüttung zeigte sich, daß die Produktivität selbst an der Wiege der großen Industrie - in einem technisch noch sehr mangelhaften, nur mit Wasserantrieb bewegten Walzwerk - um etwa 70 % höher lag als auf der höchsten Stufe der manufakturmäßigen Hammerwerkstechnik. (Vgl. Paulinyi, Ákoš, a. a. O., S. 236.)

<sup>39</sup> Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 382.

verhältnis entsprechende Produktionsmethode des relativen Mehrwertes, in der die Produktionsmethoden früherer Stadien dialektisch aufgehoben waren.

"Die Anwendung der natural agents - gewissermaßen ihre Einverleibung in das Kapital - fällt zusammen mit der Entwicklung der Wissenschaft als eines selbständigen Faktors des Produktionsprozesses ..."<sup>40</sup> Die zunehmend wissenschaftliche Gestaltung der Erzeugung und Nutzung von Energie nimmt hier eine zentrale Stellung ein. Ausdruck einer Verwissenschaftlichung der Energiegewinnung ist die mit der Etappe der Wärmeenergie aufkommende und auf qualitativ immer höheren Ebenen weiterentwickelte Umwandlung von Primärenergie in effektivere Sekundärenergie. Die wissenschaftliche Anwendung der Energie zeigt sich vor allem in ihrem Wechselverhältnis mit der Maschinerie, zunächst also in den Formen des Einsatzes als Operationsenergie.

Dem Kapital bietet die Energie die Möglichkeit, die Exploitation der "Gratisdienste der Naturkräfte" mit jener der "Gratisdienste der Wissenschaft" zu kombinieren und dadurch exponentiell zu steigern. Über die Problematik des relativen Mehrwertes verstärkt sie somit in der kapitalistischen Form der großen Industrie zugleich den privatkapitalistischen Charakter der Aneignung.

Mit der vollen Entfaltung der Produktion von relativem Mehrwert als ökonomischer Realisierung des Kapitalverhältnisses, welches auf der materiell-technischen Grundlage des Fabrikbetriebes als Einzelkapital individueller Unternehmer existierte, bewirkte die Industrielle Revolution gleichzeitig die vollständige Ausprägung des kapitalistischen Grundwiderspruches zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung sowie seiner sozialen Erscheinungsform als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.<sup>41</sup>

Lenin maß dem Steinkohlenbergbau als fortschrittlichem Zweig in der damaligen Wirtschaftsstruktur auch in bezug auf die Umwälzung der Klassenverhältnisse große Bedeutung bei; und Engels betonte hinsichtlich der Rolle von Dampfkraft und Dampfmaschine in diesem Prozeß: "Die Männer, die im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert an der Herstellung der Dampfmaschine arbeiteten, ahnten nicht, daß sie das Werkzeug fertigstellten, das mehr als jedes andre die Gesellschaftszustände der ganzen Welt revolutionieren und namentlich in Europa durch Konzentration des Reichtums auf der Seite der Minderzahl, und der Besitzlosigkeit auf der Seite der ungeheuren Mehrzahl, zuerst der Bourgeoisie die soziale und politische Herrschaft verschaffen, dann aber einen Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat erzeugen sollte, der nur mit dem Sturz der Bourgeoisie und der Abschaffung aller Klassengegensätze endigen kann."<sup>42</sup>

40 Derselbe, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1861 - 1863), Heft XX, S. 1261, zit. nach: Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution. Eine historische Untersuchung, Berlin 1972, S. 180.

41 Vgl. Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 252 f.

42 Derselbe, Dialektik der Natur, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1968, S. 454.



### 3. Zur Rolle der Energie in der Niedergangsphase des Kapitalismus

#### 3.1. Zur Situation beim Übergang zum Imperialismus und in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Das Ende der Industriellen Revolution in den damals führenden kapitalistischen Ländern<sup>43</sup> fiel unseres Erachtens mit jener ersten Stufe auf dem Wege zum Imperialismus zusammen, die Lenin für die sechziger und den Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts ansetzte und als Höhepunkt des Kapitalismus der freien Konkurrenz mit kaum merkbaren Ansätzen zu Monopolen kennzeichnete.<sup>44</sup> Das Kapital hatte seine historische Mission erfüllt. Es hatte die große Industrie geschaffen und damit den gesellschaftlichen Charakter der Produktion hergestellt.<sup>45</sup> Die weitere Vergesellschaftung der Produktion wurde nun durch das Kapital, dessen eigene gesamtgesellschaftliche Wirkung sich nur als Wirkung der verschiedenen Kapitale aufeinander in der Konkurrenz realisieren kann, nicht mehr gefördert, sondern zunehmend gehemmt. Auf dem Höhepunkt des Kapitalismus der freien Konkurrenz schlug die bisher historisch progressive Funktion des Grundwiderspruches in seine destruktive Rolle um.<sup>46</sup> Der kapitalistische Grundwiderspruch als konkret-historische Erscheinungsform der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen spitzte sich im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts so stark zu, daß er zusammen mit dem Mehrwertgesetz, dem Akkumulationsgesetz und dem Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung entscheidend zum Umschlag des Kapitalismus in seine Niedergangsphase beitrug.<sup>47</sup>

Der Kapitalismus begann innerhalb des Stadiums der maschinellen Großindustrie seinen Weg als Imperialismus mit einer anderen materiell-technischen Basis, als er ihn als Kapitalismus der freien Konkurrenz beendete.<sup>48</sup> Das übergreifende Mo-

43 Wir beziehen uns bei der Datierung auf Sonnemann, Rolf / Richter, Siegfried, Ursprung und Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3, S. 35.

44 Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 206.

45 Jene Stufe im historischen Prozeß der Verbreitung und Vertiefung gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die von Engels als Schaffung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion gekennzeichnet wird, ist an die Herausbildung der maschinellen Produktion gebunden. Sie wird daher - wie dargestellt - im Verlaufe und vor allem mit Abschluß der Industriellen Revolution erreicht. Die weitere Entfaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung geht im folgenden von dieser neuen Ebene aus. (Vgl. Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 250 ff.; vgl. auch Neelsen, Karl, a. a. O., S. 93 f.)

46 Vgl. Neelsen, Karl, a. a. O., S. 105.

47 Vgl. Neelsen, Karl / Mueller-Bülöw, Klaus, Der historische Platz des Imperialismus, Lehrhefte Politische Ökonomie des Kapitalismus, Berlin 1976, Abschn. 4.

48 Vgl. Mueller-Bülöw, Klaus, Zu Veränderungen in der Struktur der Industrie unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen System Westdeutschlands, Habil.-Schr. Hochschule für Ökonomie, Berlin 1968, S. 155 f.

ment der Produktivkraftentwicklung um 1900 war der Übergang zu einer höheren Stufe der Mechanisierung und damit der kapitalistischen Fabrik auf der Grundlage der Elektrifizierung, der Chemisierung und Motorisierung; war der Wandel von der einfachen zur komplexen Mechanisierung als abschließender Etappe der Ersetzung körperlicher Arbeit durch Maschinen.<sup>49</sup>

Die Industrielle Revolution hatte ihren Abschluß in einer breiteren Ausbildung der Schwerindustrie und vor allem des Maschinenbaus gefunden. Die weitere Industrialisierung führte zur Krise des zentralen Dampfmaschinenantriebes und des klassischen Fabriksystems.<sup>50</sup> War die Industrielle Revolution von der Arbeitsmaschine ausgegangen, so zeigte sich der zweite tiefe Einschnitt in der Entwicklung der Produktivkräfte während der maschinellen Großproduktion des Kapitalismus materiell-technisch zunächst an den Unzulänglichkeiten des Transmissionsmechanismus. Diese konnten aber nur überwunden werden durch eine Revolutionierung der Bewegungsmaschine und der Antriebskraft. Den entscheidenden Prozeß bildete die Ablösung der Dampfkraft durch die Elektrizität und der Dampfmaschine durch den Elektromotor. Dadurch konnte der zentrale Antrieb der Arbeitsmaschine durch den Gruppenantrieb und seit der Jahrhundertwende schließlich durch den Einzelantrieb ersetzt werden.

Die für die Mechanisierung generell charakteristische Tendenz im Verhältnis von Arbeitsmittel und Energie - die Vermittlung des Zusammenhanges zwischen immer weiter spezialisierten Teilmaschinen durch die Kollektivkraft der Energie - blieb bestehen. Im einzelnen aber erfolgten auf beiden Seiten Veränderungen:

Seitens der Maschinerie wurde auf der Grundlage des neuen Antriebes durch Vereinigung der drei funktionalen Bestandteile des Maschinenkomplexes in einem räumlich geschlossenen Ganzen eine größere Beweglichkeit erreicht.<sup>51</sup> Die Organisation der Produktion in Form komplexmechanisierter Reihen wurde möglich, die zu einer neuen Qualität in der Kontinuität des Produktionsablaufes führte. Von dieser Warte stellte der elektrische Einzelantrieb bereits die energetische Voraussetzung für die sich erst mit der wissenschaftlich-technischen Revolution durchsetzende Automatisierung dar.<sup>52</sup>

Auf der Seite der Operationsenergie war die Übertragung zahlreicher Hilfsfunktionen der Produktion auf Maschinen im Zuge der komplexen Mechanisierung mit neuen qualitativen und quantitativen Anforderungen verbunden, denen die bisherigen Energieträger nicht gerecht werden konnten. Lenin wies bereits 1899 darauf hin, daß der Elektrizität bestimmt sei, eine größere Rolle als der Dampf zu spielen: Teilbarkeit, Leitungsfähigkeit, Leichtigkeit des Antriebe usw.<sup>53</sup>, und an anderer Stelle betonte er: "Am typischsten für die neuesten Fortschritte der Technik, für den Kapitalismus am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Elektroindustrie."<sup>54</sup> Auf dem Gebiet der Primärenergieträger war zu-

49 Vgl. Mottek, Hans / Becker, Walter / Schröter, Alfred, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß*, Bd. 3, Berlin 1974, S. 19, sowie Smirnov, S., a. a. O., S. 520.

50 Vgl. Mottek, Hans / Becker, Walter / Schröter, Alfred, a. a. O., S. 28 f.

51 Vgl. Sonnemann, Rolf / Richter, Siegfried, a. a. O., S. 41.

52 Vgl. Meleščenko, Ju. S. / Suchardin S. V., *Lenin und der wissenschaftlich-technische Fortschritt*, Leipzig 1972, S. 113.

53 Vgl. hierzu ebenda, S. 114.

54 Lenin, W. I., *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, a. a. O., S. 250.

nächst die Herrschaft der Kohle, später ein stärkeres Auffächern der genutzten Ressourcen zu verzeichnen.

Am Übergang von der Dampfkraft zur Elektrizität wird die Rolle der Produktivkräfte beim Umschlag des Kapitalismus aus seiner historisch progressiven Phase in seine Niedergangsperiode besonders deutlich. Die Wasserkraft und vor allem die Dampfkraft als kollektiv anwendbare Produktivkräfte hatten die Vergesellschaftung der Produktion dadurch vorangetrieben, daß sie es ermöglichten, den Umfang des einzelnen Betriebes auszudehnen. Ihr Einsatz erfolgte im Wirkungskreis des einzelnen Kapitals.

Die Elektrizität fördert die weitere Vergesellschaftung auf einer Stufe, die den prinzipiell vorhandenen gesellschaftlichen Charakter der Produktion bereits voraussetzt. Auf betrieblicher Ebene erreichte die durch die Energie vermittelte Verwandlung der Produktionsmittel in nur gemeinschaftlich anwendbare ein höheres Niveau. Der Zentralantrieb als bisher integrierender Faktor für die Vergesellschaftung der Arbeit wurde zum Hemmnis. Der elektrische Einzelantrieb bewirkte mit der höheren Flexibilität und Kontinuität zugleich einen größeren Umfang der Produktion (eine Voraussetzung für die industrielle Massenproduktion), zunehmende Arbeitsteilung und Kooperation. Dieser Prozeß fand seinen umfassendsten Ausdruck im Übergang vom bisherigen Typ des Fabrikbetriebes zum Großbetrieb, der eine weiterentwickelte Organisationsform der gesellschaftlichen Arbeit bildet. Über den Rahmen des Einzelkapitals hinausgewachsen, wurde der kapitalistische Großbetrieb auf der energetischen Basis von Elektrizität und Elektromotor zur materiell-technischen Grundlage des Monopolverhältnisses.

Der Zusammenhang von Arbeitsmittel und Energieanwendung begann sich auch auf neue, erheblich intensivere Weise direkt im gesellschaftlichen Rahmen zu realisieren. Die für die Dampfkraft typische Einheit von betrieblicher Energieerzeugung und -anwendung zerriß. Die Erfindung der Dampfturbine und der Fernübertragung von Elektroenergie gestatteten deren zentralisierte, vom Endverbraucher relativ unabhängige Herstellung im großen Maßstab. Um 1900 begann die Herausbildung einer Elektrizitätswirtschaft - und im weiteren Sinne einer Energiewirtschaft überhaupt - als eines volkswirtschaftlichen Querschnittsbereiches. Die Elektrizitätsanwendung ermöglichte die über einzelne Ballungsgebiete hinausgehende Industrialisierung des ganzen Landes, führte zu engeren Verbindungen zwischen den Betrieben und vor allem zwischen den für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bedeutsamen Zweigen.

Die wachsende Vielfalt technisch möglicher Energieumwandlungsprozesse eröffnete ein breites Spektrum miteinander verflochtener Anwendungsgebiete; Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte Engels die Rolle der Dampfkraft dahingehend gewürdigt, "daß die ganze bisherige Geschichte sich bezeichnen läßt als Geschichte des Zeitraums von der praktischen Entdeckung der Verwandlung von mechanischer Bewegung in Wärme bis zu derjenigen der Verwandlung von Wärme in mechanische Bewegung".<sup>55</sup> Wenige Jahre später stellte er fest: "Die Dampfmaschine lehrte uns Wärme in mechanische Bewegung zu verwandeln, in der Ausnutzung der Elektrizität aber wird uns der Weg eröffnet, alle Formen der Energie: Wärme, mechanische Bewegung, Elektrizität, Magnetismus, Licht, eine in die andre und wieder zurückzuverwandeln und industriell auszunutzen."<sup>56</sup> Die in-

55 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, a. a. O., S. 106 f.

56 Engels an Eduard Bernstein v. 27. 2. - 1. 3. 1883, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 444.



tegrierende Wirkung der Energie erreichte qualitativ wie quantitativ ein höheres Niveau.

Unter anderem an dieser neuen Stufe der Umwandlungsprozesse wurde deutlich, daß in der Elektrizität - ebenso wie in anderen wichtigen Bereichen der materiell-technischen Basis des Imperialismus - in weit stärkerem Maße als zuvor wissenschaftliche Erkenntnisse vergegenständlicht waren. Mit Bezug auf die Darlegung bei Mottek könnte man die Industrielle Revolution als Grenzscheide bezeichnen zwischen jener Zeit, in der die Wissenschaft der Industrie mehr verdankte als die Industrie der Wissenschaft, und einer neuen Epoche, die vor allem durch die Elektroindustrie des ausgehenden 19. Jahrhunderts angekündigt wurde.<sup>57</sup>

Die Elektrizitätslehre, die ihren bis dahin komprimiertesten Ausdruck 1862 in der Formulierung ihrer Grundgleichungen durch Maxwell fand, wurde zur wissenschaftlichen Grundlage sowohl für die revolutionäre Umgestaltung im Energiesektor selbst als auch für die elektrotechnische Industrie und die Elektrochemie. Auf dem Höhepunkt des Kapitalismus der freien Konkurrenz wurde somit die Schaffung von Zweigen, die einen wesentlichen Bestandteil der materiell-technischen Basis des Imperialismus bilden sollten, wissenschaftlich vorbereitet. Zugleich wurde der Zusammenhang dieser Zweige untereinander wissenschaftlich bedeutsam. Industriell trat er mit dem Übergang zum Imperialismus seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts und verstärkt seit 1900 auf die Tagesordnung. Damit begann er zugleich, existenznotwendig für das Kapital zu werden. Mit der Vorbereitung der widerspruchsvollen kapitalistischen Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution wurde dieser Zusammenhang der Zweige sowohl produktions- als auch kapitalseitig historisch immer intensiver.

Die steigende Vergegenständlichung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Produktion um 1900 war in zweifacher Hinsicht bedeutsam: Einmal war sie es, über die sich letztlich die weitere Zunahme des gesellschaftlichen Charakters der Produktion, der Übergang vom klassischen Fabrikbetrieb zum Großbetrieb, vollzog. Zum anderen hatten wir, ausgehend von Marx, die Trennung der Wissenschaft als selbständiger Produktionspotenz von der lebendigen Arbeit und ihre Aneignung durch das Kapital als die dem Stadium der großen Industrie entsprechende Produktionsmethode des relativen Mehrwertes gekennzeichnet. Innerhalb dieses Stadiums wurde jetzt eine höhere Stufe erreicht - eine Stufe jedoch unter der Herrschaft des Monopols, unter den Bedingungen des Niederganges der kapitalistischen Produktionsweise. Das zeigt sich besonders an dem von Lenin aufgezeigten Widerspruch zwischen der Tendenz zur beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte durch das Monopol und der Tendenz zur Stagnation und Fäulnis<sup>58</sup> sowie an der Existenz eines ständigen Kapitalüberschusses, einer chronischen Überakkumulation von Mehrwert.

Die mit dem Übergang zum Imperialismus sichtbar werdende neue Etappe der Erzeugung und Anwendung von Energie trug wesentlich sowohl zur Entwicklung der Produktivkräfte als auch (über die dargestellte kombinierte Exploitation von Naturkräften und Wissenschaft durch das Kapital) zur Erhöhung des relativen Mehrwertes und zur erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses bei, aufgrund ihres eigenen gesellschaftlichen Charakters und ihrer integrierenden Wirkung auf

57 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, zweite, durchgesehene Aufl., Berlin 1972, S. 71.

58 Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 305 f.

die Vergesellschaftung der Produktion zeigte sich gerade an der Elektrizität, so früh wie an kaum einer anderen Produktivkraft, das Erfordernis gesamtwirtschaftlicher Koordinierung<sup>59</sup>, die prinzipielle Unverträglichkeit mit dem zu eng gewordenen kapitalistischen Eigentum. Engels hatte schon bei seiner Einschätzung der Experimente von Deprez zur Fernübertragung von Elektroenergie geschlußfolgert: "Daß aber damit auch die Produktivkräfte eine Ausdehnung bekommen, bei der sie der Leitung der Bourgeoisie mit gesteigerter Geschwindigkeit entwachsen, liegt auf der Hand,"<sup>60</sup>

Sozialökonomisch vertiefte sich der grundlegende Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die neue Stufe der kapitalistischen großen Industrie führte einerseits zum raschen Wachstum des Proletariates, zur endgültigen Konstituierung des modernen Industrieproletariates als Kern der Arbeiterklasse in den ökonomisch fortgeschrittensten Ländern,<sup>61</sup> Sie war andererseits von einer enormen Konzentration und Zentralisation von Kapitalreichtum und Kapitalmacht in den Händen einer immer kleineren Gruppe der Großbourgeoisie begleitet, Qualitativ ist der Prozeß der Erhöhung des relativen Mehrwertes mit der verstärkten Unterordnung der Lohnarbeiter unter das Kapital, mit wachsender Ausbeutung identisch. Mit der Herausbildung des Monopols zum entscheidenden ökonomischen Merkmal des Kapitalismus entwickelte sich der zugespitzte Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie zum Kern des Widerspruches zwischen den Volksmassen und der Finanzoligarchie.

Resultierend aus ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse um 1900, spielte die Energie - die Elektrizität und zunächst die weitere (auch anteilmäßige) Ausdehnung des Steinkohlenbergbaus - im Hinblick auf die neue Qualität der Klassenbeziehungen eine erhebliche Rolle.

Nach Lenin ist der Imperialismus durch eine dreifache Besonderheit gekennzeichnet: als monopolistischer, parasitärer und sterbender Kapitalismus. Mit der vollen Herausbildung der Widersprüche des imperialistischen Systems im ersten Weltkrieg kam es zum Aufbrechen der allgemeinen Krise, die den umfassendsten Ausdruck dafür bildet, daß die kapitalistische Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ein historischer Anachronismus geworden ist. Entsprechend dem Vorgehen der Klassiker soll diese Dialektik unter besonderer Berücksichtigung der Energie für jede Etappe der allgemeinen Krise kurz dargestellt werden.

Die erste Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist unseres Erachtens gekennzeichnet durch die Verbreiterung und Vertiefung der seit der Jahrhundertwende überkommenen Situation, sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte als auch der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Die mit der Elektrizität gegebenen neuen Möglichkeiten im Wechselverhältnis von Energie und Maschinerie wurden erst nach dem ersten Weltkrieg umfassend wirk-

59 Vgl. Nussbaum, Helga, Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1909 bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 2, S. 118.

60 Engels an Eduard Bernstein v. 27. 2. - 1. 3. 1883, a. a. O., S. 445.

61 Vgl. Bartel, Horst / Laschitzka, Annelies / Schmidt, Walter, Reform und Revolution im Ringen um die Konstituierung der Arbeiterklasse, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1975, S. 645.

sam. Entfiel in der verarbeitenden Industrie der USA 1909 rund ein Viertel der installierten Pferdestärken auf Elektromotoren, so waren es 1925 drei Viertel und 1939 rund 90 Prozent.<sup>62</sup> Ähnlich sprunghaft stieg, vor allem mit der Ausdehnung der Kraftfahrzeugindustrie, die Zahl der Verbrennungsmotoren an.

Die wachsende Bedeutung von Elektrizität wie auch von Treibstoffen bewirkte einen allmählichen Übergang zum stärkeren Auffächern der genutzten Primärenergieträger. Dabei wuchs besonders die Rolle des Erdöls. Konfederatov spricht in seinem unseres Erachtens interessanten Periodisierungsversuch direkt von einer Etappe der komplexen Energetik, die für den Zeitraum der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des siegreichen Aufbaus des Sozialismus typisch sei.<sup>63</sup>

Die Entwicklung der Maschinerie auf dieser energetischen Grundlage zeigte sich in der kapitalistischen Rationalisierung der zwanziger Jahre, insbesondere an der Durchsetzung des Fließbandsystems als Ausdruck der komplexen Mechanisierung. Dieser Prozeß war im Zuge der verstärkten Massenproduktion mit tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitsorganisation der kapitalistischen Großbetriebe verbunden: Auf der Basis des elektrischen Einzelantriebes als der energetischen Voraussetzung für die künftige Automatisierung kam es nun auch zur Schaffung der arbeitsorganisatorischen Voraussetzungen, indem das für die Mechanisierung bestimmende Prinzip der Zerlegung der Arbeitsoperationen auf die Spitze getrieben wird, wird der dialektische Umschlag zur erneuten Zusammenführung dieser Arbeitsoperationen vorbereitet - dann aber nicht mehr als Funktionen der Arbeitskraft, sondern, von der Übertragung der Elementaroperationen zu immer umfassenderen Produktionsprozessen fortschreitend, als Funktionen der automatischen Maschinensysteme.

Mit ihrer Bedeutung für die Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität dienten die neuen arbeitsorganisatorischen Verfahren zugleich der weiteren Entfaltung der um 1900 eingeleiteten Stufe der Mehrwertproduktion. Anhand des Taylorsystems wies Lenin eindringlich auf diese Problematik hin.<sup>64</sup>

Im Zeitraum der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus erreichten die Verbindungen zwischen Energie, Chemie, Elektrotechnik/Elektronik und den Mechanisierungs- und Automatisierungstendenzen eine höhere Stufe. Eine wichtige Rolle spielte dabei die von den Erfordernissen der Verbrennungsmotoren ausgehende Entwicklung der modernen Großchemie.<sup>65</sup> Aufgrund der Maßstäbe der Produktion und der notwendigen Kontinuität bildete die chemische Industrie einen Ausgangspunkt für beschleunigte Automatisierungstendenzen. Vor allem aber verstärkte sich die Bedeutung der Energie als eines Integrationsfaktors der Zweige.

Der widerspruchsvolle Aufschwung der Produktivkräfte während der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, den bereits der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale tiefgreifend analysierte<sup>66</sup>, schlug sich nieder in

62 Vgl. Schurr, Sam H. / Netschert, Bruce C., Energy in the American economy 1850 - 1975, Baltimore 1960, S. 187.

63 Vgl. Konfederatov, L. Ja., a. a. O.

64 Vgl. Lenin, W. I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 249.

65 Vgl. Zvorykin, A. A. / Ošmova, N. I. / Černyšev, V. I. / Šuchardin, S. V., a. a. O., S. 686 ff.

66 Vgl. Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 4, Hamburg 1929, S. 14 ff., zit. bei: Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte

der Konzentration der Produktion, in einer Zunahme ihres gesellschaftlichen Charakters. Dieser Prozeß war begleitet von einer Welle der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, vor allem in den zwanziger Jahren. Schwerpunktmäßig wurden davon insbesondere die für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt entscheidenden Bereiche erfaßt. Man sollte unseres Erachtens von einer neuen Stufe imperialistischer Kapitalkonzentration sprechen, verglichen mit der Situation um 1900.<sup>67</sup>

Die Weiterentwicklung des kapitalistischen Grundwiderspruches, die Verschärfung aller antagonistischen Widersprüche des Systems fand ihren furchtbarsten Ausdruck im zweiten Weltkrieg. Am Ende des Krieges setzte die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus ein. Man kann sie, so meinen wir, als eine widerspruchsvolle Stabilisierungsphase bezeichnen. Einerseits erfolgte eine Stabilisierung der Industrieproduktion nach der gewaltigen Vernichtung von Produktivkräften, Andererseits wurden in einem Teil der Welt - nach der Unterdrückung revolutionär-demokratischer Bewegungen im Gefolge des Krieges - auch die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, die jene riesigen Zerstörungen verursacht hatten, stabilisiert, ohne daß jedoch der generelle Niedergang des Systems aufgehalten werden konnte.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in den führenden imperialistischen Ländern war gekennzeichnet durch eine erste Realisierung der durch den zweiten Weltkrieg ausgelösten "Fortschritte", vor allem auf dem Gebiet der Automatisierung und der Chemie. Sie war zugleich gekennzeichnet durch den Abbau des zutiefst destruktiven Charakters dieser Tendenzen. Beide Aspekte bestimmten auch die Vorgänge im Energiebereich. Es traten keine wesentlichen qualitativen Veränderungen auf. Die Rolle der Elektrizität als entscheidender Sekundärenergieart und der komplexe Charakter der genutzten Primärenergieträger nahmen zu. Stärkere Bedeutung unter den Primärenergieträgern, vor allem in den USA, gewann das Erdgas. Gerade in dieser Etappe zeigte sich, daß die Energie nur eingebettet in das Wechselverhältnis aller für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ausschlaggebenden Bereiche untersucht werden kann.

Hervorwachsend aus der Stabilisierung der Produktivkräfte, erfolgten Ansätze der wissenschaftlich-technischen Revolution. So wurde 1949 in den USA das erste vollautomatisierte Erdölverarbeitendewerk in Betrieb genommen, bald darauf ein Ammoniakwerk der Firma "Spencer Chemical".<sup>68</sup>

Bei der Restauration der kapitalistischen Machtverhältnisse spielten, besonders in Westeuropa, die traditionellen Kohlemonopole erneut eine verhängnisvolle Rol-

der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1965, S. 49.

67 Tammer hebt drei Wellen sprunghafter Fusionszunahme in der Geschichte des Imperialismus hervor: um 1900, in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre und seit Mitte der sechziger Jahre. Unseres Erachtens handelt es sich dabei um jeweils neue Stufen bei der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals, auf deren Grundlage eine bestimmte Weiterentwicklung des Monopolverhältnisses, eine noch stärkere Ausprägung seines historisch reaktionären Charakters erfolgt. (Vgl. Tammer, Hans, BRD-Monopole auf Kurs zu internationalen Dimensionen, IPW-Forschungshefte, Nr. 4/1973, S. 12 f.)

68 Vgl. Zvorykin, A. A. / Ošmova, N. I. / Černyšev, V. I. / Šuchardin, S. V., a. a. O., S. 693.



le. Insgesamt bahnte sich auch hinsichtlich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit der erneuten Stabilisierung zugleich ein bedeutender qualitativer Umschlag an. Er bezog sich auf die im Verlaufe des Krieges einsetzende wesentliche Verstärkung der staatsmonopolistischen Tendenzen.

### 3.2. Entwicklung der Energiebasis in der Gegenwart und Grenzen kapitalistischer Industrialisierung

Seit Ende der fünfziger / Anfang der sechziger Jahre sind bekanntlich tiefgreifende sozialökonomische und technisch-ökonomische Veränderungen innerhalb des Imperialismus als des sterbenden Kapitalismus zu verzeichnen, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern zur vollen Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus führten. Diese Entwicklung fällt zusammen mit dem Übergang des Kapitalismus in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise.

Auf dem Gebiet der Produktivkräfte erfolgen revolutionäre Umwälzungen, die erstmals nicht nur gleichzeitig, wie bereits um 1900, sondern in miteinander verschmolzenen Prozessen die Wissenschaft und die Technik erfassen, so daß zum Beispiel Bernal im Hinblick auf diese Entwicklung feststellte: "Die Revolution sollte vielleicht richtiger die erste wissenschaftlich-technische Revolution genannt werden."<sup>69</sup> Ihre Hauptrichtungen werden im Programm der KPdSU von 1961 mit den Worten gekennzeichnet: "Die Menschheit tritt in die Periode einer wissenschaftlich-technischen Umwälzung ein, die mit der Meisterung der Kernenergie, der Erschließung des Kosmos, der Entwicklung der Chemie, der Automatisierung der Produktion und anderen größten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik verbunden ist."<sup>70</sup>

Die Automatisierung als schrittweiser Prozeß der Übertragung formalisierbarer geistiger Arbeiten auf Maschinen stellt auf ihrer jetzt erreichten Stufe das übergreifende Moment dar, das aus den miteinander verflochtenen wissenschaftlich-technischen Umwälzungen in allen wichtigen Bereichen und Zweigen resultiert.

Sie ist unter anderem durch eine neue Qualität im Wechselverhältnis zwischen Arbeitsmittel und Energieanwendung gekennzeichnet. Hatte sich diese Dialektik unter den Bedingungen der Mechanisierung in den Beziehungen zwischen dreiteiligem Maschinenkomplex und Operationsenergie verwirklicht, so realisierte sie sich jetzt zwischen vierteiligem Maschinenkomplex und nicht-biologischer Operations- und Kontrollenergie. Der Charakter dieser Beziehungen wird nicht mehr dadurch bestimmt, daß die Energie den mechanischen Zusammenhang zwischen spezialisierten Teilmaschinen vermittelt. Diese Funktion ist dialektisch aufgehoben, wenn die Energie nun den mechanischen und logischen Zusammenhang von Maschinen vermittelt, die selbst zunehmend flexibel auf Erfordernisse des Produktionsprozesses reagieren. An die Stelle einer Wechselwirkung gegenläufiger Tendenzen auf dem Gebiet der Arbeitsmittel und der Energie beginnt die Dialektik grundsätzlich gleichgerichteter, sich gegenseitig verstärkender Tendenzen zu treten. Wir meinen, daß dieser Grundzug in der inneren Dialektik der Produktivkräfte für die objektive Entwicklungsrichtung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung

<sup>69</sup> Bernal, J. D., Die Wissenschaft in der Geschichte, 3. Aufl. Berlin 1967, S. 883.

<sup>70</sup> Programm und Statut der KPdSU, angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 17. bis 31. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 25.

und der Produktionsverhältnisse (wir kommen darauf zurück) von wesentlicher Bedeutung ist.

Im einzelnen zeigt sich auf der Seite der Maschinerie folgendes Bild: Die Industrielle Revolution war von der Arbeitsmaschine, die Umwälzung der Produktivkräfte um 1900 unseres Erachtens von der Bewegungsmaschine (in Verbindung mit dem Transmissionsmechanismus) ausgegangen. Gegenwärtig stellen die Steuer- und Regelvorrichtungen als neue - vierte - Komponente den Ausgangspunkt für eine qualitative Höherentwicklung des Maschinenkomplexes dar. Hier liegt der Schnittpunkt für alle Tendenzen der Vergegenständlichung der Wissenschaft auf dem Gebiet der Maschinerie und der Antriebskraft.

Der Zentralantrieb hatte auf der Grundlage der Dampfkraft die Schaffung der sogenannten universellen Werkzeugmaschine ermöglicht. Mit der Einführung des Einzelantriebes auf der Basis der Elektrizität konnten spezialisierte Werkzeugmaschinen in breitem Umfang hergestellt werden. Sie beeinflussten ebenfalls die Entwicklung der gesamten Maschinerie und wirkten auf den Energiesektor zurück. Gegenwärtig vollzieht sich die Verbindung zwischen Einzelantrieb bzw. verfeinerter mehrmotoriger Antrieb und den Steuer- und Regeleinrichtungen. Mit der numerisch gesteuerten Werkzeugmaschine beginnt der Übergang von der reinen Spezialisierung zur Schaffung flexiblerer Maschinen.

Auf der Seite der Energie erlangt die Elektrizität eine qualitativ neue Rolle, indem sie als Antriebskraft sowohl Operations- als auch Kontrollenergie ist. Außerdem tritt neben ihre bisherigen Funktionen die steigende Bedeutung als unmittelbarer technologischer Rohstoff. In diesem Sinne bezeichnet Šuchardin den voraus-eilenden Anstieg der elektrischen Kapazität insgesamt als die entscheidende Bedingung für den weiteren Aufschwung der Wirtschaft, einschließlich der Entwicklung neuer energieintensiver Produktionsarten und -zweige und der Einführung fortschrittlicher technologischer Prozesse.<sup>71</sup> Als Integrationsfaktor der für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmenden Zweige auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erreicht die Energie ein Niveau, bei dem sie auf bestimmten Gebieten von Wissenschaft und Technik zur Verschmelzung führt und an den Nahtstellen zugleich neue Richtungen und Zweige hervorbringt.

Die an dieser Entwicklung beteiligte Primärenergiebasis war bisher vor allem durch eine verstärkte komplexe Nutzung der traditionellen Primärenergieträger gekennzeichnet. Seit Anfang der siebziger Jahre beginnt die immer umfangreichere Nutzung der Atomkraft ökonomisch bedeutsam zu werden. Entsprechend ihren 1974 revidierten Energieprogrammen wollen die EWG-Länder die Kapazität ihrer Kernkraftwerke von 12 Millionen Kilowatt Ende 1973 auf mindestens 140 Millionen Kilowatt 1985 erhöhen, die USA im gleichen Zeitraum von 32 auf 300 Millionen Kilowatt und Japan von 3 auf 60 Millionen Kilowatt<sup>72</sup> - Zahlen, deren volle Realisierbarkeit zwar im einzelnen umstritten ist, an denen aber Richtung und Dynamik der Entwicklung ablesbar sind. Gegenwärtige Einschätzungen lassen erwarten, daß die Atomenergie in der weiteren Perspektive zur tragenden Komponente in der energetischen Basis der wissenschaftlich-technischen Revolution werden wird.

71 Vgl. Šuchardin, S. V., Grundlagen der Geschichte der Technik, Leipzig 1963, S. 90.

72 Vgl. DDR Außenwirtschaft, Informationen, Dokumente, Nr. 43, 23. 10. 1974, S. 13.

Der Imperialismus hat eine gewaltige Energiebasis hervorgebracht und entwickelt sie materiell-technisch weiter. Er kann es jedoch tendenziell immer weniger realisieren, diese Energiebasis im Interesse der Hauptproduktivkraft, der arbeitenden Menschen, zu nutzen. Gerade weil die Energie in so starkem Maße den gesellschaftlichen Charakter der Produktion vorantreibt, zeigt sich hier die Labilität des modernen Kapitalismus besonders kraß. Deutlicher Ausdruck dessen war der offene Ausbruch der Energiekrise, die "eine Art Knotenpunkt der sozialen und ökonomischen Widersprüche des heutigen Kapitalismus"<sup>73</sup> bildet und deren Wesen in untrennbarem Zusammenhang mit dem Wesen des Imperialismus und mit den Hauptprozessen in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu sehen ist. Die wachsende Unfähigkeit, die Energiebasis im Interesse der Menschen einzusetzen, stellt einen Teilprozeß bei den gegenwärtig zutage tretenden Grenzen kapitalistischer Industrialisierung überhaupt dar.

Die Grenzen zeigen sich sowohl in der produktiven als auch in der nichtproduktiven Sphäre und vor allem an der Schnittfläche beider, im Hinblick auf ihre immer intensiver werdenden Wechselbeziehungen.

In der produktiven Sphäre sind es die Dimensionen der modernen Produktivkräfte, welche die Finanzkraft und die inneren Organisationsmöglichkeiten selbst großer Monopole übersteigen. Bei der gegenwärtigen Preis- und Profitexplosion im Energiebereich sind wir Zeuge eines bisher in solchem Ausmaß nicht gekannten Prozesses politischer und ökonomischer Machtausübung entscheidender, mit dem imperialistischen Staat verflochtener Monopolgruppen. Ihr Kampf um jene riesigen Investitionsmittel, die nötig sind, um den mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Strukturwandel auf dem Gebiet der Energie im letzten Drittel unseres Jahrhunderts durchzusetzen<sup>74</sup>, erfolgt eindeutig auf Kosten der Werktätigen. Er erfolgt unter Hervorbringung neuer volkswirtschaftlicher Disproportionen und Krisenerscheinungen. Er trägt im Endeffekt zur verstärkten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Labilität des heutigen Kapitalismus bei.

Nach den Worten von Gus Hall<sup>75</sup> ist die gegenwärtige Welle monopolistischer Fusionen zu einer unkontrollierten Lawine angewachsen, in der gerade die Giganten und Supergiganten dominieren, bei der die gesellschaftliche Anarchie auf die Spitze getrieben wird. Vor allem Ende der sechziger Jahre kam es verstärkt zur Bildung von Konglomeraten, bei denen die für den Kapitalismus typische Unterordnung des Gebrauchswertes unter den Wert, des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozeß eine Stufe erreicht, auf der sie irrational wird. Diese Tendenzen zeigen sich auch bei den führenden Unternehmen des Energiebereiches, besonders bei den großen Mineralölgesellschaften.

73 Meyer, Gerhard/Nobel, Günter, Das internationale Energieproblem und die kapitalistische Energiekrise, in: Einheit, Nr. 9/1975, S. 1024.

74 Nach Angaben der Chase Manhattan Bank besteht allein für die Mineralölindustrie der kapitalistischen Länder bis 1985 ein Investitionsbedarf in Höhe von 1 Milliarde Dollar, bis zum Ende des Jahrhunderts werden etwa 2,7 Milliarden Dollar benötigt. (Vgl. Michaelis, Alfred, Erdöl in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, (West-)Berlin 1974, S. 22, 211.)

75 Vgl. Rede des Genossen Gus Hall, in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Berlin 1969, S. 533 f.; vgl. auch Hall, Gus, Der amerikanische Imperialismus in der Welt von heute, Berlin 1973, S. 155.

Mit der Energie ist eine wesentliche materielle Möglichkeit gegeben, die Lebensbedingungen von Millionen Menschen zu verbessern - eine Voraussetzung, um beispielsweise die Ernährungsprobleme in der Welt zu lösen<sup>76</sup>, um wichtige Bereiche der nichtproduktiven Sphäre wie Bildungswesen, Gesundheitswesen und andere weiterzuentwickeln, die zu einem großen Teil in die gesellschaftliche Konsumtion der werktätigen Bevölkerung eingehen. Alle diese Bereiche sind auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus heute von tiefen, auch von bürgerlicher Seite nicht mehr zu verheimlichenden Krisenerscheinungen erfaßt.

Insgesamt ist der Energieverbrauch in den nichtproduktiven Bereichen der entwickelten kapitalistischen Länder seit Ende der fünfziger Jahre nicht nur absolut, sondern auch anteilmäßig gegenüber der Industrie gewachsen.<sup>77</sup> Diese Steigerung aber ist hauptsächlich auf einen im Interesse der Kapitalverwertung aufgeblähten Luxusverbrauch und damit auf eine Vergeudung energetischer Ressourcen zurückzuführen. Im Gesundheits- und Sozialwesen und ähnlichen Bereichen bleibt das Wachstum der Energieausstattung als ein Gradmesser moderner Arbeits- und Lebensbedingungen dahinter zurück.

Das grundlegende Problem auf der erreichten Stufe der Industrialisierung, an dem die Grenzen des Kapitalismus besonders deutlich werden, ist die Frage nach der veränderten Stellung des Menschen im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß. Dieses Problem ist an der Schnittfläche von produktiver und nichtproduktiver Sphäre angesiedelt, es durchdringt die Entwicklung beider Bereiche gleichermaßen. Hierher gehört zum Beispiel die Frage nach der sich wandelnden Stellung der Wissenschaft bei der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Hierher gehört auch die Frage nach den objektiv veränderten Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, den damit verbundenen Anforderungen an produktive und nichtproduktive Gebiete. Brennglasartig gebündelt treffen noch einmal einige der in diesem Beitrag verfolgten Entwicklungslinien aufeinander:

Die kapitalistische Manufaktur hatte auf der energetischen Grundlage der Wasserkraft begonnen, die handwerksmäßige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Produzenten aufzuheben, die Arbeiter zu Teilarbeitern zu verkrüppeln. Mit der einfachen Mechanisierung des 19. Jahrhunderts auf der energetischen Grundlage von Dampfkraft und Kohle vollzog sich die Zerlegung der Arbeitsoperationen auf adäquater technischer Basis. Durch die unmittelbare Vergesellschaftung wichtiger Bereiche der körperlichen Arbeit wurde der gesellschaftliche Charakter der Produktion geschaffen. Zugleich vollendete die Industrielle Revolution

<sup>76</sup> Dieses Problem ist besonders schwerwiegend für die Entwicklungsländer. Gegenwärtig beträgt der Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung dort nur etwa 6 % des Niveaus der industriell entwickelten kapitalistischen Länder. Eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards, insbesondere auch die Lösung der Ernährungsprobleme, würde in den Entwicklungsländern unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums bis zum Ende unseres Jahrhunderts etwa eine Verzehnfachung des Energieverbrauches erfordern. (Vgl. Michaelis, Alfred, a. a. O., S. 16 ff.)

<sup>77</sup> Vgl. z. B. Energiestatistik 1960 - 1971, Jahrbuch 1972, hg. v. Statistisches Amt der europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1972, S. 4 ff.; Energiestatistik 1969 - 1973, Jahrbuch 1973, hg. v. Statistisches Amt der europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1973, S. 6 ff. - Die dort angegebene Position "Haus- halte, Handel, Gewerbe usw." ist jedoch nur beschränkt aussagekräftig, da sie produktive und nichtproduktive Bereiche vermischt.



mit der vollen Ausprägung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse die relative Verselbständigung der Produktion gegenüber den Produzenten, ordnete die Teilarbeiter kooperierenden Teilmaschinen unter. Verbrauch und Wiederherstellung der Arbeitskraft erfolgten gänzlich im Rahmen ihres Warendaseins. Diese Prozesse wurden im Imperialismus auf der energetischen Grundlage der Elektrizität sowie verschiedenartiger Primärenergieträger mit der komplexen Mechanisierung auf die Spitze getrieben.

Das bestimmende arbeitsteilige Prinzip der Automatisierung ist die Zusammenführung getrennter Produktionsoperationen. Auf der Grundlage einer qualitativ neuen Rolle der Elektrizität bildet sich die Kooperation von Maschinen heraus, welche mit Vervollkommnung der Steuerung und Regelung selbst immer weniger Teilmaschinen im alten Sinne sein werden. Die arbeitsteilige Gestaltung richtet sich zunehmend nach der inneren Struktur der zu bewältigenden technologischen Prozesse. Auf dieser Basis werden in steigendem Maße nicht nur die körperliche, sondern auch formalisierbare Seiten der geistigen Arbeit unmittelbar vergesellschaftet. Die Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Produzenten wird auf ungleich höherem Niveau wiederhergestellt.

Die wissenschaftlich-technische Revolution erfordert die Aufhebung des von der Industriellen Revolution hervorgebrachten, dem Kapital unterworfenen Teilarbeiters. Ihr Wesen besteht in der Freisetzung und Nutzung der schöpferischen Potenzen der Menschen, wie Marx es in den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie genial vorausgesagt hat. Diese Entfaltung aber steht im Widerspruch zu den kapitalistischen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft als Ware, ist mit dem Profitmotiv im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben unvereinbar. Die wissenschaftlich-technische Revolution ermöglicht und erfordert die allseitige Entwicklung der Arbeiterpersönlichkeit im Rahmen einer Gemeinschaft freier, assoziierter Produzenten und Eigentümer an den Produktionsmitteln, die ihre gesellschaftlichen Beziehungen bewußt gestalten.<sup>78</sup>

Bestandteil der neuen Qualität in der Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Produzenten ist auch das veränderte Verhältnis von Produktion und Wissenschaft. Die Industrielle Revolution hatte die Wissenschaft zu einer Produktivkraft des Kapitals gemacht. Ihre Aneignung war dominierende Produktionsmethode des relativen Mehrwertes. Die wissenschaftlich-technische Revolution verwandelt die Wissenschaft in eine unmittelbare, nur gesamtgesellschaftlich wirksame Produktivkraft, die zwangsläufig den Rahmen der Mehrwerterzeugung sprengt. In diesem Zusammenhang scheint uns bedeutsam, daß die Autoren des Buches "Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution" die Automatisierung der Produktion als dingliche Erscheinungsform dieser Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft bezeichnen.<sup>79</sup> Wie mit dem automatischen Maschinensystem der Energieeinsatz, so wird mit der Atomkraft auch die Energieerzeugung in der Tendenz direkt zu einer Form vergegenständlichter Wissenschaft.

Die wissenschaftlich-technische Revolution schafft mit der automatisierten Großproduktion auf der energetischen Grundlage der Atomkraft umfassend die Produktivkräfte der kommunistischen Gesellschaft. Sie hebt damit in dialektischem Sinne die konkret-historischen Resultate der Industriellen Revolution auf, welche mit dem Übergang zur mechanisierten Produktion die wesentlichsten materiellen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hervorgebracht hatte.

78 Vgl. Neelsen, Karl, a. a. O., S. 90.

79 Vgl. Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, a. a. O., S. 198.

## ZUR ENTWICKLUNG DER REPRODUKTIONSBEDINGUNGEN DER ARBEITSKRAFT IN INDIEN

von Waldtraut Schmidt

In der Literatur über die gesellschaftliche Entwicklung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas läßt sich die Tendenz erkennen, daß sich die Forschung in zunehmendem Maße mit der menschlichen Arbeitskraft befaßt. Ihr kommt bei den sozialökonomischen Umgestaltungen in ihrer Eigenschaft als wichtigste Produktivkraft große Bedeutung zu. Die Hebung der Wirtschaftskraft von Entwicklungsländern hängt in erheblichem Umfang davon ab, ob die Arbeitskraft als reichlich vorhandene ökonomische Ressource in stärkerem Maße genutzt und ihre Effizienz gesteigert wird. Falsch wäre es, die Arbeitskraft nur in ihrer Funktion als Produktivkraft untersuchen zu wollen. Ihre konkreten Entwicklungsmöglichkeiten und -formen werden vom Ensemble der in Entwicklungsländern wirkenden Produktionsverhältnisse geprägt. Die Vielschichtigkeit der sozialökonomischen Verhältnisse in Entwicklungsländern, die eine Fülle neuer sozialökonomischer Erscheinungen und Probleme bewirkt, kompliziert das Eindringen in die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, seien es demographische Fragen, sei es die Frage der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, die Rolle der Bildung und Erziehung im Entwicklungsprozeß der Arbeitskraft oder seien es Fragen der Einkommensverteilung. In den meisten Entwicklungsländern haben seit ihrer Befreiung aus dem Kolonialjoch kapitalistische Produktionsverhältnisse zunehmend an Einfluß gewonnen. Deshalb muß man die Frage stellen, inwieweit hier die Gesetze der kapitalistischen Produktion und Distribution wirken. Bezogen auf die Reproduktion der Arbeitskraft, ist zu ermitteln, in welchem Grade und auf welche Art und Weise das Leben der Masse der Bevölkerung von den Gesetzen der Kapitalakkumulation bestimmt oder beeinflußt wird. Die Spezifik der Situation ergibt sich vor allem daraus, daß in Entwicklungsländern die historische Mission des Kapitalismus, nämlich "Hebung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit und Vergesellschaftung dieser Arbeit"<sup>1</sup>, um vieles widerspruchsvoller vor sich geht als im entsprechenden Stadium der "alten" kapitalistischen Länder. Diese Eigenheiten ergeben sich nicht nur daraus, daß in vielen Entwicklungsländern verschiedenartige Produktionsverhältnisse gleichzeitig nebeneinander bestehen und aufeinander einwirken, sie werden auch durch die Existenz eines sehr fest geprägten und das gesellschaftliche Leben stark reglementierenden traditionellen Überbaus hervorgebracht. Zudem hat der sich in den Entwicklungsländern ausbreitende und vertiefende Kapitalismus nicht nur gegenüber älteren, überlebten sozialökonomischen Verhältnissen im Inneren des Landes zu agieren (das heißt, sie zu zerstören bzw. umzugestalten), sondern zugleich auf die vielfältigen Einwirkungen der imperialistischen Welt zu reagieren. Die Bewegungsfreiheit des Imperialismus gegenüber Entwicklungsländern wird aber auch durch die Existenz

<sup>1</sup> Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 617.

und Stärke des sozialistischen Weltsystems eingeschränkt. Vom Sozialismus gehen ebenfalls objektive Wirkungen auf die gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse in Entwicklungsländern aus, die unter anderem darin bestehen, daß das Vorbild der sozialistischen Länder die Position der werktätigen Menschen in der Auseinandersetzung mit den Ausbeuterklassen stärkt. Die Verflechtung der verschiedenen Faktoren und ihre Wirkung gilt es nicht nur zu postulieren, sondern konkret zu untersuchen.

Um in diesen komplexen Fragenkreis tiefer eindringen zu können, sind viele umfassende Untersuchungen nötig. In der vorliegenden Arbeit wird zunächst der quantitativen Seite bei der Unterwerfung der Reproduktion der Arbeitskraft unter das Kapital nachgegangen. Leider ist das verfügbare statistische Material sehr lückenhaft, oft können aber auch die Auswertungsmethoden nicht voll befriedigen. Viele Darstellungen bleiben bei der Erkenntnis stehen, daß sich einerseits in Indien eine zahlenmäßig starke und kampferprobte Arbeiterklasse herausgebildet hat, der es auch gelang, Einfluß auf die Verbesserung der Arbeits- und Reproduktionsbedingungen eines Teils der Werktätigen zu nehmen, daß aber andererseits die traditionellen Faktoren (in Gestalt von überlebten, halbfeudalen Produktionsverhältnissen, Einflüssen des Kastenwesens und von speziellen traditionellen Überbauwirkungen) noch sehr stark sind.

Beide Feststellungen sind zweifellos richtig. Offen bleibt aber, ob es eine ins Gewicht fallende Ausbreitung und Vertiefung der kapitalistischen Verhältnisse gibt und - wenn dies zutrifft - wie sie sich vollzieht. Wird die Arbeitskraft der Masse der Bevölkerung zunehmend den Gesetzen der Akkumulation des Kapitals unterworfen, oder beschränkt sich dieser Prozeß im wesentlichen auf die Bereiche und Gebiete, in denen die kapitalistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft schon seit längerer Zeit festen Fuß gefaßt hat? Wenn eine solche Ausbreitung und Vertiefung unterstellt wird, muß man sie qualitativ und quantitativ belegen. Der Einblick in die Vielfalt der realen Verhältnisse des indischen Subkontinents dämpft allerdings den Mut zur Verallgemeinerung erheblich. Denn die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft sind - bedingt durch starke Unterschiede in der historischen Entwicklung verschiedener Unionsstaaten und Regionen und unter der Einwirkung vieler spezieller Faktoren in bestimmten Gebieten - sehr unterschiedlich.

Für einen verhältnismäßig langen Zeitraum stehen offizielle Angaben über die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur der Gesamtbevölkerung in Indien zur Verfügung, die im folgenden wiedergegeben werden.

Tabelle 1

Prozentuale Verteilung der Beschäftigten (workers) nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	1901	1911	1921	1931	1951	1961
1. Landwirtschaft						
a) Landwirte	50,6	49,8	54,4	45,1	50,1	52,8
b) Landarbeiter	16,9	20,6	17,4	24,8	19,7	16,7
2. Bergbau, Viehzucht, Forstwirtschaft, Fi- scherei, Jagd, Plan- tagen, Gartenbau und verwandte Tätigkeiten	4,3	4,7	4,5	5,2	3,1	2,8
3. Verarbeitende Industrie						
a) Heimindustrie	x	x	x	x	x	6,2
b) Verarbeitende Industrie außer Heimindustrie	11,7	9,9	9,3	8,9	9,0	4,4
4. Bauwesen	0,8	1,0	0,9	1,0	1,0	1,1
5. Handel	6,1	5,5	5,7	5,6	5,1	4,0
6. Transport, Lagerung, Nachrichtenwesen	1,1	1,1	0,9	1,0	1,5	1,6
7. Andere Dienstlei- stungen	8,5	7,4	6,9	8,4	10,5	10,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

x Enthalten in den Positionen 2 und 3b.

Quelle: India, Pocket Book of Economic Information 1970, New Delhi 1970, S. 21; für 1951: ebenda 1969, S. 21.

Diesen Angaben zufolge hat sich der Anteil von Arbeitern über einen Zeitraum von sechzig Jahren weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie erheblich verändert. Speziell in der Industrie ist er diesen Angaben zufolge in der Tendenz nicht gewachsen, sondern sogar zurückgegangen.

Diese offiziellen Angaben werden oft so interpretiert, daß das Gewicht der kapitalistischen Verhältnisse in Indien nicht gewachsen, sondern in bestimmten Entwicklungsphasen eher zurückgegangen sei.<sup>2</sup> Dieser Eindruck entsteht vor allem, wenn man die Entwicklung des Anteils der in der verarbeitenden Industrie tätigen Arbeiter betrachtet. Von 1901 bis 1931 ist ihr Gewicht der Tabelle zufolge ständig zurückgegangen und stagnierte bis 1951.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Chakraborty, Parul, Strikes and Morale in Industry in India and her Principal States, Kalkutta 1969.

Diese Tabelle ist jedoch mit großer Vorsicht zu benutzen. In ihr wird der Begriff "worker" nicht im Sinne des von seinen Existenzmitteln getrennten Lohnarbeiters, sondern etwa im Sinne von "Beschäftigtem" oder "Werktätigem" benutzt; wengleich im Bereich der Landwirtschaft zwischen "Landwirten" (cultivators) und "Landarbeitern" (labourers) unterschieden wird. Aber auch die als "Lohnarbeiter" Ausgewiesenen dürfen nicht vorrangig als Lohnarbeiter kapitalistischer Prägung angesehen werden; hinter dieser Kategorie verbergen sich viele Formen vorkapitalistischer Abhängigkeiten, in welchem Umfang sich kapitalistische Lohnarbeit in der Landwirtschaft verbreitete, ist aus Tabelle 1 also nicht zu ersehen.

Ähnliches gilt für die verarbeitende Industrie. Zwar gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Indien bereits eine ganze Reihe kapitalistischer Unternehmen in diesem Bereich. Das Gros der Produktionsstätten hatte jedoch vor- oder halbkapitalistischen Charakter. Da in der Statistik von 1901 bis 1951 die Arbeiter in der verarbeitenden Industrie unabhängig von deren sozialökonomischem Charakter erfaßt wurden, sagen die Angaben der Tabelle 1 nichts über die qualitativen Veränderungen in der Industriestruktur Indiens aus. Die aus der Tabelle abzulesende rückläufige Tendenz des Anteils von Arbeitern in der verarbeitenden Industrie ist in Wirklichkeit ein Ausdruck für den Rückgang einer zum großen Teil auf handwerklicher Tätigkeit und manufakturmäßiger Teilung der Arbeit beruhenden Produktion. Die gleichzeitig erfolgende Ausbreitung der kapitalistischen Produktion war nicht in der Lage, Arbeitskräfte in gleichem Umfang aufzusaugen, wie diese durch die Ruinierung rückständiger Produktionsstätten freigesetzt wurden.

Vermittels der offiziellen statistischen Angaben ist es also nicht möglich, die Entwicklung des Anteils der kapitalistischen Produktion durch Ermittlung des Anteils der Lohnarbeit für den Zeitraum seit 1900 festzustellen. Unmittelbar nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit gingen indische Statistiker und Ökonomen den offensichtlichsten Mängeln in der Kategorisierung und statistischen Erfassung der Arbeitskräfte zu Leibe, so daß für die zurückliegenden zwanzig bis dreißig Jahre genauere und detailliertere Angaben über die Entwicklung der Beschäftigung in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und über die demographische Struktur der Bevölkerung vorliegen. Mindestens für diese Zeit kann man den Versuch einer etwas genaueren Ermittlung des Anteils der Lohnarbeit unternehmen.

Das den folgenden Ausführungen zugrunde liegende Verfahren entwickelte Lenin, als er in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Entwicklungsstand des Kapitalismus in Rußland untersuchte. Er ging von dem Gedanken aus, daß der Anteil der Lohnarbeiter an der Bevölkerung eines Landes der wichtigste Indikator für den Grad der kapitalistischen Entwicklung eines Landes ist. "Wohl die größte Bedeutung für die Frage der Entwicklung des Kapitalismus hat die Verbreitung der Lohnarbeit. Der Kapitalismus ist das Entwicklungsstadium der Warenproduktion, in dem auch die Arbeitskraft zur Ware wird. Die Grundtendenz des Kapitalismus besteht darin, sämtliche Arbeitskräfte der Volkswirtschaft erst dann in der Produktion anzuwenden, nachdem sie verkauft und von den Unternehmern gekauft worden sind."<sup>3</sup>

Bei den entsprechenden Studien kam Lenin zu dem Ergebnis, daß es im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts 7,5 Millionen erwachsene männliche Lohnarbeiter in Rußland gab und demzufolge etwa die Hälfte der gesamten erwachsenen männlichen Bevölkerung als Lohnarbeiter in die Produktion materieller Wer-

<sup>3</sup> Lenin, W. I., a. a. O., S. 600.



te einbezogen war.<sup>4</sup> Lenin suchte zugleich auch zu erfassen, welcher Teil der Lohnarbeiterschaft "die Verbindung mit der Scholle völlig verloren" hatte und "ausschließlich vom Verkauf seiner Arbeitskraft" lebte.<sup>5</sup> Hierzu zählte Lenin die erdrückende Mehrheit der Fabrikarbeiter, der Berg- und Hütten- sowie der Eisenbahnarbeiter, einen Teil der Bau-, Schiffs- und ungelerten Arbeiter sowie der Arbeiter in der kapitalistischen Manufaktur. Auch "diejenigen Einwohner der nichtlandwirtschaftlichen Zentren, die mit Hausarbeit für Kapitalisten beschäftigt sind",<sup>6</sup> rechnete Lenin zu dieser Kategorie. Die Untersuchung der Auflösung der Bauernschaft hatte ihn zu dem Resultat geführt, daß zwei neue Typen der Landbevölkerung entstanden, nämlich die Dorfbourgeoisie und das Landproletariat, das sich weitgehend aus Lohnarbeitern mit Bodenanteil zusammensetzte. Nach Lenins Analyse waren in dem genannten Zeitraum etwa 40 Prozent der Bauernschaft dem Landproletariat zuzuordnen.<sup>7</sup>

Die Gesamtheit seiner Untersuchungen über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland gipfelte in der Feststellung: "Einerseits zeigt dieses Bild klar, daß die Warenzirkulation und folglich auch die Warenproduktion in Rußland durchaus auf festen Füßen steht. Rußland ist ein kapitalistisches Land. Andererseits ist daraus ersichtlich, daß Rußland, verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern, in seiner ökonomischen Entwicklung noch sehr zurückgeblieben ist."<sup>8</sup>

Die in diesem Werk von Lenin angewandten Verfahren haben für die sozialökonomische Durchleuchtung von sich kapitalistisch orientierenden Entwicklungsländern größte Bedeutung. Geht es doch in ihrem Falle darum, sowohl den Grad als auch den Typ der kapitalistischen Entwicklung zu erfassen. Für die Ermittlung des Grades sind wichtige Aufschlüsse zu gewinnen, wenn die Art und Weise untersucht wird, in der die Masse der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt erwirbt.

Die Methode, für die Feststellung des Grades der kapitalistischen Entwicklung den sozialökonomischen Status der erwachsenen männlichen Bevölkerung zugrunde zu legen, hat für die Analyse der Entwicklung in Indien volle Berechtigung. Erstens sind die meisten Familien von Werktätigen in Anbetracht der ungünstigen Beschäftigungslage ohnehin auf die Einkünfte nur eines (zumeist männlichen) Familienmitglieds angewiesen. (Für das Zensusjahr 1971 wurde die Frauenbeschäftigungsrate mit 12 Prozent ausgewiesen.) Zweitens wird durch diese Bezugsbasis die Verzerrung mindestens teilweise eliminiert, die durch das zunehmende Bevölkerungswachstum und den damit verbundenen steigenden Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung eintritt. Drittens macht die Anwendung dieses Verfahrens einen Vergleich mit den erwähnten Untersuchungen Lenins möglich.

Eine Auswertung der entsprechenden Zensusdaten bringen die in Tabelle 2 dargestellten Ergebnisse.

4 Ebenda, S. 601.

5 Ebenda, S. 602.

6 Ebenda.

7 Ebenda, S. 172.

8 Ebenda, S. 516.

Tabelle 2

Entwicklung des Anteils der Lohnarbeiter an der erwachsenen männlichen Bevölkerung (in Prozent)

	1951	1961	1971
a) Lohnempfänger in der Industrie und im Dienstleistungsbereich	9	32	25
darunter Industriearbeiter	4	9	11
b) Landarbeiter	9	10	13
c) Arbeiter im materiellen Bereich (Industrie- und Landarbeiter)	13	19	24
d) Lohnarbeiter insgesamt (a + b)	18	42	38

Quellen: Digest of Indian Labour Statistics, Simla 1961; Statistical Abstract 1969, New Delhi 1970; India, A Reference Annual New Delhi 1964, 1970, 1974; UN Demographic Yearbook, New York 1974.

Als "Lohnarbeiter" wurden jene Beschäftigten erfaßt, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder vorwiegend aus Lohnarbeitsverhältnissen bestreiten. Demzufolge waren zunächst diejenigen auszuschließen, die in der "Heimindustrie" arbeiten. Ein großer Teil der dort Beschäftigten arbeitet mit eigenen Produktionsmitteln; und soweit hier Lohnarbeit auftritt, ist sie in starkem Maße mit Rudimenten vorkapitalistischer Verhältnisse durchsetzt.

Ein erheblicher Teil der verbleibenden Industriearbeiter ist mit der modernen Großproduktion verbunden. Während die steigende Zahl der Industriearbeiter in den fünfziger Jahren auf die wachsende Beschäftigung im Privatsektor zurückzuführen ist, kam die Entwicklung bis in die 70er Jahre vor allem durch die starke Zunahme der Beschäftigung im staatlichen Sektor zustande. (In der Zeit von 1967 bis 1973 stagnierte die Beschäftigtenzahl im organisierten Privatsektor bei 6,7 bis 6,9 Millionen, während sie im staatlichen Sektor von 9,6 auf 11,8 Millionen anwuchs.)<sup>9</sup>

Große Schwierigkeiten bereitet es, den Anteil der ländlichen Bevölkerung zu ermitteln, die kapitalistischen Verhältnissen unterworfen ist. Eindeutig ist die Zahl der Plantagenarbeiter festzustellen, die jedoch insgesamt nicht ins Gewicht fällt. Von den 47 Millionen "Landarbeitern", die für 1971 ausgewiesen werden, kann nicht unterstellt werden, daß sie vom Status eines zwar abhängigen Bauern in das Dasein eines Landproletariers überwechselten. Ein großer Teil ist als Halbproletarier zu qualifizieren. Das Studium einschlägiger Untersuchungen führte dazu, bei der Hälfte der in den Zensusangaben als "Landarbeiter" Ausgewiesenen tatsächlich den Status eines ländlichen Proletariers anzunehmen. Diese Annahme gründet sich einmal auf Aussagen, die in sehr gründlichen, vom Arbeitsministerium veranlaßten Studien für den Beginn der fünfziger Jahre getroffen wurden, sowie auf Zensusangaben, denen zufolge 1951 nur die Hälfte der "ländlichen Lohn-

<sup>9</sup> Zum organisierten Sektor werden jene Unternehmen gerechnet, die zehn oder mehr Arbeiter unter gleichzeitiger Benutzung von Energiequellen beschäftigen bzw. zwanzig oder mehr Arbeiter ohne gleichzeitige Nutzung von Energie.

arbeiter" über Boden verfügte, während es 1961 nur noch 43 Prozent waren.<sup>10</sup> Die Verschiebung im Anteil des Bodenbesitzes blieb bei der Aufbereitung des Materials unberücksichtigt, da gerade bei den Angaben über den Anteil von Landarbeitern im eigentlichen Sinne des Wortes erhebliche Ungenauigkeiten zu unterstellen sind. (Die offizielle Statistik weist für 1961 die Gesamtzahl von 31 Millionen "Landarbeitern", für 1971 bereits 47 Millionen "Landarbeiter" aus. Es ist fraglich, inwieweit diese starke Zunahme tatsächlich die Proletarisierung der ländlichen Arbeitskraft oder eine bloße Pauperisierung widerspiegelt.) Während sich in einigen Gebieten Indiens kapitalistische Verhältnisse in der Landwirtschaft voll ausgebildet haben (wie zum Beispiel im Pandschab, in den Küstengebieten von Andhra Pradesh, im Westen Uttar Pradeschs sowie in einigen Distrikten von Maharashtra und Tamil Nadu, auch in einigen anderen räumlich sehr begrenzten Gebieten), befindet sich der größte Teil der ländlichen Gebiete im Prozeß der Zersetzung der vorkapitalistischen Verhältnisse, ohne sie schon überwunden zu haben.<sup>11</sup> Deshalb kann man nicht von einer klar abgegrenzten Klassenzugehörigkeit eines großen Teiles der Landarbeiter ausgehen. Vergleicht man den in Indien erreichten Stand der Unterordnung der Bevölkerung unter kapitalistische Verhältnisse mit dem Rußlands am Ende des vorigen Jahrhunderts, so ist ersichtlich, daß 1971 zwar erst ein Viertel der erwachsenen männlichen Bevölkerung als Lohnarbeiter im Bereich der materiellen Produktion tätig war, daß aber der Proletarisierungsprozeß verhältnismäßig schnelle Fortschritte macht. Im Hinblick auf die Beurteilung des Tempos, mit dem dieser Prozeß verläuft, sollte man sich die diesbezüglichen Gedanken Lenins ins Gedächtnis rufen: "Was nun die Frage betrifft, ob die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland langsam oder schnell vonstatten geht, so hängt alles davon ab, womit man diese Entwicklung vergleicht. Vergleicht man die vorkapitalistische Epoche in Rußland mit der kapitalistischen (und eben dieser Vergleich ist für die richtige Beantwortung der Frage notwendig), so muß die Entwicklung der gesellschaftlichen Wirtschaft im Kapitalismus als außerordentlich rasch bezeichnet werden. Vergleichen wir jedoch die gegebene Entwicklungsgeschwindigkeit mit der Geschwindigkeit, die beim heutigen Stand der Technik und der Kultur überhaupt möglich wäre, so müssen wir die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland tatsächlich als langsam bezeichnen."<sup>12</sup>

In Tabelle 2 wurden auch jene Lohnarbeiter aufgenommen, die im nichtmateriellen Bereich des organisierten Sektors tätig sind. Dies geschah, weil sie die Reproduktion ihrer Arbeitskraft aus dem Lohn zu bestreiten haben und das Vorhandensein des kapitalistischen Dienstleistungssektors ebenfalls zur Verbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse beiträgt. (Unter anderem wird durch die zunehmende Verbreitung von Bankfilialen auf dem Lande und von kapitalistisch betriebenen Transportunternehmen das Wachsen der Ware-Geld-Beziehungen und kapitalistischer Verhältnisse gefördert.) Die Angaben der Tabelle 2 lassen aber auch erkennen, daß die Anzahl der Beschäftigten im nichtmateriellen Bereich ab 1961 nicht mehr wuchs, sondern bis 1971 um mehr als ein Drittel zurückging, was die Ursache für den rückläufigen Anteil der Gesamtheit der Lohnarbeiter von 1971 im Vergleich zu 1961 ist.

Es ist zuräumen, daß der Aussagewert der in Tabelle 2 vermittelten Zahlen

<sup>10</sup> Agricultural Labour Enquiry, Report on Intensive Survey, New Delhi 1954; India, A Reference Annual, New Delhi 1964.

<sup>11</sup> Das Gupta, Ranajit, Problems of Economic Transition, Kalkutta 1970, S. 149.

<sup>12</sup> Lenin, W. I., a. a. O., S. 621.



nicht überschätzt werden darf; sie lassen nicht zu, den Umfang der Arbeiterklasse genau zu bestimmen, aber mit ihrer Hilfe kann man die Tendenz der Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse feststellen.

Wenn man verfolgen will, wie sich die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft im Zuge des sich ausbreitenden Kapitalismus in Indien entwickeln, hat man sich zunächst vor allem den Fragen ihrer Bezahlung zuzuwenden. Dabei geht es nicht allein um die Höhe des Lohnes für bestimmte Leistungen, sondern um Faktoren, die die Lohnhöhe bestimmen, um die Sicherheit des Lohnes, um die regionale und zweigmäßige Differenzierung der Löhne und vor allem um das Verhältnis von Arbeitsleistung zum Kreis der Waren und Leistungen, die sich die Arbeiter für ihren Lohn beschaffen können.

Ohne die außerordentlich schwere Lage des indischen Proletariats zu beschönigen, ist es doch notwendig, die Veränderungen zu kennzeichnen, die die heutige Situation von derjenigen während der Kolonialherrschaft unterscheiden. Unter den Bedingungen des imperialistischen Kolonialsystems gab es für die Ausbeutung der Arbeitskraft im Grunde fast keine Grenzen. Nicht einmal das für die physische Reproduktion unbedingt Notwendige konnte durch und für die Arbeiter gesichert werden, weil die Zufuhr neuer Arbeitskräfte aus vorkapitalistischen Bereichen ständig gesichert war. Der Raubbau an der Arbeitskraft war das wesentliche Kennzeichen ihrer Lage während der Kolonialzeit.<sup>13</sup> Mit der Abschüttelung des Kolonialjochs und der Übernahme der politischen Führung durch die indische Bourgeoisie kam es zu gewissen Veränderungen. Die einheimische Bourgeoisie konnte sich nicht mit jener ökonomischen und sozialen Konzeption an die Spitze der Nation setzen, die sie mit Unterstützung der Volksmassen in langen, opfervollen Auseinandersetzungen bekämpft hatte. Die Position der indischen Unternehmerschaft mußte sich klar und für die Volksmassen erkennbar von der unterscheiden, die die Kolonialimperialisten bezogen hatten. Dies geschah mit der Konzeption des "indischen Sozialismus", in dem "sozialer Fortschritt" und "soziale Gerechtigkeit" hohen Stellenwert haben. Die indische Bourgeoisie war bei diesen Entscheidungen weitgehend durch den Entwicklungsstand der eigenen Arbeiterklasse und den Umstand gebunden, daß für den Aufbau einer starken nationalen Industrie nicht der Typ des Lohnarbeiters zugrunde gelegt werden konnte, der während der kolonialen Abhängigkeit vorherrschte.

In dem im Jahre 1948 verabschiedeten Gesetz über die Minimallöhne wird die Fixierung ihrer Basis folgendermaßen umrissen: "Der Minimallohn darf nicht nur die Erhaltung des bloßen Lebens sichern, er muß auch die Effektivität des Arbeiters bewahren. Zur Erreichung dessen muß der Minimallohn hinreichen, um ein gewisses Maß an Ausbildung, medizinischer Betreuung und einigen Annehmlichkeiten zu gewährleisten."<sup>14</sup> Wenn diese Formulierung verdeutlicht, daß sich hier die Lebensansprüche der indischen Arbeiterklasse auf ein menschenwürdiges Dasein niederschlagen konnten und die Bourgeoisie nicht umhin konnte, das im Prinzip anzuerkennen, so handelt es sich zunächst doch nur um eine verbale Äußerung, die sehr unterschiedlich ausgelegt werden kann. Die praktischen Realisierungsmöglichkeiten dieser Ansprüche dürfen nicht überschätzt werden; denn die erwähnte Gesetzgebung erstreckt sich nur auf den organisierten Sektor der Wirtschaft; in den übrigen Bereichen, aus denen die Mehrheit der Bevölkerung

<sup>13</sup> Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 36: Die Theorie der Lage der Arbeiter, Berlin 1968, S. 70.

<sup>14</sup> Kuchhal, S. C., The Industrial Economy of India, Allahabad 1970, S. 442.

ihren Lebensunterhalt bezieht, gibt es weder quantitative noch qualitative Beschränkungen in der Ausbeutung der Arbeitskraft. Zudem wirken die hier herrschenden Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft spürbar auf die Lage der im organisierten Sektor Beschäftigten ein.

Wenn die indische Bourgeoisie als politische Führungskraft nicht umhin könnte und kann, die Notwendigkeit zur Verbesserung der Lage der Werktätigen zu akzeptieren, ja sogar zu ihrer eigenen Lösung zu machen, so nutzt sie - auch unter dem Druck reaktionärer sozialökonomischer Kräfte - die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nach Kräften aus, die Realisierung ihrer Versprechungen zu verlangsamen und zu hintertreiben. Diese gegenläufigen Tendenzen haben ihre Basis sowohl in vorkapitalistischen Ausbeuterinteressen als auch in parasitären Einrichtungen im gesellschaftlichen Organismus, wie zum Beispiel in bestimmten religiösen Institutionen. In der gleichen Richtung wirken die Auflöschung des Staatsapparates, die Existenz von Korruption und Verschwendung. Vor allem ist jedoch der Akkumulationsbedarf des einheimischen Kapitals eine objektive Grenze für die Entwicklung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. Zugleich zwingen aber die im internationalen Maßstab sich schnell vollziehenden Entwicklungen technischer und technologischer Natur auch die indische Bourgeoisie zur Modernisierung der Industrie, was ohne wertsteigernde Qualitätsverbesserung der Arbeitskraft nicht möglich ist. Auch die inzwischen gesetzlich fixierten Errungenschaften der Arbeiterklasse anderer Länder beeinflussen und beeinflussen die Positionen der indischen Arbeiterklasse - vor allem die Lage der Industriearbeiter - sowie der anderer Entwicklungsländer. Das geschieht zum Teil über die Internationale Arbeitsorganisation, eine Spezialorganisation der UNO, zum Teil über die internationale Zusammenarbeit gewerkschaftlicher Organisationen sowie anderer Institutionen.

Seit der Abschüttelung der englischen Kolonialherrschaft kam es unter dem Einfluß der Arbeiterorganisationen und progressiver politischer Parteien zu Fortschritten auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, die selbst von Vertretern der Bourgeoisie äußerst zwiespältig beurteilt werden. Der bürgerliche Ökonom S. C. Kuchhal stellt mit Befriedigung fest, "daß kein anderes Land der Welt von sich behaupten kann, in den letzten 20 Jahren mehr Arbeitsgesetze verabschiedet zu haben als Indien."<sup>15</sup> Bei der Untersuchung ihres Inhalts kommt er allerdings zu dem Ergebnis, daß die meisten Gesetze "nachteilige Folgen" für die Entwicklung "der indischen Industrie" hätten, und zwar nennt er als Gründe: Die gesetzlich fixierte Verpflichtung für die Unternehmen, auch bei Zahlungsunfähigkeit Löhne zahlen zu müssen, halte die Unternehmer von Investitionen in neuen, ihnen noch unbekanntem Bereichen ab. Maßnahmen zur Begrenzung der Arbeitszeit würden jene Arbeiter entmutigen, die durch ihre "Bereitschaft zu harter Arbeit" mehr verdienen wollten. Vor allem enthielten die Arbeitsgesetze zu wenig Anreize für die Arbeiter, den Produktionsausstoß zu vergrößern. Diese Interpretation Kuchhals zeigt, daß die Notwendigkeit der Arbeitsgesetzgebung zwar von der Bourgeoisie nicht bestritten wird, aber wie überall so auch in Indien nur dann positiv gewertet wird, wenn sie eindeutig Vorteile für die Unternehmerschaft bringt.

Zu den qualitativen Aspekten der Entwicklung der Arbeiterklasse Indiens gehören auch Fragen der Vereinheitlichung des Preises der Arbeitskraft. Während der Kolonialzeit bestanden beträchtliche Unterschiede in der Lohnhöhe. Es gab keine annähernd einheitliche Bezahlung für ähnliche Tätigkeiten innerhalb eines Indu-

<sup>15</sup> Ebenda, S. 436.

striezweiges in allen oder auch nur den meisten Teilen des Landes, die durchschnittliche Bezahlung wich zwischen den verschiedenen Industriezweigen erheblich voneinander ab, und auch das durchschnittliche Lohn- und Preisniveau der verschiedenen Industriegebiete zeigte erhebliche Unterschiede.<sup>16</sup> Diese Differenzen waren - verstärkt durch die kolonialen Einflüsse - auf die mehr oder weniger isolierte Herausbildung lokaler Märkte für die Ware Arbeitskraft zurückzuführen. Mit der Verstärkung der Verbindungen zwischen diesen Märkten, der Zurückdrängung vorkapitalistischer Einflüsse, der Annäherung des Preisniveaus von Konsumtionsmitteln auf den verschiedenen lokalen Märkten und der Herausbildung eines nationalen Marktes entwickelten sich die objektiven Bedingungen für den Abbau der starken Lohndifferenzen. In der gleichen Richtung wirkten auch die Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse, die um die Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft geführt wurden und werden. Wenn in bestimmten Regionen oder Branchen Erfolge errungen wurden, dann bestand das Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes darin, diese Ergebnisse auch für andere Teile der Arbeiterklasse wirksam zu machen.

Auch vom Gesichtspunkt der Bourgeoisie sprach und spricht manches für die Vereinheitlichung der Löhne. Die Ausnutzung des Staatsapparates im Interesse der Unternehmer führt dazu, die Bezahlung der Arbeitskraft sowie die Bestimmung der Arbeitsbedingungen in höherem Maße zentral zu regeln. Auch die Entstehung und Entwicklung des staatlichen Sektors verstärkt die Tendenz zur Vereinheitlichung der Löhne.

Die sich in diesem Prozeß vollziehende Annäherung der Durchschnittslöhne kann man über einen verhältnismäßig langen Zeitraum verfolgen. Anknüpfend an Untersuchungen von Scholz, läßt sich die Fortsetzung der von ihr ermittelten Tendenz zur Verringerung der regionalen Unterschiede in der Höhe der Durchschnittslöhne auch über die von ihr untersuchte Zeit hinaus belegen (Tab. 3).

Die Daten lassen erkennen, daß die nach der Gründung des souveränen Indien verbliebenen, relativ starken Abweichungen von plus 22 Prozent (Bombay) und minus 38 Prozent (Tamil Nadu) stark verringert wurden, so daß 1970 der obere Ausschlag nur noch 11 (Maharashtra) und der untere 21 Prozent (Pandschab) betrug. Neben den hier ausgewiesenen Staaten gibt es einige andere, wie zum Beispiel Radschasthan sowie Jammu und Kaschmir, die auch im Laufe der sechziger Jahre noch größere Abweichungen nach unten zeigten (um 50 Prozent). Hauptgründe für diese Erscheinung sind der niedrige Industrialisierungsgrad und die spezifische Industriezweigstruktur. Im Staate Radschasthan konzentriert sich die industrielle Tätigkeit seit langem auf die Gewinnung mineralischer Rohstoffe. Die Herausbildung einer modernen verarbeitenden Industrie, vorwiegend in Gestalt von Chemiebetrieben, ist jedoch im Gange. Im nördlichen Grenzstaat Jammu und Kaschmir war und ist die Industrie durch die traditionelle Verarbeitung lokaler Rohstoffe gekennzeichnet. Veränderungen in den Durchschnittslöhnen sind hier hauptsächlich auf die Errichtung einiger weniger staatlicher Betriebe zurückzuführen. Aber auch für diese Staaten läßt sich zu Beginn der siebziger Jahre eine verstärkte Tendenz zur Annäherung erkennen.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Vgl. dazu Scholz, Traute, Lohnstruktur und Lohnpolitik in der Indischen Union, Diss. Berlin 1966.

<sup>17</sup> India, a. a. O., 1974, S. 311.

Tabelle 3

Durchschnittslöhne der Industriearbeiter in einzelnen Staaten in Prozent zum Gesamtdurchschnittslohn Indiens bzw. der Indischen Union

	1939	1950	1962	1966	1970
Assam	92	106	72	100	84
Bihar	154	110	95	93	100
Gudscherat	-	-	114	111	103
Bombay	129	122	-	-	-
Maharashtra	-	-	116	117	111
Orissa	56	71	90	95	106
Pandschab	103	80	81	77	79
Tamil Nadu	61	62	95 <sup>+</sup>	97	95
Uttar Pradesch	82	97	88	87	82
Westbengalen	87	92	91	96	100
Delhi	108	111	106 <sup>+</sup>	109	103
Indien bzw. Indische Union	100	100	100	100	100

+ Angaben für 1961.

Quelle: Für die Jahre 1939, 1950, 1962 Scholz, Traute, Zu einigen Tendenzen der Lohnentwicklung in der Indischen Union, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 2, S. 236; für 1966 und 1970 Pocket Book of Labour Statistics 1974; India, A Reference Annual New Delhi 1974.

Verfolgt man den Lohn- und Preisindex für die sechziger Jahre, so zeichnet sich ab, daß es der Bourgeoisie trotz aller Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft gelang, die zu Beginn der sechziger Jahre eingetretene Realloohnerhöhung durch schnellere Preissteigerung gründlich zunichte zu machen. Der Anstieg der Real-löhne bewegt sich 1969 und 1970 in einer Größenordnung, daß er die eingetretenen Verluste nicht auszugleichen vermag (Tab. 4).

So wichtig die Entwicklung des Reallohnes ist, so reflektiert sie doch nur die Tendenz, ob die Arbeiter für ihren Lohn eine gleichbleibende, steigende oder sich verringernde Menge an Waren und Dienstleistungen beschaffen können. Für die Reproduktion der Arbeitskraft ist es dagegen bedeutsam, in welchem Maße der Produktionsprozeß die physische und geistige Kraft der Arbeiter in Anspruch nimmt. Gründliche Aussagen hierüber auf der Basis spezieller Untersuchungen der Situation in einzelnen Wirtschaftszweigen sind im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich. Angaben über die Häufigkeit von Betriebsunfällen lassen jedoch den hohen Grad der Gefährdung erkennen, dem viele Arbeiter ausgesetzt sind.

Tabelle 4

Lohn- und Preisindex  
(1961 = 100)

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Allgem. Lohnindex	106	109	114	128	139	151	160	171	180
All-India working class consumer price index	103	106	121	132	146	166	171	169	178
Reallohnindex	103	103	94	97	95	91	94	101	101

Quelle: India. A Reference Annual, New Delhi 1974, S. 311.

Tabelle 5

Häufigkeitsrate von Betriebsunfällen in Fabriken wichtiger Industriezweige  
(Unfälle pro 1000 beschäftigte Arbeiter)

	1969	1970
Textilindustrie	109,77	129,15
Holz- und Koksindustrie	30,22	26,63
Papiererzeugung und -verarbeitung	84,73	95,37
Chemie und chemische Produkte	39,80	38,81
Nichtmetallische Mineralprodukte	34,68	39,99
Grundmetalle	75,15	76,06
Metallerzeugnisse (ohne Maschinenbau)	57,97	55,50
Maschinenbau (ohne Elektromaschinenbau)	83,84	80,50
Elektromaschinenbau	49,89	51,75
Transportausrüstungen	91,58	77,29
Elektrizität, Gas und Dampferzeugung	42,50	31,25

Quelle: Pocket Book of Labour Statistics 1974, S. 88.

In diesen Angaben sind tödliche und weitere Betriebsunfälle enthalten, die nach dem Gesetz meldepflichtig sind. Die Häufigkeitsrate dieser Betriebsunfälle in der Fabrikindustrie insgesamt entwickelte sich zwischen 1961 und 1971 wie folgt:

Tabelle 6

Tödliche und nichttödliche Betriebsunfälle  
(pro 1000 beschäftigte Arbeiter in der Fabrikindustrie)

	1961	1966	1970	1971
Tödliche Unfälle	0,14	0,15	0,14	0,15
Nichttödliche Unfälle	45,53	51,18	67,42	75,70
Gesamt	45,67	51,33	67,56	75,85

Quelle: Pocket Book of Labour Statistics 1974, S. 83.



Die zunehmende Häufigkeit der Unfälle läßt erkennen, in welchem hohem Maß es der Unternehmerschaft möglich war, die Gesetze zum Schutz der Arbeitskraft zu mißachten. Ins Auge fällt ferner die besonders starke Gefährdung der Textilarbeiter, was mit der teilweisen Überalterung der Ausrüstung und dem Streben der Unternehmer zusammenhängt, die Rentabilität der Betriebe durch Intensivierung der Arbeit zu erhalten und zu steigern. Die ablehnende Haltung großer Teile der Unternehmerschaft in diesem Wirtschaftszweig gegenüber Arbeiterforderungen führte 1974 zur Übernahme von Textilbetrieben durch den Staat. (Fast ein Drittel der Baumwollerzeugnisse kam seit diesem Zeitpunkt aus staatlichen Betrieben.<sup>18</sup>)

Berücksichtigt man die regionalen Abweichungen in der Häufigkeit von Betriebsunfällen, so zeigen sich große Unterschiede in den alten industriellen Ballungsgebieten, in denen die Unfallhäufigkeit sehr hoch lag, wie zum Beispiel in Westbengalen, wo 1971 auf 1000 in der Fabrikindustrie beschäftigte Arbeiter 160 Unfälle kamen, während die entsprechende Zahl in Kerala bei 21 und in Pandschab bei 29 lag.

Die Schwankungsbreite in der Unfallhäufigkeit in der Fabrikindustrie ist zwischen den verschiedenen industriellen Regionen Indiens viel größer, nämlich 1 : 8, als zwischen den verschiedenen Branchen der Fabrikindustrie, wo sie etwa 1 : 4,5 beträgt. Diese Unterschiede erklären sich einerseits aus den Verschiedenheiten in der Industriezweigstruktur und der technischen Ausstattung, andererseits hat aber auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt beträchtlichen Einfluß. In Westbengalen war der Druck zuwandernder Arbeitskräfte angesichts der schlechten Beschäftigungslage auf dem Lande und der aus dem damaligen Ostpakistan zuströmenden Flüchtlinge besonders stark, so daß der Anteil von Industriearbeitern mit geringer Arbeitserfahrung wuchs, vor allem aber nutzten die Unternehmer diese Situation, um die Profitabilität der Betriebe auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu erhöhen.

Vergleicht man den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft Indiens auf die Sicherung des Reallohnes mit dem auf die Erhöhung der Sicherheit in den Betrieben, so zeigt sich, daß sie im ersten Fall verhältnismäßig einmütig vorgeht. Hier wirkt sich auch die Tatsache, daß die indischen Arbeiter in verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind, weniger nachteilig aus als bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben.

Trotz der zum Teil äußerst harten Arbeitsbedingungen unterscheiden sich die Reproduktionsmöglichkeiten für die Arbeitskraft im organisierten Sektor der Wirtschaft zum großen Teil vorteilhaft von denen in den übrigen Bereichen. Über die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen im nichtorganisierten Sektor - das heißt in den vielen Klein- und Kleinstbetrieben, der Heimindustrie sowie dem größten Teil der landwirtschaftlichen Produktion - gibt es kein statistisches Material. Wenn man jedoch bedenkt, daß der weitaus größte Teil der Arbeitenden hier tätig ist, lohnt es sich, nach wenigstens groben Anhaltspunkten für die Ermittlung ihrer Lage zu suchen. Das bereits erwähnte Gesetz über die Minimalhöhe ermächtigt die Zentralregierung bzw. die Regierungen der Staaten Mindestlohnsätze festzulegen, die bei Veränderung der Wirtschaftslage neu zu bestimmen sind. Diese Minimallohne im organisierten Sektor dürften etwa als obere Grenze anzusehen sein, die in den übrigen Bereichen überhaupt zu erzielen ist. Nach dem Stand vom 30. September 1973 waren die Sätze für den niedrigsten Tageslohn für männliche Arbeiter in den ökonomisch bedeutenden indischen Staaten folgendermaßen fixiert:

<sup>18</sup> New Age, Nr. 33/1974, S. 23.

Minimallöhne in verschiedenen indischen Unionsstaaten 1973  
 (in Rupien)

Staat	Lohnhöhe	Staat	Lohnhöhe
Andhra Pradesh	1,50	Maharashtra	0,62
Bihar	1,00	Orissa	1,00
Gudschera	2,00	Pandjab	2,00
Haryana	2,00	Rajasthan	2,62
Karnataka	1,00	Tamil Nadu	0,62
Kerala	1,75	Uttar Pradesh	1,00
Nadhy Pradesh	0,97	Westbengalen	1,37

Quelle: Pocket Book of Labour Statistics 1974, S. 41.

Um deutlich zu machen, inwieweit diese Sätze eine normale Reproduktion der Arbeitskraft erlauben, die ja die Erhaltung der Familie einzuschließen hat, sei folgender Vergleich angeführt: In den 1973 publizierten grundlegenden Kennziffern für den 5. Fünfjahrplan (der jedoch bisher nicht in Kraft gesetzt ist) wurde eine minimale Pro-Kopf-Konsumtion von monatlich 40 Rupien für erforderlich gehalten, um nicht unterhalb der "Armutsgrenze" vegetieren zu müssen.<sup>19</sup> Die Tabelle zeigt indessen, daß selbst der höchste angeführte Minimallohn dieses Ziel nicht erreicht, wenn nicht mehrere Familienmitglieder bezahlte Arbeit verrichten. In den Wirtschaftsbereichen mit stark vorkapitalistischen Einflüssen dürfte demzufolge die Grenze, die eine normale physische Reproduktion der Arbeitskraft ermöglicht, weit unterschritten werden. Diese Annahme wird durch eine Reihe von Studien über das Ausmaß der Armut in Indien erhärtet. So belegen zum Beispiel V. M. Dandekar und Nilakantha Rath, daß die Einkommensverhältnisse zu Beginn der sechziger Jahre einem Drittel der ländlichen und der Hälfte der städtischen Bevölkerung nicht erlaubten, den täglichen Mindestbedarf an Kalorien zu befriedigen. In der gleichen Untersuchung wird festgestellt, daß im Verlauf der folgenden Zeit der Anteil der völlig unzureichend ernährten Bevölkerung gewachsen ist, in noch stärkerem Maße hat sich die Befriedigung der anderen Grundbedürfnisse verschlechtert.<sup>20</sup>

Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen bürgerlicher Theoretiker zu sehen, die Masse der Bevölkerung gegen die Arbeiter im organisierten Sektor wegen angeblicher Entlohnungsprivilegien der letzteren aufzubringen. Dort wird behauptet, daß die Arbeiter im organisierten Sektor ihre Lage auf Kosten des ärmsten Teils der Bevölkerung verbesserten, daß der Lohn in immer stärkerem Maße Elemente der Rente enthalte<sup>21</sup> und der besser bezahlte Teil der Arbeiterschaft zur Mittel- oder Oberschicht gerechnet werden müsse. Zur Illustration und an-

19 Approach to the Fifth Plan 1974 - 79, hg. v. Government of India 1973, New Delhi 1973, S. 1.

20 Dandekar, V. M./Rath, Nilakantha, Poverty in India: Dimensions and Trends, in: Economic and Political Weekly, 9. 1. 1971.

21 Vgl. Kogut, Edy Luiz/Langoni, Carlos Geraldo, Population Growth, Income Distribution and Economic Development, in: International Labour Review, Bd. 111, Nr. 4/1975, S. 327.

geblichen Erhärtung wird die Entwicklung der Relation der durchschnittlichen Industriearbeiterlöhne zur Entwicklung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der Gesamtbevölkerung ins Verhältnis gesetzt.

Tabelle 8

Entwicklung der Durchschnittslöhne in der verarbeitenden Industrie und des Nettoprodukts pro Kopf der Bevölkerung  
(in Rupien)

	1961	1966	1969	1970
Jährlicher Durchschnittslohn in der verarbeitenden Industrie	1 540	2 112	2 588	2 726
Nettoprodukt pro Kopf der Bevölkerung	306	307	339	...

Quelle: Pocket Book of Labour Statistics 1974, S. 32; India, A Reference Annual, New Delhi 1974, S. 133.

Diese Daten weisen sehr deutlich aus, daß die Durchschnittslöhne des erfaßten Teiles der Arbeiterklasse erheblich schneller gestiegen sind als das pro Kopf erzeugte Nettoprodukt der Volkswirtschaft. Aus dieser Tatsache sind jedoch keine Argumente abzuleiten, die die angeführten Behauptungen stützen könnten. Der Gesichtspunkt, demzufolge der Lohn der Arbeiter in gewissem Umfang den Charakter einer Rente annehme, ist nicht haltbar. Er gründet sich auf die Annahme, daß das Angebot an Arbeitskräften wesentlich hinter dem Bedarf zurückbleibe, was ein Hochtreiben der Löhne über jene Grenze ermögliche, die den Wert der Arbeitskraft bestimmt. Abgesehen von den Grenzen, die den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals gesetzt sind, spricht das Vorhandensein einer starken Arbeitslosenarmee gegen diese These. Sie wäre jedoch in dem Falle nicht von der Hand zu weisen, wenn sie auf spezialisierte und qualifizierte Arbeitskräfte bezogen wird, die trotz eines allgemein starken Überangebots an Arbeitskraft nur unzureichend verfügbar sein können. Aber auch das ist in Indien seit langem keine verbreitete Erscheinung mehr. Von den 1973 bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitssuchenden hatten 20 Prozent eine zum Teil hohe fachliche Qualifizierung aufzuweisen. Die Zahl der Arbeitssuchenden mit Oberschulabschluß und höherer Bildung stieg von 590 000 (1961) auf 917 000 (1966) und wurde für 1973 mit reichlich 3,5 Millionen ausgewiesen. Von dieser hohen Zahl an Arbeitssuchenden mit Ausbildung geht ein ständiger Druck auf die Löhne auch der qualifizierten Arbeiter aus. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß kleine Gruppen von Beschäftigten vermögen, zeitweilig weit überdurchschnittliche Löhne zu erzwingen.

Die starke Veränderung in der Relation zwischen dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen und dem Durchschnittslohn in der verarbeitenden Industrie ist vielmehr auf folgende Ursachen zurückzuführen: Nach wie vor entsteht der größte Teil des volkswirtschaftlichen Einkommens, nämlich etwa 50 Prozent, in der Landwirtschaft. Hier gab es zwar im Gefolge der "Grünen Revolution" und der sich verbreitenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse starke Veränderungen in den Produktionsmethoden. Ihr Anteil ist jedoch noch nicht so gravierend, daß die Wertschöpfung im landwirtschaftlichen Bereich zu einer spürbaren Vergrößerung des Nationaleinkommens geführt hätte. Derartige Veränderungen traten dagegen im industriellen Bereich ein. Die Strukturveränderung und Modernisierung der Industrie im organisierten Sektor zog neue Anforderungen an die Qua-



lilität der Arbeitskraft nach sich. Das Qualifikationsniveau stieg, was sich in erhöhten Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft niederschlug. Die Verteuerung der Lebensmittel zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse, insbesondere im Bereich der Ernährung, wirkte in gleicher Richtung. Diese Umgestaltungen führen zwar zur Erhöhung der Wertschöpfung im industriellen Sektor, indessen übt sein verhältnismäßig geringes Gewicht in der gesamten Wirtschaft nur eine insgesamt unbedeutende Wirkung auf das Wachstum des Gesamteinkommens aus. Und schließlich wird die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens durch die Wachstumsrate der Bevölkerung beeinflusst.

Auf den Umstand, daß der "relative Arbeitspreis, d. h. der Arbeitspreis im Verhältnis sowohl zum Mehrwert wie zum Wert des Produkts", bei der Nation mit wenig entwickelter kapitalistischer Produktionsweise höher steht als bei der mit entwickelter kapitalistischer Produktionsweise<sup>22</sup>, hat bereits Marx bei der Untersuchung der nationalen Verschiedenheit der Arbeitslöhne hingewiesen. Die Zurückdrängung dieser Disparitäten ist nicht auf dem Wege der Lohnbeschnidung der Industriearbeiterschaft zu erzielen, sondern hängt in einem Lande wie Indien vor allem von der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft ab. Für die Verstärkung dieses Prozesses hat gegenwärtig die Durchsetzung einer progressiven, konsequenten Agrarreform vorrangige Bedeutung.

Die Untersuchung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft führt notwendigerweise zur Frage nach dem Wert der Arbeitskraft unter den heutigen Bedingungen in den sich kapitalistisch entwickelnden Ländern der "dritten Welt". Dieses wichtige Problem ist von der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft in jüngster Zeit wenig untersucht und berücksichtigt worden. So finden sich zum Beispiel in den Beiträgen der im Dezember 1972 in Berlin durchgeführten Konferenz zum Thema "Die Arbeiterklasse in Asien und Afrika - Formierung und Kampf"<sup>23</sup> nur wenige Ausführungen, die sich auf diese Problematik beziehen. Auch in jenen Arbeiten, die sich mit der Entwicklung des Wertes der Arbeitskraft in imperialistischen Ländern befassen, wird bisher noch zu selten die Frage gestellt, welche wechselseitigen Beziehungen zwischen der Situation der Arbeitskraft in imperialistischen und Entwicklungsländern bestehen.<sup>24</sup> Dieser Mangel ist sicher mit darauf zurückzuführen, daß viele Forschungseinrichtungen, die sich mit den Fragen von Entwicklungsländern befassen, sich nur in verhältnismäßig geringem Umfang auf ökonomische Forschungen stützen bzw. diese selbst betreiben. Indessen bieten die marxistisch-leninistische politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte nicht nur einen reichen Fundus zur Durchdringung dieser Fragen, sondern ihre Anwendung und Ausnutzung ist vielmehr eine unerläßliche Bedingung für das Erkennen und die Analyse des politischen Kräfteverhältnisses.

Ehe nähere Erwägungen über den Wert der Arbeitskraft anzustellen sind, ist zu fragen, ob auch für ein Land wie Indien die Kriterien bei der Bestimmung dieses Wertes anzuwenden sind, die Marx der Untersuchung zugrunde legte, als er dem Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung nachging. Folgende Ausführungen von Marx umreißen die Faktoren der Wertbestimmung der Arbeitskraft eindeutig: "Wenn der Eigentümer der Arbeitskraft heute gearbeitet hat, muß er denselben

22 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1970, S. 584.

23 Vgl. Die Arbeiterklasse in Asien und Afrika - Formierung und Kampf, Berlin 1974.

24 Zu den Ausnahmen in dieser Hinsicht gehört der Artikel von Weber, A. B., Der Wert der Arbeitskraft und der Kampf des Proletariats, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 1/1974.

Prozeß morgen unter denselben Bedingungen von Kraft und Gesundheit wiederholen können. Die Summe der Lebensmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und andren natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den andren Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben.<sup>125</sup>

Dieser Gedankengang wurde hier ausführlich zitiert, weil er zeigt, daß Marx die Wertbestimmung auf die Angehörigkeit einer existierenden Arbeiterklasse bezieht. Die Frage nach dem Wert der Arbeitskraft im Falle von Entwicklungsländern ist nur sinnvoll, soweit hier Lohnarbeiter ihre Reproduktion ständig auf der Grundlage des Arbeitslohnes vollziehen und ihre ökonomischen und politischen Forderungen in organisierter Form vertreten. Daß die Arbeiterklasse Indiens die Bourgeoisie zur prinzipiellen Anerkennung von Lebensansprüchen veranlaßte, die nicht nur die physische Reproduktion der Arbeitskraft ermöglichen, wurde bereits weiter oben dargestellt. Daß die Bourgeoisie aber auch erhebliche Anstrengungen unternimmt, um sowohl ein Stagnieren des Wertes der Arbeitskraft herbeizuführen - vor allem durch vielfältige Einwirkungen auf die Arbeiterbewegung zur Lähmung ihrer Aktivitäten - als auch in der Richtung, mit dem Preis unter dem Wert bleiben zu können, ist keine Besonderheit der sozialökonomischen Situation in Indien oder in Entwicklungsländern; und es gehört gerade zu den Verdiensten von Marx, nachgewiesen zu haben, daß der kapitalistische Ausbeutungsprozeß auch vonstatten geht, wenn die Ware Arbeitskraft zum Wert bezahlt wird.

Über einen längeren Zeitraum gesehen, ist auch für das indische Proletariat die Tendenz zum Steigen des Wertes der Arbeitskraft zu erkennen. Diese Entwicklung wird von folgenden Faktoren bestimmt und beeinflußt:

- Verteuerung notwendiger Lebensmittel zur physischen Reproduktion der Arbeitskraft,
- Aufwendungen für die Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter,
- Erweiterung des Umkreises notwendiger Lebensmittel und Dienstleistungen, die zum Beispiel mit dem Urbanisierungsprozeß zusammenhängen,

Auf das Tempo sowie die Art und Weise, in der sich dieser Prozeß vollzieht, haben in erster Linie die Stärke und Geschlossenheit, die Kampferfahrungen der Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß. Aber auch vom Ausbau des staatlichen Sektors - der von einem Teil der bürgerlichen indischen Ideologen als sozialistischer Sektor interpretiert wird, seinem Wesen nach aber staatskapitalistisch ist - gehen erhebliche Wirkungen auf die Verbesserungen der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft aus. So erhalten die Arbeiterorganisationen vor allem dadurch Unterstützung in ihrem Kampf um die Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, als in der Mehrheit der staatlichen Betriebe wesentlich bessere soziale Bedingungen als in den weitaus meisten Privatbetrieben herrschen. In der gleichen Richtung macht sich auch das Zusammenwirken von Arbeiterorganisationen aus Entwicklungsländern mit solchen aus sozialistischen

und aus imperialistischen Ländern bemerkbar. Es ist ersichtlich, daß in diesem Prozeß objektive als auch subjektive Momente eine Rolle spielen. Nicht übersehen werden dürfen jedoch die Konsequenzen, die sich aus der Existenz verbreiteter, mehr oder weniger in Zersetzung befindlicher vorkapitalistischer sozialökonomischer Sektoren und aus dem schnellen Bevölkerungswachstum ergeben. Ein großer Teil der nicht oder unterbeschäftigten Arbeitsfähigen in den vorkapitalistischen Bereichen übt starken Druck auf die Lohnforderungen der in Arbeit Befindlichen aus, was insbesondere die Lage von weniger qualifizierten Arbeitskräften nachteilig beeinflußt und ein wesentlicher Faktor ist, der dem Steigen des Wertes der Arbeitskraft entgegenwirkt. Diese Arbeitskräfte, die sich noch nicht endgültig aus älteren sozialen Gemeinschaften gelöst haben, werden vorwiegend von Kleinbetrieben, technisch rückständigen kapitalistischen Unternehmen oder mit Gelegenheits- und Hilfsarbeiten in großen Unternehmen beschäftigt. Die Entlohnung dieser Arbeitskräfte ist außerordentlich niedrig, was unter anderem dadurch ermöglicht wird, daß ein Teil ihrer Reproduktionskosten durch vorkapitalistische Gemeinschaften getragen wird. Diese Umstände führten auch dazu, einen verhältnismäßig großen Teil der arbeitenden Bevölkerung im Zustand des Vor- und Halbproletariats zu halten, dessen materielle Bedingungen seine Einbeziehung in den Kampf der Arbeiterklasse erschweren oder unmöglich machen. Auf diesem Wege wird der Spielraum der kapitalistischen Ausbeutung vergrößert, und die technisch und technologisch rückständigen Betriebe und Industriezweige erhalten die Möglichkeit, gleichzeitig mit und neben dem Kapital mit hoher organischer Zusammensetzung zu fungieren. Ein Charakteristikum dieser sozialökonomischen Verhältnisse ist, daß sich zwischen dem vorkapitalistischen und dem kapitalistischen Sektor ein Umverteilungsprozeß zugunsten des letzteren vollzieht.

Aber auch dort, wo die Arbeiterklasse im Begriff ist, die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft zu verbessern, sucht die Bourgeoisie diesen Prozeß zu bremsen oder zum Halten zu bringen; vor allem dadurch, daß die Preise für Konsumgüter beständig gesteigert werden, was erkämpfte Lohnerhöhungen unwirksam macht. Daneben geht das Kapital aber zunehmend dazu über, lebendige Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Dieser Weg wurde in der Vergangenheit von der indischen Bourgeoisie nur zögernd beschritten, unter anderem deswegen, weil die organisierte Arbeiterschaft diesem Vorgehen wegen der daraus folgenden Verschlechterung der Beschäftigtenlage Widerstand entgegengesetzte. Dies bezog sich indessen im wesentlichen auf Veränderungen in bereits bestehenden Betrieben. Bei Neuinvestitionen größeren Ausmaßes spielte dieser Gesichtspunkt auch in der Vergangenheit kaum eine Rolle. Nunmehr wird sich auch dort, wo die organische Zusammensetzung bereits relativ hoch ist, die Tendenz zum weiteren Steigen zunehmend bemerkbar machen. Eine Reaktion auf Wertsteigerungen der Arbeitskraft besteht auch in der Intensivierung der Arbeit, durch die der Arbeitskraft in einer gegebenen Zeiteinheit wesentlich größere Leistungen als vordem abverlangt werden.

Beide Methoden werden vom Privatsektor der indischen Industrie angewandt. Während das in der Privatindustrie hervorgebrachte Nettoprodukt sich von 1961 bis 1971 verdoppelte (zu festen Preisen), wuchs hier die Beschäftigtenzahl im gleichen Zeitraum kaum um 30 Prozent.<sup>26</sup> In der Zeit von 1967 bis 1973 stagnierte die Beschäftigtenzahl im Privatsektor vollends. Die sich hinter dieser Entwicklung verbergende Intensivierung bedeutet, daß die Wertsteigerung der Arbeitskraft mindestens teilweise wieder zunichte gemacht wird, weil unter diesen Bedingungen ihre volle Reproduktion selbst bei steigendem Reallohn nicht gewährleistet ist.

<sup>26</sup> India, a. a. O., 1974, S. 13.

Die hohe und steigende Anzahl von Betriebsunfällen illustriert dieses Problem auf drastische Art und Weise. Auch hieraus wird deutlich, daß die Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse trotz aller erkämpften Verbesserungen ihre Grenze immer wieder an den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals findet. Die dennoch vorhandene Tendenz zum Steigen des Wertes der Arbeitskraft setzt sich nicht gradlinig durch. Sie wird zudem von der Erscheinung begleitet, daß es großen Teilen der werktätigen Bevölkerung versagt bleibt, zum freien Lohnarbeiter zu werden und sich in die Reihen des Proletariats einzugliedern. Es sind insbesondere die Angehörigen dieser in Auflösung befindlichen Schichten, die auch unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht in der Lage sind, eine normale physische Reproduktion der Arbeitskraft zu vollziehen. Auf diesen Teil der Volksmassen kann die Kategorie "Wert der Arbeitskraft" nicht angewendet werden. Die Tendenz zur Steigerung des Wertes der Arbeitskraft der Angehörigen des Proletariats wird sowohl von seiten dieser Klasse als auch von seiten der Bourgeoisie durch subjektive Faktoren beeinflusst, nicht aber letzten Endes bestimmt, obwohl sie auf das historisch-moralische Element des Wertes der Arbeitskraft stark einwirken.

Es sind verschiedene Faktoren, die einer unter kapitalistischen Verhältnissen möglichen Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft in Indien entgegenstehen. Hier sind zunächst jene Verluste für die ökonomische Entwicklung zu erwähnen, die aus der mangelnden ökonomischen Effizienz des Staatsapparates herrühren. Darunter sind sowohl Verluste durch Steuerhinterziehung, durch Mängel in der Auseinandersetzung mit dem Auslandskapital, unzureichende Methoden der Verwaltung des Staatssektors als auch die durch die Aufblähung des Staatsapparates eintretende Verschwendung von Mitteln und andere ähnliche Erscheinungen zusammenzufassen.

Ein anderer Faktor besteht in der mangelnden Konsequenz, mit der die führenden Kräfte der indischen Bourgeoisie gegen überholte sozialökonomische Verhältnisse vorgehen. Der daraus für die wirtschaftliche Entwicklung resultierende Schaden hat Auswirkungen unterschiedlicher Natur. Einerseits besteht er in der Fortexistenz sozialer Schichten und Gruppen, die erhebliche Teile des Nationalreichtums und -einkommens parasitär verbrauchen bzw. der nationalen Wirtschaftsentwicklung entziehen (inzwischen ihrer Privilegien weitgehend verlustig gegangene Fürsten, Feudale, Halbfeudale sowie Gruppen, deren Existenz auf religiös begründeter Ausbeutung beruht). Andererseits wirkt sich die Aufrechterhaltung überholter sozialökonomischer Verhältnisse zugleich als ein außerordentlich starkes Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte aus. Dieser Umstand bewirkt nicht nur eine sehr niedrige Arbeitsproduktivität, sondern wird vom Befangensein der Volksmassen in überholten Ansichten und Vorstellungen begleitet, die ihrerseits die ökonomische Entwicklung hemmen. Dies geschieht zum Beispiel dadurch, daß beim Vorherrschen solcher Verhältnisse eine spürbare Reduzierung der Geburtenrate nur sehr schwer erreichbar ist.

Die verbreitete Existenz vorkapitalistischer Verhältnisse ist in erster Linie auf dem Lande anzutreffen. Die Durchführung der bereits früher begonnenen, aber in den Anfängen steckengebliebenen Agrarreform ist daher eine außerordentlich dringliche Maßnahme. Auch wenn sie konsequent durchgeführt wird, ist von ihr nicht die Überwindung, sondern vielmehr die Ausbreitung und Vertiefung kapitalistischer Verhältnisse auf dem Lande zu erwarten. Die in diesem Prozeß erfolgenden Umgestaltungen befreien die Masse der werktätigen Bauern zwar von den überkommenen Bindungen und schaffen Voraussetzungen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, ziehen aber auch gleichzeitig die Entstehung neuer Probleme, Abhängigkeiten und Lasten nach sich.

In welchem Maße es gelingen wird, die indische Bourgeoisie zum Verfolgen des selbstdeklarierten Ziels zu zwingen, die Lebenslage der Bevölkerung zu verbessern, hängt weitgehend von der Organisiertheit der linken und progressiven Kräfte sowie von ihrem Zusammenwirken ab. Die ausbeutenden Klassen und Schichten behindern stark die Nutzung und Entfaltung der ökonomischen Ressourcen. Ihre Mobilisierung kann der indischen Wirtschaft erheblichen Auftrieb verschaffen und die Grundlage für die Verbesserung der Lebenslage der Volksmassen sein. Die unerläßliche Voraussetzung dafür ist die konsequente Durchsetzung tiefgreifender sozialökonomischer Umgestaltungen.



## ZUR REGIONALEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND 1816 BIS 1871

von Heinzpeter Thümmler

Dem auf dem Wiener Kongreß 1815 geschlossenen Deutschen Bund gehörten 1817 mit dem Beitritt Hessen-Homburgs 39 souveräne Staaten - darunter vier Freie Städte - an. Bis einschließlich 1866, dem Jahr der Auflösung des Deutschen Bundes und des preußisch-österreichischen Krieges, verminderte sich die Anzahl der Bundesstaaten durch Zusammenschluß bzw. Annexion auf 28; allein 1866 annektierte Preußen fünf Staaten.<sup>1</sup> 1871 wurden unter preußischer Führung 25 Staaten des ehemaligen Deutschen Bundes einschließlich der bisher außerhalb des Bundesgebietes gelegenen preußischen Ostprovinzen zum Deutschen Reich zusammengeschlossen.<sup>2</sup> Das 1871 annektierte Elsaß-Lothringen wurde in die folgende Betrachtung nicht mit einbezogen, im Gegensatz zum Herzogtum Schleswig (sofern nicht ausdrücklich angemerkt), obwohl es bis 1864 zu Dänemark und nicht zum Deutschen Bund gehörte.

Auf dem Gebiet des Deutschen Reiches von 1871 (ohne Elsaß-Lothringen), im folgenden als Deutschland bezeichnet, lebten 1816 insgesamt 23,6 Millionen Menschen; bis 1871 stieg die Einwohnerzahl auf 39,5 Millionen, das heißt um annähernd 16 Millionen. Die Bevölkerung wuchs im Durchschnitt jährlich um 0,94 Prozent. Pro Quadratkilometer stieg die Einwohnerzahl in Deutschland (Gesamtfläche 525 232 Quadratkilometer)<sup>3</sup> im genannten Zeitraum von 45 auf 75 Einwohner, das heißt, die Bevölkerungsdichte nahm um 30 Personen oder um 67 Prozent zu. Weit über diesen Durchschnittswert stieg die Dichte in den vorwiegend durch Or-

1 1826 entstanden aus den vier Herzogtümern Sachsen-Gotha, Sachsen-Coburg-Saalfeld, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Hildburghausen die drei Herzogtümer Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Hildburghausen,

1850 kamen Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen zu Preußen, 1853 wurden Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen vereinigt, wozu

1863 noch Anhalt-Bernburg kam, es entstand das Herzogtum Anhalt, und bis 1866 wurden (neben Schleswig, das bis 1864 dänisch war und nicht zum Deutschen Bund gehörte) Holstein (ebenfalls bis 1864 dänisch, aber mit Lauenburg Mitglied des Deutschen Bundes), Hannover, das Kurfürstentum Hessen, Nassau, Hessen-Homburg und die Freie Stadt Frankfurt am Main Preußen einverleibt, Lauenburg wurde Preußen unterstellt.

2 Die ehemaligen Bundesstaaten Österreich, Liechtenstein und Luxemburg/Limburg gehörten dem neuen Staatsverband nicht an.

3 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin, 1. Jg. 1880, S. 1.



te mit höheren Einwohnerzahlen gekennzeichneten Gebieten, in denen die industrielle Entwicklung stärker ausgeprägt war.

In den 55 Jahren von 1816 bis 1871 erhöhte sich die Einwohnerzahl je Quadratkilometer in

Berlin (Stadt)	um 10655 Einwohner	- von 3 351,1	auf 14 005,8	Ew./km <sup>2</sup>
Hamburg/Bergedorf	" 451	" - "	375,5	" 826,8
Bremen	" 283	" - "	196,8	" 480,0
Königreich Sachsen	" 91	" - "	79,7	" 170,7
Rheinprovinz	" 63	" - "	70,2	" 132,7

Dagegen nahm in den nord-, nordwest- und süddeutschen Staaten bzw. in deren Teilgebieten die Bevölkerungsdichte deutlich weniger zu. So stieg zum Beispiel die Einwohnerzahl je Quadratkilometer von 1816 bis 1871 in

Mecklenburg	um 19 Einwohner	- von 23,2	auf 41,9	Ew./km <sup>2</sup>
Bayern rechts des Rheins	" 15	" - "	45,9	" 60,6
Oldenburg	" 13	" - "	36,3	" 49,0
Hannover	" 9	" - "	42,7	" 51,3

Einen Überblick über die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in Deutschland während des 19. Jahrhunderts (bis 1871) vermittelt die Tabelle 1.

Tabelle 1

Die Bevölkerung Deutschlands 1816 bis 1871<sup>+</sup>

Jahr	Bevölkerung		Zunahme seit dem vorhergehenden Ausweis im Jahresdurchschnitt	
	in Mill. Ew.		in Mill. Ew.	in %
1816	23,55		-	-
1825	26,74		0,354	1,42
1834	29,15		0,268	0,96
1843	32,20		0,339	1,11
1852	34,37		0,241	0,73
1861	36,57		0,244	0,69
1871	39,51		0,294	0,78

+ Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, H. 1, Berlin 1935, S. 14; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin, 1, Jg. 1880, S. 4.

In dieser Gesamtentwicklung fallen die Zeitabschnitte 1816 bis 1825 und 1834 bis 1843 auf. Sie zeigen jeweils ein durchschnittliches jährliches Anwachsen der Bevölkerung von mehr als 1 Prozent und liegen damit (zusammen mit dem Zeitraum 1825 bis 1834) über dem Durchschnittswert der Gesamtentwicklung (0,94 Prozent). In den nachfolgenden Zeitabschnitten zwischen 1843 und 1871 wächst die Bevölkerung durchschnittlich nur um zirka 0,7 Prozent.

Bei dieser Entwicklung wirkt sich vor allem die Tatsache aus, daß zwischen 1841 und 1871 nahezu 2,5 Millionen Personen aus Deutschland auswanderten (vgl. Tabelle 2). In dieser Zeit, um 1840, begann die Massenauswanderung aus Deutschland, die bis in die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts anhielt.

Tabelle 2

Die Auswanderung aus Deutschland 1841 bis 1871<sup>+</sup>

Zeitraum	Personen
1841 - 1849	471 000
1850 - 1858	902 000
1859 - 1867	559 000
1868 - 1871	538 000
Insgesamt	2 470 000

+ Statistik des Hamburgischen Staats, H. 17, Hamburg 1897, S. 114.

Neben der Auswanderung aus dem deutschen Gesamtgebiet kommt im ganzen 19. Jahrhundert der Binnenwanderung so große Bedeutung zu, daß es unumgänglich erscheint, kurz darauf einzugehen.

Einen Eindruck vom Ausmaß der Binnenwanderung - der Bevölkerungswanderung innerhalb Deutschlands - 1816 bis 1871 vermitteln die Wanderungsbilanzen der preußischen Provinzen, der deutschen Länder und Landesteile. (Siehe Tabelle 3 auf der nächsten Seite.)

Es zeigt sich, daß die preußischen Provinzen Ostpreußen, Pommern und Sachsen wie auch Westfalen und die Rheinprovinz in der ersten Periode, von 1816 bis 1834, einen Wanderungsgewinn verbuchten. Dasselbe trifft für die mecklenburgischen Staaten zu. Die Hauptzuwanderungen erfolgten in den Jahren 1816 bis 1825. Von 1825 bis 1834 hatten zum Beispiel Pommern und Gesamtmecklenburg geringe Bevölkerungsverluste. Die Verluste in dieser Teilperiode waren lediglich in Baden so hoch, daß sie den Wanderungsgewinn aus den Jahren 1816 bis 1825 von 12 200 Einwohnern in einen negativen Saldo verwandelten.

In der fixierten zweiten Periode sind einige Bevölkerungsgewinne ausgewiesen. Diese Zuwanderungen erfolgten zwischen 1834 und 1843, denn ab 1843 gibt es fast durchweg einen allgemeinen Wanderungsverlust. Ausnahmen für die nicht ausgewiesene Teilperiode von 1843 bis 1852 sind Berlin mit einem Wanderungszuwachs von 66 400, Westpreußen mit 11 600, das Königreich Sachsen mit 31 300, Hamburg mit 18 700, Bremen mit 4 100 und schließlich Lübeck mit 400 Personen. Abgesehen von Berlin und den Hafenstädten ist einmal für Westpreußen, das allerdings eine ganz geringe Bevölkerungsdichte hatte, die Wanderungsbilanz auch noch in der Zeit von 1852 bis 1861 positiv (+ 8 100), erst nach 1861 setzt sich hier eine allgemeine Abwanderung durch (1861 bis 1871: - 40 600); zum anderen weist auch das Königreich Sachsen ab 1834, nach den zu Jahrzehnten zusammengestellten Bilanzen sogar durchgängig bis 1900, einen Wanderungsgewinn auf.

Gerade die Wanderungen großer Bevölkerungsteile in die sich in Deutschland herausbildenden Industriezentren gelten als ein besonderes Kennzeichen der Industriellen Revolution. Obwohl der Mangel an statistischen Erhebungen der Zeit vor 1871 nur unvollständige Aussagen zur Binnenwanderung zuläßt, sind für das 19. Jahrhundert bis 1870 drei Phasen der Binnenwanderung erkennbar. Sie fallen im wesentlichen mit den Perioden der Industriellen Revolution zusammen.

Die erste Phase, etwa von 1816 bis 1834, war die Phase nach den napoleonischen Kriegen. Sie begann mit der Entstehung des Deutschen Bundes und reichte bis zur Gründung des Deutschen Zollvereins. Ein besonderes Charakteristikum dieser Periode ist die zunehmende Verelendung der Massen in überlebten feudalabsolutistischen Herrschaftssystemen.

Tabelle 3

Wanderungsbilanzen 1816 bis 1871 in 1000 Einwohner<sup>+</sup>  
(Saldo aus dem Vergleich von Zu- und Abwanderung)

Länder und Landesteile <sup>++</sup>	1816 - 1834	1834 - 1852	1852 - 1871
Provinz Ostpreußen	+ 72,9	+ 51,6	- 12,3
Berlin			+ 296,4
Brandenburg			- 138,9
Pommern	+ 35,4	+ 21,4	- 174,1
Westpreußen			- 32,5
Posen			- 117,6
Schlesien			- 84,4
Sachsen	+ 9,2	- 57,6	- 136,7
Schleswig-Holstein			- 96,9
Hannover		- 132,5	- 177,4
Westfalen	+ 19,4	- 32,9	- 36,9
Hessen-Nassau mit Waldeck (ohne Waldeck)		- 69,2	- 167,7
Rheinprovinz	+ 94,1	+ 14,7	- 154,1
Hohenzollernsche Lande			- 3,9
-----			
Preußen (mit Waldeck)			- 890,6
Bayern		- 183,6	- 219,1
Sachsen	+ 38,4		+ 56,4
Württemberg			- 176,3
Baden	- 1,0	- 111,0	- 118,2
Thüringen			- 94,0
Hessen		- 93,8	- 108,3
Hamburg			+ 75,7
Mecklenburg	+ 50,1	- 30,0	- 103,3
Oldenburg			- 30,2
Braunschweig			- 4,0
Bremen			+ 20,5
Anhalt			- 5,3
Lippe			- 17,6
Lübeck			+ 4,0
Schaumburg-Lippe			- 4,0
Insgesamt			- 1 614,3

+ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451,1, Berlin 1935, S. 66.

++ Jeweiliger Gebietsstand.

Eine zweite Phase beginnt etwa nach der Gründung des Deutschen Zollvereins und dauert bis Anfang der fünfziger Jahre. In dieser Periode beginnt sich ein wirtschaftlicher Aufschwung durchzusetzen, der durch die Krise und die Revolution in den vierziger Jahren zwar unterbrochen wird, danach aber weiter anhält, wobei dem Eisenbahnbau besondere Bedeutung zukommt.

Die dritte Phase der Binnenwanderung beginnt Anfang der fünfziger Jahre und dauert bis Ende der sechziger Jahre. In diesem Zeitraum bildeten sich schwer-

industrielle Unternehmungen und in deren Gefolge große industrielle Ballungszentren.

Die großen Industriestädte entstanden. Die Auflösung des Deutschen Bundes und die Gründung des Norddeutschen Bundes 1867, dem dann 1871 das Deutsche Reich folgte, beendeten diese Phase.

Von diesen drei Phasen ist die erste, die etwa bis in die Mitte der dreißiger Jahre ging, besonders bemerkenswert. In den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts, als sich die Industrielle Revolution noch nicht voll durchgesetzt hatte, beruhte die Migration nicht vorrangig auf der Anziehungskraft der sich entwickelnden industriellen Gebiete und Städte. Auch die nach den napoleonischen Kriegen einsetzende natürliche Bevölkerungsvermehrung sowie die allgemein zunehmende Verschlechterung der Lage der unteren Schichten der Bevölkerung - besonders der Landbevölkerung - führten, wenn auch regional sehr unterschiedlich, zu einer steigenden Migration. Not und Elend, also soziale Ursachen, forcierten den Entschluß, die Heimat - auch im Sinne der engeren Heimat verstanden - zu verlassen und dahin zu ziehen, wo man eine sozial bessere Lage erwarten konnte. Der Hauptstrom der Wanderer zog in Richtung Osten.<sup>4</sup>

Die oben angegebenen, wenn auch lückenhaften Wanderungsbilanzen weisen aus, daß Provinzen wie Ostpreußen, Pommern und Sachsen und auch die mecklenburgischen Staaten von 1816 bis 1834 einen starken Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung hatten. Daneben zeigen auch die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz einen erheblichen Wanderungsüberschuß. Preußen war überhaupt ein Hauptziel der deutschen Binnenwanderung in dieser Zeit. Die Wanderungsgewinne in den östlichen bzw. nordöstlichen Gebieten zeigen, daß für die Binnenwanderung Gebiete mit vorherrschend landwirtschaftlichem Charakter bevorzugt waren. Beispiele aus Archivakten der dreißiger Jahre dokumentieren, daß in den östlichen landwirtschaftlichen Gebieten die Bevölkerung nicht zuletzt durch Zuwanderung zunahm.<sup>5</sup> Das läßt auch Obermann den Schluß ziehen, daß die Wanderungen 1816 bis 1834 ihrem Charakter nach agrarisch waren und vom Westen nach dem Osten verliefen. Die Bevölkerung nahm in den östlichen Gebieten bei weitem mehr zu als in den westlichen.<sup>6</sup>

In der zweiten Phase der Binnenwanderungen, etwa 1834 bis 1852, kristallisiert sich schon ein anderes Bild heraus. Die Agrargebiete sind nun nicht mehr vorrangiges Wanderungsziel. In den landwirtschaftlichen Gebieten bildete sich im Zusammenhang mit der Durchsetzung des preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft eine besondere soziale Mobilität heraus. Sie wirkte sich sowohl durch Saisonwanderungen, durch Abwanderungen in Industriegebiete als auch durch die Auswanderungen nach Übersee aus.

Immerhin weisen die Wanderungsbilanzen aber auch für diesen Zeitabschnitt (1834 bis 1852) eine erhebliche Zuwanderung in Provinzen wie Ostpreußen (+ 51 600 Personen) und Pommern (+ 21 400 Personen) nach. Andererseits läßt der hohe Anteil der Auswanderer nach Übersee, der in den Bilanzen enthalten ist, bei

4 Vgl. auch Obermann, Karl, Die Arbeitermigrationen in Deutschland im Prozeß der Industrialisierung und der Entstehung der Arbeiterklasse in der Zeit von der Gründung bis zur Auslösung des Deutschen Bundes (1815 bis 1867), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 135 - 181.

5 Ebenda, S. 142 ff.

6 Ebenda; vgl. auch Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Juli 1879, S. 64 ff.

den Provinzen, die eine negative Wanderungsbilanz hatten - und das waren die meisten -, nicht den Schluß zu, die Ost - West-Wanderung hätte noch keine Rolle gespielt.

In der dritten Phase der Binnenwanderungen, von Anfang der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre (etwa 1852 bis 1867/70), beginnt die allgemein bekannte starke Wanderungsbewegung in Deutschland mit dem deutlichen Ost - West-Trend. Das waren die typischen Wanderungen vom agrarischen Osten in den industriellen Westen. Die im Zentrum der Berg- und Hüttenindustrie liegenden westfälischen Orte wurden die wichtigsten Zuwanderungsschwerpunkte.

Die Ausweitung der Industriellen Revolution in Deutschland, die sich dadurch auch verstärkende Binnenwanderung und die Massenauswanderung wirkten sich nachhaltig auf die Bevölkerungsentwicklung, wenn auch auf die einzelnen Gebiete Deutschlands sehr unterschiedlich, aus. Betrachtet man den Gesamtzeitraum 1816 bis 1871 (vgl. Tabelle 4) und differenziert man die Bevölkerungsentwicklung nach einzelnen Gebieten, dann zeigt sich, daß die Bevölkerung im ostelbischen Raum (ohne Berlin), einem Gebiet mit überwiegend agrarischem Charakter, auf fast das Doppelte anwuchs. Das war die höchste Zunahme, es folgte das Gebiet von Mitteldeutschland und das rheinisch-westfälische Gebiet. Die geringsten Bevölkerungszunahmen zwischen 1816 und 1871 hatten die Gebiete Bayern rechts des Rheins, Südwestdeutschland und Nordwestdeutschland.

Der in Tabelle 4 ausgewiesene Standort Berlin wuchs von 1816 bis 1871 um mehr als das Vierfache.

Nordwestdeutschland bleibt in der Bevölkerungsentwicklung schon in den Jahren 1816 bis 1825 stark unter der durchschnittlichen Zuwachsrate, das ostelbische Gebiet liegt stark darüber. Bei den anderen Gebieten ist festzustellen, daß sie einigermaßen gleiche Entwicklungsraten haben. Erst 1834 ist auch ein erhebliches Zurückbleiben Südwestdeutschlands und Bayerns rechts des Rheins erkennbar.

Ein aufschlußreiches Bild des Bevölkerungszuwachses ergibt sich, wenn der Gesamtzeitraum wieder in drei Perioden aufgelöst wird (vgl. Tabelle 5).

In der Periode 1816 bis 1834 zeigt das ostelbische Gebiet - wie im Gesamtzeitraum - die weitaus stärkste Bevölkerungszunahme. Auffällig ist, daß Berlin<sup>7</sup> jetzt noch eine annähernd gleiche Wachstumsrate aufweist wie das gesamte ostelbische Gebiet. Der Standort Berlin wie das ostelbische Gebiet liegen 1834 beachtenswert über dem Durchschnittswert Deutschlands. Sie lassen erkennen, daß sich im ostelbischen Raum bis 1834 der Schwerpunkt der deutschen Bevölkerungsentwicklung befand, woran die Binnenwanderungsströme dieser Zeit maßgeblich beteiligt waren. Das ostelbische Gebiet hatte 1816 bis 1825 die Spitzenstellung im Anwachsen der Bevölkerung; 1825 stand es mit 123,2 Prozent allein über dem Durchschnitt von 113,5 Prozent.

Gleichzeitig ist zu bemerken, daß Berlin jedoch von 1816 bis 1825 nur einen relativ geringen Bevölkerungsanstieg (auf 111,1 Prozent) aufweist. Es blieb noch unter dem Durchschnitt Deutschlands (113,5 Prozent) und stark hinter dem ostelbischen Gebiet ohne Berlin (123,2 Prozent) zurück. Das heißt, der enorme Aufschwung des Standortes Berlin - ausgedrückt durch den Bevölkerungsanstieg - be-

7 Die Stadt Berlin wird bei den gebietsmäßigen Vergleichen nicht speziell herangezogen. Da sie aufgrund ihrer rapiden Bevölkerungszunahme einen Extremfall bildet, ist sie vom gesamtostelbischen Gebiet getrennt erfaßt worden.



Tabelle 4

Die Bevölkerung Deutschlands 1816 bis 1871 nach einzelnen Gebieten<sup>+</sup>  
(in Mill. Einwohner und in Prozent [1816 = 100])

Gebiet	1816		1825		1834		1843		1852		1861		1871	
	Mill. Einw.	%	Mill. Einw.	%	Mill. Einw.	%	Mill. Einw.	%	Mill. Einw.	%	Mill. Einw.	%	Mill. Einw.	%
Ostelbisches Gebiet ohne Berlin	6,39	100	7,87	123	8,62	135	9,93	155	10,82	169	11,70	183	12,57	197
Nordwestdeutschland	3,03	100	3,21	106	3,38	112	3,61	119	3,79	125	3,99	132	4,26	141
Mitteldeutschland	3,21	100	3,61	112	4,09	127	4,51	140	4,94	154	5,38	168	5,93	185
Rheinprovinz, Westfalen	3,05	100	3,42	112	3,77	124	4,19	137	4,51	148	4,93	162	5,45	179
Südwestdeutschland	4,46	100	4,94	111	5,33	120	5,76	129	5,92	133	5,94	133	6,22	139
Bayern rechts des Rheins	3,21	100	3,47	108	3,69	115	3,85	120	3,95	123	4,08	127	4,25	132
Berlin	0,20	100	0,22	111	0,27	134	0,35	178	0,44	222	0,55	277	0,83	418
Deutschland	23,55	100	26,74	114	29,15	124	32,20	137	34,37	146	36,57	155	39,51	168

- + Die Werte sind berechnet nach Angaben aus Beiträge zur Statistik des Kgr. Bayern, H. 1, München 1850, S. 17; ebenda, H. 4, München 1855, S. 198; ebenda, H. 10, München 1862, S. 2; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin, 1. Jg. 1880, S. 1 - 4; Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin, Berlin, 2. Jg. 1849, S. 360, 363, 367; Preussische Statistik 5, Berlin 1864, S. 270, 271; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, H. 1, Berlin 1935, S. 24; Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preussischen Staat für das Jahr 1852, Berlin 1855, S. 40; Viebahn, Georg v., Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, T. 1, Berlin 1858, S. 144, 152, 178, 192, 383, 386; ebenda, T. 2, Berlin 1862, S. 43, 113.

Fortsetzung der Anmerkungen auf der nächsten Seite.



Fortsetzung Tabelle 4

Die Gebiete sind nach der administrativ-territorialen Gliederung von 1871 zusammengestellt. Es entfallen auf

- I. Ostelbisches Gebiet - Preußen: Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, (ohne Berlin) Pommern, Brandenburg, Schlesien; Mecklenburg-Schwerin; Mecklenburg-Strelitz
- II. Nordwestdeutschland - Preußen: Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein; Braunschweig; Oldenburg; Lippe; Schaumburg-Lippe; Hamburg; Bremen; Lübeck
- III. Mitteldeutschland - Preußen: Provinz Sachsen; Sachsen; Thüringische Staaten: Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen; Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie; Anhalt
- IV. Rheinprovinz, Westfalen - Preußen: Rheinprovinz, Provinz Westfalen; Waldeck
- V. Südwestdeutschland - Preußen: Provinz Hessen-Nassau, Regierungsbezirk Sigmaringen; Württemberg; Baden; Hessen; Bayern: Regierungsbezirk Pfalz
- VI. Bayern rechts des Rheins - Bayern (ohne Regierungsbezirk Pfalz)
- VII. Berlin - Berlin (wegen seiner besonderen Entwicklung und extremen Bevölkerungszunahme gesondert erfaßt).

Tabelle 5

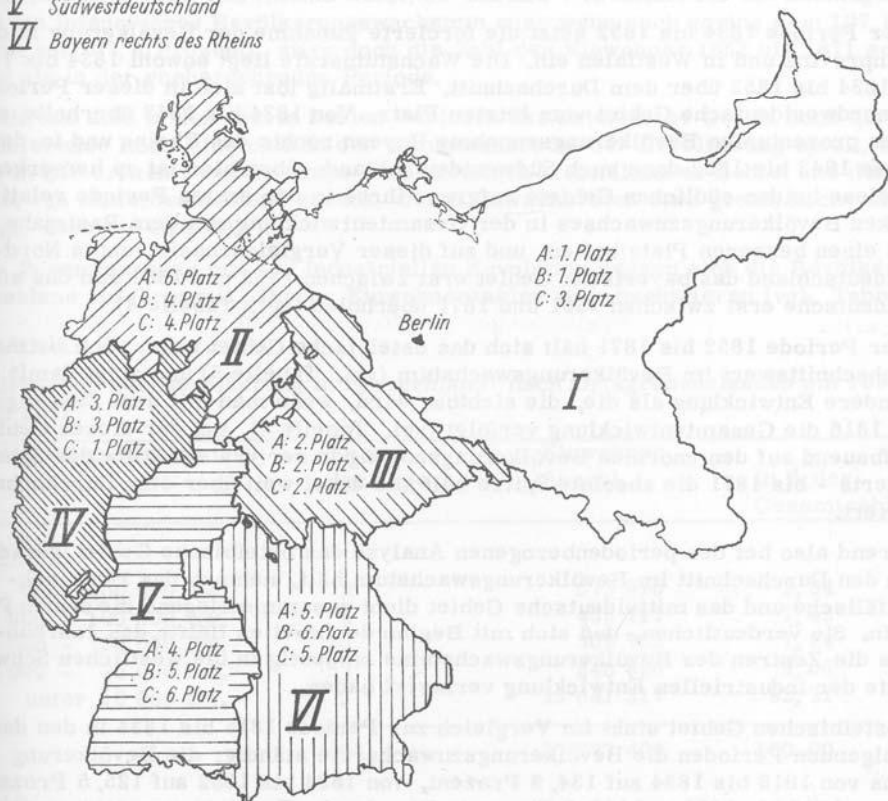
Die Wachstumsraten der Bevölkerung in Deutschland in drei Perioden innerhalb des Gesamtzeitraumes 1816 bis 1871 nach einzelnen Gebieten

Gebiet	Periode A		Periode B		Periode C	
	1816 - 1834		1834 - 1852		1852 - 1871	
	(1816 = 100)		(1834 = 100)		(1852 = 100)	
	1825	1834	1843	1852	1861	1871
Ostelbisches Gebiet ohne Berlin	123,2	134,9	115,2	125,5	108,1	116,2
Nordwestdeutschland	105,9	111,6	106,8	112,1	105,3	112,4
Mitteldeutschland	112,5	127,4	110,3	120,8	108,9	120,0
Rheinprovinz, Westfalen	112,1	123,6	111,1	119,6	109,3	120,8
Südwestdeutschland	110,8	119,5	108,1	110,1	100,3	105,1
Bayern rechts des Rheins	108,1	115,0	104,3	107,0	103,3	107,6
Berlin	111,1	133,8	133,2	165,7	124,8	188,6
Deutschland	113,5	123,8	110,5	117,9	106,4	114,9

# Bevölkerungswachstum der einzelnen Gebiete Deutschlands

Die Rangfolge (1. bis 6. Platz) in den drei Perioden 1816 - 1834 (A),  
 1834 - 1852 (B) und 1852 - 1871 (C)  
 (Gesamtgebiet von 1871 ohne Elsaß-Lothringen)

- I Ostelbisches Gebiet ohne Berlin
- II Nordwestdeutschland
- III Mitteldeutschland
- IV Rheinisch-westfälisches Gebiet
- V Südwestdeutschland
- VI Bayern rechts des Rheins



Quelle: Meyers Konversations-Lexikon, Bd. 4, Leipzig/Wien 1894, S. 856.

gann Ende dieser ersten Periode von 1816 bis 1834, etwa um 1830, und entfaltete sich in der nachfolgenden Periode erst voll,

Mitteldeutschland liegt 1834 gleichfalls noch über dem durchschnittlichen Bevölkerungsanstieg, während in dieser Periode bis 1834 der Nordwesten Deutschlands das geringste Bevölkerungswachstum zeigt.

Ähnlich, wenn auch schon in den Ansätzen die künftige Entwicklung andeutend, ist die Situation in der Periode 1834 bis 1852. Das ostelbische Gebiet behauptet seine Spitzenposition, gefolgt von Mitteldeutschland, das 1843 noch unter dem Durchschnitt rangierte und auch hinter dem rheinisch-westfälischen Gebiet lag. Allerdings hatte die Bevölkerung im mitteleutschen Gebiet in der Periode 1816 bis 1834 so stark zugenommen, daß hier im Gesamtzeitraum bis 1871, bezogen auf das Ausgangsjahr 1816 (vgl. Tabelle 4) und in Relation zu den anderen Gebieten, ab 1834 ständig ein überdurchschnittlicher Bevölkerungszuwachs ausgewiesen werden kann.

In der Periode 1834 bis 1852 setzt die forcierte Zunahme der Bevölkerung in der Rheinprovinz und in Westfalen ein. Die Wachstumsrate liegt sowohl 1834 bis 1843 wie 1834 bis 1852 über dem Durchschnitt. Erstmals löst sich in dieser Periode das nordwestdeutsche Gebiet vom letzten Platz. Von 1834 bis 1843 überholte es in der prozentualen Bevölkerungszunahme Bayern rechts des Rheins und in den Jahren 1843 bis 1852 dann auch Südwestdeutschland. Aber hier ist zu bemerken, daß diese beiden südlichen Gebiete aufgrund ihres in der ersten Periode relativ starken Bevölkerungszuwachses in der Gesamtentwicklung mit dem Basisjahr 1816 einen besseren Platz hatten, und auf dieser Vergleichsbasis konnte Nordwestdeutschland das bayerische Gebiet erst zwischen 1852 und 1861 und das südwestdeutsche erst zwischen 1861 und 1871 überholen (vgl. Tabelle 4).

In der Periode 1852 bis 1871 hält sich das ostelbische Gebiet kaum noch beim Durchschnittswert im Bevölkerungswachstum (vgl. Tabelle 5) und zeigt damit eine andere Entwicklung als die, die sichtbar wird, wenn man mit dem Ausgangsjahr 1816 die Gesamtentwicklung verfolgt (vgl. Tabelle 4), bei der dieses Gebiet - aufbauend auf den enormen Bevölkerungszugang in der ersten Hälfte des Jahrhunderts - bis 1871 die absolute Spitze hält und dabei weit über dem Durchschnitt rangiert.

Während also bei der periodenbezogenen Analyse das ostelbische Gebiet gerade noch den Durchschnitt im Bevölkerungswachstum hält, nehmen das rheinisch-westfälische und das mitteleutsche Gebiet dicht zusammenliegend die ersten Plätze ein. Sie verdeutlichen, daß sich mit Beginn der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Zentren des Bevölkerungswachstums eindeutig in die westlichen Schwerpunkte der industriellen Entwicklung verlagert haben.

Im ostelbischen Gebiet sinkt im Vergleich zur Periode 1816 bis 1834 in den darauffolgenden Perioden die Bevölkerungswachstumsrate ständig; die Bevölkerung wuchs von 1816 bis 1834 auf 134,9 Prozent, von 1834 bis 1852 auf 125,5 Prozent und von 1852 bis 1871 auf 116,2 Prozent. Die gleiche Entwicklungsrichtung fällt für Südwestdeutschland auf, das schließlich in der Periode 1852 bis 1871 den geringsten Bevölkerungszuwachs überhaupt hat. Von Periode zu Periode zeigen die meisten Gebiete einen relativ geringer werdenden prozentualen Bevölkerungszuwachs.

Die besondere Bedeutung, die im Laufe des 19. Jahrhunderts für die Bevölkerungsentwicklung dem rheinisch-westfälischen Gebiet zukommt, drückt sich dadurch aus, daß von den drei Gebieten mit einer überdurchschnittlichen Bevölke-

rungszunahme in der Periode 1852 bis 1871 allein dieses Gebiet ein schnelleres Bevölkerungswachstum als in der vorhergehenden aufweist - nämlich von 119,6 Prozent (1834 bis 1852) auf 120,8 Prozent (1852 bis 1871), wobei die entscheidenden Zugänge 1861 bis 1871 erfolgten (vgl. Tabelle 5). Dieses Gebiet, das 1816 bis 1834 noch eine unterdurchschnittliche Bevölkerungszunahme erlebte, weist für die Jahre 1852 bis 1871 die höchste Zuwachsrate im Vergleich mit den anderen Gebieten aus. Beim Gesamtüberblick nimmt das rheinisch-westfälische Gebiet hinter dem ostelbischen und dem mitteldeutschen den dritten Platz ein.

Obwohl Nordwestdeutschland 1871 noch unter der durchschnittlichen Wachstumsrate der deutschen Bevölkerung rangiert, hatte es in den letzten zehn Jahren der Periode 1852 bis 1871 einen relativ starken Anstieg aufzuweisen, wie es überhaupt für das Ende jeder Periode eine höhere Wachstumsrate als am Ende der vorhergehenden zeigt.

Für Bayern rechts des Rheins weist die Tabelle 4 ebenfalls für die sechziger Jahre ein intensiveres Bevölkerungswachstum aus; wenn auch gering (von 107,0 Prozent auf 107,6 Prozent), stieg doch die Zahl der Einwohner 1852 bis 1871 schneller als in der vorhergehenden Periode.

Während also in den ersten beiden Perioden das ostelbische Gebiet noch die dominierende Rolle hinsichtlich der Wachstumsraten der Bevölkerung spielt, bleibt es in der dritten Periode hinter dem rheinisch-westfälischen Gebiet und dem Gebiet von Mitteldeutschland zurück, deren Zuwachsraten etwa gleich hoch sind (vgl. dazu die Grafik).

Im Zusammenhang mit der Industriellen Revolution begann sich die Bevölkerungszunahme auf Orte mit höheren Einwohnerzahlen zu konzentrieren (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6

Gliederung der Bevölkerung in Deutschland<sup>+</sup> nach Ortsgrößenklassen um 1830 und 1871

Ortsgrößenklassen	Anzahl der Orte	Einwohner Anzahl	in % der Gesamtzahl
<u>um 1830</u>			
über 100 000 Ew.	2	373 816	1,34
50 000 -- 100 000 Ew.	6	403 717	1,45
25 000 - 50 000 Ew.	15	509 733	1,84
10 000 - 25 000 Ew.	57	848 826	3,06
unter 10 000 Ew.	.	25 641 317	92,31
	(80)	27 777 409	100,00
<u>1871</u>			
über 100 000 Ew.	8	1 968 537	5,04
50 000 - 100 000 Ew.	21	1 498 804	3,84
25 000 - 50 000 Ew.	30	997 470	2,55
10 000 - 25 000 Ew.	161	2 385 178	6,11
unter 10 000 Ew.	.	32 202 485	82,46
	(220)	39 052 474	100,00

+ Nicht einbezogen in den Vergleich wurde das Gebiet des Herzogtums Schleswig.

Der Prozeß der sogenannten Urbanisierung nahm seinen Anfang. Der Umfang dieses Prozesses läßt sich beispielsweise durch einen Vergleich der Bevölkerungszahlen aller Orte über 50 000 Einwohner in Deutschland aus den Jahren um 1830 und 1871 andeuten. Lebten um 1830 in diesen Orten erst 2, 8 Prozent der Gesamtbevölkerung, hatte sich diese Zahl bis 1871 auf 8, 9 Prozent erhöht, das ist ein Anstieg um 218 Prozent, während die Gesamtbevölkerungszahl nur um 41 Prozent wuchs. Der Urbanisierungsprozeß vollzog sich zu jener Zeit demnach, legt man das Anwachsen der Bevölkerung innerhalb dieser Ortsgröße zugrunde, etwa fünf- bis sechsmal (!) so schnell, wie die Bevölkerung insgesamt zahlenmäßig zunahm. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, etwa um 1800, hatten fünf Orte in Deutschland mehr als 50 000 Einwohner. Ihre Anzahl erhöhte sich bis um 1830 auf acht, und sie verdoppelte sich noch einmal bis 1852. 1871 waren es bereits 29 (!) Orte, die in diese Größenklasse fielen (vgl. Tabelle 7). 80 Orten (um 1830) mit einer Einwohnerzahl von jeweils über 10 000 standen 1871 nahezu dreimal so viele, nämlich 220 Orte dieser Größenordnung gegenüber. Bemerkenswert ist ferner, daß vor allem die Gruppe der Großstädte, das heißt die Orte über 100 000 Einwohner, in diesem Zeitraum die größte Zuwachsrate hat.

#### Anmerkungen zu Tabelle 6

Für um 1830 zusammengestellt aus Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, H. 1, München 1850; Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen, Bd. 3, Darmstadt 1864; Statistisches Handbuch für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, 1. Ausg., Schwerin 1898; Statistisch-topographisches Handbuch des Herzogthums Braunschweig, Braunschweig 1851; Hildebrand, Bruno, Statistische Mittheilungen über die volkwirthschaftlichen Zustände Kurhessens, Berlin 1853; Hoffmann, Karl Friedrich Vollrath, Deutschland und seine Bewohner, Bd. 4, Stuttgart 1836; Lindner, Heinrich, Geschichte und Beschreibung des Landes Anhalt, Dessau 1833; Mittheilungen des statistischen Vereins für das Königreich Sachsen, 1. Lieferung, Leipzig 1831; Statistik Thüringens, Jena 1866 = Mittheilungen des Statistischen Bureaus Vereinigter Thüringischer Staaten, Bd. 1, 1. Lieferung; Stein, Christian Gottfried Daniel, Handbuch der Geographie und Statistik der deutschen Bundesstaaten, Bd. 2, Leipzig 1834; Strenz, Wilfried, Entwicklungstendenzen in der regionalen Verteilung der Bevölkerung im Prozeß der Industriellen Revolution des Kapitalismus auf dem heutigen Territorium der DDR. Eine Materialstudie unter historisch-geographischem Aspekt, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 1, S. 163 - 180; Viebahn, Georg v., Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, T. 1, Berlin 1858, T. 2, Berlin 1862.

Für 1871 zusammengestellt aus Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, H. 28, München 1873; Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden, H. 35, Karlsruhe 1874; Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876, Stuttgart 1877; Mittheilungen aus Justus Perthes' Geographischer Anstalt über wichtige neue Erforschungen auf dem Gesamtgebiete der Geographie, Ergänzungsbd. 8, Gotha 1874; Ortschaftsverzeichniß des Großherzogthums Oldenburg, Oldenburg 1876; Ortsverzeichniß der am statistischen Bureau zu Jena beteiligten Thüringischen Staaten, Jena 1875; Preußische Statistik, H. 30, Berlin 1875; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 25, H. 7, Berlin 1877; Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Bureau's, Dresden, 21. Jg. 1875.

Das prozentuale Ansteigen der Bevölkerung in drei Perioden zwischen 1816 und 1871 in einzelnen deutschen Gebieten jeweils bezogen auf das Ausgangsjahr der jeweiligen Periode (1816, 1834, 1852 = 100)

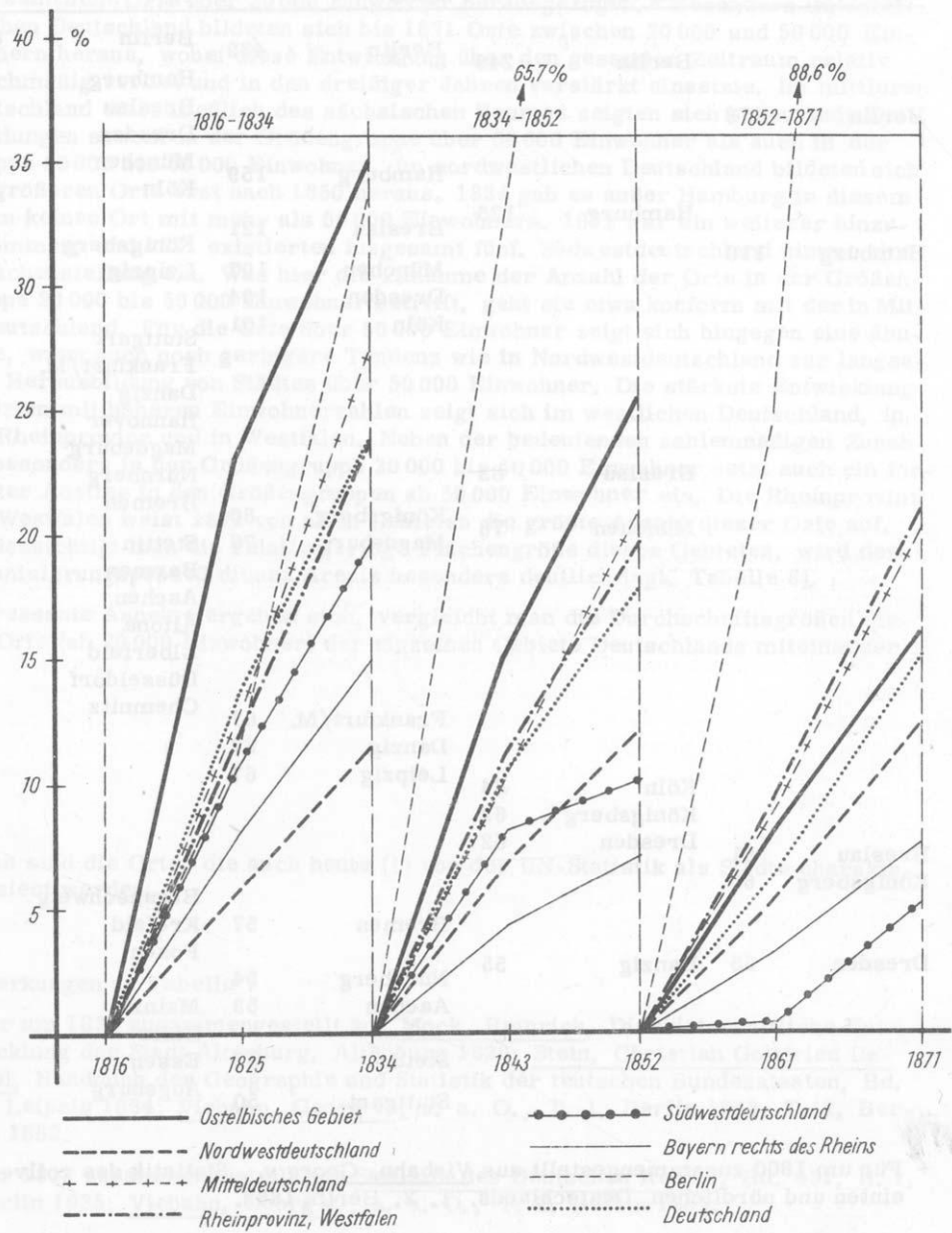




Tabelle 7

Orte über 50 000 Einwohner in Deutschland<sup>+</sup> in den Jahren um 1800, um 1830, 1852, 1871

(in 1000 Einwohner)

Um 1800		Um 1830		1852		1871	
		Berlin	249	Berlin	439	Berlin	826
Berlin	178					Hamburg	239
						Breslau	208
				Hamburg	159	Dresden	177
		Hamburg	125			München	170
Hamburg	110			Breslau	121	Köln	129
				München	107	Königsberg	112
				Dresden	104	Leipzig	107
				Köln	101		
						Stuttgart	92
						Frankfurt/M.	91
						Danzig	90
						Hannover	88
		Breslau	83			Magdeburg	84
						Nürnberg	83
		München	78	Königsberg	80	Bremen	83
				Magdeburg	76	Stettin	76
						Barmen	74
						Aachen	74
						Altona	74
						Elberfeld	71
						Düsseldorf	69
						Chemnitz	68
				Frankfurt/M.	67		
				Danzig	67		
				Leipzig	67		
		Köln	64				
		Königsberg	62				
Breslau	61	Dresden	62				
Königsberg	60						
				Bremen	57	Braunschweig	58
						Krefeld	57
Dresden	55	Danzig	55			Posen	56
				Nürnberg	54		
				Aachen	53	Mainz	53
						Halle	53
				Stettin	52	Essen	52
				Stuttgart	50	Augsburg	51

+ Für um 1800 zusammengestellt aus Viebahn, Georg v., Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, T. 2, Berlin 1862.

Fortsetzung der Anmerkungen auf der nächsten Seite.

Die oben ausgewiesene differenzierte Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Gebieten Deutschlands während des Betrachtungszeitraumes spiegelt sich in besonderem Maße auch in der Entwicklung der Orte mit höheren Einwohnerzahlen wider. Vergleicht man daraufhin die einzelnen Gebiete, wird die Aussage über die Gesamtbevölkerungszunahme noch prononcierter. Als Beispiel hierfür wurden sämtliche Orte über 20 000 Einwohner herausgezogen.<sup>8</sup> Besonders im ostelbischen Deutschland bildeten sich bis 1871 Orte zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern heraus, wobei diese Entwicklung über den gesamten Zeitraum relativ gleichmäßig verlief und in den dreißiger Jahren verstärkt einsetzte. Im mittleren Deutschland einschließlich des sächsischen Raumes zeigten sich bedeutende Entwicklungen sowohl in der Größengruppe über 50 000 Einwohner als auch in der Gruppe 20 000 bis 50 000 Einwohner. Im nordwestlichen Deutschland bildeten sich die größeren Orte erst nach 1850 heraus. 1834 gab es außer Hamburg in diesem Raum keinen Ort mit mehr als 50 000 Einwohnern. 1852 war ein weiterer hinzugekommen, und 1871 existierten insgesamt fünf. Südwestdeutschland nimmt eine Zwischenstellung ein. Was hier die Zunahme der Anzahl der Orte in der Größengruppe 20 000 bis 50 000 Einwohner betrifft, geht sie etwa konform mit der in Mitteldeutschland. Für die Orte über 50 000 Einwohner zeigt sich hingegen eine ähnliche, wenn auch noch geringere Tendenz wie in Nordwestdeutschland zur langsamen Herausbildung von Städten über 50 000 Einwohner. Die stärkste Entwicklung zu Orten mit höheren Einwohnerzahlen zeigt sich im westlichen Deutschland, in der Rheinprovinz und in Westfalen. Neben der bedeutenden zahlenmäßigen Zunahme besonders in der Größengruppe 20 000 bis 50 000 Einwohner setzt auch ein forcierter Anstieg in den Größengruppen ab 50 000 Einwohner ein. Die Rheinprovinz mit Westfalen weist 1871 von allen Gebieten die größte Anzahl dieser Orte auf. Berücksichtigt man die relativ geringe Flächengröße dieses Gebietes, wird der Urbanisierungsprozeß dieses Areals besonders deutlich (vgl. Tabelle 8).

Interessante Aspekte ergeben sich, vergleicht man die Durchschnittsgrößen dieser Orte (ab 20 000 Einwohner) der einzelnen Gebiete Deutschlands miteinander.

8 Das sind die Orte, die auch heute (!) von der UN-Statistik als Städte charakterisiert werden.

#### Anmerkungen zu Tabelle 7

Für um 1830 zusammengestellt aus Mock, Heinrich, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Altenburg, Altenburg 1929; Stein, Christian Gottfried Daniel, Handbuch der Geographie und Statistik der deutschen Bundesstaaten, Bd. 2, Leipzig 1834; Viebahn, Georg v., a. a. O., T. 1, Berlin 1858, T. 2, Berlin 1862.

Für 1852 zusammengestellt aus Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, H. 1, Berlin 1935; Viebahn, Georg v., a. a. O., T. 2, Berlin 1862.

Für 1871 zusammengestellt aus Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 25, H. 7, Berlin 1877.

Tabelle 8

Anzahl (1) und Durchschnittsgröße (2) der Orte (Größenangaben in tausend)<sup>+</sup>  
über 20 000 Einwohner nach Gebieten

Gebiet <sup>++</sup> und Ortsgrößen- gruppe	1819		1834		1852		1871	
	1	2	1	2	1	2	1	2
<u>Ostelbisches Gebiet (mit Berlin)</u>								
Über 100	1	193	1	265	2	280	3	382
50 - 100	3	65	3	72	3	66	3	74
20 - 50	3	25	4	30	8	28	12	31
Insgesamt	7	66	8	75	13	76	18	97
" ohne Berlin	6	45	7	48	12	45	17	54
<u>Nordwestdeutschland</u>								
Über 100	1	115	1	131	1	159	1	239
50 - 100	-	-	-	-	1	57	4	76
20 - 50	5	29	5	32	4	35	5	28
Insgesamt	6	43	6	48	6	59	10	68
<u>Mitteldeutschland</u>								
Über 100	-	-	-	-	1	104	2	142
50 - 100	1	50	1	74	2	71	3	68
20 - 50	4	29	5	34	4	31	9	25
Insgesamt	5	33	6	40	7	53	14	51
<u>Rheinprovinz, Westfalen</u>								
Über 100	-	-	-	-	1	101	1	129
50 - 100	1	56	1	67	1	53	6	66
20 - 50	3	28	5	29	6	33	11	27
Insgesamt	4	35	6	35	8	44	18	46
<u>Südwestdeutschland</u>								
Über 100	-	-	-	-	-	-	-	-
50 - 100	-	-	1	55	2	59	3	79
20 - 50	4	28	6	27	6	29	9	32
Insgesamt	4	28	7	31	8	36	12	43
<u>Bayern rechts des Rheins</u>								
Über 100	-	-	-	-	1	107	1	170
50 - 100	1	54	1	89	1	54	2	67
20 - 50	3	28	5	30	4	29	4	30
Insgesamt	4	34	6	39	6	46	7	61
<u>Deutschland</u>								
Über 100	2	154	2	198	6	172	8	246
50 - 100	6	59	7	72	10	62	21	71
20 - 50	22	28	30	30	32	30	50	29
Insgesamt	30	43	39	46	48	55	79	62

+ Zusammengestellt aus Bäck, A., Die Provinz und das Großherzogthum Posen,

Die besondere Entwicklung Berlins bewirkte von vornherein, daß die durchschnittliche Größe der Orte im östlichen Deutschland am höchsten war. Aber sogar ohne die alles überragende Großstadt Berlin besitzt das ostelbische Gebiet bis 1834, als Nordwestdeutschland gleichzieht, in der durchschnittlichen Größe der Orte über 20 000 Einwohner eine Spitzenposition. In der Anzahl der Orte hingegen nimmt das ostelbische Gebiet (ohne Berlin) 1852 wieder allein den ersten Platz ein, nachdem es ihn vorübergehend (1834) mit Südwestdeutschland geteilt hatte. Es ist bemerkenswert, daß 1834 sämtliche Gebiete eine annähernd gleiche Anzahl Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern erreicht haben.

In der Stadtentwicklung bis 1852 hat das ostelbische Gebiet den stärksten Zuwachs der Zahl der Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern. Demgegenüber stagniert in allen anderen Gebieten diese Zahl bzw. steigt nur gering. Ein anderes Bild zeigt sich und muß sich bei so starker zahlenmäßiger Zunahme der Orte auch zeigen, vergleicht man die Entwicklung der Durchschnittsgrößen aller Orte über 20 000 Einwohner 1834 und 1852 in den Gebieten miteinander. Abgesehen vom ostelbischen Raum (ohne Berlin), wo der erklärliche Rückgang eintritt, ist hier in allen Gebieten ein beachtlicher Anstieg zu verzeichnen.

Die Angaben der Zählungen 1852 und 1871 demonstrieren, daß im ostelbischen Gebiet die Anzahl der Orte ab 20 000 Einwohner weiter steigt; deren Durchschnittsgröße wird 1871 aber nicht nur von der der Orte Nordwestdeutschlands, sondern jetzt auch von der Bayerns übertroffen, wo allerdings die Anzahl der Orte über 20 000 Einwohner nur um einen zunahm, es blieb deshalb im Vergleich der Zunahme der Gesamteinwohner, die in diesen Orten lebten, an letzter Stelle. In Nordwestdeutschland wuchs dagegen die Anzahl der mehr als 20 000 Einwohner zählenden Städte ab 1852 verhältnismäßig stark. Dieses Gebiet, das von 1852 bis 1871 einen relativ geringen und unterdurchschnittlichen Bevölkerungszugang aufwies, erlebt dabei eine verstärkte Stadtentwicklung. Das beweisen die über dem Durchschnitt liegenden Werte für die Zunahme der Anzahl der Orte über 20 000 Einwohner, für die Durchschnittsgröße und die städtische Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 9). Dieser, gerade in der Periode 1852 bis 1871 sich ausdrückende Trend einer verstärkten Verstädterung ist auch für das mittlere Deutschland sehr bedeutsam, obwohl hier die Durchschnittsgröße der Städte sinkt. (Tabelle 9 siehe nächste Seite.)

Die überaus stärkste Zunahme der Anzahl der Orte über 20 000 Einwohner verzeichnet in dem Zeitabschnitt 1852/1871 das Gebiet Rheinprovinz, Westfalen. Trotz der großen zahlenmäßigen Zunahme auf 225 Prozent stieg die Durchschnittsgröße der Orte weiter an, auf 105 Prozent, so daß sich die Gesamteinwohnerzahl dieser Orte sogar auf 235 Prozent erhöhte.

Forts. d. Anm. zu Tab. 8

Berlin 1847; Beiträge zur Statistik Hamburgs, Hamburg 1854; Brachelli, Hugo Franz, Handbuch der Geographie und Statistik des Königreichs Preußen und der deutschen Mittel- und Klein-Staaten, Leipzig 1864; König, G., Handbuch des Preußischen Staat's, Magdeburg 1838; Neumanns Orts-Lexikon des Deutschen Reichs, Leipzig/Wien 1894; Statistik und Hand-Adreßbuch der Rheinprovinz für das Jahr 1842, Koblenz 1842; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 25, H. 7, Berlin 1877; ebenda, Bd. 451, H. 1, Berlin 1935; Stein, Christian Gottfried Daniel, Handbuch der Geographie und Statistik der teutschen Bundesstaaten, Bd. 2, Leipzig 1825; Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1852, Berlin 1855.

++ Gebietsumfang nach den Angaben zu Tabelle 4.

Tabelle 9

Wachstumsraten<sup>+</sup> der städtischen Entwicklung in Deutschland (Orte über 20 000 Einwohner) nach Gebieten von 1852 bis 1871  
(1852 = 100) (in %)

Gebiet	Anzahl der Orte über 20 000 Ew.	Durchschnittsgröße der Orte über 20 000 Ew.	Gesamteinwohnerzahl der Orte über 20 000 Ew.
Rheinprovinz, Westfalen	225	105	235
Mitteldeutschland	200	96	192
Nordwestdeutschland	167	115	192
Südwestdeutschland	150	119	179
Ostelbisches Gebiet (ohne Berlin)	138	128	177
Bayern rechts des Rheins	117	133	155
Deutschland	165	113	186

+ Berechnet auf der Grundlage von Tabelle 8.

Die zahlenmäßige Zunahme der Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern und das Anwachsen der Bevölkerung dieser Städte ist ein markanter Ausdruck des fortschreitenden Urbanisierungsprozesses. Wie Tabelle 9 zeigt, hat sich von 1852 bis 1871 die Urbanisierung am nachhaltigsten in den Gebieten Rheinprovinz, Westfalen, Mitteldeutschland und Nordwestdeutschland durchgesetzt.

Sowohl die allgemeine Bevölkerungszunahme in den einzelnen untersuchten Gebieten wie die Stadtentwicklung lassen erkennen, daß bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts Ostelbien Schwerpunkt der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland war, eine Feststellung, die durch den Verlauf der Wanderungsbewegungen noch erhärtet wird. Obwohl das Wachstumstempo der Bevölkerung allgemein wie auch das der Städte in diesem Gebiet später relativ rückläufig war, hatte das ostelbische Gebiet aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts einen derartigen Vorsprung, daß es insgesamt von 1816 bis 1871 (1816 = 100) den höchsten Bevölkerungszuwachs verzeichnete.

Etwa ab 1850 gewinnen jedoch andere Gebiete Schwerpunktcharakter für die Bevölkerungsentwicklung. Die Aufteilung des Gesamtzeitraumes in entwicklungsrelevante Perioden unter territorialem Aspekt läßt erkennen, daß die Bevölkerung im rheinisch-westfälischen und im mitteldeutschen Gebiet in diesen Jahren am schnellsten wächst. In beiden Gebieten nehmen die Zahl der Städte über 20 000 Einwohner und die Gesamtbevölkerung dieser Städte ganz enorm zu. In der Bevölkerungszunahme hält das ostelbische Gebiet (ohne Berlin) in den fünfziger und sechziger Jahren den dritten Platz, während in der Stadtentwicklung das nordwestdeutsche Gebiet den dritten Rang einnimmt.



## WÄHLER UND WAHLMÄNNER, IHRE SOZIALE HERKUNFT UND IHRE BETEILIGUNG AN DEN WAHLEN 1848 IN SCHLESILIEN

Eine Studie zur Rolle der Wahlen 1848

von Karl Obermann

Die preußische Provinz Schlesien hat in der Revolution von 1848 eine wichtige Rolle gespielt, wobei namentlich die starke Bewegung auf dem Lande besondere Beachtung verdient.<sup>1</sup>

Schlesien mit seinen drei Regierungsbezirken Breslau, Oppeln und Liegnitz war zudem die volkreichste Provinz Preußens. Nach der Volkszählung von 1846 hatte die Provinz 3 000 249 Einwohner, auf die 38 Abgeordnete für die Nationalversammlung entfielen, während die in bezug auf die Einwohnerzahl an zweiter Stelle stehende Rheinprovinz mit 2 686 780 Einwohnern nur 35 Abgeordnete stellte. In Schlesien lebten 1846 allein 2 212 724 Einwohner auf dem Lande bzw. in 5 511 Dörfern.<sup>2</sup> Bis 1849 war die Zahl der Einwohner Schlesiens auf 3 061 593 Personen gestiegen. Nach der Gewerbetabelle 1849 betrug die Zahl der Personen, welche sich vom Landbau ernährten (einschließlich Frauen, Kinder, Dienstboten und Tagelöhner), 1 523 417, davon betrieben 1 201 557 die Landwirtschaft als Hauptgewerbe, 321 860 als Nebengewerbe. Die Zahl der Besitzungen von 600 Magdeburger Morgen und darüber betrug 2 323, die der Besitzungen zwischen 300 bis 600 Magdeburger Morgen 1 241, Besitzungen von 30 bis 300 Morgen Größe gab es 43 503, von 5 bis 30 Morgen Größe dagegen 92 882, und 110 040 Grundbesitzer auf dem Lande besaßen weniger als 5 Magdeburger Morgen Ackerland. Die Provinz Schlesien zählte 1849 auch die höchste Zahl von Handarbeitern, das heißt Tagelöhnern, von allen preußischen Provinzen, und zwar 186 603 männliche und 138 338 weibliche. Mit 231 139 als Knechte oder Mägde in der Landwirtschaft beschäftigtem Gesinde übertraf Schlesien ebenfalls alle übrigen preußischen Provinzen.<sup>3</sup>

1 Vgl. Bleiber, Helmut, Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840 - 1847, Berlin 1966, 245 S. = Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe II, Bd. 9; derselbe, Bauern und Landarbeiter in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 in Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 3/1969, S. 289 f.

2 Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 3. Jg. 1850, S. 85 f.; ebenda, 4. Jg. 1851, S. 5 f.; vgl. auch Obermann, Karl, Zur Klassenstruktur und zur sozialen Lage der Bevölkerung in Preußen 1846 bis 1849, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 2, S. 84, 104.

3 Vgl. Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849, hg. v. statistischen Bureau zu Berlin, Bd. 5, Berlin 1854, S. 821, 1068, 1073.

Schlesien war die Provinz des damaligen Königreichs Preußen nicht nur mit den größten, sondern auch mit den reichsten Großgrundbesitzern, 39 Grafen mit einem Großgrundbesitz, der jährlich mindestens 8 000 Taler, teils sogar 30 000 bis 50 000 Taler einbrachte, sind auf einer Liste aus dem Jahre 1849 aufgeführt worden.<sup>4</sup> Dagegen herrschte unter der Bevölkerung, namentlich auf dem Lande, seit Jahren Hunger und Not, "Gräßlich, ja wahrhaft schauderhaft waren die Ereignisse des preußischen Oberschlesiens, welche durch Mißwachs und Mißernte herbeigeführt wurden." So begann ein Bericht über "Die gräßliche Hungersnot in Oberschlesien 1848".<sup>5</sup>

Bereits im Bericht des Regierungspräsidiums Oppeln vom März/April 1847 an das königliche Zivilkabinett in Berlin hieß es: "Welche Not um den täglichen Nahrungsbedarf jedoch in den meisten Dörfern der Domainen-Ämter Oppeln, Rudo und vor allem des Amtes Rybnik vorherrscht, davon ein treues Bild zu entwerfen, ist eine nicht zu lösende Aufgabe. Die seltsamsten Surrogate werden hervorgesucht, um den Hunger zu stillen; Quecken, Baumrinde, die ersten aufkeimenden Kräuter werden begierig gesammelt; selbst die Kadaver gefallenen Viehes, selbst die als verfault ausgesonderten Kartoffelrückstände, sind nicht zu ekelerregend für die Notleidenden. Wie vielfach durch solches Elend die Zerstörung aller Lebenskraft, wie oft Krankheit und selbst der Tod herbeigeführt worden, - wie viele Säuglinge an den nahrungslosen Brüsten der Mütter verkommen und dahinsterven, - dafür hat die Statistik keine festzustellenden Zahlen. Aber der Zweifel an solchen Tatsachen muß jedem verschwinden, der die waldbegrenzten Dörfer Oberschlesiens durchwandert."<sup>6</sup>

Als Anfang März in Berlin die ersten Volksversammlungen stattfanden, regte sich auch die revolutionäre Bewegung in der Provinzhauptstadt Breslau (Wrocław).

Am 13. März 1848 schrieb der Breslauer Polizeipräsident an v. Bodelschwingh: "Ew. Excellenz halte ich mich verpflichtet, die Anzeige zu machen, daß die hiesige radikale Partei, welche schon anfängt, als die republikanische bezeichnet zu werden, ihr Haupt täglich frecher erhebt ... Schanklokale sind stark besucht und bilden Vereinigungspunkte für die Unzufriedenen."<sup>7</sup>

Der Sieg der Revolution in Berlin in den Kämpfen vom 18./19. März war das Signal für die schlesische Landbevölkerung, sich zu erheben und sich endlich von den feudalen Lasten der Unterdrückung durch die Grundherren zu befreien. Im Bericht des Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Liegnitz vom 27. März 1848 heißt es: "Die Einwohner des platten Landes sind in vollem Aufstande gegen ihre Gutsherren, Verzichtleistungen auf ihre grundherrlichen Abgaben und Versprechungen, das Empfangene aus einer mehr oder minder langen Reihe von Jahren binnen längstens acht Tagen zurückzuzahlen, werden in corpore und durch Anwendung äußerer Zwangsmittel ertrötzt ..."<sup>8</sup>

4 Vgl. Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II (im folgenden: ZStA II), Rep. 50, J. 1402, Corresp. S., Bl. 287 f.

5 Die gräßliche Hungersnot in Oberschlesien 1848, in: Das ewig unvergeßliche Jahr 1848, oder eine Chronik und ein Gedenkbuch für jede Familie und zur Erinnerung ihrer Nachkommen zusammengest. v. Joh. Gotth. Zschaler, 1. Lieferg., Dresden o. J. (wahrscheinlich 1849), S. 17.

6 ZStA II, 2. 2. 1. Nr. 16 569, Bl. 22.

7 Ebenda, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 72, vol. II, Bl. 33 f.

8 Ebenda, Rep. 77, Tit. 507, Nr. 3, vol. 2, Bl. 101 f.; vgl. ferner Obermann, Karl, Deutschland von 1815 bis 1849, 3. Aufl. Berlin 1967, S. 300 f.

In Schlesien wurde Ende März die Forderung nach allgemeinen Wahlen und Nicht-einberufung des Vereinigten Landtages laut, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch in zahlreichen schlesischen Landgemeinden. Der Oberpräsident erließ, um die in Bewegung geratene Landbevölkerung zu beschwichtigen, am 28. März 1848 einen Aufruf "An die Bewohner des platten Landes". Darin erklärte er: "Bald werden die frei gewählten Volksvertreter sich versammeln; ihnen tragt eure Anliegen vor, sie werden auf Abhilfe auf gesetzlichem Wege bedacht sein."<sup>9</sup>

Aber am 2. April trat der Vereinigte Landtag zusammen, ernannte aufgrund einer vom König und von den Mitgliedern der liberalen Regierung Camphausen/Hansemann unterschriebenen Anordnung vom 3. April die 113 preußischen Vertreter für die Nationalversammlung und versuchte auf diese Weise allgemeine Volkswahlen zu umgehen. Tatsächlich traten die Abgeordneten des Vereinigten Landtages am 6. April nach Provinzen zusammen und ernannten die vorgeschriebene Zahl von Abgeordneten.<sup>10</sup> Ein Proteststurm, der sofort alle Provinzen erfaßte, brachte den Versuch zum Scheitern. Unter den zahlreichen Protestschreiben befand sich auch ein Schreiben aus Liegnitz mit 277 Unterschriften, vorwiegend Handwerker und Handwerksgesellen, wie Schuhmacher, Bäcker, Tischler, Zimmergesellen, Korbmacher, Bürstenmacher und andere, mit der Forderung, die vom Vereinigten Landtag ernannten Deputierten nicht anzuerkennen, "weil sie nicht vom Volke, sondern von privilegierten Ständen erwählt wurden."<sup>11</sup>

Das vom Vereinigten Landtag am 11. April verabschiedete preußische Wahlgesetz ordnete indirekte Wahlen an, entsprach also nicht der Forderung nach allgemeinen Urwahlen. Zudem blieben Personen, die "aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung" bezogen, von der Wahl ausgeschlossen.<sup>12</sup>

Zwar war es ein Erfolg der Volksbewegung, daß Wahlen zur Nationalversammlung durchgeführt werden mußten, aber die Vertreter der liberalen Bourgeoisie in den Regierungen verstanden es, mit Hilfe entsprechender Bestimmungen in den Wahlgesetzen den Einfluß der Arbeiter auf das Ergebnis der Abgeordnetenwahlen erheblich einzuschränken, so daß nicht mehr von allgemeinen demokratischen Urwahlen die Rede sein konnte. In dem indirekten Wahlverfahren hatten die Vertreter der liberalen Bourgeoisie gemeinsam mit den alten Behörden, unter anderem dem alten Bundestag, das Mittel gefunden, Einfluß auf das Ergebnis der Wahlen zu gewinnen und eine freie demokratische Entscheidung der Volksmassen zu verhindern. Der Zeitgenosse Friedrich Steinmann überschrieb in seinem Buch "Geschichte der Revolution in Preußen" das Wahlkapitel: "Durch indirekte Wahlen ist der Ausdruck des Volkswillens unmöglich." Dazu erklärte er: "Das Institut der Wahlmänner verwandelt die Teilnahme am Wahlgeschäft, so viel die Urwähler betrifft, in bloßen Schein. Es ist nämlich das Recht, diejenigen zu nennen, welche statt unserer unseren Abgeordneten zur Volksvertreterversammlung wählen sollen, von dem Recht der selbstigen Wahl unendlich verschieden und al-

9 Schlesische Zeitung, Nr. 75, 29. 3. 1848.

10 Vgl. ZStA II, Rep. 169, B 3, Nr. 6, Bl. 3 - 30.

11 Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), D. B. 50 II, Nr. 20, Petitionen,

12 K. Preußische Verordnung, die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung betr., vom 11. April 1848, in: Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848, hg. v. Paul Roth, Heinrich Merck, Bd. 1, Erlangen 1850, S. 267 f.

lerdings eine zu kärgliche Abfindung der Bürger, welche auf des Nennens werte politische Berechtigung Anspruch machen."<sup>13</sup>

Die breite Wahlbewegung vom April bis Anfang Mai 1848, die gleichzeitig auch eine Protestbewegung gegen die indirekte Wahlmethode und gegen andere einschränkende Bestimmungen der Wahlordnungen war<sup>14</sup>, bildet ein wichtiges Kapitel der Revolutionsgeschichte, das in der Forschung unbedingt größere Beachtung verdient. Wertvolle Kenntnisse über die Wahlagitation in Schlesien, namentlich auf dem Lande, vermittelt die Studie von Bleiber über "Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien". Vor allem werden auch die zahlreichen Wahlaufufe behandelt und aufgezeigt, wie namentlich die Demokraten darüber aufklärten, wer in den Wahlkreisen als Wahlmann in Frage kommt, um zu verhindern, daß die Landbevölkerung ein Opfer gutsherrlicher Wahlmanipulationen wird.<sup>15</sup> So legte zum Beispiel der namhafte Demokrat Eduard Graf Reichenbach aus Waltdorf bei Neisse, der wegen seines Kampfes gegen die Feudallasten und für die Freiheit der Robotgärtner jahrelang verfolgt wurde, in einem "Aufruf" dar, daß sich Gutsherren und Beamte bei den Bauern, Gärtnern und Landarbeitern einzuschmeicheln versuchten. Am besten wäre es natürlich, nur Bauern als Wahlmänner zu wählen. Doch fügte er hinzu: "Ihr wißt, die Herren und Beamten, mit denen Ihr dort zusammentreffen werdet, sind pfißige Leute, Ihr wißt es von den Ablösungen her, wie Ihr, die Ihr ungelehrt und gesetzesunkundig seid, weil die Regierung Euch bisher schlecht erziehen und unterrichten ließ, dort oft mit schönen Worten über den Löffel barbiert wurdet, also Bauern allein könnt Ihr nicht wählen. Mein Vorschlag geht daher dahin, daß einige Wahlbezirke Bauern wählen, andere aber Männer, die der Gesetze kundig und besonders der Rede mächtig sind. Gehen Wahlbezirke auf diesen Vorschlag ein und wissen sie keine geeigneten Männer, denen sie ihr Zutrauen schenken können, so bin ich gern bereit, ihnen auf Anfrage solche zu empfehlen."<sup>16</sup> Die weitverbreitete Losung der Demokraten, "daß man gewisse Klassen von Bürgern wie z. B. Beamte, Geistliche, Lehrer, Gutsbesitzer in keinem Falle weder zu Wahlmännern noch zu Abgeordneten wählen dürfe", wiesen Konstitutionelle und Anhänger der sogenannten Vaterländischen Vereine mit Entrüstung zurück.<sup>17</sup>

Während über den Verlauf der Wahlkampagne in Schlesien in der obengenannten Studie ein aufschlußreicher Überblick mit ausführlichen Quellenangaben geboten wird, fehlt es jedoch an Arbeiten über den eigentlichen Verlauf der Wahlen mit Angaben über die Beteiligung der zugelassenen Wähler in den einzelnen Kreisen sowie über die soziale Zusammensetzung des Wahlmännergremiums. In den Darstellungen über die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung wird im allge-

- 13 Steinmann, Friedrich, Geschichte der Revolution in Preußen, Ein Buch für das deutsche Volk, Berlin 1850, 13. Lieferg., 6. Buch, S. 407 f.
- 14 Vgl. Obermann, Karl, Die Protestbewegung gegen die Einschränkung des Wahlrechts zur Frankfurter Nationalversammlung 1848, in: ZfG, Nr. 1/1976, S. 49 ff.
- 15 Vgl. Bleiber, Helmut, Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 7, Berlin 1972, S. 409 f.
- 16 Universitätsbibliothek Wrocław, Flugblatt, veröffentlicht bei Obermann, Karl, Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970, S. 214 f.
- 17 Bleiber, Helmut, Die Haltung der Parteien ..., a. a. O., S. 431.



meinen nur auf die gewählten Abgeordneten eingegangen, ihre soziale Herkunft und ihre politische Haltung beleuchtet; die Wahlen zur Nationalversammlung werden nicht im einzelnen behandelt, sondern im großen ganzen als Erfolg gewürdigt, wenn auch hin und wieder einige Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.<sup>18</sup>

Tatsächlich bereitet der Mangel an Quellen einer genaueren Untersuchung des Wahlverlaufs und der Beteiligung an den Wahlen erhebliche Schwierigkeiten. Die Akten des Zentralwahlausschusses der Frankfurter Nationalversammlung, der die Legitimation bzw. Wahl der Abgeordneten anhand der von den Ländern bzw. Provinzen nach Frankfurt gesandten Wahlunterlagen überprüfte, waren bei der Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart transportiert und nach Auflösung des Rumpfparlaments heimlich nach der Schweiz geschafft worden, dort jedoch verschollen.<sup>19</sup>

Nur spärliche Restbestände von Wahlakten im Bundesarchiv, Abteilung Frankfurt (Main), und vereinzelte in anderen Archiven, zum Beispiel im Staatsarchiv Dresden, bieten die Möglichkeit, die Wahlvorgänge in einigen Kreisen bzw. Bezirken näher zu untersuchen, namentlich die soziale Herkunft bzw. den Beruf von Wählern und Wahlmännern zu ermitteln.

In einer Untersuchung des amerikanischen Historikers Theodore S. Hamerow über die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung, die sich auf gedruckte Quellen, vor allem auf zeitgenössische Zeitungsberichte stützt, wird nachgewiesen, daß die Wahlbeteiligung überall sehr gering war, was den verschiedenen Einschränkungen des Wahlrechts und dem indirekten Wahlverfahren zuzuschreiben ist, das namentlich auf dem Lande großes Mißtrauen weckte.<sup>20</sup>

Hinweise auf die nachteiligen Auswirkungen des Wahlverfahrens gaben auch linke Abgeordnete der Nationalversammlung in ihren Reden. So bemängelte der linke Berliner Abgeordnete Nauwerck die Methoden, die in einigen preußischen Wahlbezirken angewendet wurden. Er sagte am 27. Februar 1849 bei der Wahlgesetz-Diskussion: "Man hat in Preußen bei einigen Wahlkollegien nicht geduldet, daß die Leute selbst ihre Stimmzettel schrieben, sondern sie mußten sie am Bureautische schreiben, um ihnen recht auf die Finger sehen zu können. Man hat ferner an einigen Orten die Einrichtung getroffen, daß numerierte Stimmzettel abgegeben wurden, damit man die Zettel hintennach hübsch vergleichen konnte. Man hat häufig Vertauensmänner ernannt, einen für fünf, sowie man das Vieh zur Schwemme treibt, um bis auf den letzten Augenblick die Abstimmung zu verfälschen."<sup>21</sup>

Anschließend sprach der linke Abgeordnete Roßmähler aus Sachsen und bemerkte zur Handhabung der indirekten Wahlmethode in Preußen: "Es ist mir aus einem Städtchen in Preußen, in der Mark Brandenburg, geschrieben worden, daß es

18 Vgl. Valentin, Veit, Die erste deutsche Nationalversammlung, München/Berlin 1919, S. 5 f.

19 Vgl. Moldenhauer, Rüdiger, Aktenbestand, Geschäftsverfahren und Geschäftsgang der "Deutschen Verfassungsgebenden Reichsversammlung" (Nationalversammlung) 1848/49 und ihrer Ausschüsse, in: Archivalische Zeitschrift 65, Jg. 1969, S. 63; vgl. ferner Schilfert, Gerhard, Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution 1848/49, Berlin 1952, S. 111.

20 Vgl. Hamerow, Theodore S., The Elections to the Frankfurt Parliament, in: The Journal of Modern History, Bd. 33, Nr. 1/1961, S. 15 f.

21 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hg. v. Frank Wigard, Leipzig 1849, Bd. 7, S. 5494.



dort gelungen sei, durchaus demokratische Wahlmänner zu wählen; diese demokratischen Wahlmänner waren aber nicht imstande, ihre Selbständigkeit aufrecht zu erhalten den Behinderungen gegenüber, welchen sie bei dem Wahlakte und vor demselben ausgesetzt gewesen sind; sie sind drei Tage vorher und bei der Wahlhandlung von einflußreichen Personen nach dem politischen Glaubensbekenntnis gefragt worden, und wenn sie ehrenhaft genug waren, es offen zu sagen und zuzubekennen, so hat man ihnen gedroht mit Kündigung der Kundschaft und anderen Nachteilen; kurz, es sind die Männer zu anderen Wahlkandidaten gedrängt worden, als sie früher im Sinne hatten. Wenn ich dies ein vollkommenes Aushungerungssystem nannte, so werde ich mich nicht geirrt haben."<sup>22</sup> Das war eines der Beispiele, die Friedrich Steinmann zu der Schlußfolgerung veranlaßte, daß "das Wahlmännerinstitut der Bestechung, der Einschüchterung und Überredung Tür und Tor öffnet; wir haben es ja selbst aller Orten erlebt, es hatte sich fast überall ein förmliches Korruptionssystem organisiert; fast keiner der durch indirekte Urwählerwahl gewählten Wahlmänner war aus freier Überzeugung des Volks hervorgegangen; überall hatten Einwirkungen und Überredungen stattgefunden."<sup>23</sup>

Was nun besonders die Wahlvorbereitungen in der Provinz Schlesien anbelangt, schrieb Wilhelm Wolff am 18. April 1848 aus Breslau an die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten: "... hier in Schlesien ist - wie freilich in anderen Provinzen auch - die Reaktion der Grundaristokratie und der Bürokratie nebst Anhängseln fürchtbar tätig. Auf dem Lande werden die Bauern von den Landräten, gnädigen Herren etc. fanatisiert gegen die Städter, gegen die Republikaner unter letzteren; man barbiert sie über den Löffel, daß es ärger nicht sein kann. Wegen der Wahlen wird kein Mittel unbenutzt gelassen. Hätten wir direkte Wahlen, so könnte man alle diese Machinationen in einem Tage und in einer Versammlung der Wähler zuschanden machen. Denn die Bauern sind sehr leicht von dem zu überzeugen, was ihr Interesse ist. Jetzt aber werden wir eine ganz abscheuliche teils reaktionäre, teil moderiert-konstitutionelle Majorität bei den schlesischen Wahlen herausbekommen. Bloß der obengedachte Wahlauf Ruf [des demokratischen Klubs in 30 000 Exemplaren - K. O.] läßt mich hoffen, daß doch noch so manche Wahl anders ausfallen wird, als jetzt unter den Herren Landräten etc. abgekartet worden."<sup>24</sup>

Dieser Bericht enthält eine wichtige und bedeutungsvolle Aussage zum Bild der Wahlen in Schlesien. Zwar ist es mangels ausreichenden Quellenmaterials nicht möglich, Auskünfte über alle Wähler und alle Wahlmänner der Provinz zu erhalten, aber zwei Aktenstücke im Bundesarchiv, Abteilung Frankfurt (Main), erlauben, wenigstens Wähler und Wahlmänner einiger Wahlkreise zu erfassen, ihre Zahl und ihre Berufsstellung zu ermitteln und die Wahlbeteiligung einzuschätzen.

Die soziale Zusammensetzung der Landbevölkerung verdient besondere Beachtung, denn die fortschreitende Differenzierung innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung spielte im sozialen und politischen Entwicklungsprozeß eine nicht zu unterschätzende Rolle. Bei den Großgrundbesitzern, deren Zahl gering war, handelte es sich im wesentlichen um Ritterguts- und Gutsbesitzer, teilweise mit riesigem Grundbesitz. Die bäuerliche Bevölkerung setzte sich aus Groß-, Mittel- und

22 Ebenda, S. 5496.

23 Steinmann, Friedrich, a. a. O., S. 409.

24 Der Bund der Kommunisten, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Bd. 1: 1836 - 1849, Berlin 1970, S. 762.

Kleinbauern zusammen. Zur Schicht der Großbauern, die sich zu Agrarkapitalisten entwickelten, gehörten die Scholtisei- oder Erbscholtiseibesitzer. Der Scholze, ein von der Grundherrschaft bzw. Obrigkeit ernannter Dorf- bzw. Ortsvorsteher, nahm eine besonders privilegierte Stellung ein, die sich auf den ältesten Sohn vererbte. Er besaß meist einen größeren Hof. Ebenso nahm der Gerichtscholze und Gerichtsmann, ein von der Grundherrschaft bzw. Obrigkeit ernannter Bauer, eine privilegierte Stellung ein, doch entsprach sein Grundbesitz meist nur dem eines Mittelbauern. Die Bauern wurden in den Verzeichnissen je nach der Anzahl der vorhandenen Gespanne als Klein- oder Mittelbauern klassifiziert, mitunter auch als Halb- oder Viertelbauern aufgeführt. Weiter enthalten die Aktenstücke Kategorien wie den Kretschmer, einen Bauern, der zugleich im Dorf einen Ausschank oder einen kleinen Laden führte, die Bauern-Auszügler, alte Bauern, die den Hof dem ältesten Sohn übergeben hatten, selbst in eine Kammer des Nebengebäudes gezogen waren, die aber mitarbeiteten, soweit ihre Kräfte reichten, und die Einlieger, die die große Masse der armen bzw. halbproletarischen und proletarischen Landbevölkerung stellten, die kein eigenes Land hatte und sich als Lohnarbeiter bei Bauern und Gutsbesitzern verdingen mußte. Aufgrund einer 1848 vom Landesökonomiekollégium in Preußen durchgeführten Umfrage konnte Alexander von Lengerke feststellen, daß in der Provinz Schlesien die Zahl der Einlieger oder Inlieger "sich sehr schnell und stark vermehrt, zumal sie aus anderen Klassen viel Zugang haben".<sup>25</sup> Der Gärtner, ganz gleich ob Dresch-, Frei- oder Robotgärtner, besaß in der Regel nicht mehr als 5 Morgen Acker- oder Gartenland. Das gleiche gilt vom Häusler, der meist nur ein Haus mit Garten sein eigen nannte und sich gegen Lohn verdingen mußte. Zwar gab es Robotgärtner, die zwischen 4 bis 10 Morgen Land besaßen, jedoch auch zu feudalen Abgaben und Diensten auf dem Herren- bzw. Gutshof verpflichtet waren, was zudem ebenso für die Freigärtner und Häusler zutraf.<sup>26</sup>

Die noch vorhandenen Wähler- und Wahlmänner-Verzeichnisse zeigen, daß die Landbevölkerung entsprechend ihrer bedeutenden Zahl auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Erscheinung trat. Aber obwohl Vertreter der bäuerlichen Bevölkerung durchweg die Hälfte oder annähernd die Hälfte der Wahlmänner eines Wahlbezirks stellten, waren zum Beispiel die Einlieger nicht entsprechend ihrer Zahl unter den Wahlmännern vertreten. Das gewerbliche Kleinbürgertum, die Handwerker, aber auch die Intelligenz, die Lehrer und Ärzte, wußten ihre Vertreter durchzubringen. Auch Fabrikanten und Kaufleute traten in einer Zahl unter den Wahlmännern auf, die der bürgerlichen Klasse entsprechenden Einfluß sicherte. Auffallend ist, daß die Beamten in einer weit größeren Zahl unter den Wahlmännern vertreten waren, als ihr geringer Bevölkerungsanteil rechtfertigte. Im Regierungsbezirk Oppeln (Opole) betrug laut Gewerbetabelle 1848 die Zahl

<sup>25</sup> Lengerke, Alexander v., Die ländliche Arbeiterfrage, Berlin 1849, S. 269 f. Beiträge zur landwirtschaftlichen Statistik des preußischen Staates.

<sup>26</sup> Vgl. Bleiber, Helmut, Zwischen Reform und Revolution, a. a. O., S. 11 - 13, 42, 57; über den österreichischen Teil Schlesiens siehe Obermann, Karl, Die österreichischen Reichstagswahlen 1848. Eine Studie zu Fragen der sozialen Struktur und der Wahlbeteiligung auf der Grundlage der Wahlakten, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, hg. v. d. Generaldirektion, Nr. 26/1973, S. 356, 361 f.

der Zivilbeamten im Staatsdienst bei der allgemeinen Landesverwaltung 810, bei der Rechtsverwaltung 985 und die Zahl der Kommunalbeamten 762.<sup>27</sup>

Im Wahlmännnergremium hatten die Beamten einen größeren Einfluß als die Vertreter der Masse der Landbevölkerung. Auch die Kirche war stets durch 2 bis 5 Pfarrer im Wahlmännnergremium vertreten. Auf Schlesien traf das gleiche zu, was Joseph Weydemeyer in bezug auf die Rolle der Kirche bei den Wahlen in Westfalen feststellte; die Geistlichkeit hatte sich selbst "zu den Wahlen herangedrängt, ... all ihren Einfluß, sogar von der Kanzel herab verwendet, um sich selbst oder ihre treuesten Anhänger zur Wahl zu bringen", damit sie weiterhin ihre Herrschaft über das Volk sichern und Pläne der Demokraten verhindern konnte, "Schule und Kirche voneinander zu trennen".<sup>28</sup>

Vom Kreis Neisse (Nysa) im Regierungsbezirk Oppeln, dessen Landbevölkerung in der Märzbewegung sehr entschieden auftrat<sup>29</sup>, liegen Verzeichnisse von Urwählern einer Anzahl Dorfgemeinden, eines Stadtbezirks der Kleinstadt Patschkau und das Verzeichnis der 145 Wahlmänner des aus dem Kreis Neisse gebildeten 28. schlesischen Wahlbezirks mit Berufsangaben vor. Es handelt sich um Wahlunterlagen für die Nachwahl des Abgeordneten-Stellvertreters im Juli 1848.<sup>30</sup>

Im Jahre 1849 zählte der Kreis Neisse 83 574 Einwohner, davon lebten 24 578 in 3 Städten, 56 883 in 113 Dörfern, 130 in 7 Vorwerken, 1 699 in 15 Kolonien, 284 in 24 einzelnen Etablissements.<sup>31</sup> Auf Beschluß des Vorparlaments sollte auf je 50 000 Einwohner ein Abgeordneter kommen, aber die Regierungen der Bundesstaaten erhöhten diese Zahl auf 70 000. Bei der Berechnung der Abgeordnetenzahl stützte sich der deutsche Bundestag in seinem Beschluß vom 7. April 1848 auf die längst überholte Bundesmatrikel von 1817, die zwar 1842 berichtigt worden war, aber nicht mehr dem Stand der Bevölkerungsentwicklung entsprach.<sup>32</sup> Allein in Preußen war die Bevölkerung inzwischen um 6 Millionen gewachsen.<sup>33</sup>

Theoretisch erfolgte in Preußen die Einteilung der Wahlbezirke auf der Grundlage der Einwohnerzahl von 70 000, wobei die letzte Zählung von 1846 maßgebend war. Dabei hielten sich die Behörden im großen ganzen an die bestehende Verwaltungseinteilung in Bezirke und Kreise, wengleich auch kleinere Abweichungen vorkamen. Praktisch lag die Zahl der Einwohner 1848 in den meisten Wahlbezirken über 70 000. In der Provinz Schlesien zählte ein Wahlbezirk durchschnittlich 77 840 Einwohner, 23 Wahlbezirke hatten sogar mehr als 77 840 Einwohner. Ein Abgeordneter kam also erst auf 78 000 bis 80 000 Einwohner, namentlich wenn die Einwohnerzahl von 1848 zugrunde gelegt wird.<sup>34</sup>

27 Vgl. Tabellen und amtliche Nachrichten ... 1849, a. a. O., Bd. 5, S. 819; vgl. dazu Tabelle 1 - 3 im Anhang der vorliegenden Arbeit.

28 W[eydemeyer], J[oseph], Die Wahlen, in: Das Westphälische Dampfboot, Paderborn, Nr. 11, 13. 5. 1848, S. 1.

29 Vgl. Bleiber, Helmut, Die Bauern und Landarbeiter Schlesiens in der Märzrevolution des Jahres 1848 (21. März bis Anfang April), Diss. B, Berlin 1973, S. 65.

30 Vgl. Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), Zentralwahlausschuß, Wahlakten (im folgenden: ZWA), Nr. 59, Bl. 6 f.

31 Tabellen und amtliche Nachrichten ... 1849, Bd. 1, Berlin 1851, S. 354 f.

32 Vgl. Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848, a. a. O., Bd. 1, S. 231 f.

33 Vgl. Valentin, Veit, a. a. O., S. 6.

34 Vgl. Orzechowski, Marian / Pabisz, Jerzy / Surman, Zdzisław, Wyniki wybo-

Auf 500 Einwohner entfiel nach dem preußischen Wahlgesetz vom 11. April 1848 ein Wahlmann. Wenn eine Dorfgemeinde nicht die Zahl von 500 Einwohnern erreichte, jedoch mehr als 300 Einwohner zählte, war sie dennoch zur Wahl eines Wahlmannes berechtigt. Doch auch bei 600 bis 800 Einwohnern stand der Gemeinde nur ein Wahlmann zu. Kleine Dörfer unter 300 Einwohnern bildeten mit ein oder zwei anderen Dörfern einen Wahlmänner-Wahlbezirk, Obwohl es sich hier nur um einen Wahldistrikt handelt, wird doch von Wahlbezirk gesprochen. 300 bzw. 500 oder 800 Einwohner stellten aber oft nur eine kleine Zahl von Urwählern, da Frauen und Personen unter 24 Jahren kein Wahlrecht hatten und die Zahl der Kinder auf dem Lande mitunter groß war.<sup>35</sup>

In den Dörfern des Kreises Neisse war die Zahl der Urwähler im Vergleich zur Einwohnerzahl sogar außerordentlich gering.<sup>36</sup> Das dürfte nicht nur darauf zurückzuführen sein, daß die Zahl der Personen unter 24 Jahren beim Gesinde sehr hoch war, sondern auch darauf, daß viele in Kost und Logis lebende Knechte als nicht wahlberechtigt betrachtet wurden. Selbst wenn nur ein Teil der Urwähler zum Wahlakt erschien und davon nur 5 oder 10 Urwähler für einen Kandidaten stimmten, galt dieser als gewählt, wenn diese wenigen die absolute Mehrheit bildeten, da stets die absolute Mehrheit der erschienenen Urwähler (bei der Wahl des Abgeordneten die absolute Mehrheit der erschienenen Wahlmänner) die Wahl entschied. Von den 467 Urwählern des II. Bezirks der Kleinstadt Patschkau - etwa 2/3 dieser Urwähler waren Arbeiter, Handwerker, arme Bauern und Landarbeiter - erschienen nur 25 Prozent zur Wahl der vorgesehenen 4 Wahlmänner. Doch wenn auch bei der Wahl eines Wahlmannes jeweils nur 106, 113, 101 bzw. 97 Urwähler anwesend waren, galten ihre Stimmen für einen Oberarzt, einen Stadtverordnetenvorsteher, einen Hausbesitzer, einen Kämmerer als absolute Mehrheit. Vor allem blieben Tagelöhner, Knechte, Ziegelstreicher, Handwerker, aber auch einzelne Händler, Kaufleute, Besitzer und Mühlenbesitzer der Wahl fern.<sup>37</sup>

Die Nachwahl im 28. schlesischen Wahlbezirk war notwendig geworden, weil der am 10. Mai 1848 gewählte Abgeordneten-Stellvertreter Oberst v. Auerswald die

rów parlamentarnych na Śląsku (Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Schlesien), in: *Studia i Materiały z Dziejów Śląska* (Studien und Materialien zur Geschichte Schlesiens), Bd. 7, Wrocław/Warszawa/Kraków (1966), S. 169.

<sup>35</sup> Vgl. Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848, a. a. O., Bd. 1, S. 268.

<sup>36</sup> Ein Verzeichnis aller Orte in Preußen über 50 Einwohner liegt erst seit 1856 vor. Hier ist die Zählung von 1852 zugrunde gelegt. Doch die 2. Aufl. mit dem Ergebnis der Zählung von 1867 zeigt, daß sich die Bevölkerung in den Orten des Kreises Neisse wenig verändert, teilweise sogar abgenommen hatte, so daß die Einwohnerzahl von 1848 kaum wesentlich von der im Jahre 1852 abweichen dürfte. Vgl. Topographisch-statistisches Handbuch des Preußischen Staats, enthaltend sämtliche Städte, Flecken, Dörfer und sonstige Ortschaften größeren Umfanges in alphabetischer Ordnung, mit Angabe des Gerichts erster Instanz, des Schwurgerichts, des Appellationsgerichts-Departements, des landrätlichen Kreises, des Regierungsbezirks und der Einwohnerzahl, unter Benutzung der Akten des Königlichen Justiz-Ministeriums hg. v. Kraatz, Berlin 1856, 2. Aufl. Berlin 1870.

<sup>37</sup> Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), ZWA, Nr. 55, Bl. 111 f.



Wahl ablehnte. Als Abgeordneter war am 10. Mai der Justizkommissär Franz Scholz gewählt worden, dessen politische Haltung in einer polnischen Studie als schwankend eingeschätzt wird.<sup>38</sup> Aus der Nachwahl am 7. August ging der Gutsbesitzer Allnoch aus Beigwitz, Kreis Neisse, mit 65 Stimmen von 123 anwesenden Wahlmännern als Sieger hervor. 65 Wahlmänner-Stimmen bedeuteten zwar die absolute Mehrheit der Anwesenden, aber diese 65 Wahlmänner repräsentierten noch nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung des 28. Wahlbezirks. 65 Stimmen bedeutete im günstigsten Falle 32 500 Urwähler, das heißt knapp 5 Prozent der gesamten Einwohnerzahl des Wahlbezirks.<sup>39</sup> Angesichts der Tatsache, daß auf dem Lande ein Wahlmann mit nur wenigen Stimmen als gewählt galt, muß festgestellt werden, daß die Masse der mittleren und armen Bevölkerung an dieser Wahl nur in geringem Maße Anteil nahm. Die Nachwahl fiel in die Erntezeit Juli/August. Sicherlich spielte aber auch die bei der Bevölkerung auf dem Lande vorhandene Enttäuschung über die Tätigkeit der Nationalversammlung eine Rolle.

Von den Maiwahlen in der Provinz Schlesien sind noch die Wahlmänner-Verzeichnisse des 33., des 7. und des 19. Wahlbezirks vorhanden, aber leider keine Urwähler-Verzeichnisse. Diesen Verzeichnissen ist zu entnehmen, daß auch bei den Maiwahlen die Landbevölkerung, vor allem die Masse des Landproletariats und der Arbeiter, sich nicht genügend, ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend durchsetzen konnte und stets ein bürgerlich-liberaler bzw. konservativer Kern von Besitzbürgern, Beamten und auch Militärs sowie Kirchenvertretern im Wahlmännergremium um so mehr Einfluß gewann, je mehr Wahlmänner vom Lande der Abgeordnetenwahl fernblieben.

Der Kreis Beuthen (Bytom) im Regierungsbezirk Oppeln, aus dem der 33. schlesische Wahlbezirk gebildet wurde, zählte 1849 insgesamt 85 152 Einwohner, davon lebten 10 475 in 2 Städten, 3 763 in 2 Flecken, 60 183 in 87 Dörfern, 539 in 28 Vorwerken, 6 508 in 25 Kolonien und 3 684 in 71 einzelnen Etablissements.<sup>40</sup> Die Stadt Beuthen im Zentrum der schlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie zählte 1852 allein 7 022 Einwohner.<sup>41</sup> Die Berg- und Hüttenarbeiter stellten zusammen mit der ärmeren Landbevölkerung immerhin die Hälfte der Wahlmänner. Aber 23 Wahlmänner, vornehmlich Bauern, Halbbauern, Einlieger, Gärtner und Häusler, blieben der Abgeordnetenwahl am 10. Mai fern. Mit 72 von 109 gültigen Stimmen wurde der Fürstbischof Melchior von Diepenbrock aus Breslau zum Abgeordneten gewählt, der Mann, der den Geistlichen der katholischen Kirche im April nahegelegt hatte, "ihren Einfluß auf die Gemeinden zur Erzielung vernünftiger Wahlen geltend" zu machen.<sup>42</sup>

Dem Bericht der Stimmzähler, einem Pfarrer, einem Kaplan, einem Wegebaumeister und einem Hüttendirektor als Protokollführer, vom 12. Mai 1848 sowie dem Bericht des Landrats in Beuthen vom 12. Mai 1848 ist zu entnehmen, daß bei den Wahlen der Wahlmänner Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren und auch die Wahl des Abgeordneten und seines Stellvertreters nicht völlig ordnungsgemäß und ruhig verlief. Vier Wahlmänner waren "wegen fehlender absoluter Majorität ausgeschlossen" worden. Außerdem wurde die Versammlung der Wahlmänner davon in Kenntnis gesetzt, "daß in mehreren Wahlverhandlungen in der

38 Orzechowski, Marian / Pabisz, Jerzy / Surman, Zdzisław, a. a. O., S. 183.

39 Siehe Tabelle 2 im Anhang der vorliegenden Arbeit.

40 Tabellen und amtliche Nachrichten ... 1849, a. a. O., Bd. 1, S. 352 f.

41 Topographisch-statistisches Handbuch des Preussischen Staats, a. a. O., 1. Aufl., S. 41.

42 Vgl. dazu Bleiber, Helmut, Die Haltung der Parteien ..., a. a. O., S. 425; siehe Tabelle 3 im Anhang der vorliegenden Arbeit.



Berechnung der absoluten Majorität Fehler vorgekommen sind und daß Wahlmänner nur mit der relativen Majorität als Wahlmänner proklamiert worden sind". Dazu hieß es weiter: "Die Versammlung erachtete indessen, die in dieser Beziehung fehlerhaften Verhandlungen nicht weiter zu bemängeln, da angenommen werden müßte, da, wenn die Urwähler einen mit relativer Majorität gewählten Wahlmann als ihren Wünschen entsprechend ernannt haben, die Versammlung der Wahlmänner sich nicht veranlaßt finden könne, einen relativ gewählten Wahlmann von dem Wahlakt auszuschließen." Der Landrat drückte in seinem Bericht seine Befriedigung über die Wahl des Fürstbischofs als Abgeordneter und des königlichen Bergmeisters Krug von Nidda von Tarnowitz als Stellvertreter aus, "und werden die Mängel, die sich bei der Berechnung der absoluten Majorität der Stimmen in einigen Wahlverhandlungen der Wahlmänner finden, füglich übersehen werden können". Er fügte hinzu: "Es ist nicht ohne Mühe möglich gewesen, die Wahlakte ruhig verlaufen zu sehen. Die Bevölkerung ist sehr aufgeregt und sehr geneigt, ängstliche Berichtigung vorgeschriebener Förmlichkeiten mit argwöhnischen Augen anzusehen und sich der Berichtigung aus Unkenntnis zu widersetzen. Daher erlaube ich mir, dahin zu wirken, daß die Wahlverhandlungen in Beziehungen auf ihre Förmlichkeit nicht all zu strenge geprüft werden, damit Urwähler und Wahlmänner möglichst ruhig erhalten werden."<sup>43</sup>

Der 7. schlesische Wahlbezirk im Regierungsbezirk Liegnitz (Legnica), der Wahlbezirk Bunzlau (Bolesławiec), wurde aus den Kreisen Bunzlau und Goldberg-Haynau (Złotoryja-Chojnow) zusammengesetzt. Obwohl 1852 Bunzlau 7 022 Einwohner, Goldberg 7 166 und Haynau 4 306 Einwohner zählte<sup>44</sup>, überwog die Landbevölkerung, was auch in der Zahl der ländlichen Wahlmänner zum Ausdruck kommt. Aber auch Handwerker waren in beträchtlicher Zahl unter den Wahlmännern vertreten. Die Wahl fiel aber auf den Lehrer Ernst Kunth als Abgeordneter und auf den Lehrer Seydel aus Bunzlau als Stellvertreter. Beide werden in ihrer politischen Haltung als schwankend eingeschätzt.<sup>45</sup>

Der 19. schlesische Wahlbezirk, der Wahlbezirk Nimptsch, im Regierungsbezirk Breslau erfaßte drei Kreise: den Kreis Nimptsch (Niemcza) mit der Kleinstadt Nimptsch (2 131 Einwohner im Jahre 1852) und zahlreichen Gemeinden, die sich im März 1848 an der Petitionskampagne für Urwahlen und gegen die Einberufung des Vereinigten Landtags beteiligt hatten<sup>46</sup>; den Landkreis Breslau (die Stadt selbst bildete die schlesischen Wahlbezirke 20 und 21) und den Kreis Reichenbach (Rychbach/Dzierżoniów) mit dem Weberdorf Langenbielau (Bielawa). Die Weber von Langenbielau hatten 1844 im Weberaufstand eine führende Rolle gespielt, etwa 150 Weber waren verhaftet und zu hohen Strafen verurteilt worden. 1852 zählte Langenbielau 12 677 Einwohner. Da der Ort allein 25 Wahlmänner stellte, hat die Einwohnerzahl 1846 auf der gleichen Höhe gelegen. Doch das Besitzbürgertum sicherte sich die Mehrheit, während die Weber nur mit 5 Wahlmännern im Wahlmännergremium vertreten waren. Im übrigen Kreis Reichenbach mit der Stadt, 5 760 Einwohner im Jahre 1852, wie auch im Kreis Nimptsch und im Landkreis Breslau, stellte die Landbevölkerung etwa die Hälfte der Wahlmänner.<sup>47</sup>

43 Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), ZWA, Nr. 54, Bl. 3.

44 Topographisch-statistisches Handbuch des Preußischen Staats, a. a. O., 1. Aufl., S. 84, 190, 225.

45 Vgl. Orzechowski, Marian / Pabisz, Jerzy / Surman, Zdzisław, a. a. O., S. 182; siehe Tabelle 4 im Anhang der vorliegenden Arbeit.

46 Vgl. Bleiber, Helmut, Die Haltung der Parteien ..., a. a. O., S. 410.

47 Siehe Tabelle 5 im Anhang der vorliegenden Arbeit.

Bei der Abgeordnetenwahl erhielt der Landgerichtsdirektor Fuchs aus Breslau 77 der 129 gültigen Stimmen, 3 Wahlmänner waren nicht erschienen. Sein Stellvertreter, Stadtrat Becker aus Breslau, erhielt 72 von 127 gültigen Stimmen. Im Bericht des Landrats von Studnitz in Nimptsch vom 10. Mai 1848, den außerdem der Protokollführer, ein Justizkommissar aus Reichenbach sowie die sechs Stimmzähler, ein Kaufmann, ein Erbscholtiseibesitzer, ein Gutsbesitzer, ein Lehrer, ein Arzt und ein Scholze unterzeichneten, heißt es, daß diese Männer "jedenfalls qualifiziertere Subjekte als die für die preußische Nationalversammlung Gewählten sein dürften". Landgerichtsdirektor Fuchs lehnte jedoch die Wahl ab, so daß am 24. Mai die Wahlmänner nochmals zusammentraten. Dieses Mal blieben 24 Wahlmänner fern. Von 107 gültigen Stimmen (eine ungültige) erhielt der Kaufmann C. A. Milde aus Breslau 59, das heißt, noch nicht einmal die Hälfte der Wahlmänner billigte seine Wahl. 48 Milde galt als gemäßigter Konstitutioneller und sein Stellvertreter Becker als "schwankend". 49

Die Verzeichnisse der Wahlmänner sind wichtige Dokumente, die nicht nur ermöglichen, die Wahlvorgänge besser zu beurteilen, sondern auch neue Aufschlüsse über die Bevölkerungsstruktur vermitteln. Die soziale Zusammensetzung der Wahlmännergremien, die aus den Verzeichnissen der vier Wahlbezirke hervorgeht, kann als ein charakteristisches Merkmal der indirekten Wahlen in der damaligen preußischen Provinz Schlesien betrachtet werden. Die verschiedenen Klassen und Schichten waren nicht entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung vertreten, allerdings wird das Übergewicht der Landbevölkerung und die Bedeutung des Handwerks durch entsprechend hohe Zahlen angedeutet. Auch geht aus den Verzeichnissen hervor, daß die industrielle Entwicklung noch in den Anfängen steckte und die Arbeiterklasse noch schwach war, so daß die besitzenden Klassen und Schichten, Großgrundbesitzer, Besitzbürgertum, Beamte und Kirchenvertreter einen ihrer sozialökonomischen Stellung entsprechenden politischen Einfluß ausüben konnten. Aber auch die Stellung, die Lehrer und Ärzte in der Gesellschaft einnahmen, wird deutlich sichtbar. Es darf auch nicht übersehen werden, daß sich unter den Vertretern der kleinbürgerlichen Intelligenz und unter den Beamten Demokraten befanden, die für die Forderungen der Landbevölkerung und der Arbeiter eintraten. Die Voraussage von Wilhelm Wolff in seinem Brief vom 18. April 1848 an die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten traf im wesentlichen zu. Die indirekten Wahlen führten zu einer "moderiert-konstitutionellen Majorität". 50 Das Schlesien der Bauern- und Webern erlangte zwar Teilerfolge, konnte sich aber bei den Wahlmänner-Wahlen nicht genügend gegen gemäßigte und schwankende Liberale und gegen Vertreter der Reaktion durchsetzen. Zwar siegten in einigen schlesischen Wahlbezirken linke und demokratische Kandidaten, wie der Jung-Hegelianer Dr. Arnold Ruge in Breslau, der Bauer Minikus, der Fabrikant Friedrich Wilhelm Schloeffel, der Lehrer Adolf Roesler, aber die sogenannten Konstitutionellen und Schwankenden eroberten die meisten Wahlbezirke. 51 Oft wurden mit Hilfe von Versprechungen die Stimmen der unerfahrenen Wahlmänner aus der mittleren und ärmeren Landbevölkerung gewonnen.

48 Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), ZWA, Nr. 54, Bl. 3.

49 Vgl. Orzechowski, Marian / Pabisz, Jerzy / Surman, Zdzisław, a. a. O., S. 178.

50 Siehe weiter oben und Anm. 27 der vorliegenden Arbeit.

51 Vgl. Orzechowski, Marian / Pabisz, Jerzy / Surman, Zdzisław, a. a. O., S. 177 f.

Die liberale Geschichtsschreibung hat bis heute der Frankfurter Nationalversammlung nur Lob gependet. Auch Veit Valentin bezeichnet sie "als ein vollkommenes Spiegelbild der geistigen und gesellschaftlichen Zustände des damaligen Deutschlands", fügt aber hinzu, "trotz der Inkorrektheit der Wahlen, aus denen sie hervorgegangen war". 52 Doch sie war in Wirklichkeit das Ergebnis von Wahlen, die denjenigen gesellschaftlichen Kräften eine Mehrheit verschafften, die bestrebt waren, die gesellschaftlichen Zustände möglichst unverändert oder nur wenig reformiert zu erhalten.

52 Valentin, Veit, a. a. O., S. 11.



Nachweisung der am 24. Juli anwesenden 25 Urwähler aus Ober-Jeutritz:

1 Gutsbesitzer, 1 Erbscholze, 7 Bauern, 4 Gärtner, 11 Häusler,  
1 Schmied.

Nachweisung der am 24. Juli anwesenden 23 Urwähler aus Nieder-Jeutritz:

1 Bauer und Gerichtsmann, 3 Bauern, 1 Gärtner und Gerichtsmann,  
10 Gärtner, 1 Gärtner und Gerichtsscholze, 1 Häusler, 2 Einlieger,  
1 Knecht, 1 Kretschmer, 1 Schmied, 1 Müller.

Nachweisung der am 24. Juli anwesenden 18 Urwähler aus Rothhaus:

1 Gärtner und Gerichtsscholze, 1 Gärtner und Gerichtsmann,  
12 Gärtner, 1 Häusler, 1 Einlieger, 2 Auszügler.

Als Wahlmann Gerichtsmann Kirchner mit 38 Stimmen gewählt.

---

5. <u>Dorf Prockendorf</u>	571 Einwohner im Jahre 1852
	548 Einwohner im Jahre 1867
angeschlossen die Kolonie Zedlitz	77 Einwohner im Jahre 1852
	89 Einwohner im Jahre 1867

Nachweisung der am 24. Juli anwesenden 7 Urwähler:

2 Erbscholzen, 1 Bauer, 1 Kretschmer, 2 Häusler, 1 Schullehrer.

Als Wahlmann Erbscholze Deutschmann mit 5 Stimmen gewählt.

---

6. <u>Dorf Lindewiese</u>	1 062 Einwohner im Jahre 1852
	1 046 Einwohner im Jahre 1867

74 Urwähler, und zwar:

27 Bauern, 23 Häusler, 2 Gärtner, 9 Einlieger, 7 Auszügler,  
1 Kretschmer, 2 Knechte, 2 Müller, 1 Fleischer.

Davon erschienen am 24. Juli nur 15.

Als Wahlmann Bauer und Gemeindedepuierter Ritzke mit 13 Stimmen gewählt.

---

7. <u>Dorf Kamitz</u>	813 Einwohner im Jahre 1852
	858 Einwohner im Jahre 1867

20 Urwähler, und zwar:

13 Bauern, 1 Gärtner, 4 Häusler, 2 Junglehrer (Adjuvant)

erschieden alle zur Wahl am 24. Juli.

Als Wahlmann Scholze Gottwald mit 17 Stimmen gewählt.

---



## 8. Stadt Patschkau

4 196 Einwohner im Jahre 1852

4 754 Einwohner im Jahre 1867

Verzeichnis der 467 Urwähler der Stadt Patschkau II. Bezirk, Ober- und Nicolai Bezirk, die 4 Wahlmänner zu bestimmen hatten.

### Großgrundbesitz

1 1 Gutsbesitzer

### Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

62 2 Gärtner, 1 Schäfer, 2 Auszügler, 1 Altmühlscher (61 Jahre), 1 Inwohner (76 Jahre), 13 Knechte, 42 Tagelöhner

### Handwerker und Arbeiter

242 1 Mühlbauer, 4 Müller, 11 Töpfer, 2 Töpfergesellen, 10 Maurer, 2 Maurermeister, 3 Ziegelstreicher, 1 Zimmermeister, 9 Zimmerleute, 2 Drechsler, 12 Tischler, 4 Stellmacher, 5 Schlosser, 2 Nagelschmiede, 3 Nadler, 1 Schlossergeselle, 2 Schmiede, 1 Schmiedegeselle, 1 Kupferschmied, 1 Schleifer, 5 Sattler, 4 Riemer, 1 Seiler, 3 Nadel schmiedegesellen, 3 Gesellen, 40 Schuhmacher, 1 Schuhmachergeselle, 5 Handschuhmacher, 14 Schneider, 2 Hutmacher, 3 Kürschner, 14 Weber, 10 Tuchmacher, 3 Strumpfwirker, 1 Webergeselle, 1 Spinnmeister, 1 Bleicher, 1 Tuchscherer, 2 Posamentiere, 7 Gerber, 1 Rotgerber, 1 Weißgerber, 9 Bäcker, 4 Konditoren, 10 Fleischer, 1 Fleischergeselle, 5 Böttger, 1 Böttgergeselle, 2 Seifensieder, 1 Wachszieher, 5 Barbieri, 1 Graveur, 1 Buchbinder, 2 Stubenmaler

### Besitzbürgertum, Fabrikanten und Kaufleute

76 46 Besitzer (als Stand), 1 Hausbesitzer, 3 Bürger, 3 Mühlenbesitzer, 11 Kaufleute, 8 Händler, 3 Handelsleute, 1 Handlungskommis

### Gastwirtsgewerbe

10 6 Gastwirte, 3 Brauer, 1 Destillateur

### Fuhrunternehmen

4 1 Kutscher, 3 Lohnfuhrleute

### Regierungs-, Justiz- und Kommunalbeamte

24 1 Justizrat, 1 Justizdirektor, 1 Rendant, 1 Gerichtsaktuar, 1 Aktuar, 1 Ökonomen, 1 Kontrolleur, 1 Polizeiinspektor, 1 Polizeisergeant, 1 Gendarm, 2 Oberamtswärter, 1 Stadtverordnetenvorsteher, 1 Kämmerer, 1 Briefträger, 2 Postillone, 1 Schaffner, 1 Stadtförster, 1 Kassendiener, 1 Wärter, 1 Totengräber, 1 Gefangenenwärter

### Militärpersonen

18 1 Leutnant, 15 Invaliden (Unteroffiziere) 1 pensionierter Major, 1 pensionierter Hauptmann

Ärzte, Lehrer, Pfarrer

- 19 3 Ärzte, 4 Lehrer, 1 Rektor, 1 Conrektor, 2 Pfarrer, 1 Oberkaplan, 2 Kaplane, 2 Cantore, 1 Substitut, 1 Oberglöckner, 1 Unterglöckner
- 4 Pensionäre
- 7 ohne Berufsangaben

467 Urwähler

Bei der 1. Wahl, die auf den Oberarzt Wieland fiel, waren 106 Urwähler anwesend; bei der 2. Wahl 113 Urwähler, die für Stadtverordnetenvorsteher Gabriel stimmten; bei der 3. Wahl 101 Urwähler, die sich für Hausbesitzer Renner entschieden; bei der 4. Wahl waren nur noch 97 anwesend, die dem Kämmerer Frielke ihre Stimme gaben, d. h. alle 4 Wahlmänner hatten knapp 1/4 der Urwähler hinter sich.

## Tabelle 2

Die Wahlmänner des Kreises Neisse (Nysa) im Regierungsbezirk Oppeln (Opole);  
28. Wahlbezirk der Provinz Schlesien<sup>+</sup>  
Neisse, den 7. August 1848

### Großgrundbesitz

8 8 Gutsbesitzer (darunter der Graf v. Reichenbach)

### Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

70 2 Erbscholtiseibesitzer, 1 Erbscholze, 1 Gutspächter, 25 Bauern,  
1 Bauernauszügler, 10 Gärtner, 1 Freigärtner, 1 Robotgärtner, 12 Ge-  
richtsscholzen, 3 Gerichtsmänner, 9 Häusler, 4 Kretschmer

### Handwerker

9 1 Webermeister, 1 Bleicher, 1 Schneidermeister, 1 Zimmermeister,  
1 Tischlermeister, 1 Buchbinderoberältester, 1 Müllermeister,  
2 Müller

### Besitzbürgertum, Fabrikanten und Kaufleute

9 2 Hausbesitzer, 2 Mühlenbesitzer, 1 Papierfabrikant, 2 Kaufleute,  
2 Localisten (Vermieter, Verpächter)

### Gastwirtsgewerbe

3 1 Gasthausbesitzer, 1 Schankwirt, 1 Brauer

### Regierungs-, Justiz- und Kommunalbeamte

19 1 Justizrat, 1 Oberlandesgerichtsassessor, 1 Landgerichtsrat, 1 Kam-  
mergerichtsassessor, 1 Fürstentums-Gerichtsrat, 1 Ratsherr, 1 Rats-  
mann, 3 Bürgermeister, 2 Kämmerer, 1 Stadtverordnetenvorsteher,  
1 Revierförster, 1 Forstbeamter, 1 Polizeidistrikt-Kommissar,  
1 Chaussee-Zolleinnehmer, 1 Gerichtsschreiber, 1 Curatus (staatl.  
Aufsichtsbeamter)

### Militärpersonen

9 1 Major, 1 Hauptmann, 1 Artillerie-Leutnant, 1 Generalleutnant und  
Regiments-Adjutant, 1 Feldwebel, 2 Sergeanten, 2 Unteroffiziere

### Ärzte, Lehrer, Pfarrer

16 3 Pfarrer, 1 Religionslehrer, 6 Lehrer, 1 Oberlehrer, 2 Gymnasial-  
Oberlehrer, 1 Oberarzt, 1 Doktor, 1 Apotheker

### 143 Wahlmänner

Zur Wahl des Abgeordneten-Stellvertreters erschienen nur 123. Davon stimmten  
65 für den Gutsbesitzer Allnoch aus Beigwitz, Kreis Neisse.

<sup>+</sup> Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), Zentraler Wahlausschuß, Wahlakten,  
Nr. 55, Bl. 6 f.

### Tabelle 3

Die Wahlmänner des Kreises Beuthen (Bytom) im Regierungsbezirk Oppeln (Opole); 33. Wahlbezirk der Provinz Schlesien<sup>+</sup>  
Beuthen, den 10. Mai 1848

#### Großgrundbesitz

2 1 Fideikommiß-Besitzer, 1 Rittergutsbesitzer

#### Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

76 9 Bauern, 4 Halbbauern, 1 Viertelbauer, 5 Freibauern, 1 Freibauer und Müller, 2 Freistellenbesitzer, 5 Freigärtner, 4 Gärtner, 1 Ratgärtner, 11 Robotgärtner, 15 Häusler, 8 Einlieger, 1 Tagelöhner, 2 Ackerbürger, 1 Ackerwirt, 1 Kolonist, 1 Kretschmer, 3 Schulzen, 1 Robotbauer

#### Berg- und Hüttenarbeiter bzw. Angestellte

23 4 Bergmänner, 6 Steiger, 2 Obersteiger, 1 Grubensteiger, 2 Hüttenarbeiter, 2 Schichtmeister, 1 Maschinenwärter, 1 Hütten-Faktor, 1 Kohlenmesser, 1 Zinkmeister, 1 Hüttenmaschinist, 1 Maschinenwerkmeister

#### Handwerker und Arbeiter

7 1 Schmied, 1 Zimmermann, 2 Bäcker, 1 Fleischer, 1 Schneider, 1 Müller

#### Fabrikanten, Direktoren und Kaufleute

9 2 Hüttendirektoren, 2 Hütteninspektoren, 1 Direktor, 2 Kaufleute, 2 Mühlenbesitzer

#### Gastwirtsgewerbe

3 1 Brauereibesitzer, 1 Gastwirt, 1 Musikus

#### Regierungs-, Justiz- und Kommunalbeamte

7 1 Königl. Baumeister, 1 Bergamtsrevisor, 1 Bergzehnter, 1 Rentmeister, 1 Schiedsmann, 1 Kreis-Justizrat, 1 Polizeiverwalter

#### Pfarrer, Lehrer, Ärzte

12 2 Pfarrer, 1 Kaplan, 3 Ärzte (Dr. med.), 1 Apotheker, 4 Lehrer, 1 Schulrektor

#### 139 Wahlmänner

23 Wahlmänner erschienen jedoch nicht zur Wahl des Abgeordneten, vornehmlich handelte es sich dabei um Bauern, Halbbauern, Häusler, Einlieger, Gärtner, Robotgärtner.

+ Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), Zentraler Wahlausschuß, Wahlakten Beuthen, Nr. 54, Bl. 17 f.

Die Wahlmänner des Kreises Bunzlau (Bolesławiec) im Regierungsbezirk Liegnitz (Legnica); 7. Wahlbezirk der Provinz Schlesien<sup>+</sup>  
Bunzlau, den 7. Juni 1848

### I. Aus dem Bunzlauer Kreis

Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

30 8 Bauern, 4 Gärtner, 1 Gärtner und Getreidehändler, 2 Kretschmer,  
9 Häusler, 6 Gerichtsscholzen

Handwerker und Arbeiter

26 1 Müllermeister, 2 Wassermüller, 1 Obermüller, 1 Schlossermeister,  
3 Schmiedemeister, 1 Schmied, 1 Amtsschmied, 1 Webermeister,  
1 Bleichermeister, 1 Kürschner, 1 Schuhmacher, 2 Töpfermeister,  
1 Uhrmacher, 2 Tischler, 1 Stellmacher, 1 Buchdrucker, 2 Fleischer,  
1 Glockengießer, 1 Steinarbeiter, 1 Hüttenwerkfaktor

Fabrikanten, Kaufleute und Händler

7 1 Particulier, 1 Fabrikant, 2 Kaufleute, 1 Handelsmann, 2 Krämer

Gastwirtsgewerbe

3 3 Schenk- bzw. Gastwirte

Regierungs-, Justiz- und Kommunalbeamte

8 1 Justizkommissar, 1 Steuereinnehmer, 2 Assessoren, 1 Kanzlist,  
2 Ortsrichter, 1 Ortserheber

Pfarrer, Lehrer

8 5 Lehrer, 2 Pfarrer, 1 Kantor

2 ohne Berufsangabe

---

84 Wahlmänner

<sup>+</sup> Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), Zentraler Wahlausschuß, Wahlakten  
Bunzlau, Nr. 54, Bl. 34 f.



## II, Aus dem Goldberg-Hainauer Kreis (Złotoryja-Chojnów)

### Großgrundbesitz

1 1 Gutsbesitzer

### Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

26 5 Bauern, 6 Gärtner, 3 Häusler, 3 Kretschmer, 7 Gerichtsscholzen,  
2 Gerichtsmänner

### Handwerker und Arbeiter

14 3 Müller, 1 Tuchmacher, 2 Schuhmacher, 1 Sattler, 1 Maler,  
1 Tischler, 1 Nagelschmied, 2 Schmiede, 1 Fleischer, 1 Böttcher

### ferner:

1 Krämer

1 Schankwirt

1 Aktuar

1 Gerichtsgeschworener

1 Leutnant

1 ohne Berufsangabe

### Lehrer und Ärzte

5 2 Lehrer, 2 Ärzte, 1 Chirurg

---

### 52 Wahlmänner

Tabelle 5

Die Wahlmänner des Kreises Nimptsch (Niemcza) im Regierungsbezirk Breslau (Wrocław); 19. Wahlbezirk der Provinz Schlesien<sup>+</sup>  
Nimptsch, den 10. Mai 1848

I. Kreis Nimptsch

Großgrundbesitz

1 1 Gutsbesitzer

Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

28 2 Erbscholtiseibesitzer, 8 Bauerngutsbesitzer, 3 Erb- und Gerichtsscholzen, 2 Gerichtsscholzen, 1 Polizei- und Gerichtsscholze,  
3 Kretschmer, 4 Freigärtner, 2 Freistellenbesitzer, 1 Freihäusler,  
1 Häusler und Schuhmacher, 1 Inwohner

Handwerker und Arbeiter

15 6 Müllermeister, 1 Windmüller, 1 Bäckermeister, 1 Fleischermeister,  
1 Schneidermeister, 3 Schmiedemeister, 1 Schlossermeister,  
1 Schichtmeister

Gastwirtsgewerbe

1 1 Schenkwirt

Regierungs-, Justiz- und Kommunalbeamte

2 1 Justizkommissar, 1 Wegegeldnehmer

Lehrer, Ärzte, Pfarrer

7 1 Schullehrer, 1 Schuladjutant, 1 Wundarzt, 3 Organisten,  
1 Kantor

---

54 Wahlmänner

II. Landkreis Breslau

Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

11 1 Erbscholtiseibesitzer, 2 Bauerngutsbesitzer, 1 Gerichtsscholze,  
5 Freigärtner, 2 Inwohner

ferner:

4 1 Müller, 1 Sattler, 1 Gastwirt, 1 Administrator

---

15 Wahlmänner

+ Bundesarchiv, Abt. Frankfurt (Main), Zentraler Wahlausschuß, Wahlakten,  
Nr. 54, Bl. 5 f.

### III. Kreis Reichenbach mit Langenbielau

#### a) Langenbielau (Bielawa)

Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

5 1 Scholtiseibesitzer, 1 Häusler und Weber, 3 Inwohner und Weber

Handwerker und Arbeiter

4 1 Weber, 2 Färbermeister, 1 Tischlermeister

Besitzbürgertum, Fabrikanten und Kaufleute

13 2 Fabrikanten, 5 Kaufleute, 4 Hausbesitzer, 1 Krämer, 1 Ökonom

Gastwirtsgewerbe

1 1 Gastwirt

Lehrer, Pfarrer

2 1 Schullehrer, 1 Pfarrer

25 Wahlmänner

#### b) Übriger Kreis Reichenbach (Rychbach/Dzierżoniów)

Bauern und Landarbeiter bzw. ländliches Proletariat

17 4 Bauerngutsbesitzer, 1 Lerngutsbesitzer, 2 Bauern, 3 Freistellenbesitzer, 1 Häusler, 1 Freihäusler, 3 Gerichtsscholzen, 1 Kretschmer, 1 Inwohner

Handwerker und Arbeiter

10 1 Windmüller, 1 Sattlermeister, 1 Sattlermeister und Stadtverordnetenvorsteher, 1 Tuchscherermeister, 1 Schmied, 1 Zeugschmied, 1 Orgelbauer, 1 Böttcher, 1 Webermeister, 1 Töpfermeister

Fabrikanten und Kaufleute

4 1 Fabrikant, 1 Buchdruckereibesitzer, 1 Färbereibesitzer, 1 Kaufmann

Gastwirtsgewerbe

1 1 Gastwirt

Beamte

3 1 Inspektor, 1 Justizkommissar, 1 Gerichtsschreiber

Lehrer, Pfarrer

3 1 Schullehrer, 1 Kandidat, 1 Pastor

38 Wahlmänner

## Die frühe Klassengesellschaft im nordöstlichen armenischen Hochland

von Grigori E. Arešjan

Für die Typologisierung historisch konkreter sozialer Formen ist der Entstehungsprozeß einer Klassengesellschaft in den Gebirgsterritorien Westasiens von besonderem Interesse. Eine nur globale Betrachtung des Alten Vorderasiens könnte leicht den Eindruck erwecken, daß sich hier die Klassen- und Stadtzivilisation lediglich in ihrem Areal insofern erweitert hat, als sich in diesen Gebirgsgegenden eine vor zweieinhalb Jahrtausenden im Süden Mesopotamiens begonnene Entwicklung fortsetzte. Tatsächlich jedoch haben sich Klassenbildung und Urbanisierung in beiden Gebieten unter verschiedenen sozialökonomischen Bedingungen lokaler Prägung vollzogen.

Die Quellengrundlage setzt sich für einige der frühen Klassengesellschaften des Alten Orients folgendermaßen zusammen (das von ihr vermittelte Bild spiegelt natürlich nicht die Prozesse in den ursprünglichen Zentren der Klassenbildung wider): Schriftquellen des benachbarten, sozial entwickelteren Gebietes registrieren die Formen der frühen Klassengesellschaften in der untersuchten Region, während die archäologischen Materialien dieser Region die kulturelle und wirtschaftliche Seite der Prozesse fixieren. Ähnlich sieht es auch bei einer Untersuchung der nordöstlichen Hälfte des armenischen Hochlandes und des Südkaukasus aus; hier belegen die Schriftquellen eine recht entwickelte frühe Klassengesellschaft, was wiederum mit bedeutenden archäologischen Funden untermauert und ergänzt werden kann.

Die Funde der letzten Jahrzehnte lassen darauf schließen, daß sich die soziale Trennung des Handwerks von der Landwirtschaft hier im allgemeinen während der zweiten Hälfte (exakter: des dritten Viertels) des II. Jahrtausends v. u. Z. vollzogen hat. Die keramische Produktion des 14. bis 13. Jahrhunderts v. u. Z. ist größtenteils schon auf der schnelldrehenden Töpferscheibe angefertigt worden. Die in der Folge entstandenen Handwerkszweige trugen lange Zeit Heimarbeiterscharakter, zum Beispiel auch das Zimmermannshandwerk (vergleiche das "Grab des Zimmermanns" in der Gruft Nr. 90 des Friedhofs von Artik, wo Funde - eine massive Axt, ein Handbeil, ein Meißel, eine Säge - eine hohe Spezialisierung belegen).<sup>1</sup>

Bald nach 1200 v. u. Z. weisen die Funde südlich des Flusses Kura eine Zunahme der Produktion von Erzeugnissen aus Eisen und Stahl aus. Eine Fundüber-

<sup>1</sup> Vgl. Arešjan, G. E., Orudija truda Artikskogo mogil'nika, in: Istoriko-filologičeskij žurnal Akademii nauk Armjanskoj SSR, Nr. 3/1970, S. 259, Zeichnung 1.

sicht für Armenien, Ostgrusiniens, das Karabachhochland und Teile Aserbaidshans zeigt, daß die ältesten durch systematische Handwerksproduktion erzeugten Gegenstände aus Eisen und Stahl vornehmlich in den Kriegergrabstätten anzutreffen sind. Das wird aus der Zusammensetzung des Waffenfundes aus dem Grab Nr. 16 in Vornak ersichtlich: ein Schwert, eine Sekire, ein Speer, ein bronzener Schutzgürtel; ähnliches belegen die Gräber in Kulidžan (Schwert, Speer, Pfeile, Gürtel, Mundstück vom Zaum), Grab Nr. 18 in Beštašenks (Dolch, Pfeile, Gürtel, Fibel), Grab Nr. 591 in Samtavr (Schwert, Dolch, Sekire, Speer, Pfeile, Gürtel)<sup>2</sup> und andere.

Unlängst ist bei den Ausgrabungen des Gemeindefriedhofes Treli in der Digomebene die Grabstätte eines Kriegers mit reichem Inventar gefunden worden. Neben verschiedenförmiger Keramik gab es in dem Grab bronzene (ein Schwert, ein gebogenes Messer mit plastischer Tierdarstellung auf dem Griff, Pfeile, Stabspitzen, einen ornamentgeschmückten Gürtel, Ringe und Schnallen vom Porteepe, eine eingliedrige Fibel), eiserne (Schwert, Dolch, Speerspitze, Messer) und knöchernerne (Pfeile) Gegenstände sowie Karneolgehänge. Dieser Begräbnisplatz wird in das 11. bis 10. Jahrhundert v. u. Z. datiert.<sup>3</sup>

Die Entstehung einer großen Zahl von Kriegergrabstätten auf diesem Territorium im letzten Viertel des II. Jahrtausends v. u. Z. ist wohl als Zeugnis der Herausbildung und Existenz einer neuen sozialökonomischen Schicht auf dem Schauplatz der Geschichte des nördlichen und östlichen armenischen Hochlandes und des östlichen Transkaukasiens zu werten.

Äußere Zeichen der Auflösung der Urgemeinschaft und des Übergangs zur frühen Klassengesellschaft sind auf dem Territorium Armeniens und in Teilen Ostgrusiniens die Kurgane der Aristokratie von Trialeti, Bedeni, Kirovokan, Lčašen des letzten Drittels des dritten Jahrtausends v. u. Z. und der mittleren Bronzezeit. Die hier bestatteten Aristokraten wurden nicht in den Gemeindefriedhöfen, sondern weit entfernt von diesen in den besagten großen Grabmälern beigesetzt. Diese bei der Bestattung vollzogene Trennung vom übrigen Stamm besaß jedoch keine Gültigkeit im eigentlichen Stammesleben.

In den letzten zwei Jahrhunderten des II. Jahrtausends v. u. Z. und zu Beginn des I. Jahrtausends v. u. Z. wächst die Zahl von Kriegergrabstätten derart an, daß wir nicht umhin können, daraus auf eine neue Qualität in der gesellschaftlichen Struktur zu schließen. Beachtung verdient dabei allerdings, daß die Aristokraten-schicht, durch ihre großen Kuppelgräber und deren außerordentlich reiche Grabbeilagen belegt, die eigenen Positionen festigen konnte. Die Kriegergrabstätten liegen nun ihrerseits durchaus im Weichbild der Gemeindefriedhöfe, also neben den Gräbern der armen Viehzüchter und Ackerbauern; sie unterscheiden sich von

2 Vgl. Piotrovskij, B. B., *Archeologija Zakavkaz'ja*, Leningrad 1949, S. 62 - 64, Tafel 5; Martirosjan, A. A., *Armenija v epochu bronzy i rannego železa*, Erevan 1964, S. 115, Tafel 11; Abramišvili, R. M., *K voprosu ob osvoenii železa na territorii Vostočnoj Gruzii (in grusinischer Sprache)*, in: *Vestnik gosudarstvennogo muzeja Gruzii*, Bd. 22, 1961, Tafel 1, 2. - Die Funde aus Kulidžan (das am Westhang des Aragac lag) verdanken wir T. Toramanjan. Ihr gegenwärtiger Aufbewahrungsort ist das Staatliche Museum für die Geschichte Armeniens.

3 Vgl. Abramišvili, R. M. / Kalandadze, K. S. / Nikolajšvili, V. V. / Ramišvili, A. T. / Tušišvili, N. N., *Osnovnye itogi rabot Tbilisskoj ěkspedicii*, in: *Archeologičeskie otkrytija 1972 g.*, Moskau 1973, S. 417 f.



diesen nur durch die Reichhaltigkeit der Beigaben und die Ausstattung mit Waffen. Dies läßt den Schluß zu, daß es ungeachtet einer bereits weitgehenden Vermögensdifferenzierung innerhalb der Gesellschaft und einer ausgebildeten aristokratischen Oberschicht noch zu keiner scharfen Trennung von Kriegern und Hirten gekommen war, sondern daß wenn notwendig, auch das ganze Volk am Krieg teilnahm. Sicher hat sich in Friedenszeiten die Beschäftigung der Krieger von der der Hirten nicht wesentlich unterschieden. Allerdings existierte bereits ein prinzipieller Unterschied zwischen den Einkunftsquellen beider Schichten. Während sich die letzteren durch friedliche Arbeit ernährten, waren die Krieger an organisiertem Raub interessiert, wobei diese Unternehmungen von besonderen Anführern geleitet wurden. Innerhalb der Gemeinde sind die Krieger als ziemlich einflußreiche Gemeindemitglieder zu betrachten, außerhalb dieses Rahmens sind sie die militärische Stütze der Aristokratie gewesen. Somit hat die herrschende Schicht des nordöstlichen armenischen Hochlandes durch die Unterstützung der sich zu einem Berufsstand herauskristallisierenden Kriegerschaft die Möglichkeit erhalten, bedeutend größere militärische Expeditionen durchzuführen als früher. Dabei lösten sich die Krieger von der allgemeinen Masse ihrer Stammesgenossen, errichteten ihre Klassenherrschaft über das Gemeinwesen und wählten für ihren Aufenthalt befestigte Siedlungen städtischen Charakters.

Eine Rückschau auf die sozialökonomische Entwicklung des nordöstlichen armenischen Hochlandes unter Berücksichtigung archäologischer Funde aus der Proto-Van-Zeit dürfte die Feststellung bestätigen, daß es bereits in der ersten Hälfte des III. Jahrtausends v. u. Z. ernstzunehmende Symptome einer Zersetzung der urgesellschaftlichen Verhältnisse gab. Die gesamte erste Hälfte des II. Jahrtausends v. u. Z. kann in der Geschichte Armeniens und Ostgrusiniens als Übergangsperiode von der Urgesellschaft zur frühen Klassengesellschaft betrachtet werden; es ist die Zeit der mit reichen Goldschätzen ausgestatteten Kurgane. Im 15. bis 13. Jahrhundert v. u. Z. befand sich dieser Prozeß praktisch schon im Stadium seiner Vollendung. Die für diese Periode bezeugte Existenz erster, nach altorientalischen Begriffen großer Staatsbildungen im Südwesten und Westen des armenischen Hochlandes konnte einer Beschleunigung des besagten Prozesses in der nordöstlichen Hälfte des Landes nur entgegenkommen. Gerade das Auftreten einer besonderen sozialen Schicht, der Krieger, im letzten Drittel des II. Jahrtausends v. u. Z. läßt sich als ein Kriterium dafür ansehen, daß hier im nordöstlichen armenischen Hochland die frühe Klassengesellschaft in ein qualitativ neues Stadium eingetreten ist.

Diese neue Gesellschaftsstruktur ist durch die Verbreitung von Kriegergrabstätten und die daneben existierenden Aristokratengräber sowie durch den intensiv betriebenen Bau "zyklopenartiger" Festungen und die Errichtung mächtiger Zitadellen innerhalb einiger Stadtfestungen archäologisch gekennzeichnet; diese Befestigungsanlagen sind flächenmäßig kleiner als die sie umgebenden Siedlungen.

Wenden wir uns nunmehr dem Problem der Stadttypen in dem Maße zu, wie es uns die Lage unserer Quellen gestattet. Die Inschriften der urartäischen Könige ermöglichen es uns, einige wichtige Momente der Herausbildung früher Klassenverhältnisse in verschiedenen Gebieten Armeniens während der Proto-Van-Zeit zu fixieren. Dies betrifft nun in erster Linie die Klassifizierung der Siedlungstypen. Es sind hierbei drei Typen festzustellen: a) "patare", einfach mit "Stadt" zu übersetzen, hat das Ideogramm URU; so wird jede Art von Siedlung in der urartäischen Sprache bezeichnet, das heißt, sprachlich ist der Gegensatz von Stadt und Dorf nicht belegt, was darauf schließen ließe, daß sich die Herausbildung der Stadt hier vor nicht allzu langer Zeit vollzogen hat. Ein "patare" hatte äußere

Befestigungsanlagen, konnte aber auch unbefestigt sein. b) É. GAL, ist mit "Zitadelle" oder "Festung" zu übersetzen,<sup>4</sup> Offenbar sind dies verhältnismäßig große Siedlungen gewesen, deren Mittelpunkt die Zitadelle bildete<sup>5</sup>; wir kennen nämlich aus der Proto-Van-Zeit keine Festungen, die nur eine militärisch-strategische Rolle spielten und keine Zivilbevölkerung hatten. Die entwickeltesten É. GAL der Proto-Van-Zeit kann man wohl schon als richtige Städte bezeichnen,<sup>6</sup> c) Die

4 In den urartäischen Inschriften ist neben dem Ideogramm É. GAL auch das phonetische "burgana" bezeugt (vgl. Urartskie klinoobraznye nadpisi, T. 1, Moskau 1960 [im folgenden: UKN], Nr. 17, 19, 20, 27, 29); nach dem Wörterbuch von G. A. Melikišvili kann eine der Bedeutungen dieses Wortes "Festung" sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Wort "burgana" von der urindoeuropäischen Wurzel "bherg'h" - "sich erhöhen", "hoch" abgeleitet. Das gleiche gilt wohl für altgriechisch "p'rgos" - "Turm", lateinisch "burgus" - "Festungswall", deutsch "Burg". Aus dem Indoeuropäischen wurde syrisch "būrgā" - "Turm" entlehnt, aus dem sich wiederum arabisch "burj" herleitet (vgl. Ačarjan, G., Étimologičeskij kornevoj slovar' armjanskogo jazyka, T. 1, 2. Aufl. Erevan 1971, S. 488). Das armenische Wort "burgn" - "Turm", "hohes Gebäude" läßt sich sicher auf urartäisch "burgana" zurückführen. Das ideographische É. GAL und das phonetische "burgana" lassen sich jedoch in der urartäischen Sprache nicht miteinander identifizieren; sie waren keine Äquivalente. Neben "burgana" gab es in der urartäischen Sprache noch den Terminus "marini", der sich auf die Verteidigungs- und Befestigungsanlagen bezieht und in der Chorchorchronik nur einmal belegt ist (UKN, Nr. 127, Spalte 1, Z. 26). Seine Etymologie ist zu unsicher, als daß man von einem Zusammenhang mit É. GAL sprechen könnte. In derselben Chronik findet sich auch einmal das Wort "gari-ni", in der Lesart von Melikišvili, das von ihm ebenfalls mit "Festung" (?) übersetzt wird (vgl. UKN, Nr. 127, Spalte 3, Z. 62).

5 Das oben Gesagte wird am besten durch eine Inschrift Sarduris II, in der Nähe von Izolgu bestätigt. Aus ihr wird ersichtlich, daß É. GAL von "patare" prinzipiell durch die Existenz einer Zitadelle an einem besiedelten Punkt zu unterscheiden ist (vgl. UKN, Nr. 158, Z. 26 - 32; UKN, Nr. 155 B, Z. 20).

6 Auf die Nomenklatur der besiedelten Punkte des Van-Reiches geht Piotrovskij kurz ein (vgl. Piotrovskij, B. B., Istorija i kul'tura Urartu, Erevan 1944, S. 248 - 250; derselbe, Vanskoe carstvo, Moskau 1959, S. 198). Dabei unterscheidet er ganz zu Recht zwischen dem sozialen und kulturellen Inhalt der Termini, die sich auf die besiedelten Punkte des urartäischen Reiches beziehen, und den mit ihnen identischen Namen, die die Urartäer den von ihnen eroberten Siedlungen, zum Beispiel in Ostarmenien, gaben. Nach äußeren Merkmalen zu urteilen, dürften sich die Städte und Dörfer des Van-Reiches wohl kaum von den Siedlungen der Proto-Van-Epoche südlich des Kurflusses abgehoben haben; doch gehörten die ersteren zu einem Gesellschaftssystem, das durch eine zentralisierte Monarchie getragen wurde, während die an zweiter Stelle genannte Siedlungsart der Struktur der frühen Klassengesellschaft entsprach. Dieser prinzipielle Unterschied ist von G. A. Melikišvili nicht beachtet worden, als er schrieb: "Somit finden wir auf dem ausgedehnten Territorium von Nairi-Urartu (gemeint ist das ganze Armenische Hochland und der Südkaukasus - G. A.) ein einheitliches Bild: Es gibt zwei Hauptsiedlungstypen, und zwar 'die befestigten, von Mauern umgebenen Städte' - (assyrisch 'ālanī dannuti bīt dūrāni'; urartisch É. GAL agununi manu) und die um sie gruppierten 'kleinen Städte / Siedlungen' (assyrisch 'ālanī sīhrūti ša limētišunu'; urartisch URU)." Er fährt fort: "... wir sehen, daß Nairi-Urartu von befestigten, mit Mauern um-

"Königsstädte" bilden die höchste Stufe der Proto-Van-Siedlungen (meist bezeichnet mit URU - es folgt der Stadtname - URU LUGÁL-[nu]-si<sup>7</sup>). Jedes É. GAL konnte potentiell eine "Königsstadt" sein. Die urartäischen Inschriften beweisen in ihrer Masse klar, daß es stets nur eine Königsstadt, aber viele "patare" und É. GAL gegeben hat. Das wesentlichste Differenzierungsmerkmal, das die Königsstadt von den anderen Siedlungen unterscheidet, ist die soziale Zusammensetzung ihrer Bewohner, während sich "patare" und É. GAL lediglich äußerlich unterscheiden.

Die Entstehung einer solchen Struktur mit verschiedenen Siedlungstypen ist zweifellos in die Mitte des II. Jahrtausends v. u. Z. zu datieren.

Unter ähnlichen historischen Bedingungen bildeten sich erste große, jedoch wenig dauerhafte föderative Staaten heraus; sie setzten sich aus einigen "Ländern" zusammen. Auch dieser Prozeß läßt sich aus den epigraphischen Denkmälern in Umrissen nachzeichnen. Es waren vornehmlich zwei solcher Föderationen, die von Etiuni und die von Diauchi, mit denen sich die Könige von Van im Norden und Nordosten des armenischen Hochlandes auseinanderzusetzen hatten.<sup>8</sup>

Der Kampf mit dem Länderbund von Etiuni hat weit über ein halbes Jahrhundert gedauert; begonnen hat er im letzten Viertel des 9. Jahrhunderts v. u. Z.; Mitte des 8. Jahrhunderts v. u. Z. ist er mit der vollständigen Unterwerfung des Etiunibundes beendet worden. Vier Van-Könige, Išpuini, Menua, Argišti I. und Sarduri II., haben einen großen Teil ihrer Regierungszeit gebraucht, um sich Etiuni untertan zu machen. Während Menua sich noch darauf beschränken mußte, die eigenen Grenzen zu festigen, vor allem die im Norden, konnte Argišti I. bereits zu harter und aktiver Aggressionspolitik übergehen. In seiner Politik beobachten wir ein systematisches und wohlkalkuliertes Vorgehen: Der Bund von Diauchi, zu dessen Verbündeten Etiuni zählte, wurde zuerst niedergezwungen und tributpflichtig gemacht.<sup>9</sup> Erst danach ging Argišti I. im einzelnen gegen jedes zu Etiuni gehörige Land vor. Von entscheidender Bedeutung waren die Kriegshandlungen seines

gebenen Siedlungen überzogen war, um die sich eine große Anzahl kleiner, unbefestigter Orte scharte, die wahrscheinlich nur Wohnhäuser, Wirtschafts- und möglicherweise Kultgebäude aufwiesen." (Vgl. Melikišvili, G. A., *Drevnevostočnye materialy po istorii narodov Zakavkaz'ja*, Bd. 1: Nairi-Urartu, Tbilissi 1954, S. 334 - 340.) Archäologisch wird dies in größerem Umfang höchstens für die vom Van-Reich seit dem 8. Jh. v. u. Z. fest in den Staat eingefügten Gebiete bestätigt, während im Zwischenstromland von Kura und Arax in der der Vanexpansion vorangehenden Zeitspanne in der Mehrzahl Siedlungen vorhanden waren, die Zyklopenmauern umgaben und die die Urartäer eben als URU (patare) bezeichneten. Dies wäre eine weitere Stütze für die Annahme, daß mit dem Terminus É. GAL agununi manu jene von den Van-Königen eroberten Städte gemeint waren, die Außenmauern und eine Zitadelle besaßen.

<sup>7</sup> Vgl. UKN, Nr. 30, Z. 9; UKN, Nr. 36, Z. 8; UKN, Nr. 127, Spalte 1, Z. 12; UKN, Nr. 127, Spalte 2, Z. 14, 42; UKN, Nr. 127, Spalte 3, Z. 9, 34; UKN, Nr. 128 B, Spalte 1, Z. 3; UKN, Nr. 155 A, Z. 14 - 16; UKN, Nr. 155 D, Z. 4 f.; UKN, Nr. 155 E, Z. 12, 49 - 52; UKN, Nr. 156 D, Spalte 1, Z. 12 f.; UKN, Nr. 156 D, Spalte 2, Z. 29; UKN, Nr. 158, Z. 19; UKN, Nr. 160, Z. 3; UKN, Nr. 417, Z. 7 f.

<sup>8</sup> Zu Diauchi vgl. im einzelnen Melikišvili, G. A., Diauchi, in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 4/1950, S. 26 - 42.

<sup>9</sup> Vgl. UKN, Nr. 127, Spalte 1, Z. 2 - 16; UKN, Nr. 128 B, Spalte 1.

fünftens Regierungsjahres (782 v. u. Z.),<sup>10</sup> Seinen in dieses Jahr fallenden Sieg über die Stadt Kichuni verewigte er in einer Felsinschrift hoch über den Wassern des Sewansee.<sup>11</sup> Im weiteren Verlauf wurde die entscheidende Niederlage des Etiunibundes durch die Errichtung von Erebuni besiegelt. Damit aber gelang es gleichzeitig, die fruchtbare Araratebene mit dem Reich von Van zu vereinigen und so die wirtschaftlich wichtigste Provinz zu gewinnen. Im Jahre 776 v. u. Z. wurde das Wirtschaftszentrum der Araratebene, Argištichinili, gegründet. Es blieben jedoch noch die westetiunischen Gebiete auf dem Territorium Širaks und Vanands als ständige Unruheherde und Gefahrenzonen bestehen; auch diese trachteten die Van-Könige zu unterwerfen. Vor allen war es Širak (Eriachi), das durch seine reichen Ackerbau- und Viehzuchtgebiete die Beutegier des Van-Reiches anstachelte. Als Vorwand für den Kriegsbeginn benutzte Argišti offenbar die Schändung des zentralen urartäischen Heiligtums in der Stadt Ardini (Mussassir),<sup>12</sup> Der König vermochte durch diesen Feldzug den Bund von Etiuni zu liquidieren, er zwang die Unterworfenen zur Huldigung und besiegelte somit den Verzicht des Bundes auf irgendeine weitere politische Rolle. Unter Sarduri II., dem Nachfolger Argištis, sind schließlich die letzten Bollwerke der etiunischen Bundesmacht gefallen, worüber der Van-König ausführlich in seinen Annalen berichtet. Offenbar war es nicht leicht gewesen, diesen Staatenbund völlig in die Knie zu zwingen, denn das bereits eroberte und mit Statthaltern und Festungen ausgestattete Land<sup>13</sup> erhob sich mindestens zweimal gegen seine neuen Herren,<sup>14</sup>

10 Vgl. UKN, Nr. 127, Spalte 2, Z. 25 - 37.

11 Vgl. UKN, Nr. 134.

12 Vgl. Arutjunjan, N. V., Biajnili (Urartu), Erevan 1970, S. 231 - 233 u. Anm. 184. - Nach der von G. A. Melikišvili vorgenommenen Textrekonstruktion der Annalen Argištis I. spiegeln sich die Ereignisse des dreizehnten (?) Regierungsjahres (774 v. u. Z.) in den Zeilen 33 - 69 der fünften Spalte der Chorchorchronik wider. Obwohl eine exakte Übersetzung der Zeilen 41 und 42 auf große Schwierigkeiten stößt, kann der Sinn dieses Chronikteiles ausreichend gedeutet werden. In der einleitenden Überschrift dieses Jahres wird berichtet, daß der erste Feldzug gegen Mana gerichtet war, während der zweite in völlig andere Richtung ging, nämlich gegen Etiuni. Anzumerken ist auf jeden Fall, daß in Verbindung mit dem Etiuni-Feldzug von 774 v. u. Z. das gemeinsame urartäische Heiligtum in der Stadt Ardini (Mussassir) erwähnt wird. Nichts scheint die von N. V. Arutjunjan in Anlehnung an N. Adonc vertretene Ansicht zu rechtfertigen, wonach es sich bei Ardini in Spalte 5, Zeile 42, um eine mit Mussassir lediglich namensgleiche etiunische Stadt gehandelt habe, die nur dieses eine Mal in den urartäischen Texten vorkomme. An gleicher Stelle findet sich eine Formulierung, die auf eine Rechtfertigung des Feldzuges in den Westen Etiunis hinausläuft und die natürlich auf Argišti selbst zurückgeht. Sie ist wohl am ehesten in der Weise zu deuten, daß irgendein Objekt (aštiu) der Stadt Ardini irgendeiner Handlung (zirbilani) von Seiten Etiunis ausgesetzt gewesen ist. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich dabei um eine Schändung des gemeinsamen urartäischen Heiligtums durch Etiuni gehandelt haben muß. Ob ein Überfall auf Mussassir tatsächlich stattgefunden hat oder ob dies nur Vorwand für einen Beutekrieg war, läßt sich mit Sicherheit nicht entscheiden. Immerhin galt im Alten Orient die Verunglimpfung eines Heiligtums stets als wichtigste Motivation für militärische und politische Aktionen.

13 Vgl. UKN, Nr. 155 E, Z. 19 - 35.

14 Vgl. UKN, Nr. 155 D, Z. 16 - 30.



Dieser Exkurs in die Geschichte des Bundes von Etiuni aus der Sicht urartäischer Quellen hält zwar nur deren faktologisch-statistische Seite fest, vermag aber dennoch die Tatsache zu demonstrieren, daß Etiuni ein ökonomisch und sozial so entwickeltes Staatengebilde war, daß es dem Van-Reich ein dreiviertel Jahrhundert lang ernsthaften Widerstand entgegensetzen konnte.

Zum Teil beschränkten sich die militärischen Unternehmungen der Van-Könige in ihren Zielen und Ergebnissen darauf, besiedelte Punkte zu zerstören und niederzubrennen, Vieh zu erbeuten und Einwohner zu verjagen. Die Feldzüge begründeten also nicht in jedem Fall ein Abhängigkeitsverhältnis des so zugerichteten Gebietes gegenüber den urartäischen Königen.

Daneben gab es jedoch auch erfolgreichere Feldzüge, die mit der Tributpflicht des lokalen Königs endeten und somit neben der Kriegsbeute lohnendere Ziele hatten. Für diesen Fall bedienten sich die urartäischen Könige in ihren Inschriften einer feststehenden Formel: "Den König (es folgt der Name) wandelte ich in meinen Diener um, ich ließ (ihm) Gnade widerfahren unter der Bedingung einer Tributleistung" (LUGÁL-ni ... lú bura aštubli mešini pii 'aldubi). In voller Konsequenz bedeutet ein solcher "Gnadenakt" für den lokalen Herrscher die Tributabhängigkeit auf "Vasallenbasis". Es ist bekannt, daß neben der Eingliederung vieler "Länder" des Etiunibundes als Reichsprovinzen einige Etiunistaaten ihre lokale Dynastie zu bewahren vermochten. Sie befanden sich zu den urartäischen Königen in einem Vasallenverhältnis und besaßen, so könnte man jedenfalls vermuten, eine innere Autonomie. So wissen wir, daß fast hundert Jahre nach dem Untergang des Etiunibundes, als Rusa, Sohn des Argišti, König war (Mitte des 7. Jahrhunderts v. u. Z.), ein Reich Iškgulu existierte, das politisch einst zum Etiunibund gehörte und das nunmehr "Vasall" von Van war; seine Dynastie hatte sich jedoch behauptet. Der älteste Sohn des Königs von Iškgulu, Šaga, stand zu dieser Zeit in Diensten Rusas, der ihn zum Statthalter von Mana ernannt hatte.<sup>15</sup>

Die erfolgreichsten Feldzüge aber endeten für die Herrscher von Van mit der Errichtung der neuen Provinz Urartu, wohin die Zentralgewalt ihre Statthalter entsandte. Daneben hören wir hin und wieder aus den epigraphischen Denkmälern von Garnisonen in den zentral gelegenen Orten der neu erworbenen Provinzen. In ganz besonderen Fällen hat man solche Provinzen mit militärischen und administrativen Stützpunkten versehen. Oft verrietten dies bereits die Namen der urartäischen strategischen und wirtschaftlichen Provinzzentren. So ist zum Beispiel in der Kaspischen Provinz, die durch Argišti, Rusas Sohn, an das Van-Reich angeschlossen wurde, die Stadt Argišteirdu, wörtlich "Stadt von Argištis Statthalter", gegründet worden.<sup>16</sup>

Wie aber sah jenes Etiuni nun eigentlich aus, das eine so bedeutsame Rolle in der Geschichte des Armenischen Hochlandes, Transkaukasiens und vielleicht des gesamten iranisch-anatolischen Hochlandes gespielt hat?

Noch 1912 schrieb B. A. Turaev: "In der Inschrift von Sarykamyš spricht Argišti von der Eroberung des Landes Etiuni; diese Bezeichnung meinte wahrscheinlich jene Provinz, die dem südlichen Transkaukasien entsprach."<sup>17</sup> Turaev hat

15 Vgl. Djakonov, I. M., *Urartskie pis'ma i dokumenty*, Moskau/Leningrad 1963, Text, Nr. 12, S. 38 f.

16 Vgl. UKN, Nr. 445; *Urartskie klinoobraznye nadpisi*, T. 2: Otkrytija i publikacii 1954 - 1970, in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 3/1971, S. 254.

17 Turaev, B. A., *Istorija Drevnego Vostoka*, Bd. 2, Petersburg 1912, S. 46.

seine Auffassung von Etiuni als geographischem oder politischem bzw. ethnischem Gebilde nicht näher ausgeführt und begründet. In der Folge erfreute sich jene Meinung einer großen Anhängerschaft (zu dieser gehört auch G. A. Melikišvili<sup>18</sup>), nach der Etiuni ein Sammelname für das große Territorium Südranskaukasiens war, den man als eine Art Appellativ oder als geographischen Begriff anzusehen hat. Vor einer solchen Deutung warnt B. B. Piotrovskij, der schreibt: "Wir verfügen über keine ausreichenden Begründungen, die uns erlaubten, in Etiuni einen Sammelnamen für die kleinen Länder Südranskaukasiens zu sehen."<sup>19</sup> Er sieht darin einen beschreibenden Terminus.

Der Begriff des Sammelnamens vermag nichts zu erklären und erlaubt auch nicht, das Wesen des untersuchten Objekts Etiuni zu definieren. Was nun die Schlußfolgerung vom beschreibenden Charakter dieser Bezeichnung anlangt, also ihre Spezifik aus der Sicht der Urartäer, so müssen wir vorerst herausfinden, worin sich Etiuni von den benachbarten Gebieten unterscheidet.

Eine heute kaum noch vertretene Meinung will Etiuni als Bezeichnung für eine große und ziemlich homogene ethnische Einheit verstanden wissen. Sie geht im Prinzip auf J. Sandalgian zurück, der um 1900 praktisch die politische Struktur der Van- und der Proto-Van-Epoche den Verhältnissen einer entwickelten Feudalgesellschaft gleichsetzte. So meinte er in den Etiunianern die herrschende Familie zu sehen, deren Vertreter zu "Zwergkönigen" herabsanken, aus denen sich die jüngeren Zweige des Hauses Etiuni rekrutierten, wie das zum Beispiel in Eriachi der Fall gewesen sein soll.<sup>20</sup> N. Adonc identifizierte Etiuni mit dem Airarat des historischen Armeniens und schlug vor, darin für die Frühzeit einen Gentilterminus zu sehen, der nördlich des Araxflusses gebräuchlich war. Später wurde er dann zum Namen der herrschenden Dynastie, von dem eines der größten dortigen Reiche, was Etiuni nach N. Adonc zur Zeit der Van-Eroberungen war, wiederum seinen Namen ableitete. Politisch war Etiuni dabei nach dem Muster von Eriachi, Diauchi oder Abilianichi strukturiert,<sup>21</sup> Hierin stimmte Adonc mit M. V. Nikol'skij überein, der meinte, daß Etiuni "in gewisser Beziehung von zentraler Bedeutung im Kaukasus war"; er lokalisierte es im Gebiet von Sarykamyš.<sup>22</sup> Adonc sah in Etiuni ferner einen großen Ethnos, also Stammesstaat, und hielt zum Beispiel Diauchi für einen seiner Zweige.<sup>23</sup> Nach I. I. Meščaninov war Etiuni ein dynastischer Name.<sup>24</sup> In der kürzlich erschienenen Monographie von N. V. Arutjunjan erscheint Etiuni sowohl als ethnische Stammesvereinigung, ähnlich Diauchi, als auch als geographischer Begriff bzw. als Stammesbund. Etiuni rangiert hier auf einer Stufe mit Igani, Sabacha, Katarsa, Eriachi, Kechuni usw.<sup>25</sup>; man vermischt dabei jedoch kurzerhand Begriffe, die durchaus nicht einander adäquat in sozialhistorischer Hinsicht sind (Kechuni ist "Stadt", Sabacha "Land", Etiuni selbst aber ein noch allgemeinerer Begriff).

18 Vgl. Melikišvili, G. A., Diauchi, a. a. O., S. 38 Anm. 1.

19 Vgl. Piotrovskij, B. B., Istorija i kul'tura Urartu, Erevan 1944, S. 78.

20 Vgl. Sandalgian, Joseph, Les inscriptions cunéiformes urartiques, Venedig 1900, S. 356.

21 Vgl. Adonc, N., Istorija Armenii, Istoki X - VI vv. do n. é. (in armenischer Sprache, Übersetzung aus dem Französischen), Erevan 1972, S. 208 f.

22 Vgl. Nikol'skij, M. V., Klinoobraznye nadpisi Zakavkaz'ja, in: Materialy po archeologii Kavkaza, Nr. 5, Moskau 1896, S. 91 f.

23 Vgl. Adonc, N., a. a. O., S. 221.

24 Vgl. Meščaninov, I. I., Chaldovedenie. Istorija drevnego Vana, Baku 1927, S. 140 f. = Trudy Obščestva Obsledovanija i Izučenija Azerbaidžana, Nr. 10.

25 Vgl. Arutjunjan, N. V., a. a. O., S. 188 f., 192 f., 195, 211, 231, 237.



Von außerordentlichem Interesse sind in diesem Zusammenhang die Auffassungen von G. A. Kapancjan, der, wie es scheint, einer richtigen Deutung des Namens am nächsten gekommen ist. Er betrachtet Etiuni (Etiuchi) als einen ursprünglich großen Stamm, der sich zu einer politischen Föderation weiterentwickelte; dazu schrieb Kapancjan: "Unter diesem Namen ist in den chaldischen (also urartäischen - G. A.) Inschriften offenbar ein großes Land oder ein Staat als Föderation vieler kleiner Reiche zu verstehen. Als stärkster Rivale des chaldischen Van erwies sich Etiuni, das die Ansätze einer Stammesföderation hervorzubringen vermochte." <sup>26</sup> Wir können nicht umhin anzumerken, daß dem bedeutenden armenischen Historiker und Linguisten hier ein Fehler insofern unterlaufen ist, als er den Widerspruch, den die Gleichsetzung von Föderation und Stammesbund in sich birgt, nicht erkannt hat. Während es sich bei dem ersteren um ein gesellschaftliches und politisches Gebilde handelt, stellt das letztere eine ethnische und gesellschaftliche Makroeinheit dar, die für eine niedrigere gesellschaftliche Entwicklungsstufe zu typisch war, als daß sie für eine Epoche zutreffen könnte, die durch die Entstehung von Föderationen geprägt war. Stammesbünde gehören in die Auflösungsperiode der Urgesellschaft, während die Form der Föderation bereits die ausgebildete frühe Klassengesellschaft voraussetzt. Die Konzeption Kapancjans sieht auch die Frage nach der genauen geographischen Lage von Etiuni als kaum lösbares Problem an und läßt sie deshalb offen. <sup>27</sup>

Bestimmte Schlußfolgerungen über den Charakter des Bundes von Etiuni ermöglichen uns die urartäischen epigraphischen Quellen. Keineswegs darf einer Definition des Bundes als Appellativ oder als geographischer Begriff zugestimmt werden. Sie wird schon dadurch ad absurdum geführt, daß Etiuni nach der Zeit Sarduris II. völlig aus der Geschichte verschwindet und auch später nicht mehr erwähnt wird. Indessen waren die geographischen Bezeichnungen des Alten Orients außerordentlich beständig und langlebig (zum Beispiel Elam). Obwohl sich eine große Anzahl von Toponymen aus dem Gebiet von Etiuni bis zum Ende von Urartu erhalten hat, verschwindet der Begriff Etiuni schon seit der Errichtung der urartäischen Herrschaft über das Territorium südlich des Kuraflusses völlig von der Bildfläche. Hätte es sich nun um eine geographische Bezeichnung gehandelt, so müßten wir eigentlich den Begriff Etiuni auch nach der Eingliederung dieses Territoriums in das Van-Reich noch antreffen.

Eine Bestätigung unserer Annahme belegen auch jene Materialien, die Etiuni als politischen Bund ausweisen. Dokumentarisch kann man die Existenz eines militärischen und politischen Bundes dieses Namens in etwa gleichbleibender Zusammensetzung ein halbes Jahrhundert hindurch verfolgen. Gegen Išpuini, Menuas Sohn, kämpften die Heere von Uiteruchi, Luša, Katarsa bei Anaše in der Alaš-vertebene; wenige Jahrzehnte später zieht Argišti gegen dieselben Bündnispartner zu Felde. In diesen Feldzug fällt die Eroberung von Eriachi, das zum Etiuni-bund gehörte, und noch einige Jahrzehnte danach finden wir in einer Inschrift Sarduris Eriachi immer noch unter den Partnern des Etiunibundes. Ja, wir erfahren sogar, daß Etiuni im Gegensatz zu Eriachi als "ebani(nè)" - "Land" bezeichnet wird, während Eriachi nur "andani", das heißt "Gebiet", war. <sup>28</sup>

<sup>26</sup> Vgl. Kapancjan, G. A., Istoriko-lingvističeskoe značenie toponimiki drevnej Armenii, in: Naučnye trudy Erevanskogo universiteta, Bd. 24, Erevan 1940, S. 323, 332.

<sup>27</sup> Vgl. ebenda, S. 324.

<sup>28</sup> Vgl. UKN, Nr. 155 F, Z. 4 f.

Unter dem Druck der von Van her unternommenen Expansion verlagerte sich das Zentrum von Etiuni immer mehr nach Norden; zur Zeit Sarduris II. finden wir es in der Nähe des Caldyrsees. Ebenso schrumpften wahrscheinlich die Grenzen des Etiunibundes zusammen. In dieser letzten Periode seiner Existenz ist Diuzni, der König von Iganı, sein Oberhaupt. In diesem Zusammenhang sei an jenen Passus<sup>29</sup> aus den Annalen Sarduris II. erinnert, der als Nachweis für die Existenz einer einheitlichen gesamtetiunischen politischen Hierarchie gelten darf.

Über Etiuni als bedeutende militärische und politische Vereinigung von kleineren Gebietseinheiten liegt jedoch noch keine Untersuchung vor. Ohne eine möglicherweise zu einem frühen Zeitpunkt vorhandene ethnische Einheitlichkeit Etiunis in Abrede stellen zu wollen, können wir uns beim gegenwärtigen Forschungsstand jedoch für den Untersuchungszeitraum noch nicht entschließen, in Etiuni einen Ethnos bzw. eine Gruppe verwandter Stammesstaaten zu sehen; wir müssen bei unseren Betrachtungen stets das ethnisch bunte Bild auf dem betreffenden Territorium um die Wende vom II. zum I. Jahrtausend v. u. Z. im Auge behalten. Während man Diauchi als ethnisch-soziales Gebilde der Diaven und Taochen einstuft könnte, ist Etiuni wohl eher als politische Föderation zu sehen. Diesen graduellen Unterschied spiegeln natürlich auch die Inschriften Urartus wider, wo vor dem Namen Diauchi das Determinativ des Stammesnamens gesetzt ist, während Etiuni mit dem Determinativ für "Land" kenntlich gemacht wird. Dennoch möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß das Toponymikon Etiuni tatsächlich gentilizischen Ursprungs gewesen sein könnte; vielleicht geht die Toponymik auf den Namen des Priamosverbündeten Eteonos oder auf den des Kolchiskönigs Aietes zurück, den uns die Argonautensage überliefert hat.

Die uns durch urartäische Keilschriften und überhaupt durch altorientalische Schriftdenkmäler überlieferte soziale und politische Terminologie ist stets Ausdruck konservativer Formen eines entwickelteren Inhaltes dieser oder jener gesellschaftlichen Einrichtungen. Dies legt die Vermutung nahe, daß die weiter oben kurz umrissenen Elemente der sozialen und politischen Struktur bereits während der zweiten Hälfte des II. Jahrtausends v. u. Z. entstanden sind.

In der einschlägigen Literatur finden wir dazu zwei Konzeptionen, von denen die zweite als heute vorherrschend bezeichnet werden darf. Die erste, noch auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurückgehende Auffassung vermeint, in der sozialen und politischen Organisation des armenischen Hochlandes der Proto-Van-Epoche Feudalstrukturen zu erkennen. Die zweite spricht sich für die Herausbildung großer Stammesbünde zu Ausgang des II. Jahrtausends v. u. Z. aus und setzt folgerichtig die Auflösung der Urgesellschaft im armenischen Hochland in das erste Viertel des I. Jahrtausends v. u. Z. Dabei werden die in den urartäischen Texten genannten Könige mit Stammeshäuptlingen gleichgesetzt, während die von ihnen beherrschten Gebiete als Stammesterritorien betrachtet werden. In diesem Fall haben wir es zweifellos mit einer Übertragung späterer Klassifizierungsmerkmale auf die in der urartäischen Epigraphik vorhandenen sozialen und politischen Kategorien zu tun.

Ohne die große Rolle gentilizischer Reminiszenzen im Armenien der zweiten Hälfte des II. und zu Beginn des I. Jahrtausends v. u. Z. in Frage stellen zu wollen, möchte man sich hier I. M. D'jakonovs erinnern, der schrieb: "Man sollte keineswegs den gesellschaftlichen Entwicklungsgrad Transkaukasiens und des armenischen Hochlandes hinsichtlich einer Klassenzivilisation unterschätzen, wie das

29 UKN, Nr. 155 C, Z. 51 f.

bis vor kurzem noch in vielen unserer Arbeiten für die Klassendifferenzierungen im frühen Kleinasien und Syrien getan worden ist: Wir datieren hier die Entstehung der Klassengesellschaft in das zweite bis dritte Viertel des II. Jahrtausends v. u. Z., während sie sich in Wirklichkeit bereits vor dem II. Jahrtausend v. u. Z. herausgebildet hat ... Daher wäre es voreilig zu behaupten, daß es im 14. bis 12. Jahrhundert v. u. Z. auf dem Territorium des armenischen Hochlandes noch keine Zivilisation (gemeint ist die ausgebildete Klassengesellschaft - G. A.) gegeben hat."<sup>30</sup>

Der Zerfall der Urgesellschaft hat sich im armenischen Hochland zur Zeit der Entstehung des althethitischen Reiches vollzogen. Im letzten Drittel des I. Jahrtausends finden wir schon überall in Armenien die ausgebildete Klassengesellschaft. Wie bereits betont, war die Zeit der mittleren Bronze eine Art Übergangsperiode. Da diese Übergangsperiode in ihrer sozialen und kulturellen Entwicklung eine Vielzahl qualitativ neuer Züge aufwies, kann man sie, allerdings mit gewissen Einschränkungen, als Anfangsstufe einer neuen Formation bezeichnen.

Wenden wir uns jedoch wieder dem letzten Drittel des II. Jahrtausends zu und erinnern wir uns unserer Eingangsdiskussion zur Entstehung des Kriegerstandes, der durch die Bestattungsdenkmäler Armeniens und Ostgeorgiens belegt ist; die Krieger, für die diese Grabstätten angelegt wurden, entsprechen den gemeinen Königsleuten Vorderasiens (Ende III. Jahrtausend bis erste Hälfte II. Jahrtausend v. u. Z.). Überall, wo sich in Vorderasien die Zivilisation entwickelt hatte, heben sie sich um die Mitte des II. Jahrtausends v. u. Z. deutlich von den einfachen Bürgern der Territorialgemeinde ab.<sup>31</sup> Es ist ganz natürlich, daß sich in der nordöstlichen Hälfte des armenischen Hochlandes die Herausbildung des Kriegerstaates erst in der zweiten Hälfte des II. Jahrtausends v. u. Z. und damit später als in Mesopotamien, Elam, Syrien und im Hethiterstaat vollzogen hat.

Die untersuchten Fakten und Hypothesen dokumentieren, wie schwierig und langwierig sich der Übergang von der klassenlosen zur Klassengesellschaft gestaltet hat. Dieser soziale Prozeß hat während seiner Evolution Etappen durchlaufen, die von unterschiedlichen sozialen und politischen Formen getragen waren.

In der modernen Literatur ist der Umstand nur ungenügend beleuchtet worden, daß das System der militärischen Demokratie mit den ihr eigenen Machtfunktionen voll und ganz in die letzte Periode der Urgesellschaft gehört und deren Krisenepoche markiert.

Mit dem Zerfall der urgesellschaftlichen Formation beginnt die langanhaltende Periode der Klassengesellschaft, die aber im wesentlichen noch eine nichtstaatliche Gesellschaft bleibt. Als Instrument der Klassenherrschaft dienten in jener Periode die verschiedenen, wenn auch bereits überlebten Institutionen der militärischen Demokratie.

Die nächste, in Mesopotamien durch ausgebildete Stadt-Staaten gekennzeichnete Entwicklungsstufe konnte in den westasiatischen Gebirgsgegenden unter den Bedingungen einer halbnomadischen Viehzuchtwirtschaft nur in Form von militärisch-politischen Bündnissen zwischen den einzelnen Stammesreichen vertreten sein; diese hatten wegen des wenig entwickelten Urbanisierungsprozesses noch

<sup>30</sup> Vgl. D'jakonov I. M., *Predistorija armjanskogo naroda*, Erevan 1968, S. 89.

<sup>31</sup> Vgl. derselbe, *Problemy ekonomiki. O strukture obščestva Bližnego Vostoka do seređiny II tysjačeljetija do n. é.*, in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 4/1967, S. 13 - 35; Nr. 3/1968, S. 3 - 26.

eine stark gentilizische Basis. Im Vergleich mit dem in seiner Sozialstruktur fortgeschritteneren Mesopotamien sind die von Klassenstruktur und Staatlichkeit getragenen Föderationen kleiner Reiche im armenischen Hochland (wie Etiuni im Nordosten) als gesetzmäßig verspätete Entwicklung einzuordnen.

Beide Entwicklungen haben dennoch, obwohl zu verschiedener Zeit, zur Entstehung von zentralisierten Despotien geführt (Babylonien und Assyrien einerseits, Urartu andererseits).

Eine vergleichende Untersuchung des Übergangs von der klassenlosen zur Klassengesellschaft demonstriert den vielschichtigen Charakter sozialer Formenevolutionen. Gerade diese Vielschichtigkeit muß als Ausdruck eines einheitlichen gesellschaftshistorischen Prozesses angesehen werden. Die konkreten Formen sind bei einem solchen Übergang ziemlich variabel. Dem Wesen nach vollzieht sich dabei aber stets das eine: der Sprung von der klassenlosen zur Klassengesellschaft.

(Übersetzt von Bernd Funck)

# *Diskussionen*



## ZU WANDLUNGEN DER SOZIALEN UNTERSCHIEDE IN DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT

von Horst Handke

In den letzten Jahren sind Fragen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihrer Weiterentwicklung (was auch die Herausbildung von Keimen des Übergangs zum Kommunismus einschließt) immer stärker in das Blickfeld marxistischer Gesellschaftswissenschaftler gerückt. Es ist nur natürlich, daß die Diskussion darüber nicht nur die Philosophen beschäftigt, sondern die Vertreter aller gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, auch die Wirtschaftshistoriker und Historiker, für die der historische Prozeß nicht an der Schwelle zur Gegenwart endet.

Zu den vieldiskutierten Fragen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gehört zweifellos der Komplex, der sich mit "Entwicklung, Planung und Lenkung der Sozialstruktur" umschreiben läßt, gehören die Beziehungen zwischen den Klassen, Schichten und sozialen Gemeinschaften, ihre Grundlagen und die Möglichkeiten ihrer Veränderung. Das ist keineswegs zufällig, ebensowenig wie die Tatsache, daß sich diese Fragen in den vergangenen Jahren verstärkt in den offiziellen Dokumenten der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder niederschlagen haben. Je weiter diese Länder in ihrer Entwicklung vorankommen, je breiter ihre materiell-technische Basis wird, desto umfassender werden die Möglichkeiten, auch auf die sozialen Beziehungen einzuwirken, desto notwendiger wird es, diese Möglichkeiten durch Planung des sozialen Bereichs und seine Rückwirkung auf die materiell-technische Basis zu nutzen. Allein die sozialistischen Produktionsverhältnisse bieten die Möglichkeit, die technisch-ökonomische Entwicklung in eine Richtung zu lenken, in der sie ausschließlich der Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft dient. Engels bemerkte bereits im "Anti-Dühring", daß nach der Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum die blind wirkenden Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung "mehr und mehr unserm Willen" unterworfen werden<sup>1</sup>, und im selben Zusammenhang führte er aus, daß die "eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyiert gegenüberstand", "jetzt ihre eigne freie Tat" werde, daß die "objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten", nunmehr "unter die Kontrolle der Menschen selbst" gerieten, daß die von den Menschen "in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen" von diesem Zeitpunkt an "vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben".<sup>2</sup>

1 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 260.

2 Ebenda, S. 264.

Es sollen hier vor allem einige Überlegungen zu dem zentralen Prozeß innerhalb der Entwicklung der Sozialstruktur der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vorgetragen werden: zur sozialen Annäherung der verschiedenen Klassen und Schichten.<sup>3</sup>

Die Existenz eines Annäherungsprozesses setzt zunächst Unterschiede voraus. Doch hier beginnen bereits die Probleme. Es gab in den vergangenen Jahren Auffassungen, die die sozialen Unterschiede im Sozialismus für rein formalen Charakters oder für bedeutungslos für die sozialistische Gesellschaft hielten. Eine solche Unterschätzung der Unterschiede führte auch dazu, daß man sich scheute, von "Widersprüchen" im Sozialismus zu sprechen. Man betrachtete Widersprüche als etwas Negatives, der sozialistischen Ordnung Fremdes, und meinte, daß sie die progressive Entwicklung hemmten. Demzufolge gab es Meinungen, das Wirken von Widersprüchen sei als Randerscheinung oder als Folge subjektiver Fehler zu betrachten. Andere Ansichten unterschieden zwischen Entfaltung und Lösung von Widersprüchen, erkannten aber nur die Lösung von Widersprüchen als Triebkraft im Sozialismus an.<sup>4</sup> Verbunden damit war die Auffassung, daß die soziale Einheit, die Interessengleichheit, die eigentliche Triebkraft im Sozialismus sei. Die Negierung tatsächlich vorhandener Widersprüche führte auch zu falschen Vorstellungen über die Stufe der bisher erreichten sozialen Einheit. Praktisch wirkte sich das so aus, daß die Entwicklungsstufe der materiell-technischen Basis überschätzt wurde und damit falsche Forderungen gestellt wurden wie zum Beispiel die möglichst schnelle Überwindung des genossenschaftlichen Eigentums oder die Reduzierung der Rolle ökonomischer Hebel bei der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte.

Soziale Unterschiede existieren im Sozialismus objektiv und real. Sie stellen als dem Sozialismus wesenseigene immanente Unterschiede eine der Entwicklungsphasen des Widerspruchs dar<sup>5</sup>, sind in jedem Fall die Voraussetzung für die Entfaltung von Widersprüchen und besitzen einen die Entwicklung vorantreibenden Charakter.

Eine Untersuchung der sozialen Unterschiede im Sozialismus kann von folgenden unbestrittenen Tatsachen ausgehen:

1. In der sozialistischen Gesellschaft existieren noch Klassen und soziale Schichten und damit auch Klassen- und Schichtunterschiede;

3 Die Bedeutung dieses Prozesses wurde im neuen Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das auf dem IX. Parteitag (Mai 1976) angenommen wurde, besonders hervorgehoben: "Ein historisch gesetzmäßiger, bedeutsamer und langwieriger Prozeß ist die soziale Annäherung der Klassen und Schichten. Dieser Prozeß wird mit der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Höherentwicklung der Produktivkräfte in Stadt und Land, der Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, der Hebung des Bildungsniveaus, mit der Zunahme der geistigen Arbeit im Reproduktionsprozeß und der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen voranschreiten." (Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, IX. Parteitag der SED, 18. - 22. 5. 1976, Berlin 1976, S. 39.)

4 Vgl. Kosing, Alfred, Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft. Vorträge und Diskussionsbeiträge, Berlin 1975, S. 6 = Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nr. 23/1973; Geschichte der marxistischen Dialektik, Die Leninsche Etappe, Berlin 1976, S. 264 f.

5 Vgl. Geschichte der marxistischen Dialektik, a. a. O., S. 212 f.

2. Die Klassen und sozialen Schichten unterscheiden sich entsprechend der bekannten Leninschen Definition "nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion", nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum.<sup>6</sup> Doch die Herausbildung einer qualitativ neuen Klassenstruktur, eines neuen Typs sozialer Beziehungen<sup>7</sup> ist von Veränderungen der Unterschiede und Widersprüche begleitet.

Historisch gesehen umfaßt die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zunächst eine Übergangsperiode, in der die wesentlichen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden.<sup>8</sup> In dieser Etappe, die in der DDR 1961/62 dauerte, werden die Klassenverhältnisse durch das Nebeneinanderbestehen und die Wechselbeziehungen von antagonistischen und nichtantagonistischen Widersprüchen charakterisiert. Doch diese Widersprüche erhalten auf Grund der besonderen historischen Bedingungen, der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, eine qualitativ besondere Natur.<sup>9</sup> Einerseits bildeten sich in den einzelnen Klassen bereits Elemente der entwickelten sozialistischen Gesellschaft heraus, Beziehungen, die die Einheitlichkeit der Interessen der Hauptklassen, ihre soziale Homogenität, zum Ausdruck bringen. Andererseits gab es noch eine Basis für soziale Elemente des Kapitalismus, die an der Konservierung des Bestehenden oder sogar an der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse interessiert waren.

Die Entwicklung der Widersprüche läßt sowohl die Veränderungen des Inhalts der klassenbestimmenden Kriterien als auch - im Zusammenhang damit - die Veränderung der sozialen Unterschiede erkennen. Die Herausbildung des gesellschaft-

6 Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 19, S. 410.

7 Siehe auch Weidig, Rudi, Probleme der weiteren Annäherung der Klassen und Schichten, in: Grundprobleme der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. 13. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR am 25. März 1975, Berlin 1976, S. 89.

8 Siehe zu dieser Problematik vor allem Bartel, Horst / Schmidt, Walter, Neue Probleme der Geschichtswissenschaft in der DDR. Zur bisherigen Auswertung des VIII. Parteitages der SED durch die Historiker, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Nr. 7/1972, S. 797 - 817; Heitzer, Heinz, Neue Probleme der Geschichte der DDR, in: ZfG, Nr. 8/1972, S. 954 - 966; Falk, Waltraud, Der Beginn des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus in der DDR - Bestandteil des revolutionären Weltprozesses. Probleme der Wertung der historischen Umwälzung in der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6/1972, S. 956 - 969. - Die Autoren betrachten die antifaschistisch-demokratische und sozialistische Umwälzung als einheitlichen revolutionären Gesamtprozeß, dessen sozialökonomischer Inhalt durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt wird, Falk weist darauf hin, daß dieser Übergang bereits 1945, vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats, mit der Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Monopolkapital und den Großgrundbesitz begann, daß der Sozialismus in dieser Periode materiell und von der Seite der Produktionsverhältnisse her vorbereitet wurde. (Ebenda, S. 967 f.).

9 Geschichte der marxistischen Dialektik, a. a. O., S. 115, 206.

lichen Eigentums an Produktionsmitteln unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiterklasse führte zur Beseitigung der Ausbeutung und der Profitinteressen, zunächst in den entscheidenden Teilen der Wirtschaft. In Verbindung damit veränderte sich die Stellung der Klassen und Schichten in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, entstanden mit der Herausbildung erster Elemente der volkswirtschaftlichen Planung die Voraussetzungen für die immer breitere Einbeziehung aller werktätigen Klassen und Schichten in die Organisation und Leitung der Gesellschaft im allgemeinen und der Wirtschaft im besonderen.<sup>10</sup> Schließlich setzten sich immer stärker neue Verteilungsprinzipien, basierend auf dem Recht auf Arbeit und der Verwirklichung des Leistungsprinzips, durch. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse geschaffen, für den Übergang zu einer neuen Etappe der sozialistischen Gesellschaft, in der die antagonistischen Widersprüche im wesentlichen überwunden sind und die soziale Entwicklung in zunehmendem Maße durch solche Widersprüche bestimmt wird, die aus der sozialistischen Gesellschaftsordnung selbst resultieren und nicht als bloße Überreste der vorangegangenen Produktionsweise anzusehen sind.<sup>11</sup>

Mit dem Eintritt in die neue Etappe, die wir auch als Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bezeichnen<sup>12</sup>, verändern sich erneut die Beziehungen

- 10 In krastem Gegensatz dazu stehen die Erklärungen, wie sie in zugespitzter Form vor einigen Jahren (1973) von Spitzenvertretern des Weltmonopolkapitals (darunter die Präsidenten solcher Monopole wie Esso, Chase Manhattan Bank, Fiat, Dunlop, Royal Dutch Shell, Unilever, Coca Cola, Lloyd, Banque de Paris et des Pays-Bas, Pechiney-Ugine-Kuhlmann) formuliert und unlängst veröffentlicht wurden (The Crisis of Democracy, New York 1975), nämlich, daß das wirksame Funktionieren eines politischen Systems die Apathie und das Nicht-Engagement eines Teils der Bürger sowie von gesellschaftlichen Gruppen verlange, daß mehr Demokratie für die Führung der Massen in der Demokratie bedeuten würde, Öl ins Feuer zu gießen usw. (Vgl. Goldring, Maurice, Un peuple bien informé en vaut deux, in: France Nouvelle, Nr. 1609, 13. 9. 1976).
- 11 Das Problem der "historischen Relikte" spielt auch im Hinblick auf die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der soziologischen Literatur eine Rolle. So macht zum Beispiel Lötsch deutlich, daß man bei einem entsprechend weiten historischen Bezugssystem die gegenwärtigen Formen der Arbeitsteilung als historisches Relikt ansehen kann. Die gesamte niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation erscheint dann als Übergangsstadium von der Klassengesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft. Andererseits würde eine Betrachtung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ausschließlich unter dem Blickwinkel des "historischen Relikts" verwischen, welche Veränderungen des Wesens und Inhalts der Arbeitsteilung sich bereits vollziehen, und würde genügend deutlich machen, daß die Arbeitsteilung unter sozialistischen Produktionsverhältnissen eigene gesetzmäßige Formen der Entwicklung annimmt, daß ihre Entwicklung durch die Spezifik der sozialistischen Gesellschaft bestimmt wird. (Vgl. Lötsch, Manfred, Über die Entwicklung der Klassenstruktur und der Struktur der Arbeiterklasse beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1974, S. 92 f.)
- 12 Vgl. Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Ge-

zwischen den einzelnen Klassen und Schichten, Die sich nunmehr auf ihrer eigenen Basis entwickelnde soziale Ordnung umfaßt eine geschichtlich neue Qualität, die sich durch die soziale Einheit, durch die Einheit der grundlegenden Interessen aller werktätigen Klassen und Schichten unter der führenden Rolle der Arbeiterklasse auszeichnet. Soweit diese Einheit als neue Triebkraft der sozialen Entwicklung auftritt, ist sie dies einmal in bezug auf die inneren Quellen dieser Einheit, das heißt auf die Unterschiede und Widersprüche, die diese "Einheit" selbst weiterentwickeln, und sie ist es zum anderen in bezug auf das Verhältnis der Einheit zu den Widersprüchen. Zum Verständnis dessen haben die Diskussionen in der UdSSR, die vor allem Mitte der sechziger Jahre entbrannten, viel beigetragen. Dabei spielte eine große Rolle, daß die "Einheit" als soziologische Kategorie nicht mehr mit der "Einheit" als philosophische Kategorie identifiziert wurde. Während im Philosophischen die "Einheit" relativ ist, ihr der absolute "Kampf der Gegensätze" gegenübersteht, die "Einheit" also jeweils das Besondere, Aufhebbare ist, drückt die "Einheit" als soziologische Kategorie das Allgemeine aus.<sup>13</sup> Die "Einheit" der sozialistischen Gesellschaft ist demnach die Rahmenbedingung, innerhalb deren sich die Klassen und Schichten entwickeln, ohne daß diese Rahmenbedingung eine ein für allemal gegebene starre Grenze wäre. Mit dem Prozeß der sozialen Annäherung verändern sich nicht nur die Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten, sondern auch die Stufe der "Einheit", auf der sich die sozialistische Gesellschaft befindet, die Festigkeit der Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten - bis zu dem Punkt, an dem die Klassengesellschaft endgültig überwunden wird.

Das Verständnis dieser philosophischen und soziologischen Problematik ist für den Wirtschaftshistoriker deshalb besonders wichtig, weil ohne diese theoretische Grundlage die konkret-historische Entwicklung der sozialen Annäherung und ihres Verhältnisses zu den sozialen Unterschieden in den einzelnen Etappen der sozialistischen Gesellschaft nur ungenügend herausgearbeitet werden kann. Umgekehrt kann gerade die Wirtschaftsgeschichte (oder auch eine durch andere Disziplinen anwendbare wirtschaftshistorische Betrachtung) mit ihrer vom Gegenstand gegebenen vorrangigen Hinwendung zur ökonomischen und sozialen Basis zu realen Einschätzungen eines bestimmten Entwicklungsstandes beitragen (und das hat nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart und Zukunft Bedeutung).

Es mag auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinen, wenn sich Historiker der Betrachtung künftiger Entwicklungen zuwenden. Doch generell gilt: Wenn man die Tatsache der gesetzmäßigen Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse anerkennt, und wenn man weiter von der zunehmenden Planbarkeit dieser Prozesse ausgeht, dann wird deutlich, daß nicht nur Vergangenheit und Gegenwart untersucht werden können, sondern daß auch kommende Entwicklungen von der Wissenschaft erfaßt werden müssen. In diesem Fall ist speziell die Geschichtswissenschaft angesprochen. Die Betrachtung der Vergangenheit als der historischen Voraussetzung für die Gegenwart, die Erkenntnis der Vergangenheit als eines Prozesses, in dessen Verlauf eine "Konkretheit" in eine höhere, entwickeltere "Konkretheit" umgebildet wird - das war beispielsweise an den einzelnen Stufen der Herausbildung und

sellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, Berlin 1974, S. 679.

13 Vgl. Geschichte der marxistischen Dialektik, a. a. O., S. 267 ff.



Entwicklung der sozialen Einheit der sozialistischen Gesellschaft zu verfolgen -, führt dazu, daß das Material der vorangegangenen Entwicklung in veränderter Gestalt "aufgehoben" wird.<sup>14</sup> Das aber verlangt geradezu, daß die Untersuchung künftiger Entwicklungen oder künftig möglicher Entwicklungen unter historischem Aspekt erfolgt, daß diese Entwicklungen als geschichtliche Prozesse angesehen werden, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben. Das heißt nicht, daß die Wirtschaftsgeschichte der Lehre vom Wissenschaftlichen Kommunismus oder der vornehmlich auf Gegenwart und Zukunft orientierten Soziologie Konkurrenz macht, doch es läßt erkennen, daß die Hinwendung zu Problemen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ein Anliegen aller Gesellschaftswissenschaftler ist, daß die komplexen Probleme unserer Entwicklung von verschiedenen Seiten angegangen werden können und müssen.

Die Hinwendung des Historikers zu künftiger Entwicklungen ist im Grunde keineswegs neu. Von Augustin bis Droysen läßt sich die Frage der Historiker, zu welchen Zielen hin sich die Geschichte bewegt, verfolgen. Erst der dialektische und historische Materialismus und der darauf basierende Wissenschaftliche Kommunismus schaffen die Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Beantwortung dieser Frage. Damit aber gewinnt die Zukunftsbetrachtung an Bedeutung, mehr noch, sie wird zur Notwendigkeit.

Bereits Jahrzehnte vor dem Entstehen des Wissenschaftlichen Kommunismus verließ Saint-Simon, einer der großen utopischen Sozialisten, dem Bedürfnis nach wissenschaftlicher Erkenntnis über die Zukunft Ausdruck, indem er schrieb: "Bisher gingen die Menschen den Weg der Zivilisation mit dem Rücken zur Zukunft, sie waren nur mit der Vergangenheit beschäftigt und warfen der Zukunft nur seltsame und oberflächliche Blicke zu. Jetzt, da die Sklaverei aufgehoben ist, muß der Mensch seine Aufmerksamkeit auf die Zukunft konzentrieren."<sup>15</sup>

Die Entwicklung der meisten sozialistischen Länder hat gegenwärtig eine Stufe erreicht, wo die Etappen des Übergangs zum Sozialismus und des Aufbaus des Sozialismus im wesentlichen abgeschlossen sind. Mit der Etappe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft rückt der Übergang zum Kommunismus verstärkt ins Blickfeld, nicht als ein unbedingtes Nahziel, aber doch als ein Ziel, dessen Grundzüge immer mehr vorstellbar werden und dessen Elemente sich bereits zu entwickeln beginnen. Nicht zufällig enthält das neue Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen Schlußabschnitt, in dem das Ziel, der Kommunismus, nicht nur genannt, sondern auch in seinen allgemeinen Grundzügen abgesteckt wird.<sup>16</sup> Als Hauptaufgaben, die beim Aufbau des Kommunismus zu lösen sind, werden bezeichnet:

- "Erstens die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus;
- zweitens die Herausbildung kommunistischer Produktionsverhältnisse und des kommunistischen Charakters der Arbeit;
- drittens die Entwicklung kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen und die Erziehung des Menschen der kommunistischen Gesellschaft."<sup>17</sup>

14 Vgl. Geschichte der marxistischen Dialektik, Von der Entstehung des Marxismus bis zur Leninschen Etappe, Berlin 1974, S. 245.

15 Sen-Simon, Anri (Saint-Simon, Henri de), Izbrannye sočinenija, Moskau-Leningrad 1948, Bd. 2, S. 248.

16 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a. a. O., S. 73 f.

17 Ebenda, S. 75

Zweifellos hängt die Bewältigung dieser Aufgabe eng mit der Weiterentwicklung und der Gestaltung der Sozialstruktur zusammen. Sowohl die Herausbildung kommunistischer Produktionsverhältnisse als auch die Entwicklung kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen - hier wird über die Ebene der Produktionsbeziehungen hinausgegangen - ist nur in diesem Zusammenhang denkbar.

Auf Grund der bisher dargestellten historischen Entwicklung der sozialen Widersprüche und Unterschiede im Sozialismus lassen sich auch einige Aussagen über die Haupttendenzen der sozialen Annäherung und damit der Überwindung der bestehenden Unterschiede machen. In der marxistischen Literatur findet sich dazu fast einhellig die Auffassung, daß in der gegenwärtigen Etappe die Klassenstruktur (und die damit verbundene Differenzierung) die entscheidende soziale Struktur ist.<sup>18</sup> Differenziertere Auffassungen lassen sich jedoch bei der Frage nach der mit der Klassenstruktur verbundenen sozialen Schichtstruktur erkennen. Sehr häufig wird in diesen Fällen die Arbeitsteilung als Grundlage angesehen.<sup>19</sup> Das Problem läßt sich vereinfacht so sehen: Unter den klassenbestimmenden Merkmalen ist die Stellung zum Eigentum an den Produktionsmitteln das entscheidende.<sup>20</sup> Es gibt grundsätzlich Auskunft über die Zugehörigkeit (oder Nicht-Zugehörigkeit) zu einer Klasse. In allgemeiner Form teilt es die Gesellschaft in zwei Klassen (oder große Gruppen): im Kapitalismus in die Eigentümer und Nichteigentümer von Produktionsmitteln, im Sozialismus in die staatlichen und genossenschaftlichen Eigentümer von Produktionsmitteln. Erst in Beziehung zu den anderen klassenbestimmenden Merkmalen erlangt diese grundsätzliche Unterscheidung konkrete Züge. Je nach der Ausprägung und dem Zusammenwirken der verschiedenen Merkmale - wobei die Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit zumindest unter drei Gesichtspunkten zu behandeln ist: der Arbeitsteilung im allgemeinen (nach Wirtschaftsbereichen), im besonderen (nach Industriezweigen) und im einzelnen (innerhalb des Betriebes) - ergeben sich die jeweiligen Standorte innerhalb der Klassenstruktur, wird deutlich, ob es sich um Kern- oder Randschichten einer Klasse handelt, ob wir es mit Übergangsschichten zu tun haben oder ob bestimmte Merkmale so stark ausgeprägt sind, daß sie - zunächst unabhängig von der Stellung zum Eigentum an den Produktionsmitteln - zwar keine Klassen, doch aber relativ selbständige Schichten zwischen den Klassen konstituieren.<sup>21</sup>

In der Literatur findet man zuweilen den "Charakter der Arbeit" als Hauptkriterium für Schichtbildungen innerhalb der Klassen oder auch zwischen den Klas-

18 Siehe dazu z. B. Eichhorn II, Wolfgang, Philosophische Probleme der Klassenentwicklung und der Klassenstruktur in der sozialistischen Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1969, S. 87; Lötsch, Manfred, a. a. O., S. 32.

19 Siehe z. B. Meyer, Hansgünter, Theoretische Probleme und empirische Ergebnisse soziologischer Untersuchungen der Struktur der Arbeiterklasse, in: Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 74.

20 Vgl. Taubert, Horst, Zur Bedeutung des Marxschen Eigentumsbegriffs für die Erforschung der Entwicklungsprobleme der Arbeiterklasse und ihrer Struktur in der sozialistischen Gesellschaft, in: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 172 f.

21 Vgl. Handke, Horst, Einige Fragen des dialektischen Wechselverhältnisses von Klassen- und Schichtmerkmalen, in: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 153 f.

sen,<sup>22</sup> Soweit unter diesem Begriff die geistige bzw. körperliche Arbeit verstanden wird<sup>23</sup>, enthält er eine spezielle Bedeutung, die ihre Berechtigung ganz besonders im Hinblick auf die Erfassung relativ selbständiger Schichten wie der Intelligenz und der Angestellten hat. Doch in seiner allgemeinen Bedeutung drückt dieser Begriff die gesellschaftliche Seite der Arbeit aus, korrespondiert er mit den Produktionsverhältnissen insgesamt<sup>24</sup>, und das würde im Sozialismus vor allem auf folgende wesentliche Züge hinweisen: die von Ausbeutung freie Arbeit und die planmäßig geleitete und organisierte Arbeit. Der Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ließe sich dann exakter - ebenso wie der Unterschied zwischen Stadt und Land - als eine der Formen der Arbeitsteilung definieren (die durch den Charakter der Arbeit bestimmt wird).

In diesem Sinne bezeichnet Semjenow die Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als Kriterium für soziale Unterschiede.<sup>25</sup> Dabei ist festzuhalten, daß diese Unterschiede nicht von vornherein soziale Ungleichheiten ausdrücken, sondern daß sie diese erst in ihrem jeweiligen konkreten Inhalt, durch ihre Beziehungen zur Eigentumsstruktur (und damit Klassenstruktur) erlangen.

Insgesamt läßt sich erkennen, daß erst in der Beziehung der klassenbestimmenden Merkmale zueinander eine Standortbestimmung von einzelnen oder Gruppen im Hinblick auf gesellschaftliche Klassen und Schichten möglich ist, wobei die nachgeordneten Klassenmerkmale zugleich Schichtmerkmale sind. Umgekehrt, wenn diese Schichtmerkmale einen relativ selbständigen Charakter erhalten, bekommen sie erst im Hinblick auf das entscheidende Klassenmerkmal, die Stellung zum Eigentum an den Produktionsmitteln, ihren konkreten sozialen Inhalt, wird es erst dann möglich, die Beziehungen zu der einen oder anderen Klasse festzustellen und den genauen Standort in der Klassenstruktur zu erkennen.

Gerade diese Bezugnahme auf die Klassenstruktur - und das gilt nicht nur für die Schichtstruktur als die mit der Klassenstruktur am engsten verbundene soziale Struktur, sondern für jede andere beliebige soziale Struktur - gibt der Strukturforchung ihre soziale Qualität, macht ihre spezifisch soziologische Sichtweise aus.<sup>26</sup> Andernfalls bleibt die Untersuchung auf (arbeits-)ökonomische oder (arbeits-)funktionelle Betrachtungen beschränkt, die in anderen Zusammenhängen und unter anderen Aspekten von Bedeutung sind, aber nicht primär die Stellung des Menschen in seinen Produktionsverhältnissen untersuchen.

22 Siehe dazu z. B. Bensing, Manfred, Die Entwicklung der Arbeiterklasse in der DDR beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als Gegenstand historischer Forschung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin 1974, S. 149.

23 Auch in der sowjetischen Literatur findet sich der Begriff zur Charakterisierung dieses Tatbestandes, z. B. bei Rutkevič, M. N., Die soziale Integration unter dem Sozialismus, in: Sozialismus - Theorie und Praxis, Nr. 4/1975, S. 63. - Unter Veränderung des Charakters der Arbeit wird dort vor allem die "Intellektualisierung" der Arbeit in der Produktionssphäre verstanden.

24 Ökonomik der Arbeit, 6. überarb. Aufl. Berlin 1974, S. 31 f.

25 Semjenow, W. S., Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 58 f.

26 Vgl. Weidig, Rudi, Grundfragen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Soziologie bei der Analyse der Struktur der Arbeiterklasse, in: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 16 ff.

Aus der hier gestreiften Klasse-Schicht-Problematik leitete sich ab, daß der soziale Annäherungsprozeß der Klassen und Schichten in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durch eine Veränderung bzw. Überwindung der Unterschiede erfolgt, die durch die klassenbestimmenden Merkmale insgesamt gegeben sind.<sup>27</sup> Dementsprechend können als Haupttendenzen erstens diejenigen gelten, die auf eine zunehmende Vereinheitlichung hinsichtlich der Stellung zu den Produktionsmitteln hinzielen. Im einzelnen gehören dazu solche Prozesse wie die Festigung der Genossenschaften in Stadt und Land, die Erweiterung ihrer Beziehungen zu staatlichen Betrieben, die Herausbildung von Beziehungen zwischen genossenschaftlichen und staatlich-genossenschaftlich gemischten Einrichtungen.<sup>28</sup> Auch die Verringerung der Marktrolle individueller Produktionsformen ist hier zu nennen.

In geringerem Maße betrachtet wurden bisher die Unterschiede innerhalb des Sektors des staatlichen Eigentums. Obwohl die einzelnen Betriebskollektive keine Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben, also nicht das Ausmaß und Tempo der Grundfondserweiterung bestimmen, hat doch die in einzelnen Betrieben unterschiedliche Art und unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Grundfonds Auswirkungen auf die zur Verteilung kommenden Fonds. In Abhängigkeit von der Art der Grundfonds findet man eine unterschiedliche Qualifikationsstruktur der Werktätigen in den einzelnen Zweigen und Betrieben. Erst mit der allmählichen Beseitigung der unqualifizierten und weniger qualifizierten Arbeit, mit der Einführung neuer und neuester Technik in allen Wirtschafts- und Industriezweigen, mit der Angleichung der technischen Ausrüstung und der Fondsausstattung in den Betrieben, werden die technisch-ökonomischen Voraussetzungen für die soziale Annäherung innerhalb des staatlichen Sektors geschaffen. Wenn 1971 jedoch der Automatisierungsgrad der Arbeit in der sozialistischen Industrie der DDR nur 7,6 Prozent betrug (siehe Tabelle 1), dann zeigt dies die Problematik bei der Überwindung dieser Unterschiede, die nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums möglich ist.<sup>29</sup>

27 Vgl. Rutkevič, M. N., Die Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR und ihre Entwicklung zur sozialen Homogenität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1/1975, S. 27 ff; derselbe, Die Entwicklung neuer Formen der sozialen Integration in der sozialistischen Gesellschaft, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 15. - 17. Mai 1974, Berlin 1975, S. 64 - 70.

28 Siehe dazu auch das Schlußwort von Erich Honecker auf der 2. Tagung des ZK der SED (September 1976), in dem auf die Entwicklung neuer, höherer Formen der Kooperation in der Landwirtschaft hingewiesen wurde, insbesondere auf die Weiterentwicklung der kooperativen Abteilungen zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für Pflanzenproduktion (auf der Grundlage der Arbeitsteilung und Spezialisierung) und die weitere Entwicklung der Agrar-Industrie-Vereinigungen als höherer Formen der Kooperation (auf der Grundlage der Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft und der Anwendung der Wissenschaft) (Honecker, Erich, Zu aktuellen Fragen unserer Innen- und Außenpolitik nach dem IX. Parteitag, Berlin 1976, S. 40.)

29 Vgl. Hausteil, H.-D., Die Proportionalität der technischen Basis im Sozialismus, Berlin 1975, S. 168, Anl. 12.

Tabelle 1

Entwicklung des Automatisierungsgrades der Arbeit in der sozialistischen Industrie der DDR 1963 - 1971<sup>+</sup>  
(in Prozent)

Jahr	Automatisierungsgrad der Arbeit	
	Anteil	Zuwachs
1963	4,2	-
1964	4,5	0,3
1965	4,8	0,3
1966	4,8	0,0
1967	5,0	0,2
1968	5,5	0,5
1969	6,1	0,6
1970	6,6	0,5
1971	7,6	1,0

+ Haustein, H. -D., Die Proportionalität der technischen Basis im Sozialismus, Berlin 1975, S. 168, Anl. 12.

Der Prozeß der sozialen Annäherung innerhalb der Betriebe vollzieht sich jedoch auch auf anderen Wegen, so über die wachsende Einbeziehung der Werktätigen in die Organisation und Leitung der Betriebe, hauptsächlich vermittelt des Systems der gesellschaftlichen Organisationen und Organe. Die Durchsetzung dieses Prozesses wird durch das Qualifikationsniveau beschleunigt oder gebremst.<sup>30</sup>

Die Unterschiede, die aus einer Verteilung nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Wirtschafts- und Industriezweigen resultieren, nehmen ebenfalls ab. Der Wirtschaftszweig-Lohngruppen-Katalog für Produktionsarbeiter (WLK) und der Gehaltsgruppen-Katalog für technische und kaufmännische Angestellte und für Wirtschaftler (GGK), die vor allem nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Zweigen gestaffelt waren, wurden im wesentlichen zwischen 1952 und 1961 in die sozialistische Industrie eingeführt. Sie waren damals notwendig, um die starken Disproportionen in der Volkswirtschaft möglichst schnell zu überwinden und die für die weitere Entwicklung entscheidenden Zweige zu fördern. Die veränderten technisch-ökonomischen Bedingungen (insbesondere die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung der Produktion) verlangten jedoch in den sechziger Jahren neue Bewertungsmaßstäbe der Leistung. Seit 1964 werden analytische Methoden zur Klassifizierung der Arbeiten nach ihren Anforderungen an das Arbeitsvermögen ausgearbeitet. Damit werden die betriebliche Arbeitsteilung sowie die Struktur und der Umfang der Anforderungen erfaßt.<sup>31</sup> Die neue Arbeitsklassifizierung orientiert auf eine einheitliche Erfassung und Bestimmung der Arbeitsanforderungen unabhängig von den Zweigen. Die Zweigstruktur spielt nur insofern eine Rolle, als auf Grund der unterschiedlichen technischen Ausrüstung der Zweige auch unterschiedliche Arbeitsanforderungen gestellt werden.

30 Zur direkten Abhängigkeit der aktiven bzw. passiven Verhaltensmerkmale von der Qualifikationsstruktur, d. h. zum ständigen Ansteigen aktiver Verhaltensmomente mit steigender Qualifikation und umgekehrt, siehe empirische Daten bei Meyer, Hansgünter, a. a. O., S. 69.

31 Siehe Ökonomik der Arbeit, a. a. O., S. 513 - 518.



Zweitens sind die Tendenzen zu nennen, die auf eine Annäherung der Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, also auf eine Überwindung der Unterschiede, die mit der bisherigen Arbeitsteilung zusammenhängen, gerichtet sind. In diesem Falle spielt vor allem die Überwindung der Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit und zwischen Stadt und Land eine Rolle. Mitunter wird dabei vergessen, daß zu den "arbeitsteiligen" Unterschieden auch die Unterschiede in der Qualifikation gehören, ja daß diese entscheidende Bestandteile einer vertikalen Gliederung der Gesellschaft sind.

Soweit mit der unterschiedlichen Qualifikation auch unterschiedliche Positionen (und Dispositionen) im Hinblick auf das gesellschaftliche Eigentum verbunden sind, wird deutlich, wie notwendig die wachsende Beteiligung der werktätigen Klassen und Schichten an der Leitung und Lenkung der Gesellschaft und Wirtschaft ist. Die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die wachsende Informativität, Kenntnis und Mitsprache voraussetzt (und damit auch höhere Ansprüche an die Leitungstätigkeit stellt), wird zu einer wichtigen Triebkraft der sozialen Annäherung zwischen den Klassen und Schichten und innerhalb der Klassen und Schichten.

Als Ausdruck einer solchen Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie kann auch die erhöhte Verantwortung angesehen werden, die den Territorien (Bezirken) bei der Lösung jener Aufgaben zugewiesen wurde, die unter den Gesamtkomplex "Sozialpolitisches Programm" fallen.<sup>32</sup> Je mehr sich soziale Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten und innerhalb der Klassen und Schichten verringern, desto mehr rücken jene sozialen Einheiten ins Blickfeld, in denen sich der Übergang von der bedingten oder noch nicht vollen sozialen Gleichheit, wie sie die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation auszeichnet, zur vollen sozialen Gleichheit vollzieht, die großen Produktionskollektive der Betriebe und Zweige und die Territorien.<sup>33</sup> Sie rücken ins Zentrum der Sozialplanung, weil vornehmlich hier die bewußte Gestaltung der sozialen Beziehungen erfolgt.<sup>34</sup>

Drittens sind die Tendenzen von besonderer Bedeutung, die zu einer Annäherung hinsichtlich der Verteilung führen.<sup>35</sup> Zum Beispiel unterscheidet sich die Art der

32 Siehe dazu Honecker, Erich, a. a. O., S. 34.

33 Auf die Bedeutung dieser sozialen Einheiten für die Vervollkommnung der sozialistischen Beziehungen wird in der soziologischen Literatur wiederholt hingewiesen. Stellvertretend sei hier genannt Weidig, Rudi, Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, a. a. O., S. 16.

34 Siehe dazu Rutjevič, M. N., Social'noe planirovanie v uslovijach razvitogo socializma, in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 3/1975, S. 13 f.

35 Zur Rolle des Verteilungssystems entsprechend dem Leistungsprinzip siehe Lötsch, Manfred, Über die soziale Struktur der Arbeiterklasse. Einige Schwerpunkte und Probleme der soziologischen Forschung, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, a. a. O., S. 94 f. - Lötsch mißt dem Leistungsprinzip "eine gewisse Schlüsselstellung" zwischen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und sozialen Unterschieden bei. "Es beruht auf wesentlichen Unterschieden im Entwicklungsniveau der gesellschaftlichen Arbeit, auf der Ungleichwertigkeit verschiedener Tätigkeiten im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, und es bedingt wesentliche Unterschiede in der Verteilung."

Erlangung eines Anteils am gesellschaftlichen Gesamtprodukt im staatlichen und im genossenschaftlichen Sektor. Im genossenschaftlichen Sektor spielt außerdem die persönliche Hauswirtschaft eine bestimmte Rolle. Aber auch innerhalb der einzelnen Sektoren gibt es Unterschiede. Innerhalb des staatlichen Sektors ist die unterschiedliche Qualifikation und Leistung Grundlage für eine unterschiedliche Verteilung. Eine Verringerung der Unterschiede in der Verteilung muß dementsprechend vorrangig auf die Erhöhung der Qualifikation aller Mitglieder der Gesellschaft gerichtet sein, während umgekehrt die objektiv begründete Anwendung des Leistungsprinzips unter den gegenwärtigen Bedingungen einen Anreiz zur weiteren Qualifikation schafft. In der Praxis gilt es dabei zu beachten, inwieweit die Qualifikation die Effektivität der Arbeit steigert und gleichzeitig der Entwicklung der Fähigkeiten und Talente des einzelnen dient. Infolge der raschen Entwicklung der Qualifikation in den sozialistischen Ländern wurde dieses Merkmal auf dem VIII. Weltkongreß für Soziologie in Toronto (1974) von marxistischen Soziologen als einer der dynamischsten Aspekte der Arbeitsteilung in der sozialistischen Gesellschaft bezeichnet<sup>36</sup> (siehe Tabellen 2 und 3).

Tabelle 2

Berufstätige in der DDR nach Qualifikationsstufen (ohne Lehrlinge) in 1000 Personen und nach Anteilen in Prozent  
1957 - 1970<sup>+</sup>

Jahr	Un- und Angelernte		Facharbeiter		Fachscha- babsolventen		Hochschul- absolventen		Insges. in 1000
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	
1957	4 737,5	60,7	2 792,5	35,8	167,5	2,1	112,1	1,4	7 809,6
1960	4 383,4	56,6	2 943,5	38,0	263,4	3,4	148,7	1,9	7 739,0
1965	3 685,2	48,0	3 339,5	43,5	425,5	5,5	225,6	2,9	7 675,8
1970	2 985,6	38,4	3 933,9	50,6	545,5	7,0	304,3	3,9	7 769,3

+ Probleme der Industrialisierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, Berlin 1974, S. 35.

Tabelle 3

Berufstätige mit Hoch- und Fachschulabschluß in der sozialistischen Wirtschaft der DDR 1961 - 1975<sup>+</sup>  
(je 1000 Berufstätige)

Jahr	Hochschulabschluß	Fachscha- babschluß
1961	21,8	39,0
1965	30,9	54,8
1970	39,2	68,2
1975 <sup>++</sup>	55,3	86,0

+ Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1976, Berlin 1976, S. 37.

++ Vorläufige Ergebnisse.

<sup>36</sup> Interview mit Prof. Dr. Rudi Weidig, in: Neues Deutschland, Ausg. B, 24. 8. 1974.

Die prinzipielle Linie zur Erhöhung der Qualifikation (verbunden mit der Entwicklung des geistig-kulturellen Niveaus) schließt nicht aus, daß die sozialen Unterschiede im Verteilungssystem auch auf anderen Wegen, unabhängig von Qualifikation und Leistung, verringert werden, zum Beispiel durch eine zielgerichtete Erweiterung der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds und sozial-motivierte Begünstigungen.<sup>37</sup>

Tabelle 4

Verwendung des Nationaleinkommens in vergleichbaren Preisen (Basis 1967)<sup>+</sup>  
(im Inland verwendetes Nationaleinkommen = 100)

Jahr	Akkumulation	Individuelle Konsumtion	Gesellschaftliche Konsumtion	Darunter kulturelle und soziale Betreuung
1950	8,5	82,9	8,6	2,5
1955	9,8	81,3	8,9	2,9
1960	18,1	73,7	8,2	2,8
1965	14,9	71,6	8,5	2,8
1970 <sup>++</sup>	24,0	66,8	9,2	2,8
1975 <sup>++</sup>	21,9	67,5	10,6	3,4

+ Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1976, Berlin 1976, S. 26.

++ Vorläufige Ergebnisse.

Zusammenfassend ist zu sagen:

Der soziale Annäherungsprozeß erfolgt im Hinblick auf die wesentlichen klassenbestimmenden Merkmale. Er schließt ein, daß die sozialen Unterschiede sowohl zwischen den Klassen und Schichten als auch zwischen den Schichten innerhalb der Klassen geringer werden. Auch wenn die damit verbundenen Tendenzen immer mehr planmäßig, bewußt gestaltet, durchgesetzt werden, bleibt ihre Grund-

37 Vgl. dazu den gemeinsamen Beschluß des Politbüros des ZK der SED, des Ministerrats und des Bundesvorstandes des FDGB vom 29. 5. 1976 über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976 - 1980. Unter den Maßnahmen, die in die hier genannte Richtung fallen, sei vor allem die Förderung berufstätiger Mütter genannt. Des weiteren sei auf die Maßnahmen hingewiesen, wie sie in der auf dem IX. Parteitag (Mai 1976) beschlossenen Direktive zum Fünfjahrplan 1976 - 1980 enthalten sind. Als Beispiele seien die Ausweitung der Fonds für Gesundheits- und Sozialwesen, für Bildung und Ausbildung sowie für Kultur und Sport genannt. Auch in den betrieblichen Fonds, vor allem den Kultur- und Sozialfonds, werden größere Mittel eingesetzt. (Vgl. Sindermann, Horst, Bericht zur Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976 - 1980, Berlin 1976, S. 20 ff.) Die Zuwendungen des Staates aus gesellschaftlichen Fonds je Haushalt und Monat stiegen von 222 M 1960 auf 572 M 1975, d. h. um 158%. (Neues Deutschland, Ausg. B, 22. 9. 1976.)

lage objektiv, sind sie von einem bestimmten Stand der Produktivkräfte abhängig, während umgekehrt in bestimmten Grenzen die mit diesen Tendenzen verbundene Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse neue Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktivkräfte und vor allem für die Entfaltung der Fähigkeiten des Menschen schaffen.

Tab. 1. Die Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR (1950-1970)

Jahr	Produktivkräfte (in %)	Produktionsleistung (in %)
1950	100	100
1955	110	115
1960	125	135
1965	145	165
1970	170	200

Die Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution. Sie ist das Ergebnis der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die durch die sozialistische Revolution ermöglicht wurde.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution. Sie ist das Ergebnis der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die durch die sozialistische Revolution ermöglicht wurde.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution. Sie ist das Ergebnis der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die durch die sozialistische Revolution ermöglicht wurde.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution. Sie ist das Ergebnis der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die durch die sozialistische Revolution ermöglicht wurde.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR ist ein Ergebnis der sozialistischen Revolution. Sie ist das Ergebnis der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die durch die sozialistische Revolution ermöglicht wurde.

# *Literaturkritik*



## INTENSIVIERUNG UND WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHER FORTSCHRITT

Bemerkungen eines Wirtschaftshistorikers zu

Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation, Probleme der Theorie und der Planung, hg. v. A. I. Notkin (Moskau), H. Maier (Berlin) (im folgenden: I)

Akademie-Verlag, Berlin 1974, 460 Seiten, Preis: 29, - M

Wissenschaft - Ökonomie - Fortschritt, Ökonomische Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, hg. v. Lev M. Gatovskij, František Kutta, Harry Maier (im folgenden: II)

Akademie-Verlag, Berlin 1974, 352 Seiten, Preis: 22, - M

Rita Schöneck, Effektivität - Kriterien - Proportionen, Ein Beitrag zum System volkswirtschaftlicher Effektivitätskriterien (im folgenden: III)

Akademie-Verlag, Berlin 1974, 154 Seiten, Preis: 12, - M

Heinz-Dieter Haustein, Die Proportionalität der technischen Basis im Sozialismus (im folgenden: IV)

Akademie-Verlag, Berlin 1974, 186 Seiten, Preis: 12,50 M

von Jörg Roesler

1. Intensivierung und Hauptaufgabe
2. Wesen, Faktoren und Kriterien der intensiv erweiterten Reproduktion
3. Investitionen - neue Technik - Wachstum
4. Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

### 1. Intensivierung und Hauptaufgabe

Die Bedeutung der Intensivierung für die Realisierung der Zielstellungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wurde Anfang der siebziger Jahre sowohl auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU als auch auf dem VIII. Parteitag der SED, dem XIV. Parteitag der KPČ und den Parteitagen anderer sozialistischer Bruderländer herausgearbeitet und begründet. Der objektive Zusammenhang zwischen der Hauptaufgabe, der strategischen Orientierung bei der Schaffung der Wirtschaft des entwickelten Sozialismus, und der Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, dem Hauptweg zur Erreichung dieses Zieles, fand in den Direktiven der Fünfjahrpläne 1971 bis 1975 der RGW-Länder seinen Nieder-

schlag.

"Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes", erklärte Leonid Ijitsch Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, "besteht darin, einen bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Steigerung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität zu sichern."<sup>1</sup>

Diese Abhängigkeit zwischen dem Wachstum des Nationaleinkommens und dem Ziel der sozialistischen Produktion wurde in den "Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971 - 1975" kurz und treffend in dem Satz zusammengefaßt: "Je höher das Nationaleinkommen ist, um so reicher wird unser Land sein, um so besser wird jeder Sowjetbürger leben."<sup>2</sup>

In der Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975 wurde die Hauptaufgabe wie folgt formuliert: "Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität."<sup>3</sup>

"Wenn in der Hauptaufgabe von der Steigerung der Effektivität gesprochen wird", heißt es dazu erläuternd bei Willi Stoph, "dann ist der Hauptweg dazu die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion."<sup>4</sup>

Ähnlich formulierte auf dem XIV. Parteitag der KPĈ Gustáv Husák die strategische Linie zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der ČSSR, als er erklärte: "Zum Hauptinhalt der Wirtschaftspolitik der Partei muß eine auf der vollen Nutzung der intensiven Wachstumsfaktoren beruhende zielstrebige und allseitige Erhöhung der Effektivität der volkswirtschaftlichen Entwicklung werden."<sup>5</sup>

- 1 Breshnew, L. I., Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau/Berlin 1971, S. 56.
- 2 XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 30. März bis 9. April 1971, Schlußworte, Direktiven, Resolutionen, Moskau/Berlin 1971, S. 121.
- 3 Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, in: Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 48 f.
- 4 Stoph, Willi, Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin 1971, S. 22.
- 5 Husák, Gustáv, Die Aufgaben der Wirtschaftspolitik der KPĈ. Bericht auf dem XIV. Parteitag der KPĈ, Prag 1971, S. 14, zit. in: Wissenschaft - Ökonomie - Fortschritt, Ökonomische Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Berlin 1974, S. 59.

Die erfolgreiche Durchsetzung der allseitigen Intensivierung verlangt, sie zur Sache aller Werktätigen zu machen. Auch die Wissenschaftler sind aufgerufen, ihre Forschungen zu Wesen, Faktoren und Kriterien der intensiv erweiterten Reproduktion zu vertiefen, um so grundlegende Voraussetzungen für eine effektivere Leitung und Planung der Intensivierung zu schaffen. Zu den Aufgaben auf diesem Gebiet sprach Erich Honecker auf der 13. Tagung des ZK der SED im Dezember 1974:

"Es wird daran gearbeitet, Leitung und Planung einschließlich der wirtschaftlichen Rechnungsführung und ökonomischen Stimulierung als ein einheitliches Ganzes zu qualifizieren und besser auf die Erfordernisse der Intensivierung einzustellen."<sup>6</sup>

Seit dem VIII. Parteitag der SED ist in der DDR eine erfreulich hohe Zahl wissenschaftlicher Publikationen zu Problemen der Intensivierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erschienen. Die vorliegenden vier Monographien wurden zum Beispiel alle innerhalb eines Jahres (2. Halbjahr 1974/1, Halbjahr 1975) veröffentlicht. Und doch stellen sie nur einen Ausschnitt aus der gesamten den Fragen der intensiv erweiterten Reproduktion gewidmeten wissenschaftlichen Literatur dar.<sup>7</sup> Für die Besprechung ausgewählt wurden diejenigen Bücher, die in ihren Untersuchungen den historischen Aspekt stärker berücksichtigen und die somit für die Wirtschaftshistoriker der DDR, denen noch keine fachspezifische Literatur zur Intensivierung zur Verfügung steht<sup>8</sup>, von besonderem Interesse sind.

Alle vier Publikationen sind im Akademie-Verlag erschienen, der schon seit Ende der sechziger Jahre bei Veröffentlichungen zu Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Intensivierung eine führende Rolle spielt.<sup>9</sup> Zwei der vier Bücher stellen Gemeinschaftswerke von Wirtschaftswissenschaftlern aus der UdSSR und DDR bzw. aus der UdSSR, der DDR und der CSSR dar. Sie sind das Ergebnis langjähriger fruchtbarer Wissenschaftskooperation, insbesondere zwischen den ökonomischen Instituten der Akademien der Wissenschaften der drei genannten Staaten<sup>10</sup>, die ihre Grundlage in den prinzipiell gleichen wirtschafts-

6 Honecker, Erich, Aus dem Bericht des Politbüros des ZK der SED, Berlin 1974, S. 25.

7 Es seien hier nur genannt Nick, Harry, Intensivierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Berlin 1974; Probleme der Intensivierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, Berlin 1974.

8 Besser ist die Situation in anderen sozialistischen Ländern, vor allem in der Sowjetunion. Bereits 1972 erschien von Autoren des Instituts für sozialistische Weltwirtschaft an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR unter dem Titel Intensifikacija proizvodstva v evropejskich stranach SEV. Faktory ékonomičeskogo rosta, Moskau 1972, eine historische Analyse des Wirtschaftswachstums in den europäischen RGW-Ländern.

9 Vgl. z. B. Grundfragen der sozialistischen Wachstumstheorie, Berlin 1968; Faktoren und Kriterien der intensiv erweiterten Reproduktion im Sozialismus, Berlin 1972.

10 Die im "Gesetz der sozialistischen Akkumulation" veröffentlichten Beiträge standen z. B. erstmals auf dem im Mai 1971 in Berlin abgehaltenen Symposium "Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und sozialistischen Akkumulation" zur Diskussion. Die sowjetische Ausgabe des Buches erschien im Verlag Nauka unter dem Titel: Socialisticeskoe nakoplenie. Voprosy teorii i planirovanija, Moskau 1973.

litischen Aufgabenstellungen der RGW-Länder bei der Verwirklichung der Intensivierung hat.

Anliegen aller Autoren der vorliegenden vier Publikationen ist es, mit ihren Veröffentlichungen einen unmittelbaren Beitrag zur Durchsetzung der sozialistischen Intensivierung zu leisten, deren Probleme jeweils unter einem bestimmten Aspekt behandelt werden. So stellen sich die Verfasser des Sammelbandes "Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation" die Aufgabe, "die inhaltlichen und praktischen Konsequenzen, die sich bei der Intensivierung der Volkswirtschaft für Inhalt und Struktur des Akkumulationsprozesses ergeben", herauszuarbeiten (I, S. 10)<sup>11</sup>. Heinz-Dieter Hausteins Buch "Die Proportionalität der technischen Basis im Sozialismus" "soll ein weiterer Beitrag zur ökonomischen Analyse, Prognose und Planung der technischen Basis im Sozialismus sein. Sie soll helfen, wissenschaftlich begründete und praktikable Antworten zu finden auf Fragen, die der VIII. Parteitag der SED vor den Wirtschaftswissenschaftlern aufgeworfen hat. Dazu gehört das Problem einer technischen Politik, die von den Bedürfnissen der Menschen ausgeht und hohe und stabile Wachstumsraten der Effektivität sichert" (IV, S. 7).

Das Anliegen ihrer Schrift "Effektivität - Kriterien - Proportionen" umreißt Rita Schöneck wie folgt: "In der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der sozialistischen Volkswirtschaft sind neue Aufgaben und Möglichkeiten herangereift, durch die die Effektivitätsproblematik verstärkt an Bedeutung gewinnt ... In der vorliegenden Arbeit wird ... der Versuch unternommen, einige Zusammenhänge volkswirtschaftlicher Effektivitätsrelationen und Grundproportionen darzustellen sowie Wachstumsbedingungen dieser Effektivitätsrelationen und Grundproportionen in Zusammenhang mit der Bedürfnisbefriedigung und Intensivierung des Reproduktionsprozesses zu begründen" (III, S. 11).

Die Autoren des Bandes "Wissenschaft - Ökonomie - Fortschritt" schließlich haben ihre Beiträge folgenden Hauptproblemen gewidmet:

1. Kriterien der gesellschaftlichen Effektivität von Wissenschaft und Technik und Intensivierung der sozialistischen gesellschaftlichen Produktion.
2. Vervollkommnung von Prognose, Planung und Organisation des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der sozialistischen Formen seiner Stimulierung.
3. Vervollkommnung der Planung, Struktur, Dynamik und Effektivität der wissenschaftlichen Forschung" (II, S. 8).

Aus den Aufgaben, die sich die Autoren gestellt haben, ergibt sich die starke Betonung von methodologischen Fragen, der Ermittlung von geeigneten Effektivitätskriterien, Wachstumsproportionen und wirksamer Stimulierungsformen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Behandlung von Problemen ersterer Art überwiegt im Sammelband "Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation" und in der Publikation von Schöneck, während Leitungsfragen im Gemeinschaftswerk "Wissenschaft - Ökonomie - Fortschritt" und in der Arbeit von Haustein eine größere Rolle spielen. Die historischen Analysen stehen in allen vier Bänden in engem Zusammenhang mit den aufgeworfenen methodologischen Problemen. Über die Motive, theoretische Untersuchungen durch - vielfach recht umfangreiche - historische Analysen zu ergänzen, schreibt Schöneck, die ein Drittel ihrer Monographie "der Anwendung synthetischer Effektivitätskriterien bei der empiri-

<sup>11</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

schen Analyse des Reproduktionsprozesses der DDR im Zeitraum von 1955 bis 1970" gewidmet hat, recht einleuchtend: "Die theoretische Diskussion über Möglichkeit, Notwendigkeit und Bestandteile eines Systems von Effektivitätskennziffern muß zwangsläufig ziemlich abstrakt geführt werden. Aber das ist nur die eine Seite des Problems, denn allein von dieser Warte aus ist eine umfassende Einschätzung des Zusammenhangs der verschiedenen effektivitätsbestimmenden Prozesse nicht möglich. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Anwendung anhand konkreter Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die praktische Behandlung liefert wesentliche Erkenntnisse über Inhalt, Vorteile und Grenzen von Kennziffern, die bei rein theoretischer Betrachtung überhaupt nicht zutage treten. Hierbei kann die Analyse vergangener Zeiträume auch wesentliche Aussagen für die Gestaltung zukünftiger Prozesse bringen" (III, S. 108).

Geht es den Autoren bei derartigen Untersuchungen auch um die Aufdeckung historischer Realisierungsformen inhaltlicher Tendenzen und Zusammenhänge der Intensivierung, so sehen sie es doch nicht als ihre Hauptaufgabe an, die zu untersuchenden Prozesse in den geschichtlichen Gesamtzusammenhang zu stellen, der gekennzeichnet ist durch die Wechselwirkung von ideologischen, politischen, ökonomischen und technischen Faktoren auf der Basis der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Die Mehrzahl der Autoren beschränkt sich auf die Darlegung von quantitativen Beziehungen und Entwicklungen innerhalb der Produktivkräfte, deren Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus nur kurz behandelt wird. Insofern handelt es sich bei den Analysen, auch wenn sie längere Zeiträume betreffen, noch nicht um wirtschaftshistorische Darstellungen. Ungeachtet dessen sind diese Untersuchungen für den Wirtschaftshistoriker von außerordentlichem Interesse und hohem Wert, geben sie ihm doch nicht nur präzise Informationen über die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, sondern auch Einsicht in grundlegende Zusammenhänge seiner Funktionsweise, Leitung und Planung. Sie regen ihn dadurch zur Weiterentwicklung bisheriger Forschungs- und Darstellungsmethoden an.

Das überaus reiche Zahlenmaterial, das die Mehrzahl der Beiträge auszeichnet, kann darüber hinaus der quantitativen Wirtschaftsgeschichte, die bisher von den Wirtschaftshistorikern, die sich mit der sozialistischen Produktionsweise beschäftigen, nur zögernd aufgenommen wurde, einen wesentlichen Anstoß geben.

Im folgenden soll auf einige inhaltliche Probleme der vorliegenden Bücher eingegangen werden, die unseres Erachtens für den Wirtschaftshistoriker von besonderem Interesse sind und bei der weiteren Gestaltung der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus stärker als bisher Berücksichtigung finden sollten.

## 2. Wesen, Faktoren und Kriterien der intensiv erweiterten Reproduktion

Theoretischer Ausgangspunkt ist für alle Autoren die Marxsche Definition der extensiv und intensiv erweiterten Reproduktion. "In kürzeren oder längeren Abständen", heißt es bei Marx im zweiten Band des "Kapitals", "findet so Reproduktion statt, und zwar - vom Standpunkt der Gesellschaft betrachtet - Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter; extensiv, wenn das Produktionsfeld ausgedehnt; intensiv, wenn das Produktionsmittel wirksamer gemacht."<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 2, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 24, S. 172.



Dementsprechend definieren zum Beispiel die tschechoslowakischen Wirtschaftswissenschaftler Mojmir Hajek, František Kutta und Miroslav Toms (Das extensive und intensive Wachstum der sozialistischen Ökonomie und Methoden seiner Messung) extensiv und intensiv erweiterte Reproduktion, die sie als zwei Seiten einer Medaille, das heißt des Wirtschaftswachstums, ansehen, "wobei weder die eine noch die andere Seite als absolut betrachtet werden darf", wie folgt: "Die extensive ökonomische Entwicklung ist also ein solcher Entwicklungstyp, bei dem die quantitative Erweiterung der Produktionsmittel und die Vergrößerung der Arbeitskräftezahl die entscheidende Quelle für das Wirtschaftswachstum der gesellschaftlichen Produktion ist. Umgekehrt bildet die intensive ökonomische Entwicklung einen solchen Entwicklungstyp, bei dem das Wachstum der gesellschaftlichen Produktion vorwiegend durch steigende Effektivität der gesellschaftlichen Gesamtarbeit gewährleistet wird" (II, S. 61 f.).

Den Zusammenhang zwischen Intensivierung und Effektivitätssteigerung betont auch Schöneck, wenn sie schreibt: "Die Steigerung der Effektivität des Reproduktionsprozesses erfolgt unter Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution und bei voller Nutzung der vorhandenen Arbeitskräfte vorwiegend durch die intensiv erweiterte Reproduktion" (III, S. 69).

Von den Zielstellungen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus geht Haustein aus, wenn er die Intensivierung so charakterisiert: "Ein hohes Tempo der Entwicklung des nichtmateriellen Bereichs (Gesundheit, Bildung, Kultur) und der Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen stellt aber neue Anforderungen an die Ausnutzung aller produktiven Fonds (Produktionsfonds, Bildungsfonds, Forschungsfonds). Damit wird die Intensivierung zum Hauptweg der Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses" (IV, S. 12).

Marina A. Usievič (Die Akkumulation bei intensiver Reproduktion in den sozialistischen Ländern Europas) unterteilt die in der intensiv erweiterten Reproduktion möglichen Methoden der Effektivitätssteigerung in zwei Hauptgruppen, wenn sie schreibt: "Die Intensivierung ist ein überaus komplizierter Prozeß, in dem mehrere miteinander verflochtene Faktoren wirken ... Das ist einmal die Steigerung der Effektivität der lebendigen Arbeit, das heißt ihrer Produktivität, und zum anderen die Erhöhung des Nutzeffekts der vergegenständlichten Arbeit, also des Wachstums der Fonds- und Grundfondsquote sowie die Senkung der Materialintensivität der Produktion" (I, S. 369 f.).

Ebenfalls auf der Unterscheidung zwischen den vorwiegend auf die Steigerung der Effektivität der lebendigen bzw. der vergegenständlichten Arbeit gerichteten Intensivierungsmethoden basiert Alexander I. Notkins These von den zwei Typen der intensiv erweiterten Reproduktion, ihrer fondsintensiven und ihrer fondssparenden Form. Er schreibt dazu (Die Akkumulation und ihre Rolle in der sozialistischen Reproduktion): "Die fondsintensive Form der intensiv erweiterten Reproduktion beruht auf dem Wachstum der Fondsausstattung der Arbeit sowie der Arbeitsproduktivität, Die Ökonomie der lebendigen Arbeit, das heißt die Verminderung des Arbeitsaufwands, wird auf Kosten zusätzlicher Aufwendungen von Produktionsfonds je Einheit Produktion bei insgesamt sinkendem Wert pro Produktionseinheit erreicht. Im Vergleich zur lebendigen Arbeit wächst der Anteil der akkumulierten Produktionsfonds. Diese Form der intensiv erweiterten Reproduktion erhöht beträchtlich den Bedarf an Akkumulation in den Produktionsfonds" (I, S. 33, 37).

"Vor der sozialistischen Gesellschaft steht [daher] die Aufgabe, eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität bei Verminderung der Fondsintensität des

Nationaleinkommens sowie der Aufwendungen des Akkumulationsfonds pro Rubel Zuwachs Konsumtionsfonds zu sichern. Die Lösung dieser Aufgabe wird dank der fondssparenden Form der intensiv erweiterten Reproduktion möglich" (I, S. 37).

Während die Mehrzahl der Autoren - wie zum Beispiel Usievič - zwischen Intensivierung und intensiv erweiterter Reproduktion nicht grundsätzlich unterscheiden, spricht sich Gunther Kohlmei (Intensivierung des sozialistischen Reproduktionsprozesses, Akkumulation und internationale Wirtschaftsintegration) nachdrücklich für eine Differenzierung zwischen beiden Begriffen aus: "Intensivierung des Reproduktionsprozesses kann nicht mit intensiv erweiterter Reproduktion gleichgesetzt werden, Natürlich gab es auch in der Vergangenheit in den europäischen sozialistischen Staaten genügend Prozesse der intensiv erweiterten Reproduktion und bei häufigem Überwiegen dieser letzteren. Bei der Intensivierung des Reproduktionsprozesses geht es in den europäischen Mitgliedsländern des RGW um den Vorrang der Maßnahmen zur intensiv erweiterten Reproduktion gegenüber denen zur extensiv erweiterten Reproduktion. Aber nicht nur das. Die Intensivierung des Reproduktionsprozesses verlangt weiterhin, die Effektivität sowohl der intensiv als auch der extensiv erweiterten Reproduktion zu stärken. Weiter gehört auch die Erhöhung der Effektivität der einfachen Reproduktion dazu. Schließlich umfaßt die Intensivierung auch die nichtmateriellen (produktiven und nichtproduktiven) Bereiche" (I, S. 394).

Die generelle Übereinstimmung der Autoren in ihren Auffassungen zur extensiv und intensiv erweiterten Reproduktion läßt sie auch zu einer einheitlichen Meinung über die Bedeutung der für die intensiv erweiterte Reproduktion entscheidenden Wachstumsfaktoren wie "Wissenschaft, Bildung, ökonomische Integration, das quantitative Niveau der Planungs- und Leitungstätigkeit, Materialökonomie, eine effektive Relation von Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen, die immer bessere Nutzung vorhandener Produktionsfonds und Produktionsflächen, die Entwicklung einer effektiven Infrastruktur, die Sicherung der Reproduktion der natürlichen Umweltbedingungen auf einem dem Sozialismus entsprechenden Niveau" (I, S. 10). Den genannten Intensivierungsfaktoren, ihrer Bedeutung und ihrer Entwicklung sind - unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaft und Bildung, der Investitionen sowie der Planungs- und Leitungstätigkeit - die Mehrzahl der Artikel in den vier zu besprechenden Publikationen gewidmet.

Eine Anzahl weiterer Beiträge sowie das Buch von Schöneck befassen sich mit den Kriterien der intensiv erweiterten Reproduktion. Dieses Problem ist für den Wirtschaftshistoriker insofern von besonderem Interesse, als die Bestimmung der Kriterien der Intensivierung Voraussetzung ist für die vorzunehmende Periodisierung der Volkswirtschaft in eine überwiegend extensive bzw. vorwiegend intensive Phase ihrer Entwicklung.

Aus der von allen Autoren akzeptierten Definition der Intensivierung als Form der effektiven Nutzung aller vorhandenen Produktionsfaktoren ergibt sich als logische Schlußfolgerung, daß Intensivierung dann eintritt, wenn in volkswirtschaftlichem Maßstab lebendige und vergegenständlichte Arbeit eingespart werden. Mit Recht wenden sich deshalb zum Beispiel Hajek, Kutta und Toms gegen "die traditionelle Auffassung von der extensiven und intensiven ökonomischen Entwicklung . . . , wobei nur die Produktivität der lebendigen Arbeit berücksichtigt wurde" (II, S. 62). Und Usievič polemisiert ganz richtig gegen die entgegengesetzte These, "daß letztlich nur das Wachstum der Fondsquote die intensive Entwicklung charakterisiert" (I, S. 326). Sind sich die Autoren auch darüber einig, daß Intensivierung sowohl Einsparung von lebendiger als auch von vergegenständ-

lichter Arbeit erfordert, so bleibt jedoch noch offen, ob jener ökonomische Prozeß, bei dem die Einsparung an lebendiger Arbeit durch die Erhöhung des Aufwandes an vergegenständlichter Arbeit erreicht wird, als intensiv erweiterte Reproduktion bezeichnet werden kann. Bei einer derartigen Entwicklung handelt es sich, worauf Notkin, Hajek, Usievič, Haustein und andere Autoren hinweisen, nicht um einen lediglich theoretisch interessanten Sonderfall, sondern um eine historisch notwendige Stufe des Übergangs von der vorwiegend extensiven zur überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion (vgl. I, S. 35, 360; II, S. 62; IV, S. 117).

Die aufgeworfene Frage läßt sich theoretisch befriedigend in der Hinsicht beantworten, daß im Falle einer Überkompensation des zusätzlichen Aufwandes an vergegenständlichter Arbeit durch die Einsparung von lebendiger Arbeit intensiv erweiterte Reproduktion vorherrscht und ansonsten von extensiv erweiterter Reproduktion gesprochen werden muß (I, S. 364 ff.). Die Schwierigkeit in der praktischen Anwendung dieser Erkenntnis liegt darin, daß es zwar allgemein anerkannte Effektivitätskriterien für die Einsparung lebendiger Arbeit (Entwicklung der Arbeitsproduktivität) und vergegenständlichter Arbeit (Fondsquote bzw. Fondsintensität) gibt, beide jedoch nicht ohne weiteres zu einem einzigen meßbaren Kriterium der Effektivität zusammengefaßt werden können. Die Suche nach einem Maß der "Gesamteffektivität", das es erlauben würde, Einsparungen bzw. zusätzliche Aufwendungen an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit in einer Kennziffer auszudrücken, hat schon viele Wirtschaftswissenschaftler beschäftigt (einen systematischen Überblick siehe III, S. 45 ff.). Eine Methode stellen Hajek, Kutta und Toms vor (II, S. 63 ff.). Auf eine andere, die der ungarischen Ökonomin Szikra, bezieht sich Usievič (I, S. 364). Schöneck analysiert eine ganze Reihe von Methoden zur Ermittlung der "Gesamteffektivität". Im Ergebnis gelangt sie zu der Schlußfolgerung, "daß mit einem einzigen meßbaren Kriterium die hauptsächlichsten Zusammenhänge von Prozessen der volkswirtschaftlichen Effektivität nicht ausreichend erfaßt und dargestellt werden können." Deshalb sollte "zu einer anderen Möglichkeit der Darstellung der volkswirtschaftlichen Effektivität übergegangen werden, zur zusammenfassenden Betrachtung der wichtigsten Teilkriterien in einem System, das heißt zur Darstellung der gegenseitigen Zusammenhänge und wechselseitigen Beeinflussungen dieser Teilkriterien ... Eine solche Betrachtung [müßte] sowohl die bisher gebräuchlichen Effektivitätskennziffern wie Arbeitsproduktivität, Fondsintensität und Materialintensität umfassen, als auch bestimmte volkswirtschaftliche Grundproportionen, wie Mehrproduktion zu notwendigem Produkt, Akkumulation zu Konsumtion und Ersatzfonds zu Nationaleinkommen." Die Einbeziehung bestimmter volkswirtschaftlicher Grundproportionen in die Effektivitätsberechnungen begründet Schöneck wie folgt: "Eine isolierte Einschätzung der Effektivität nur auf Grund von Effektivitätsrelationen kann vor allem dem Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung unter den Bedingungen einer vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion nicht genügend Rechnung tragen und die Erfordernisse einer den Gesamtbedürfnissen gemäßen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nicht ausreichend berücksichtigen" (III, S. 56 f.).

Das Verdienst Schönecks besteht darin, die für die intensiv erweiterte Reproduktion charakteristischen Wachstumsrelationen zwischen Arbeitsproduktivität und Nationaleinkommen, Fundsausstattung und Arbeitsproduktivität, Ersatzfonds und Nationaleinkommen, Aufkommen und Verwendung des Nationaleinkommens usw. näher bestimmt zu haben (III, S. 69 ff.). Damit ergeben sich auch für den Wirtschaftshistoriker neue Möglichkeiten für die Einschätzung des Charakters des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in den einzelnen Entwicklungsetappen.

Die Schwierigkeit, ein eindeutig meßbares Kriterium für die Intensivierung zu finden, hat indessen unter den Wirtschaftswissenschaftlern zu einer Situation geführt, die Hajek, Kutta und Toms wie folgt umreißen: "Während die meisten Ökonomen in bezug auf die Definition des extensiven und intensiven Wachstums ziemlich einheitlicher Auffassung sind, gehen die Ansichten in bezug auf die Formalisierung und Qualifizierung derselben auseinander. Dies führt dazu, daß zuweilen unterschiedliche Schlußfolgerungen für die konkrete Wirtschaftsentwicklung in einer bestimmten historischen Etappe gezogen werden" (II, S. 64).

Diese von den tschechoslowakischen Autoren gegebene Charakteristik gilt auch für die Auffassungen der Verfasser der vier behandelten Publikationen.

Hajek, Kutta und Toms charakterisieren zum Beispiel das Wirtschaftswachstum der im Zeitraum von 1950 bis 1970 bereits weitgehend durchindustrialisierten Tschechoslowakei als überwiegend extensiv. Obwohl eine Intensivierung ihrer Meinung nach bereits in den sechziger Jahren objektiv notwendig gewesen wäre, hätte ein ernsthaftes Bemühen um die stärkere Nutzung intensiver Wachstumsfaktoren erst nach dem XIV. Parteitag der KPČ im Jahre 1971 eingesetzt (II, S. 55, 82 ff.).

Notkin, der die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion - ebenfalls zwischen 1950 und 1970 - analysiert, schätzt diese - ungeachtet der gewaltigen industriellen Erschließungsvorhaben in Mittelasien und Sibirien - von Anfang an als überwiegend intensiv ein. Er konstatiert für den genannten Zeitraum lediglich einen Wechsel zwischen dem fondsintensiven und fondssparenden Typ der intensiv erweiterten Reproduktion. In den Jahren 1966 bis 1970, so meint Notkin, seien schließlich die Voraussetzungen geschaffen worden, um von einer teilweisen Intensivierung, "die sich nur auf die Einsparung lebendiger Arbeit stützt, zur allseitigen Intensivierung überzugehen" (I, S. 38).

Usievič gibt zunächst eine Gesamteinschätzung des Reproduktionsprozesses in allen RGW-Ländern während der fünfziger und sechziger Jahre. Sie bezeichnet die Jahre 1951 bis 1960 als die überwiegend extensive Periode. Im folgenden Jahrfünft wäre ihrer Meinung nach der Übergang zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion erforderlich gewesen. Diese objektive Notwendigkeit sei jedoch zunächst nicht genügend erkannt worden. Dagegen stand nach Usievič "die Intensivierung der Entwicklung ... bereits bei der Aufstellung der Fünfjahrpläne der sozialistischen Länder für den Zeitraum 1966 bis 1970 im Mittelpunkt". Im Verlaufe dieses Fünfjahrplanes wären die extensiven Wachstumsfaktoren allmählich zurückgedrängt worden. Die Entwicklung sei nicht in allen RGW-Ländern unbedingt gleichartig verlaufen. So habe zum Beispiel während der gesamten Periode in der DDR der intensive und in Polen der extensive Typ der erweiterten Reproduktion deutlich überwogen (I, S. 358, 362 f., 366, 375).

Die unter den Wirtschaftswissenschaftlern der DDR vorherrschende Meinung bringt Harry Maier zum Ausdruck, wenn er im Vorwort zum "Gesetz der sozialistischen Akkumulation" schreibt, daß seit Beginn der sechziger Jahre "mit der Schaffung der Wirtschaft des entwickelten Sozialismus der intensive Typ der erweiterten Reproduktion vorherrschend wird, daß die umfassende Intensivierung der Volkswirtschaft den Hauptweg unseres weiteren ökonomischen Fortschritts darstellt" (I, S. 9, 171).

Die weitere Forschung wird sicher mit neuen Untersuchungsmethoden und neuen Erkenntnissen auch eine Annäherung der Standpunkte bringen, muß sie bringen, denn daß "ein und derselbe Prozeß von dem einen Ökonomen als extensiv, von den



anderen jedoch als intensiv bezeichnet [wird] ... ist ... heutzutage keinesfalls eine abstrakt-theoretische, sondern eine höchst praktische Frage, denn davon, was als intensiv oder extensiv bezeichnet wird, hängt sowohl die Einschätzung des zurückgelegten Weges als auch die Wahl der perspektivischen Entwicklungsrichtung ab" (I, S. 359).

Die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus kann unseres Erachtens unter Nutzung ihrer komplexen, die Wechselwirkung von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und Überbau in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen stellenden Methoden zur Lösung dieses Problems einen wesentlichen Beitrag leisten.

### 3. Investitionen - neue Technik - Wachstum

Die vorliegenden vier Publikationen enthalten neben ihrer generellen Stellungnahme zur Intensivierungsproblematik eine Vielzahl spezifischer, interessanter und äußerst aufschlußreicher Abhandlungen, die einzelnen Seiten des Intensivierungsprozesses in Vergangenheit und Gegenwart gewidmet sind. Einen hervorragenden Platz nehmen darunter Probleme der Akkumulation und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein. Oft werden diese Beiträge eingeleitet mit einer Analyse der Entwicklung der Wirtschaft der fünfziger und sechziger Jahre. Das gilt auch für den Artikel von Usievič, in dem sich die Verfasserin mit der sinkenden Akkumulationseffektivität Anfang der sechziger Jahre, die in fast allen RGW-Ländern, so auch in der DDR, zu beobachten war, auseinandersetzt (I, S. 359 ff.)<sup>13</sup> Sie analysiert zunächst die Investitionseffektivität der Produktion, berechnet als Verhältnis des Investitionsvolumens zum Produktionszuwachs, und untersucht deren Wirkung auf die Fondsintensität, die wiederum wesentlichen Einfluß auf die Akkumulationseffektivität hat. Dabei kommt sie zu einer bemerkenswerten Erkenntnis: "Da es vom Investitionsvolumen abhängt, wie groß der Zuwachs an Grundfonds ist, die nach Ablauf der Bauzeit in Betrieb genommen werden, bestimmt die Entwicklung der Investitionsintensität mit einer gewissen Zeitverzögerung die der Fondsintensität. Nachdem von 1956 bis 1960 stark investiert wurde, was die Investitionsintensität bedeutend ansteigen ließ, wuchsen in der folgenden Periode von 1961 bis 1965 die Fonds und die Fondsintensität beträchtlich ... Infolgedessen nahm die Fondsintensität stark zu, während die unvollendeten Investitionen und die Investitionsintensität abnahmen. Nach dem verlangsamten Wachstum der Investitionen und der Investitionsintensität in diesem Zeitraum sanken von 1966 bis 1970 das Wachstumstempo der Produktionsgrundfonds und die Fondsintensität ... Gleichzeitig setzte jedoch erneut ein scharfer Anstieg der produktiven Investitionen ein, und die Investitionsintensität nahm zu, allerdings nicht so stark wie vorher ... Die Untersuchung zeigt: ... Ein großes Volumen unvollendeter Investitionen ist also die Hauptursache für eine sinkende Akkumulationseffektivität und für die Notwendigkeit, sie zu erhöhen" (I, S. 371 f.).

Diese Erkenntnis scheint uns für die wirtschaftshistorische Analyse der sechziger Jahre von großer Wichtigkeit. Sie weist auf die Notwendigkeit hin, solche Untersuchungen stets langfristig anzulegen.

Es wäre jedoch sicher nicht richtig, den Investitionsrhythmus als die alleinige Ursache der unterschiedlichen Entwicklung der Akkumulationseffektivität zu betrachten. Die Investitionen der einzelnen Jahre unterscheiden sich nicht nur quantitativ, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Interessante Ausführungen dazu

<sup>13</sup> Die Akkumulationseffektivität in der DDR betrug 1956 - 1960 : 0,53; 1961 - 1965 : 0,23; 1966 - 1970 : 0,33. Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation, a. a. O., S. 369.



macht Haustein. Er unterscheidet zwischen

- "- Überführungsinvestitionen, die der Überleitung neuer wissenschaftlich-technischer Prinziplösungen dienen (Antriebsfunktion)
- Ausgleichsinvestitionen zur Überwindung eines entstandenen Produktivitätsgefälles zwischen verschiedenen Teilen des betreffenden Komplexes
- Ersatz- und Fortführungsinvestitionen, die sich nicht einer der beiden genannten Gruppen zuordnen lassen" (IV, S. 53 f.).

Bezüglich unseres Problems der Entwicklung der Akkumulationseffektivität äußerst interessant sind Hausteins Ausführungen über den unterschiedlichen Wirkungsgrad der einzelnen Investitionsarten.

"Die Überführungsinvestitionen haben einen anderen Effektivitätsverlauf über die Zeit als die Ausgleichsinvestitionen. Sie bringen in der Regel einen höheren Effekt, jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung. Das ergibt sich daraus, daß beide Gruppen der Effektivität miteinander in Wechselwirkung stehen. Man kann sagen, daß erst die Ausgleichsinvestitionen es ermöglichen, die potentielle Effektivität der Überführungsinvestitionen voll zu erschließen. Andererseits weisen Ausgleichsinvestitionen eine zunächst steigende, dann aber tendenzielle sinkende Effektivität auf. Wenn der Ausgleich mehr oder weniger erreicht ist, bringt die Zersplitterung der Mittel auf viele Abschnitte einen geringeren Effekt als die Konzentration auf einen Abschnitt unter Nutzung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse. In welchem Maße die Investitionen auf die verschiedenen Gruppen verteilt werden, muß durch Optimierung entschieden werden" (IV, S. 54).

Es wäre gewiß ein lohnendes Unternehmen für die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus, die Investitionen der zweiten Hälfte der fünfziger und sechziger Jahre unter den von Haustein genannten Gesichtspunkten zu untersuchen, um damit zur Klärung der Entwicklung der Akkumulationseffektivität und der Dynamik der Wachstumsraten in den sechziger Jahren beizutragen.

Ebenfalls mit der Qualität der Investitionen beschäftigt sich ein Artikel (Neue und alte Technik) des sowjetischen Ökonomen Lev M. Gatovskij (II, S. 35 ff.). Gatovskij untersucht den bereits seit Jahrzehnten in der sozialistischen Wirtschaft gebräuchlichen Begriff "Neue Technik" näher. Er vertritt im Ergebnis seiner Analyse die Auffassung, daß neue Technik nicht einfach andere (veränderte) Technik, verglichen mit der gegebenen, sei, und fordert strengere Maßstäbe für die Verwendung dieses Begriffs in der Planung:

"Bedingung für die Einführung der neuen Technik ist, daß der Basisnutzen übertröffen wird. Als Basis wird die zum betreffenden Zeitpunkt und im betreffenden Anwendungsbereich eingesetzte Spitzentechnik, darunter substituierbare Technik, angesehen, die die gleiche Funktion im Produktionsprozeß hat. Beim Effektivitätsvergleich zwischen einzuführender Technik und Basistechnik ist folgendermaßen zu verfahren: Es ist nicht von der mit der Basistechnik in der Vergangenheit tatsächlich erreichten Effektivität auszugehen, sondern von der Effektivität, die zu verzeichnen wäre, wenn Produktion und Anwendung dieser Basistechnik während der vorgesehenen Nutzungsdauer der einzuführenden neuen Technik beibehalten worden wären. Dabei ist besonders wichtig, die in diesem Fall stattfindende moralische Überalterung der Basistechnik voll zu berücksichtigen" (II, S. 37).

#### 4. Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Gatovskij wendet sich mit seinen Forderungen bereits unmittelbar an die in der Leitung und Planung tätigen Wirtschaftsfunktionäre. Das Bestreben, mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen direkt auf die Wirtschaftspraxis einzuwirken, das, wie wir eingangs feststellten, in allen vier zu besprechenden Bänden deutlich spürbar ist, findet in derartigen Hinweisen seinen unmittelbaren Ausdruck. Sie reichen von Hausteins "Sieben praktischen Regeln für die Technikpolitik" (IV, S. 31 f.) über Alfred Langes Artikel "Die Vervollkommnung von Leitung und Planung der Überleitung von Forschungsergebnissen in den Produktionsprozeß mit dem Ziel einer höheren volkswirtschaftlichen Effektivität" (II, S. 154 ff.) bis zu Jakob G. Libermans Ausführungen über "Finanz- und Budgetmethoden zur Gestaltung der Akkumulation und zur Erhöhung ihrer Effektivität" (I, S. 345 ff.).

Aus diesen und anderen Beiträgen spricht einerseits die Praxisverbundenheit der Autoren. Andererseits sind sie auch Ausdruck der großen Bedeutung, die die Verfasser der Wirtschaftspolitik, der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und der Masseninitiative der Werktätigen beimessen - als Instrument zur Gestaltung und Veränderung der Wirtschaft, als Ausdruck der Rolle, die der subjektive Faktor<sup>14</sup> in der sozialistischen Gesellschaft beim Übergang von der vorwiegend extensiven zur überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion zu spielen vermag.

Objektive und subjektive Faktoren sorgsam abwägend, äußert sich Usievič zu dieser Problematik folgendermaßen: "Deshalb bedeutet, und das ist hervorzuheben, die Erschöpfung der extensiven Entwicklungsfaktoren von sich aus nicht automatisch den Übergang zur intensiven Entwicklung. Dazu bedarf es materieller und ökonomischer Voraussetzungen sowie einer bewußten und planvollen Aktivität des sozialistischen Staates, wie die Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft, die als Wirtschaftsreform von den sozialistischen Ländern in den letzten Jahren durchgeführt wurde" (IV, S. 34).

Von außerordentlicher Bedeutung für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hält Matvej A. Vilinskij (Probleme der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts) insbesondere die Planung: "Die volkswirtschaftliche Planung ist ein großer Vorzug der sozialistischen Ordnung, und wenn es sich um die Aufgabe handelt, die Errungenschaften der wissenschaftlich-tech-

<sup>14</sup> Der Begriff "subjektiver Faktor" wird hier - angewandt auf den Sozialismus - so verstanden, wie ihn Čagin ganz allgemein definiert: "Unter subjektivem Faktor verstehen wir die intellektuellen, moralisch-psychischen und anderen Komponenten der Tätigkeit der Menschen, Klassen, Parteien und sonstigen sozialen Gruppen und Organisationen. Der subjektive Faktor ist ein bestimmter Grad von Bewußtheit, Organisiertheit, Wollen und Energie der Menschen, der für die Erreichung ihrer Ziele erforderlich ist." Čagin fährt fort: "Der subjektive Faktor ist nicht nur Bewußtsein, nicht nur Ziel, sondern zugleich Handlung ... Der subjektive Faktor existiert nur in der Vereinigung der Ideen mit dem Handeln, in ihrer Realisierung in der praktischen menschlichen Tätigkeit." Und er schlußfolgert: "Die wichtige Frage der Wechselwirkung zwischen den objektiven Bedingungen und dem subjektiven Faktor ist die Frage der Realisierung des Inhalts des subjektiven Faktors in der objektiven Wirklichkeit." (Čagin, B. A., Der subjektive Faktor. Struktur und Gesetzmäßigkeiten, Berlin 1973, S. 48 f.)

nischen Revolution organisch mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden ..., so ist zu beachten, daß die Lösung dieser Aufgabe in erster Linie davon abhängt, ob die Planung in einen wirksamen Beschleuniger des technischen Fortschritts verwandelt wird" (II, S. 103).

Mit der gleichen Entschiedenheit heißt es bei Lange: "Angesichts der ökonomischen Bedeutung der Überleitung ist ihre wirkungsvolle Planung eine außerordentlich wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe. Sie muß auch als eine wesentliche Aufgabe angesehen werden, durch die es gelingt, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftens zu verbinden" (II, S. 162).

Und Wolfgang Marshall (Probleme der Überleitung von Forschungsergebnissen in die Praxis) betont: "Die planmäßige Lenkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aus gesamtgesellschaftlicher Sicht unterstützt die bewußte Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze, bewirkt die immer konsequentere Verbindung aller Bereiche des Reproduktionsprozesses und damit die Entfaltung der sozialistischen Gesellschaft überhaupt, schafft günstige Bedingungen für die fortschreitende ökonomische Integration der sozialistischen Bruderländer und ruft grundsätzliche Veränderungen im Charakter der gesellschaftlichen Arbeit und in der Arbeitsteilung hervor" (II, S. 215).

Welche Bedeutung Planungsmethoden für die Einführung der neuen Technik haben können, erläutert Hausteин an einem interessanten Beispiel: Bei der Analyse des Niveaus und Entwicklungstempos der Mechanisierung der Arbeit in der sozialistischen Industrie der DDR ist festzustellen, daß 1967 bis 1971 eine wachsende Differenz zwischen dem Mechanisierungsgrad bei Haupt- und Hilfsprozessen eintrat. Im Jahre 1971 wurde im Durchschnitt der Industrie ein Mechanisierungsgrad von 53,3 Prozent erreicht. Er belief sich bei Hauptprozessen auf 61,4 Prozent, bei Hilfsprozessen dagegen auf nur 33,4 Prozent. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Mechanisierungsgrades um 2,9 Prozent betrug der jährliche Zuwachs in den Hauptprozessen 3,8 Prozent, bei Hilfsprozessen dagegen nur 2,65 Prozent (IV, S. 36).

"Was ist die Ursache für diese Erscheinung?", fragt Hausteин. Und er gelangt zu der Feststellung: "In der Vergangenheit war ein großer Teil der Maßnahmen des Planes Wissenschaft und Technik auf die Sicherung der Produktionssteigerung in den Hauptprozessen gerichtet. Die unzureichende Komplexität der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist daher in nicht geringem Maße verantwortlich für das entstandene Mißverhältnis. Im Ergebnis dieser Entwicklung werden betriebliche Arbeitskräftefreisetzungen in den Hauptprozessen durch wissenschaftlich-technische Maßnahmen volkswirtschaftlich nicht wirksam, weil die betreffenden Arbeitskräfte von den Hilfsprozessen 'aufgesaugt' werden" (IV, S. 35).

Zur Bedeutung der Masseninitiative als Bestandteil des subjektiven Faktors für die Intensivierung sei stellvertretend für alle Autoren Hausteин zitiert, der schreibt: "Die Arbeiterklasse, die Intelligenz und alle Werktätigen entwickeln ständig die technische Basis der Produktion weiter. Ein deutlicher Ausdruck dafür ist die Neuererbewegung ... Die Neuererbewegung hat heute bereits einen Anteil von über 50 Prozent an der Selbstkostensenkung in der sozialistischen Wirtschaft, sie umfaßt eine große Zahl von bedeutsamen wissenschaftlich-technischen Leistungen" (IV, S. 34).

Aus der großen Bedeutung, die die zitierten Autoren der staatlichen Leitung und Planung und der Masseninitiative der Werktätigen für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als eines wesentlichen Merkmals der In-

intensivierung zumessen, ergibt sich für den Wirtschaftshistoriker die Schlußfolgerung, daß er den Prozeß der Intensivierung nur dann umfassend erforschen kann, wenn er ihn als Ergebnis der Wechselwirkung objektiver und subjektiver Faktoren untersucht, ihn als Prozeß der Verwirklichung der objektiven ökonomischen Gesetze erfaßt, die im Sozialismus im wachsenden Maße - im einzelnen aber noch mit recht unterschiedlichem Erfolg - von den Menschen für die immer bessere Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse ausgenutzt werden. Vom Gegenstand ihrer Wissenschaft her bringt die Wirtschaftsgeschichte für die komplexe, subjektive wie objektive Faktoren umfassende Erforschung der Intensivierung alle Voraussetzungen mit.

TRAURIGE ÜBERLEGUNGEN DARÜBER, WIE FERN WIR NOCH EINER AUSREICHENDEN HISTORIE DER GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN SIND

anlässlich der Lektüre von

Ronald L. Meek, *Social science and the ignoble savage*

Cambridge University Press, Cambridge 1976, 249 Seiten, Preis: L 6.00

V. B. Singh, *From Naoroji to Nehru. Six Essays in Indian Economic Thought*

The Macmillan Company of India Ltd, Bombay 1975, 174 Seiten,  
Preis: Rs. 38.00

von Jürgen Kuczynski

Meeks Buch ist nicht nur das beste, das er geschrieben hat, sondern auch einer der bedeutendsten Beiträge der Nachkriegszeit zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, der gerade durch das Neue, das er durch Untersuchung der Schriften oft alt und gut bekannter Gesellschaftswissenschaftler der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter neuem Blickpunkt bringt, uns zeigt, wieviel wir noch zu leisten haben, bevor wir eine befriedigende Geschichte der Gesellschaftswissenschaften werden schreiben können.

Meek verflucht in seinen Ausführungen mehrere Themen, die in ihrer Gesamtheit für die Herausbildung dessen, was ich in Band 1 meiner Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften den vormarxistischen Historischen Materialismus in der Methodologie genannt habe, von größter Wichtigkeit sind. Wenn einige marxistische Gesellschaftswissenschaftler an diesem Ausdruck als einer Art "Majestätsbeleidigung" von Marx Anstoß genommen haben, so bestätigt das Buch von Meek ihn in jeder Weise. Man vergesse doch nicht, daß Lenin von den Lehren der größten vormarxistischen Denker der Bourgeoisie als Bestandteilen des Marxismus sprach, daß er die Lehre von Marx als ihre "Fortsetzung"<sup>1</sup> bezeichnete und daß er etwa die Ausführungen von Clausewitz über das Verhältnis zwischen Krieg und Politik als einen "Schritt zum Marxismus"<sup>2</sup> charakterisierte.

Der "ignoble savage", der "unedle Wilde", von dem im Titel des Buches von Meek die Rede ist, ist der Mensch auf der ersten Stufe seiner Entwicklung, der von den untersuchten Autoren als primitiv und roh betrachtet wird - im Gegensatz zu den Auffassungen von Rousseau und der Romantik, die von dem edlen, von keiner Zivilisation verderbten Wilden, insbesondere in Amerika, schwärmten. Das ist das eine Thema.

1 Lenin, W. I., Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 3.

2 Lenin, W. I., Clausewitz' Werk "Vom Kriege", Berlin 1957, S. 39.



Das andere besteht in der Herausarbeitung der Rolle Amerikas als Vorbild der ersten Entwicklungsstufe der Menschheitsentwicklung für viele der analysierten Gesellschaftswissenschaftler. Ihre These lautete: "In the beginning all the world was America." Diese Formulierung von Locke heißt nichts anderes als: Die Entwicklung der Menschheit begann mit einem Zustand, der dem der Indianer, wie wir ihn heute (im 18. Jahrhundert) kennen, entspricht.

Das dritte Thema ist die Entwicklung der Vier-Stufentheorie, nach der die Menschheit sich vom Stadium der Jagd zu dem der Viehzucht (Nomaden), zu dem der Landwirtschaft und schließlich zu dem des Commerce, das heißt des Handels, des Tauscherts, des Handwerks und der Industrie, heraufarbeitete.

Schließlich als viertes Thema: Die Lebensweise, "the mode of subsistence" als bestimmender Faktor für den Überbau - mit der Wiederentdeckung der Werke von John Millar für die Wirtschaftsgeschichte. Es ist das gesellschaftliche Sein, das das Bewußtsein bestimmt - nach dem jungen Turgot, dem jungen Adam Smith, nach Lord Kames und vor allem auch nach John Millar ..., nachdem Grotius, Pufendorf und vor allem Montesquieu die ersten wichtigen Schritte in dieser Richtung getan hatten.

Und die Leistung von Marx? Worin besteht die Krönung dieser Folge großer Gedanken? Doch darin, daß Marx die Basis nicht in der Weise der Gewinnung der Lebensnotwendigkeiten, sondern in der Produktionsweise, die die Beziehungen der Menschen in der Produktion miteinschließt, erkennt.

Die Beziehung von Marx zu den hier genannten großen Denkern ist nicht unähnlich seiner Beziehung zu den großen Historikern Frankreichs in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts, über die er schrieb: "Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."<sup>3</sup> Ähnlich hätte er schreiben können, daß die Basis, die materielle Produktion der Lebensnotwendigkeiten und die ihr entsprechende Lebensweise - Jäger, Hirten, Ackerbauer, Tauscherte Produzierende -, als letztlich entscheidender Faktor für Recht und Staat und Literatur, das heißt für den Überbau, nicht seine Entdeckung gewesen wäre, sondern die einer Reihe hervorragender Denker der Übergangszeit zum Kapitalismus. Seine Leistung hätte vielmehr in der Entdeckung der Bedeutung der Beziehungen der Menschen in der Produktion, in den Produktionsverhältnissen als Teil der Produktionsweise bestanden. Und weiter hätte Marx darauf hingewiesen, daß nur eine solche Betrachtungsweise

einmal erlaubt, die vierte Stufe, die Stufe des "commerce", in die Perioden der Sklaverei, der asiatischen Produktionsweise, des Feudalismus, des Kapitalismus und schließlich des Sozialismus zu gliedern, und

3 Marx, Karl, an Joseph Weydemeyer, 5. 3. 1852, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 507 f.

sodann es ermöglicht, die Lehre der Vier-Stufenentwicklung der französischen und schottischen Philosophen organisch zu verbinden mit der Klassenkampflehre der französischen Historiker.

Es war doch schließlich Lenin, der mit Recht so großen Wert darauf gelegt hat, daß wir Marx nicht als einen Deus ex machina, sondern als die Krönung einer ihm ein Jahrhundert und mehr vorangehenden großartigen Entwicklung bürgerlichen und bourgeoisen Denkens erkennen. Und niemand kann bezweifeln, daß das Buch von Meek einen wichtigen Beitrag geleistet hat, uns in dieser Sicht von Marx weiter zu vervollkommen.

Wenn ich im ersten Band meiner Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften vielleicht einen Anstoß zur Untersuchung dessen, was ich den vormarxistischen Historischen Materialismus als Methodologie genannt habe, gegeben habe, so bringt uns das Buch von Meek gleich einige Riesenschritte auf dem Wege zu solchen Untersuchungen weiter.

Zugleich aber ist es durchaus berechtigt, sich darüber zu wundern, warum es so lange gedauert hat, bis ein Buch wie das von Meek erschienen ist.

Was die Politische Ökonomie betrifft, ist die Situation eine günstigere, da Marx hier selbst in den "Mehrwerttheorien" so großartige Vorarbeit geleistet, mit solchem Eifer, solcher eingehenden, man möchte sagen, aufmerksamen Liebe und Bewunderung auch die geringsten seiner unmittelbaren Vorgänger studiert hat. Leider hatte er nicht die Zeit gefunden, das so ausführlich auch mit seinen geschichtsphilosophischen Vorgängern zu tun, und darum ist es höchste Zeit, daß wir das nachholen.

Traurig nannte ich die Überlegungen, die einem bei einem so trefflichen Buche wie dem von Meek kommen, weil sie nicht nur zeigen, wieviel wir noch zu arbeiten haben, bevor wir an eine so dringend benötigte Geschichte der Gesellschaftswissenschaften gehen können, traurig auch, weil sich an dem so trefflichen Buche von Meek zeigt, was wir ohne jede Entschuldigung an Vorarbeiten bisher versäumt hatten.

In ganz anderer Weise zeigt uns das Buch von Singh, wie weit wir noch von einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften entfernt sind, weil unser Denken noch so euro-amerikano-zentrisch ist. Man antworte mir nicht, daß es Spezialisten für indische Politische Ökonomie gibt und daß eine Geschichte der Gesellschaftswissenschaften eben von einem Kollektiv geschrieben werden muß. Denn erstens gibt es noch keine Spezialisten für die Geschichte der politischen Ökonomie in Indien, und zweitens würden sie uns nicht bei einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften helfen können. Das läßt sich so leicht gerade aus dem Buch von Singh beweisen.

Der erste Ökonom, den Singh behandelt, ist Dadabhai Naoroji (1825 bis 1917). Im ersten Abschnitt stellt Singh kurz sein Leben und seine Zeit dar, der zweite beginnt die Analyse seiner Theorie der Politischen Ökonomie. Er wird so eingeleitet:

"Der wichtigste Beitrag, den Dadabhai auf dem Gebiet der ökonomischen Ideen geleistet hat, ist seine Drain-Theorie (seine Theorie des Abzugs von Potenzen jeder Art - J. K.) und ihre Anwendung auf Indien. In voller Kenntnis des Werkes von Adam Smith 'Eine Untersuchung der Natur und der Ursachen des Reichtums

der Nationen" widmete er sich der Untersuchung der Natur und der Ursachen der Armut Indiens. Für ihn bestand die Ursünde in der Errichtung der Britischen Herrschaft über Indien. Die Drain-Theorie stellt die verschiedenen Methoden fest, die die Briten angewandt haben, um die indischen materiellen und menschlichen Ressourcen innerhalb wie außerhalb des Landes im Interesse der britischen Händler, Produzenten, zivilen und militärischen Besatzer auszubeuten. Die Theorie ist ein Vorläufer von Hobsons und Lenins Theorien des Imperialismus."

Es ist offenbar, daß eine solche Gegenüberstellung von Dadabhai und Smith, daß eine solche Herausarbeitung einer Vorgängerschaft von Lenin in Indien natürlich nicht von einem Spezialisten für Indien, sondern nur von einem allgemein gebildeten Politökonom, wie Singh einer ist, gemacht werden konnte.

Man soll in diesem Zusammenhang auch sehen, daß Dadabhai selbst Herbert Spencer, John Stuart Mill und Carlyle gekannt hat und er sich mit Recht geweigert hätte, als spezifisch indischer Politökonom in dem Sinne, daß seine ökonomischen Theorien ein rein indisches Produkt wären, angesehen zu werden.

Wiederum wird man zu traurigen Überlegungen angeregt, wenn man sich fragt, wie viele oder richtiger wie wenige Politökonomien etwa in der DDR Dadabhai, ja überhaupt die frühe Politische Ökonomie der "Dritten Welt", die damals noch eine Kolonialwelt war, kennen. Ist es nicht vielleicht überhaupt so, daß man die Anfänge der anti-imperialistischen Imperialismus-Theorien außerhalb Europas suchen muß? Wo gibt es überhaupt ausführlichere Studien der vorleninistischen Imperialismus-Theorien? insbesondere in der marxistischen Literatur!

Ist es nicht überhaupt eine Schwäche unserer gesellschaftswissenschaftlichen Literatur der Gegenwart, daß sie sich allzuviel in allgemeinen Betrachtungen über die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie der zeitgenössischen Zustände wiederholt und allzuwenig Aufmerksamkeit der Vorgeschichte des Marxismus-Leninismus und der "Dritten Welt" in der Vergangenheit zuwendet?

Gerade wenn wir etwa die Leistungen von Marx hinsichtlich der Analyse der englischen Politischen Ökonomie vor seiner Zeit uns als Beispiel nehmen, werden wir in dieser Richtung weit schneller vorwärts kommen, als wir es in der Vergangenheit getan haben, und endlich auch in der Lage sein, eine Geschichte der Gesellschaftswissenschaften zu schreiben, wie es Bernal für die Naturwissenschaften getan hat.

## WER MACHT MEINUNG FÜR WEN?

Aspekte und Positionen bei der Darstellung der historischen Entwicklung der Bewußtseinsindustrie anhand einiger Publikationen

Rainer Fabian, Die Meinungsmacher. Eine heimliche Großmacht  
(im folgenden: I)

Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1970, 251 Seiten,  
Preis: 25,- DM

Spartak Iwanowitsch Beglow, Millionäre machen Meinung von Millionen  
(im folgenden: II)

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1971,  
253 Seiten, Preis: 12,50 M

Das glückliche Bewußtsein. Anleitungen zur materialistischen Medienkritik,  
hg. v. Michael Buselmeier = Sammlung Luchterhand 1002  
(im folgenden: III)

Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1974, 253 Seiten,  
Preis: 12,80 DM

von Horst Handke

1. Die verheimlichte "heimliche Großmacht"
2. Die "Monopole des Wortes" als Bestandteil des politischen Herrschaftssystems
3. Die "Vermarktung" der linksradikalen Kritik

Die Geschichte der Meinungsbeeinflussung ist in den letzten neunzig bis hundert Jahren - auf eine Kurzformel gebracht - die Geschichte der Massenmedien, und diese ist zugleich die Geschichte der Monopolisierung des Bewußtseinssektors. Im Zusammenhang damit vollzog sich die massenhafte und serienmäßige Produktion und zunehmende "Vermarktung" der geistigen Produkte. Mit dieser Betrachtung sind die grundlegenden ökonomischen Prozesse in einem Bereich abgesteckt, der gemeinhin als eine Überbauerscheinung, fernab von der ökonomischen Basis, angesehen wird. Zum anderen sind damit aber auch ökonomische Prozesse angedeutet, die noch keineswegs den Platz in der marxistischen Geschichtsforschung einnehmen, der ihnen entsprechend ihrer Bedeutung für die Existenz und Entwicklung des Monopolkapitalismus zukommt.

Es gibt einige grundlegende Arbeiten zu dieser Problematik, die in den letzten Jahren erschienen sind, in der DDR zum Beispiel die Arbeiten von Hey-

## WER MACHT MEINUNG FÜR WEN?

Aspekte und Positionen bei der Darstellung der historischen Entwicklung der Bewußtseinsindustrie anhand einiger Publikationen

Rainer Fabian, Die Meinungsmacher. Eine heimliche Großmacht  
(im folgenden: I)

Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1970, 251 Seiten,  
Preis: 25,- DM

Spartak Iwanowitsch Beglow, Millionäre machen Meinung von Millionen  
(im folgenden: II)

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1971,  
253 Seiten, Preis: 12,50 M

Das glückliche Bewußtsein. Anleitungen zur materialistischen Medienkritik,  
hg. v. Michael Buselmeier = Sammlung Luchterhand 1002  
(im folgenden: III)

Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1974, 253 Seiten,  
Preis: 12,80 DM

von Horst Handke

1. Die verheimlichte "heimliche Großmacht"
2. Die "Monopole des Wortes" als Bestandteil des politischen Herrschaftssystems
3. Die "Vermarktung" der linksradikalen Kritik

Die Geschichte der Meinungsbeeinflussung ist in den letzten neunzig bis hundert Jahren - auf eine Kurzformel gebracht - die Geschichte der Massenmedien, und diese ist zugleich die Geschichte der Monopolisierung des Bewußtseinssektors. Im Zusammenhang damit vollzog sich die massenhafte und serienmäßige Produktion und zunehmende "Vermarktung" der geistigen Produkte. Mit dieser Betrachtung sind die grundlegenden ökonomischen Prozesse in einem Bereich abgesteckt, der gemeinhin als eine Überbauerscheinung, fernab von der ökonomischen Basis, angesehen wird. Zum anderen sind damit aber auch ökonomische Prozesse angedeutet, die noch keineswegs den Platz in der marxistischen Geschichtsforschung einnehmen, der ihnen entsprechend ihrer Bedeutung für die Existenz und Entwicklung des Monopolkapitalismus zukommt.

Es gibt einige grundlegende Arbeiten zu dieser Problematik, die in den letzten Jahren erschienen sind, in der DDR zum Beispiel die Arbeiten von Hey-



den<sup>1</sup>, Knipping<sup>2</sup>, Banaschak und Vorholzer<sup>3</sup>, in der UdSSR zum Beispiel die Arbeiten von Arbatov<sup>4</sup>, Bessonov<sup>5</sup>, Sjabljuk<sup>6</sup> und Feofanov<sup>7</sup>. Auch das noch ausführlicher zu besprechende Buch von Beglow gehört zu dieser Aufzählung. Unter den bemerkenswerten Büchern, die von Marxisten in kapitalistischen Ländern geschrieben wurden, sei vor allem das von Holzer<sup>8</sup> genannt. Doch die Autoren behandeln die historischen Aspekte - die historische Entwicklung der Bewußtseins-sphäre und ihre ökonomische Durchdringung durch das Kapital - mit unterschiedlichem Gewicht, sehr häufig nur am Rande. Etwas ausführlicher geht Bessonov auf die historischen Aspekte der Meinungsbeeinflussung ein, und von besonderem Interesse sind in dem hier genannten Zusammenhang seine Darlegungen über die Verwandlung der Propaganda und der Informationsmittel in einen hochentwickelten Industriezweig. Insgesamt jedoch bleibt für die Forschung noch viel zu tun, um gerade die ökonomischen und sozialen Prozesse, die mit der "Industrialisierung" der "geistigen Produktion" und der "Vermarktung" der "geistigen Produkte" zusammenhängen, in ihrem historischen Ablauf zu erfassen. Zweifellos können dazu auch die Wirtschaftshistoriker ein Teil beitragen.

Die Geschichte der "geistigen Produktion" läßt sich unter verschiedenen Aspekten betrachten. Unter ideologischem Aspekt würde der "Inhalt" der "geistigen Produktion" zu behandeln sein; unter psychologischem und sozialpsychologischem Aspekt die "Technik" des "Verkaufs", die "Verpackung", die Art und Weise, in der die "Ware" an den "Käufer" gebracht wird; unter technologischem Aspekt wären die für die Herstellung und Verbreitung notwendigen Produktionsmittel und der Stand der Produktivkräfte zu untersuchen; unter sozialem Aspekt die objektive Lage und Struktur von Klassen und Schichten, deren unterschiedliche Rolle in der ökonomischen, politischen und ideologischen Auseinandersetzung, deren unterschiedlicher Einfluß auf die öffentliche Meinung; unter politischem Aspekt müßte die erweiterte Funktion der öffentlichen Meinung im politisch-gesellschaftlichen Leben der bürgerlichen Gesellschaft dargestellt werden; unter ökonomischem Aspekt die Konzentration und Zentralisation der Produktionsmittel und des Geldkapitals sowie die Besitzstrukturen im Bereich der Bewußtseinsindustrie.

Der Leser wird kaum erwarten, daß im Rahmen einer Rezension auf alle diese Aspekte systematisch eingegangen wird. Im Grunde kann nur auf den einen oder anderen Aspekt hingewiesen werden, können nur punktuell Probleme - in Verbindung mit den zu rezensierenden Büchern - genannt und Richtungen der Analyse

- 1 Vgl. Manipulation. Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie, Autorenkollektiv u. d. Leit. v. Günter Heyden, 2. Aufl. Berlin 1969.
- 2 Knipping, Franz, Monopole und Massenmedien, Berlin 1969.
- 3 Banaschak, Manfred, Die Macht der Verbände, Organisationen und Methoden staatsmonopolistischer Machtausübung und Massenverführung, Berlin 1964;
- 4 Banaschak, Manfred / Vorholzer, Jörg, Mensch und Macht, Der Mensch in den entgegengesetzten Gesellschaftssystemen unserer Zeit, Berlin 1969.
- 5 Arbatov, G. A., Ideologičeskaja bor'ba v sovremennyh meždunarodnyh otnošenijach, Moskau 1970.
- 6 Bessonov, B. N., Ideologija duchovnogo podavlenija, Moskau 1971, S. 130.
- 7 Sjabljuk, N., Industrija upravljaemoj informacii, Moskau 1971.
- 8 Feofanov, O. A., SŠA: Reklama i obščestvo, Moskau 1974.
- 9 Holzer, Horst, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971.

gezeigt werden. Im Vordergrund stehen dabei der soziale Aspekt, ganz besonders bei der Auseinandersetzung mit dem Buch von Fabian, und der ökonomische Aspekt, zum Beispiel bei der Behandlung des Buches von Beglow. Der Sammelband "Das glückliche Bewußtsein" forderte zu einer stärkeren Beachtung des ideologischen Aspekts heraus. Dabei ergaben sich enge Wechselbeziehungen zum ökonomischen Aspekt, unter anderem bei der Darstellung des Phänomens, wie selbst sich kritisch gebende "geistige Produkte" in den Sog der Monopole geraten, zur Ware, zum Profitträger werden. In allen Fällen werden auch Fragen der übrigen Aspekte gestreift.

Ein Wort muß auch zu den unterschiedlichen Positionen der Autoren gesagt werden. Sie reichen von der eklektizistischen Position Fabians, die Habermas und andere "Theoretiker" der "Neuen Linken" ebenso verarbeitet wie die Verfechter der reaktionären Totalitarismustheorie, bis zur Position der Autoren des "Glücklichen Bewußtseins", die - schwankend zwischen Brecht, Marcuse und Freud - in der allgemeinen Theorie irrend, in speziellen Analysen zuweilen schonungslos die wort- und bildsprachlichen Strukturen ausgewählter massenmedialer Produkte entlarven. Beglows marxistische Positionen dagegen konnten in der Rezension benutzt werden, um einige Thesen, die für die ökonomische und politische Grundlegung des historischen Platzes der Bewußtseinsindustrie von zentraler Bedeutung sind, durch zusätzliche Überlegungen auszubauen.

## 1. Die verheimlichte "heimliche Großmacht"

Im Mittelpunkt des Buches von Fabian stehen die Personen, die Public Relations betreiben. Sie sollen jene "heimliche Großmacht" bilden, die das "wichtigste Instrument der Weltveränderung in der Industriegesellschaft" - sprich monopolkapitalistischen Gesellschaft - bedienen (I, S. 211)<sup>9</sup>, die die Öffentlichkeit manipulieren und von sich abhängig machen (I, S. 7). Ihr Bild schwanke zwischen "geheimem Verführer" und "Erwachsenenbildner" (I, S. 11). Unabhängig davon, was an dieser Charakterisierung Zeichnung oder Verzeichnung ist, muß man zunächst anerkennen, daß sich der Autor einem Personenkreis zuwendet, der in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Es muß als eine dringliche Aufgabe angesehen werden, Kenntnisse über die gesellschaftliche Rolle dieses Personenkreises zu vermitteln, mehr noch, in einer populären Form an ein größeres Publikum heranzutragen. Voraussetzung dafür wäre allerdings gewesen, zunächst Klarheit über die Stellung und Funktion dieses Kreises in der monopolkapitalistischen Gesellschaft zu gewinnen. Erst die Bestimmung des sozialen Standorts dieses Kreises, die Herausarbeitung seines Zusammenhangs mit den herrschenden Kräften, hätte den Autor sein Ziel erreichen lassen, nämlich zu zeigen, von wem die "Öffentlichkeit" in der "westlichen Welt" manipuliert wird, von wem die Meinungsbildung kontrolliert und gelenkt wird (I, S. 7).

Wer sind nach Fabian die "Meinungsmacher", die seinem Buch den Titel gegeben haben? Da wird von einer "neuen Menschenklasse" gesprochen, die "Nachrichten produziert" (I, S. 31, 33). An ihrer Spitze sieht der Autor die Vizepräsidenten von großen Unternehmen oder auch Regierungssprecher (I, S. 32). Dazu rechnet er Protokollchefs ebenso wie Kaufleute des Marketing. An anderer Stelle spricht

<sup>9</sup> Die in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf das jeweils rezensierte Buch, die römische Zahl bezeichnet das Buch selbst nach der im Titel der Rezension angeführten Reihenfolge.

er von den "Bedienern" einer "Maschinerie", "die zur Beeinflussung und Erziehung der Bevölkerung eingesetzt wird" (I, S. 64). Er bezeichnet diesen Personenkreis als "Kontrolleure der Öffentlichkeit" (I, S. 48), "Herrschafts-Techniker", "Verwalter der Öffentlichkeit" (I, S. 49) oder auch schlicht als "Propagandisten" (I, S. 205).

Sind das nun wirklich die Personen, die die öffentliche Meinung kontrollieren? Fabian bleibt weitgehend an der Oberfläche, wenn er die "Public-Relations-Experten" als neue Führungsschicht ansieht, statt sie in ihrem Verhältnis zur tatsächlich herrschenden Schicht darzustellen, sie als eine Art neuer Zwischenschicht einzuordnen, die für die monopolkapitalistische Führungsschicht zur Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung immer unerläßlicher wird.

Gelegentlich finden sich Ansatzpunkte, die wissenschaftlich hätten vertieft werden können. Da wäre zum Beispiel das vielverwendete Bild von den Rede-Häuptlingen der Polynesier. "Bei vielen polynesischen Stämmen", so schreibt Fabian, "spricht der Häuptling kein Wort. Das besorgt für ihn der 'Rede-Häuptling', das heißt sein Public-Relations-Mann" (I, S. 10). Genau dieses Verhältnis von "Herrscher" und "Sprachrohr" hätte im Mittelpunkt der Darstellung stehen müssen, um den Mechanismus der Meinungslenkung und Meinungskontrolle in der heutigen kapitalistischen Welt zu durchdringen. Doch Fabian beschränkt sich auf die Schilderung der Arbeitsweise der sogenannten Sprachrohre, und da er ihre Tätigkeit nicht als eine Art verselbständigte Funktion der herrschenden Schicht ansieht, sondern ihre Tätigkeit mit Herrschaft gleichsetzt, verdunkelt er das Problem der Meinungsbildung und Meinungskontrolle mehr, als daß er zu seiner Erhellung beiträgt. So kommt es, daß Fabian zwar gelegentlich richtige Ausgangspunkte findet, diese dann aber - weil seine theoretische Grundkonzeption falsch ist - nicht weiter verfolgt oder gar wieder zurücknimmt. So verwundert es nicht, wenn die verflachende, nur auf äußere Wirksamkeit bedachte Darstellung auf weiten Strecken überwiegt.

An nicht wenigen Stellen schlägt Fabian erstaunliche historische Bögen - bis hin zur Urgesellschaft (I, S. 45) oder auch zu den biblischen Mythengestalten Adam und Eva (I, S. 16). Gelegentlich findet sich dann auch ein Aperçu etwa derart, ob die Mittel, die Eva beim Beschwatzen Adams angewandt hat, bloße Überredung waren (von Fabian bemerkenswerterweise mit Propaganda gleichgesetzt) oder ein latentes Bedürfnis geweckt hätten, so daß Eva als eine Art urtümliche Public-Relations-Managerin in der Art der bundesdeutschen Elisabeth Noelle-Neumann angesehen werden kann (I, S. 16).

Doch solche Einfälle reichen nicht aus, das Problem der "Meinungsmache" zu erklären, und dies um so weniger, als sie von Auslassungen überwuchert werden, die aneinandergereiht bürgerliche Klischees ebenso enthalten wie auf Sensation bedachte, effekthaschende Formulierungen. So wird die Entstehung der Klassengesellschaft in die Entstehung von Eliten umgedeutet, und diese Eliten und ihre Spitzen erscheinen unterschiedslos, von der Antike bis zum Sozialismus, von Moses bis zu Fidel Castro, als Kräfte, die das Bestehende bewahren wollen und deshalb die öffentliche Meinung beherrschen müssen (I, S. 46). Hier ist die Dialektik der Geschichte völlig eliminiert. Es existiert kein Kampf unterschiedlicher Klassenkräfte, kein Kampf des Fortschritts gegen die Reaktion. Es erscheint so, als hätte es keine Führung in den Bewegungen der Volksmassen gegeben, als wäre jedwede Führung immer nur konservativ, nur am Bestehenden interessiert, gegen die Volksmassen gewesen.

Daneben läuft Fabians Darstellung auf den Versuch hinaus, progressive wie reaktionäre Tendenzen in der Geschichte gleichzusetzen. Dieser Versuch wird dort besonders deutlich, wo der Autor auf die Geschichte der Public Relations eingeht. Zunächst einmal stellt er fest, daß "die systematisch betriebene Öffentlichkeitsarbeit" um die Jahrhundertwende einsetzte, mit den Kampagnen, wie sie zum Beispiel in Deutschland auf dem Gebiet des Flottenbaus zu unrühmlicher Bedeutung gelangten. Auch auf das US-amerikanische Beispiel weist Fabian hin, dabei Bernays<sup>10</sup>, dem Schwiegersohn Freuds, folgend. Angeblich hätten in den USA die sogenannten "muckrakers", also jene sozialreformerischen Kräfte, die am Ende des vorigen Jahrhunderts die US-amerikanische Öffentlichkeit gegen die Macht der großen Trusts mobilisierten, die Public Relations begründet. Gewissermaßen als Antwort darauf sei von den Monopolen die gleiche Waffe angewendet worden.

Ganz offensichtlich erscheinen hier die Public Relations als ein Instrument, das unabhängig von politischen Auffassungen, von progressiven oder reaktionären Inhalten, benutzt wird. Mehr noch: Fabians Auffassung von den Public Relations läuft auf die offensichtlich pluralistische Konzeption hinaus, daß im Grunde jedermann sich der Public Relations bedienen könne: Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen, Frauenverbände und kirchliche Gemeinschaften, Staat und Wirtschaft, Konzernchefs und Filmstars (I, S. 11 ff.). Immerhin läßt der Autor dann auch wieder durchblicken, daß "Public Relations nur treiben kann", "wer dafür zahlt", und daraus folgert er: "... Wer bezahlen kann, der gehört zu denjenigen, die in einer Gesellschaft Macht ausüben" (I, S. 16). Was bei dieser Einsicht unterschlagen wird, ist, zu sagen, welche Public Relations gesellschaftlich entscheidend sind (die politischen), welche gesellschaftlichen Kräfte diese Public Relations weitgehend beherrschen (das Monopolkapital), und wie diese Herrschaft ökonomisch verwirklicht wird (über die Herausbildung von Monopolen im Public-Relations-Sektor und die enge Verflechtung dieser Monopole mit dem übrigen Monopolkapital).

Das Verfahren, reaktionäre und progressive Klasseninhalte gleichzusetzen oder zu negieren, wird von Fabian durchgängig auf die Geschichte angewandt. Das Ergebnis ist, daß das historische Wesen sozialökonomischer Prozesse völlig außerhalb der Betrachtung bleibt, daß Vorgänge in der Antike, im Feudalismus, im Kapitalismus und selbst im Sozialismus nur aufgrund oberflächlicher Merkmale gleichgesetzt oder gleich bewertet werden. Auf diese Weise werden die meisten Ansätze, in die Problematik historisch einzudringen, entstellt, verfälscht und enden in platten Gleichsetzungen der Erscheinungen verschiedener Gesellschaftsordnungen. Besonders kraß zeigt sich dieses Verfahren bei der Darstellung der Rolle der sogenannten Weltveränderer ("der Agenten des Wandels"), wo "Umstürzler und Putschisten", "Philosophen und Sektenprediger", "Wissenschaftler" und "Machtausüßer" und schließlich die "Agenten" der Public Relations (als die "neuen Weltveränderer", die "mietbaren Weltveränderer" bezeichnet) nur als verschiedene Verkleidungen des sogenannten Weltveränderers erscheinen, ohne daß dies auch nur im geringsten Reflexionen über den sozialen Inhalt der von Individuen oder gesellschaftlichen Gruppen bewirkten Veränderungen hervorruft (I, S. 68 f.).

An manchen Stellen wird der Leser nichtsdestoweniger Ansätze auch zu tieferen Erkenntnissen der Wirklichkeit finden. So deutet Fabian zumindest an, daß die

<sup>10</sup> Bernays, Eduard, Biographie einer Idee, die hohe Schule der P. R., Düsseldorf/Wien 1967.



Public Relations ebenso wie die Publicity in der antagonistischen Klassengesellschaft Waffen der Manipulation sind, Der Autor schreibt - in Anlehnung an den Soziologen Habermas -, daß die Publicity das öffentliche "Räsonnement" in "Reaktionen eines unverbindlichen Wohlwollens" verwandle, daß die "kritische Öffentlichkeit" durch die "manipulierte Öffentlichkeit" abgelöst werde (I, S. 42). Das läßt die Frage offen, wer früher die "räsonnierende", "kritische" und heute die "manipulierte" Öffentlichkeit darstellt. Wenn die "Öffentlichkeit" sich in den verschiedenen Kollektivitätsformen der Menschen ausdrückt, in den gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich aufgrund gemeinsamer - vor allem wirtschaftlicher und politischer - Interessen verbinden<sup>11</sup>, dann wird sich auch schwerlich leugnen lassen, daß diese verschiedenen Kollektivitätsformen - mehr oder weniger einheitlich - bestimmte Klassen- oder Schichtinteressen zum Ausdruck bringen. Damit ist aber von vornherein das Bild der "Öffentlichkeit" nicht einheitlich, auf "kritisch" oder "manipuliert" festgelegt, sondern widersprüchlich. In der "Öffentlichkeit" der antagonistischen Klassengesellschaft spielt sich der Kampf zwischen den nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse drängenden und den auf ihre Konservierung gerichteten Kräften ab, wobei die ersteren vornehmlich kritisch eingestellt sind, die letzteren zu manipulieren versuchen. Solange die Bourgeoisie eine aufstrebende Klasse war und gegen die feudalen Institutionen kämpfte, verkörperte sie die "kritische Öffentlichkeit". In dem Moment, als sie sich an der Macht etabliert hatte und zum geistigen Unterdrücker wurde, wurde sie zum "Manipulator"<sup>12</sup>. Dieser Wandel in der Haltung der Bourgeoisie bedeutet nicht, daß damit die "kritische Öffentlichkeit" in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern verschwand. Im Gegenteil, die Entwicklung der Arbeiterklasse und die Verbreitung ihres wissenschaftlichen Weltbildes führten zu einer qualitativ neuartigen "kritischen Öffentlichkeit", zu einer höheren Stufe der Kritik am "Bestehenden". Somit entstand für die herrschende Klasse überhaupt erst die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit in umfassender Weise mit "wissenschaftlichen" Methoden zu manipulieren. Bildungsniveau und Bewußtsein der Massen mußten erst ein bestimmtes Entwicklungsniveau erreicht haben, um Manipulation als Herrschaftstechnik voll ausbilden zu können.

Das Fazit dessen, was Fabian zum Thema "Meinungsmacher" vorlegt, ist äußerst widerspruchsvoll. Es ist weit mehr geeignet, die "babylonische Sprachverwirrung" um das Wort Public Relations, von der auf den ersten Seiten des Buches die Rede ist (I, S. 10), auch auf den Begriff der "Meinungsmacher" oder "Public-Relations-Experten" zu übertragen. Selbst wenn man akzeptieren wollte, daß jene "public relations counselors", Spezialisten für Information und Image-Pflege, deren Zahl in den USA 1969 über eine Viertel Million betragen haben soll und die dort an rund 200 Universitäten ausgebildet werden (I, S. 15), "Meinungsmacher" sind, so sind diese Leute bestimmt nicht die einzigen, die sich mit "Meinungsmache" befassen, und sie bilden auch schon gar nicht jene "heimliche Großmacht", die dem vorliegenden Buch den Titel gegeben hat.

11 Vgl. Uledow, A. K., Die öffentliche Meinung. Eine Studie zum geistigen Leben der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1964, S. 14, 19.

12 Es gibt in der Pelzbranche den Beruf des Manipulanten, des "Zurichters von Fellen". Im Unterschied davon wird hier die Bezeichnung "Manipulator" im Sinne eines "Zurichters von Meinungen und Verhaltensweisen" gewählt. Diese Begriffswahl lehnt sich auch an die englische Wortbedeutung "manipulator", d. h. Bearbeiter, und an die von da ins Russische übernommene Form des "manipulator uma" an.



Aber auch, wenn man sich andere Beschreibungen Fabians von diesem Personenkreis vornimmt, etwa Regierungssprecher, Nachrichtenproduzenten und Presseleute einbezieht, ergibt sich kein genaueres Bild, im Gegenteil, es wird noch uneinheitlicher. Die Bestimmung des sozialen Standorts und damit auch der Reichweite der "Macht" dieses "Meinungsmacher" genannten Personenkreises ist nur im Zusammenhang mit der Darstellung der Herrschaft des Monopolkapitals möglich. Soweit sich die Sphäre der Public Relations zu einer eigenen Kapitalanlage-sphäre von nicht unbeträchtlicher Größe verselbständigt hat, vollzieht sich in ihr der gleiche Monopolisierungsprozeß wie in allen anderen Bereichen der Wirtschaft. In diesem Falle bilden sich die Grundlagen für neue, auf eigenes Kapital gegründete oder mit anderem Kapital verbundene Machtpositionen heraus. Soweit sich die Tätigkeit des Public-Relations-Experten verselbständigt, entsteht lediglich ein besonderer Berufszweig, der allerdings eine so delikate (und hochbezahlte) Funktion in der hoch arbeitsteilig entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ausübt, daß viele seiner Vertreter eng an die Seite der herrschenden Schicht rücken, ganz zu schweigen von der Spitze dieser relativ neuen Expertenschicht, die als Teil der Managerschicht zur herrschenden Klasse zu rechnen ist.

Doch diese Unterscheidungen nimmt Fabian nicht vor. Public-Relations-Manager setzt er mit Öffentlichkeits-Experten gleich (I, S. 48), und im gesamten Textteil des Buches ist an keiner Stelle von Public-Relations-Unternehmern die Rede. Lediglich in der völlig unsystematisch zusammengestellten, quellenmäßig unzureichend belegten "Dokumentation" von Zitaten aus der bundesdeutschen Presse im Anhang taucht dieser Begriff ein einziges Mal auf (I, S. 225). Desgleichen findet sich - ebenfalls im Anhang - nur ein einziger Hinweis auf ein Public-Relations-Unternehmen, und zwar im Zusammenhang mit der Darstellung der Arbeitsweise der Infoplan, Gesellschaft für Öffentlichkeitsarbeit mbH, Frankfurt (Main) (I, S. 232 - 237).

Fabians Buch ist ein Musterbeispiel dafür, wie gängige bürgerliche "Theorien" und Klischees in eine massenwirksame Sprache umgesetzt werden, wie eklektizistisch die verschiedensten Auffassungen dargeboten werden, auch wenn sie einander widersprechen, und wie schließlich die Geschichte enthistorisiert wird, indem die Entwicklung der "Meinungsmache" vornehmlich als ein Problem der Techniken, nicht aber als ein Problem der Abhängigkeit von den jeweiligen sozial-ökonomischen Verhältnissen und ihren gesellschaftlichen Strukturen gesehen wird. Der flüchtige oder wenig geschulte Leser erhält auf diese Weise keine Information, sondern Fehlinformation, verpackt in einen "bilderreichen, pointensetzenden Stil"<sup>13</sup>.

Ziehen wir unser eigenes Fazit: Propaganda ist sowohl unter kapitalistischen wie auch unter sozialistischen Bedingungen eine besondere Form der Einwirkung auf das Bewußtsein. Doch so wie die Inhalte dieser Bewußtseinseinwirkung in Abhängigkeit von den sozialökonomischen Verhältnissen und Klassenkräften unterschiedlich sind, sind auch die spezifischen Methoden der Propaganda unterschiedlich. Im Imperialismus sind zweifellos Reklame, Publicity und Public Relations an eine vordere Stelle propagandistischer Einwirkung gerückt. Doch das bedeutet nicht, daß sogenannte Nachrichtenhändler von Firmen, Institutionen und Interessenverbänden die "klassische Figur des Journalisten" abgelöst haben (I, S. 41), sondern es bedeutet vor allem eine Abnahme des spezifischen Gewichts der letzteren als Meinungsbildner. Der Journalist "bildet" nicht nur Meinung, sondern wird im-

<sup>13</sup> Just, Dieter, Der Spiegel, Hannover 1967, S. 187.

mer stärker vorgefertigten Meinungen und Urteilen der Nachrichtenhändler "ausgeliefert". Seine Aufgabe besteht darin, dieselben massenwirksam umzusetzen, so wie es im Grunde Fabian versucht.

Anhand der historischen Entwicklung läßt sich feststellen: Die Propagandaverbände um die Jahrhundertwende, die als Ausgangspunkt für die Entwicklung der Public Relations angesehen werden, stellen tatsächlich eine neue Erscheinung im bürgerlichen Propagandaapparat dar. Doch die in diesem Apparat wirkenden Kräfte sind sehr vielfältig: Sie umfassen Vertreter des Monopolkapitals, Politiker, Beamte, Verbandsfunktionäre und verschiedene Gruppen der Intelligenz, vor allem Hochschullehrer. Es sind also keineswegs Public-Relations-Experten oder Werbefachleute im engeren Sinne. Damit wird auch klar, daß am "Meinungsmachen" ein sehr heterogener Kreis beteiligt ist und daß die Herausbildung der entscheidenden "Meinungsmacher" einer sehr differenzierten Analyse der sozialen Kräfte und der historischen Bedingungen, unter denen sie wirken, bedarf. Doch dies unterläßt Fabian, und damit verheimlicht er die "Meinungsmacher" im Hintergrund, die tatsächlichen "Kontrollleure der Öffentlichkeit", die "Meinungsmacher" an den Hebeln der Macht, die wirkliche "heimliche Großmacht".

## 2. Die "Monopole des Wortes" als Bestandteil des politischen Herrschaftssystems

Die Grundlagen, die Fabian in seiner Darstellung vermissen läßt, sind in einer Publikation in den Mittelpunkt gerückt, die bereits 1969 in der UdSSR und zwei Jahre später in einer Übersetzung in der DDR erschien: in Beglows "Millionäre machen Millionen". Beglow geht von der Entwicklung der Massenmedien, insbesondere Presse, Nachrichtenagenturen und Hörfunk, aus. Er behandelt eingehend die ökonomischen Grundlagen der modernen Informationsmittel im Kapitalismus, ihre Monopolisierung und Steuerung durch privat- und staatsmonopolistische Kräfte (erster Abschnitt). Danach geht er zur Analyse der ökonomischen Regulatoren und des Finanzierungsmechanismus des Propagandageschäfts über (zweiter Abschnitt). Im weiteren setzt er sich mit einigen Verfahren zur Massenbeeinflussung auseinander, insbesondere mit der "Entpolitisierung", "Sensationalisierung" und "Standardisierung" der Ware "Information" (dritter Abschnitt). Der vierte Abschnitt des Buches ist den verschiedenen sozialen Kräften gewidmet, die in das Propagandageschäft einbezogen sind: "pressure groups" und "public relations officers" ("Was sind public relations?"), monopolistische Propagandaorganisationen ("Politische Kampagnen in Form von Werbung"), Monopole ("Die Pressebosse und die Politik", "Die Parteilichkeit der Monopolherren"), Kapitalisten, Manager und Redakteure ("Eigentümer und Redakteur") und staatliche Informationsinstitutionen ("Die Informationsküche der Regierung", "Der Apparat der außenpolitischen Propaganda", "Die Sprachrohre des kalten Krieges"). Das Buch schließt mit einem Blick auf die fortschrittliche Presse. Ein als Anhang beigefügtes "Wer ist wer und was ist was?" gibt knappe lexikalische Auskünfte über die wichtigsten meinungsbildenden Institutionen in der kapitalistischen Welt, insbesondere über Nachrichtenagenturen, Funkgesellschaften und Pressetrusts, außerdem Zusammenfassungen über das Zeitungswesen einer Reihe von Ländern und Kurzzangaben über einige besonders einflußreiche Zeitungsmonopolisten (II, S. 221 - 253).

Beglow demonstriert aber nicht nur, daß ein wissenschaftlicher Aufbau - wie er aus der Gliederung hervorgeht - notwendige Voraussetzung auch für ein populär geschriebenes Buch ist, sondern daß ebenso streng wissenschaftliche Fragestel-

lungen unumgänglich sind. Die zentrale Frage, die das ganze Buch durchzieht, ist: Wofür werden die modernen Informationsmittel genutzt? Wer nutzt sie? Stehen sie im Dienste des Fortschritts, oder sind sie gegen den Fortschritt gerichtet? (II, S. 9).

Auf diese Weise gelingt es Beglow, die ökonomische und soziale Grundlage jenes Mechanismus aufzudecken, innerhalb dessen die "Meinungsmacher" agieren. Wenn Fabian an einer Stelle seines Buches schreibt, daß "Wörter das Material" sind, "mit dem sich die Welt verändern läßt", und dann hinzufügt: "... und zwar durch Verfügungsgewalt über das Wort" (I, S. 24), dann bleibt er trotz des Zusatzes unhistorisch und unkonkret. Wenn dagegen Beglow die Bedeutung des "Wortes" für die gesellschaftliche Entwicklung hervorhebt, dann geschieht dies erstens mit der klaren Unterscheidung, welches "Wort" die Welt verändert, nämlich welches im Dienste des gesellschaftlichen Fortschritts steht, und es geschieht zweitens mit der konkret-historischen Bestimmung der Kräfte, die die Verfügungsgewalt über das "Wort", präziser über die hauptsächlichlichen Produktionsmittel zur Verbreitung des "Wortes", ausüben, und das sind im Zeitalter des Imperialismus die Eigentümer der Meinungsmonopole oder "Monopole des Wortes", wie Beglow sie nennt.<sup>14</sup>

Beglows marxistische Ausgangsposition erlaubt es ihm, jenen Personenkreis, der mit "Meinungsmachen" beschäftigt ist, in seinen Haupt- und Nebengliederungen zu sehen. So hebt er zunächst die Eigentümer der Monopole des Wortes (insbesondere die Besitzer und Kapitaleigentümer der Massenmedien, ausgenommen Film und Fernsehen, die in dem Buch nicht behandelt werden) gegenüber den verschiedenen Beschäftigtengruppen in den einzelnen Propagandaorganisationen hervor und macht damit die Klassengrundlage des "Meinungsmachens" deutlich. Er zeigt beispielsweise die Abhängigkeit der Redakteure von den Eigentümern. Dabei verweist er auf solche historischen Veränderungen wie die, daß in der Etappe der "freien Konkurrenz" der Eigentümer es dem Redakteur gestatten konnte, mit "originellen Ideen" "zu spielen", während es in der Etappe der Monopolherrschaft die Hauptaufgabe des Redakteurs wurde, den Anteil am Leser- und Werbemarkt zu halten (II, S. 167). In Beglows Buch erscheint dies als beinahe beiläufige Bemerkung. Doch sie verdient, eingehender durchdacht zu werden. In ihr ist letzten Endes enthalten, daß der Redakteur im vormonopolistischen Kapitalismus gegenüber dem Eigentümer einen größeren "Freiheitsraum" hatte, eine größere "Unabhängigkeit" besaß, und dies hatte seine Ursache in dem damals wirkenden Mechanismus der kapitalistischen "Wortproduktion", die erstens im wesentlichen für die kapitalistische Klasse selbst bestimmt war und die zweitens sehr häufig noch gegen feudale Überreste anzukämpfen hatte, was ihr einen kritischen Charakter verlieh.

Beglow gibt zwar keinen systematischen Überblick über die vielfältigen Institutionen des kapitalistischen Propagandageschäfts - und er behandelt sie auch nicht mit gleichem Gewicht -, aber es lassen sich doch zwei Schwerpunkte erkennen, einmal die Massenmedien einschließlich der Nachrichtenagenturen (Film und Fernsehen bleiben - wie gesagt - außerhalb der Betrachtung), zum anderen die Public-Relations-Apparate in ihrer weitverzweigten Struktur, als besondere Abteilungen der großen Monopole (II, S. 157 f.), als besondere Abteilungen der Regierungsin-

14 Die russischsprachige Ausgabe des Buches heißt "Monopolii slova". Die hier vorliegende deutsche Übersetzung beruht auf der 1. Aufl. von 1969. Die 2. Aufl. erschien 1972.

stanzen (II, S. 158 f.) und als besonderer selbständiger Produktionszweig der Bewußtseinsindustrie in Gestalt der Public-Relations- und Reklameunternehmen.

Es soll hier nicht auf die Zusammenhänge und Unterschiede zwischen Propaganda-, Public-Relations- und Reklamegeschäft eingegangen werden, zumal die Entwicklung der Public Relations und der Reklame im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht nur dazu geführt hat, daß diese beiden Formen der Meinungsbeeinflussung eine vorherrschende Rolle in der Propaganda spielen, sondern auch daß sie sich gegenseitig immer mehr durchdringen. Bei Feofanov wird zum Beispiel das, was ein wesentlicher Bestandteil der Public Relations ist, nämlich die Image-Pflege großer Gesellschaften (man könnte hier allgemein wirtschaftliche Verbände, Vereine und Körperschaften einbeziehen), als institutionelle Reklame bezeichnet<sup>15</sup>, und für die Image-Pflege von Politikern und politischen Plattformen wird der Begriff "politische Reklame" verwendet<sup>16</sup>, beide unterschieden von der kommerziellen Reklame, der Reklame für Waren und Dienstleistungen.

Bei der Herausarbeitung der monopolistischen Struktur des kapitalistischen Propagandaapparates wendet sich Beglow gegen bestimmte Vereinfachungen. Er betont, daß die - vor allem in der marxistischen Literatur - sehr häufig verwendete Charakterisierung dieses Apparates als "Diener der Monopole" nicht genügend klar sei. Sie übersehe völlig den Fakt, daß die "kapitalistische Propaganda selbst ein 'big business' ist, ein untrennbarer und aktiver Bestandteil der kapitalistischen Produktion" (II, S. 39). Beglow weist nach, daß die großen Presse-, Rundfunk- und Fernsehunternehmen die Klasseninteressen des Kapitals nicht nur deshalb so eifrig verteidigen, weil sie von den Werbe- und Anzeigekosten mehr oder weniger abhängig seien, sondern weil sie im Besitz von Magnaten, Monopolherren sind, die selbst an der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung interessiert sind. Wir können hier hinzufügen, daß sich dasselbe natürlich von den großen Public-Relations- und Werbeagenturen sagen ließe, deren Bedeutung aus solchen knappen Angaben wie den folgenden hervorgeht. In den USA gibt es etwa 7500 Werbeagenturen. Jedoch 25 davon konzentrieren bei sich 4/5 der gesamten Reklameproduktion. Der Umsatz einzelner dieser Agenturen läßt sich durchaus mit dem mittleren Industriemonopole messen. So beträgt der Jahresumsatz der ältesten Werbeagentur der USA, der J. Walter Thompson Co., 530 Millionen Dollar (II, S. 82).

Beglow ist zuzustimmen, daß dieser Apparat nicht einfach "Diener" der herrschenden Klasse ist. Das Verständnis der eigenständigen Rolle des Bewußtseinssektors als einer spezifischen Kapitalanlagensphäre, als eines Bereichs für eine schnelle und hohe Konzentration von Kapital - wobei der hohe Vergesellschaftungsgrad der Produktionsmittel eine wichtige Voraussetzung ist (denken wir vor allem an die neueren Massenmedien Film, Hörfunk, Fernsehen) -, ist für die Untersuchung des ökonomischen Mechanismus der Massenbeeinflussung von größter Bedeutung, mehr noch, es macht das Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte des Monopolkapitals in diesem Bereich - und in bestimmten Fragen auch ihr Gegeneinanderwirken - erst verständlich. Vor allem aber darf diese eigenständige Rolle des großen Kapitals im Bewußtseinssektor nicht mit den "Bedienern" der Maschinerie verwechselt werden, mit den "Propagandisten", mit den "Sprachrohren", von denen beispielsweise Fabian spricht (I, S. 10).

In diesem Zusammenhang hätte es nahe gelegen, ausführlicher auf die Widersprüche einzugehen, die sich aus der von Beglow nur genannten Doppelstellung der

15 Feofanov, O. A., a. a. O., S. 46.

16 Ebenda, S. 39, 199.



Meinungsmonopole ergeben, nämlich, daß sie einmal als Monopol untrennbarer Bestandteil der Basis des Kapitalismus sind und daß sie zum anderen als Produzenten von Informationen, von Meinungen, von "Ideologie" wichtigster Bestandteil des Überbaus sind (II, S. 39). Beglow berührt hier die Besonderheiten der monopolistischen "Wortproduktion" und damit das Verhältnis von Ökonomie und Politik im Monopolkapitalismus an einer entscheidenden Stelle. Es müssen dazu jedoch noch gründlichere Untersuchungen seitens der Politökomen vorgelegt werden.

Marx schenkte diesem Sektor relativ wenig Aufmerksamkeit. In den "Theorien über den Mehrwert" stellte er fest, daß die "nichtmaterielle Produktion", wenn sie als Ware produziert wird, unbedeutend sei, verglichen mit der gesamten Warenproduktion.<sup>17</sup> Hinzu kam, daß sich diese Produktion zu der Zeit, als Marx diese Sätze schrieb - also 1862 bis 1863 -, erst im Übergang zur kapitalistischen Produktion befand. Das heißt, Marx konnte nur von dem damaligen Stand der nichtmateriellen Produktion und den damals sichtbaren "Produktionen", vor allem Buch- und Kunstproduktion und bestimmten Dienstleistungen auf dem Gebiet des Bildungs- und Gesundheitswesens, ausgehen. Es existierten weder die technischen Voraussetzungen für eine Massenproduktion im immateriellen Bereich, noch war abzusehen, daß sich für diese Produktion ein kapitalistischer Massenmarkt herausbilden würde. Die massenhafte Produktion nichtmaterieller Werte setzte a) einen hohen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte voraus, und zwar einmal, daß technische Möglichkeiten zur massenhaften Verbreitung geistiger Produkte entstanden, und zum anderen, daß eine wachsende Zahl von Arbeitskräften, teilweise mit hoher Qualifikation, für diese Produktion zur Verfügung gestellt werden konnte, und sie setzte b) eine bestimmte Freizeit und einen bestimmten Bildungsgrad der unterdrückten Massen voraus, um diese Produkte aufzunehmen, es war also ein potentieller Massenmarkt notwendig. Erst auf diesen Grundlagen konnte sich die Kapitalkonzentration in der nichtmateriellen Produktion vollziehen, erfolgte schließlich der Übergang zur monopolistischen und staatsmonopolistischen Bewußtseinsindustrie.

Der neue Widerspruch zwischen den Massen und dem Monopolkapital äußerte sich dabei im Bereich der Bewußtseinsproduktion in besonderer Weise: Einerseits mußten der Entwicklung der Arbeiterbewegung, ihrer zunehmenden Bewußtheit, und der Einbeziehung immer größerer Massen in die politischen Auseinandersetzungen Produkte entgegengestellt werden, die eben dieser Entwicklung entgegenwirkten oder sie zumindest "entschärften", andererseits führte gerade die Einbeziehung der Massen in den potentiellen Käuferkreis der geistigen Produktion auch zu größeren Möglichkeiten der geistigen Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Kräfte, der gesellschaftlichen Aktivierung, der Verbreitung der Weltanschauung der Arbeiterklasse. Diejenigen, die in der Bewußtseinsindustrie Kapital anlegten, standen dementsprechend vor einem schier unüberwindlichen Dilemma: Sie verbreiteten Informationen, ohne Informiertheit zu erzeugen. Sie verkauften "Bildung", ohne Aufklärung zu bewirken. Sie boten "immaterielle Werte" an, die lediglich den Anschein erweckten, als ob sie ein Bedürfnis befriedigten.

Beglow setzt sich mit einigen Verfahren auseinander, mit deren Hilfe die Bewußtseinsindustrie dem genannten Dilemma aus dem Wege zu gehen versuchte: ein wachsendes Massenangebot von Vergnügung, Zerstreung und billiger Unterhaltung, und soweit auch politische und allgemein relevante gesellschaftliche In-

17 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Berlin 1965, S. 386.



formationen produziert wurden, geschah dies nach Beglow durch "Sensationalisierung", "Banalisierung", "Verschweigen", "Verleumdung", "Gerüchte", "Klatsch" oder "Versuchsballons". Es soll hier nicht auf eine Analyse dieser Verfahren - die in dieser Aufzählung auch nur unvollständig sein können - eingegangen werden. Immerhin zeichnet sich bei allen - ausgenommen beim "Verschweigen", das nicht in jeder Situation geeignet ist - etwas Gemeinsames ab: Sie "personalisieren" gesellschaftliche Tatbestände und vermischen Individuelles mit Öffentlichem. Holzer, einer der profiliertesten Massenkommunikationsforscher in der BRD, schreibt dazu, daß "in solchermaßen auf- und zubereiteten Informationsgesellschaftspolitische Probleme vornehmlich als solche von Personen und deren psychischer Verfassung erscheinen; nicht sozialstrukturelle Ursachen bestimmter Tatbestände diskutiert und analysiert, sondern lediglich deren - oft auch noch sehr periphere - Symptome hingestellt werden".<sup>18</sup>

Diese Art der "geistigen Produktion" hat teilweise verhängnisvolle Auswirkungen auf das Bewußtsein der Massen, der verschiedenen Klassen und Schichten, wenn wir an die Verbreitung faschistischer Ideologien denken. Sie hat auch die Verbreitung der wissenschaftlichen Lehre vom Sozialismus und Kommunismus gehemmt, ohne sie aufhalten zu können. Die Entwicklung ging in die Richtung, daß gegenwärtig der ideologische Kampf, die weltweite Auseinandersetzung zwischen den Ideen des Kapitalismus und des Sozialismus, zum Kernpunkt der "Bewußtseinsproduktion" der kapitalistischen Länder geworden ist. Daraus läßt sich aber auch die besondere Stellung ableiten, die die Monopole in diesem Bereich einnehmen. Je mehr die "geistige Produktion", insbesondere die "ideologische", zur Ware gemacht und unter den Massen verbreitet wird, desto mehr werden die bewußtseinsproduzierenden Monopole - im Sinne der These von Beglow - wichtigster Bestandteil des Überbaus, des politischen und ideologischen Herrschaftssystems, desto mehr übernehmen diese Monopole jene "öffentliche" Funktion, die in früheren Gesellschaftsordnungen die gesamte Klasse oder eine bestimmte Schicht der herrschenden Klasse oder auch der Staat innehatte, sie werden also zu politischen Repräsentanten ihrer Klasse bzw. des Staates.

Dieser Tatsache sind sich führende Vertreter des in der Bewußtseinsphäre agierenden Monopolkapitals durchaus bewußt. So erklärte Reinhard Mohn, Chefmanager des Bertelsmann-Konzerns - also jenes Konzerns, der in den letzten Jahren zum drittgrößten Medienkonzern der Welt emporgestiegen ist -, im April 1974 im Fernsehen der BRD: Es gehe nicht nur darum, ein gutes, das heißt gewinnbringendes Produkt zu bringen, sondern auch einen politischen Auftrag zu erfüllen; und dieser politische Auftrag bestehe vor allem in der Darstellung des Privateigentums als des besten und anerkannten Ordnungselements in der westdeutschen Gesellschaftsordnung.<sup>19</sup> Von dieser "unverrückbaren" Grundlage aus zeigte sich Mohn dann durchaus bereit, "evolutionäre Veränderungen" in der Gesellschaft zu akzeptieren und "verschiedene politische Ansichten" auch "in seinem Hause" gelten zu lassen. Entsprechend dieser Zielsetzung kommen im Bertelsmann-Imperium sogar linke Modeströmungen zu Wort, wenn sie finanziellen Erfolg versprechen und außerdem das "Ordnungselement Privateigentum" nicht ernsthaft in Gefahr bringen. Linksautoren wird auf diese Weise eine Art "Spielwiese" eingerichtet.

<sup>18</sup> Holzer, Horst, a. a. O., S. 152.

<sup>19</sup> Vgl. Schier-Grabowsky, Peter, Der stille Mensch von Gütersloh, Reinhard Mohn und der Bertelsmann-Konzern, in: ARD, 24, 4, 1974.

Die Darstellung Mohns unterstützt weitgehend die Ausführungen, die Beglow in bezug auf die Beherrscher der Informationsmonopole macht. Entsprechend der Breite des zugelassenen Spektrums von Meinungen teilt letzterer die in der Bewußtseinsindustrie wirkenden Spitzenvertreter in zwei Kategorien: die eine, die wie Springer, Hearst und Beaverbrook offen ihren in der Regel reaktionären politischen Kurs zur Verteidigung des Großkapitals verkündet, die andere, die es vorzieht, auf verschiedenen Tastaturen der öffentlichen Meinung zu spielen und dabei selbst im Hintergrund bleibt (II, S. 164). Zu dieser zweiten Kategorie ließe sich zweifellos Mohn rechnen, der nicht nur "verschiedene politische Ansichten" - soweit sie die durch das Privateigentum gesteckten Grenzen nicht überschreiten - auf den Markt bringt, sondern der sich auch über viele Jahre hinweg so diskret im Hintergrund halten konnte, daß er als der "stille Mensch von Gütersloh" apostrophiert werden konnte. In der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus, in der an der Spitze der kapitalistischen Meinungsbildungsindustrie solche Monopole wie Hachette und McGraw-Hill (Jahresumsatz 2,2 Milliarden DM bzw. 1,3 Milliarden DM<sup>20</sup>) stehen, kommt dieser Kategorie zweifellos besondere Bedeutung zu.

Bei dem Versuch, die kapitalistischen Propagandaunternehmen nach den Formen des Eigentums und der Verfügung über das Grundkapital zu klassifizieren, kommt Beglow zu weiteren wichtigen Unterscheidungen (II, S. 40 f.). Als erste Gruppe nennt er die Familienunternehmen, die vorwiegend im Besitz einer oder mehrerer Familien sind, hierunter fallen monopolistische und nichtmonopolistische Unternehmen. Zweitens führt er die verzweigten oder Kettenmonopole an, das heißt Unternehmen, die Ketten von Presse-, Rundfunk- und Fernsehgesellschaften betreiben, die untereinander durch ein kontrollierendes Interesse verbunden sind. Drittens schließlich spricht er von den Unternehmen, die als Teil umfassenderer Monopole auftreten, die aus größeren Verzweigungen des Finanz- und Industriegeschäfts resultieren. Beglow bezeichnet sie als "propagandistische Nebenbetriebe" bzw. "Nebenmonopole", weil sie neben anderen, zum Teil umfangreicheren Geschäften betrieben werden. Man könnte in diesem Fall auch von Teil- oder Zweigmonopolen sprechen, da dieser Begriff nicht so sehr die Vorstellung erweckt, daß es sich um "Neben"-Monopole im Sinne von kleineren, unbedeutenden Monopolen handelt, während nicht selten genau das Gegenteil der Fall ist.

In einer Anmerkung (II, S. 40 Anm. 3) erwähnt Beglow auch "kooperative Anteilsvereinigungen", die, wie manchmal bei Telegrafagenturen, gemeinsam von den Propagandamonopolen zur Wahrnehmung ihrer kollektiven Interessen geschaffen werden, sowie staatliche und halbstaatliche Propagandaunternehmen und -körperchaften. Abgesehen davon, daß der hierfür verwendete Sammelbegriff "Einzelgänger" keine treffende Charakterisierung gibt, ist diese Gruppe wichtig genug, sie nicht in eine Anmerkung zu verbannen. Zum besseren Verständnis dieser monopolistischen "Organisationen" sollte ebenfalls nach den dominierenden Kapitalkräften unterschieden werden, also nach privat-kooperativen (gruppenmonopolistischen) sowie "öffentlichen" und "halböffentlichen" (staatsmonopolistischen) Propagandainstitutionen.

Beglows Buch ist meines Wissens der erste Versuch, vom marxistischen Standpunkt aus einen Gesamtüberblick über die "weltweite Industrie des Wortes" zu

20 Das entspricht etwa dem Umsatz solcher Industriemonopole wie Degussa oder Klöckner im ersten Fall und wie Vereinigte Elektrizitätswerke AG (VEW) oder Deutsche Babcock & Wilcox im zweiten Fall.

geben. Der Leser wird nicht nur viele Informationen über Aufbau, Funktionsweise und Methoden des monopolistischen Propagandaapparates finden, sondern er wird vor allem auf die grundlegenden Probleme hingewiesen. Zugleich wird aber auch deutlich, daß weitere Forschungen auf diesem Gebiet notwendig sind, um unsere Kenntnisse vom Problem des "Meinungsmachens" im Zeitalter der Massenkommunikationsmittel zu vertiefen. Ganz besonders gilt dies für die historische Ableitung und Begründung des "Meinungsmachens" und für die Analyse der ökonomischen und sozialen Voraussetzungen der Manipulation im Imperialismus.

### 3. Die "Vermarktung" der linksradikalen Kritik

Wie sehr das Problem der "Öffentlichkeit" und Meinungsbeeinflussung auch ein Problem der Auseinandersetzung mit linksradikalen Anschauungen ist, beweist der Sammelband "Das glückliche Bewußtsein. Anleitungen zur materialistischen Medienkritik". Diese Publikation enthält fünf Beiträge von jüngeren, ihren theoretischen Positionen nach linksradikal orientierten Autoren. Ulrich Reyher setzt sich mit dem Problem "Massenmedien und subversive Sehnsucht. Thesen zur Konstitution des Massengeschmacks in der bürgerlichen Gesellschaft" auseinander. Gustl Marlock schreibt über "Gesellschaftliche Wirklichkeit und Erfahrung. Am Beispiel von dokumentarischen Filmen". Gunter Schanz befaßt sich mit "Filmsprache und Filmsyntax". Karin Buselmeiers Thema ist "Zur Diskussion über Fernsehwirkung". Der Herausgeber Michael Buselmeier, der auch für die Einleitung verantwortlich zeichnet, nennt seinen Beitrag "Massenunterhaltung im Rahmen von Arbeit und Freizeit". Außerdem sind dem Band drei Dokumente beigelegt, von denen das erste das ergiebigste ist: die erste Bilanz der 1971 gebildeten Multi-Media-AG Bertelsmann, die - wie bereits erwähnt - zum drittgrößten Medienkonzern der kapitalistischen Welt aufgerückt ist, ein Bericht über die Regie einer öffentlichen Fernsehdiskussion zum Thema Tariffragen und schließlich die Vier-Zeilen-Meldung über die kurzzeitige Besetzung des staatlichen Rundfunksenders in Neapel durch 1 500 Metallarbeiter, die damit die Bekanntgabe ihrer Lohnforderungen über die Ätherwellen durchzusetzen versuchten.

Obwohl die Beiträge teilweise sehr spezifische Probleme behandeln, sind sie doch einer gemeinsamen theoretischen Aufgabe und Konzeption untergeordnet: Ihre Autoren suchen Ansätze zu einer materialistischen Theorie des Bewußtseins im Zeitalter der Massenmedien, wollen Vermittlungen zwischen ökonomischer Basis, Bewußtseinsstruktur, Medienmitteilung und Medienwirkung aufdecken (M. Buselmeier, III, S. 17). Das gelingt ihnen mit recht unterschiedlichem Erfolg. Soweit die Autoren die bürgerliche Medienindustrie kritisieren, fördern sie manchen brauchbaren Denkansatz zutage. Doch insgesamt bleibt ihre Kritik einseitig und undifferenziert, weil sie den bürgerlichen Kulturbetrieb mit seinen Inhalten und Institutionen, an der Spitze die Massenmedien, generell ablehnen und nicht in der Lage sind, etwas Positives an die Stelle dieser Negation zu setzen. Im Gegenteil, aus der totalen Verwerfung der bestehenden bürgerlichen Institutionen leiten sie die vorrangige "Umwälzung psychischer und kultureller Strukturen" ab. In der Veränderung dieser Strukturen sehen sie die entscheidenden Voraussetzungen für jede revolutionäre Umwandlung. Diese Auffassungen stehen in engem Zusammenhang mit einer Überbetonung psychischer und ästhetischer Faktoren.

Mit diesen Bemerkungen soll keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die subjektive Seite der Entwicklung, daß die psychischen und ästhetischen Momente gegenüber den ökonomischen nicht vernachlässigt werden dürfen. Doch dies ist keineswegs durch solche Forderungen wie die, Sigmund Freud sei ein Platz in dem

System des historischen Materialismus zu schaffen (M. Buselmeier, III, S. 16), zu bewerkstelligen. Sowenig die Psychologie das "Geheimnis" der menschlichen Sachverhalte im Besitz hat, weil dieses "Geheimnis" einfach nicht psychologischer Art ist - so der französische Psychologe Politzer<sup>21</sup> -, ebensowenig hat es die Psychoanalyse, mag sie auch Elemente von Wahrheit enthalten. Es sollen hier keinesfalls Etikettierungen der Autoren vorgenommen werden. Unter den Linksintellektuellen der Gegenwart - auch unter denen, die zum Linksradikalismus tendieren - findet sich ein breites Spektrum unterschiedlicher Auffassungen. Es gibt nicht wenige, die sich ehrlich mühen, sich in ihren Anschauungen der Arbeiterklasse und deren Weltanschauung anzunähern. Anderen ist es sogar gelungen, auch den organisatorischen Anschluß an die Arbeiterklasse zu finden. Dritte wiederum beziehen in bestimmten Situationen die Position der Arbeiterklasse, in anderen Situationen rücken sie davon ab. Der Erkenntnisprozeß ist für viele ein Zickzackweg, ganz besonders unter den extrem widerspruchsvollen Bedingungen des Kapitalismus der Gegenwart. Einsichten und Irrtümer wechseln einander ab. Es bleibt offen, wie sich die Einsichten - aber auch die Irrtümer - weiterentwickeln.

Die geistigen Väter, auf die sich die Autoren des Sammelbandes ausdrücklich beziehen, lassen bereits auf die Widersprüchlichkeit der Darlegungen schließen: auf der einen Seite Brecht und Benjamin, letzterer als linksbürgerlicher Kritiker von hohem Rang in der Weimarer Republik dem Marxismus immer stärker angenähert, auf der anderen Seite Marcuse und Adorno, Starphilosophen der sogenannten Neuen Linken, in ihren Frühschriften noch stark vom marxistischen Denken inspiriert, später zunehmend auf antikommunistische Positionen überwechselnd.

Nicht mehr widersprüchlich, sondern eindeutig scheint die Selbsteinschätzung zu sein, die die Autoren von sich geben, nämlich daß sie einer "antidogmatisch-marxistischen Richtung" zugehören (M. Buselmeier, III, S. 15 f.). Die Erfindung einer solchen Richtung ist kurios genug. Sie läßt nur den Schluß zu, daß die Autoren vom Marxismus nicht so viel verstanden haben, daß derselbe bereits seinem Wesen nach antidogmatisch und ihre Wortschöpfung deshalb eine platte Tautologie ist. Es kann diskussionswürdige und auch strittige Fragen unter Marxisten geben, die Aufgabe von in der Praxis überprüfbaren und erprobten Grundpositionen hat jedoch mit Marxismus nichts mehr zu tun, und gerade das ist bei den Autoren des "Glücklichen Bewußtseins" mehrfach der Fall. Es wird im folgenden am Beispiel der von ihnen propagierten "Kulturrevolution" nachzuweisen sein, wie die Aufgabe von marxistischen Grundpositionen zu grundlegenden Irrtümern in der Erfassung der Realität führt und damit den kapitalistischen Medien, die ja kritisiert werden sollen, Handhaben geboten werden, diese Kritik zu vermarkten, in finanziellen und ideellen Profit umzumünzen.

Beginnen wir bei dem Titel des Buches. Er geht auf eine Begriffsprägung von Herbert Marcuse zurück, der darunter eine "brüchige" und "dünne Oberfläche über Angst, Frustration und Ekel"<sup>22</sup> verstand, den "Glauben", "daß das Wirkliche vernünftig ist und daß das bestehende System trotz alledem die Güter liefert"<sup>23</sup>.

21 Politzer, Georges, La crise de la psychologie contemporaine, Paris 1947, S. 120.

22 Marcuse, Herbert, Der eindimensionale Mensch, Analysen des technischen und sozialen Wandels, Neuwied/(West-)Berlin 1967, S. 96.

23 Ebenda, S. 98.



Diese Formulierungen könnten dazu verleiten, in dem "glücklichen Bewußtsein" jenes manipulierte Bewußtsein zu sehen, das die kapitalistische Ordnung in den Etappen der allgemeinen Krise zur Aufrechterhaltung ihrer Ordnung braucht. In diesem Falle müßte es jedoch deutlich von dem Bewußtsein der Arbeiterklasse unterschieden werden, das sich - unter anderem auch nach neuesten Untersuchungen des Allensbacher Institutes für Meinungsforschung - sehr deutlich von bürgerlich-kapitalistischen Vorstellungen, von bürgerlich-kapitalistischen Werten abhebt.<sup>24</sup> Es könnte dann aber auch nicht von einem "glücklichen Bewußtsein" die Rede sein, das die gesamte Gesellschaft erfäßt, ganz abgesehen davon, daß der Zustand eines politischen Desinteresses bei breiteren Schichten der Bevölkerung - falls dies so ist<sup>25</sup> - kaum durch den Begriff "glücklich" konkret wiedergegeben werden kann. Ebensovienig dürfte dieses "glückliche Bewußtsein" eine "dünne Oberfläche" über "Angst, Frustration und Ekel" sein. Hier muß die Frage gestellt werden, ob dieses "Grundbewußtsein" nicht eher die mehr oder weniger spontanen, noch nicht ausreichend artikulierten Empfindungen der Unzulänglichkeit der kapitalistischen Ordnung und der Notwendigkeit von Veränderungen umfaßt.

Damit wird aber auch deutlich, daß der "Glaube", "das Wirkliche als vernünftig anzusehen", mehr den Wunschvorstellungen der herrschenden Klasse entspricht, ihrem Programm, den Widerspruch zur tatsächlichen "Unvernunft" ihrer Ordnung zu überdecken, die antagonistischen Klassenverhältnisse positivistisch zu bejahen. Zweifellos ist Buselmeier zuzustimmen, wenn er davon spricht, daß die Produkte der kapitalistischen Unterhaltungsmedien die Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft nicht in ihrer "tatsächlichen Unverträglichkeit", sondern in ihrer "Versöhnung" darstellen (M. Buselmeier, III, S. 206). Es muß ihm jedoch widersprochen werden, wenn er meint, daß die psychischen Bewußtseinspositionen in einer solchen Produktion ihre Entsprechung finden oder - bei Reyher - sie sogar verlangen. Dies führt dann zu solchen Behauptungen wie der, daß der Springer-Konzern die Meinungskonkurrenz vor allem deshalb "monopolistisch überwinden" konnte, weil er "auf ein ungeheures Potential an 'irrationalen' und 'konservativen' Bewußtseinsdispositionen seiner Leser" stieß (Reyher, III, S. 27).

Die Dialektik von ökonomischen und sozialpsychologischen Erscheinungen wird hier völlig auf den Kopf gestellt. Massenhafte "irrationale" und "konservative" Bewußtseinsdispositionen entspringen weder vulgärmaterialistisch unmittelbar den ökonomischen Verhältnissen noch lassen sie sich idealistisch aus der "inneren Natur des Menschen", etwa aus einer Art des Freudschen "Unbewußten", erklären. Soweit die Klassengesellschaft - ganz besonders aber die kapitalistische - für den einzelnen Menschen undurchsichtig ist, besteht ein allgemeines Gefühl der sozialen Ohnmacht. Doch dieses Gefühl ist ebenso mit einer Suche nach Veränderung, nach Überwindung dieser Ohnmacht verbunden, und erst eine gegebene

24 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth, in: Fragen zur Zeit, ARD, 8. 10. 1975.

25 Hier ist erwähnenswert, daß sich die Arbeiter in der BRD durchaus des Gegensatzes zwischen der politischen Information durch das westdeutsche Fernsehen und ihren eigenen Interessen bewußt sind. So äußerte sich eine Gruppe von Arbeitern aus Oberhausen bei einer Befragung durch das Fernsehen, daß die Fernsehjournalisten die Interessen der Politiker verträten, daß sie aalglatt seien und Fragen auswichen. Sie sähen sich zu wenig beim Bürger um. Sie verkehrten nur mit Politikern, informierten zu wenig über den Hintergrund der politischen Szene. Sie seien keine Vertreter "öffentlicher Interessen". (Glashaus - TV intern, ARD-Sendung, 1. 2. 1976.)



historische und gesellschaftliche Gesamtsituation läßt erkennen, was diese Bewußtseinsdispositionen in Passivität oder Aktivität, Irrationalität oder Rationalität, Konservatismus oder Progressivismus umschlagen läßt. Außer Zweifel steht jedoch, daß die herrschenden Klassen in allen vorsozialistischen Produktionsweisen, sobald sie ihre Macht gefestigt haben, ohne Ausnahme Passivität, Irrationalität und Konservatismus zu fördern versuchten und noch versuchen. Was nun die Springer-Presse anbelangt, so ist diese bemüht, von der Bewußtseinslage "soziale Ohnmacht" zu profitieren und die Bewußtseinslage "Streben nach Veränderung" zu unterdrücken. Ihre monopolistische Vorherrschaft beruht dabei nicht auf einem "Bedürfnisdruck der Opfer des Systems" (Reyher, III, S. 23), gewissermaßen auf dem Verlangen der Ausgebeuteten nach ihrer eigenen Manipulation, auch nicht darauf, daß ein "ungeheures Potential an 'irrationalen' und 'konservativen' Bewußtseinsdispositionen" genau der Springerschen Pressepolitik entsprochen hätte, sondern auf ökonomischer Überlegenheit. Soweit Bewußtseinsdispositionen vorgefunden werden, beruhen sie in den antagonistischen Klassengesellschaften folgerichtig auf solchen Gedanken, wie sie durch die Klasse vorgeschrieben werden, "die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat" und "damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion" disponiert, "so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind".<sup>26</sup> Doch ebenso treten mit dem Aufkommen revolutionärer Klassen revolutionäre Gedanken auf, wobei jede neue revolutionäre Klasse in der Geschichte ihre Herrschaft auf einer breiteren Basis als die vorhergegangene aufzurichten, breitere Schichten für sich zu gewinnen versucht.<sup>27</sup> Insofern kommt der ideologischen Auseinandersetzung wachsende Bedeutung für den Verlauf des Klassenkampfes zu.

Erst unter diesen Voraussetzungen können die "Bewußtseinsdispositionen" analysiert werden. Es wird dann klar, daß "irrationale und konservative Bewußtseinsdispositionen", wie sie von Reyher genannt werden, ebenso aus den gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen wie revolutionäre, daß sie zeitweise deshalb dominieren können, weil sie einmal von den herrschenden Klassen bewußt herbeigeführt werden, weil die herrschenden Klassen über die entscheidenden Mittel und Kräfte zur Verbreitung reaktionärer Ideologien verfügen, und weil sie zum anderen von ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren abhängen, die den Einfluß dieser Ideologien auf die Massen begünstigen können, in bestimmten historischen Phasen stärker, in anderen weniger.

Der Einfluß konservativer, irrationaler oder auch reaktionärer Ideologien auf die Massen steht keineswegs im Widerspruch zur Rolle der Volksmassen in der Geschichte, zu deren Rolle als Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts ist ein widerspruchsvoller Prozeß. Das Wachstum der gesellschaftlichen Aktivität, insbesondere seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, hat nicht nur die organisierten Massenbewegungen als sich schnell ausbreitende Beschleuniger des gesellschaftlichen Fortschritts in die politische Arena eingeführt, sondern es hat auch Massen in die politische Bewegung einbezogen, die ohne sichere politische Kriterien, ohne politische Erfahrung waren. Insbesondere die sozialen Mittelschichten trugen die Vorurteile, die zwiespältigen Ideen und die unreifen Vorstellungen, die sich aus ihrer alten sozialen Stellung ergaben und die sie mit den sich wandelnden Bedingungen ihrer Lage

<sup>26</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 46.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 48.

nicht in Übereinstimmung bringen konnten, in das politische Leben hinein. In diesen Prozessen wird auch eine gewisse Eigenbewegung der politischen Ideen und Vorstellungen sichtbar, eine Eigenbewegung, die sich aus der Zählebigkeit ideologischer Vorstellungen ergibt. Nicht zuletzt deshalb knüpfen vornehmlich konservative Strömungen an vergangene oder unreife Vorstellungen an und leiten daraus - je nach der sozialen Schicht, die gerade angesprochen werden soll - Programme ab, die den neuen gewandelten Bedingungen nicht entsprechen oder nicht realisierbar sind. Insofern existiert selbstverständlich auch ein enger Zusammenhang zwischen sozialen, ideologischen und sozialpsychologischen Prozessen,

Der psychologische Ansatz bei M. Buselmeier und seinen Gesinnungsfreunden, daß die Bewußtseinsdisposition der Massen für die Produktion der kapitalistischen Massenmedien verantwortlich sei, führt folgerichtig dazu, daß das weitere Vorangehen der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern davon abhängt, ob zuerst das Bewußtsein der Massen verändert wird. Nach M. Buselmeier ist es lediglich eine Behauptung der "orthodoxen Kommunisten", "daß erst die ökonomischen Bedingungen umgewälzt werden müßten, bevor man an die Veränderung psychischer und kultureller Strukturen herangehe". Dies führe letztlich "in Apathie". Statt dessen gelte es, "in den psychischen Apparat der Menschen einzudringen", "dort sensibel die Vermittlungen" freizulegen, um den "neuen Menschen" zu schaffen (M. Buselmeier, III, S. 170 f.).

Der Ausgangspunkt dieser Überlegungen geht ebenfalls auf Marcuse zurück. Die enorme Entfaltung der Produktivkräfte in den monopolkapitalistischen Ländern habe die objektiven Voraussetzungen für eine Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung längst gegeben.<sup>28</sup> Es sei also zu fragen, so Buselmeier, warum sich diese Bedingungen noch nicht in ein antikapitalistisches Bewußtsein umgesetzt haben, "welche konkreten Mechanismen das Aufbrechen systemsprengender Bedürfnisse blockieren" (M. Buselmeier, III, S. 171). Er stellt nun nicht die Frage, welche sozialökonomischen Bedingungen und Konstellationen den revolutionären Prozeß konkret in der BRD bremsen - im weltweiten Maßstab kann davon sowieso nicht die Rede sein -, sondern er schlußfolgert einfach, da das Bewußtsein der Massen offenbar noch nicht genügend entwickelt sei, müßten erst die psychischen und kulturellen Strukturen umgewälzt werden, bevor man die ökonomischen umwälzen könne (M. Buselmeier, III, S. 170), es habe also eine psychische und kulturelle Revolution vor der ökonomischen stattzufinden.

Der erste Denkfehler Buselmeiers liegt bereits in der ersten Prämisse, nämlich daß das Bewußtsein der Massen nicht antikapitalistisch sei oder, wie Marcuse es formuliert, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht revolutionär, sondern im Gegenteil antirevolutionär sei.<sup>29</sup> Dazu muß erstens bemerkt werden, daß offensichtlich die Begriffe "revolutionär" und "antikapitalistisch" mit "radikal" - und dies im Sinne von einseitiger, blinder Negation alles Bestehenden - verwechselt werden. Buselmeier spricht von seiner Position aus auch richtiger von der "Produktion des radikalen Bewußtseins", zu dem die Intelligenz beizutragen habe (M. Buselmeier, III, S. 169 f.). Zweitens wird keine klare Unterscheidung zwischen revolutionärem, antikapitalistischem und Klassenbewußtsein getroffen. Das Klassenbewußtsein bildet sich in verschiedenen Stufen heraus - entwicklungsgeschichtlich, in bezug auf die objektive Entwicklung der Arbeiter als Klasse, aber auch

28 Siehe auch Marcuse, Herbert, Konterrevolution und Revolte, Frankfurt(Main) 1973, S. 14 ff.

29 Ebenda, S. 12.

in der Erfahrung einer jeden Generation und eines jeden Individuums. Es drückt vor allem unterschiedliche Stufen der Bewußtheit aus. Es kann spontan und instinktiv auftreten, unter Umständen von bestimmten antikapitalistischen Gefühlen begleitet. Es kann aber auch im Kampf für die sozialistische Revolution, als revolutionäres Klassenbewußtsein, seine höchste Ausprägung erhalten. Eine genaue Analyse der Klassenkämpfe in der Welt und ganz besonders in den entwickelten kapitalistischen Ländern hätte den Autoren des "Glücklichen Bewußtseins" gezeigt, daß der "erhöhte Konsum" keineswegs zwangsläufig, gewissermaßen automatisch, zur "Vereinigung der Gegensätze" zwischen Kapital und Arbeit, zu einem "eindimensionalen politischen Verhalten" - das heißt zur Akzeptierung einer Politik ohne Alternative - führt,<sup>30</sup> daß keineswegs das Wissen um die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verlorengegangen ist, überdeckt durch die "dünne Oberfläche" eines "glücklichen Bewußtseins", hier gemeint als ein Sich-Abfinden mit dem Bestehenden<sup>31</sup>. Dagegen sprechen nicht nur die Streikbewegungen, die schon seit Jahren umfassender als je zuvor in der Geschichte des Kapitals sind, sondern auch die unterschiedlichen sozialen Protestbewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere seit den sechziger Jahren, die nicht selten innerhalb des gegebenen politischen Systems begannen, dann aber auch Ansätze zeigten, über das System hinauszugehen.<sup>32</sup> Dagegen sprechen schließlich auch die Schwierigkeiten, die die Anhänger der kapitalistischen Ideologie gegenwärtig haben, wenn sie sich offen als "kapitalistisch" ausgeben. Ist es nicht ein Zeichen der tief verwurzelten - wenn schon nicht revolutionären, so doch antikapitalistischen - Haltung breiter Schichten, wenn heute selbst der Regierungschef der kapitalistischen BRD von Marx, von Traditionen des Marxismus spricht, die in der Sozialdemokratie lebendig seien? Beweist dies nicht, daß die Vorstellungen des Marxismus-Leninismus heute bereits so stark den ideologischen Kampf im bürgerlichen Lager bestimmen, daß man nur noch durch das Anknüpfen an Marx oder an einige marxistische Thesen meint, brauchbare Verhaltensstrategien, systemstabilisierende Regulative zu finden, ganz im Gegensatz übrigens zu der Situation noch vor zwei oder mehr Jahrzehnten?

30 Derselbe, *Der eindimensionale Mensch*, a. a. O., S. 69.

31 *Ebenda*, S. 95 f.

32 Diese Fakten räumen selbst bürgerliche Autoren ein, z. B. in den USA Best, James J., *Public Opinion, Micro and Macro*, New York 1973, S. 260. - Bei diesen Protestbewegungen, die gegen das staatsmonopolistische System auftraten, muß vor allem zwischen Positionen der revolutionären Arbeiterbewegung, Positionen des bürgerlichen Demokratismus und Antimonopolismus und Positionen der absoluten Negierung des Bestehenden, verbunden mit Antikommunismus bzw. Antipositionen gegenüber dem realen Sozialismus, unterschieden werden. Die letztgenannten Positionen umfassen im wesentlichen die linksradikalen Gruppierungen. Sie bilden einen in sich widerspruchsvollen Komplex von teilweise sich gegenseitig bekämpfenden Richtungen. Als ihr gemeinsamer Nenner kann angesehen werden: ein radikalkritisches Verhältnis zur gegenwärtigen Gesellschaft (unter Einschluß der sozialistischen Gesellschaft); Leugnung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und vor allem ihrer Partei im revolutionären Kampf; einseitige Orientierung auf spontane Aktionen (verbunden mit der Ablehnung des wissenschaftlichen Sozialismus) und einseitige Orientierung auf Gewaltaktionen (verbunden mit Verzicht auf die Ausnutzung demokratischer Institutionen und demokratischer Strömungen. (Vgl. Batalow, E. J., *Philosophie der Revolution. Kritik der Ideologie des Linksradikalismus*, Berlin 1975, S. 39.)

Anstatt die verschiedenen sozialen Bewegungen und Kämpfe und die ideologischen Verhaltensweisen der Bourgeoisie zu analysieren, kommen Buselmeier und seine Ko-Autoren zu der These von der vorrangigen "Umwälzung der psychischen und kulturellen Strukturen", die gleichbedeutend mit der Marcuseschen Auffassung ist, daß die Revolution der Köpfe der realen Revolution voranzugehen habe. Diese These entspricht allgemein den Vorstellungen der linksradikalen Strömungen, die sich in den sechziger Jahren, im Zusammenhang mit den Protestbewegungen gegen den Krieg in Vietnam und andere barbarische Aktionen des Imperialismus, verbreitet haben und unter dem Begriff der "Neuen Linken" bekannt wurden.<sup>33</sup> Aufgrund dieser These wird der Schauplatz der Revolution in den Bereich der Kultur verlagert und die Auseinandersetzung wenn nicht auf der Straße, so doch wenigstens auf Festivals, in Ausstellungssälen und an anderen Orten kultureller Begegnung geführt. Diese "Kulturrevolutionäre" gebärden sich teilweise so radikal wie der Franzose Bouliez, der 1968 die Losung verbreitete: Sprengt die Opernhäuser in die Luft!

Was liegt diesen Strömungen zugrunde? Sie sind Ausdruck der Haltung von Intellektuellen, die in einer Zeit der krisenhaften Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche und zunehmender Klassenkämpfe meinen, die revolutionäre Entwicklung verlaufe zu langsam und deshalb müsse eine "andere" Revolution stattfinden, die Revolution der Kultur und des Bewußtseins. Mit dieser Auffassung weichen diese Strömungen auf das Feld der Kultur aus und behindern - nolens volens - den politischen Kampf. Bei Reich, einem anderen Interpreten der "Neuen Linken" - der, nebenbei bemerkt, heftig gegen Marcuses "Hoffnung auf Gewalt" polemisierte und dem von Marcuse dafür vorgeworfen wurde, daß er eine "Revolution des Establishments" wolle<sup>34</sup> -, wird der Gedankengang der Entpolitisierung der Revolution konsequent zu Ende gedacht: Die politische Revolution sei gegenwärtig nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig. Radikale Umgestaltungen sollten vermittels des Bewußtseins realisiert werden. Das führe automatisch zur revolutionären Umwälzung der gesamten Gesellschaftsstruktur.<sup>35</sup>

Doch das Amoklaufen der radikalen Linken gegen die bürgerliche Kultur, gegen den bürgerlichen Kulturbetrieb, der sich vor allem in den Massenmedien ausdrückt, ist ein knappes Jahrzehnt nach seinem Höhepunkt in den Unruhen des Jahres 1968 in Frankreich und anderen Ländern des Kapitals nicht nur in einer Sackgasse, sondern es hat auch praktisch keine gesellschaftlichen Veränderungen bewirkt. Im Gegenteil, das, was sich als Gegenkultur, Subkultur oder Underground-Kultur, als Bestandteil einer Gegenöffentlichkeit anbot, wurde Bestandteil des kapitalistischen Geschäfts. Für einen Teil der Linksintellektuellen mochte das zutreffen, was Jean-Luc Godard, der bekannte französische Filmregisseur, bereits

33 Der Terminus "Neue Linke" wurde bereits in den fünfziger Jahren benutzt. Er bezog sich damals auf eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Intellektuellen, die gegen die bürgerliche Gesellschaft moralischen Protest erhob und eine "moderne revolutionäre Theorie" forderte. Mit der Ausdehnung der Protestbewegungen wurde dieser Terminus schließlich für alle nichtproletarischen Protestbewegungen in den industriell hochentwickelten kapitalistischen Ländern, die unter linksradikalen Losungen auftraten, benutzt. Ausgenommen bleiben die Bewegungen nationaler Minderheiten, auch wenn sie teilweise Übereinstimmung mit linksradikalen Forderungen zeigen. (Siehe Batalow, E., J., a. a. O., S. 205 Anm. 2.)

34 Siehe ebenda, S. 221 Anm. 23.

35 Reich, Charles, Die Welt wird jung, Wien/München Zürich 1970, S. 23.



1970 als Ergebnis der Bewegung der Linksinтеллектуellen formulierte: Wir wissen nicht, was richtig oder falsch ist. Wir sind im Stadium der Verwirrung. Laßt uns ausruhen und nachdenken!

Neu nachdenken sollten auch die Autoren des "Glücklichen Bewußtseins", zum Beispiel darüber: Die kapitalistische Gesellschaft geht nicht gegen Marcuse, Habermas oder andere Propagandisten der "Neuen Linken" vor, die zwar Radikalismus predigen, die jedoch dann, wenn die Studenten Forderungen auch an sie stellen, wenn der Radikalismus über die Schwelle ihres Hörsaales tritt, schnell mit Begriffen wie "Linksfaschismus" bei der Hand sind - so Habermas. Dagegen geht die kapitalistische Gesellschaft gegen die vor, die den Organisationen der revolutionären Arbeiterklasse angehören oder zumindest nahestehen<sup>36</sup>, die marxistische Anschauungen vertreten oder ihnen weit näherstehen als einige führende Köpfe der "Neuen Linken", auf die sich die Autoren des "Glücklichen Bewußtseins" - allzu ausgiebig - stützen. Am Ende sind es auch nicht die Bücher von Marcuse oder Habermas, die "rauchlos verbrannt" werden, sondern Bücher wie die von Holzer.<sup>37</sup>

Was läßt sich daraus schlußfolgern? Die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft "vermarktet" linksradikale Auffassungen, baut sie reklamemäßig auf, verleiht ihnen in ihren Massenmedien und auf dem Büchermarkt breite Publizität. Offensichtlich braucht sie in der gegenwärtigen Etappe ihrer Krise, im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Krisenerscheinungen, ein Schreckgespenst, mit dem die öffentliche Meinung gegen jede Linkstendenz, vor allem jedoch gegen die wachsende Anziehungskraft des realen Sozialismus, aufgebracht werden soll. Es ist ein doppelter "Gewinn", wenn die Äußerungen des Linksradikalismus sich auch noch dadurch "verwerten" lassen, daß sie antikapitalistische Kritik mit Antikommunismus verbinden.

Am Ende bleibt das Fazit: Wenn die Autoren des "Glücklichen Bewußtseins" versuchen, "Anleitungen zu einer materiellen Medienkritik" zu geben, so sind dies weit mehr Verleitungen dazu, wie sich "Kritik" vermarkten läßt. Der tragische Irrtum der Autoren besteht darin, daß sie, indem sie Kritik zu betreiben vermeinen, zur Antikritik, zur Manipulation, benutzt werden. Fabian hat, gestützt auf

36 Siehe zur Berufsverbotspraxis in der BRD z. B. Der Kampf gegen das Berufsverbot, Dokumentation der Fälle und des Widerstandes, hg. v. Horst Bethge u. Erich Roßmann, Köln 1973, insbes. S. 279 ff. - Nach neuesten Angaben sind bis 1975 etwa 700 000 Bürger der BRD Gesinnungstests unterzogen worden. Im Zusammenhang damit wurden rund 2 000 Berufsverbote ausgesprochen. Außerdem muß mit einer hohen Dunkelziffer gerechnet werden, da auch parteipolitisch oder gewerkschaftlich nicht organisierte Bewerber davon betroffen sind. (Siehe Berufsverbote in der BRD - eine juristische-politische Dokumentation, Frankfurt/Main 1975.) - Am 24. 10. 1975 verabschiedete der Bundestag ein Sondergesetz, zynisch "Extremistengesetz" genannt, das die verfassungswidrige Verbotspraxis endgültig legalisieren soll. (Siehe Neues Deutschland (B), Nr. 254, 25./26. 10. 1975.)

37 Siehe dazu auch die Rezension Handke, Horst, Massenkommunikation und Demokratie in den Zwängen der Monopolherrschaft. Zu Problemen einer marxistischen Politischen Ökonomie der Massenmedien im Kapitalismus. Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2.



Habermas, geschildert, wie die kapitalistische Gesellschaft auf ihrer letzten Stufe auch die Opposition den Warengesetzen unterwirft, die Kritik "vermarktet", wie die Diskussion ins "Geschäft" einbezogen wird, wie Position und Gegenposition auf bestimmte Spielregeln für die Darbietung in der Öffentlichkeit verpflichtet werden, also für den Verkauf verpackt werden (I, S. 41). Genau das läßt sich für die Position der linksradikalen Kritik sagen, genau das trifft auf die hier vorgelegten medienkritischen Ansätze zu. Die Anschauungen, die auf der Theorie von der Vorrangigkeit der "kulturellen Revolution", der "Umwälzung der psychischen und kulturellen Strukturen" fußen, haben kein solides wissenschaftliches Fundament. Sie können deshalb höchstens für die Kritik am kapitalistischen System bestimmte Ergebnisse und auch Anregungen liefern, nicht aber für seine Überwindung.

Was bleibt, ist die Frage, ob die kapitalistische Meinungsbeeinflussung eine neue Etappe durchläuft, in der sie ihr Rüstzeug in zunehmendem Maße aus der Schatzkammer des Marxismus holt, um selbst daraus Profit zu schlagen. Das ist für die "Meinungsmacher" nicht ungefährlich und risikolos, weil der Wahrheitsgehalt der marxistischen Lehre auf die Dauer stärker ist als die Versuche, sie durch Umsetzung in linksradikale Kritik zu entschärfen, zur Ware zu degradieren, in das staatsmonopolistische System einzupassen. Letzten Endes zeigt aber auch dieses Streben nur das eine: Nicht nur die "dünne Oberfläche", genannt "glückliches Bewußtsein", ist dort - wo sie noch vorhanden ist - "brüchig", sondern der Kern, das kapitalistische System.

## AUTOBAHNBAU UND KRIEGSVORBEREITUNG

Einige Bemerkungen zu

Karl Lärmer, Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945 - Zu den Hintergründen

Akademie-Verlag, Berlin 1975, 163 Seiten, Preis: 22,- M

von Elfriede Rehbein

Die Autobahn-Legende lebt noch immer, und mit ihr halten sich zählebig die Auffassungen vom Beispielcharakter der "Straßen des Führers" für die internationale Entwicklung auf diesem Gebiet. Genährt werden diese Meinungen aus den nicht wenigen scheinwissenschaftlich verbrämten oder bewußt propagandistisch angelegten bürgerlichen Veröffentlichungen über faschistische Wirtschaftsführer vom Schlage eines Fritz Todt oder auch eines Albert Speer, deren angeblich große ingenieurtechnische oder wirtschaftsorganisatorische Leistungen als Positivum eines Regimes gewertet werden, dessen verbrecherischen Charakter man nicht schlechthin leugnen kann.

Um so verdienstvoller sind die Untersuchungen Lärmers zu den wirklichen Hintergründen des faschistischen Autobahnbaus, die sich sowohl auf allgemeine wirtschaftshistorische als auch auf spezielle verkehrshistorische Aspekte erstrecken. Sie stellen eine erste marxistische Analyse zu diesem Gegenstand dar, deren Wert dadurch erhöht wird, daß sie auf fast ausnahmslos erstmalig erschlossenen Archivmaterialien beruht, während die bürgerlichen Untersuchungen in der Mehrzahl die originalen Quellen unberücksichtigt lassen und statt dessen "eigene Erfahrungen" bzw. Erlebnisberichte in einer Weise interpretieren, daß sie einer Rehabilitation der faschistischen Vergangenheit entsprechen.

Lärmer hat sich eingehend mit diesen Thesen beschäftigt und in sehr geschickter Weise die Motive für derartige Darstellungen aufgedeckt. Besonders ausführlich setzt er sich mit Kurt Kaftan auseinander, der in seinem 1955 in Westberlin erschienen Buch "Der Kampf um die Autobahnen - Geschichte und Entwicklung des Autobahngedankens in Deutschland von 1907 bis 1935 unter Berücksichtigung ähnlicher Pläne und Bestrebungen im übrigen Europa" die Priorität einer friedlichen, der Kraftverkehrswirtschaft dienenden Aufbauarbeit betonte und die strategische Zielsetzung des Autobahnbaus abwertete. Wider besseres Wissen; denn Kaftan war von 1928 bis 1935 an maßgeblicher Stelle bei der Vorbereitung des Autobahnbaus tätig und demzufolge über die meisten Interna informiert. Wenn er trotzdem noch rund zwanzig Jahre später Hitlers verlogene Erklärungen von 1933 über das Ziel des Autobahnbaus zitiert und gleichzeitig die fachlichen Fähigkeiten des damaligen Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, lobt, ohne zu zeigen, wie dieser seine zweifellos ausgeprägten Fähigkeiten skru-

pellos in den Dienst der faschistischen Verbrechen stellte, so beweist dies die seit langem bekannte Zielfunktion der bürgerlichen Geschichtsschreibung.

Die marxistisch-leninistische Auseinandersetzung mit diesen Problemen erfolgte in den vergangenen Jahren immer intensiver<sup>1</sup>, und Lärmers Analyse ergänzt sie für den im Rahmen der Kriegsvorbereitung bedeutungsvollen Autobahnbau. Sie bildet einen Teil der noch weiter zu führenden Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wertung der Verkehrsentwicklung jener Jahre überhaupt; denn die Überbetonung des technischen Fortschritts und die mangelnde Erklärung der verbrecherischen Nutzung gerade bestimmter Weiterentwicklungen auf dem Gebiete des Verkehrswesens sind typisch auch für andere Verkehrszweige, wie beispielsweise die Eisenbahn und die Seeschifffahrt, oder aber auch für die damaligen Arbeiten auf dem Gebiet der Raketentechnik.

Die Ergebnisse von Lärmers Untersuchungen lassen sich in einigen grundsätzlichen Feststellungen zusammenfassen:

- In den dreißiger Jahren bestand in Deutschland keine dringende verkehrsökonomische Notwendigkeit für den Bau eines Autobahnnetzes.
- Die Gründe für dieses umfangreiche Projekt sind vielmehr vorwiegend auf strategischem und bis zu einem gewissen Grade auf propaganistischem Gebiet zu suchen.
- Der Autobahnbau war für die Arbeitsbeschaffung und damit für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit keineswegs so bedeutend, wie er von den Faschisten dargestellt wurde.
- Der Ausbeutungsgrad der beim Autobahnbau beschäftigten Arbeiter war außerordentlich hoch und mit den damals üblichen Bedingungen in der Industrie und im Bauwesen nicht zu vergleichen.

Der Autor begründet diese Thesen durch nationale und internationale Vergleiche und versteht es dabei, grundsätzliche theoretische Wertungen aus der Sicht der Klassiker des Marxismus-Leninismus zum Ausgangspunkt seiner eigenen Darstellung zu nehmen. Das trifft unter anderem auf die Erörterung der Frage zu, ob der Autobahnbau eine staatliche Angelegenheit sei und demzufolge auch vom Staate finanziert werden müsse, die von ihm völlig zu Recht bejaht wird. Auch seiner Differenzierung in dieser Hinsicht ist zuzustimmen, daß sich wohl einige besonders stark frequentierte Strecken, die aufgrund ihrer geographischen Lage den Verkehr monopolartig an sich ziehen und beherrschen, für das Privatkapital wegen der günstigen Gewinnchancen eignen (man könnte hier als aktuelles Beispiel die Brenner-Autobahn nennen), nicht aber der Ausbau eines Netzes. Diese Erfahrungen hatte schon der Bau der deutschen Eisenbahnen vermittelt, die relativ früh in großem Umfange verstaatlicht wurden und deren Netz in der Folgezeit so verdichtet und ausgedehnt wurde, daß das für den Flächenverkehr in vielen Fällen zweifellos günstigere Kraftfahrzeug erst zu einem Zeitpunkt zum Konkurrenten der Eisenbahn wurde, als sich in anderen entwickelten kapitalistischen Industriestaaten der Kraftverkehr schon zum eigenen Verkehrsträger konstituiert hatte. Da sich außerdem auch der Städtische Nahverkehr im damaligen Deutschen Reich in den Händen des Staates bzw. der Kommunen befand und mit Staatsmitteln im allgemeinen den Ansprüchen genügend ausgebaut wurde (das galt vor al-

1 Vgl. hierzu u. a. Eichholtz, Dietrich, Manager des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3, S. 217 ff.

lem für die auf eigenem Gleiskörper verkehrende elektrische Straßenbahn), erklärt sich die ungewöhnlich lange Vernachlässigung des Straßenbaus. Durch die gut ausgebauten schienengebundenen öffentlichen Verkehrsnetze waren die Straßen über einen längeren Zeitraum hinweg als allgemeine Produktionsbedingungen weniger relevant.

Erst zu einem Zeitpunkt, als das Kraftfahrzeug den hochentwickelten und leistungsfähigen Eisenbahnen auch technisch adäquat war und die zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung der Produktion nach einer größeren Beweglichkeit des Flächenverkehrs sowie nach seiner Unabhängigkeit von Schienennetz und Fahrplan dringend verlangten, rückten Kraftverkehr und Straßenbau in den Mittelpunkt des Interesses. Dabei konnte es unter den konkreten Bedingungen der zwanziger und dreißiger Jahre im Deutschen Reich nicht darum gehen, die harmonische Entwicklung der Produktivkräfte im Straßenbau einem möglichen technischen Höchststand in Teilbereichen zu opfern. Lärmer beweist diese These überzeugend am Beispiel der wichtigsten Gruppen, die sich während der Zeit der Weimarer Republik mit dem Straßenbau beschäftigten, zum Beispiel der "Studien-gesellschaft für Automobilstraßenbau (STUFA)" und dem "Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hansestädte-Frankfurt-Basel (HAFRABA)". Anhand umfangreicher Materialien kommt er zu der Schlußfolgerung, daß für die zwanziger und dreißiger Jahre kein dringender Bedarf an Autobahnen existierte, sondern daß der Kraftverkehr in erster Linie ein gut ausgebautes allgemeines Straßennetz brauch-te.

Allerdings überschätzt Lärmer in diesem Zusammenhang die Konkurrenzwirkung des Kraftverkehrs. Zweifellos war sie vorhanden und zweifellos stimulierte sie die Deutsche Reichsbahn bzw. ab 1924 die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft zu technischen Verbesserungen, umfangreichen Tarifmaßnahmen und zum Druck auf staatliche Institutionen hinsichtlich gesetzlicher Einengung des unerwünschten Konkurrenten, doch galten alle diese Anstrengungen mehr der Ausschaltung des potentiellen Konkurrenten als des tatsächlichen. Damit soll keinesfalls gesagt werden, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die angegebenen Einnahmeausfälle nicht empfindlich registrierte, schränkten sie doch ihre Zahlungsfähigkeit hinsichtlich der Reparationsleistungen ein, die - nach dreijähriger Übergangsregelung - immerhin jährlich rund eine Milliarde Mark betrug. Diese nicht unbeträchtliche Summe mußte die Eisenbahn aus ihren Überschüssen erwirtschaften und dabei gleichzeitig nicht nur alle ihre Betriebsausgaben decken, sondern auch noch die nicht unbeträchtlichen Summen für ihre technische Weiterentwicklung aufbringen. Unter diesen Bedingungen war sie naturgemäß daran interessiert, eine Entwicklung möglichst im Keime zu ersticken, die ihr in der Zukunft noch mehr Schwierigkeiten bereiten mußte. Dabei verlangte sie nicht schlechthin ein Einengen des Kraftverkehrs, sie versuchte vor allem, Einfluß auf diesen Verkehrsträger zu gewinnen, über Dachgesellschaften und ähnliche Vereinigungen, aber auch durch Forderungen, die die Unterstellung des Kraftverkehrs unter die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft vorsahen.

Aufgrund der Bedeutung des staatsmonopolistischen Unternehmens Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft für die Reparationszahlungen, aber auch als wichtigster Transporteur der Wirtschaft, der mit Hilfe von Sondertarifen die Profitmaximierung des Monopolkapitals unterstützen konnte, und nicht zuletzt deshalb, weil die Eisenbahnen nach wie vor in der Kundenliste der Industrie an erster Position standen, waren die zuständigen staatlichen Organe bereit, die Forderungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade zu akzeptieren, zumal sich der Kraftverkehr damals ausschließlich in Gestalt nichtmonopolisier-

ter Klein- und Mittelunternehmer repräsentierte. Da jedoch gleichzeitig die Automobilindustrie und mit ihr die umfangreiche Zulieferindustrie auf Motorisierung drängten und außerdem die großen Konzerne als Ergänzung zur Eisenbahn ihren eigenen, immer umfangreicheren Werkverkehr aufbauten, waren die gesetzlichen Maßnahmen gegen den Kraftverkehr begrenzt und keinesfalls geeignet, das Wachstum dieses Verkehrsträgers ernsthaft zu behindern, zumal außerdem die Kontrolle über festgelegte Beschränkungen, wie beispielsweise die Bindung des Kraftverkehrs an einen Minimaltarif, sehr mangelhaft war. So wurde der Kraftverkehr nicht nur nicht eingeschränkt, sondern er konnte sich weiterhin stetig ausdehnen, sogar während der Weltwirtschaftskrise, in der sich die vielen Kleinunternehmen als weit flexibler erwiesen als das große staatliche Eisenbahnunternehmen, das gezwungen war, den eigenen Vorteil den auf eine Krisenminderung für die Wirtschaft abzielenden Regierungsmaßnahmen unterzuordnen.

Bei der Beurteilung der Konkurrenzfähigkeit des Kraftverkehrs gegenüber der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist weiterhin der generelle Rückstand des deutschen Kraftverkehrs - sowohl des gewerblichen als auch des individuellen - im internationalen Maßstab zu berücksichtigen. Noch 1937 betrug der Anteil des Güterkraftverkehrs (gewerblicher Güterkraftverkehr, Werkverkehr und Kraftverkehr der Reichsbahn) am Laderaum aller im innerdeutschen Verkehr eingesetzten Verkehrsmittel erst knapp 4 Prozent, der des gewerblichen Güterfernverkehrs sogar erst 0,73 Prozent. Bei den Verkehrsleistungen und besonders beim Frachtumsatz schnitt er zwar günstiger ab, aber die Relationen zeigen eindeutig, daß der substanzzehrende Konkurrenzkampf Schiene/Straße, der für die kapitalistischen Länder seit den fünfziger Jahren aktuell und typisch wurde, damals für die deutschen Verhältnisse noch nicht zutraf.

Außerdem wird dadurch offenkundig, daß eine ökonomische Notwendigkeit für ein Autobahnnetz im Faschismus nicht gegeben war, sondern daß die Motive für den Bau dieser "Paradestraßen" vorwiegend im militärischen Bereich zu suchen sind. Lärmer bringt dafür eine Vielzahl überzeugender Beispiele aus den Aktenbeständen bzw. aus zeitgenössischen Veröffentlichungen. Sie zeigen die eindeutige strategische Priorität bei allen Autobahnplänen der Hitlerschen Führungselite, und sie beweisen andererseits, daß "gut informierte Kreise" diese Zielstellung kannten und in ihren eigenen Überlegungen berücksichtigten. Die Identität der faschistischen Eroberungspolitik mit den Wünschen des deutschen Monopolkapitals wird ganz offensichtlich, wenn Lärmer eine Aufforderung oberschlesischer Industrieller zitiert, die Autobahn Gleiwitz - Hindenburg - Beuthen nach Kraków weiterzuführen und "später" Oberschlesien mit Wien und dem Balkan zu verbinden bzw. eine Autobahn nach Budapest zu bauen. Auch die Industrie- und Handelskammer für Ost- und Westpreußen ist hier zu nennen, die eine Autobahn Berlin - Vilnius - Moskau und "auf weite Sicht" bis nach Wladiwostok vorschlug, um nur einige Beispiele herauszugreifen.

Noch offensichtlicher wird die militärische Motivation für den Autobahnbau bei Berücksichtigung der faschistischen Motorisierungspolitik, auf die Lärmer gleichfalls eingeht. Er zeigt, daß Deutschland auf diesem Gebiet - und zwar sowohl in ziviler als auch in militärischer Hinsicht - aus den verschiedensten Gründen einen erheblichen Nachholebedarf hatte. Allerdings wäre hier stärker zu betonen gewesen, daß die Motorisierung des Militärs kein spezifisches Problem der faschistischen Führung war, sondern vielmehr seit dem ersten Weltkrieg auf der Tagesordnung der Armeen aller imperialistischen Staaten stand, weil erst die Motorisierung eine maximale Wirkung der mechanisierten Waffen gewährleistete.



Die Motorisierung der Wehrmacht blieb auch nicht auf den Kraftverkehr beschränkt, der Verbrennungsmotor ermöglichte vielmehr auch vollkommen neuartige Kampfmittel in der Luft und unter Wasser. Auf allen diesen Gebieten hatte die deutsche Wehrmacht erhebliche Rückstände aufzuweisen, die schon im Verlaufe des ersten Weltkrieges offenbar geworden waren und sich durch die im Versailler Friedensvertrag ausgesprochenen Produktionsverbote noch vertieft hatten. Zwar begannen unter anderem schon 1928 die Daimler-Benz-Werke, die Bayerischen Motorenwerke und Krupp-Cruson mit der Produktion von Panzern bzw. gepanzerten Fahrzeugen, aber natürlich reichte das für den Bedarf der faschistischen Aggressionsarmee nicht aus.

Für die Faschisten bedeutete Motorisierung der Wehrmacht deshalb

- die Produktion einer steigenden Anzahl technisch immer weiter verbesserter Panzer,
- die rasch steigende Produktion von Motoren für die Luftwaffe und die Kriegsmarine,
- die Produktion von Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen für die Armee,
- die Wirtschaftsmotorisierung sowie die Förderung der individuellen Motorisierung, um Reserven an Fahrzeugen und Fahrern für den Kriegsfall zu bilden.

Vom ersten Tage der Machtübertragung an die Faschisten an forcierte die faschistische Führung die Motorisierung in breitem Maße. Sie förderte außerdem die Luftfahrt- und die Automobilindustrie durch bevorzugte Rohstoffbereitstellung und Berücksichtigung in der Arbeitskräftelenkung. Die (von Lärmer auf Seite 119 zu Unrecht bezweifelte) Leistungsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie stieg deshalb stark an. Sie konnte die in den zwanziger Jahren durch kapitalistische Rationalisierung und technische Neuausrüstung erweiterte Produktionskapazität nicht nur voll ausschöpfen, sondern darüber hinaus beträchtlich erweitern.

In diesem Zusammenhang mußte naturgemäß das Straßenbauproblem aktualisiert werden, machte doch der steigende Kraftverkehr die Mängel im vorhandenen Straßennetz nur allzu deutlich sichtbar. Daß die Faschisten dabei den Autobahnprojekten den Vorzug gaben, lag vorwiegend - wie der Autor zu Recht betont - in ihrer Blitzkriegsstrategie begründet. Das Konzept der faschistischen Wehrmachtsführung beruhte auf dem Überraschungskrieg in der begründeten Voraussicht, daß Deutschland weder militärisch noch ökonomisch einem länger währenden Krieg gewachsen war. Der plötzliche Überfall mit einer schlagkräftigen Luftwaffe und gut ausgerüsteten mechanisierten Verbänden spielte dabei eine wichtige Rolle. Deshalb mußte die Motorisierung der Wehrmacht zwangsläufig das Kernstück der faschistischen Aufrüstung bilden. Einen klaren Beweis lieferte hierfür neben den vom Verfasser genannten Beispielen auch die Vorbereitung des Überfalls auf die Tschechoslowakei (Deckname "Fall Grün"). In der entsprechenden Konzeption heißt es unter anderem: "Politisch sind die ersten vier Tage militärischen Handelns entscheidend. Bleiben durchschlagende, militärische Erfolge aus, so tritt mit Sicherheit eine europäische Krise ein. Vollendete Tatsachen müssen von Ausichtslosigkeit militärischen Eingreifens überzeugen, Verbündete auf den Plan rufen (Teilung der Beute!), Grün demoralisieren. Daher: Überbrücken des Zeitraumes zwischen 1. Einbruch und Einsatz der anzutransportierenden Kräfte durch entscheidenden, rücksichtslosen Vorstoß einer motorisierten Armee."<sup>2</sup>

2 Zit. bei Kirchberg, Peter, Entwicklungstendenzen der deutschen Kraftfahrzeugindustrie 1929 - 1939, gezeigt am Beispiel der Auto Union AG, Chemnitz, verkehrswiss. Diss. Dresden 1964, S. 95.

Für eine derartige Konzeption mußte verständlicherweise der gleichmäßige Ausbau eines Straßennetzes, so wie er den ökonomischen Anforderungen entsprechen hätte, uninteressant sein.

Die aggressive Zielstellung des Autobahnbaus, der Druck auf Einhaltung gesetzter Termine widerspiegeln sich auch in der Behandlung der Autobahnbauarbeiter. Lärmer hat dazu unter der Überschrift "Arbeitsbeschaffung oder Arbeitszwang?" recht ausführlich Stellung genommen. Sicher hätte die Fortsetzung der Untersuchung über die ersten Jahre hinaus noch manchen interessanten Aspekt ergeben.

Gestützt auf eine Fülle von Originalquellen, widerlegt der Autor in dem genannten Kapitel nicht nur die faschistische These von der "Arbeitsbeschaffung", von der "Beseitigung der Arbeitslosigkeit" durch den Autobahnbau, sondern weist gleichzeitig überzeugend die besonders brutalen Ausbeutungsmethoden auf diesen Objekten nach. Es ist ein erschütternder Einblick, der sich hierbei öffnet; es werden Verhältnisse aufgedeckt, die an die Formen der extensiven Ausbeutung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erinnern, und es wird zugleich der brutale ökonomische und außerökonomische Druck gezeigt, mit dessen Hilfe die Arbeiter an den Arbeitsplatz gebunden wurden. Aber auch auf die klare politische Haltung vieler Arbeiter geht der Autor ein, die den Klassencharakter der faschistischen Politik durch die bewußte Überzeugungsarbeit der zum Autobahnbau verpflichteten Kommunisten begriffen. Dieses Kapitel zählt zweifellos zu den stärksten Eindrücken, die man beim Lesen des Buches empfängt. Wenn man dazu noch die weiter vorn erläuterten Finanzierungsmethoden für den Autobahnbau in Beziehung setzt und berücksichtigt, daß fast 60 Prozent der für den Autobahnbau aufgenommenen Kredite aus dem sogenannten Reichsstock für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und damit direkt aus Versicherungsbeiträgen der Arbeiter kamen, wird der ausgesprochen faschistische Charakter dieses Unternehmens noch klarer.

Zusammenfassend kommt man zu der Feststellung, daß der Autor mit seinem Buch ein wichtiges Thema aufgriff, das bisher aus marxistisch-leninistischer Sicht noch viel zuwenig beleuchtet wurde. Er lieferte wissenschaftlich überzeugende Untersuchungsergebnisse zu einem Thema, das bis heute von großer Popularität ist.

Sicher kann man auch bei dieser breit angelegten Untersuchung noch Lücken finden (wo könnte man das nicht?), wie beispielsweise in der Berücksichtigung der ökonomischen Entwicklung des Kraftverkehrs bzw. des individuellen Verkehrs im Untersuchungszeitraum, und - am Rande vermerkt - hätten eine Karte bzw. mehrere Skizzen über die geplanten und gebauten Autobahnabschnitte dem Leser manche Überlegung verdeutlicht. Entscheidend ist jedoch der Gesamteindruck einer in ihrer Zielstellung und wissenschaftlichen Durchführung dem Leser zu empfehlenden Monographie.

ÖKONOMIE UND POLITIK IN DEN LETZTEN JAHRZEHTEN  
EINES VIELVÖLKERSTAATES

Bemerkungen zu

Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918, im Auftrage der Kommission  
für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie (1848 - 1918)  
hg. v. Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch,  
Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung, hg. v. Alois Brusatti

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften,  
Wien 1973, 666 Seiten

von Harald Müller

Der hier vorgelegte Band zur wirtschaftlichen Entwicklung der Habsburgermonarchie eröffnet eine auf neun Bände angelegte monumentale Gesamtdarstellung der Geschichte Österreich-Ungarns zwischen der Märzrevolution und dem Zusammenbruch dieses Staates in den Stürmen der Revolution von 1918. Von den insgesamt 70 Mitarbeitern des Gesamtunternehmens waren allein 15 als Autoren für den ersten Band tätig. Das und der Umstand, daß die Gesamtdarstellung eben durch die wirtschaftliche Entwicklung eingeleitet wird, weisen auf die Bedeutung des vorliegenden Bandes im Gesamtwerk hin.

Die annähernd zwei Jahrzehnte währende Vorbereitungszeit, die wesentlich von Hugo Hantsch mitgeprägt wurde, belegt den alten Spruch, daß auch Bücher ihre Geschichte haben. Der erste Anstoß an die Herausgeber, das Werk erscheinen zu lassen, erging durch die Rockefeller-Foundation, die eine internationale wissenschaftliche Organisation zur Erforschung der komplizierten Probleme des Vielvölkerstaates der Habsburger gründen wollte, der als Studien- und Lehrmodell für die zu Beginn der fünfziger Jahre von einflußreichen Kreisen der USA angestrebte Föderation kapitalistischer europäischer Staaten, für das "Funktionieren übernationaler politischer Gebilde" dienen sollte. Doch die Herausgeber machen darauf aufmerksam, daß im Laufe der Zeit eine vollständige Lösung von allen "aktuellen" politischen Zielsetzungen erfolgt sei, bis sich die Rockefeller-Foundation 1959 von dem Unternehmen vollständig zurückzog.

Dennoch blieb als Leitmotiv des Werkes das Problem des übernationalen Staates erhalten. So sind die Untersuchungen des ersten Bandes in der Mehrzahl Problemkreisen gewidmet, die die Gesamtmonarchie betreffen, während in zwei Fällen regionale Gesamtuntersuchungen vorgenommen worden sind.

Obwohl es zweifellos zu begrüßen ist, gerade die Behandlung wirtschaftsgeschichtlicher Probleme an die Spitze des Gesamtwerkes zu stellen, wodurch die überlieferte einseitige politisch-historische Anschauung der bürgerlichen Geschichtsschreibung von ihr selbst in Frage gestellt wird, muß es doch als ein empfindli-

cher Mangel erscheinen, daß die gewaltige Bedeutung der Revolutionen der Jahre 1848/49 mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf Ökonomie und Politik in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus in der Habsburgermonarchie nicht einleitend gewürdigt wird, wobei freilich abzuwarten bleibt, wie es das Gesamtwerk unternimmt, die Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik analytisch zu bewältigen. Dies ist gerade dann unabdingbar, wenn es eine Erklärung für die Ursachen zu finden gilt, die für die relativ langsame Entwicklung des Kapitalismus in der Habsburgermonarchie verantwortlich zu machen sind.

Auf diese Zusammenhänge greift Nachum Th. Gross zurück, wenn er in einem einleitenden Kapitel die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft untersucht. Sein unter anderem auf den Arbeiten von Brusatti, Zöllner und Tremel<sup>1</sup> fußendes Resümee wertet das Zurückbleiben in der ökonomischen Entwicklung Österreichs nach 1815 und die geringe Beteiligung des Landes am europäischen Handel vorwiegend als eine Folge der Autarkiepolitik in der Ära Metternich, während für die Periode nach dem Ende des Neoabsolutismus, die die vorausgegangene Aufschwungsphase ablöste, als Ursachen für das erneute Zurückbleiben des Landes folgende drei Tatbestände genannt werden:

Erstens hätten die übernationalen Kräfte, die die Monarchie zusammenhielten, Dynastie, Beamtenschaft, Heer, Adel und Klerus, sich aus ihrer Interessenlage heraus einer Industrialisierung des Landes in den Weg gestellt.

Zweitens hätte sich das österreichische Bürgertum mit einer Lage abgefunden, die durch Vermeidung und Unterdrückung des Wettbewerbs einen leichten Weg zur Gewinnmaximierung zu versprechen schien.

Drittens sei Österreich schließlich der einzige Staat in Europa gewesen, in dem der Übergang zu einem modernen Wirtschaftswachstum mit dem allmählichen Abstieg von der Position einer Großmacht und den ständigen kostspieligen Bemühungen, diesen Prozeß aufzuhalten, zusammengefallen sei und damit zu einer Verlangsamung des Wachstumsprozesses geführt habe. Zudem hätten die zahlreichen Rückschläge, die Österreich in der Innen- und Außenpolitik hinnehmen mußte, auf die relative Rückständigkeit der Wirtschaft zurückgewirkt (S. 12 ff.)<sup>2</sup>. Damit bleibt allerdings die Frage offen, welche Auswirkungen ferner dem sich aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ergebenden Vorsprung der ausländischen Konkurrenz und den ökonomischen Sonderinteressen der Getreideexporteure namentlich in Transleithanien als Verzögerungsmomenten zugesprochen werden müssen, um nur einige Faktoren anzusprechen.

Mit einem weiteren wesentlichen Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung des Habsburgerstaates setzt sich Herbert Matis auseinander, wobei er in seiner Untersuchung die Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik zwischen 1848 und 1918 vorwiegend als Einwirkung des Staates auf die Wirtschaftsprozesse sowie deren Struktur und Ordnung begreift. Namentlich der Periode des Neoabsolutismus mit ihrer Begünstigung der privaten Unternehmertätigkeit und dem Ausbau der Banken als Kreditvermittler, der Einführung der Gewerbefreiheit und der

1 Vgl. Brusatti, Alois, Österreichische Wirtschaftspolitik vom Josephinismus zum Ständestaat, Wien 1965; Zöllner, Erich, Geschichte Österreichs, Wien 1961; Tremel, Ferdinand, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs, Wien 1969.

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf den hier rezensierten Band.

Durchführung der 1848 initiierten Grundentlastung, als "Revolution von oben", werden von Matis bedeutende Wirkungen zugesprochen. Dabei wird, wenn auch nicht immer *expressis verbis*, die große Bedeutung der Revolution von 1848/49 für die Beschleunigung des Übergangs zur kapitalistischen Produktionsweise besonders verdeutlicht und gewürdigt. Doch auch nach diesen Entwicklungen stellte es sich 1860 heraus, daß die österreichische Wirtschaft insgesamt zu schwach war, um sich dem neu aufkommenden internationalen System der Freihandelsverträge auszusetzen, und es ist kein Zufall, daß der Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrages von 1862 die endgültige Verdrängung des Habsburgerstaates aus dem Deutschen Bund einleitete. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Autor eine ins einzelne gehende Untersuchung der Auswirkungen der neoabsolutistischen Wirtschaftspolitik auf die einzelnen Landesteile dargeboten hätte, wenn diese auch eine Episode bleiben sollte. Denn 1873 wurde erneut zum System des Protektionismus zurückgekehrt und die Gewerbefreiheit bedeutenden Einschränkungen unterworfen. Dabei wird der Zwiespalt zwischen partiellem ökonomischem Fortschritt und politischer Reaktion von Matis als "Symbiose zwischen ökonomischem Liberalismus und zentralisiertem Absolutismus" charakterisiert. Aufmerksamkeit verdienen hingegen die Hinweise von Matis, daß wie vor 1848 das System der Staatsanleihen auch in den folgenden Jahrzehnten eine ausreichende Kapitalbildung in der gewerblichen Wirtschaft zunächst noch entscheidend behindert hat.<sup>3</sup> Bei der Einschätzung der Auswirkungen der staatlichen Interventionspolitik, die mit dem Gründerkrach von 1873 inauguriert wurde, hebt Matis zu Recht hervor, daß die beträchtlichen Niveauunterschiede im Stand der Entwicklung der Produktivkräfte zwischen den einzelnen Kronländern nicht ausgeglichen wurden, womit eines der entscheidenden Probleme der ökonomischen Struktur Österreich-Ungarns (und nicht nur dieser) angesprochen wird. Denn die binnenwirtschaftliche Integration der einzelnen Kronländer ist bis 1918 nicht gelungen. Die den Randgebieten des Habsburgerreiches aufgezwungene Funktion als Rohstofflieferanten wurde so zu einer schweren Hypothek für die Entwicklung der meisten auf ihren Trümmern nach dem Ende des ersten Weltkrieges entstehenden Staaten. Auffallend bleibt ferner, daß Matis die in Zisleithanien schon sehr früh einsetzenden Monopolbildungen nicht weiter berücksichtigt und auch die Auswirkungen des sehr bedeutenden deutschen Kapalexports in diese Gebiete nicht einer genaueren Analyse unterwirft. Auch ist zweifelhaft, ob das etatistisch überbewertete "Fehlen einer großen Linie in der Wirtschaftspolitik" (S. 67) in dem Maße, wie durch Matis vorgenommen, für die "nationale Desintegration" und für die verzögerte industrielle Entwicklung verantwortlich zu machen ist, denn eine Wirtschaftspolitik, die den von Habsburg unterdrückten Völkern das Recht bestritt, zur Konstituierung von Nationalstaaten als der "normalen politischen Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums"<sup>4</sup> zu gelangen, konnte und wollte sich eine derartige Linie niemals zum Ziel setzen.

Josef Wysockys Untersuchung der Leitlinien der österreichischen Finanzpolitik wird vorwiegend von dem Axiom des Haushaltsausgleichs als Idealzielstellung etatistischer Finanzpolitik her behandelt und methodologisch eingeordnet. So legt

<sup>3</sup> Vgl. dazu die wichtige Studie von März, Eduard, Die Entwicklung des Bankwesens in den letzten Jahrzehnten der österreichisch-ungarischen Monarchie, in: Die Frage des Finanzkapitals in der österreichisch-ungarischen Monarchie 1900 - 1918, Bukarest 1965, S. 67 ff.

<sup>4</sup> Engels, Friedrich, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 407.



sie der Aufgabe, nach 1848 die große Staatsverschuldung aus der Ära Metternich zu liquidieren, ein ganz besonderes Gewicht bei. Dieser Beitrag erweist im übrigen, daß chronische Finanzschwäche ein ständiges Kennzeichen der Doppelmonarchie blieb: 1913 hatte die Staatsverschuldung mit 12 Milliarden Kronen ihren absoluten Höhepunkt erreicht, und das trotz einer den europäischen Durchschnitt weit übersteigenden Besteuerung der Bevölkerung.

Im umfangreichsten Beitrag des Bandes geben Karl Bachinger und Herbert Matis einen Überblick über die industrielle Entwicklung Österreich-Ungarns im Untersuchungszeitraum. Die theoretischen Grundlagen ihrer Untersuchung sind die Theorien von Simon Kuznets, Walt Rostow, Walter Hoffmann und Alexander Gerschenkron über die Entwicklung der Industriegesellschaft. Die industrielle Revolution wird von ihnen aufgefaßt als "spezifische Komprimierung des Industrialisierungsprozesses in einer Periode rasanten Wachstums" und als Übergang zu einem "modernen, sich selbst erhaltenden realen Wirtschaftswachstum, das durch den zunehmenden Einsatz von Sachkapital anstelle der beiden anderen klassischen Produktionsfaktoren Boden und Arbeitskraft gekennzeichnet ist" (S. 107). Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus wird hier strukturalistisch aufgefaßt als Ablösung der alten ständischen durch eine moderne sogenannte Leistungsgesellschaft. Die wesentlichen sozialen Unterschiede zwischen Feudalismus und Kapitalismus bleiben daher in der Darstellung weitgehend unberücksichtigt, sie werden lediglich als ein "die Wirtschaft begünstigendes politisches Klima" am Rande eben noch erwähnt, wobei allerdings eingeräumt wird, daß die "Macht einer feudalen Tradition" in Österreich vor 1850 den sozialökonomischen Fortschritt behindert habe. Auch wird nicht im einzelnen zu untersuchen versucht, wie die Revolution von 1848 auf grundlegende sozialökonomische Prozesse eingewirkt hat, dafür die Gründerperiode als eine entscheidende Etappe der österreichischen Wirtschaftsgeschichte gewertet. Die Phänomene von zyklischen Auf- und Abwärtsphasen werden, was auffallen muß, nicht nach den einzelnen Kronländern differenziert behandelt. Damit wird Österreich-Ungarn in seiner Heterogenität als eine Einheit aufgefaßt, die es in bezug auf die Entwicklung der Produktivkräfte bis zum Ende der Monarchie nicht werden konnte, ein Umstand, der natürlich wesentlich auf Ausmaß und Ablauf von Konjunktur- und Krisenperioden einwirken mußte. Die in Österreich nach der 1873 einsetzenden Depressionsperiode sehr früh vollzogene Hinwendung zur Kartellbildung, von den Verfassern als "System kollektiver Sicherheit" gewertet (S. 137), bestätigt Lenins Hinweis auf den engen Zusammenhang von Krise und Hinwendung zum Monopol im übrigen nur zu deutlich.<sup>5</sup>

Zusammenfassend stellen die Autoren folgendes dreiphasige Ablaufschema des Industrialisierungsprozesses in Österreich zur Diskussion:

1. die Permanationsphase von 1800 bis 1850, in der sich die relative wirtschaftliche Rückständigkeit Österreichs ausprägte;
2. die Akkomodationsphase, die in den fünfziger Jahren dann mit der Übernahme höherentwickelter Wachstumsmuster beginnt und in der die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Industrialisierung auf breiter Basis geschaffen worden seien;
3. als neue Phase der Industrialisierung die mit dem Durchbruch der industriellen Struktur identische Effizitätsphase, die in den achtziger Jahren erreicht

<sup>5</sup> Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 213.

worden sei, wobei allerdings einschränkend eingeräumt wird, daß Österreich den Zustand eines "industrialisierten Agrarstaates" nicht habe überschreiten können (S. 145 ff.).

Dieses Schema verdeutlicht das Vorgehen der Verfasser, reale historische Entwicklungsprozesse hinter strukturalistischen Modellen zurücktreten zu lassen, so daß viele Fragen nach dem konkreten Zusammenhang zwischen der sozialökonomischen und der technischen Umwälzung im Verlauf der sich lang hinziehenden industriellen Revolution in Österreich zwangsläufig offenbleiben müssen.<sup>6</sup>

Bei der von den Verfassern unternommenen Untersuchung der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren fällt im übrigen auf, daß im wesentlichen ältere Forschungsergebnisse zugrunde gelegt werden, und auch bei der Untersuchung eines der Grundprobleme der österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgeschichte, der Ausbildung der industriellen Regionalstruktur, wird weitgehend auf eine ältere Arbeit von Friedrich Hertz zurückgegriffen.<sup>7</sup>

In der Ergänzung dazu untersucht Richard Rudolph die quantitativen Aspekte der Industrialisierung in Zisleithanien. Doch seine hierbei vorgetragene Polemik gegen die Auffassung von einer langsamen ökonomischen Entwicklung Österreichs geht insofern am Ziel vorbei, als sie sich dabei auf die Entwicklung in denjenigen Regionen des Habsburgerstaates konzentriert, in denen tatsächlich ein nicht unbeträchtliches Wachstum der Produktivkräfte festgestellt werden kann. Um das so gewonnene und im ganzen gesehen daher einseitige und verzerrte Bild aufrechtzuerhalten, sucht Rudolph die Tatsache, "daß weite Gebiete der Doppelmonarchie unterentwickelt waren", in ihrer Bedeutung abzuschwächen. Sie sollte, so plädiert er, nicht das beträchtliche Wachstum in den Industriegebieten überschatten (S. 245). Fraglich muß auch bleiben, ob die Bevölkerungsgröße Österreich-Ungarns und die Marktabschirmung durch Zölle tatsächlich eine merkliche industrielle Entwicklung stimuliert haben, wie das von Rudolph angenommen wird (S. 248).

In den folgenden fünf Beiträgen werden anschließend die Faktoren analysiert, die nach der Auffassung der Verfasser das Bild der ökonomischen Entwicklung des Landes geprägt haben. Hierbei springt ins Auge, daß die Entwicklung der Arbeiterklasse in diese Betrachtung nicht einbezogen wird, sie fehlt vollständig. Dafür bietet Josef Mentsch eine Genesis des österreichischen Unternehmertums. Nach einer Untersuchung über die verschiedenartigen Herkunftstypen des österreichischen Unternehmers und dessen Positionswandel bis zur Jahrhundertwende stellt Mentsch die Frage, ob einige der Ursachen für den industriellen Rückstand Österreich-Ungarns beim Unternehmertum selbst zu suchen sind. Das Integrationsbedürfnis der Großbourgeoisie in die bevorrechteten Gesellschaftsschichten, die übermächtige Stellung des grundbesitzenden Adels in einem Agrarstaat, die Herrschaft des Protektionismus und die zentrifugalen Tendenzen im Habsburgerreich werden insgesamt dafür verantwortlich gemacht, daß Wirkungs- und Entfaltungsmöglichkeiten des Unternehmertums außerordentlich belastet worden sind.

Mit einem gerade für ein so ausgedehntes und mit heterogenen Regionalstrukturen belastetes Land wie Österreich-Ungarn außerordentlich bedeutsamen Aspekt der ökonomischen Entwicklung, wie es das Verkehrswesen darstellt, setzt sich Karl

6 Zu diesem Zusammenhang vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 72.

7 Hertz, Friedrich, Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege, Berlin/Wien 1917.

Bachinger auseinander. Dabei konzentriert er sich vorwiegend auf die Entwicklung der Eisenbahnen, die hier als Verkehrsträger funktional die Hauptrolle spielten, während alle anderen Verkehrsformen dagegen abfielen. Aber im Unterschied zu Deutschland, wo zwischen Eisenbahnbau und industrieller Gesamtentwicklung ein enger Zusammenhang bestand, gingen von Aufbau und Ausdehnung des Schienennetzes in Österreich nicht die bedeutenden Anstöße auf die Entwicklung der Eisen- und Maschinenbauindustrie aus.<sup>8</sup> Beachtenswert erscheinen die Einwände Bachingers gegen die oft vorgetragene Behauptung, die Ungunst der geographischen Verhältnisse und die hohen Anlagekosten im Eisenbahnbau seien in erster Linie für das Zurückbleiben der österreichischen Verkehrsentwicklung verantwortlich zu machen. Statt dessen sucht er die Ursachen für ungenügende infrastrukturelle Entwicklungen in einer gegenüber Westeuropa untypischen Motivation für den Eisenbahnbau, für den in erster Linie nicht ökonomische, profitorientierte, sondern politisch-strategische Beweggründe relevant wurden, während industrialisierungsorientierte Initiativen weitgehend unberücksichtigt blieben (S. 321). Hinzu kam außerdem, daß in vielen Fällen derartige, nicht an wirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Bahnen, nicht rentabel werden konnten, keinen Gewinn abwarfen, so daß sie keinen Anreiz für die Kapitalanlage in diesem Sektor bildeten.

In einer ausführlichen Studie untersuchen Eduard März und Karl Socher die Entwicklung von Währung und Banken in Zisleithanien. Sie erweist, daß der vormärzliche Zustand mit der Konzentrierung der Kreditvermittlung auf die Finanzbedürfnisse des Staates auch nach 1849 in der Periode des Neoabsolutismus nur sehr langsam überwunden werden konnte und daß es relativ lange dauerte, bis in Österreich als dominierender Typ die Privatbank (Rothschild, Sina, Eskeles, Arnstein) durch Aktienbanken verdrängt wurde. Und auch noch in den achtziger Jahren hielt die Entwicklung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes und anlagebereiten Bankkapitals mit den Erfordernissen des Industrialisierungsprozesses nicht Schritt, wobei die Großbanken nur zögernd bei der Gründung von Industrieunternehmen vorgingen, während andererseits eine starke Nachfrage nach Rentenwerten aufrechterhalten wurde. Erst mit dem Übergang zum Imperialismus griffen die Wiener Großbanken verstärkt in die Gründung von Industrieunternehmen ein, bis schließlich die Mobilbanken, vor allem nach dem Abebben der Wirtschaftskrise von 1900 bis 1903, vordrangen und zu Trägern einer schnellen industriellen Entwicklung in einigen Teilen der Monarchie wurden. Ein empfindlicher Mangel der vorliegenden Untersuchung liegt allerdings darin, daß die gerade für Österreich-Ungarn so bedeutsame Problematik des Verhältnisses von Kapitalimport und -export und namentlich die Beziehungen zum deutschen Finanzkapital und das hierin verwobene Verhältnis von Politik und Ökonomie nur kurz gestreift, aber bei weitem nicht einer befriedigenden Lösung nähergeführt werden. In diesem Zusammenhang sei an die Bedeutung der Tatsache erinnert, daß 1910 mit 8 Milliarden Mark fast die Hälfte des in europäische Länder exportierten deutschen Kapitals in Österreich-Ungarn angelegt war.<sup>9</sup>

Ausführlich gehen März und Socher hingegen auf Genesis und Expansion des österreichischen Finanzkapitals insbesondere seit 1904 ein, wobei sie die These vortragen, daß in keinem Lande die Großbanken eine bedeutendere Rolle gespielt hätten als in Österreich (S. 360). Als Antwort auf die zusammenfassend gestellte

<sup>8</sup> Zu den Auswirkungen des Eisenbahnbaus auf die Entwicklung von Maschinenbau und Metallurgie in Deutschland vgl. Mottek, Hans, a. a. O., S. 171 ff.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Klein, Fritz, Deutschland von 1897/98 bis 1917, Berlin 1961, S. 20.

Frage, ob und inwiefern das Währungs- und Kreditsystem für das Zurückbleiben der österreichischen Volkswirtschaft verantwortlich gemacht werden muß, ziehen die Verfasser vorwiegend "verhängnisvolle Irrtümer" in der Währungspolitik heran, zu denen sie das Deflationsexperiment des Finanzministers Plener und die Konzessionseuphorie der sechziger und siebziger Jahre ebenso rechnen wie das Unverständnis der staatlichen Organe für die Notwendigkeit einer systematischen und auch territorial umfassenden wirtschaftlichen Entwicklungspolitik. Aber die Behauptung, daß die staatlichen Organe sich aus diesen Gründen "nicht der Aufgabe der Erschließung der reichen Menschen- und Naturkräfte des großen Reiches verschrieben" (S. 368), verstellt den Blick auf die wirklichen Ursachen für die ungleichmäßige Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der Gesamtmonarchie wie in den beiden Reichshälften, vor allem auf die verhängnisvollen Auswirkungen der Herrschaft, die das internationale Finanzkapital auf die Völker Österreich-Ungarns ausübte.

In einer Untersuchung über die Entwicklung des Binnenhandels konzentriert sich Ferdinand Tremel auf das Problem des Austausches zwischen den beiden Reichshälften, zwischen denen bereits 1851 die Zwischenzolllinien aufgehoben worden waren, was die Einfuhr billigen Getreides nach Österreich und den ungehinderten Warenexport nach Ungarn bewirken sollte und die ungleichmäßige Entwicklung in den beiden Reichshälften weiter vertiefen mußte, wobei die östliche erst in der Endzeit der Doppelmonarchie aus der durch ungleichartigen Austausch geprägten halbkolonialen Stellung herauszuwachsen begann.

Unter Inanspruchnahme der Forschungsergebnisse der vor allem um die Jahrhundertwende sehr ausgedehnten Literatur zur Entwicklung der österreichischen Agrarverhältnisse schildert Karl Dinklage deren Weg nach dem 1848 von Hans Kudlich unternommenen Vorstoß zur Abschaffung der Feudallasten in Österreich. Den Folgen der Grundentlastung auf die weitere Entwicklung der Verhältnisse auf dem Lande wird dabei zu Recht breite Aufmerksamkeit gewidmet. Von den 290 Millionen Gulden, die die Bauern für die Ablösung feudaler Lasten zu entrichten hatten, flossen annähernd 230 Millionen auf die Konten der Großgrundbesitzer, die diese Mittel nicht zuletzt dazu benutzten, mit der Zuckerindustrie die bedeutendste Exportindustrie der Doppelmonarchie aufzubauen. Allerdings wendet sich die Untersuchung in erster Linie den betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Grundentlastung mit der durch sie angeregten Einschränkung nichtbebauter Flächen, dem Übergang zur modernen Fruchtwechselwirtschaft und den daraus hervorgehenden Ertragssteigerungen zu, während die negativen Auswirkungen der spezifischen Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, die in Österreich auf dem preußischen Wege vor sich ging, dagegen beträchtlich in den Hintergrund treten. Es sei beispielsweise daran erinnert, daß in Böhmen um 1890 die Kleinbauern, die 80 Prozent der gesamten Bauernschaft ausmachten, nur über 12 Prozent des Bodens verfügten. Überhaupt wird in der Darstellung die dominierende Stellung, die der Großgrundbesitz in der gesamten Periode zwischen 1848 und 1918 innehatte, nicht genügend verdeutlicht. Auch den Auswirkungen der seit 1870 beständig fallenden Getreidepreise auf die Lage im Dorf und die Lebensverhältnisse seiner Bewohner wird nicht genügend Beachtung geschenkt.

Eine Gesamtdarstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns geben Ivan T. Berend und György Ránki. Hierbei stellen sie die Auswirkungen der Revolution von 1848/49 und des Ausgleichs von 1867 auf die ökonomischen Prozesse ihren Untersuchungen voran, was indes nicht additiv gefaßt, sondern von der Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsprozesses in einem multinationalen Staat mit einer auch nach 1849 erhalten gebliebenen be-



deutenden Machtposition des grundbesitzenden Adels her gesehen und in einen allgemeinen Zusammenhang eingeordnet wird. Dabei werden sehr intensiv die Auswirkungen der Aufhebung der Zolllinie zwischen den beiden Reichshälften untersucht. Diese Maßnahme führte dazu, daß die wirtschaftliche Rückständigkeit Ungarns und der gesamten östlichen Reichshälfte vor allem als Behinderung des Industrialisierungsprozesses konserviert und noch vertieft wurde und daß deren Unterordnung unter die westliche Reichshälfte noch lange Zeit andauerte. Weiterhin gehen die Verfasser auf den großen Einfluß des Auslandskapitals bei der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Ungarn ein, wobei erst für den Übergang zum Imperialismus eine relative Abnahme des ausländischen Gesamtkapitals in Ungarn von ihnen festgestellt worden ist. Sie analysieren daneben die Rolle der Banken und die Ursachen für deren besonders enge Verbindungen mit der Landwirtschaft und den Zusammenhang zwischen Eisenbahnbau und den Exportinteressen des ungarischen Großgrundbesitzes, wie überhaupt das relativ enge ungarische Eisenbahnnetz sein Entstehen auf die Exportinteressen der ungarischen Grundbesitzer zurückführen kann. Im Unterschied zu Österreich haben die Eisenbahnen auch eine wesentlich wichtigere Funktion bei der industriellen Entwicklung des Landes ausgeübt. Als Besonderheit der Entwicklung in Ungarn stellt sich ferner, wie die Verfasser hervorheben, die Entwicklung der Lebensmittelindustrie dar, denn ihre lange Zeit führende Position wurde erst wesentlich später durch die Entwicklung des Kohlenbergbaus und des Maschinenbaus erschüttert. Aber trotz des hohen Konzentrationsgrades des ungarischen Fabrikproletariats waren um 1910 immer noch 64 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Von großem Wert für die Leser sind die zahlreichen von den Verfassern erarbeiteten statistischen Übersichten, die die ökonomischen Entwicklungsprozesse Ungarns eindrucksvoll widerspiegeln.

Eine Gesamtübersicht für die ökonomische Entwicklung der 1878 von Österreich besetzten und dreißig Jahre danach annektierten Gebiete Bosniens und der Herzegowina legt Kurt Wessely vor. Nicht zu überzeugen vermag die von ihm angebotene Erklärung für die sofort nach der Okkupation vorgenommene Aufhebung aller Zollgrenzen zwischen dem Reichs- und dem Okkupationsgebiet. Nicht der "Schutz" der ökonomischen Interessen der Bosnier und Herzegowiner war die Absicht der Wiener Regierung, sondern deren nationale und soziale Unterjochung, wofür die Untersuchung Wesselys im übrigen eindrucksvolle Belege gibt.

Mit der sogenannten gemeinsamen Wirtschaftspolitik in der Doppelmonarchie setzt sich Akos Paulinyi auseinander. Diese entwickelte sich in gewissem Umfange nach dem Ausgleich von 1867, obwohl nicht zu übersehen ist, daß sie von Anfang an institutionell nur schwach abgesichert war. Der Beitrag geht im einzelnen vor allem auf die Quotenfrage ein, das heißt die Feststellung des Schlüssels für die Beitragsleistung beider Reichshälften zur Finanzierung des gemeinsamen Budgets, während die Staatshaushalte Österreichs und Ungarns sonst völlig unabhängig voneinander existierten. Der gemeinsame Haushalt, das zeigen die von Paulinyi gegebenen Übersichten mit genügender Deutlichkeit, wurde überwiegend für die Deckung der Militärausgaben der Gesamtmonarchie in Anspruch genommen. Die ganze Periode von 1867 bis 1913 sah ständige Auseinandersetzungen um die Quotenverteilung, als deren Folge sich der Anteil Ungarns erhöhte, ohne daß jemals eine von beiden Seiten akzeptierte Berechnungsgrundlage gefunden worden wäre. Ein weiteres Zentralproblem der vorliegenden Untersuchung ist dem Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden Reichshälften gewidmet, womit ein sehr bedeutsames Thema berührt wird, nämlich der neben dem politischen stehende wirtschaftliche Interessenausgleich zwischen der Großbourgeoisie und den Magnaten der beiden Teilstaaten. Die Studie stützt sich wesentlich auf die früher



von Alois Brusatti vorgenommenen Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Folgen des Ausgleichs von 1867.<sup>10</sup>

Mit Brusattis Übersicht über die Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftswissenschaften in Österreich wird der Band abgeschlossen. Aber auch nach seinem Erscheinen bleiben zahlreiche Fragen zur Wirtschaftsgeschichte Österreichs noch einer intensiven Einzelanalyse und weiteren Forschungsarbeiten vorbehalten. Sicherlich zu Recht beanstandet Huertas in seinen kritischen Einwänden etwa das Fehlen kompletter statistischer Angaben und vor allem Ungenauigkeiten in der Analyse der Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik.<sup>11</sup> Doch eine Einschätzung, wie die Rolle der ökonomischen Entwicklung in der Gesamtgeschichte des Habsburgerstaates von den Verfassern gesehen und welcher Platz ihr darin eingeräumt wird, läßt sich freilich erst dann vornehmen, wenn das umfangreiche Gesamtwerk abgeschlossen vorliegt. Dennoch muß jetzt schon die Feststellung getroffen werden, daß die Untersuchung wirtschaftlicher Aspekte an sich noch nicht zum Verständnis und zur komplexen Erfassung historischer Prozesse führt. Ohne die Erforschung der sozialen Strukturen und die Untersuchung ihrer Einwirkungen auf wirtschaftliche Prozesse ist ein tiefreichendes Verständnis der geschichtlichen Entwicklung nicht möglich. Aus diesem Grunde bleibt der vorliegende Band die komplexe Deutung der historischen Entwicklung in der Habsburgermonarchie schuldig.

82. 3: Friedrich Löffler, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert

1961, 268 Seiten, 4 Bibliographien, Preis: 24, 80 DM

2. Aufl. 1967, 276 Seiten, Preis: 49,- DM

83. 4: Günther Franz, Geschichte der deutschen Bauernverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert

1972, 240 Seiten, 60 Abbildungen, 18 Bibliographien, Preis: 22,- DM

2. Aufl. 1976, 301 Seiten, 60 Abbildungen, 18 Bibliographien, Preis: 24,- DM

84. 5: Heinz Henkel, Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter

1967, 220 Seiten, 16 Abbildungen, 12 Bibliographien, Preis: 20, 80 DM

1. Aufl. 1970, 127 Seiten

von Gerhard Hülsh

Als letzter der auf ihre Reihe beschränkten "Deutschen Agrargeschichte" ist der Band IV, die "Geschichte der deutschen Bauernverfassung", von Günther Franz zu

10 Vgl. Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867, Wien/München 1967, S. 134 ff.

11 Vgl. Huertas, Thomas F., A New Economic History of the Habsburg Monarchy, in: The Journal of Modern History, Nr. 1/1975, S. 130 ff.

LANDWIRTSCHAFT - AGRARVERFASSUNG - BAUERNSTAND

Überlegungen zu fünf Bänden

Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart

Bd. 1: Herbert Jankuhn, Vor- und Frühgeschichte vom Neolithikum bis zur Völkerwanderungszeit. Mit Beiträgen von Harald Jankuhn, Eberhard May und Ulrich Willerding

1969, 300 Seiten, 83 Abbildungen, 16 Bildtafeln, Preis: 46,- DM

Bd. 2: Wilhelm Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert

1962, 333 Seiten, Preis: 38,80 DM

2. Aufl. 1967, 361 Seiten, Preis: 48,- DM

Bd. 3: Friedrich Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert

1963, 263 Seiten, 8 Bildtafeln, Preis: 34,80 DM

2. Aufl. 1967, 323 Seiten, Preis: 44,- DM

Bd. 4: Günther Franz, Geschichte des deutschen Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert

1970, 288 Seiten, 20 Abbildungen, 16 Bildtafeln, Preis: 52,- DM

2. Aufl. 1976, 301 Seiten, 22 Abbildungen, 16 Bildtafeln, Preis: 88,- DM

Bd. 5: Heinz Haushofer, Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter

1963, 290 Seiten, 18 Abbildungen, 12 Bildtafeln, Preis: 39,80 DM

2. Aufl. 1970, 327 Seiten

von Gerhard Heitz

Als letzter der auf fünf Bände berechneten "Deutschen Agrargeschichte" ist der Band IV, die "Geschichte des deutschen Bauernstandes", von Günther Franz erschienen. Damit ist die Vollständigkeit des Unternehmens hergestellt.<sup>1</sup> Zwar

<sup>1</sup> Die Darstellungen von Abel, Lütge, Haushofer und Franz liegen bereits in zweiten Auflagen vor und werden mit Ausnahme von Franz nach diesen zitiert. Die

war die Anatomie der Gesamtdarstellung schon vorher bekannt, aber in zweierlei Richtung mußte vom "Bauernstand" letzter Aufschluß erwartet werden. Erstens war noch unklar, ob wenigstens der Herausgeber seinen Band mit den beiden anderen dem Feudalismus gewidmeten Bänden - die er ja kannte - abgestimmt haben würde, und zweitens war zu klären, ob die Nahtstellen zum vorausgehenden (Jankuhn) bzw. zum folgenden Band (Haushofer) besser abgedichtet sein würden, als Lütge und Abel das in ihren Bänden getan hatten bzw. - wie man hinzufügen muß - hatten tun können. In beiden Fällen ist die Antwort eindeutig negativ. Wir haben es lediglich mit dem fünften Einzelband zu tun, der Herausgeber hat als Verfasser seinem Band nicht die Funktion einer "Klammer" zu geben vermocht, die "politische Geschichte des Bauerntums" in der von den einen erhofften (so Brunner), von den anderen mit Spannung, aber nicht ohne Befürchtung erwarteten (so Rosenberg) Gestalt ist ausgeblieben.<sup>2</sup> Der hier den Ausgangspunkt bildende Band von Franz hat vor und nach seinem Erscheinen Aufmerksamkeit gefunden. Das erklärt sich unter anderem daraus, daß sein Autor zugleich der Herausgeber des Gesamtwerkes ist, und schließlich spielt Franz seit mehr als vierzig Jahren, zunächst in der Bauernkriegs-, später in der Agrargesichtsforschung, eine große Rolle<sup>3</sup>, auch während der faschistischen Diktatur, was seit langem bekannt ist bzw. hätte bekannt sein können.<sup>4</sup>

Die Kritik hat sich mit der Anlage dieser Agrargeschichte mehrfach beschäftigt, sowohl was die Komplexität der Darstellung und die Periodisierung wie auch die räumliche und zeitliche Abgrenzung betrifft. Bezeichnenderweise wurde eine Begründung der historisch-geographischen Anlage des Ganzen vermieden, das heißt, keiner der Verfasser ist festgelegt worden, so daß jeder eine Lösung finden mußte bzw. konnte. So entspricht denn das, was als "deutsch" oder "Deutschland" mit allen Variationsmöglichkeiten geboten wird, allgemeinem bürgerlichem Geschichtsverständnis, wobei es mitunter recht großdeutsch im Sinne faschistischer Aggressionspolitik zugeht. So unterschiedlich urteilende Rezensenten wie Brunner und Rosenberg haben denn auch ihre Fragezeichen angebracht. Während sich eine Präzisierung (im Sinne von "deutsche") bei der Vor- und Frühgeschichte von Jankuhn aus von ihm selbst erläuterten Gründen verbot, liegen die Dinge bei Franz anders,

zweite Auflage von Franz erschien erst nach Fertigstellung meiner Besprechung. In ihrem Grundgehalt blieb sie unverändert. Franz hat lediglich neuere Literatur in den Anmerkungen und Literaturzusammenstellungen berücksichtigt und im "Ausklang" einige wenige "Grundlinien stärker bis zur Gegenwart ausgezogen".

2 Vgl. Brunner, Otto, Rezension in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 11. Jg. 1963, S. 235; Rosenberg, Hans, Deutsche Agrargeschichte in alter und neuer Sicht, in: Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt (Main) 1969, S. 81 - 149.

3 Einen Eindruck gibt die Bibliographie in Wege und Forschungen der Agrargeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Franz, hg. v. Heinz Haushofer und Willi A. Boelke, Frankfurt (Main) 1967, S. 345 ff.

4 Vgl. Geschichte der Universität Jena 1558 - 1958, Festgabe zum vierhundertjährigen Jubiläum, im Auftrage von Rektor und Senat verfaßt und hg. v. einem Kollektiv des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter Leitung v. Max Steinmetz, 2 Bde., Jena 1958 und 1962. Vgl. hier Bd. 1, S. 24, 637, 644, 648, 667; Bd. 2, S. 500, 616. Zu Franz vgl. Heiber, Helmut, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland, Stuttgart 1966 = Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 13.

Der "deutsche" Charakter des von ihm beschriebenen Bauernstandes wird von ihm nicht in Zweifel gezogen, zumal schon der vielzitierte Riehl, "der belletristische Ährenleser auf dem 'kulturhistorischen' Gebiet", wie Engels ihn sarkastisch genannt hat<sup>5</sup>, die Bauern als eine der Mächte des sozialen Beharrens bezeichnete.<sup>6</sup> Allerdings fehlt jede ernsthafte Behandlung der Probleme der Ethnogenese, obwohl diese mit der Herausbildung feudaler Produktionsverhältnisse und mit der feudalen deutschen Ostexpansion, also mit zwei agrargeschichtlich bedeutsamen Prozessen, eng verbunden ist. Wie Franz (IV, S. 198 ff.)<sup>7</sup> andererseits bei seiner Darstellung die Grenzen des Heiligen Römischen Reiches bzw. des Deutschen Bundes überschreitet, ist beklemmend zu lesen, und wenn er dabei bis nach Übersee greift, Amerika (gemeint sind die USA) unter dem historischen Komplex der "zweiten deutschen Ostsiedlung" (!) mitbehandelt, so sollen damit offenbar atlantische Gemeinsamkeiten von heute beschworen werden. Mit der Sache hat das überhaupt nichts zu tun, man wird lediglich an den Sprachgebrauch des Handwörterbuches des Auslandsdeutschtums erinnert.<sup>8</sup>

Bei der Erörterung von Fragen der Gesamtanlage darf auch nicht übersehen werden, daß diese fünfbandige Agrargeschichte nicht nur ihre eindeutigen Schwerpunkte in der Behandlung der feudalen Gesellschaftsformation bzw. der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus aufweist, sondern daß sie mit dem Jahre 1945 abschließt. Der Verfasser des fünften Bandes, Haushofer, hat an anderer Stelle<sup>9</sup> sehr wohl über dieses weltgeschichtliche Zäsurenjahr hinausgegriffen. Die vom Epochenjahr 1945 eingeleiteten Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus haben die wissenschaftliche Produktion Haushofers, der "ein entschiedener Anti-Marxist" ist<sup>10</sup>, maßgeblich bestimmt. Schon von seinen langjährigen agrarpolitischen Funktionen im Dienste des deutschen Monopolkapitals<sup>11</sup> her hat Haushofer sich niemals gescheut, geschichtliche Deutung, Gegenwartsbestimmung und Zukunftsvorstellungen zusammenhängend im Hinblick auf die Bauern zu formulieren. Die Wirklichkeit hat jedoch diese Vorstellungen schnell als unrealistisch erkennen lassen, und so ist es wohl als kluge Vorsicht zu werten, wenn Haushofer in einem nicht für agrarpolitischen Hausgebrauch, sondern für eine repräsentative Gesamtdarstellung gedachten Band, dem eine wichtige Funktion bei der Ausprägung des Geschichtsbildes der BRD zukommen soll, doch lieber mit dem Jahre 1945 abschließen woll-

5 Vgl. Engels, Friedrich, Karl Marx, "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 469.

6 Riehl, Johann Heinrich Wilhelm, Die Naturgeschichte des deutschen Volkes (Zusammenfassung mehrerer Einzelschriften), [zuletzt] Stuttgart 1925 ff.

7 Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch. Die einzelnen Bände sind durch römische Zahlen gekennzeichnet.

8 Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Breslau 1934 ff.

9 Einige Vortrags- und Aufsatzthemen seien genannt: "Die Grundfrage der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert", "Jede Generation dient dem Leben", "Die Stellung des Landwirts in der europäischen Wandlung", "Die Welt - ein Garten". - Vgl. auch Anm. 11.

10 Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 119 Anm. 22.

11 Haushofer war Zeuge der Verteidigung im Prozeß gegen Darré. Vgl. Fall XI, Wilhelm-Straßen-Prozeß, Bd. 2, S. 48. - Den Hinweis verdanke ich Joachim Lehmann, der eine Dissertation zur Rolle der Landwirtschaft in der faschistischen Kriegswirtschaft vorbereitet.

te<sup>12</sup>; unabhängig aber von der Wahl des Zäsurenjahres bleibt der antikommunistische Grundtenor der Ausführungen Haushofers in jedem Falle deutlich erkennbar.

Wir erkennen also die gleiche konzeptionelle Lage, die ich bereits für den Band von Günther Franz ausgesprochen habe,<sup>13</sup> Hier kann Geschichte der Bauern in der Dialektik von produktiver Tätigkeit und Klassenkampf, landwirtschaftlicher Produktion und politischer Organisation gar nicht geschrieben werden. Hier wird von den Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion in den antagonistischen Klassengesellschaften (Feudalismus und Kapitalismus) abstrahiert, hier wird "die Landwirtschaft", werden "die Landwirte" und "die Bauern" behandelt, ohne den klassenmäßigen Differenzierungsprozeß exakt zu erfassen. Was bei Franz der Abbruch der Darstellung um 1800 bedeutete, stellt sich bei Haushofer dar im Abbruch der Darstellung mit der totalen Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus. Was seitdem unter Schlagworten wie "Herausforderung des Landes" oder "Bauerntum im Umbruch der Zeit" angeboten worden ist<sup>14</sup>, hätte schlecht in ein ohnehin schon aus Einzelteilen zusammengesetztes Bild der neueren Agrargeschichte gepaßt. Während man in solchen agrarpolitischen Demonstrationen jeweils Versprechungen für die nächste Zeit machen, vertrösten, beschwichtigen, schönfärben usw. kann, hätte eine geschichtliche Darstellung, wie Rosenberg meint, "ungewöhnlicher geistiger Anstrengungen" bedurft<sup>15</sup>. Zugleich hätte jedoch beim Leser auch die Einsicht gestärkt werden können, daß die spät-kapitalistische Gesellschaft den Bauern eine Perspektive in der von den Agrarideologen behaupteten und durch geschichtliche Rückblicke gespeisten Weise nicht zu bieten vermag, daß vor allem das agrarromantische Bild bäuerlicher Geschichte ernsthaften Prüfungen nicht standhält.

Wir haben also fünf Bände deutscher Agrargeschichte vor uns, die weder das Ganze der Agrargeschichte behandeln, weil sie mit dem Jahre 1945 abschließen, noch bezüglich Komplexität und Periodisierung - denen wir uns sogleich zuwenden werden - konzeptionelle Geschlossenheit aufweisen. Die in diesen Bänden niedergelegten Ergebnisse sind jedoch keineswegs gering zu achten. Wie bei jeder Gesamtdarstellung ist die Abhängigkeit vom Stand der Forschung, vor allem angesichts der regionalen Differenziertheit, deutlich, wie auch die aus der Zusammenfassung sich ergebenden neuen Fragestellungen beachtlich sind. Es liegt ja nicht an subjektiven Unzulänglichkeiten der Verfasser oder an Mängeln des Zusammenwirkens untereinander bzw. mit dem Herausgeber, wenn Geschlossenheit nicht erreicht worden ist. Es ist das in erster Linie Ausdruck dafür, daß der in den letzten Jahrzehnten so ausgebauten Agrargeschichtsforschung der BRD bisher die konzeptionelle Kraft der Gesamtdarstellung fehlt. Gehen wir also von dem zuletzt erschienenen Band der Reihe aus nochmals an die Betrachtung des Ganzen,

- 12 Die zweite Auflage des Bandes bringt in dieser Hinsicht keine Veränderungen. Das Buch wurde lediglich durch einige Absätze erweitert; es wurden Anmerkungen hinzugefügt, um den bei Rosenberg nachzulesenden Kritiken die Spitzen zu nehmen.
- 13 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 19. Jg. 1971, S. 441.
- 14 Vgl. z. B. Haushofer, Heinz, Die Furche der DLG 1885 - 1960, Frankfurt (Main) 1960; derselbe, Herausforderung des Landes. Die Landwirtschaft in der Weltwirtschaft (Wiederabdruck von Vorträgen), Hannover 1968; Pacyna, Günter, Bauerntum im Umbruch der Zeit (Wiederabdruck von Vorträgen), Hannover 1966.
- 15 Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 115, 142.



in erster Linie allerdings, das soll präzisierend hinzugefügt werden, an die Betrachtung der drei dem Feudalismus gewidmeten Bände.

Die Einzelbände dieser "Deutschen Agrargeschichte" sind von marxistischen Historikern mehrfach besprochen worden,<sup>16</sup> Der für die theoretische Auseinandersetzung insgesamt wichtigste Beitrag liegt meines Erachtens in der ausführlichen Darstellung von Rudolf Berthold zu Abels Agrarkrisenbuch vor.<sup>17</sup> Die Kritiker haben mehrfach hervorgehoben, daß die fünf Bände keine abgestimmte Gesamtkonzeption erkennen lassen. Dies gilt wohl ohne Einschränkung in dem Sinne, daß eine detaillierte Verständigung über die Anlage nicht stattgefunden haben dürfte. So konnte die Ankündigung des Werkes durch den Verlag die Übereinstimmungen deutlicher machen, als es angesichts der Unterschiede im Herangehen und in der Durchführung berechtigt gewesen wäre, konnte der Eindruck einer Geschlossenheit hervorgerufen werden, die nicht erreicht worden ist.

Man muß aber berücksichtigen, daß die Autoren der fünf Bände seit langem wohl bekannt sind und eine ganz eigene Handschrift schreiben. Es konnte niemandem nutzen, diese Besonderheiten der Handschrift zugunsten einer "gemeinsamen" Konzeption zu überpinseln. Es konnte davon ausgegangen werden, daß die den Feudalismus behandelnden drei Autoren zugleich die praktisch die Agrargeschichtsforschung der BRD beherrschenden Herausgeber von Reihen und Zeitschriften waren bzw. sind. Es wird vielleicht nicht unbegründet sein, von der Annahme auszugehen, daß die Bände I und V vor allem dazu dienen, die Zusammenfassung der Feudalismusbände sowohl im Sinne der "modernen" Anforderungen an das bürgerliche Geschichtsbild chronologisch zu vervollständigen, als auch im Interesse des

16 Ich gebe hier, soweit es die fünf Bände betrifft, kürzeste bibliographische Hinweise und nenne einige weitere Rezensionen zu anderen Publikationen der Autoren Heitz, Gerhard, (zu Lütge, Friedrich, Die mittelalterliche Grundherrschaft und ihre Auflösung, 2. Aufl. Stuttgart 1957), in: ZfG, 6. Jg. 1958, S. 1389 ff.; Laube, Adolf, in: ebenda, 11. Jg. 1963, S. 1570 ff.; Engel, Evamaria, in: ebenda, 12. Jg. 1964, S. 1459 ff.; Vogler, Günter, (zu Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes in der Neuzeit, gesammelt und hg. v. Günther Franz, München/Wien 1963), in: ebenda, S. 1456 ff.; Richter, Siegfried, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden: JWG) 1965, T. 2, S. 232 ff.; Berthold, Rudolf, in: ebenda, S. 243 ff.; Šořta, Jan, in: ebenda, S. 261 ff.; Vogler, Günter, (zu Lütge, Friedrich, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1963 - Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5), in: ZfG, 14. Jg. 1966, S. 317 ff.; Lösche, Dietrich, in: JWG 1967, T. 1, S. 381 ff.; Bleiber, Helmut, (zu Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966), in: ZfG, 16. Jg. 1968, S. 1063 ff.; Laube, Adolf, in: ebenda, S. 1495; Müller, Hans-Heinrich, in: JWG 1969, T. 4, S. 259 ff.; Berthold, Rudolf, in: ZfG, 17. Jg. 1969, S. 539; Müller, Hans-Heinrich, (zu Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 2. Aufl. Hamburg/(West-) Berlin 1966), in: ebenda, 18. Jg. 1970, S. 422; Herrmann, Joachim, in: ebenda, S. 563 ff.; Heitz, Gerhard, in: ebenda, 19. Jg. 1971, S. 438 ff.; Berthold, Rudolf, (Zu Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur), in: JWG 1971, T. 4, S. 231 ff.; Krüger, Bruno, in: ebenda 1972, T. 1, S. 317 ff.

17 Berthold, Rudolf, Agrarkrisen, Agrarkonjunktur und Bevölkerungsentwicklung. Bemerkungen zu Wilhelm Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, in: JWG 1971, T. 4, S. 231 ff.

Verlages mit größerer Marktgängigkeit auszustatten. Die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten der Verfasser ließen offenbar das Unternehmen auch dann als gerechtfertigt erscheinen, wenn von vornherein damit zu rechnen war, daß die individuellen Züge der Darstellung und des Herangehens überwogen, Unterschiede in der Behandlung von Einzel-, aber auch von Grundfragen also nicht zu vermeiden sein würden. Es konnte zugleich davon ausgegangen werden, daß die Verfasser selbst diese Unterschiede nicht in polemischer Form ausfechten würden. Ich möchte in diesem Beitrag die drei den Feudalismus behandelnden Bände in den Mittelpunkt stellen und den ersten und fünften Band nur am Rande berühren, vor allem wenn es um konzeptionelle und terminologische Fragen geht. Wenden wir uns also den drei Feudalismusbänden zu.

Bei der Periodisierung dieser drei Bände fällt auf, daß Abel und Franz, wenn auch zeitlich differenziert und ohne terminologische Übereinstimmung, in bezug auf die Periodisierung die Begriffe der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, also "Mittelalter" bzw. entsprechende Wortzusammensetzungen, verwenden. Demgegenüber finden wir bei Lütge teils dynastische Ansätze ("Fränkische Zeit", "Karolingerzeit"), teils Annäherung an die politische Geschichte (Konsolidierung des "Territorialstaates") bzw. einfache Zeitangaben (zum Beispiel "Die Fortentwicklung der Agrarverfassung vom 15./16. Jahrhundert bis zum 18. Jahrhundert") und nur zum Schluß schließlich konsequent Faktoren der Agrarverfassungsgeschichte ("Die Auflösung der Grund- und Gutsherrschaft, Die Bauernbefreiung") als Zäsuren. Lütge hat auch den kleinen, fünf Seiten langen Rückgriff auf Tacitus nicht unterdrücken können, der ein selbständiges Kapitel erfordert, während in den Bänden II und IV für "Die mittelalterliche Ausbauzeit" (Abel) bzw. "Das Frühmittelalter" (Franz) jeweils kurze Rückblenden genügen. Bei Abel reicht das Frühmittelalter bis 1300, bei Franz bis 1000. Beide lassen dann einen Abschnitt Hochmittelalter folgen, der bei Abel (II, S. 67 - 109) im wesentlichen in einem Querschnitt um 1300 besteht, während bei Franz der systematisch angelegte Abschnitt "Der Bauer in Staat und Gesellschaft des Hochmittelalters" (IV, S. 32 - 49) ergänzt wird durch mehrere Abschnitte, nämlich "Landgemeinde und Dorfgericht" (IV, S. 49 ff.), "Befreite Dörfer", "Reichsdörfer" (IV, S. 71 ff.), "Bauernstaaten" (IV, S. 80 ff.) und "Die mittelalterliche Ostsiedlung" (IV, S. 99 ff.). Danach folgt dann der Abschnitt "Ausgehendes Mittelalter", nachdem bereits vorher (IV, S. 63), und zwar bei einem Vorgriff aus dem Hohen Mittelalter in die Neuzeit (!), auch der Ausdruck "spätes Mittelalter" gebraucht worden war. In diesem Abschnitt werden die "Wüstungen", "Stadt und Land", "Der Bauer im Schrifttum" und "Wehrwesen" abgehandelt. In diesen vier Teilen ist übrigens die chronologische Geschlossenheit der Darstellung, um nicht zu sagen die Disziplin des Autors, am deutlichsten ausgeprägt, und der Leser wird hier nicht ständig durch Tatsachen bzw. Belege aus einem ganz anderen als dem behandelten Zeitraum gestört. Diese Konsequenz fehlt aber in späteren Teilen des vierten Bandes; Geschlossenheit der Chronologie ist übrigens insgesamt nicht die Stärke der drei den Feudalismus behandelnden Bände dieser Gesamttagrargeschichte.

Frühmittelalter, Hochmittelalter und Spätmittelalter sind bei Lütge als Gliederung nicht prinzipiell in der Disposition erkennbar, obwohl die Begriffe Verwendung finden bzw. die ihnen hier wie in anderen Arbeiten Lütges zugrunde liegende Auffassung erkennbar wird. Man könnte den Verzicht auf diese Termini akzeptieren, wenn nur eine den agrargeschichtlichen Gesamtprozeß kennzeichnende und ordnende Hand zu spüren wäre. Es ist jedoch wenig überzeugend, wenn jetzt vom Ende der Karolingerzeit bis zur "Konsolidierung des Territorialstaates" eine geschlossene Periode vorgeschlagen wird. In seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hat Lütge die Karolingerzeit ebenfalls geschlossen behandelt, dann aber die

Mitte des 14. Jahrhunderts bzw. den Dreißigjährigen Krieg als die weiteren Zäsuren abgesteckt, während das 15. und 16. Jahrhundert als Zäsur fehlten. Eine Begründung dafür wurde nicht gegeben. Sie ist auch schwer erkennbar, denn die "Konsolidierung des Territorialstaates" hat doch auf die gesellschaftliche Gesamtentwicklung genauso eingewirkt wie auf die Entwicklung der Agrarverfassung, hätte also eigentlich bei der die Wirtschafts- und Sozialgeschichte im ganzen behandelnden Darstellung als Zäsur erscheinen müssen. Die jetzige Lösung hat allerdings den Vorteil, daß die Zäsur des 14. Jahrhunderts kein übermäßig großes Gewicht erhält. In der Tat war die Grundkonzeption von Lütges Sozial- und Wirtschaftsgeschichte für die Analyse der agrargeschichtlichen Entwicklung höchst ungeeignet. Hier aber, im Nebeneinander der drei Bände, wird deutlich, daß gerade an dieser Stelle, in bezug auf das 14. Jahrhundert, also für einen Zeitraum, der in der Grundkonzeption von Abel eine fundamentale Stellung einnimmt, und zu welchen auch Lütge früher spezielle Arbeiten geliefert hat, eine Übereinstimmung beider Autoren nicht oder nicht mehr besteht.

Stellt man die drei Bände nebeneinander, so erscheinen herausgehoben bei Franz das 11. Jahrhundert - gleichsam zwischen Früh- und Hochmittelalter stehend -, bei Abel der Zeitraum um 1300 und bei Lütge das 15./16. Jahrhundert. Der Bauernkrieg, von der marxistisch-leninistischen Forschung als Höhepunkt der deutschen frühbürgerlichen Revolution begriffen, erscheint demnach bei Lütge nur unter agrarverfassungsgeschichtlichen Aspekten als Einschnitt, während Abel und Franz ihn vernachlässigen bzw. in der Disposition und Darstellung als einen Tatsachenkomplex unter anderen behandeln. Geht man innerhalb des vom 9. bis zum 15. Jahrhundert reichenden Abschnitts den Problemen im einzelnen nach, so erweist sich, daß Lütge die Auflösung der Villikationsverfassung als einen Schwerpunkt ansieht, indem er sie als erste unter mehreren "Haupttatsachen der weiteren Entwicklung" behandelt (III, S. 83 ff.). Damit sind die Akzente ungleich gesetzt. Während Franz das 11. Jahrhundert unterstreicht, betont Lütge den Strukturwandel im 12./13. Jahrhundert, und Abel legt mit seinem Querschnitt von 1300 die Grundlage für die Behandlung der Agrardepression, das heißt des späten Mittelalters. Die inneren Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Gestaltung der Produktionsverhältnisse können so nicht erkannt und dargestellt werden, denn zu scharf ist die Trennung der ökonomischen Faktoren bei Abel von den agrarverfassungsmäßigen Veränderungen bei Lütge, und zu sehr ist Franz bemüht, die Potenzen der Bauern im Klassenkampf zu verharmlosen.<sup>18</sup> Landesausbau aber und Ostexpansion, Klassenkampf und Auflösung der Villikationsverfassung stehen in einem inneren Zusammenhang, und nur wenn dieser deutlich gemacht wird, kann eine überzeugende Darstellung der Agrargeschichte des voll entfalteten Feudalismus (das ist etwas anderes als die von Abel [II, S. 46] formulierte "entfaltete Gesellschaft") geschrieben werden.

Für eine komplexe Darstellung würden sich das 11. Jahrhundert bzw. der Übergang von 11. zum 12. Jahrhundert als eine grundlegende Zäsur der Gesamtentwicklung anbieten<sup>19</sup>, denn jetzt sind alle den Feudalismus als Gesellschaftsforma-

<sup>18</sup> Auf entsprechende Mängel in den Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes im Mittelalter, gesammelt und hg. v. Günther Franz, Berlin 1967, hat aufmerksam gemacht Epperlein, Siegfried, in: ZfG, 16. Jg. 1968, S. 115.

<sup>19</sup> Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß, Berlin 1974, S. 91 ff.

tion kennzeichnenden Elemente voll entwickelt. Die naturalwirtschaftlichen Grundlagen werden allmählich gesprengt, wenn auch keineswegs beseitigt. Es entstehen Städte in großer Zahl, und unter dem Druck der Bauern wird die überwiegend auf Arbeits- und Produktenrente beruhende Ausbeutung in eine solche verlagert, die überwiegend auf Produkten- und Geldrente beruht, womit das Kommando über die Leistungen der Bauern wichtiger wurde, als das über ihre Person<sup>20</sup> - die Leibeigenschaft trat demzufolge zurück. Der Landesausbau, der bei Abel geradezu als tragender Pfeiler seiner auf der Bevölkerungsentwicklung beruhenden Konzeption erscheint und der auch von Lütge gebührend herausgearbeitet wird, dieser Landesausbau ist als langfristig wirkender Prozeß richtig erkannt. Er tritt jedoch im 11. und 12. Jahrhundert qualitativ in eine neue Phase, insofern er in immer geringerem Maße mit feudalherrlicher Eigenwirtschaft verbunden ist. Dabei werden bäuerliche Besitzrechte vom hochfeudalen Typus vorbereitet, und es werden Grundlagen gelegt, die in der bäuerlichen Siedlung der Ostexpansion ihre massenweise Fortsetzung gefunden haben. Es wird aber auch innerhalb der Villikation bzw. der maßgeblich auf Arbeitsrente beruhenden Entwicklungsphase der Grundherrschaft der Übergang zur Geldrente vorbereitet. Der Landesausbau und der Kampf um bäuerliche Freiheiten stehen nicht in einem einfachen Ursache-Wirkung-Verhältnis, sind jedoch sehr eng miteinander verbunden. Ähnlich steht die Auflösung der Villikationsverfassung, die ja keineswegs der besseren Einsicht der Feudalherren geopfert wird, sondern unter dem Eindruck der klassenkämpferischen Aktivitäten aufgegeben werden muß, mit der Ostexpansion in engem Zusammenhang. Lütge nimmt hier innerhalb der bürgerlichen Forschung und in Auseinandersetzung mit ihr einen Standpunkt ein, der wesentlich an Kötzschkes oder Belows (in dieser Frage übereinstimmenden) Auffassungen orientiert ist. In der Darlegung der Prozesse (III, S. 83 ff.) kann man ihm weitgehend folgen, in der Darlegung der Ursachen nicht. Die von Friedrich Engels vertretene Auffassung von der "stillen Arbeit" der unterdrückten Klassen<sup>21</sup> ist ihm selbstverständlich fremd, wahrscheinlich unbekannt. Tatsächlich bietet sie den Schlüssel zum Verständnis: Der Feudalismus ist in seine warenwirtschaftliche Phase eingetreten, und zwar als Ergebnis der Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktion, die keineswegs als rein technischer Prozeß verstanden, sondern als bäuerliche Leistung begriffen werden müssen.

Das bäuerliche Streben nach größerer Freiheit ist nämlich in erster Linie ein aus dem Klassenantagonismus sich ergebendes Streben nach größerer Verfügungsgehalt über die eigene Arbeitskraft, über den Grund und Boden und die Ergebnisse der eigenen Arbeitsleistung. Es erwächst aus der Spezifik der feudalen Produktionsverhältnisse, aus der Dialektik von Eigentum und Besitz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der überwiegend durch Frondienst, das heißt durch Arbeitsrente, bestimmten Phase der Feudalentwicklung, bis in das 11. und 12. Jahrhundert also, bei großen regionalen Unterschieden, die Konstanz der bäuerlichen Wirtschaft einerseits im Interesse der herrschenden Klasse gesichert werden mußte, andererseits aber unter diesen Bedingungen der Bauer die Möglichkeit hatte, die Produktivität der eigenen Wirtschaft gegenüber seiner Leistung im Frondienst zu erhöhen. Marx hat analysiert, wie bei konstanter Größe des Fron-

20 Engels, Friedrich, Die Mark, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 326.

21 Derselbe, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie (Aus dem handschriftlichen Nachlaß), in: ebenda, Bd. 21, Berlin 1962, S. 392.



dienstes "die Produktivität der übrigen Wochentage, worüber der unmittelbare Produzent selbst verfügt", als variable Größe erscheint.<sup>22</sup> Hier liegt die Möglichkeit für "erhöhte Anspannung seiner Arbeitskraft", hier fassen wir grundlegende sozialökonomische Faktoren, die den Feudalismus aus seiner überwiegend naturalwirtschaftlichen in seine deutlich oder vorwiegend durch warenwirtschaftliche Elemente bestimmte Phase führen. Dabei stehen die Besitzverhältnisse und die technische Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in einem engen Wechselverhältnis, spielt der Klassenkampf in seinen versteckten und niederen Formen eine entscheidende Rolle. Mit der auf drei Bände verteilten Behandlung dieser Prozesse ist die Komplexität der agrargeschichtlichen Gesamtentwicklung nicht genügend deutlich gemacht worden - allerdings zeigt der fünfte Band der Reihe, daß diese Komplexität sich nicht dadurch schon einstellt, daß ein Verfasser einen Zeitraum geschlossen behandelt. Es handelt sich also um ein konzeptionelles Problem, nicht um die Frage, ob es zweckmäßig ist, die Darstellung in drei Bänden getrennt zu bieten.

Wir wollen nun die Analyse der Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen den Autoren der drei Bände noch für den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus fortsetzen. Diese in der internationalen Geschichtswissenschaft seit langem lebhaft diskutierte und umstrittene Übergangsepoche wird von den drei Autoren breit behandelt, Abel und Lütge widmen ihr jeweils etwa 170, Franz immerhin 90 Seiten. Abel behandelt diese Epoche in vier (von insgesamt sieben), Lütge in zwei (von insgesamt fünf) und Franz in neun (von insgesamt siebzehn) Kapiteln bzw. Abschnitten. Das Interesse an der Herausbildung des Kapitalismus findet also breite Berücksichtigung. Dabei gibt es volle Übereinstimmung in der Disposition nur zwischen dem fünften Kapitel bei Abel ("Die deutsche Landwirtschaft im 17./18. Jahrhundert") und dem dreizehnten Abschnitt bei Franz ("Bauernaufstände im 17./18. Jahrhundert"). Infolge der grundlegend anderen Anlage des Buches von Lütge werden die entsprechenden Partien bei ihm im vierten Kapitel abgehandelt, und zwar regional in Grundherrschaft bzw. Gutsherrschaft differenziert. Abel beginnt die "frühneuzeitliche Ausbauperiode" mit der Bevölkerungszunahme, die er (II, S. 152) durch folgende Zahlen verdeutlicht: Es gab in Deutschland im Jahre 1340 zirka 14 Millionen Einwohner, 1470 zirka 10 Millionen, 1560 wieder zirka 14 Millionen und zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges zirka 16 bis 17 Millionen Einwohner. Wir geben hier keine Kritik dieser Zahlen und gehen auch nicht auf die theoretische Grundthese Abels bezüglich des Stellenwerts des Bevölkerungsfaktors ein. Das haben Kuczynski und besonders tiefgehend Berthold getan.<sup>23</sup> Wenn im Vergleich der drei Bände auffällt, daß der Dreißigjährige Krieg bei Abel und Franz zäsurenbildende Bedeutung hat (Abel, Kapitel VI: "Krieg, Stockung und beginnende Erholung"; Franz: "Der dreißigjährige Krieg"), während er bei Lütge nur als Untergliederung eines Abschnittes in Kapitel IV erscheint (III, S. 145), so macht das allerdings keine Unterschiede in der Grundauffassung deutlich. Es fällt nur deshalb so sehr auf, weil Lütge in seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte den Dreißigjährigen Krieg als massiven Einschnitt in der Disposition gewählt hatte.<sup>24</sup>

22 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: ebenda, Bd. 25, Berlin 1964, S. 801.

23 Kuczynski, Jürgen, Einige Überlegungen über die Rolle der Natur in der Gesellschaft anlässlich der Lektüre von Abels Buch über Wüstungen, in: JWG 1963, T. 3, S. 284 ff.; Berthold, Rudolf, Agrarkrisen ..., a. a. O.

24 Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl. (West-)Berlin/Heidelberg/New York 1966, S. XXX.



Ohne Einheitlichkeit schließlich wird auch das Ende des behandelten Zeitraumes dargestellt, obwohl alle drei Bände die zeitliche Begrenzung "vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert" tragen. Man muß sogleich hinzufügen, daß die grundsätzliche Betrachtung von Rosenberg, die weniger Fragen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus als Entwicklungsprobleme des Kapitalismus behandelt, deutlich gemacht hat, wie konsequente Deutung der agrargeschichtlichen Prozesse im Sinne der Industriegesellschaftstheorie aussehen kann. Rosenberg hat dabei das gesamte Instrumentarium und auch Vokabular aufgeboten; er hat die BRD-Historiographie in ihrer konservativen Verankerung gezeigt, ihre methodischen, teilweise auch handwerklichen Schwächen offengelegt. Würde also von Abel, Lütge und Franz auf eine Präzisierung dessen verzichtet, was jeder einzelne von ihnen unter der zeitlichen Begrenzung "bis zum 19. Jahrhundert" agrargeschichtlich verstanden wissen wollte, wurde dementsprechend individuell entschieden, wie Haushofers These von der "Landwirtschaft im technischen Zeitalter" aufzufassen sei, das dieser ja mit dem Jahre 1815 einfach beginnen läßt, ohne den Beweis für diesen Zeitpunkt antreten zu können, so sieht die Praxis folgendermaßen aus: Abel geht konsequent vor, wie ja seine Darstellung ohnehin die relativ größte Geschlossenheit aufweist. Er läßt sie mit dem Ende des 18. Jahrhunderts ausklingen.

Lütge geht am weitesten in das 19. Jahrhundert hinein, da er, seinem Lieblingsarbeitsgebiet folgend, auf die breite Darstellung der kapitalistischen Bauernbefreiung nicht verzichten wollte. Das Ergebnis liegt als Kapitel V vor und bietet gegenüber den bekannten Darstellungen aus seiner Feder keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse. Die Arbeiten von Moll, Groß und Harnisch<sup>25</sup> hätte er zwar für die zweite Auflage noch im ungedruckten Manuskript, nicht aber mehr in den 1968 erschienenen Druckfassungen nutzen können; so fehlen sie ganz. Interessant wäre daran wohl gewesen, wie diese aus dem Primärmaterial entstandenen marxistischen Arbeiten auf Lütges Bild der Agrarreformen hätten einwirken können. Und Franz schließlich, der wohl schon mit dem selbstformulierten Ansatz "vom frühen Mittelalter" nichts Rechtes anzufangen wußte, nimmt die mittlere Position ein und entschließt sich zu einem Abschnitt "Französische Revolution und deutsche Erhebung", in dem wir über die agrargeschichtliche Entwicklung im revolutionären Frankreich etwa auf der Grundlage der in deutscher Sprache gedruckten "Französischen Wirtschaftsgeschichte"<sup>26</sup> von Henri Sée informiert werden. Das Ende des Abschnitts ist mit dem Gefecht (bei Franz: der Schlacht) bei Hagelberg gegeben. Wem das ungenügend motiviert erscheint, wer etwa die Schlacht bei Leipzig 1813 oder den Wiener Kongreß 1815 für bedeutsamer gehalten, wer schließlich das Regulierungsedikt von 1811 und dessen bedeutsame junkerfreundliche Einschränkung von 1816 als Zäsur gewählt hätte, der wird eines anderen belehrt: Die märkische Landwehr, die in Hagelberg die auf Berlin vorstoßenden

<sup>25</sup> Moll, Georg, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg), Rostock 1968 = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Schwerin, Bd. 6; Groß, Reiner, Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Weimar 1968 = Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden, hg. v. Horst Schlechte, Bd. 8; Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg, Weimar 1968 = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, hg. v. Friedrich Beck, Bd. 6; vgl. auch Heitz, Gerhard, Varianten des preußischen Weges, in: JWG 1969, T. 3, S. 99 ff.

<sup>26</sup> Sée, Henri, Französische Wirtschaftsgeschichte, 2 Bde., Jena 1930 und 1936 = Handbuch der Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Georg Brodnitz.

französischen Truppen unter Girard schlug, hatte "kein geringerer als der General von der Marwitz während des Waffenstillstandes ausgebildet" (IV, S. 260). Damit ist dann wohl doch noch so etwas wie ein Zusammenhang zur Darstellung Lütges hergestellt, in dessen Bauernbefreiungsbild ja Friedrich August Ludwig von der Marwitz<sup>27</sup> stets eine besondere Rolle spielte; haben doch (so Lütge, III, S. 225) "Männer wie der schon erwähnte F. A. L. von der Marwitz die Maßnahmen von 1807 als einen Rechtsbruch, als eine 'Revolution' [empfunden], weil sie ohne Heranziehung und Mitwirkung der Stände erfolgt waren".

Die marxistisch-leninistische Agrargesichtsforschung der DDR hat die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft in zahlreichen Arbeiten eingehend untersucht,<sup>28</sup> Neues Material aus vielen Archiven und dessen theoretische Verarbeitung auf der Grundlage der Klassiker gingen und gehen dabei Hand in Hand. Die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten dieses jahrzehntelangen Entwicklungsprozesses wie auch regionale Besonderheiten konnten herausgearbeitet werden. Die Zusammenhänge zwischen der spätf feudalen Agrarverfassung und dem Tempo bzw. den Erscheinungsformen der kapitalistischen Bauernbefreiung wurden analysiert, die soziale Differenzierung der Bauernschaft und die auf dem massenweisen Bauernlegen beruhende Vergrößerung der ostelbischen Junkerwirtschaften untersucht. Die in der "Deutschen Agrargeschichte" gebotenen Abschnitte zu dieser Problematik werden aus dieser Sicht in der Begrenztheit ihrer Materialbasis und in der Dürftigkeit ihrer theoretischen Fragestellungen ziemlich deutlich, was auch Rosenberg schon bemerkt hat. Während man bei Lütges Darstellung zu berücksichtigen haben wird, daß er den gleichen Gegenstand früher mehrfach ausführlich behandelt hat, der Neuwert also begrenzt bleiben mußte, ist die Darstellung von Haushofer zwar neu, dafür aber mit erheblichen Mängeln behaftet. Knüpft Rosenbergs scharfe Kritik vor allem an der in der Tat auffälligen Nichtberücksichtigung seiner eigenen Arbeit an<sup>29</sup>, so muß man heute die von Jan Šolta ausgesprochene grundlegende Kritik - "Technische oder kapitalistische Landwirtschaft?" - lautete die von ihm schon vor mehr als zehn Jahren gestellte Frage<sup>30</sup> - als in al-

- 27 Zu Marwitz vgl. Poten, Bernhard, Marwitz, Friedrich August Ludwig von der, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 20, München 1884, S. 530 f.; Lütge, Friedrich, Friedrich August Ludwig von der Marwitz, der große Gegner Stein-Hardenbergs, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 139, 1933, S. 481 ff.
- 28 Der Forschungsstand bis 1969 bei Heitz, Gerhard / Dillwitz, Sigrid / Polzin, Manfred / Wilhelm, Hans-Georg, Forschungen zur Agrargeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970, in: ZfG, Sonderband 1970, S. 121 ff.; zuletzt dazu Harnisch, Hartmut, Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen (1811 bis 1865), in: JWG 1974, T. 4, S. 149 ff.
- 29 Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 109 ff. - Haushofer hat das durch ein paar eingestreute Anmerkungen aufzufangen versucht. Es ist indessen offenbar, daß er nicht nur damals Rosenbergs Buch übersehen hatte (und es jetzt vor-sichtshalber in der Neuausgabe zitiert), sondern vor allem an der marxistisch-leninistischen Forschung vorbeigegangen ist - in beiden Auflagen versteht sich.
- 30 Šolta, Jan, Technische oder kapitalistische Landwirtschaft? Einige Bemerkungen zu Heinz Haushofer: Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter = Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz, Bd. 5, in: JWG 1965, T. 2, S. 261 ff.

len Punkten berechtigt wiederholen. Die Forschung der letzten Jahre in der DDR hat deutlich gezeigt, daß Haushofer auf ungenügender Materialbasis gebaut, das heißt ein Bild ohne Primärquellen gezeichnet hat; von dem völlig verfehlten theoretischen Ansatz nicht zu reden. So kommt vor allem der in Rosenbergs Kritik angesprochenen Entwicklung der Landwirtschaft in der Übergangsepoche vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus eine besondere Rolle zu, weil jetzt die Konsequenzen aus dem "preußischen Wege" in ökonomischer Hinsicht wie auch bezüglich der politischen Stellung der werktätigen Bauernschaft deutlicher in ihrer Komplexität wirksam und erkennbar werden. Nachdem noch in den achtziger Jahren<sup>31</sup> Ansätze einer antijunkerlichen Bewegung der Mittel- und Kleinbauern sichtbar geworden waren (Gründung des Allgemeinen Deutschen Bauern-Vereins im Jahre 1883), setzten Junkertum und Großkapital alles daran, der sozialdemokratischen Landagitation entgegenzuwirken. Die Gründung des Bundes der Landwirte im Jahre 1893 (V, S. 224) und der Frankfurter Parteitag im Jahre 1894, auf dem die Opportunisten erstmalig eine antimarxistische Konzeption in der Agrarfrage durchsetzen konnten, signalisierten die neue Lage. Es kommt dabei, was Haushofer völlig vernachlässigt, der Analyse der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft bzw. der Landbevölkerung für jede agrargeschichtliche Darstellung dieser Epoche grundlegende Bedeutung zu.<sup>32</sup>

Wir wollen uns jetzt noch vergewissern, wie die Verfasser selbst den Abschluß des von ihnen bearbeiteten Bandes sehen bzw. formulieren. Abel und Lütge befinden sich hier in weitgehender Übereinstimmung. Abel rät dem Leser (II, S. 345), die Bauernbefreiungen nicht zu übersehen, und Lütge, der die Agrargesetzgebung breit behandelt hat, kommt zu dem Schluß: "Wenn man schon die vage Bezeichnung 'Mittelalter' gebrauchen will, so wird man sagen können, ja müssen, daß im Bereich der Agrarverfassung erst mit der Bauernbefreiung das Mittelalter in diesem Sinne zu Ende geht" (III, S. 269). Da bleibt wohl nur die Frage offen, ob Lütge den Anfang oder das Ende des Prozesses meint, den Lenin als den "preußischen Weg" der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft bezeichnet hat<sup>33</sup>, als einen Prozeß qualvoller Expropriation bei der Wahrung bzw. Stärkung der Herrschaft der Junker.

31 Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 294.

32 Zahlreich sind die von marxistisch-leninistischen Wirtschaftshistorikern veröffentlichten Ergebnisse. Sotha gab mit seiner Monographie wichtige Impulse. (Sotha, Jan, Die Bauern der Lausitz, Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968 - Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung in Bautzen, Bd. 36, - Vgl. dazu die Rezension von Müller, Hans-Heinrich, in: ZfG, 19. Jg. 1971, S. 1313 ff.) Verwiesen sei auf Berthold, Rudolf, Der sozialökonomische Differenzierungsprozeß der Bauernwirtschaft in der Provinz Brandenburg während der industriellen Revolution (1816 bis 1878/82), in: JWG 1974, T. 2, S. 13 ff.; Harnisch, Hartmut, Statistische Untersuchungen ..., a. a. O.; Jatzlauk, Manfred, Bodeneigentum und Grundbesitzverteilung unter den Bedingungen der Herausbildung der kapitalistischen Ökonomie in der preußischen Provinz Sachsen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 10/1974, S. 633 ff.

33 Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1972, S. 240 ff.

Ist der Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Bauernbefreiung und dem Ende der Darstellung bei Abel und Lütge immerhin konsequent gesehen, wenn auch unscharf in der Zäsur entschieden, so gelangt Franz zunächst zu der Auffassung, daß "mit der Revolution (1848/49 - G. H.) ... endgültig die mittelalterliche Agrarverfassung" verschwand (IV, S. 265), und er präzisiert dann wenig später auf die einfache, aber bemerkenswerte Formel: "Die Gründung der Bauernvereine wie der ländlichen Genossenschaften (Raiffeisen) 1862, also am Vorabend der Reichsgründung, sind dafür (daß die Landwirtschaft 'um ihre Behauptung kämpfen mußte' - G. H.) Zeugnis. Für das Bauerntum war das Mittelalter zu Ende. Ein neues Kapitel begann mit seiner Einordnung in die technische Welt" (IV, S. 266). Und mit dem Hinweis auf Haushofers Teilband dieser Gesamtdarstellung wird zugleich die Tatsache überbrückt, daß dessen "technisches Zeitalter" mit dem Wiener Kongreß beginnt.<sup>34</sup> Viel weiter kann man Nichtübereinstimmung, um nicht zu sagen Verwirrung, kaum noch treiben. Diese drei Bände (und damit auch die Gesamtdarstellung) haben keine gemeinsame Grundkonzeption, wenn man nicht ihre Konzeptionslosigkeit als Konzeption annehmen soll.

Damit sind wesentliche, in der Gesamtanlage sich zeigende Übereinstimmungen und Unterschiede erkannt, und es ist jetzt noch notwendig, die Stellung der Autoren zum Gegenstand der fünf Bände Agrargeschichte zu beleuchten. Da ein "durchdachtes, das Gesamtwerk umspannendes Grundprinzip der Periodisierung"<sup>35</sup> vom Herausgeber offenbar nicht beabsichtigt war, wirkt die Herstellung von Zusammenhängen zwischen den Bänden mehr zufällig, beschränkt sich auf die Vorworte und einige Verweise bzw. bleibt dem Leser überlassen.<sup>36</sup> Das wirkt alles etwas gequält und mehr als Pflichtübung. So fragt Abel (II, S. 9), ob denn nicht zu wenig übrigbleibt für eine Geschichte der Landwirtschaft, wenn Agrarverfassung und politische Geschichte abgezogen würden, und er deklariert sodann Bedarf und Bedarfsdeckung als wichtigsten Gegenstand seines Buches und damit der Geschichte der Landwirtschaft. Als Periodisierung wählt er die aus der "Einplanwirtschaft" bzw. der "vielplanigen Verkehrswirtschaft" sich ergebenden Zäsuren, womit die durch Warenproduktion und Stadtentstehung gesetzte historische Entwicklung umschrieben wird. Es ist das eine Modifizierung seiner an anderer Stelle vorgetragenen Drei-Epochen-Theorie<sup>37</sup> und insofern ein Zugeständnis an das Gesamtwerk, als der vorgesehenen Existenz eines die "Vor- und Frühgeschichte" umfassenden Bandes Rechnung getragen wird. Lütge, der die Geschichte der Agrarverfassung geschrieben hat, sieht diesen "Sonderbereich unseres sozialen Lebens als geschlossene Einheit", zugleich aber auch als "Bestandteil eines größeren Bereiches" (Einleitung, S. 5), womit offenbar die "Wirtschafts- und Agrargeschichte" als Komplex gemeint ist.<sup>38</sup> Und der Herausgeber? Was hat er als Autor von Band IV, mit dem das Werk Vervollständigung erfahren soll, zur Bestimmung des Ge-

34 Haushofer hat (V, S. 15 Anm. 2) seine von Rosenberg attackierte Periodisierung (Rosenberg spricht von "einem zwar stoffreichen, aber verwirrenden Durcheinander" [Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 116]) mit dem mageren Hinweis verteidigt, "daß eine solche auch vom landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus möglich" sei.

35 Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 84.

36 Haushofer hat einige solche Hinweise in der 2. Auflage gebracht.

37 Abel, Wilhelm, Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte, Hannover 1962 = Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft, hg. v. Wilhelm Abel, Heft 37; 2. Aufl. 1963.

38 Vgl. dazu Lösche, Dietrich, Agrargeschichte oder Agrarverfassungsgeschichte-



genstandes zu sagen, wenn schon die Möglichkeit oder Gelegenheit eines Gesamt- vor- oder -nachworts nicht gegeben war oder nicht genutzt werden konnte? Franz sieht seine Aufgabe darin, die "politische Geschichte des Bauernstandes" zu schreiben, den "Bauernstand als Träger geschichtlichen Geschehens" zu behandeln, und zwar sieht er dies als Wagnis angesichts der mangelnden Vorarbeiten (IV, S. 7). Das ist schon etwas, wenn auch nicht ganz soviel, wie im Klappentext und wahrscheinlich durch die Werbeexperten des Verlages versprochen worden ist, wo es heißt, daß Werk beruhe "auf einer vollständigen (!) Kenntnis der Quellen und der Literatur". Man darf annehmen, daß hier nicht die Worte des Autors zu lesen sind; aber man darf auch fragen, warum der Herausgeber solche irreführenden und jeder wissenschaftlichen Einsicht widersprechenden Formulierungen erlaubt, jedenfalls nicht verhindert hat, 39

Werden unter dem Eindruck dieser keineswegs befriedigenden Zusammenstellung der Gegenstandsbestimmung durch die Autoren die drei Bände erneut insgesamt ins Auge gefaßt und wird nach Schwerpunkten für eine Analyse gesucht, so bietet es sich an zu fragen, wie denn der "Bauer" oder "die Bauern", das "Bauerntum" oder der "Bauernstand" von den Autoren eigentlich begriffen worden sind. Denn ob von der wirtschaftsgeschichtlichen Seite her, mit dem Blick auf die quantitativen Faktoren, auf Preise, Löhne usw., ob von der rechts- und verfassungsgeschichtlichen Seite her, durch Untersuchung der Eigentums- und Besitzverhältnisse, oder ob von der politischen Geschichte her, durch die Analyse der Bewegung der Bauern bzw. ihrer Stellung in den politischen Bewegungen und Klassenauseinandersetzungen im Feudalismus und beim Übergang zum Kapitalismus, gesehen, stets erweist sich der in Klassen oder in Ständen organisierte, der arbeitende und handelnde Mensch als eigentlicher Gegenstand geschichtlicher Untersuchung. Insgesamt hätten also die drei Bände, wie kompliziert immer das Minimum an Übereinstimmung zu erzielen gewesen wäre, die Möglichkeit geboten, die Entwicklung der Produktivkräfte, die Geschichte der Produktionsverhältnisse und den Klassenkampf in ihrer inneren Verklammerung zu erforschen und darzustellen. Und das ist angesichts der hinlänglich bekannten ideologischen und klassenmäßigen Positionen der Verfasser und nicht nur der drei, sondern aller fünf Bände selbstredend nicht als Aufforderung zu einer marxistischen Darstellung zu verstehen. Das Vorliegende erweist sich offenbar hinsichtlich Konzeption und Gestaltung auch aus der Sicht der spätbürgerlichen Geschichtswissenschaft als unzureichend. Rosenberg hat dieser Einsicht einen lesenswerten Ausdruck gegeben, was nicht heißen soll, daß seine aus industriegesellschaftlicher Sicht geschriebene Analyse für uns mehr bedeuten könnte als eine Summierung von Erfahrungen und theoretischen Einsichten, wie das spätbürgerliche Geschichtsbild verfeinert und damit glaubwürdig, das heißt gesellschaftlich besser wirksam gemacht werden soll. Es wird sich deshalb empfehlen, von dem unbestreitbaren Interesse Rosenbergs an der Gesamtdarstellung, vor allem aber an den Verfassern derselben und an deren politisch-ideologischen wie methodologischen Positionen auszugehen. Rosenbergs Anliegen läßt sich so umreißen, daß er die erkannten und bedauerten

te? Einige Bemerkungen zu Friedrich Lütge; Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, in: JWG 1967, T. 1, S. 381 ff.

39 Von Archivbenutzung kann, wenn man von der in früheren Jahren gelegten Quellenbasis zur Geschichte des Bauernkrieges (das heißt zum 9. Abschnitt) absieht, praktisch keine Rede sein.



Unzulänglichkeiten teils in den Personen, teils in den historiographischen Traditionen sieht, um, nachdem das Werk nun einmal erschienen war, für die Zukunft andere Wege zu weisen. Dabei wird auch späte Abrechnung präsentiert<sup>40</sup>, doch davon soll hier nicht weiter die Rede sein.

Die terminologischen und begrifflichen Unzulänglichkeiten, Unsicherheiten und Differenzen, die sich bis zur Verworrenheit steigern, sind in der Tat störend und für Anlage und Anliegen des Gesamtwerkes bezeichnend zugleich. Abel und Lütge setzen voraus, daß der Band IV noch erscheinen, die Geschichte des Bauernstandes, die "politische Geschichte unseres Bauertums" (II, S. 9) also, in einer geschlossenen Darstellung zu lesen sein würde. Mag auch sein, daß sie stillschweigend davon ausgingen, das Ergebnis solcher Bemühungen würde sich ohnehin auf der Linie früherer Versuche bewegen.<sup>41</sup> Die differenzierte Darstellung der agrarischen Verhältnisse erforderte jedoch von allen Verfassern Stellungnahme zu der Problematik Bauern als Stand, Bauern als Klasse. Das Ergebnis ist wenig befriedigend, da eine zwischen den Verfassern abgestimmte, ihnen gemeinsame Auffassung fehlt, und auch innerhalb der Bände ist eine ungewöhnliche und wissenschaftlicher Exaktheit entbehrende Spannweite der Begriffsbildung zu erkennen. Man kann getrost vom Fehlen einer terminologischen Präzision über einen wesentlichen Gegenstand dieser Gesamtdarstellung sprechen, und zwar bei allen Beteiligten.

Für Abel handelt es sich im wesentlichen um Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die unter gegebenen Bedingungen einen Bedarf vorfinden und befriedigen; von Lütge werden "die mehr rechtlichen Regelungen stärker in den Vordergrund gestellt" (III, S. 6), während Franz sich "mit der politischen Geschichte des Bauertums oder, wie man wohl auch sagen kann, der Sozialgeschichte des Bauernstandes" beschäftigt (IV, S. 7). Der ideologische Ansatz, von dem aus dies geschieht, ist in Vorwort und Ausklang des Bauernkriegsbuches im Jahre 1933 formuliert und seitdem in verstreuten Arbeiten ausgeführt worden.<sup>42</sup> Abel hat

40 Günther Franz hatte im Jahre 1933 geschrieben, das Werk Rosenbergs (Rosenberg, Hans, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie, München 1935) sei "in seinem ganzen Gehabe so jüdisch, daß selbst Herr Goetz in seinem Rechtfertigungsbericht es für gut gehalten hat, es zu übergehen". (Vgl. Heiber, Helmut, a. a. O., S. 152.)

41 Vgl. z. B. Franz, Günther, Kleine Geschichte des deutschen Bauertums, Oldenburg 1951; derselbe, Politische Geschichte des Bauertums, Hannover 1959; derselbe, Die agrarische Bewegung im Jahre 1848, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 7. Jg. 1959, S. 176 ff.

42 "Heute", so liest man 1933 bei Franz, "am Ende der ersten siegreichen deutschen Revolution, hat der Bauer im Dritten Reich endlich die Stellung im Leben der Nation gewonnen, die er schon 1525 erstrebte". (Franz, Günther, Der deutsche Bauernkrieg, München 1933, S. V.) Und die Darstellung endet mit den Worten: "Allerorten ist der Bauer im Aufbruch und stellt sich einmütig hinter den Führer unseres Volkes, der die ewigen Werte von Blut und Boden erkannt und dem Leben unseres Volkes dienstbar gemacht hat. Die Niederlage von 1525, durch die das Leben der Nation auf Jahrhunderte hinaus geschwächt und verarmt worden ist, ist ausgeglichen. Der Bauer hat sein Ziel erreicht. Er ist zum tragenden Pfeiler unseres Volkslebens geworden." (Ebenda, S. 481.)

insgesamt den leichtesten Stand, genauer gesagt, überläßt er die juristischen und die sozialgeschichtlichen Probleme weitgehend den beiden anderen Bänden. Ganz hat er sie selbstverständlich nicht ausklammern können, so daß zum Beispiel an den Abschnitt über die Bodennutzungsformen des Hochmittelalters ein neuer Absatz angefügt wurde, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß "die Agrarverfassung unter den Kräften, die auf die Bodennutzung einwirkten, gewiß nicht am Ende stand" (II, S. 87, Zusatz zur 1. Aufl. S. 82). Hier beweist der stets auf Quantifizierung bedachte und so auch zumeist eingeschätzte Abel eine unverkennbare Fähigkeit, die Dialektik der ökonomischen und sozialen Faktoren im geschichtlichen Prozeß zu erkennen, wengleich dies nur selten gezeigt wird. An anderer Stelle (II, S. 292) vermerkt Abel, daß auch der für Verbesserungen in der Landwirtschaft aufgeschlossene Friedrich II. von Preußen (den er traditions-geladen den "großen Preußenkönig" und auch "Friedrich den Großen" nennt), mit dem Ersatz der "Leibeigenschaft" durch die "Erbuntertänigkeit" nur ein verhaßtes Wort durch das andere ersetzt, nicht aber den gesellschaftlichen Tatbestand der Unfreiheit aus der Welt schaffen konnte. Ganz zutreffend ist das übrigens nicht, denn das Wort Leibeigenschaft war aus dem Sprachgebrauch weder in Brandenburg-Preußen noch in anderen Territorien völlig verschwunden.

Lütge und Franz haben vergleichbare Exkurse in die ökonomischen Grundlagen der von ihnen behandelten rechtlichen und politischen Entwicklungsprozesse bzw. Auseinandersetzungen kaum aufzuweisen, und die Zusammenhänge zwischen den Bänden sind, wie schon Lösche gezeigt hat, gar nicht einfach herzustellen. Abels von den ökonomischen Faktoren ausgehende Methode, sein primär quantitativ bestimmtes Herangehen, liegen auf der in zahlreichen größeren und kleineren Arbeiten bekannten und erprobten Linie. Ergebnis ist, auf die Frage nach Bauern und Bauernstand bezogen, die Verwendung der dem Kapitalismus eigenen Bezeichnungen, wie Großbauer, Mittelbauer, Kleinbauer (II, S. 143). Abel differenziert jedoch deutlich zwischen dem rechtlich-sozialen Status, der aus der Größe der Höfe sich ergebenden Schichtung und der spezifischen Stellung innerhalb der Gemeinde bzw. des Dorfes (Ausmärker/Inmärker) samt den ökonomischen Konsequenzen (II, S. 92).

Ich gebe hier selbstverständlich keine Analyse des Sprachgebrauchs "Bauer", "Bauernstand" oder "Bauerntum" in den drei Bänden. Dazu reichen die (übrigens unterschiedlich angelegten) Register der drei Bände gar nicht aus, und von einer vollständigen Verzettelung, so aufschlußreich ihre Ergebnisse sein könnten, wünschte man sich durch ein konsequent gestaltetes Register in weiteren Auflagen befreit. Es sei daher nur auf einige Unschärfen hingewiesen, die den wissenschaftlichen Standort und Wert der Bände mitbestimmen. Besonders schwer tun sich Lütge und Franz mit der Analyse der Bauern als Stand im frühen Mittelalter, ein Problem, daß bei Lütge noch zusätzlich durch die von ihm besonders gepflegte Problematik Freiheit - Unfreiheit kompliziert wird.<sup>43</sup> Die Herausbildung der

43 Vgl. dazu Lütge, Friedrich, Das Problem der Freiheit in der frühen deutschen Agrarverfassung, in: Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Abhandlungen, Stuttgart 1963 = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Friedrich Lütge, Bd. 5. - Das Verzeichnis der Schriften von Friedrich Lütge (vgl. Wirtschaft, Geschichte, Wirtschafts-geschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, hg. v. Wilhelm Abel, Knut Borchard, Hermann Kellenbenz, Wolfgang Zorn, Stuttgart 1966, S. 431 ff.) weist ähnliche Themen in mehreren anderen Beiträgen aus. Lütge hatte übrigens schon im Rahmen seines Habilitationsverfahrens die Pro-benvorträge an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der damali-

Klasse der feudalabhängigen Bauern, der Feudalbauernschaft, um zunächst einmal unabhängig von den drei Bänden den objektiven Geschichtsverlauf zu charakterisieren, ist ein überaus komplizierter Prozeß, der allerdings in den Bänden von Lütge und Franz zusätzlich durch eine manchmal geradezu lähmend wirkende Unbestimmtheit der Argumente und der Sprache erschwert wird. Lütge schildert den "Vergründungsprozeß der Freien" (III, S. 33) und den "Verbäuerlichungsprozeß der Unfreien" (III, S. 38), übrigens in einer an Kötzschke anschließenden Richtung. Das Ergebnis (III, S. 38, 96) war im 11., spätestens im 12. Jahrhundert der vergleichsweise einheitliche Bauernstand,

Schwierigkeiten bereitet es Lütge und Franz, mit der Dialektik der sozialen und der ökonomischen Faktoren fertig zu werden. Die Darstellung der geburts- bzw. berufsständischen Komponenten jedenfalls wird erfolgreich im dunkeln gehalten. Lütge betont (III, S. 16), daß "die Abstammung, also die Geburt", die Zugehörigkeit zum Stande bedinge, allerdings hätten "diese Geburtsstände keinen Kasten-Charakter", es gebe Möglichkeiten des Auf- und Abstiegs. Für den sozialen Aufstieg nennt er Tapferkeit, Verdienste usw., für das Absinken spielt unter anderem das Würfelspiel eine ihn offenbar beeindruckende Rolle. Franz begnügt sich mit dem fundamentalen Hinweis, daß "sich zu allen Zeiten Berufs- und Geburtsstände in unterschiedlicher Weise überschneiden" (IV, S. 33). Da geht es bei Abel vergleichsweise eindeutig zu: Die Gesellschaft des frühen Mittelalters ist keineswegs ohne Schichtung und Gliederung; wirtschaftliche Umstände und rechtlich-soziale Faktoren bedingen eine Differenzierung der Bauern, darüber erhob sich "eine Herren- und Adelsschicht" (II, S. 46).

Bei Lütge werden wir, und zwar in einem der zweiten Auflage eingefügten Absatz, belehrt: "Man könnte - und sollte - jetzt von Funktionsständen sprechen" (III, S. 30). Offenbar ist diese Eindringlichkeit durch die marxistische Analyse des Feudalisierungsprozesses bestimmt worden, wie überhaupt die Abwehrstellung der Bände auch dort nicht zu übersehen ist, wo vorsichtshalber der wissenschaftliche Gegner nicht zitiert wird. In dem hier behandelten Zusammenhang der sogenannten Funktionsstände aber möchte Lütge für die Selbstverständigung in der eigenen Umgebung deutlicher werden, und deshalb soll auch hier seine dazu formulierte Anmerkung zitiert werden: "Alle solchen Überlegungen zeigen, wie unzulänglich es ist, alle diese Verhältnisse mit so primitiven Kategorien wie 'Klassenkampf', 'Ausbeutung' etc. erfassen zu wollen, was eine gewisse Literatur - in überraschendem Dogmatismus verhaftet, noch immer versucht. Das historische Bild ist viel zu mannigfaltig und vielschichtig, als daß diese aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Kategorien ausreichen könnten: so ist das damit gewonnene Geschichtsbild notwendig sehr einseitig und unzulänglich" (III, S. 30 Anm. 10). Der in diesem Zusammenhang gewiß unbefangene Rosenberg erkannte aus langjähriger Beobachtung der BRD-Historiographie den "epigonalen Grundton des Werkes"<sup>44</sup> - hier haben wir ihn.

Ähnlich kompliziert erweist sich für Lütge und Franz das Verhältnis der Bauern zum Feudalstaat, nachdem sich diese als eine der beiden Grundklassen der Feu-

gen Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin zum Thema "Die Unfreiheit in Deutschland während des frühen Mittelalters und ihre Bedeutung für die Geschichte der Bauern" angekündigt und gehalten. (Vgl. den Bericht von Rektor Willy Hoppe im Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Bestand K, Nr. 395, S. 180 f.)

44 Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 98.

daldrnung herausgebildet hatten. Das hängt selbstverständlich mit dem ver-  
schwommenen, unwissenschaftlichen "Staats"begriff beider Verfasser zusammen.  
So lesen wir denn bei Franz höchst überraschende Formulierungen. Er geht da-  
bei von einer ganz unrealistischen, von ihm mehr gewünschten als erkannten und  
schon gar nicht erwiesenen Selbständigkeit der Bauern als Klasse aus, obwohl er  
in seiner Einleitung davor gewarnt hatte, "unsere Geschichte als Bauerngeschich-  
te begreifen zu wollen" (IV, S. 14). Er unterstellt offen und versteckt den Bauern  
vielerlei Möglichkeiten geschichtlichen Wirkens, die es objektiv gar nicht gege-  
ben hat, und mißt daran den tatsächlichen Geschichtsprozeß. Sicher hängt das, im  
einzelnen nur schwer faßbar, mit der Tatsache zusammen, daß Franz - dem sein  
wohl schärfster Widersacher Hans Rosenberg "eine Kombination von umfassender  
Materialkenntnis, Erzählertalent und ideologischer Sympathiekundgebung" (für wen  
eigentlich? - G. H.) attestierte<sup>45</sup> - seine Vorstellungen von der Geschichte der  
Bauern in unmittelbarer Nähe des völkischen Geschichtsbildes entwickelt und sich  
davon niemals ganz getrennt hat. Sein "Bauernkrieg", als Quellenwerk eine unbe-  
strittene wissenschaftliche Leistung, hat die theoretische Analyse der frühbürger-  
lichen Revolution durch die bürgerliche Geschichtswissenschaft in eine Sackgasse  
geschoben, aus der sie sich schwer und nur ganz allmählich zu befreien vermag.<sup>46</sup>  
Seine konzeptionelle Kraft reicht einfach nicht aus, um ein der spätbürgerlichen  
Gesellschaft entsprechendes Gesamtbild der Geschichte des Bauernstandes zu ent-  
werfen. Zu vieles bleibt unscharf oder wirkt wie bloße Kompilation der umfassend  
angeführten Literatur. Wenn der Einzelabschnitt mit dem (in diesem vierten Band)  
höchsten Neuwert von Blickle stammt, so ist das nicht nur dessen Vorgriff auf das  
inzwischen erschienene umfangreiche Werk<sup>47</sup>. Darin kommt vielmehr zum Aus-  
druck, daß Franz selbst am wichtigsten Abschnitt der ideologischen Auseinander-  
setzung mit dem Marxismus-Leninismus, dort, wo die geschichtliche Rolle der  
Bauern, der Volksmassen, neu begriffen und formuliert werden muß, nicht mehr  
erfolgsversprechend oder auch nur eindrucksvoll zu agieren vermag. Der frühe  
Nachruf auf sein noch gar nicht erschienen Buch war dafür der deutlichste Aus-  
druck. In dem uns hier interessierenden Zusammenhang stellt sich die Schwäche  
unter anderem wie folgt dar. "In der Karolingerzeit", so schreibt Franz, "tritt  
das Bauerntum im staatlichen Aufbau weder als Befehlsträger noch organisatorisch  
hervor" (was damit gemeint ist, bleibt völlig unklar), und obwohl "die Grundherr-  
schaft ihn (den Bauern) vom 'Staate' trennte, "hatte auch der Bauernstand noch  
Anteil am Staate" (IV, S. 41).

Wie in den drei Bänden nicht ganz selten, wird an dieser Stelle die Chronologie  
durchbrochen und auf den von Blickle verfaßten zehnten Abschnitt (IV, S. 151 ff.)  
vorgegriffen, übrigens das Beste in dieser Geschichte des Bauernstandes. Franz  
stellt fest, daß bäuerliche Landstandschaft zwar "unmittelbaren Anteil am Staate,  
an der politischen Willensbildung" (IV, S. 42) ermöglichte, jedoch nur in wenigen  
Territorien sich vorfand, so daß im allgemeinen der Bauer "nur passiv in den  
Staat eingegliedert" war, "der Staat lebte vom Bauern, ohne daß dieser auf die-  
sen Staat Einfluß hatte" (IV, S. 43). Da hat - um es zu wiederholen - Wilhelm  
Abel doch klarer erkannt, daß hier Klassenverhältnisse existieren, daß sich über

45 Ebenda, S. 147.

46 Dafür zuletzt charakteristisch Blickle, Peter, Die Revolution von 1525, Mün-  
chen 1975; vgl. dazu Vogler, Günter, Rezension in: ZfG, 24. Jg. 1976, S.  
101 f.

47 Blickle, Peter, Landschaften im alten Reich, München 1973; siehe dazu  
Hoyer, Siegfried, Rezension in: ZfG, 23. Jg. 1975, S. 1332 ff.



den Bauern "eine Adels- und Herrenschicht erhob" (II, S. 46), und wir fügen hinzu, daß sich aus dem antagonistischen Charakter der Klassenbeziehungen ein in vielfältigen Formen geführter Klassenkampf ergab.

Die soeben angedeutete Tendenz, die Chronologie der historischen Prozesse nicht genügend präzise zu beachten, verdient noch einige Beobachtungen und Überlegungen, handelt es sich doch (bei einem mehrere Gesellschaftsformationen umfassenden Gesamtwerk) um eine grundsätzliche Frage, um so mehr, als die den Feudalismus behandelnden Bände eine zwar nicht durchgängig eingehaltene, aber offenbar beabsichtigte Arbeitsteilung aufweisen. Chronologische Darstellung soll hier selbstverständlich nicht als absolute Forderung verstanden werden. Die komplizierten Entwicklungsprozesse der Agrargeschichte erfordern ein hohes Maß von Systematik, und das schließt Vor- und Rückgriffe wohl ein. Aber es geht ja gar nicht in erster Linie um ein Verlassen der jeweils behandelten Periode und ihrer grundlegenden Prozesse; es geht vielmehr darum, daß dabei Tatsachen aus anderen als den behandelten Zeiträumen in einer Weise erörtert werden, die man geradezu als Ersatz für Quellenbenutzung hinsichtlich des jeweils behandelten Zeitraums bezeichnen muß. Bei Franz sieht das - um an dem erwähnten Beispiel anzuknüpfen - so aus, daß er aus dem hochmittelalterlichen Teil (wie problematisch immer die von ihm verwandte Periodisierung oder auch nur die Terminologie für seine unscharfe Periodenbestimmung sein mag) in die Zeit um 1500 springt, wenn er die Stellung der Bauern in der Ausbeutergesellschaft, ihre Position als unterdrückte und ausgebeutete, als rentenleistende Klasse, an den spezifischen Fragen bäuerlicher Landstandschaft bzw. nach Blickle präziser an den Fragen der bäuerlichen Landschaften messen will. Das gibt falsche Dimensionen: Damit wird die Stellung der Bauern als Stand wie als Klasse mehr verdunkelt denn aufgehellt.

Abel geht mit der Chronologie ähnlich sorglos um. Er behandelt in seinem zweiten Kapitel, "Die deutsche Landwirtschaft im Hochmittelalter" (II, S. 67 - 109), geschlossen den landwirtschaftlichen Betrieb (II, S. 81 - 96). Seine Periodenzäsur Hochmittelalter - Spätmittelalter liegt doch wohl im 14. Jahrhundert; sein Hochmittelalterteil beginnt nämlich (II, S. 67 ff.) mit einem Querschnitt um 1300, dann folgen "die spätmittelalterliche Agrardepression" (II, S. 110 - 149) und die "frühneuzeitliche Ausbauperiode" (II, S. 50 ff.), die im 16. Jahrhundert angesetzt wird. Man erwartet also jetzt die Analyse des Materials aus diesem Zeitraum, vor oder um 1300. Die Praxis des Unterabschnitts sieht jedoch ganz anders aus. Von mehr als fünfzehn Datierungen des Materials beziehen sich nur zwei auf den behandelten Zeitraum (zirka 1300), neun liegen im 14. bzw. 15. Jahrhundert, die anderen noch später. Beim Bezug auf Mager<sup>48</sup> macht Abel (II, S. 83 f.) darauf aufmerksam, daß dessen Nachrichten zumeist aus späterer Zeit stammten, "die früheren Zustände" jedoch "noch gut erkennen" ließen. Konkret bezieht er sich hier auf einen Bericht aus dem Jahre 1820 (!), um die Einschätzungen für das "Hochmittelalter" zu stützen. Das ist doch wohl ein wenig spät, da ist die Zeitspanne wohl doch so groß, daß Abels eigene einleitende grundsätzliche Feststellung über die "merkwürdige Enthistorisierung unserer Landwirtschaftsgeschichte" (II, S. 9) an Überzeugungskraft einbüßt. Es handelt sich auch keineswegs um einen Einzelfall. Im nächsten Kapitel, "Die spätmittelalterliche Agrardepression" (II, S. 110 - 150), wird nämlich bei Erörterung der Preis- und Einkommensschere unter dem an sich richtig beobachteten Aspekt der "Not der Bauern" (II, S. 142 ff.) auch zu deren Einkommen etwas gesagt; und nicht nur gesagt,

48 Mager, Friedrich, Der Wald in Altpreußen als Wirtschaftsraum, 2 Bde., Köln/Graz 1960.



sondern mit Tabelle 17 (II, S. 145) werden sehr anschaulich "Erlöse und Ausgaben des Bauernguts P." geboten. Näheres Hinsehen freilich läßt erkennen, daß die Zahlen für das 15. Jahrhundert unter der Voraussetzung ermittelt worden sind, daß "bei gleicher Betriebsführung, bei gleichem Arbeits- und Sachmitteleinsatz, bei gleichen Ernten, gleichen Absatzmengen und Abgaben, diese in Naturalmengen gemessen" und auf die bekannten Preise des 15. Jahrhunderts umgerechnet worden sind.

Es ist das unbestrittene und anerkannte Verdienst Wilhelm Abels, durch eigene und durch die Arbeiten seiner Schüler quantitative Faktoren der älteren Agrargeschichte in zäher und umfangreicher Kleinarbeit ermittelt und aufbereitet zu haben. Man wird nicht allen daraus gezogenen Schlußfolgerungen zustimmen können, denn feudale Landwirtschaft unterliegt nun einmal anderen Gesetzmäßigkeiten, als die von Abel stets als Ausgangspunkt bzw. Bezugsgröße genommene kapitalistische Landwirtschaft; unsere Kenntnisse von Stand und Entwicklung der Landwirtschaft früherer Jahrhunderte sind jedoch entscheidend bereichert worden. Mit dem hier gewählten Rückrechnungsverfahren dagegen kann man nicht einverstanden sein; denn es ist methodisch nicht nur wegen der völlig anderen Quellenlage problematisch, sondern auch deshalb, weil Abel die von ihm begründete und weit hin anerkannte Vorstellung von der Entwicklung der Landwirtschaft damit selbst unglaubwürdig gemacht hat. Abel läßt also nicht nur die Exaktheit der Methoden vermissen, die gerade bei quantitativem Herangehen gefordert werden müssen, er unterstellt zudem jene Unverändertheit, jene Statik der landwirtschaftlichen Produktion im historischen Prozeß, die er im Vorwort und durch unzählige Arbeiten in das Reich der Fabel verwiesen hat. Diese "unhistorische Betrachtungsweise" hat übrigens auch Berthold eindringlich im Zusammenhang mit Abels Auseinandersetzung mit marxistischen Auffassungen nachgewiesen.<sup>49</sup>

Doch wir nehmen unseren Gedankengang wieder auf, zu dem uns die Darstellung von Bauer, Bauertum bzw. Bauernstand in den drei Bänden zum Feudalismus angeregt hatte. Die Fragwürdigkeit der Darstellung der Bauern wird noch unterstrichen, wenn man den analytischen Vergleich auf andere Epochen ausdehnt. Wir gehen an das Ende des hier behandelten Zeitraums, als der Übergang zum Kapitalismus zum wichtigsten Inhalt der Geschichte der Landwirtschaft, der Agrarverfassung wie der Geschichte des Bauernstandes geworden ist. Lütge schreibt (III, S. 269) bei Behandlung der generellen Auswirkungen der sogenannten Bauernbefreiung: "Auch der Bauernstand hat sich als Stand erhalten und ist nicht zu einer Gruppe von bloßen agrarischen Produzenten geworden". Das ist wohl eine der Formulierungen, die "auf tief verankerte Überzeugungen und Konventionen in der Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung" zurückgehen, von denen Rosenberg in seiner insgesamt mit lesenswerter Schärfe geschriebenen Darstellung gesprochen hat.<sup>50</sup> Anders sieht Abel das Ende der feudalen und den Übergang zur kapitalistischen Landwirtschaft, indem er empfiehlt, bei der Ablösung der Fronnden, der Fixierung der Abgaben und der Chance des vollen Eigentums "die Bauernbefreiungen nicht [zu] übersehen" (II, S. 345). Und nach der Darstellung von Franz ist man zunächst geneigt, die Existenz eines Bauernstandes gar nicht mehr zu vermuten; denn gegen Ende seiner Darstellung kommt er, bezogen auf den Beginn des 19. Jahrhunderts, zu der bestimmten Formulierung: "Von einem deutschen Bauernstand als politischer Kraft kann nicht gesprochen werden" (IV, S. 263). "... wiewgleich der Bauernstand in den Aufständen der Französischen Re-

<sup>49</sup> Berthold, Rudolf, Agrarkrisen ..., a. a. O., S. 251.

<sup>50</sup> Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 106.

volution (gemeint sind offenbar deren Auswirkungen - G. H.), vor allem aber in seiner Beteiligung an den Befreiungskriegen noch einmal politisch tätig geworden ist, fehlt ihm jedoch in dieser Zeit jede Form eines politischen Zusammenhalts" (IV, S. 263). Das ging offenbar, wenn man Franz folgen sollte, zwischen 1648 und 1789 vor sich. Der Dreißigjährige Krieg nämlich, so erfahren wir, hat tiefgreifende Wirkungen für die Agrarstruktur gehabt, vor allem hat er "in Ostdeutschland den alten Bauernstand der Landnahmezeit weitgehend vernichtet" (IV, S. 179). Die Begründung lautet: "Der Bauer wurde im Osten wirklich zum rechtlosen und geplagten Untertan seines Gutsherrn", die "einheitliche Entwicklung des Bauernstandes war zu Ende". Da ist man doch überrascht, etwa 50 Seiten später lesen zu können: "Trotz aller Unterschiede (in der Lage der Bauern - G. H.) bildete der Bauer aber im 18. Jahrhundert noch einen wirklichen, in sich geschlossenen Stand, der in alten Ordnungen lebte und auf die Gemeinschaft angewiesen war" (IV, S. 229). Und nun blättern wir vorsichtshalber noch einmal zurück und lesen in der Einleitung bei Franz (IV, S. 13) zum wiederholten Male: "Von einer Geschichte des Bauernstandes läßt sich erst in dem Augenblick sprechen, in dem sich neben einer adligen Führungsschicht, neben Bürgern und Geistlichen ein bäuerlicher Berufsstand ausbildet, dem alle angehören, die den Boden bebauen, ohne Rücksicht darauf, ob diese 'Bauern' oder 'rustici', wie sie jetzt heißen, der Herkunft nach Freie, Unfreie oder Hörige sind. Das aber ist erst im 12. Jahrhundert, in der Stauferzeit, der Fall. Trotzdem geht es nicht an, eine Geschichte des Bauernstandes erst zu diesem Zeitpunkt beginnen zu lassen." Dieser Versuchung ist Franz allerdings nicht erlegen, so daß auch noch weitere Erklärungen notwendig werden. Obwohl es nämlich "Bauern oder richtiger Bauerntum" in Mitteleuropa seit der jüngeren Steinzeit gegeben hat (IV, S. 13), das heißt Menschen, die "planmäßig" (nach Abel, II, S. 10, hätte man erwartet "einplanmäßig") "Getreide angebaut und Vieh gezüchtet" haben, ist "von einem Bauernstand in der Karolinger Zeit noch nicht zu sprechen" (IV, S. 21), entstehen Berufsstände erst im Verlaufe des Feudalismus, was nicht ausschloß, daß die "neuen Berufsstände wiederum in Geburtsstände sich wandelten" (IV, S. 40).

Hier wird also der Versuch gemacht, uns den Gedanken an eine Landwirtschaft ohne Bauernstand nahezulegen, die Vorstellung einer Agrarverfassung ohne Bauern zu erwecken oder Bauernaufstände ohne Bauern für möglich zu halten. Die Feder sträubt sich einem streckenweise, eine so unpräzise Terminologie zu notieren, wenn sich dazu noch der Grundstand und der Urstand (IV, S. 126) gesellen, nicht zu vergessen der Nährstand und der Wehrstand (IV, S. 44), womit denn der Anschluß an früher gängige Termini hergestellt ist und die Assoziation zum Reichsnährstand sich einstellt. Man kann sich lebhaft vorstellen, daß Rosenberg und andere ihre schlimmsten Ahnungen bestätigt sehen; auf die Reaktion darf man gespannt sein.<sup>51</sup>

Noch ein vergleichender Blick in den ersten und in den letzten Band des Gesamtwerkes. Bei Jankuhn begegnet uns ein der Sache und dem Forschungsstand angemessener Sprachgebrauch.<sup>52</sup> Er wertet den neolithischen Übergang "zur produ-

51 Bisher liegen zahlreiche, allerdings kurze Rezensionen und Anzeigen vor, die vor allem referieren und informieren, ohne eine kritische Analyse der Gesamtanlage zu versuchen bzw. überwiegend unter Anerkennung dieser Gesamtanlage.

52 Vgl. Krüger, Bruno, Die Landwirtschaft in der Frühzeit. Bemerkungen zu Herbert Jankuhn, Vor- und Frühgeschichte vom Neolithikum bis zur Völkerwanderungszeit, in: JWG 1972, T. 1, S. 317 ff.

zierenden Wirtschaftsform" als Voraussetzung für die Herausbildung einer "Bauernkultur" (I, S. 11). Er schildert kurz die außerhalb Europas erfolgte "Entstehung der bäuerlichen Wirtschaft" (I, S. 13) und kommt, wie auch bei Karlheinz Otto nachzulesen ist, für die "Ausbreitung der neuen Wirtschaftsweise nach Europa" (I, S. 10 ff.) zu einem zeitlichen Ansatz im VI., gewiß im V. Jahrtausend v. u. Z.<sup>53</sup> Jetzt setzen sich "gegenüber der rein aneignenden Wirtschaftsweise der paläolithischen Jäger und Sammler" die Bauern als Produzenten durch; daher spricht Jankuhn von "bäuerliche[r] Gruppe", von einer "bäuerlichen Bevölkerung" und von "ältester Bauernkultur". Erfolgt diese damalige Differenzierung noch etwas früher, als Franz in der Einleitung zu seinem Band vermutet hatte, so hat Jankuhn sich den von Franz verwendeten Begriff des bäuerlichen "Berufsstandes" nicht zu eigen gemacht, obwohl er (I, S. 113) von einer berufsständischen Gliederung für die vorrömische Metallzeit spricht.

Haushofer geht hinsichtlich der Termini "Bauer", "Bauernstand" und "Bauerntum" überaus sorglos vor. Das ist wohl daraus zu erklären, daß er durch seine jahrzehntelange aktive Tätigkeit in der Agrarpolitik des deutschen Imperialismus (Weimarer Republik, faschistische Diktatur, BRD) an Unbestimmtheit des Sprachgebrauchs gewöhnt ist. Bei einer Analyse müßte man seine verstreuten agrarpolitischen Publikationen heranziehen, wofür hier nicht der Ort ist. Notwendig aber ist es, in diesem Zusammenhang auf die dem Faschismus gewidmeten Abschnitte bei Haushofer zu verweisen. Da wird in kaum verborgener Sympathie die faschistische Agrarpolitik auf ihre "Fehler" abgeklopft. Da werden deren Erfolge und Vorzüge herausgestellt. Da werden die Folgen solcher Agrarpolitik, die für die Bauern und das Bauerntum, die Landwirtschaft und die Landwirte eingetreten sind, bedauert. Da wird die "ungemeine Verfeinerung der Statistik" (V, S. 297) im Zusammenhang mit der verschärften staatsmonopolistischen Regulierung der Landwirtschaft begrüßt<sup>54</sup>, während die "ausgezeichnete Organisation" und das "Funktionieren" der Kriegsernährungswirtschaft, diese "unbezweifelbare Leistung", wie Haushofer sich ausdrückt (V, S. 307), nur unter dem Aspekt gesehen werden, daß sie die "Katastrophe der deutschen Landwirtschaft" nicht haben verhindern können, weil der faschistische Raubkrieg unter den Schlägen der sowjetischen Armeen mit der bedingungslosen Kapitulation endete. Da wird lamentiert, daß der vom deutschen Imperialismus begonnene zweite Weltkrieg "zur Vernichtung der ostdeutschen Landwirtschaft" (V, S. 307), zum größten Zusammenbruch der "deutschen geschichtlichen Agrarstruktur" (V, S. 308) geführt habe. Der Schock über das Scheitern dieser faschistischen Agrarpolitik muß wohl tief sitzen, wenn Haushofer seinen Lesern im letzten Abschnitt einer "Geschichte der deutschen Landwirtschaft im technischen Zeitalter" unter der bereits erwähnten Überschrift "Die Katastrophe der ostdeutschen Landwirtschaft" jede exakte Information über die revolutionären Veränderungen, die durch die demokratische Bo-

53 Otto, Karlheinz, Deutschland in der Epoche der Urgesellschaft (500 000 v. u. Z. bis zum 5./6. Jahrhundert u. Z.), 2. Aufl. Berlin 1961, S. 32 ff.

54 Die Einführung der sogenannten "Hofkarte" (V, S. 297) erfolgte mit dem Erfassungsjahr 1936. - Eine erste Analyse gibt Pfahl, Robert, zur statistischen Auswertung der "Hofkarte des Reichsnährstandes" für landwirtschaftliche Betriebe über 100 ha im Bereich der "Kreisbauernschaft" Güstrow von 1936 bis 1944, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 22, Jg. 1972, S. 221 ff. - Pfahl druckt auch eine Hofkarte ab. (Ebenda, S. 228 - 231.) Soweit ich weiß, ist dies bisher an keiner anderen Stelle gesehen.

denreform eingeleitet und bewirkt worden sind, vorenthält. Tatsachen werden dabei überhaupt nicht geboten, Entwicklungsprozesse nicht analysiert; vielmehr erscheinen die demokratische Bodenreform und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, lediglich als vierte Phase eines "Zusammenbruchs". Kurz zuvor war noch davon gesprochen worden, daß die "nationalsozialistische Agrarordnung" teils "Friedensordnung", teils "Vorbereitung einer Kriegsernährungswirtschaft" gewesen sei. Schuld an allem war der "Entschluß Adolf Hitlers zum Kriege" (V, S. 302).

Die durch Feudalismus und Kapitalismus differenzierte und zersplitterte, vor allem aber durch Feudalherren und Bourgeoisie ausgeplünderte, durch den faschistischen "Reichsnährstand" (V, S. 296) für die "Erzeugungsschlacht" (V, S. 204), die Versorgung der "Festung Europa" (V, S. 306) und nicht zuletzt für die Eroberungspolitik selbst mißbrauchte werktätige Bauernschaft nutzte die historische Chance und nahm in der sowjetisch besetzten Zone nach der Befreiung vom Faschismus ihre Geschicke selbst in die Hand. Auf der Grundlage des Aufrufs der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 wurde die demokratische Bodenreform vorbereitet und durchgeführt und damit, entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der junkerliche Großgrundbesitz, diese im Verlaufe des preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft entstandene Brutstätte des preußisch-deutschen Imperialismus und des Aggressionsdranges, völlig beseitigt.

Wir waren ausgegangen vom vierten Band der Agrargeschichte und hatten festgestellt, daß Herausgeber und Autor Franz seinem Band die erwartete bzw. für möglich gehaltene Funktion der Klammer nicht zu geben vermocht hat. Es könnte dabei der keineswegs zutreffende Gedanke aufkommen, Franz allein repräsentiere mit der ihm von Rosenberg attestierten "ideologischen Sympathiekundgebung" den engen Zusammenhang von bürgerlicher Geschichtswissenschaft und der Politik des Faschismus. Bei dem Bemühen, die Verfasser der Agrargeschichte für eine sozusagen moderne, industriegesellschaftlich und strukturalistisch angeereicherte Verfahrensweise zu interessieren, zeigt Rosenberg nicht allzu große Hoffnung, wenn man davon absieht, daß er Abel wohl mit Recht bereits zur neuen Richtung zählt. Aber er denkt weiter, denn es besteht die zwingende Notwendigkeit, die jüngeren Vertreter des Fachgebietes, vor allem die hoch organisierte regionale Geschichtsforschung der BRD, durch "ausführliche Erörterungen sei es kategorialer, sei es periodaler Art" (so im Vorspann zu Rosenbergs Buch), für den neuen Kurs zu gewinnen bzw. auf ihn festzulegen. Es kommt ihm darauf an, "theoretisch orientierte Geschichte in neuer Sicht"<sup>55</sup> zu bieten bzw. zu ermöglichen, und da fehlt es nicht an deutlichen Seitenhieben gegen überholte bzw. in ihrer ideologischen Verwurzelung störende Aspekte, Methoden und Denkweisen. In diesem Bemühen um eine Einbeziehung in die "moderne" bürgerliche Geschichtsbetrachtung werden die Verfasser bezüglich ihrer politisch-ideologischen Positionen recht vorsichtig und keineswegs mit der Deutlichkeit angesprochen, die Franz zuteil geworden ist. Es geht vor allem darum, das umfangreiche, groß angelegte und verlegerisch erfolgreiche Unternehmen in seiner nur begrenzten Brauchbarkeit zu zeigen, ohne es zu verketzern. Es soll als Endprodukt, nicht als Auftakt einer geschichtswissenschaftlichen Entwicklungsreihe eingeordnet werden. So vermißt der Leser bei Rosenberg auch den Hinweis, daß nicht nur Franz, sondern auch Jankuhn Mitglied der SS war. Während jedoch Franz seit



Oktober 1935 "Auf Anfordern der Reichsführung SS" im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS tätig war und zugleich "von Reichsleiter Rosenberg zur Mitarbeit am Schulungsplan für die Ordensburgen (Reformation und Gegenreformation, Judenfrage)"<sup>56</sup> herangezogen wurde, trat Jankuhn der SS, wie auch der NSDAP, erst im Jahre 1937 bei<sup>57</sup>. Sein wissenschaftliches Arbeitsgebiet bestimmte dabei auch seine Aktivität in faschistischen Organisationen, vor allem bei Sonderaufträgen der Stelle "Ahnenerbe"<sup>58</sup>, Mitglied der SS war, wie Franz und Jankuhn, auch Friedrich Lütge, allerdings im Rahmen der allgemeinen Überführung des "Stahlhelms", dem er seit 1921 angehört hatte.<sup>59</sup> Lütge war zwar niemals Mitglied der NSDAP, sondern in der Nazizeit sogar Vorsitzender des Bruderrates der bekennenden Kirche in Jena, stand aber dennoch Pate bei einem Sohn des erzfascistischen Reichsdozentenführers Günther Franz in Jena.<sup>60</sup> Sicher muß man Rosenberg in der Einschätzung folgen, daß Heinz Haushofer, der Sohn des führenden Geopolitik-Ideologen<sup>61</sup>, "ein entschiedener Anti-Marxist" ist<sup>62</sup>, und was Abel angeht, so sind aus den Vorworten der beiden ihm gewidmeten Festschriften nicht nur der Respekt und die Anerkennung der Fachkollegen hinsichtlich seines wirtschaftsgeschichtlichen Werks, sondern auch eine gewisse Achtung seiner agrarpolitischen Leistung für die BRD zu erkennen.<sup>63</sup> Wir können also davon ausgehen, daß Herausgeber und Autoren dieser fünfbändigen Agrargeschichte ihr positives Verhältnis zum deutschen Imperialismus frühzeitig gefunden und vielfältig, wenn auch auf unterschiedliche Weise, bekundet haben. Für weitere wissenschaftsbiographische Details ist hier nicht der Ort, und zur politisch-ideologischen Standortbestimmung dürften diese Hinweise auch genügen.

- 56 Die Zitate sind dem von Franz ausgefertigten und unterzeichneten Lebenslauf entnommen. (Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Bestand D, Nr. 758.) Vgl. auch Geschichte der Universität Jena, a. a. O., Bd. 1, Jena 1958, S. 637.
- 57 Die Angaben für Jankuhn nach Geschichte der Universität Rostock, Bd. 1, Berlin 1969, S. 256, 294. - Ausführliche Analyse durch Miehe, Gudrun, Zur Rolle der Universität Rostock in der Zeit des Faschismus in den Jahren 1935 - 1945, phil. Diss. Rostock 1969.
- 58 Vgl. dazu Kaul, Friedrich Karl, Das "SS-Ahnenerbe" und die "jüdische Schädel Sammlung" an der ehemaligen "Reichsuniversität Straßburg", in: ZfG, 16. Jg. 1968, S. 1460 ff.
- 59 Vgl. den von Lütge ausgefertigten und unterzeichneten Lebenslauf (Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Bestand K, Nr. 395); zu verweisen ist auf die Laudatio in Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 1 ff., sowie auf den Nachruf von Knut Borchardt. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 189, 1967, S. 1ff.)
- 60 Franz, Günther, Nachruf auf Friedrich Lütge, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Bd. 17, 1969, S. 1.
- 61 Zu diesem Problem vgl. die umfassende Untersuchung von Heyden, Günther, Kritik der deutschen Geopolitik, Berlin 1958; zu Karl Haushofer siehe zuletzt März, Josef, in: Neue Deutsche Biographie, hg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, Bd. 8, (West-) Berlin 1969, S. 12 ff.
- 62 Rosenberg, Hans, a. a. O., S. 119 Anm. 22.
- 63 Vgl. Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Festschrift Wilhelm Abel, Göttingen 1964; Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Handel, Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag, Hannover 1974.



Die marxistisch-leninistische Agrargeschichtsschreibung der DDR kann die vorliegenden fünf Bände als interessante Monographien nutzen. Sie sind von kenntnisreichen Verfassern geschrieben und materialreich angelegt, in unzähligen Details so nützlich wie in anderen Details wenig brauchbar und gekennzeichnet durch unterschiedliche Quellennähe und Verarbeitungsstufe. Die Bände markieren historiographisch den Versuch, jahrzehntelang geförderte Ergebnisse bürgerlicher Agrargeschichtsforschung zusammenzufassen. Sie stehen zwischen der überlebten und seit langem als unbrauchbar erwiesenen traditionellen Forschung, die sie allerdings auch mit repräsentieren bzw. die deutlich in ihnen nachwirkt, und der vor allem durch jüngere Historiker der BRD angestrebten, ganz im Sinne der Industriegesellschaftslehre arbeitenden neuen Richtung. Dies Problem ist in aller Deutlichkeit von Rosenberg berührt, allerdings mehr an- als ausgesprochen worden; er - als einer der wichtigsten Repräsentanten dieser neuen Richtung - muß es wohl wissen.

Der weitere Gang der bürgerlichen Forschung wird erst zeigen, welche Ansätze, Methoden und Ergebnisse dieser fünfbandigen "Deutschen Agrargeschichte" sich für neue Konzeptionen als anknüpfungsfähig erweisen können. Sicher ist jedoch, daß die industriegesellschaftlich fundierte Agrargeschichtsforschung der BRD sich mehr auf der Linie Abels als auf der Lütges bewegen wird. Es zeichnet sich auch ab, daß die methodisch veralteten, politisch diskreditierten Ansätze von Franz oder die mangelnde Forschung wie Kenntnis der historischen Prozesse andeutenden, allzu vordergründig der Agrarpolitik der Monopole dienenden Vorstellungen von Haushofer ein langes wissenschaftliches Leben nicht zu erwarten haben. Alles das dürfte weitere Auflagen aller Bände allerdings nicht ausschließen - Neues in konzeptioneller Hinsicht wird man davon kaum zu erwarten haben.

Zusatz zur Agrargeschichtsschreibung

Zusatz zur Agrargeschichtsschreibung

Zusatz zur Agrargeschichtsschreibung

Zusatz zur Agrargeschichtsschreibung

## DIE AGRARWISSENSCHAFT ALS PRODUKTIVKRAFT IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 18. JAHRHUNDERTS

Bemerkungen zu

Hans-Heinrich Müller, Akademie und Wirtschaft im 18. Jahrhundert. Agrar-  
ökonomische Preisaufgaben und Preisschriften der Preußischen Akademie der  
Wissenschaften (Versuch, Tendenzen und Überblick) = Studien zur Geschichte  
der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 3

Akademie-Verlag, Berlin 1975, 435 Seiten, Preis: 58,- M

von Volker Klemm

Zweck und Nutzen der Wissenschaftsgeschichte

Forschungen zur Geschichte der Agrarwissenschaften

"Akademie und Wirtschaft" - zur Disposition des Buches

Beitrag zur Agrarhistoriographie

Beitrag zum wissenschaftlichen Meinungsstreit

### Zweck und Nutzen der Wissenschaftsgeschichte

Im Meinungsstreit um Zweck und Nutzen der Wissenschaftsgeschichte können wir Agrarhistoriker der DDR an eine Tradition anknüpfen, die auf den berühmten Agrarwissenschaftler Albrecht Daniel Thaer zurückgeht. Für Thaer "belebt" das Wissen um die Geschichte seines Fachgebietes "die Idee der möglichen Vollkommenheit, deren jeder empfänglich sein muß, der aus dem wissenschaftlichen Vortrage der Lehre Nutzen ziehen soll".<sup>1</sup> Nach Thaers Meinung hat also die Geschichte der Landwirtschaftslehre einen unmittelbar praktischen Zweck für die Ausbildung des Agrarwissenschaftlers, und er stellt daher eine historische Vorlesung an den Anfang seiner systematischen agrarwissenschaftlichen Ausbildung.

Feststellungen, wie sie in der Gegenwart von Jürgen Kuczynski für die Geschichte der Gesellschaftswissenschaften und von Robert Rompe für die Geschichte der Physik getroffen wurden, gelten genauso für die Agrargeschichte. So betont Kuczynski: "Ein Gesellschaftswissenschaftler, der die Vergangenheit seiner Wissenschaft nicht im Original kennt, ist nicht nur ungebildet, er ist auch ziemlich verloren, wird nicht nur vieles 'schöpfen', was längst geschöpft ist, also Doppel-

1. Thaer, Albrecht Daniel, Grundriß einer Geschichte des Ackerbaus, in: Anna-  
len des Ackerbaus, Bd. 5, 1807, S. 2 f.

arbeit machen, sondern auch an unglaublich vielen Problemen einfach vorbeigehen."<sup>2</sup> Rompe fügt dem hinzu: Auch für den Physiker sei die Kenntnis der bedeutendsten Arbeiten vergangener Zeiten zu seinem Fachgebiet im Original wichtig, "weil sie [diese Werke - V. K.] eine abschließende Darstellung einer Entwicklungsstufe geben und die Fülle der Gedanken durchaus nicht ausgeschöpft ist".<sup>3</sup>

Dabei schließt - darin sind wir uns einig - die Rezeption des wissenschaftlichen Erbes Gegenwartsbezogenheit ein. Nach unserer Auffassung wird eine Wissenschaftsgeschichte, die sich darauf beschränkt, wissenschaftshistorische Zusammenhänge zu erschließen, und die Wertung wissenschaftlicher Pionierleistungen auf deren zeitgebundene Bedeutung reduziert, der Größe ihrer Aufgabe nicht gerecht. Eine derartige wissenschaftshistorische Analyse, die Leistungen der Vergangenheit auf die einstige Bedeutung begrenzt, würde letztlich zur Kunst um der Kunst willen werden, für die sich nur noch eine kleine Gruppe von Spezialisten interessiert.

Die vorrangige gesellschaftliche Funktion der marxistischen Geschichtswissenschaft besteht jedoch darin, zum Verständnis der Gegenwart und zur Gestaltung der Zukunft beizutragen. In diesem Sinne kann nur eine gegenwartsbezogene, praxisorientierte Wissenschaftsgeschichte ihren Zweck erfüllen und Nutzen stiften. Dies gilt sowohl allgemein als auch ganz besonders für die Geschichte der weitgehend technologischen Disziplin Agrarwissenschaft. Erst dann wird diese Disziplin beispielsweise ihren Erziehungsauftrag innerhalb der agrarwissenschaftlichen Hochschulausbildung der DDR, das sozialistische Geschichtsbewußtsein bei den Landwirtschaftsstudenten zu vertiefen, umfassend erfüllen, wenn sie von der unmittelbaren Nützlichkeit der historischen Analyse für die Lösung aktueller wissenschaftlicher Probleme ausgeht.

Mit Befriedigung muß daher vermerkt werden, daß der Wirtschaftshistoriker Hans-Heinrich Müller, dessen Forschungen genau auf dieser Linie liegen, mit seinem Buch "Akademie und Wissenschaft im 18. Jahrhundert" erneut eine Lanze für diese Form der Wissenschaftsgeschichte bricht. Müller beschränkt zwar im Vorwort die Ziele seiner Arbeit auf begrenzte historische Aspekte (S. 13)<sup>4</sup>, in Wirklichkeit wird jedoch das Thema viel breiter, viel aktualisierter behandelt. Anhand der landwirtschaftlichen Preisschriften der Preußischen Akademie gelangt der Autor zum Beispiel zu wichtigen Aussagen über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Methode in der Wissenschaftsorganisation. Es werden Probleme der Produktionspropaganda, der Übertragung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die landwirtschaftliche Praxis untersucht. Immer wieder bemüht sich der Verfasser, die in den Preisschriften dargestellten Fakten auch in ihrer gegenwärtigen Bedeutung zu werten. Mit Erfolg hat Müller, der sich schon durch mehrere Publikationen als ein profunder Kenner der deutschen Agrargeschichte der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus ausgewiesen hat, die Gefahr vermieden, seine wissenschaftlichen Untersuchungen zum Selbstzweck werden zu lassen. Er demonstriert geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie ein scheinbar relativ trockener und zu Beginn der geschichtlichen Entwicklung eines Wissenschaftszweiges postierter Untersuchungsgegenstand bei aller fachlichen Akribie dennoch anregend und gegenwartsnah gestaltet werden kann. Damit lei-

2 Kuczynski, Jürgen, Wissenschaft Heute und Morgen, Berlin 1973, S. 58.

3 Ebenda, S. 59.

4 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text und in den Anmerkungen beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

stet das Buch nicht nur einen wertvollen Beitrag für die sozialistische Geschichtspropaganda, sondern fördert zugleich indirekt den Fortschritt der Agrarproduktion, weil es durch die aktualitätsbezogene historische Analyse des Intensivierungsfaktors Agrarwissenschaften zumindest zum Durchdenken einer Anzahl theoretischer Probleme anregt.

## Forschungen zur Geschichte der Agrarwissenschaften

Trotz dieses unbestreitbar großen praktischen Nutzens hat die Agrargeschichtsforschung der DDR die Geschichte der Agrarwissenschaften bisher recht stiefmütterlich behandelt. Gesamtdarstellungen sind, wenn man von dem nicht zu Endegeführten, unveröffentlichten Versuch einer Geschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in der DDR absieht<sup>5</sup>, nicht vorhanden. Für einige Wissenschaftszweige, so zum Beispiel für die Agrarökonomie<sup>6</sup>, für die Acker- und Pflanzenbaulehre<sup>7</sup>, für die Pflanzenzüchtung<sup>8</sup>, für die Bodenkunde und Düngerlehre<sup>9</sup>,

- 5 Es handelt sich um ein 1971 entstandenes Manuskript des Institutes für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR.
- 6 Müller, Gerhard, Der kapitalistische Charakter der agrarpolitischen Grundlagen der bürgerlichen landwirtschaftlichen Betriebslehre, landwirtschaftl. Diss. Berlin 1962 (Ms.); Gussek, Karl-Dieter, Analyse von den Wechselbeziehungen zwischen der landwirtschaftlichen Produktionsweise und der bürgerlichen landwirtschaftlichen Betriebslehre, landwirtschaftl. Habil.-Schr. Rostock 1968 (Ms.); Wickler, G., Agrarökonomische Lehrmeinungen Albrecht Thaers, landwirtschaftl. Diplomarbeit, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1962 (Ms.); Heun, Wolfgang, Untersuchungen zur agrarökonomischen Lehre an der Universität Halle von 1872 bis 1909 unter besonderer Berücksichtigung der Protokolle des staatswissenschaftlichen Seminars, Diss. A Halle 1970 (Ms.); Müller, Hans-Heinrich, Wirtschaftshistorische und agrarökonomische Preisaufgaben der deutschen Akademie der Wissenschaften im 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 183 - 214.
- 7 Klemm, Volker / Meyer, Günther, Albrecht Daniel Thaer, Pionier der Landwirtschaftswissenschaften in Deutschland, Halle 1968.
- 8 Stubbe, Hans, Kurze Geschichte der Genetik bis zur Wiederentdeckung der Vererbungsregeln Gregor Mendels, 2. überarb. u. erg. Aufl. Jena 1965; Zirnstein, Gottfried, Zur gesellschaftlichen Stellung der wissenschaftlichen Pflanzenzüchtung in Deutschland während der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: NTM. Schriftenreihe für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, Nr. 2/1972. - Eine Dissertationsschrift des Autors zur Geschichte der Pflanzenzüchtung befindet sich unmittelbar vor dem Abschluß.
- 9 Ehwald, Ernst, Entwicklungslinien in der Geschichte der Bodenkunde, in: Albrecht-Thaer-Archiv, Bd. 8, Berlin 1964, Nr. 1 - 3; derselbe, Entwicklungslinien in der Bodenkunde vom klassischen Altertum bis zum 18. Jahrhundert, in: ebenda, Bd. 6, 1962, Nr. 1; Stamer, Hans-Heinrich, Gedanken Thaers und seiner Schüler zur Messung der Bodenfruchtbarkeit, in: ebenda, Bd. 11, 1967, S. 361 ff.; derselbe, Der wissenschaftliche Wert der Arbeiten A. D. Thaers zu den Problemen der Messung und Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, landwirtschaftl. Diss. Berlin 1968 (Ms.).

für die Tierzüchtung<sup>10</sup> und die Agrargeschichte<sup>11</sup>, gibt es zwar eine Anzahl Spezialarbeiten, aber fundierte historische Analysen, welche die so wichtige Frage der Rolle der Agrarwissenschaften als Produktivkraft für die Gesamtheit der Wissenschaftszweige und für einen längeren Zeitabschnitt darstellen, stehen nach wie vor aus.<sup>12</sup> Sicherlich erklärt sich das mit daraus, daß heute der Einzelwissenschaftler nicht mehr in der Lage ist, die volle Breite der Agrarwissenschaften zu überblicken. Auch das unzureichende Vertrautsein des Agrarwissenschaftlers mit der historischen Arbeitsmethodik bzw. die zu geringen agrarwissenschaftlichen Kenntnisse des Historikers bilden bei der Lösung dieser Aufgabe ein Hindernis. Aber in der Gemeinsamkeit von Agrarwissenschaftlern und Historikern mußten sich auch diese Probleme meistern lassen. Um so erfreulicher, daß das Buch "Akademie und Wirtschaft" für einen sehr bedeutenden Zeitabschnitt, nämlich die Entstehungsperiode der modernen Agrarwissenschaften, wesentliche Ausgangswerte für ein derartiges Forschungsunternehmen geschaffen hat.

"Vielgestaltig und gegensatzreich" nennt Hans-Heinrich Müller das 18. Jahrhundert (S. 8), eine Feststellung, die auch für die Situation der sich konstituierenden Agrarwissenschaften Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland zutrifft. Der steigende Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die sich auch in der Landwirtschaft trotz vieler Hemmnisse allmählich durchsetzenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse führten bei einem Teil ökonomisch fortschrittlich denkender und handelnder Großgrundbesitzer, Domänenpächter und wirtschaftlich stärkerer Bauern zu einem wachsenden Bildungsbedürfnis. Für die Leitung des traditionellen feudalen Landwirtschaftsbetriebes hatte ihr bisheriges fachliches Niveau ausgereicht. Der komplizierteren Wirtschaftsführung des entstehenden kapi-

10 Schindelweg, Ursula, Der Beitrag A. D. Thaers zur Entwicklung der Schafzucht in Deutschland, landwirtschaftl. Diplomarbeit, Humboldt-Universität Berlin 1968 (Ms.); Wieland, Johanna, Die Entwicklung des Instituts für Tierzüchtung und Haustiergenetik zu Berlin bis 1945, landwirtschaftl. Diplomarbeit, Humboldt-Universität Berlin 1967 (Ms.); Hoffmann, Christiane, Zur Vorgeschichte und Entwicklung des zootechnischen Instituts in Berlin (1. Abschnitt: bis 1920), Diplomarbeit, Humboldt-Universität Berlin 1974 (Ms.); Fischer, Renate, Die historische Entwicklung des Instituts für Tierzüchtung und Haustiergenetik der Humboldt-Universität (2. Abschnitt: 1920 - 1945), Diplomarbeit, Humboldt-Universität Berlin 1974 (Ms.); Franke, Dankwart, Die historische Entwicklung des Instituts für Tierzüchtung und Haustiergenetik der Humboldt-Universität (3. Abschnitt: 1945 - 1963), Diplomarbeit, Humboldt-Universität Berlin 1974 (Ms.).

11 Harnisch, Hartmut, August Meitzen und seine Bedeutung für die Agrar- und Siedlungsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 1, S. 97 - 119; Klemm, Volker, Zur Bedeutung Albrecht Daniel Thaers für die Agrarhistoriographie, in: ebenda, S. 121 - 136.

12 Zwar existieren einige summarische Übersichten über die Entwicklung einer Anzahl landwirtschaftlicher Hochschuleinrichtungen in der DDR: Lohmeyer, E., Das Studium der Landwirtschaftswissenschaften an der Universität Jena 1826 - 1954, Weimar 1954; Berliner Forschung und Lehre in den Landwirtschaftswissenschaften, Berlin 1956; Jauert, H., Die Pflege der Landwirtschaftswissenschaften an der Universität Greifswald, in: Festschrift zur 500-Jahr-Feier an der Universität Greifswald, Bd. 2, Greifswald 1956; 100 Jahre landwirtschaftliche Institute der Universität Halle, Halle 1963. - Sie reichen jedoch nicht aus, diese Lücke zu schließen.



talistischen Betriebes war allerdings dieses Wissen nicht mehr gewachsen. Die "Betreibung der Landwirtschaft als ein Gewerbe"<sup>13</sup>, die Anwendung "rationeller" Formen der Organisation der Produktion, die Intensivierung der Pflanzen- und Tierproduktion, die Behauptung im sich verstärkenden kapitalistischen Konkurrenzkampf setzten einen weitaus höheren Qualifizierungsgrad des Leiters des Produktionsprozesses voraus. Das alte theoretische Fundament der Agrarproduktion, das fast ausschließlich auf empirisch erworbenen, vielfach jahrhundertalten Erkenntnissen beruhte, erwies sich für die Lösung dieser Aufgaben als untauglich. Die Entwicklung einer neuen Qualitätsstufe der Landwirtschaftslehre, die Entstehung eines eigenen Systems der Agrarwissenschaften, das die empirischen Erfahrungen der Agrarproduktion, die neuesten Erkenntnisse der gesellschafts- und naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer sowie die Erfordernisse der entstehenden kapitalistischen Produktionsweise in sich vereinigte, waren zu einer historischen Notwendigkeit geworden. Der in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts beginnende Aufschwung der Agrarwissenschaften kam vor allem in folgenden Merkmalen zum Ausdruck: Die Landwirtschaft begann sich aus den Fesseln des Kameralismus zu lösen. Zum ersten Male wurde systematisch versucht, die Landwirtschaftslehre durch die damals modernsten gesellschafts- und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse zu begründen und damit aus einer empirischen Technik in einen exakten technisch-technologischen Wissenschaftskomplex umzuwandeln. In den folgenden Jahrzehnten entstand das moderne System der Agrarwissenschaften, und für die Forschung und Lehre notwendige Institutionen wurden gegründet. Die Intensität der Wechselbeziehungen zwischen Theorie und Praxis, zwischen den Erkenntnissen der entstehenden Agrarwissenschaften und der landwirtschaftlichen Produktion machten Fortschritte. Agrarwissenschaftliche Theorien prägten sich als Produktivkraft erheblich stärker aus als in den vorhergehenden Jahrzehnten. Auch in Deutschland begann damit die Periode der Konstituierung der Agrarwissenschaften zu einem selbständigen Wissenschaftsbereich. Hans-Heinrich Müller stellt sich nun die Forschungsaufgabe zu ermitteln, in welchem Maße die landwirtschaftlichen Preisaufgaben der deutschen Akademien diese gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse beeinflußt haben. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse der Preisschriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften, deren 275. Gründungstag diese Publikation stimulierte.

Mit seinem Buch beschreitet der Autor auch für die Geschichte der Berliner Akademie wissenschaftliches Neuland. Zwar hat schon Adolf Harnack in seiner Geschichte der Preußischen Akademie nachdrücklich auf die große Bedeutung der Preisfragen für die Wissenschaftsorganisation und als Quelle für die Wissenschaftsgeschichte im 18. Jahrhundert hingewiesen,<sup>14</sup> Alle bisherigen geschichtlichen Arbeiten beschäftigten sich aber fast ausschließlich mit den geisteswissenschaftlichen Fachgebieten und den naturwissenschaftlichen Grundlagendisziplinen. Die ökonomischen und technologischen Fächer, insbesondere trifft das für die agrarwissenschaftlichen Gebiete zu, wurden dagegen kaum erwähnt. Müller kommt daher das Verdienst zu, diese Lücke nicht nur aufgespürt, sondern auch weitgehend geschlossen zu haben.

13 Vgl. dazu Thaer, Albrecht Daniel, Einleitung zur Kenntniß der englischen Landwirtschaft, Bd. 2, T. 2, Hannover 1801, S. 1.

14 Harnack, Adolf, Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1900, S. 396.

Von Vorteil für die literarische Darstellungsweise und die großzügig angelegte Disposition des Buches war es offensichtlich, daß der Verlag dem Autor hinsichtlich des Umfangs und der Breite der Untersuchung von vornherein nicht allzu enge Grenzen auferlegte. Müller wurde es dadurch möglich, das spezielle Anliegen der Arbeit, die Analyse der agrarökonomischen Preisaufgaben der Preußischen Akademie, in eine umfassende Übersicht der integrierenden sozialökonomischen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Tendenzen einzubetten. So erklärt sich auch der recht frei gewählte Titel des Buches, dessen eigentlicher Gegenstand nur durch den Untertitel näher definiert wird. Die weit gefaßte Disposition, bei der jede schematische Einengung vermieden wurde, verführte den Verfasser nicht dazu, das gestellte Ziel aus den Augen zu verlieren. Bei aller epischen Breite, mit der interessante historische, biographische und literarische Details vorgetragen werden, steht die Frage nach der Wirkungsweise der Agrarwissenschaften als Produktivkraft in ihrer historischen Entwicklung stets mit im Vordergrund.

Hans-Heinrich Müller widmet das erste Kapitel seines Buches der "Bedeutung der akademischen Preisaufgaben und Preisschriften" (S. 15 - 58). Ausgehend von der These, daß das 18. Jahrhundert geradezu ein "klassisches Jahrhundert der Preisaufgaben und Preisschriften" gewesen sei, stellt der Verfasser fest: "In ihnen [den Preisaufgaben - V. K.] ließen sich die Fortschritte der wissenschaftlichen Forschungen und das wissenschaftliche Profil der einzelnen Akademien erkennen" (S. 42). Mit Hilfe dieser Methode propagierten die Akademien wissenschaftliche Problemstellungen und förderten damit zugleich gesellschaftliche Entwicklungstendenzen. Müller vertritt mit Recht die Ansicht, daß die ökonomischen und landwirtschaftlichen Preisfragen in der Geschichte der Akademien eine besondere Rolle spielten, weil sie die geniale Leibnizische Konzeption "theoriam cum praxi" unter den damaligen Bedingungen am besten in die Tat umsetzten.

Der zweite Hauptabschnitt der Arbeit, "Preisfragen der Preußischen Akademie der Wissenschaften und die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft" (S. 59 - 258), der eigentliche Schwerpunkt des Buches, konzentriert sich auf den Inhalt und die Ergebnisse der ökonomischen und speziell der landwirtschaftlichen Preisfragen der Berliner Akademie. Zwar konnten sich die ökonomischen und speziell die landwirtschaftlichen Preisaufgaben in Berlin zahlenmäßig nicht annähernd mit denen der Göttinger Akademie messen (S. 71 ff.). Außerdem verfügten die preußischen Akademiker über keine offizielle Möglichkeit, die Gesicke des feudal-absolutistischen Staates direkt zu beeinflussen. Dennoch sorgte die große wissenschaftliche Autorität der Berliner Akademie dafür, daß ihre technologisch-ökonomisch orientierten Preisfragen besondere Resonanz in der Öffentlichkeit fanden. Im größten Teil des Hauptabschnittes II analysiert Hans-Heinrich Müller daher den Inhalt einer Anzahl landwirtschaftlicher Preisschriften, wobei er die Frage, wie unter den damaligen Bedingungen agrarwissenschaftliche Erkenntnisse in Produktivkraft umgewandelt wurden, in den Mittelpunkt stellt.<sup>15</sup>

15 Abschnitt II/4: Landwirtschaftliche Preisaufgaben, S. 125 - 147; Abschnitt II/5: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in der Widerspiegelung der agrarökonomischen Preisschriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften, S. 148 - 258.

Von 1769 bis 1800 publizierte die physikalische Klasse der Berliner Akademie elf agrarwissenschaftliche Preisaufgaben (S. 126, 136 f.). Der Autor beschäftigt sich allerdings fast ausschließlich mit den vier Preisfragen, welche technologische und ökonomische Probleme der Landwirtschaft untersuchen<sup>16</sup>, während die auf die naturwissenschaftlichen Grundlagen der Agrarproduktion gerichteten Themen nur mehr oder weniger am Rande registriert werden (S. 129 ff.). Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Fragen (S. 136 f.):

1. "Welche Futterarten sind für die Bodenarten am vorteilhaftesten?" (1783),
2. "Die Möglichkeit der Einführung der ganzjährigen Stallfütterung" (1788),
3. "Über die Anwendbarkeit, den Nutzen oder die Schädlichkeit der Koppelwirtschaft in der Mark Brandenburg" (1792),
4. "Über die verschiedenen Arten des Düngers" (1800).

In diesem umfangreichsten Teilabschnitt des gesamten Buches - Müller gibt ihm die Überschrift "Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in der Widerspiegelung der agrarökonomischen Preisschriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften" (S. 148 - 258) - gelangt der Autor zu der Auffassung, daß der größte Teil der eingesandten Preisschriften durch die in ihnen enthaltene Kritik an den bestehenden feudalen Agrarverhältnissen auf dem Lande den gesellschaftlichen Fortschritt aktiv gefördert hätte. Auch die in den Preisschriften dargestellten neuen agrotechnischen Erfahrungen und agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse spiegeln nach Ansicht Müllers nicht nur das in den beschriebenen Betrieben erreichte Produktionsniveau wider, sondern stimulierten zugleich die Entwicklung der agraren Produktivkräfte. Die Preisschriften werden so zu einer Antriebsquelle für die sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erheblich verstärkenden bürgerlich-kapitalistischen Tendenzen in der deutschen Landwirtschaft.

Neben diesem Wirkungsmechanismus zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft untersucht der Verfasser das Für und Wider der in den einzelnen Preisschriften empfohlenen agrotechnischen und agrarökonomischen Neuerungen. Im Mittelpunkt stehen dabei die einzelnen Fruchtarten des Feldfutterbaus (S. 149 - 187), die Stallfütterung des Rindviehs (S. 187 - 223), die Ackerbausysteme (hier vor allem die Koppelwirtschaft und die Anfänge der Fruchtwechselwirtschaft (S. 224 - 254). Den Abschluß bildet - bedauerlicherweise sind diese Bemerkungen nur recht kurz gehalten - die Düngerkultur (S. 254 - 258). Besonders hervorzuheben an diesen Untersuchungen ist, daß Müller sich stets bemüht, historische und aktuelle Wertung als Einheit aufzufassen und damit den Zweck der Wissenschaftsgeschichte umfassend zu erfüllen.

Nicht ganz verständlich bleibt allerdings, warum der Autor mit der Düngerkultur den analytischen Teil seines Buches abrupt abbricht und auf die Schlußauswertung kurzerhand verzichtet. Sicherlich machen die Breite und die Komplexität des Forschungsansatzes, die Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit des untersuchten Zeitabschnittes das zu einer recht komplizierten Aufgabe. Dennoch sollte die Lösung dieses Problems nicht nur dem Leser überlassen bleiben.

<sup>16</sup> Müller bezeichnet diese Preisaufgaben als "agrarökonomische" (S. 136), worauf im folgenden noch näher eingegangen wird (vgl. hierzu den Abschnitt "Beitrag zum wissenschaftlichen Meinungsstreit" in dieser Rezension).

Die im Anhang (S. 261 - 435) enthaltenen Verzeichnisse bezeugen nicht nur erneut die hervorragenden Quellenkenntnisse des Verfassers, sondern ergänzen die darstellenden Abschnitte in wertvoller Weise. So wird zum Beispiel zum ersten Male in der agrarhistorischen Literatur versucht, eine Gesamtübersicht über die von den deutschen Akademien während des 18. Jahrhunderts publizierten landwirtschaftlichen Preisfragen zu geben (S. 265 - 276), Verzeichnisse der veröffentlichten landwirtschaftlichen Preisschriften der Preußischen Akademie (mit Standorten) (S. 261 - 265), der ökonomischen Sozietäten Europas (S. 276 - 293) und ihrer Publikationsreihen (S. 293 - 297) im gleichen Jahrhundert vervollständigen diese Liste. Hohen Quellenwert besitzt auch das Verzeichnis der im 17. und 18. Jahrhundert in Deutschland publizierten englischen landwirtschaftlichen Literatur (S. 298 - 311), bildet es doch einen wichtigen statistischen Beweis dafür, in welchem hohem Maße die agrarwissenschaftlichen Publikationen des Inselreiches die entstehende deutsche landwirtschaftswissenschaftliche Literatur beeinflusst haben.

Mit den im Dokumentenanhang veröffentlichten Preisschriften (S. 312 - 402) will Müller einen Eindruck des Stils, des Inhalts und der Form der bei der Preußischen Akademie eingereichten landwirtschaftlichen Preisschriften vermitteln (S. 148). Die Leseproben zeigen, welche Probleme, welche Widersprüche und Schwierigkeiten mit der Durchsetzung neuer Produktionsmethoden in der Praxis damals verbunden waren. Besonders müssen in dieser Reihe zwei bäuerliche Preisschriften beachtet werden (S. 331 - 358, 376 - 400), demonstrieren sie doch anschaulich, wie Angehörige der im Feudalismus unterdrückten Schichten über die Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dachten. Interesse verdient auch ein Auszug aus einer bisher nicht publizierten Preisschrift Christian Schubarths zur Stallfütterung (S. 400 - 402).

Fast überflüssig zu berichten, daß die Arbeit durch ein vorbildliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Orts- und Personenregister abgeschlossen wird. Vor allem die bibliographischen Angaben dürften nahezu lückenlos die für die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft im 18. Jahrhundert wesentliche Literatur erfassen.

## Beitrag zur Agrarhistoriographie

Die wissenschaftliche Leistung Hans-Heinrich Müllers besteht zunächst darin, den Anteil der Agrarwissenschaften an der Geschichte der deutschen Akademien aufgedeckt zu haben. Zugleich wird damit die große Bedeutung der akademischen Preisschriften als wichtige Primärquelle für die Geschichte der Agrarwissenschaften während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bewiesen. Müllers Untersuchungen geraten nie in Gefahr, zu einer fachspezifischen Wissenschaftsgeschichte oder zu einer Theoriengeschichte an sich zu werden. Stets ist der Autor bemüht, das dialektische Wechselverhältnis zwischen politisch-sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Entwicklungsprozessen zu analysieren. Besonders eindrucksvoll werden diese Beziehungen an den Fortschritten der agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse und ihrer Resonanz in der praktischen Agrarproduktion demonstriert. Müller dokumentiert damit anhand der Preisschriften überzeugend, daß trotz der komplizierten gesellschaftlichen Widersprüche die entstehenden Agrarwissenschaften schon in dieser Periode eine bemerkenswerte Produktivkraft gewesen sind.

In diesem Zusammenhang betont er nachdrücklich die klassenbedingten Erkenntnisgrenzen zahlreicher Preisschriften, deren Autoren auf der einen Seite den



Vorwärtsdrang der Produktivkräfte und das Vordringen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in die Landwirtschaft förderten, auf der anderen Seite jedoch jegliche revolutionäre Veränderungen ablehnten (S. 96 ff.). Diese den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in seiner Komplexität erfassende Darstellungsform bildet einen wesentlichen Vorteil des Buches gegenüber zahlreichen früheren Untersuchungen zur Geschichte der Akademie und der Agrarwissenschaften. Außerdem ist eine solche Methode auch eine Grundbedingung für alle weiteren agrargeschichtlichen Erkenntnisse des Verfassers.

Auf diesen Erkenntnissen fußt vor allem der Beitrag Hans-Heinrich Müllers zu der Diskussion, die um den Zeitpunkt der Konstituierung der Agrarwissenschaften zu einer selbständigen Wissenschaftsdisziplin geführt wird. Heute ist man sich im wesentlichen darüber einig, daß dieser Zeitpunkt maßgeblich durch die naturwissenschaftliche Begründung der Landwirtschaftslehre bestimmt wird. Über das genauere Datum gibt es jedoch divergierende Auffassungen. Während eine Anzahl Agrarhistoriker meinen, in Deutschland sei dieser Schritt zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor allem durch das Werk Albrecht Daniel Thaers vollzogen worden<sup>17</sup>, vertreten Chemiehistoriker die Ansicht, diese neue Qualität sei eigentlich erst mit Justus v. Liebig, also Mitte des 19. Jahrhunderts, erreicht worden.<sup>18</sup> Nach der Lektüre des Buches von Hans-Heinrich Müller sollte zumindest überlegt werden, ob dieser Sprung nicht schon einige Jahrzehnte vor dem Wirken Thaers eingeleitet wurde. Allein die 1769 von der Berliner Akademie gestellte Preisfrage "Über die Mittel, die Naturlehre mit der Landwirtschaft in sehr enge Verbindung zu bringen" (S. 131 ff.) ist für eine derartige These ein recht interessanter Fakt; zahlreiche weitere sind in anderen Kapiteln zu finden. Eindrucksvolles Material bietet dafür auch der letzte Teilabschnitt, der die im Jahre 1800 gestellte Preisfrage zur Düngung behandelt (S. 254 ff.). Mit seinen Ausführungen widerlegt Müller die Ansicht, daß die Anfänge einer chemisch begründeten Düngerlehre und damit der Agrikulturchemie in der deutschen Landwirtschaft mit Thaer bzw. Einhof oder sogar erst mit Liebig zu datieren sind.<sup>19</sup> Leider wird die Analyse der Preisfrage zur Düngung vorrangig auf technologische Probleme beschränkt, so daß es erst noch einmal einer gründlichen Durchsicht der zitierten Quellen unter naturwissenschaftlichen Aspekten bedarf, um zu noch besser gesicherten Aussagen zu gelangen.

Die These, das Vorbild der englischen Landwirtschaft und insbesondere die bürgerlichen agrarökonomischen englischen Publikationen hätten die Entwicklung der Agrarwissenschaften in Deutschland zur Zeit Thaers maßgeblich beeinflusst, ist in der agrarhistorischen Literatur nicht neu. Daß derartige Impulse auch in den vorhergehenden Jahrzehnten schon stärker ausgeprägt waren, dafür liefern die Forschungsarbeiten Müllers nun einen umfassenderen Beweis. In mehreren

17 Vgl. z. B. Haushofer, Heinz, Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Stuttgart 1963, S. 30 ff.; Krzymowski, Richard, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 3. Aufl. (West-)Berlin 1961, S. 249; Frauendorfer, Sigmund v., Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, Bd. 1, Bonn/München/Wien 1957, S. 213; Klemm, Volker/Meyer, Günther, a. a. O., S. 161 f.

18 Von Liebig zu Laue, hg. v. Otto Finger u. Friedrich Herneck, Berlin 1963, S. 28; Blunk, Richard, Justus v. Liebig. Die Lebensgeschichte eines Chemikers, Hamburg 1946, S. 132.

19 Strube, Irene, Justus v. Liebig, 2. Aufl. Leipzig 1975, S. 78; Von Liebig zu Laue, a. a. O.



Preisschriften ist das englische Vorbild unverkennbar. Auch die agrarökonomischen Arbeiten Arthur Youngs werden schon beträchtlich vor dem Erscheinen der "Englischen Landwirtschaft" A. D. Thaers<sup>20</sup> in Preisschriften zitiert (S. 173 ff.). Für 1770 nennt Müller einige brandenburgische Junkerbetriebe, die, angeregt durch die englische landwirtschaftliche Literatur, auf ihrem Ackerland zur Fruchtwechselwirtschaft übergehen (S. 239).

Zum wissenschaftlichen Neuland ist auch der Versuch des Autors zu rechnen, die Teilnehmer an den genannten vier Preisfragen der Berliner Akademie nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen zu unterscheiden. Die Preisaufgaben der Preußischen Akademie erfreuten sich nicht nur einer hervorragenden Popularität - so reichten zum Beispiel bei der Frage zum Futterbau (1779) 25 Personen Preisschriften ein, und die Stallfütterungsfrage (1785) fand sogar 39 Teilnehmer (S. 149 - 189) -, sondern die Bewerber waren auch recht unterschiedlicher sozialer Herkunft. Neben adligen und bürgerlichen Gutsbesitzern oder Pächtern von Großbetrieben gehörten zu ihnen vor allem Gutsbeamte, Geistliche und Lehrer. Sogar einige Bauern, wie an anderer Stelle schon erwähnt, schickten Manuskripte an die Akademie (S. 146 ff., 185 ff., 216 f.). Mit Recht wertet Müller das als einen bedeutenden Beweis, daß auch Angehörige bäuerlicher Schichten trotz aller sozialökonomischen Hemmnisse zu den aktiven Förderern des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Landwirtschaft zählten.

Zahlreiche bisher unbekannte biographische Details, bei denen der Autor sich vielfach auf noch nicht genutzte Primärquellen stützt, vermitteln dem Leser ein teilweise neues Bild von Persönlichkeiten, welche die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts maßgeblich mit beeinflußt haben. Aus dieser Reihe<sup>21</sup> ragen besonders die Lebensbeschreibungen des preußischen Ministers Johann Christoph Wöllner (1732 bis 1800) (S. 96 ff.) und des bedeutenden Förderers des Kleebaus Johann Christian Schubart (1734 bis 1787) hervor (S. 150 ff.).

Wöllner, bisher in der historischen Literatur als Initiator des reaktionären Religionsediktes fast ausschließlich zu einem stupiden religiösen Fanatiker gestempelt, wird in der Sicht Müllers zu einer Persönlichkeit, in der sich die widersprechendsten fortschrittlichen und rückschrittlichen Tendenzen des 18. Jahrhunderts symptomatisch widerspiegeln. Auf der einen Seite ist er ein Prototyp für "philisterhafte Verknöcherung", "Obskurismus", "alles hemmende feudale Produktionsverhältnisse"; auf der anderen Seite zeigt er sich jedoch, wenn es um den ökonomischen Fortschritt geht, als ein Streiter für "wissenschaftliches und dichterisches Streben nach Wahrheit", für "revolutionäres Wollen" und "vordrängende Produktivkräfte" (S. 96). Der Autor weist darauf hin - und er belegt es mit zahlreichen Einzelheiten aus der Tätigkeit Wöllners -, daß das Urteil von Harnack<sup>22</sup>, der Utilitarismus des Ministers bei der Festlegung der Aufgaben für die Akademie habe ihrem wissenschaftlichen Ruf geschadet, einseitig ist (S. 112).

20 Thaer, Albrecht Daniel, Einleitung zur Kenntniß der englischen Landwirtschaft und ihrer neueren practischen und theoretischen Fortschritte in Rücksicht auf Vervollkommnung deutscher Landwirtschaft für denkende Landwirthe und Cameralisten, Bd. 1 - 3, Hannover 1798 - 1804.

21 Müller beschreibt hier u. a. ausführlicher das Lebenswerk von Achard, Schlettwein, Beckmann, Hertzberg, Justi und Thaer.

22 Vgl. dazu Harnack, Adolf, a. a. O., Bd. 2, S. 313 f.

Die Progressivität des Werkes und Wirkens von Christian Schubart ist hinreichend bekannt,<sup>23</sup> Dennoch bereichert Hans-Heinrich Müller das biographische Charakterbild dieses Mannes ebenfalls um wichtige Komponenten. Im Vordergrund steht dabei das gesellschaftlich revolutionäre Element in den Schriften des "Kleapostels". In keiner Untersuchung wurde bisher die konsequente Parteinahme Schubarts für die von den feudalen Kräften unterdrückten und ausgebeuteten Bauern so klar erfaßt. Mit der Akademie war der Würchwitzer Gutsbesitzer vor allem durch seine zur Preisfrage über den Futterbau eingereichte Schrift verbunden, die in Berlin mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde (S. 157 ff.). Auch an der Preisfrage zur Stallfütterung beteiligte er sich. Da die agrarhistorische Literatur dieses Werk bis jetzt kaum beachtete, leistet Müller mit der Analyse seines Inhaltes und der auszugsweisen Veröffentlichung (S. 214 - 216, 400 ff.) einen wesentlichen Beitrag zur Schubart-Forschung.

### Beitrag zum wissenschaftlichen Meinungsstreit

Ein besonderer Vorzug des Buches von Hans-Heinrich Müller besteht auch darin, daß es zu einem intensiven wissenschaftlichen Meinungsstreit herausfordert, denn wie in jeder wissenschaftlich wertvollen Publikation werden hier nicht nur Fragen beantwortet, sondern auch neue gestellt.

Schon in früheren Arbeiten vertrat der Autor nachhaltig den Standpunkt, daß trotz der noch existierenden hemmenden feudalen Produktionsverhältnisse im Verlauf des 18. Jahrhunderts die Produktivkräfte in der deutschen Landwirtschaft eine nicht zu unterschätzenden Aufschwung nahmen. Diese These dürfte heute als allgemein gesichert gelten, und Hans-Heinrich Müller nennt in seinem Buch dafür zahlreiche neue Beweise. Dennoch ergibt sich die Frage, ob die Qualität und Quantität dieses Fortschritts von einigen Autoren nicht manchmal zu hoch bewertet wird. Nur aus der Erwähnung einer wissenschaftlich-technischen Neuerung, einem schöpferischen Gedanken in einer Preisschrift auf eine Methode zu schließen, die schon im stärkeren Maße in die Praxis Eingang gefunden hat, wäre zumindest voreilig. Theodor Roemer (1883 bis 1951), der bedeutende Hallenser Pflanzenbauer und Pflanzenzüchter, betonte noch annähernd eineinhalb Jahrhunderte später, daß zwischen dem Abschluß einer wissenschaftlichen Entwicklung und ihrer breiten Anwendung in der Landwirtschaft ungefähr drei Jahrzehnte vergehen<sup>24</sup>, und das unter den weitaus besseren Kommunikationsbedingungen des 20. Jahrhunderts. Hier scheint mir auch Hans-Heinrich Müller teilweise etwas zu optimistisch zu sein, denn nicht jede neue Erkenntnis, nicht jeder erfindungsreiche Einfall löst sofort den Beginn einer neuen Produktionsrichtung aus.

Im folgenden dafür einige zu diskutierende Beispiele: Meines Erachtens wird der erreichte Umfang des Feldfutterbaus und davon abhängig der Anteil intensiver Ackerbausysteme in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vom Autor trotz seiner

23 Vgl. dazu vor allem Schmiedecke, Adolf, Johann Christian Schubart, Edler von Kleefeld, Ein bedeutender Förderer der Landwirtschaft und Bauernbefreiung, (Zeit 1956); Braunreuther, Kurt, Über die Bedeutung der physiokratischen Bewegung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 5. Jg. 1955/56, S. 15 ff.

24 Vgl. dazu Nathusius, Lilly v., Theodor Roemer. Lebensabriß und bibliographischer Überblick, Halle 1955, S. 42.

einschränkenden Bemerkungen<sup>25</sup> etwas überschätzt. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die von Thaer und Scherz propagierten Maßnahmen zur kapitalistischen Intensivierung des Ackerbaus von den Zeitgenossen fast wie eine Neuentdeckung gefeiert, Jahrzehnte später waren die Vor- und Nachteile dieser intensiven Systeme auch in der ernst zu nehmenden agrarwissenschaftlichen Literatur weiterhin heftig umstritten.<sup>26</sup> 1816 betrug der Anteil der Hackfrüchte und grünen Futterpflanzen am Acker- und Gartenland des Königreiches Preußen erst 5, 2 Prozent, und selbst Ende des 19. Jahrhunderts, im Jahre 1882, belief sich der Bracheanteil immer noch auf 14 Prozent.<sup>27</sup> Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang auch die Ansicht, daß die Kartoffel in dieser Periode schon als Futterpflanze eine bedeutendere Rolle gespielt habe (S. 180). Aus der Übersendung eines Entwurfes für die "Konstruktion einer Kartoffelmühle", die 1770 durch die Preußische Akademie auf ihre Verwendbarkeit geprüft werden sollte, wird schließlich geschlossen: "Das zeigt bereits die Verdrängung des Weizens in der Stärkefabrikation und das stärkere Eindringen der Kartoffel ... in die Nahrungsmittelindustrie" (S. 67). Der enorm hohe Arbeitsaufwand insbesondere bei der Pflege dürfte die Verwendung der Kartoffel zu Futter- oder industriellen Zwecken wohl nur in Ausnahmefällen gestattet haben. Ein umfangreicherer Kartoffelanbau im Ackerland außerhalb der Hausgärten, der nicht nur vorrangig auf die menschliche Ernährung gerichtet war, setzte sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts durch, als der Kartoffelbedarf für die Futtermittelversorgung der stark anwachsenden Schweinehaltung sowie für die industrielle Verarbeitung in den entstehenden kapitalistischen Großbetrieben rasch anwuchs und auch die technologische Aufgabe, den Aufwand an lebendiger Arbeit bei der Pflege dieser Hackfrucht erheblich einzuschränken, durch die Einführung des Anhäufelpfluges gemeistert war.

Hans-Heinrich Müller stellt sich das Ziel, wie auch im Untertitel seines Buches angedeutet, die agrarökonomischen Preisaufgaben der Berliner Akademie zu untersuchen. Jedoch in keiner dieser Preisfragen stehen im heutigen Sinne typisch agrarökonomische Probleme im Mittelpunkt, was kaum überraschen dürfte, weil in der Geschichte der Agrarwissenschaften sich die bürgerliche Agrarökonomie in Deutschland erst im Verlaufe der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu einer eigenen agrarwissenschaftlichen Disziplin konstituiert. Die ausgewählten vier Beispiele beschäftigen sich dagegen im besonderen Maße mit der Überführung neuer naturwissenschaftlicher bzw. acker- und pflanzenbaulicher Erkenntnisse in die landwirtschaftliche Praxis. Es handelt sich also im Unterschied zu den besonders durch die naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer bestimmten agrarwissen-

25 "Gewiß war ihr Anbau [der Feldfutterpflanzen - V. K.] im allgemeinen noch keineswegs überragend." Müller fährt dann fort: "Doch in verschiedenen Territorien ist der Anbau von Feldfutterpflanzen schon recht beachtlich und liegt über dem deutschen Durchschnitt." Und auf S. 158 wertet Müller die hohe Zahl der Auflagen der Preisschrift Schubarts über den Futterbau als Beweis "von dem allgemein steigenden Interesse für den Feldfutterbau, der sich in den letzten drei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts auf den Gutswirtschaften, aber auch in den bäuerlichen Betrieben im Normalackerbau durchsetzte" (S. 183).

26 Vgl. dazu Auseinandersetzungen in den Arbeiten von Johann Gottlieb Koppe und Johann Heinrich v. Thünen.

27 Finck von Finckenstein, Hans Wolfram Graf, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland, Würzburg 1960, S. 100.

schaftlichen Disziplinen im breiteren Sinne um technologisch-agrarwissenschaftliche Probleme,<sup>28</sup> Daß hierbei ökonomische Überlegungen ebenfalls eine gewisse Rolle spielen, liegt in der Natur der Sache. Derartige Themen nach dem Vorbild der damaligen landwirtschaftlichen Literatur als agrarökonomisch zu bezeichnen, erscheint, wenn vom behandelten Gegenstand und vom erreichten Entwicklungsniveau der Agrarwissenschaften ausgegangen wird, als wenig zweckmäßig.

Ein kompliziertes und widersprüchliches Problem stellt auch das "Für und Wider" zur Einführung neuer agrotechnischer Methoden dar. Voll zuzustimmen ist der Ansicht, daß die bestehenden feudalen Produktionsverhältnisse das entscheidende Hemmnis für die Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und damit für ihre Nutzung zugunsten des ökonomischen Fortschritts in der Agrarproduktion gewesen sind (S. 155). Ob jedoch der Übergang zu neuen Technologien in der Pflanzen- und Tierproduktion, zum Beispiel zur Besömmerung der Brache mit Futterpflanzen oder zur Stallfütterung des Rindviehs, als Kriterium für weitblickendes ökonomisches Denken und vorwärtsweisende kapitalistische Tendenzen ausreicht, erscheint dem Rezensenten zweifelhaft. Müller steht hier allerdings mit seiner Einschätzung keinesfalls allein da. Schließlich wird der landwirtschaftliche Produktionsprozeß von vielschichtigen Faktoren bestimmt, wobei die große Abhängigkeit der zu wählenden Produktionsmethoden von den sehr unterschiedlichen natürlichen und ökonomischen Bedingungen unbedingt zu beachten ist. Die Wirkungsweise derartiger Faktoren ist dazu Ende des 18. Jahrhunderts weitaus ausgeprägter als zum Beispiel in den mit industriemäßigen Produktionsmethoden wirtschaftenden sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben heute in der Deutschen Demokratischen Republik. An diesen Stellen wäre manchmal ein mehr abwägendes, umfassender begründetes Urteil des Autors auch aus aktueller Sicht wünschenswert gewesen.

Fraglich bleibt in diesem Zusammenhang auch die These, daß der Übergang zu intensiven Bewirtschaftungsmethoden in jener Zeit immer ein gewichtiger Ausdrück für das Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise in die Landwirtschaft gewesen sei. "Sie [gemeint sind A. D. Thaer und A. Karbe - V. K.] waren Vertreter der Fruchtwechselwirtschaft, dem höchst entwickelten Bodenbau, den sie auf ihren Gütern erfolgreich verwirklicht hatten und der schon den Stand der Produktivkräfte einer kapitalistischen Landwirtschaft repräsentierte und entsprechende Produktionsverhältnisse verlangte" (S. 251). In diesem konkreten Falle ist dem Autor zwar zuzustimmen. Das trifft jedoch nicht für seine auf der folgenden Seite vertretene Ansicht zu, in der die einseitige Orientierung vieler ostelbischer Junker Ende des 18. Jahrhunderts auf den Getreidebau und die Schafhaltung als ein Ausdruck "feudalen Denkverhaltens" bei der Organisation ihrer Betriebe charakterisiert wird (S. 252). Der Autor läßt sich hier bei seinem Urteil zu stark von dem Gedanken leiten, daß sich solche Entwicklungsprozesse vorrangig unter dem Aspekt der Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses, Deckung des wachsenden Bedarfs an Agrarprodukten durch Intensivierung, vollzogen. Für den Agrarkapitalisten ist dieser Gesichtspunkt jedoch belanglos. Ende des 18. Jahrhunderts formuliert der eigentliche Begründer der kapitalistischen Agrarökonomie in Deutschland das auch noch heute für die kapitalistische Landwirtschaft grundsätzlich gültige Leitmotiv mit den Worten: "Die Landwirtschaft ist ein Gewerbe. Der Zweck der Landwirtschaft ist also nicht, die möglichst höchste Produktion aus dem Boden zu erzielen, sondern den möglichst höchsten

<sup>28</sup> Müller sieht dieses Merkmal ebenfalls als entscheidend für die Zusammenfassung der vier Preisfragen zu einer Gruppe an (S. 136).



Gewinn daraus zu erhalten.<sup>29</sup> Annähernd drei Jahrzehnte später verkündet Johann Heinrich v. Thünen die bürgerliche Intensitätslehre, die den für den kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieb anzustrebenden Intensitätsgrad ausschließlich von dem zu erwartenden Profit abhängig machte.<sup>30</sup> Das Ackerbausystem des entstehenden agrarkapitalistischen Betriebes unterscheidet sich von dem der feudalen Gutswirtschaft also nicht in erster Linie durch das Intensitätsniveau, sondern generell vor allem dadurch, daß seine Auswahl entscheidend durch den Grundsatz bestimmt wird, die Form des Systems nach der zu erwartenden Profithöhe festzulegen. Und das kann unter bestimmten Bedingungen, zum Beispiel einer relativ weiten Entfernung zum Markt, auch für einen ökonomisch fortschrittlich denkenden Agrarkapitalisten ohne weiteres die Dreifelderwirtschaft sein.

Zum Abschluß seien einige kleinere Bemerkungen erlaubt, die bei einer zweiten Auflage beachtet werden sollten. Auf Seite 72 wird Johann Beckmann als der Autor des "ersten modernen Lehrbuches der Landwirtschaft" bezeichnet. Wer einmal die "Grundsätze der deutschen Landwirtschaft" mit den zirka vier Jahrzehnte später erscheinenden Publikationen von Thaer, Schwerz, Burger oder auch Koppe vergleicht, wird feststellen, daß sich eine derartige Wertung kaum aufrechterhalten läßt; denn ihr müßte ein so wesentlicher Qualitätssprung zugrunde liegen, wie er in Wirklichkeit erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts erreicht wurde. Unter den deutschen kameralistischen "Lehrbüchern" spielt das Buch Beckmanns sicherlich eine besondere Rolle, weil in ihm indirekt die Forderung nach einer selbständigen agrarwissenschaftlichen Disziplin erhoben wird. Trotz dieses Vorzuges trifft unserer Ansicht nach auch für dieses Werk noch das Wort von Wilhelm Abel zu, daß "Literatur, auch wenn sie sich in großmächtigen Bänden darstellt, noch keine Wissenschaft ist. Zur Wissenschaft gehören System und Ordnung und kritisches Weiterdenken der übernommenen Lehren."<sup>31</sup>

Im Abschnitt "Futterbau" unterteilt Müller die Ende des 18. Jahrhunderts in der deutschen Landwirtschaft angebauten Futterpflanzen in Leguminosen und Futterkräuter sowie in Wiesenpflanzen und Gräser (S. 182 f.). Die benutzte Gruppierung widerspricht teilweise den botanischen und pflanzenbaulichen Grundsätzen.

Wiederholt weist der Autor darauf hin, daß Ende des 18. Jahrhunderts die Anreicherung des Bodens mit stickstoffhaltigen Substanzen durch Leguminosen schon bekannt ist (S. 177 f., 256). Auf die Rolle einiger Leguminosen für die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit machten zwar bereits römische Agrarschriftsteller aufmerksam. Daß es sich dabei um das Anreichern des Bodens mit stickstoffhaltigen für die Pflanzen verwertbaren Verbindungen handelte, wird allerdings erst Ende der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entdeckt.

Nach Meinung des Autors verdrängt während der letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts die Rinderhaltung allmählich die Scharwirtschaft und erreicht damit die erste Stelle innerhalb der deutschen Viehwirtschaft (S. 204 ff.). Rinder- und Schafhaltung nehmen in diesen Jahrzehnten zwar einen beträchtlichen Aufschwung. Es erscheint jedoch unzweckmäßig, schon von einer beginnenden Vorrangstellung

29 Thaer, Albrecht Daniel, Einleitung zur Kenntniß ..., a. a. O., Bd. 2, T. 2, S. 1.

30 Vgl. dazu Thünen, Johann Heinrich v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Bd. 1, Rostock 1826.

31 Abel, Wilhelm, Geschichte der Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Göttingen 1962, S. 258; vgl. dazu auch Frauendorfer, Sigmund v., a. a. O., S. 205 f.



der Rinderhaltung zu sprechen. Die dafür zitierten Statistiken der preußischen Viehbestandszahlen (S. 206) sind nicht ausreichend und in ihrer Tendenz zu widersprüchlich, um diese Ansicht zu belegen. Die eigentliche Intensivierung der Schafhaltung auf der Grundlage einer systematischen Züchtung erreicht ihren Höhepunkt im Zusammenhang mit der beginnenden industriellen Revolution im Königreich Preußen erst während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Eine vergleichbare systematische Züchtung und umfassende Entwicklung von Intensivrasen für die Rinderhaltung setzt ungefähr noch zwei Jahrzehnte später ein.

Die zuletzt gemachten Bemerkungen mindern den wissenschaftlichen Wert des Buches von Hans-Heinrich Müller in keiner Weise. Mit seinen Forschungsergebnissen hat der Autor unsere Kenntnisse von der Geschichte der entstehenden Agrarwissenschaften erheblich bereichert. Besonders bedeutungsvoll ist dabei, daß es ihm durch seine historische Analyse über die Rolle der Wissenschaft als Produktivkraft gelungen ist, auch bei der Lösung aktueller Probleme zu helfen. In unserer mit Publikationen zur Geschichte der Agrarwissenschaften sehr sparsamen Zeit ist das Buch Müllers ein echter Lichtblick. Bedauerlich ist nur, daß die kleine Auflage die Lektüre des in einer brillanten sprachlichen Form, einem anschaulichen und lebendigen Stil geschriebenen Werkes von vornherein beträchtlich einschränkt. Die Wichtigkeit des Anliegens, die zahlreichen Anregungen zu detaillierteren Forschungen verdienten ein möglichst großes Publikum.

(Im folgenden: III)

(Selbstverlag, Innsbruck 1973, 36 Seiten)

von Hagen Fischer:

Das erste in der vorliegenden Reihe ist geschichtlich, daß ihr Darstellungswortraum mehrere Jahrhunderte und verschiedene Epochen umfaßt. Eine von ihnen wendet sich an ein breiteres Publikum. Es ist deshalb populärwissenschaftlich angefaßt. Gleichzeitig beansprucht es aber, den gegenwärtigen Forschungsstand zu berücksichtigen (I, S. 14).<sup>1</sup> Bereits hier wird die Distanz zum Publikum, mit der sich ein solches Werk auszeichnen muß, zu spüren. Will der Autor in seiner Abhandlung zugleich wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden, muß er auch darauf hinwirken, wo er sich selbstverständlich dem Lauf der Zeit hat unterwerfen. Durchläuft er Gefahr, daß interessierter Lesern zu verdreht, Andererseits wäre es bedauerlich, die oft widersprüchlichen Kontexte und äußeren Umwälzungen, mittels denen sich der Fortschritt der Menschheit nicht geradlinig, aber stetig durchgesetzt hat, in der Darstellung zu umgehen. Deymann ist sich dessen wohl bewußt gewesen (II, S. 1). Er wollte zwar "entsprechende wissenschaftliche Überzeugungen und Diskussionsformen" vermeiden (I, S. 14), doch "das Verbot" zu beachten, von einseitiger Erhellung politischer und militärischer Fakten formale Aussagen, darüber hinaus aber die eigenliche Hintergründe der historischen Entwicklung "auszu-

<sup>1</sup> Alle nicht näher fest zu setzenden Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

SOZIALE FRAGEN, PRODUKTION UND PRODUZENTEN

Gedanken zu

Wolfgang Seyfarth, Römische Geschichte, Kaiserzeit, 2 Bände  
(im folgenden: I)

Akademie-Verlag, Berlin 1974, 582 Seiten

Elisabeth Visser / Hans Volkmann, Orientalische Geschichte von Kyros  
bis Mohammed = Handbuch der Orientalistik, 1. Abt.: Der nahe und der  
mittlere Osten, hg. v. B. Spuler, Bd. 2, Abschnitt 4, Lieferung 1 A  
(im folgenden: II)

E. J. Brill, Leiden / Köln 1971, 74 Seiten

Bernfried Schlerath, Die Indogermanen, Das Problem der Expansion  
eines Volkes im Lichte seiner sozialen Struktur = Innsbrucker Beiträge  
zur Sprachwissenschaft, hg. v. Wolfgang Meid, Vorträge 8  
(im folgenden: III)

(Selbstverlag), Innsbruck 1973, 38 Seiten

von Hagen Fischer

Den drei zu besprechenden Büchern ist gemeinsam, daß ihr Darstellungszeitraum mehrere Jahrhunderte und verschiedene Epochen umfaßt. Eines von ihnen wendet sich an ein breiteres Publikum. Es ist deshalb populärwissenschaftlich abgefaßt. Gleichzeitig beansprucht es aber, den gegenwärtigen Forschungsstand zu berücksichtigen (I, S. 14).<sup>1</sup> Bereits hier wird die Diskrepanz sichtbar, mit der sich alle derartigen Werke auseinandersetzen müssen: Will der Autor in seiner Abhandlung zugleich wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden, muß er auch darauf hinweisen, wo er noch relativ unerschlossenes Land zu betreten hat. Gerade dadurch läuft er Gefahr, den interessierten Laien zu verwirren. Andererseits wäre es bedenklich, die oft widersprüchlichen inneren und äußeren Umwälzungen, mittels deren sich der Fortschritt der Menschheit nicht geradlinig, aber stetig durchgesetzt hat, in der Darstellung zu umgehen. Seyfarth ist sich dessen wohlbewußt gewesen (I, S. 5). Er wollte zwar "weitschweifige wissenschaftliche Überlegungen und Diskussionen" vermeiden (I, S. 14), doch "den Versuch unternehmen, von einseitiger Erzählung politischer und militärischer Fakten fortzukommen, darüber hinaus aber die eigentlichen Hintergründe der historischen Entwicklung" aufzei-

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

gen, "die in den gesellschaftlichen, sozialökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sind, ohne daß der Ablauf der vordergründigen Ereignisse dabei vernachlässigt wurde" (I, S. 13).

Seyfarth betont, daß der freie Mann im Imperium Romanum Bürger einer Stadt oder Gemeinde war und sich zunächst kaum als Bürger des Gesamtreiches fühlte (I, S. 27). An anderer Stelle (I, S. 40) erfahren wir, daß man sich das Bild einer Provinzstadt nicht bunt genug vorstellen könne. Gemeint sind hier die vielfältigsten sozialen Abstufungen seiner Bewohner. Seyfarth beschränkt sich hier aus gutem Grund auf die Stadt: Für ihre fortgeschrittensten Zentren ist typisch, daß sie das umliegende Land eingemeindet haben. Ohne hochentwickeltes Handwerk und ausgedehnten Handel sind diese Stätten mit auf den Markt orientierter antiker Produktionsweise nicht zu verstehen. Von ihnen hätte jedoch noch stärker ausgegangen werden können. Sie hätten einleitend unter "Schwerpunkte der Darstellung" oder "Besonderheiten der antiken Gesellschaft" beachtet werden sollen (I, S. 19 f.). Das ist gewiß noch wichtiger, als den Leser mit ethisch hochstehenden Menschen vertraut zu machen, "die in stolzem Selbstbewußtsein lieber in den Tod gingen, als daß sie ihre Überzeugung verrieten" (I, S. 21). Hier kommen doch zwangsläufig sehr subjektive Charakteristika von Personen zu Worte, die zu Unrecht nur der Antike zugewiesen werden. Ihre persönliche Integrität sagt zudem gar nichts über das historisch Sinnvolle ihres Handelns aus.

Wenn Seyfarth den Menschen als Träger der Geschichte bezeichnet (I, S. 23), so wollen wir hinzufügen, daß diese Feststellung vorrangig für den produzierenden Menschen gilt; denn diese Präzisierung unterscheidet uns von einer nur auf politische Ereignisse ausgerichteten Geschichtsbetrachtung, wie sie Visser in ihrem Abschnitt "Ägypten von Kyros bis Oktavian" bevorzugt. Nur am Rande sei vermerkt, daß die Einseitigkeit der Autorin so weit geht, auf die Erörterung gewisser natürlicher und wirtschaftlicher Eigenheiten, die als Voraussetzung an den Anfang des Heftes gehört hätten, zu verzichten und diese Aufgabe Volkmann, der - gewissermaßen als Fortsetzungsautor - die Zeit danach behandelt, zu überlassen.

Wenn wir den produzierenden Menschen als Träger der historischen Entwicklung bezeichneten, gilt das selbstverständlich gleichermaßen für Stadt und Land. Insofern ist unsere Zustimmung zu Seyfarths Darstellung über die sozialen Abstufungen in den Kommunen zu relativieren. Wenn auch dort am ausgeprägtesten, gilt ihre Vielfalt in ähnlichem Grade selbstverständlich auch für die Produzenten auf dem Lande - nicht nur in Italien, sondern auch für die Provinzen. Sicher war hier ein Gebiet wie Ägypten nicht gerade typisch, doch vereinfacht Volkmann sicher, wenn er allzuoft viel zu unpräzise vom Verhalten "lokaler Kräfte" gegenüber der "Zentralregierung" (in Rom) (II, S. 54), vom "Pöbel" (in Alexandrien) (II, S. 30 f.), vom "flachen Land", der Chora (II, S. 33), von der Erhebung der "Bewohner der sumpfigen Niederungen östlich von Alexandria ... unter der Führung eines fanatischen Landpriesters" (II, S. 38) bzw. von den "wahren Ägyptern im Unterschied zu dem griechischen Bevölkerungsteil" (II, S. 45) spricht. Hierunter verbergen sich soziale Gruppen, die aus bestimmten Interessen heraus handeln. Hinzu kommt, daß sich beim Lesen von Volkmann leicht der Eindruck einstellt, daß er für diese unterdrückten Erzeuger des Reichtums eines beträchtlichen Teiles des Römischen Reiches auch wenig Verständnis aufzubringen vermag, selbst dort nicht, wo er ihre Lage als trostlos erkennt (unter anderem II, S. 66).

Was wir über den sozialen Differenzierungsprozeß bei den niederen Schichten gesagt haben, gilt selbstverständlich auch für die herrschende Klasse. Das brauchte nicht betont zu werden, würde nicht auch hier Volkmann zu wenig unterscheiden,

so wenn er "die römische Herrschaft" Ägypten "rücksichtslos für ihre Zwecke" ausbeuten läßt (II, S. 66) oder formuliert, es sei schwer zu sagen, "wie weit die römische Herrschaft" den Verfall der Wirtschaft Ägyptens, der "von amtlicher Seite aus zugegeben wird", herbeigeführt hat. Hier müßte mehr detailliert werden, versucht werden zu klären, wer - und was wichtiger ist - aus welchen reichs- oder eigenökonomischen Motiven gehandelt hat. Auch den kirchenpolitischen Schwierigkeiten der Spätzeit wäre von diesem Ausgangspunkt her besser beizukommen gewesen. Seyfarth hat ausdrücklich versucht, lokalpolitische Engen zu umgehen, die leicht zu Fehldeutungen führen. Er wollte wirtschaftliche Beziehungen des Römischen Reiches, die weit über seine Grenzen hinausgingen, berücksichtigen, ebenso politische (I, S. 16). Volkmann hingegen versucht die Ereignisse häufig nur auf Ägypten zu spezifizieren, und Visser lehnt gar die Einbeziehung der übrigen Mittelmeerwelt in ihre Betrachtungen, von einigen Ausnahmen abgesehen, ausdrücklich ab (II, S. 13). Da ihre Darstellung im Rahmen eines Handbuches der Orientalistik erscheint, ist es dem Rezensenten unklar, wie hier ein Zusammenhang hergestellt werden soll zu weiteren Abhandlungen im Rahmen dieser Serie über andere Regionen.<sup>2</sup>

Wie sah nun das Spektrum der sozialen Schichten in Stadt und Land aus? Wer produzierte im Römischen Reich? Beginnen wir mit der Epoche um die Zeitenwende, und versuchen wir, eine gewisse Entwicklung, die zu recht andersartigen Verhältnissen in der Spätzeit führte, mit einzubeziehen.

Eine Analyse der Besitzer von Handwerksstätten zeigt zunächst, daß sie zum überwiegenden Teil Freie waren, allerdings ist deren Anteil in unterschiedlichen Gewerken verschieden groß. Einige Gewerbetreibende, auch mit einer größeren Anzahl von Beschäftigten, waren Sklaven bzw. Freigelassene. Ihr Anteil liegt um so höher, je kleiner die betreffenden Betriebe sind. Ihre Tagelöhner konnten Freigeborene, Freigelassene oder auch - namentlich in Rom, aber auch in anderen Teilen Italiens - Sklaven sein. Daneben gab es "Saisonkräfte", die für bestimmte Arbeiten zur Verfügung standen. Hier ist namentlich an Walker, Zimmerleute oder ähnliche Berufe zu denken. Auch in dieser Gruppe hat es viele Freie gegeben. So trifft es durchaus zu, wenn Seyfarth darauf hinweist, daß viele Angehörige der plebejischen Schichten einer produktiven Beschäftigung nachgingen (I, S. 338). Bei den Sklaven wiederum unterscheiden wir zwischen gemieteten und sol-

2 Es muß in diesem Zusammenhang an den Herausgeber die Frage gestellt werden dürfen, ob die Individualität der Beiträge bis zu solchen grammatischen und idiomatischen Freiheiten gehen soll, wie sie bei Visser der Fall sind; denn es handelt sich dabei wohl weniger um bewußt eingesetzten Stil, sondern weit eher um Anglizismen, wie die folgenden Beispiele zeigen: "Er kam bis in Mesopotamien" (II, S. 7), oder: "Später, in 306 ..." (II, S. 5). Dieser Eindruck wird noch durch die Interpunktion verstärkt, die weder vor Konjunktionen noch bei erweiterten Infinitivkonstruktionen ein Komma zu kennen scheint: "Der Kirchenvater ... erwähnt daß der König Syrien ... behielt, und daß er seinem 'Freunde' ... die Verwaltung ... überwies" (II, S. 8). Die Verständlichkeit wird bei folgendem Beispiel erschwert: "Man war dort zwar immer noch reich genug um sich ein neues Heer, und was wichtiger war eine neue Heeresleitung in den verarmten griechischen Ländern wie Ätolien und Lakonien zu kaufen, aber dazu brauchte man Zeit" (ebenda). Eingeschobene Nebensätze sollten durch Kommata kenntlich gemacht werden. Diese mehr formalen Mängel betreffen jedoch nur den Teil Vissers, nicht aber den Volkmanns, so daß auch aus diesem Grunde das Heft uneinheitlich wirkt.

chen, die Eigentum des Handwerkers waren, Ihre Zahl ist je nach der Region sehr unterschiedlich, in den mehr östlichen Teilen jedoch recht gering. Doch auch in den Westprovinzen nimmt ihre Zahl ab. Als sich etwa die Töpferei aus Italien schwerpunktmäßig nach Gallien verlagerte, wurde ganz offensichtlich der Sklave als wichtiger Produzent verdrängt. Im übrigen läßt sich gerade im keramischen Gewerbe nachweisen, wie sehr die soziale Stellung der Sklaven differieren konnte. Hier Tätige waren mitunter geachtete Künstler, welche die von ihnen hergestellten Erzeugnisse mit ihrem Namen unterzeichnen durften. Ihre Lebensumstände waren entsprechend günstig. Das trifft übrigens auch für bestimmte Funktionen in der kaiserlichen Verwaltung, sei es in der Kanzlei oder auf Gütern, zu (I, S. 337). Die Palette ist nicht vollständig. Die Einsatzmöglichkeit des Handwerks auf dem Lande sei zunächst nur erwähnt. Auch hier ist nicht nur an Sklaven zu denken, im Gegenteil: In dem Maße, wie selbst in Italien und Sizilien der Sklave als Produktivkraft vom Kolonen in der Landwirtschaft ersetzt wurde, wurden auch andere Arbeitskräfte als Handwerker eingesetzt. Daneben standen - wie schon erwähnt - Saisonkräfte zur Verfügung, die es in genügender Anzahl geben haben muß. Columellas Empfehlungen, derartige Personen für zeitweilig anfallende Verrichtungen zu dingen, wären doch sonst unverständlich. Für primitive, unspezialisierte Arbeiten in Gewerbe und Landwirtschaft gab es darüber hinaus zu allen Zeiten zahlreiche Tagelöhner, deren Stellung je nach Angebot und Nachfrage sehr unterschiedlich war. Worauf es uns ankommt, ist, daß der freie Handwerker selbst aus Italien zu keiner Zeit verdrängt werden konnte. Das trifft auch für die freien Einzelbauern zu. Caesar fand ja gerade bei ihnen im Norden Italiens wichtige Verbündete gegen Pompeius. Andererseits - und das ist wesentlich für die spätere Entwicklung - hatte auch das Hausgewerbe selbst in der späten Republik und dem Prinzipat keineswegs seine Bedeutung in den Kerngebieten des Römischen Reiches eingebüßt, was unmittelbar mit der Institution der römischen familia zusammenhängt. Wir verzichten auf eine ausführliche Darstellung der "staatlichen" Produzenten: Namentlich seit dem 2. Jahrhundert u. Z. beschäftigte der Kaiser selbst Arbeitskräfte, die von ihm beauftragte Vorhaben ausführten.

Unsere Notizen sollten zeigen, daß die Annahme unzutreffend ist, wonach die ausgebeuteten Schichten der Antike hauptsächlich nur aus Sklaven, überwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt, bestanden, Handwerker, Tagelöhner, freie Kleinbauern - in mannigfaltiger Differenziertheit - müssen vielmehr hier als die wichtigsten Produzenten bezeichnet werden. Seyfarth hingegen zählt "zu den ausgebeuteten Klassen ... neben den Sklaven auch ... die übrigen Produzenten" (Hervorhebungen von mir - H. F.), also Freigelassene, Klienten und "eine bunte Schar von Kleinproduzenten", die er gemeinsam als "rechtlich frei, tatsächlich jedoch von einem Großunternehmer oder Großgrundbesitzer abhängig" charakterisiert (I, S. 28). Bei dieser Reihenfolge kann beim Leser unwillkürlich der Eindruck einer fast allbeherrschenden antiken Sklaverei entstehen. (Da Seyfarth die Zeit des beginnenden Prinzipates im Auge hat, wären wohl auch die De-facto-Bindungen an "Großunternehmer oder Großgrundbesitzer" zu differenzieren gewesen.) Ein solcher Eindruck wird durch eine Reihe von Formulierungen noch verstärkt, zum Beispiel: Unter dem Domiat gab es auf dem Lande "keine großen Sklavenscharen mehr wie früher" (I, S. 337). Das hieße doch, daß die Sklaverei zuvor ein gewaltiges Ausmaß erreicht habe. Es ist aber im Gegenteil bekannt, daß die Möglichkeiten der Ausdehnung von Latifundienwirtschaften stets sehr regional begrenzt geblieben waren, seit dem 1. Jahrhundert nicht zuletzt aus verwaltungstechnischen Gründen. Latifundienwirtschaften waren Sonderentwicklungen in einigen Teilen im Westen des Imperiums geblieben. Ihnen stehen



seit dem Prinzipat in den orientalischen Provinzen die Nachfolger ehemals königlicher Güter gegenüber, Während der Republik unternommene Versuche, sie zu verkaufen, waren offenbar Episode geblieben. Hier haben wir Cicero als Zeugen. Auf diesen Ländereien arbeiteten wie zur Zeit der Diadochen zwar unterschiedlich-begrenzt freie, aber doch nicht völlig unfreie Arbeitskräfte. In der Republik oder schon seit dem Hellenismus privatisierte Güter, im wesentlichen von den gleichen sozialen Schichten bearbeitet, wurden - namentlich seit dem 2. Jahrhundert nicht immer freiwillig - nach und nach den Principes vermacht. Sieht man sich die Ausdehnung dieses kaiserlichen Territoriums an, erscheint es kaum gerechtfertigt, ihm nur eine untergeordnete Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung zuzuweisen (I, S. 232). Es wird - nebenbei bemerkt - auch nicht völlig der Sachlage gerecht, wenn die "sogenannten exterritorialen Latifundien (saltus), die nicht zum Territorium einer Stadt gehörten", begrifflich von "Ländereien, die staatliches oder kaiserliches Eigentum waren" (I, S. 230), abgetrennt werden. Hier hätte der Terminus saltus klarer bestimmt werden sollen.

Nur in Ausnahmefällen - lydische Quellen erwähnen Seuchen und Mißernten oder aber allzu harte Bedrückung durch Heranziehung zu Lithurgien - verließen die Bebauer der großen Landbesitzungen in Vorderasien ihre Arbeitsstätte, den heimischen Herd ihrer Vorfahren. Das galt auch noch für das 3. Jahrhundert. Ähnlich sah es aber auch bei vielen Handwerkszweigen, bei Handelseinrichtungen aus. Aus Listen von Innungen erfahren wir sehr häufig, daß der Sohn den gleichen Beruf wie der Vater ausübte - aus Tradition, die seit jeher im Alten Orient üblich. Bei dem Versuch, die Latifundien neu zu ordnen, konnte also von diesem Modell ausgegangen werden. Die zweite - italische, aber nicht nur hier anzutreffende - Variante war die Einräumung eines Pekuliums. Auch sie geht auf alte Vorbilder zurück; keineswegs war sie eine Schöpfung der untergehenden Republik. Schon Varro gestattet damit belehnten Sklaven auch eine Familie. In der Kaiserzeit wurde dieses Verfahren ausgedehnt. Die Parzellenverträge über Teile von Latifundien machten ihre Bebauer zu Quasi-Kolonen. Sie wurden sehr rasch statt für eine begrenzte Frist auf Lebenszeit abgeschlossen. Damit erfolgte eine Angleichung an Wirtschaftsmethoden der kaiserlichen und privaten Güter Vorderasiens. Dies gilt auch für Nordafrika. Ein Musterstatut zur Zeit Hadrians besagt, daß der Kolone nicht mehr als sechs Tage im Jahr auf dem Hofe seines Herrn Dienst zu tun hat.

Bis zum 3. Jahrhundert hatte sich vieles in sozialer Hinsicht verändert: Äußerlich wird das sichtbar durch den Aufstieg von Provinzialen in höchste kaiserliche Regierungsämter (I, S. 240), schließlich auf den Thron selbst, basierend auf der langsamen, aber stetigen territorialen Verlagerung des ökonomischen Schwerpunktes des Imperiums. Daher konnte sich Rom nicht mehr als dominierendes wirtschaftliches Zentrum behaupten, wenn es auch noch einige Zeit Hauptstadt bleiben sollte.

Es ist daher verständlich und folgerichtig, wenn mit der erwähnten Dezentralisierung des ökonomischen Schwerpunktes und der Herausbildung einer Bürgerschicht in den Provinzen die Beschränkung des römischen Bürgerrechtes nach republikanischem Vorbild nicht mehr opportun war. Kaiser Caracalla dehnte daher das römische Bürgerrecht auf alle "Freien, die im Römischen Reich lebten" aus. (I, S. 256. - Doch fehlt bei Seyfarth ein Hinweis darauf, daß dieser Akt nur noch fiskalische Bedeutung hatte.) Andererseits wurden, durch ständige Einfälle von Germanen, Sarmaten und den Heeren des seit Mitte des 3. Jahrhunderts verstärkter expansiv werdenden iranischen Sassanidenreiches geschwächt, die Römer immer mehr gezwungen, zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens Barbaren anzusiedeln. Damit ändern sich namentlich in den Donauprovinzen und am

Rhein die ethnischen Verhältnisse, kaum jedoch in Vorderasien, wo - von den Goten zeitweilig abgesehen - die Bedrohung doch geringer war. Die fremdstämmigen Bauern des Westens genossen unterschiedliche Rechte, in jedem Falle aber waren diese begrenzt und von der Constitutio Antoniniana nicht erfaßt. Seyfarth sieht aber wahrscheinlich die Situation zu eng, wenn er lediglich "Angehörige von Stämmen, die sich Rom unterworfen hatten, aber innerhalb der Reichsgrenzen lebten", als dediticii erfaßt (I, S. 256). Hier hätte darauf hingewiesen werden müssen, daß in dieser Frage noch keine völlige Klarheit erzielt werden konnte. Tatsache ist, daß auch das neu verliehene Bürgerrecht erhebliche Abstufungen gestattete. Volkmann bringt für Ägypten Beispiele (II, S. 41). Wir sind damit mitten in den Wirren der Zeit der Soldatenkaiser, die von Seyfarth zu einseitig als "Krise der Sklavenhalterordnung" (I, S. 286, vergleiche auch I, S. 223) bezeichnet wird. Trotz gegenteiliger Absicht ist der Autor hier einer alleinigen Sicht aus einigen Kerngebieten des westlichen Teils des Reiches gefolgt. Auch für diese Gebiete jedoch ist der Begriff "Sklavenhalterordnung" besser nicht mehr zu verwenden, da zu mißverständlich. Das Rom dieser Zeit war längst kein Sklavenhalterstaat (I, S. 303) mehr. Unter diesen Umständen wäre einer Bezeichnung wie "antike Klassengesellschaft" der Vorzug einzuräumen. Die Auffassung von den Sklaven als einheitlicher "Klasse" (ebenda) steht zudem in deutlichem Widerspruch zu den Versicherungen des Autors über die differenzierte Stellung der Unfreien (unter anderem I, S. 28), mit denen unsere Bemerkungen oben durchaus konform gehen können. Auch "der stetige Niedergang der Städte" (I, S. 303) charakterisiert keineswegs alle Gebiete des Römerreiches, nicht einmal in seinen europäischen Provinzen, Beispiele an Rhein und Donau brauchen hier kaum aufgezählt zu werden. So muß insgesamt gesehen die kurze Charakteristik der Situation von Claudius II, bis Aurelian als in diesem Punkte zu negativ angesehen werden. Sie erklärt nicht, weshalb das Römische Reich doch mindestens bis in die siebziger Jahre des 4. Jahrhunderts weitgehend intakt blieb, die Geldwirtschaft keineswegs völlig von der Naturalwirtschaft verdrängt werden konnte und wir selbst in der Spätzeit noch blühende Städte in verschiedenen Teilen des Imperiums nachweisen können usw. Auch unterscheidet sie nicht zwischen der ökonomischen Entwicklung im Vorderen Orient und im europäischen Teil dieses Staates. Konsequenterweise wird die Verlegung der Hauptstadt durch Konstantin auch nur aus dessen Abneigung gegen Rom als Heidenstadt begründet. Dazu sei der Wunsch gekommen, "ihm eine Konkurrentin an die Seite zu stellen" (I, S. 380). Wenigstens hätte hier nochmals darauf hingewiesen werden müssen, daß das teilweise verödete Italien und damit Rom nicht mehr als führendes Zentrum fungieren konnte. Hinzu kam, daß die konservative Hochburg des Heidentums auch ideologisch hinter der Entwicklung zurückblieb. Es versteht sich von selbst, daß die Tendenzen zur Patroziniumswirtschaft die Macht der Zentralgewalt empfindlich schwächten, womit auch im Westen dem Feudalsystem ähnliche Grundherrschaften entstanden. Doch ist es sicherlich zweideutig, wenn Seyfarth (I, S. 304) sagt: "Das Wort 'Sklaven' (servi) nähert sich hier schon in seiner Bedeutung dem Leibeigenenbegriff der Feudalzeit." Gemeint ist hier doch wohl kaum das Wort, sondern weit eher dessen Begriffsinhalt. Außerdem waren angesiedelte Bastamer, Goten usw., deren es um diese Zeit viele gab, niemals als Sklaven zu charakterisieren, so daß es wenig glücklich erscheint, sie an dieser Stelle in einem solchen Zusammenhang anzuführen. Wenn etwa Tacitus bei den Germanen bzw. Justin bei den Parthern von "Sklaven" berichten, dann deshalb, weil sie für ihre Leser bekannte Termini übernehmen wollten, die - wie in vielen Fällen die Kontexte zeigen - dann jedoch das, was sie ausdrücken wollen, nicht zu umschreiben vermögen. Man sollte, wie es Volkmann für Ägypten tut (II, S. 51), bei dem Begriff "Kolonie" bleiben, sofern es sich nicht um (fremdstämmige) Laeten, Gentilier oder

ähnliche soziale Gruppierungen handelt. Allerdings leiden die Ausführungen Volkmanns, natürlich auch die von Visser, darunter, daß Sklaven weder in Haus- noch Produktionsdiensten erwähnt werden, auch nicht als doloi, anthropoi oder ähnlich umschrieben, wie das Register ausweist.

Zwangsmaßnahmen in der Spätzeit, namentlich die "Bindung an den Arbeitsplatz" (I, S. 339), wovon breite Schichten der Bevölkerung betroffen wurden, führten zu - hier nicht näher auszuführenden - Veränderungen des wirtschaftlichen Lebens unter dem Dominat, die jedoch auch wieder nur eine Übertragung vorderorientalischer Methoden auf das Gesamtreich waren, wie oben dargelegt. Damit entstand ein Zwangsstaat, wie ihn die griechische Antike nie gekannt hat. Dennoch scheint es übertrieben, von einer "grundlegenden Umwälzung der Gesellschaft" - gesehen vom Gesamtreich aus - zu sprechen, wie es Seyfarth tut. Volkmann hat sicher absichtlich die Schollenbindung unter Kaiser Konstantin für das Nilland ob seiner unerheblichen Auswirkungen nicht besonders hervorgehoben.

So mannigfaltige Veränderungen sich zwischen der Zeitenwende und dem fünften Jahrhundert auch beobachten lassen, Rom blieb ein antiker Staat mit einer antiken Gesellschaft. In seiner letzten Phase wurde sicherlich partiell "die Struktur der späteren Feudalgesellschaft" vorweggenommen (I, S. 304). Von einem feudalen System selbst wird man jedoch deshalb kaum sprechen können. Wir sind damit mit Ausführungen Schleraths konfrontiert, auf deren sprachwissenschaftliche Würdigung hier leider verzichtet werden muß. Schlerath behauptet, bereits die "Träger der letzten, der dorischen Wanderung haben sich über schon früher eingewanderte Griechen gelegt und ... eine Art Feudalherrschaft begründet" (III, S. 9). Laut Homer sei Hellas von einem ausgedehnten Netz von Königs- oder Herrensitzen überzogen gewesen. Als Beispiele werden "der Palast des Agamemnon in Mykene oder das landgutartige Herrenhaus des Odysseus" genannt. Zu der Unternehmung gegen Troja hätten sich dann die Herren mit ihren Hintersassen vereinigt (ebenda). Und weiter: "Die eigentlichen Träger der Hellenisierung waren sicher nicht zahlreich. Der Herrschaftswechsel vollzieht sich dort am leichtesten, wo schon eingespielte feudale Verhältnisse vorliegen: es wird nur das Fürstengeschlecht ausgetauscht" (III, S. 10).

Für die Frühgeschichte Roms wird gesagt: "... auch hier finden wir hinter der römischen Stadtkultur als Volkskern einen kriegerischen Landadel und die Überschichtung einer (idg.) plebs, die die Überschichtung einer nichtidg. Bevölkerung widerspiegeln und fortsetzen kann" (III, S. 11).

Aus den folgenden Zitaten kann dann eine "Definition" des "Feudalismus", wie ihn Schlerath verstanden wissen will, erschlossen werden. Zunächst sei aus der Charakteristik "einer frühgemeiniranischen Feudalstruktur" zitiert: "Tragend sind die adligen Familien, deren Ränge von mit dem Königshaus eng verbundenen Satrapen bis zum kleinen Lehnsherrn reichten und die zusammen den *kāra* - 'Heerbann' - ausmachten" (ebenda). Für die indogermanischen Völker Nordeuropas sei ein früher Feudalismus auch nicht ausgeschlossen, obwohl keine Burgen oder Herrenhöfe erhalten seien, "wie sie uns etwa als Relikte der Keltenherrschaft auf später germanischem Boden entgegentreten" (ebenda). Und schließlich heißt es: "Feudalismus kann sehr verschiedenes Niveau haben und sich in prachtvollen Kaiserpaläzen oder ärmlichen Rittergütern präsentieren. Dennoch läßt sich für Kelten und Germanen ein großräumiger Feudalismus vermuten, der vor dem Einsetzen unserer Quellen liegt" (III, S. 12). Mit anderen Worten: Hier werden, durch Äußerlichkeiten angeregt, Kaiserpaläzen und kretisch-mykenische Paläste ebenso zu einer "Struktur" gezählt, wie ein Vergleich zwischen den Abhängigkeitsformen in einer orientalischen Despotie und denen im frühen römischen Pa-

tronat gleichsam suggeriert wird. Es erübrigt sich, darauf einzugehen, daß Informationen über die Herkunft der frühen römischen Plebejer alles andere als gesichert sind, worauf der Autor hätte hinweisen müssen. Leider ist es auch unergiebig, auf die Odyssee zu verweisen, wo eine während der Abwesenheit des Odysseus einberufene "Volksversammlung" ganz und gar keine Möglichkeit zuläßt, sie etwa mit einer germanischen Heeresversammlung am Vorabend der Völkerwanderung zu vergleichen. Offenbar interessieren den Autor solche Quellaussagen nicht. Spätestens seit den Arbeiten Diesners über die Vandalen ist doch auch die These überholt, wonach die relative Kurzlebigkeit des Vandalenreiches in Nordafrika dadurch verursacht worden sei, daß man nicht "zu einer Symbiose mit den römischen Grundbesitzern und den Landarbeitern gefunden" hatte und sich statt dessen in See- und Raubkriegen verzettelte.

Schleraths Darstellungen, im Untertitel: "Das Problem der Expansion eines Volkes im Lichte seiner sozialen Struktur", sind mit den zitierten Abschnitten, was die Wirtschafts- und Sozialgeschichte angeht, nahezu erschöpft. Sie werden ihr, wie die Beispiele gezeigt haben dürften, schwerlich gerecht. Ein Blick auf die benutzte Literatur, die keine einzige einschlägige bürgerliche Wirtschaftsgeschichtsdarstellung, geschweige eine solche aus sozialistischen Ländern, aufweist, kann diesen Eindruck leider nur unterstreichen. So sucht man zum Beispiel das hier besprochene Heft "Orientalische Geschichte von Kyros bis Mohammed, Lieferung 1 A: Ägypten" dort vergebens. Doch selbst Westermann oder Rostovtzeff wurden vom Verfasser nicht herangezogen, ebenso nicht Helck, um nur die allerbesten bürgerlichen Gelehrten zu nennen - von Westermann wird lediglich ein Zeitschriftenaufsatz über den Präfekten Valerius Eudaemon aufgeführt. Anders zu bewerten ist das Verzeichnis "Ausgewählte Literatur" (I, S. 554 f.) bei Seyfarth. Sicher wird man auch hier manche Werke vermissen, doch kam es dem Autor offensichtlich darauf an, für den interessierten Laien Titel zusammenzustellen, die er in den Bibliotheken der DDR bei Bedarf auch erreichen kann. Dieser Versuch muß als gelungen gewertet werden. Überhaupt muß auch an dieser Stelle dem Autor wie dem Verlag dafür gedankt werden, daß sie sich der schwierigen Aufgabe unterzogen haben, eine populärwissenschaftliche Darstellung der römischen Kaiserzeit zu veröffentlichen. Die Tatsache, daß die beiden Bände so rasch vergriffen waren, spricht für sich. Der Wert dieser Veröffentlichung bleibt unberührt davon, daß der Rezensent nicht mit dieser oder jener Einzelheit übereinstimmen kann - bei einem Text von 537 Seiten wird es kaum anders sein. Das trifft namentlich auf einige Details zu, die hier noch als Nachtrag angemerkt werden sollen. So fragt sich der Leser, weshalb bei Gedankenentlehnungen von Arbeiten bürgerlicher Historiker Verfasser und (meistens) Werk angegeben werden, während stets nur die Rede von "den sowjetischen Althistorikern" ist (so zum Beispiel I, S. 230). Vor anachronistischen Parallelen sollte größere Vorsicht bewahren. Wem dient beispielsweise der konstruierte Gegenwartsbezug, daß das römische Machtstreben "sich nicht wesentlich anders zeigte als der heutige Imperialismus des Monopolkapitals" (I, S. 171), oder eine Abschweifung ins Ahistorische wie diese: "Tacitus wertet dies als Zeichen eines schlechten Gewissens Domitians und äußert eine noch heute gültige Sentenz in diesem Zusammenhang: Der Natur des Menschen ist es eigen, den zu hassen, den man beleidigt hat" (ebenda). Seyfarth lehnt für den Prinzipat die Charakterisierung als "Militärdiktatur" ab, unter anderem, weil "sie doch einen heute auf ganz bestimmte Formen staatlicher Machtausübung angewandten und allgemein gebräuchlichen Begriff mit den Besonderheiten ... einer längst vergangenen Zeit" verbinde (I, S. 349). Man wird über diesen Standpunkt nicht richten wollen. Doch wie erstaunt wird zumindest der Alt-



historiker sein, wenn er auf Seite 361 liest: "Die Laufbahn eines Diokletian oder Maximian ... ist der Karriere manchen modernen Diktators vergleichbar ..." -

Daß Kaiser Marc Aurel nach seinen Erfolgen über Sarmaten und Quaden die Errichtung zweier neuer Provinzen plante, ist als These so alt wie in der Literatur umstritten (I, S. 210, 212). Sie ist ebensowenig gesichert, wie es wahrscheinlich ist, daß Septimius Severus dem ohnmächtigen Partherreich unter Vologases IV. nach seinem zweiten Feldzug, der ihn immerhin Ktesiphon erreichen ließ, einen Teil Armeniens abgetreten hätte (I, S. 242). Daß im alten Iran eine Begrüßung des Herrschers durch Fußfall vorgenommen wurde (I, S. 265), ist neuerdings nicht mehr als unumstößliche Tatsache darstellbar; ebenso spricht wenig dafür, daß der junge Sassanidenstaat an eine förmliche Ausrottung der vorherigen Dynastie dachte (I, S. 264). Ferner läßt sich die iranische Reaktion der Sassaniden gegen den parthischen Hellenismus schwerlich beweisen (I, S. 264). Eine solche Gegenüberstellung verkennt zudem, daß eine derartige "iranische Reaktion", sollte es sie gegeben haben, spätestens seit der Mitte des 1. Jahrhunderts in Parthien begann. - Warum wird eigentlich der letzte Arsakide, Artabanos V., als Ardewan bezeichnet, während man Artabanos III. unter seinem irano-graekischen Namen führt (I, S. 264 bzw. 230 f.)? Der "Hungerstreik" der Julia Domnia ist wohl eine Entlehnung aus dem Geschehen der Gegenwart (I, S. 242). Völlig unverstündlich erscheint es, daß Heliogabal durch die Beseitigung des Macrinus den Ruhm erworben haben soll, den Tod seines Vaters gerächt zu haben - was allerdings Fiktion war - (I, S. 260), daß er und sein Nachfolger Severus Alexander mit dem Hause der Severer nicht verwandt gewesen seien (I, S. 261), obwohl doch Severus Alexander über seine Großmutter mit Caracalla, dem Sohn des Septimius Severus, verwandt war (I, S. 262).

Hier scheint - wie übrigens auch an anderen Stellen - der Genealogie etwas verwirrend viel Raum beigemessen worden zu sein, die doch historisch weit weniger bedeutsam ist, als uns oft glauben gemacht wird (vergleiche die Stammtafeln I, S. 535 f.). Auch in anderen Zusammenhängen werden relativ zweitrangige Faktoren aufgewertet. Nur noch ein Beispiel sei in diesem Zusammenhang angeführt, um zu zeigen, daß das von den Motiven der Gründung Konstantinopels oben genannte kein Einzelfall ist: "Jovian war Christ, wenigstens ein großer Gönner der christlichen Religion, und das war ausschlaggebend für seine Wahl" (I, S. 405). Wenige Zeilen vorher hatten wir zutreffend erfahren, daß seine Ernennung nur eine Notlösung war, da sich niemand unter den angesehenen Persönlichkeiten bereit fand, dieses Amt zu übernehmen (ebenda). Schwerlich war die Tetrarchie ein "grundlegender Schritt zur Neuordnung des Reiches" (so I, S. 365): Noch ihre Schöpfer erlebten ihren Grabgesang oder verstießen bewußt gegen sie. Wenn gesagt wird, das Byzantinische Reich habe unter Justinian I. seine erste Blütezeit erlebt (I, S. 517), so hätte im gleichen Atemzuge auch gesagt werden müssen, daß die Politik des gleichen Herrschers für den folgenden Niedergang mit verantwortlich gemacht werden muß. Seine die Mittel des Reiches völlig überbeanspruchenden Eroberungsvorhaben führten zu jenem Rückgang, den die Perser unter Chosraus II. dazu ausnutzen konnten, den asiatischen Teil des Byzantinischen Reiches zu überrollen, und 619 ging auch Ägypten für zehn Jahre verloren (II, S. 63 f.). - Ein letztes: Den Satz "Spanien wurde ein Teil des Kalifats" (I, S. 513) sollte man ergänzen: Nach dem Untergang der Westgotenherrschaft konnte sich lediglich in Asturien ein kleines Restreich halten. Von hier ging im Mittelalter die blutige Vertreibung der Mauren aus.

Ein Fazit: Drei ihrem Wesen nach unterschiedliche Bücher sollten besprochen werden. Ihre Aussagen zur Wirtschaftsgeschichte der römischen Kaiserzeit sind



daher auch unterschiedlich zu bewerten. Sicher mag das von ihrem Anliegen her zu begründen sein. Wir glauben jedoch, auch dargestellt zu haben, daß einige hierzu angeschnittene Fragen nicht recht glücklich gelöst worden sind.

Von den drei Arbeiten hat die von Seyfarth die verhältnismäßig stärkste wirtschaftshistorische Aussagekraft. Natürlich wollte auch Seyfarth "keine antike Wirtschaftsgeschichte ersetzen" (I. S. 13), zweifellos ließe sich manches anders interpretieren, doch zeigt gerade sein Buch, daß man auch dem Laien eine Vorstellung davon geben kann, wie die Menschen damals lebten und wer (nicht irgendeine abstrakte "Bevölkerung") durch seine Arbeit die Voraussetzungen dafür schuf, unter welchen Leiden und Entbehrungen sich das Leben damals abspielte, aber auch, welche Annehmlichkeiten es bieten konnte, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten gesellschaftlichen Stellung existierte. Dieses Bemühen um Realismus in der Erfassung der damaligen Gesellschaftsstruktur konnte man leider bei Volkmann nur mit Abstrichen, bei Visser und Schlerath jedoch kaum nachweisen, fast möchte man sagen, daß nicht einmal der Versuch in dieser Richtung unternommen wurde.

Dabei glauben wir generell feststellen zu können: Größere Zeiträume sind nicht umfassend darstellbar - und das wollten alle drei Werke für ihr Thema -, wenn man die Wirtschaftsgeschichte vernachlässigt, ihre Standardwerke nicht ausschöpft und zu zeit- und raumlosen anachronistischen (feudalen) Systemen Zuflucht nimmt. Damit sind wir wieder am Anfang unserer Betrachtung angelangt: Wenn der produzierende Mensch entscheidender Träger jeder historischen Entwicklung ist, wen, wenn nicht ihn, hat es dann Sinn in den Mittelpunkt der Darstellung zu stellen? Und wie soll das geschehen, wenn nicht konkret auf die jeweilige gesellschaftliche Situation und Position bezogen?

FORSCHUNGSBERICHTE

EINIGE BEMERKUNGEN ZUR ERFORSCHUNG UND DARSTELLUNG EINER  
GESCHICHTE DES TSCHECHOSLOWAKISCHEN EISENHÜTTENWESENS

von Zdeněk Jindra / Ernst Barth

Der Arbeitsausschuß für die Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens beim Technischökonomischen Forschungsinstitut der Hüttenindustrie hat mit der Vorbereitung einer marxistischen Synthese der Geschichte des Tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens begonnen. Abgesehen von einigen einleitenden Schritten unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Mitgliedes der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften František Pišek, hat die eigentliche organisatorische Arbeit im Jahre 1970 angefangen. Die Aufgabe war - im Rahmen des Fünfjahresplanes von 1970 bis 1975 - ein Bestandteil des staatlichen Programms der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der "Geschichte der Tschechoslowakei"; ihre Lösung wurde dem Technischökonomischen Forschungsinstitut der Hüttenindustrie in Prag anvertraut.

Zur Lösung dieser Aufgabe wurden eingesetzt:

1. ein Koordinierungsrat für die Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens. Die Mitglieder dieses Koordinierungsrates sind Vertreter des Förderativen Ministeriums für Hüttenwesen und Maschinenbau, der Hauptverwaltung des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens, des Institutes für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, des Historischen Institutes der Slowakischen Akademie der Wissenschaften sowie einige Historiker der Geschichte des Eisenhüttenwesens, Praktiker aus Betrieben und aus dem Bereich der Verwaltung. Auf einer jährlichen Sitzung wird der Jahresarbeitsplan genehmigt; dort werden auch die Arbeitsergebnisse für das verfllossene Jahr diskutiert.
2. ein Arbeitsausschuß für die Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens, der vom Koordinierungsrat (siehe unter 1.) ernannt wurde. Der Arbeitsausschuß - unter der Leitung von Dr. -Ing. Jaroslav Jičínský - besteht aus sieben Mitgliedern; er leitet und koordiniert die Tätigkeit zur Lösung der Forschungsaufgabe.
3. sechs Facharbeitsgruppen, davon eine für die ältere und fünf für die neuere Zeit (darunter für Hochofenbetrieb, Stahlerzeugung, Formung, Ökonomie und Produktionsorganisation sowie für Fragen der Lage und der Bewegung der Arbeiter),

In diesen Arbeitsgruppen, die auch mit externen Mitarbeitern arbeiten, liegt der Schwerpunkt der Aufgaben in der ersten Phase der Tätigkeit, die auch als vorbereitende Phase bezeichnet werden kann. Ihre Ziele sind

- interessierte Historiker sowie Praktiker zu erfassen,

- tschechoslowakisches sowie ausländisches Dokumentationsmaterial ausfindig zu machen,
- dieses Material in Spezialstudien auszuwerten und noch bestehende Lücken zu schließen.

Damit werden Voraussetzungen für eine zweite Bearbeitungsphase geschaffen, die im Rahmen des Fünfjahrplanes von 1976 bis 1980 beginnt, nämlich eine wissenschaftlich fundierte Synthese der Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens in drei Bänden zu schreiben. Der erste Band soll voraussichtlich 1980 zum Druck vorbereitet sein.

Das gesamte Werk wird Ergebnis einer Kollektivarbeit von Wirtschaftshistorikern, Betriebsarchivaren, Historikern der Arbeiterbewegung, Technikern und Ökonomen sein. Das Eisenhüttenwesen soll in all seiner Breite komplex beschrieben werden. Der technischen Entwicklung wird ungefähr die Hälfte des Platzes gewidmet werden; die Lage und die Bewegung der Arbeiter soll aber in Richtung zur Gegenwart in zunehmendem Maße berücksichtigt werden.

Chronologisch gesehen, wird das Werk die Zeit von den Anfängen der Eisenerzeugung bis zur Gegenwart umfassen. Der Inhalt verteilt sich auf die drei Bände wie folgt:

Band 1: Geschichte des tschechischen und slowakischen Eisenhüttenwesens bis zum Beginn der industriellen Revolution,

Band 2: Geschichte des tschechischen und slowakischen Eisenhüttenwesens seit der Zeit der industriellen Revolution bis zum Ende des Imperialismus in der Tschechoslowakei,

Band 3: Geschichte des Eisenhüttenwesens in der volksdemokratischen und sozialistischen Tschechoslowakei bis zur Gegenwart.

Bis zum Zeitpunkt 1917/18 soll die historische Entwicklung in den tschechischen Ländern (in Böhmen, Mähren und im tschechischen Teil von Schlesien)<sup>1</sup> sowie in der Slowakei getrennt beschrieben werden, wie das dem tatsächlichen (getrennten) historischen Entwicklungsprozeß entspricht. In der Periode, in der beide Territorien Teile der habsburgischen Monarchie waren, sollen die territorialen Zusammenhänge berücksichtigt werden. Für die Zeit nach 1918 wird die Bearbeitung der tschechischen und der slowakischen Problematik gemeinsam erfolgen; es werden jedoch einige spezifische Eigentümlichkeiten berücksichtigt, wie sie der neuen föderativen Umgestaltung Rechnung tragen.

In der vorbereiteten Phase, die jetzt zu Ende geht, sind die Mitarbeiter zu einer Reihe von positiven Arbeitsergebnissen gekommen: Erstens wurden in mehreren Diskussionen Periodisierung und Inhalt der einzelnen Bände, Abschnitte und Kapitel erarbeitet und festgelegt. Zweitens konnte festgelegt werden, daß es dem Arbeitsausschuß für die Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens gelungen ist, mehrere Studien ausarbeiten zu lassen. Es handelt sich dabei

1. um einleitende Rahmenstudien, von denen bisher 10 - in einem Umfang bis zu 80 Schreibmaschinenseiten - ausgearbeitet wurden, zum Beispiel über das alte tschechische Eisenhüttenwesen; des weiteren wurden angefertigt eine allgemeine Darstellung des Eisenhüttenwesens im Zeitraum von 1870 bis 1970, eine

1 Wir verstehen darunter den 1763 nach dem Siebenjährigen Krieg bei Österreich verbliebenen Rest von Schlesien um Troppau (tschech. Opava).

Darstellung der Entwicklung der Volkswirtschaft mit besonderer Berücksichtigung des Eisenhüttenwesens von 1830 bis zur Gegenwart sowie der Entwicklung des Eisenhüttenwesens in der Slowakei von den Anfängen bis 1918, eine einleitende Studie zur Geschichte der Hochöfen, Stahl- und Walzwerke sowie zur Lage und Bewegung der Eisenhüttenarbeiter usw. ;

- um detaillierte Studien zur Klärung spezifischer Probleme. Bisher wurden 70 derartiger Studien ausgearbeitet, und zwar für die ältere Zeit (Band 1) = 18 Studien mit etwa 850 Maschinenschriftseiten, für die neuere Zeit (Band 2 und 3) = mehr als 50 Studien für alle Bereiche (für die Roheisengewinnung = 5, für die Stahlerzeugung = 8, für die Formungs- und Walzprozesse = 12, für Ökonomie und Produktionsorganisation = 14, für Fragen der Arbeiterbewegung = 14) mit weiteren insgesamt etwa 1 050 Maschinenschriftseiten. 32 weitere Studien befinden sich im Stadium der Vorbereitung.

In einer Reihe von "Abhandlungen zur Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens" hat der genannte Arbeitsausschuß bereits einige ausgewählte Titel im Selbstverlag publiziert. Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Píšek, František, Paměti na Pražskou železářskou společnost (Erinnerungen an die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft) 1907 bis 1917, 112 Seiten,
- Kruliš, Ivo, Atlas vysokých pecí Kladenských železáren (Atlas der Hochöfen der Eisenwerke in Kladno), 98 Seiten,
- Pleiner, Radomír / Kořan, Jan, Přehled vývoje starého železářství v českých zemích (Überblick über die Entwicklung des alten Eisenwesens in den tschechischen Ländern), 61 Seiten,
- Kurfürst, Jiří, Československý železářský kartel 1921 - 46 (Tschechoslowakisches Eisenkartell 1921 - 1946), 101 Seiten,
- Kruliš, Ivo, Atlas vysokých pecí Třineckých železáren (Atlas der Hochöfen der Eisenwerke in Třinec), 99 Seiten,
- Retrospektivní statistika československého hutnictví železa (Retrospektive Statistik des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens), T. 1: České země před rokem 1918 (Die tschechischen Länder bis zum Jahr 1918) in 2 Lieferungen, 91 Seiten und tabellarische Übersichten. Der zweite Teil dieses Heftes, der dem Eisenhüttenwesen in der Slowakei gewidmet ist, befindet sich in Vorbereitung.
- Hofmann, Gustav, Výrobní vztahy v českém železářství do pol. 17 stol. (Produktionsbeziehungen im tschechischen Eisenhüttenwesen bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts), 112 Seiten.

Alle bisher erschienenen Hefte sind im Rotaprint-Verfahren hergestellt worden; sie enthalten Zusammenfassungen in russischer, deutscher und englischer Sprache.

Um eine Vorstellung von der Anlage der bisher erschienenen Hefte zu vermitteln, sei hier auf den in zwei Lieferungen herausgekommenen Teil 1 des 6. Heftes (České země před rokem 1918 von Retrospektivní statistika československého hutnictví železa) noch besonders eingegangen.

Dieses Heft stellt einen wesentlichen Beitrag zu einer Montanstatistik in den tschechischen Ländern und in der österreich-ungarischen Monarchie bis zum Jahre 1918 dar.

Wie die Autoren in ihrer Einleitung (Seite 7) hervorheben, gründet sich die Arbeit vor allem auf die österreichischen amtlichen Verwaltungs- und Montanstatistiken, teilweise auch auf Angaben der Hüttenarchive, und nur wenn dies im Einzelfall unbedingt notwendig war, wurden zur Ergänzung Informationen aus statistischen Quellen halbamtlichen oder privaten Ursprungs herangezogen. Von den reichhaltigen statistischen Daten, die regelmäßig in österreichischen Montanübersichten erschienen, wurden jene ausgewählt, die für die Quantifizierung der Entwicklungsgrundtendenzen und -prozesse des Untersuchungsgegenstandes besonders aufschlußreich sind.

Bei den Tabellen, die durch ihre russischen, deutschen und englischen Titel bzw. Anmerkungen jedem Forscher leicht zugänglich sind, handelt es sich in einem dem beschreibenden beigegebenen zweiten, mit "Tabulky" überschriebenen Heft um folgende<sup>2</sup>:

1. Eisenerzgewinnung in den tschechischen Ländern in den Jahren 1851 bis 1918 (Förderung in Tonnen, Wert der Förderung, Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Durchschnittspreis pro Zentner, getrennt für Böhmen, Mähren und den tschechischen Teil Schlesiens);
2. Eisenerzeinfuhr in die tschechischen Länder aus dem Ausland und aus anderen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Jahren 1875 bis 1918 (Gesamteinfuhr in Tonnen, davon aus Bayern, Schweden, Steiermark und Ungarn);
3. Gesamtverbrauch von Eisenerz in den tschechischen Ländern in den Jahren 1875 bis 1918;
4. Roheisenerzeugung in den tschechischen Ländern in den Jahren 1823 bis 1850 (einschließlich Frisch- und Gußroheisen in Tonnen);
5. Roheisenerzeugung in den tschechischen Ländern in den Jahren 1851 bis 1918 (Gesamtproduktion der tschechischen Länder). Diese mehrfach untergliederte Tabelle enthält für die einzelnen Jahre Angaben über die Anzahl der Werke insgesamt und die in Betrieb befindlichen Werke, die Zahl der Arbeiter, die Zahl der Hochöfen insgesamt und der in Betrieb befindlichen Hochöfen, die Auslastungsdauer der Hochöfen in Wochen pro Stichjahr, die Frischroheisenerzeugung in Tonnen, den Wert des Frischroheisens, den Anteil der Frischroheisenerzeugung an der Produktion Zisleithaniens<sup>3</sup> in Prozent, die Gußroheisenproduktion in Tonnen, den Wert des produzierten Gußroheisens, den Anteil der Gußroheisenerzeugung an der Produktion Zisleithaniens in Prozent, die Gesamterzeugung von Roheisen in Tonnen, den Gesamtwert der Roheisenerzeugung und den Anteil der Roheisenerzeugung an der Produktion Zisleithaniens in Prozent. Der Tabelle 5 schließen sich ähnlich gegliederte Untertabellen an: 5a (für Böhmen), 5b (für Mähren) und 5c (für den tschechischen Teil Schlesiens).
6. Roheisenerzeugung in Zisleithanien in den Jahren 1851 bis 1918 (Angaben über die Anzahl der Werke, der Arbeiter, der Hochöfen, der Tonnenleistung und ähnliche Informationen);

<sup>2</sup> Der Einfachheit halber wird hier nur der deutsche Text wiedergegeben.

<sup>3</sup> Zisleithanien (auch Cisleithanien), im Gegensatz zu Transleithanien, ist seit 1867 der Name für die Gesamtheit der im österreichischen Reichsrat verbliebenen Kronländer der Monarchie Österreich-Ungarn.



7. Anteil der Kokshochöfen an der Erzeugung von Roheisen in den tschechischen Ländern in den Jahren 1841 bis 1910 (in Prozent, gesondert aufgeführt für Böhmen, Mähren und den tschechischen Teil Schlesiens);
8. Zahl der Arbeiter der Hüttenbetriebe in den tschechischen Ländern in den Jahren 1880 bis 1910. Hier erfolgt eine gesonderte Aufstellung der Anzahl der Meister und Arbeiter für Böhmen, Mähren und den tschechischen Teil Schlesiens;
9. Erzeugung, Ein- und Ausfuhr sowie Gesamtverbrauch von Roheisen in der österreichischen Monarchie in den Jahren 1831 bis 1884;
10. Ein- und Ausfuhr von Roheisen und Produkten der ersten Verarbeitungsstufe (Halbzeugen) in der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Jahren 1891 bis 1901;
11. Roheisenerzeugung der Welt in den Jahren 1800 bis 1913 (in 1000 Tonnen).

In einer Beilage werden noch zwei Tabellen aufgeführt, in der nur Angaben aus Betriebsarchiven über die Kriegsjahre 1914 bis 1918 enthalten sind, da die amtlichen Statistiken über diese Zeit Lücken aufweisen:

1. Einfuhr und Verbrauch von Eisenerz in Hüttenwerken der tschechischen Länder in den Jahren 1914 bis 1918 (mit gesondert aufgeführten Angaben über die Einfuhren aus der Steiermark, aus Ungarn, Bayern und Schweden sowie den Verbrauch einzelner tschechischer Hüttenwerke),
2. Roheisenerzeugung in den Hüttenwerken der tschechischen Länder in den Jahren 1914 bis 1918.

In jeder Tabelle sind Angaben, die auf einer besonderen Ermittlungsgrundlage entstanden, durch Anmerkungen besonders kenntlich gemacht.

Wir geben nunmehr eine der in Heft 6 zusammengestellten Tabellen in einer ins Deutsche übersetzten Fassung vollständig wieder, um erstens einen detaillierten Einblick in das Wesen und die Aussagekraft dieses kleinen, aber sehr nützlichen Heftes zu vermitteln und um zweitens die Entwicklung einer der wichtigsten technologischen Umwälzungen in der Periode der industriellen Revolution auf dem Gebiet des tschechischen Eisenhüttenwesens zu zeigen<sup>4</sup>:

- 4 Über die Durchsetzung der industriellen Revolution im böhmischen Eisenhüttenwesen liegen bereits mehrere Arbeiten tschechoslowakischer Historiker vor. Für besonders erwähnenswert halten wir von Purš, Jaroslav, *Prumyslová revoluce v českých zemích* (Industrielle Revolution in den tschechischen Ländern), Prag 1960; derselbe, *The Industrial Revolution in the Czech Lands*, in: *Historica*, Bd. 2, Prag 1960, S. 183 ff.; Kořan, Jan, *Technická revoluce v železářství v českých zemích* (Technische Revolution im Eisenhüttenwesen in den tschechischen Ländern), in: *Sborník pro dějiny přírodních věd a techniky*, Nr. 10/1965, S. 33 ff.; Jeníček, Ladislav / Kruliš, Ivo, *British inventions of the Industrial Revolution in the Iron and Steel Industry on Czechoslovak Territory*, Prag 1968, 97 S.; Myška, Milan, *Die mährisch-schlesische Eisenindustrie in der Industriellen Revolution*, Prag 1970, 182 S.; Kreps, Miloš, *Technický vývoj železářství českých zemí v poslední fázi výroby svárkového železa* (Die technische Entwicklung des tschechischen Eisenhüttenwesens in der letzten Phase der Schweißisenerzeugung), in: *Rozpravy Národního technického musea*, Bd. 54, Prag 1972, 135 S.

Tabelle 7

Anteil der Kokshochöfen an der Erzeugung von Roheisen in den tschechischen Ländern in den Jahren 1841 bis 1910

(in %)

Jahr	Böhmen	Mähren	Schlesien (tschechischer Teil)
1841	0,0		11,5
1845	0,0		20,1
1851	0,0		21,3
1855	5,2		-
1857	-		24,7
1858	-		25,6
1860	29,5		-
1865	27,2		33,0
1870	33,3		-
1871	-		33,0
1872	-		34,7
1873	-		53,7
1874	-		62,8
1875	37,7		66,4
1876	-		51,6
1877	-		40,7
1878	-		64,1
1879	-		71,2
1880	83,8		78,8
1885	74,4	94,0	91,0
1890	80,8	95,0	75,4
1895	96,0	98,0	93,4
1900	94,6	98,0	95,0
1905	95,9	99,0	98,0
1910	98,7	100,0	100,0

Man ersieht aus dieser Tabelle, daß die Verwendung von Koks bei der Roheisen-erzeugung in Mähren und Schlesien früher einsetzte als in Böhmen. Insgesamt gesehen, ist dieser Prozeß langsamer vonstatten gegangen als zum Beispiel in Deutschland.

Durch die Darstellung dieser vom Arbeitsausschuß für die Geschichte des tschechoslowakischen Eisenhüttenwesens beim Technischökonomischen Forschungsinstitut der Hüttenindustrie erzielten Ergebnisse sollte auch der Wirtschaftsgeschichtsforschung in allgemeinen ein Anreiz gegeben werden, sich - etwa bei der Erforschung der Geschichte der Eisenerzgewinnung auf dem Gebiet der DDR - in verstärktem Maße quantitativer Methoden zu bedienen.

Als positive Beispiele für die Verwendung statistischer Methoden seien besonders Arbeiten von Jürgen Kuczynski<sup>5</sup> und Hans Mottek<sup>6</sup> genannt. Unterbürgerlichen Wirtschaftshistorikern auf dem Gebiet der Darstellung der Geschichte der deutschen

5 U. a. in seinem Werk "Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", Berlin 1960 ff.

6 Mottek, Hans, Die Gründerkrise. Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, S. 51 ff.

Eisenindustrie ist besonders Hans Marchand<sup>7</sup> hervorgetreten. Statistischer Methoden auf dem Gebiet der Krisentheorie hat sich unter anderem Arthur Spiethoff<sup>8</sup> bedient.

"Auf quantitative Methoden wird man" - so meinen wir: auch auf dem Gebiet der Montangeschichte - "in Zukunft schon deswegen nicht verzichten können, weil beträchtliches Quellenmaterial mehr und mehr aus Zahl, Lochkarten, Computertabellen und -programmen bestehen wird"<sup>9</sup>.

(S. bis 10, April 1976 in Reading)

Die Association Internationale des Musées d'Agriculture (AIMA), ein internationales Fachkomitee der UNESCO-Organisation (COM international Council of Museums) ist 1958 auf Initiative von Agrarhistorikern, Agrarmuseologen und Ethnologen aus der CSSR, aus der VR Ungarn und aus der DDR gegründet worden. Heute umfasst die AIMA Vertreter aus über zwanzig Staaten in Europa, Asien und Amerika. Die Vereinigung hat bisher vier internationale Kongresse abgehalten: 1956 in der CSSR, 1969 in der BRD, 1971 in der VR Ungarn, 1976 in England. Der fünfte Kongress wird 1978 in der DDR veranstaltet. Die AIMA gibt in ihrer Folge die Zeitschrift Acta Museorum Agrariorum (AMA) heraus, die von der tschechoslowakischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gedruckt wird. Bisher sind sechs Hefte erschienen. Darüber hinaus sind einige Kongressberichte in anderen Fachzeitschriften publiziert worden.

Das Anliegen der AIM besteht darin, interdisziplinäre agrarhistorische Forschung zu fördern und deren Ergebnisse in die agrarmuseologische Darstellung einfließen zu lassen. Es ist also nicht die ausschließliche Aufgabe der Association, eigene eigene Forschung zu betreiben, sondern diese vielmehr für die Agrarmuseen und deren gewachsene didaktische Anforderungen anzuwenden zu machen. Damit verfolgt die AIMA auch das Ziel, die Einsseitigkeit bisheriger vielfach bei örtlichen Agrarmuseen und Agrarparcs gerichtete Mitteilungen zu vermeiden und sich nicht allein mit den historischen Problemen der Kapitalisierung der Landwirtschaft zu beschäftigen, sondern um Beiträge auch die Problematik der Entwicklung in der sozialistischen und späteren deutschen Landwirtschaft mit allen ihren gesellschaftlichen und kulturellen Forderungen zu berücksichtigen und entsprechende Ausstellungen in den Agrarmuseen zu stimulieren.

Die Entwicklung der AIMA-Kongresse zeigt, daß um diese erweiterte Zielstellung gegangen werden mußte, und erst mit der 1976 in England veranstalteten

- 7 Marchand, Hans, Säkularstatistik der deutschen Eisenindustrie, Diss. Köln/ Essen 1939 (151 S., gedr.). - Gerade diese Arbeit hat dazu angeregt, eine für das tschechoslowakische Eisenhüttenwesen geeignete historische Statistik zu erarbeiten.
- 8 Spiethoff, Arthur, Die wirtschaftlichen Wechsellagen, Bd. 1: Erklärende Beschreibung, Tübingen/Zürich 1955, Bd. 2: Lange statistische Reihen, Tübingen/Zürich 1955.
- 9 Engelberg, Ernst, Ereignis, Struktur und Entwicklung in der Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1975, S. 623.

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

### DER EINFLUSS DER INDUSTRIALISIERUNG AUF DIE LANDWIRTSCHAFT SEIT 1800

(5. bis 10. April 1976 in Reading)

Die Association Internationale des Musées d'Agriculture (AIMA), ein internationales Fachkomitee der UNESCO-Organisation ICOM (International Council of Museums) ist 1966 auf Initiative von Agrarhistorikern, Agrarmuseologen und Ethnologen aus der ČSSR, aus der VR Ungarn und aus der DDR gegründet worden. Heute umfaßt die AIMA Vertreter aus über zwanzig Staaten in Europa, Asien und Amerika. Die Vereinigung hat bisher vier internationale Kongresse abgehalten: 1966 in der ČSSR, 1969 in der BRD, 1971 in der VR Ungarn, 1976 in England. Der fünfte Kongreß wird 1978 in der DDR veranstaltet. Die AIMA gibt in loser Folge die Zeitschrift *Acta Museorum Agriculturae* (AMA) heraus, die von der tschechoslowakischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gedruckt wird. Bisher sind zehn Hefte erschienen. Darüber hinaus sind einige Kongreßberichte in anderen Fachzeitschriften publiziert worden.

Das Anliegen der AIMA besteht darin, eine komplexe, interdisziplinäre agrarhistorische Forschung zu fördern und deren Ergebnisse in die agrarmuseologische Darstellung einfließen zu lassen. Es ist also nicht die ausschließliche Aufgabe der Assoziation, sogenannte reine Forschung zu betreiben, sondern diese vielmehr für die Agrarmuseen und deren gewachsene didaktische Anforderungen anwendbar zu machen. Damit verfolgt die AIMA auch das Ziel, die Einseitigkeit bisheriger vielfach auf urtümliche Agrartechniken und Agrargeräte gerichtete Untersuchungen zu vermeiden und sich nicht allein mit den historischen Perioden vor der Kapitalisierung der Landwirtschaft zu beschäftigen, sondern zum Beispiel auch die Problematik der Entwicklung in der sozialistischen und spätkapitalistischen Landwirtschaft mit allen ihren gesellschaftlichen und kulturellen Folgerungen zu berücksichtigen und entsprechende Ausstellungen in den Agrarmuseen zu stimulieren.

Die Entwicklung der AIMA-Kongresse zeigt, daß um diese erweiterte Zielstellung gerungen werden mußte, und erst mit der 1976 in England veranstalteten vierten Tagung ist es gelungen, ein für alle Teilnehmer verbindliches Generalthema durchzusetzen, indem der "Einfluß der Industrialisierung auf die traditionelle Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft seit 1800" zur Debatte stand. Es war hier also nicht mehr vorwiegend die Rede von archaischen Holzpflügen bzw. der Typologie vorindustrieller Handarbeitsgeräte, sondern vom Einfluß der Maschinen bzw. der kapitalistischen Mechanisierung auf die Arbeits- und Lebensweise der Agrarproduzenten, von der Umwandlung der traditionellen, bäuerlich bestimmten Dorfgemeinschaft in eine auch Industriearbeiter und andere soziale Schichten umfassende dörfliche Wohngemeinde usw. Was diesen Kongreß auszeichnete, war im wesentlichen also auch die Tatsache, daß erstmals der in der

Landwirtschaft tätige Mensch als das wichtigste Element der agraren Produktivkräfte mit in das Blickfeld gerückt wurde.

Als Vertreter der DDR nahmen an diesem vierten Kongreß der AIMA Gerhard Heitz und Wolfgang Jacobeit teil. Im ganzen waren 56 Teilnehmer aus 21 Ländern vertreten.

Das Generalthema wurde in folgenden Sektionen abgehandelt:

1. Der Einfluß der Industrialisierung auf die landwirtschaftliche Methodik
2. Die soziale und ökonomische Wirkung der Industrialisierung auf das dörfliche und bäuerliche Gemeinwesen
3. Landwirtschaftliche Werkzeuge, Geräte und Maschinen
4. Landwirtschaftswissenschaft, Ausbildung sowie technische Dienste
5. Ernährungsveränderungen und der wachsende Marktbedarf für landwirtschaftliche Produkte
6. Technische und ökonomische Entwicklung der landwirtschaftlichen Dienstleistung, der Weiterverarbeitung und der Industrie
7. Die Rolle der Museen bei der Repräsentation und Interpretation der industrialisierten Landwirtschaft.

Zum Kongreßthema wurden folgende Plenarvorträge gehalten:

D. B. Grigg (Großbritannien) "Industrialisierung und Weltlandwirtschaft seit 1800", Iván Balassa (VR Ungarn) "Der Übergang von traditionellen zu fabrikmäßig produzierten Geräten in der europäischen Landwirtschaft", Peter Gunst (VR Ungarn) "Der Einfluß der Industrialisierung auf die ost- und westeuropäische Landwirtschaft während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in vergleichender Sicht", Wolfgang Jacobeit (DDR) "Der soziokulturelle und sozioökonomische Einfluß der Industrialisierung auf die Bauernschaft Zentraleuropas", E. L. Hawes (USA) "Historische Farmen in ihrer musealen Funktion - Neue Aspekte für Forschung und Auswertung", John W. Y. Higgs (Großbritannien) "Die Rolle der landwirtschaftlichen Museen in entwickelten und unterentwickelten Ländern".

Fast alle Referenten bemühten sich, die Komplexität der agrarischen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert sichtbar zu machen, nicht im Faktologischen hängen zu bleiben und auch den gesellschaftlichen Wechselwirkungen nachzuspüren. Sie lösten damit anhaltende und interessante Diskussionen aus.

Wenn die eigentliche Museumssektion im Gegensatz zu den übrigen sechs agrarhistorisch-ethnographisch-kulturhistorischen Themengruppen auch relativ klein war, so zeigte sie in ihren Beiträgen - im Gegensatz zu früheren Kongressen der AIMA - eine höhere Qualität und ließ die Tendenz einer interdisziplinär angelegten Agrarmuseologie eindeutig erkennen. Freilich muß hier auch erwähnt werden, daß die Interpretation der gesellschaftlichen Stellung und Aufgaben der Museen im allgemeinen und die der Agrarmuseen im besonderen zu einigen prinzipiellen, kontroversen Diskussionen Anlaß gab.

R. Togni (Italien) hob den in Italien weit verbreiteten Wunsch hervor, landwirtschaftlich-ethnographische Museen und Sammlungen einzurichten, die dem wachsenden Bedürfnis nach Kenntnis der Heimatgeschichte entsprechen. Der Bericht von E. Scourfield (Großbritannien) zur "Interpretation der Geschichte landwirtschaftlicher Methoden in Wales, erläutert an Hand der Ausstellung im Welsh Folk-museum St. Fagans", gab gute Gelegenheit zur Diskussion der Gesamtproblematik von Ausstellungen zur Entwicklung der Landwirtschaft, wie sie in St. Fagans gut gelöst zu sein scheint, besonders im Hinblick auf Selektion und Darstellung entwicklungsbestimmender Sachzeugen und deren Konfrontation mit gezielt erfaßtem dokumentarischem Bildmaterial.

Die Generalversammlung der AIMA wählte Wolfgang Jacobeit (DDR) zu ihrem neuen Präsidenten und nahm die Einladung der DDR-Delegation an, den fünften



Kongreß 1978 in Neubrandenburg zu veranstalten. Das Generalthema dieser Zusammenkunft ist als Arbeitstitel wie folgt formuliert worden: "Die Rolle der agrarhistorischen Museen bei der Interpretation der technischen und sozialen Entwicklung in der Landwirtschaft". Mit diesem Thema wird bewußt auf die wachsende Bedeutung des Museums als Kommunikationsmedium und Lehrinstitution Bezug genommen, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß auf dem Kongreß auch wieder Forschungsprobleme erörtert werden, die diesmal jedoch mehr den Agrarproblemen der Gegenwart gewidmet sein sollen. Wir hoffen, daß wir durch geeignete museale Beispiele in der DDR - gedacht ist vor allem an das Agrarhistorische Museum in Alt-Schwerin sowie an das Museum der agraren Produktivkräfte Wandlitz - den Kongreßgästen ein Beispiel der Umsetzung und Interpretation landwirtschaftlicher Gegenwartsproblematik als museales Bildungsanliegen vermitteln können.

Quellen  
und Materialien

Wolfgang Jacobeit

# *Quellen und Materialien*

## ZWEI SCHLÜSSELDOKUMENTE ZUR FASCHISTISCHEN "AUFTEILUNG DER EUROPÄISCHEN ALUMINIUMINDUSTRIE"

von Fritz Petrick

Am 4. September 1940 äußerte der Generaldirektor und Vorstandsvorsitzer der Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Ludger Westrick, in einem Schreiben an den Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Generalleutnant Hermann von Hanneken, den Wunsch: "Wenn ... eine Neuregelung in den Besitzverhältnissen der bisher größtenteils den Feindmächten gehörigen norwegischen Aluminiumindustrie, oder auch der schweizerischen Aluminiumindustrie in die Wege geleitet wird, oder aber wenn sich der wirtschaftliche Zusammenschluß dieser Länder mit der großdeutschen Wirtschaft anbahnt, so bitten wir darum, die deutsche Aluminiumindustrie in Ansehung ihrer Verdienste der letzten Jahre unbedingt und in erster Linie berücksichtigen zu wollen."<sup>1</sup>

Bekanntlich wurden Wünsche dieser Art damals nicht nur für die VAW vorgetragen. Nach der faschistischen Okkupation Dänemarks und Norwegens, der Benelux-Staaten und großer Teile Frankreichs stellten die Büros führender deutscher Konzerne ganze "Wunschprogramme" für die Gestaltung der "europäischen Großraumwirtschaft" unter der Vorherrschaft des faschistischen deutschen Imperialismus auf.<sup>2</sup>

Im vorliegenden Fall ist höchstens zu vermerken, daß Hanneken, dem die Einsetzung von "Treuändern" für Industriebetriebe in den okkupierten Gebieten oblag und dem deshalb eine Vielzahl solcher Wünsche unterbreitet wurde, Mitglied des

1 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), Reichswirtschaftsministerium (im folgenden: RWM), Nr. 11 709, Bl. 133; faksimilierte Wiedergabe in Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Berlin 1965, Tafel 13.

2 Vgl. Anatomie des Krieges, Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Anatomie der Aggression, Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hg. u. eingel. v. Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin 1972; Griff nach Südosteuropa, Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann, Berlin 1973; Weltherrschaft im Visier, Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler, Berlin 1975.

Aufsichtsrates der VAW war. Außer der VAW, die damals über rund 70 Prozent der deutschen Aluminiumproduktion verfügte, gab es in Deutschland nur noch zwei Aluminiumproduzenten: die von der Metallgesellschaft und dem IG-Farben-Konzern gemeinsam betriebene Aluminiumwerk Bitterfeld GmbH und ein Werk in Rheinfelden, das der Aluminium Industrie AG, Neuhausen/Schweiz, gehörte. Mit Ausnahme dieses Werkes, das der schweizerische Konzern unmittelbar vor der Jahrhundertwende errichtet hatte, war die deutsche Aluminiumindustrie erst während des ersten Weltkrieges entstanden, als der Bedarf an Aluminium in Deutschland sprunghaft anwuchs und die Versorgung aus dem Ausland weitgehend blockiert war. Im Auftrage und nicht zuletzt auf Kosten des Reiches errichteten die chemischen Fabriken Griesheim Elektron und Gebrüder Giulini sowie die Metallgesellschaft und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk mehrere Aluminiumwerke, die nach dem Kriege mit einer Ausnahme - Bitterfeld - zur VAW zusammengefaßt wurden. Seit 1923 war die VAW der Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag) angeschlossen, einer Holdinggesellschaft, deren Kapital das Reichsfinanzministerium verwaltete.<sup>3</sup>

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges waren im Aufsichtsrat der VAW das Reichswirtschaftsministerium durch Hanneken und den Staatssekretär Hans Posse, das Reichsluftfahrtministerium durch den Leiter seiner Finanzabteilung Alois Cejka und das Oberkommando der Wehrmacht durch den Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, Generalleutnant Georg Thomas, vertreten.<sup>4</sup> Dominierenden Einfluß auf die VAW hatten führende Kreise des deutschen Finanzkapitals, die vor allem mit der Dresdner Bank verbunden waren und seit Beginn der uneingeschränkten faschistischen Kriegsvorbereitungen eine sogenannte Tiefenrüstung befürwortet hatten, ohne sich damit durchsetzen zu können.<sup>5</sup> Jetzt - im September 1940 - forderten sie Berücksichtigung ihrer Expansionsinteressen bei der "Neuordnung Europas", dem ersten Schritt des faschistischen deutschen Imperialismus im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Soweit es dabei um die "Neuregelung in den Besitzverhältnissen der bisher größtenteils den Feindmächten gehörigen norwegischen Aluminiumindustrie" ging, war jedoch längst eine Vorentscheidung gefallen.

Am 9. April 1940 hatte der faschistische Überfall auf Norwegen begonnen. Die Kampfhandlungen waren noch in vollem Gange, als Heinrich Koppenberg, Generaldirektor und Vorstandsvorsitzer der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, am 18. April nach Oslo kam, um das norwegische Aluminium im Auftrage Görings für die faschistische Luftwaffe sicherzustellen.<sup>6</sup> Am 8. Mai hatte Göring dann einen internen "Führer-Erlass" erwirkt, nach dem "die in Norwegen befindlichen Aluminiumvorräte und die in Zukunft von der norwegischen Aluminiumindustrie erzeugten Aluminiummengen für die Durchführung des Beschaffungsprogrammes

3 Vgl. Rauch, Ernst, Geschichte der Hüttenaluminiumindustrie in der westlichen Welt, Düsseldorf 1962, passim.

4 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 46. Jg. 1941, Bd. 4, S. 4267.

5 Vgl. Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1933 - 1945, Bd. 1, Berlin 1969, S. 15 ff.

6 (Borge, Ole), Innberetning til Oslo Politikammer, Vedrørende AS Norsk Aluminium Company og Nordisk Aluminium Industri AS (Bericht für das Polizeigericht Oslo, Betreffend die AS Norsk Aluminium Company und die Nordisk Aluminium Industri AS), 10. 2. 1949 (hekt.), S. 13. - Nach einer anderen Angabe war Koppenberg bereits am 14. 4. 1940 in Oslo eingetroffen. (Vgl. Milward, Alan S., The Fascist Economy in Norway, Oxford 1972, S. 174.)

im Bereich des Generalluftzeugmeisters" Verwendung finden sollten. Und dieser, Generaloberst Ernst Udet, hatte daraufhin Koppenberg zum "Treuhandler für den Ankauf und den Transport der in Norwegen befindlichen Aluminiumvorräte und aller mit der Rohstoffversorgung und Weiterarbeit der norwegischen Aluminiumhütten zusammenhängenden Fragen" ernannt.<sup>7</sup>

Koppenberg kam ursprünglich von der Schwerindustrie - vom Flick-Konzern -, war aber als Flugzeugproduzent im Zusammenhang mit Fragen der Treibstoffherzeugung in engere Beziehungen zur chemischen Industrie getreten, und zwar zur Braunkohle-Benzin AG (Brabag) und damit zum IG-Farben-Konzern.<sup>8</sup> Welches Verhältnis zu dieser Zeit zwischen Koppenberg und der IG bestand, ist nicht sicher feststellbar. Klar zu erkennen ist jedoch, daß Koppenberg jede Einflußnahme der VAW auf die norwegische Aluminiumindustrie zu unterbinden suchte. Als Westrick Mitte Mai 1940 nach Oslo kam, um in dieser Richtung aktiv zu werden, stoppte ihn Koppenberg sofort und erfolgreich.<sup>9</sup> Koppenbergs Vollmachten wurden mit dem Vordringen der faschistischen Armeen ausgedehnt. Er war bevollmächtigt, in den Niederlanden und in Belgien alle verfügbaren Aluminiumvorräte und in den okkupierten Teilen Frankreichs auch die Produktionskapazitäten zu erfassen.<sup>10</sup> Die von Westrick im Juli 1940 für die VAW begonnenen Verhandlungen mit den Tonerde- und Aluminiumproduzenten im unbesetzten Teil Frankreichs wurden von ihm fortgeführt und Anfang September 1940 für Junkers zum Abschluß gebracht.<sup>11</sup>

Auf dem gewaltsam erschlossenen neuen Feld des Konkurrenzkampfes kollidierten Interessen verschiedener Führungsgruppen des deutschen Finanzkapitals. Koordinierende Maßnahmen wurden sehr schnell und immer wieder erforderlich, da alle Versuche einer staatsmonopolistischen Regulierung der Beuteverteilung die kapitalistische Konkurrenz nicht aufzuheben vermochten. Die Auseinandersetzungen um die Aufteilung der europäischen und insbesondere der sowjetischen Aluminiumkapazitäten sowie die Versuche, diese Auseinandersetzungen zu regeln, werden durch zwei der Forschung nicht ganz unbekannte, hier aber erstmals im vollen Wortlaut veröffentlichte Dokumente veranschaulicht.

Beim ersten Dokument handelt es sich um das als "Geheime Reichssache" gekennzeichnete Protokoll einer Sitzung, die am 23. Juni 1941 - einen Tag nach Beginn

7 Udet an Koppenberg, 10. 5. 1940, zit. nach Loock, Hans-Dietrich, Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970, S. 473.

8 Vgl. Birkenfeld, Wolfgang, Der synthetische Treibstoff 1933 - 1945, Göttingen/(West-)Berlin/Frankfurt (Main) 1964, S. 40 ff.

9 Innberetning til Oslo Politikammer, a. a. O., S. 14 ff.; vgl. auch Skodvin, Magne, Striden om okkupasjonsstyret i Norge fram til 25. September 1940 (Der Streit um das Okkupationsregime in Norwegen bis zum 25. 9. 1940), Oslo 1956, S. 251.

10 ZStA, IG-Farben-Prozeß, Filmsammlung, Film 420/607, Dok. NI-8146, Bl. 110, Mayer-Wegelin an Bürgin, Haefliger, Meyer-Küster und Ziegler, 29. 8. 1941; vgl. auch Milward, Alan S., a. a. O., S. 175 f.; Loock, Hans-Dietrich, a. a. O., S. 474.

11 Vgl. Raubaum, Jörg, Die Entwicklung der Kollaboration zwischen den deutschen und französischen Monopolen in einigen wichtigen Industriezweigen und der Raub von französischen Unternehmen und Beteiligungen durch deutsche Konzerne in der ersten Periode der faschistischen Okkupation (Juni 1940 bis Juli 1941), Diss. Berlin 1967, S. 36 ff.; Milward, Alan S., The New Order and the French Economy, Oxford 1970, S. 86 ff.



des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion - im Stabsamt stattgefunden hat. Unter dem Vorsitz Görings nahmen daran teil: Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk, die Staatssekretäre Fritz Berger (Reichsfinanzministerium), Paul Körner (Görings Stellvertreter in dessen Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan), Friedrich Landfried (Reichswirtschaftsministerium), Generalfeldmarschall Erhard Milch (Reichsluftfahrtministerium) und Erich Neumann (Chef des Stabsamtes des Vierjahresplans), der "Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete" Josef Terboven, Wilhelm Moschel und Carl Krauch von der IG - letzterer in seiner Eigenschaft als Leiter der "Reichsstelle für Wirtschaftsausbau" -, Koppenberg, Westrick, Hanneken und Udet sowie zwei Beamte des Stabsamtes, von denen einer (Marotzke) das Protokoll ausgefertigt hat. Von den insgesamt acht verteilten Exemplaren erhielten je eines Schwerin-Krosigk, Körner, Landfried, Milch, Neumann, Terboven und Krauch; ein Exemplar verblieb im Stabsamt (Gritzbach). Das für Terboven bestimmte siebente Exemplar wird hier abgedruckt. A. S. Milward hat es im Riksarkiv Oslo aufgefunden, wo die erhalten gebliebenen Akten des "Reichskommissariats Norwegen" aufbewahrt werden, und in seinem Buch über die Wirtschaftspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im okkupierten Norwegen kurz zitiert und referiert.<sup>12</sup> Dabei hat er die Aussage des Dokuments so verstümmelt, daß er "weder die der westlichen Geschichtsschreibung gemeinsamen beruhigend-liberalen Annahmen, daß es keine Verschwörung oder Interessengemeinschaft zwischen deutschen Wirtschaftskreisen und der nationalsozialistischen Regierung gegeben habe, noch die der östlichen Geschichtsschreibung gemeinsame Annahme, daß die faschistischen Regierungen nur der Ausdruck des Monopolkapitalismus seien"<sup>13</sup>, bestätigen mußte.

Beim zweiten Dokument handelt es sich ebenfalls um das Protokoll einer Sitzung, und zwar der Besprechung über die "Aufteilung der europäischen Interessengebiete auf die einzelnen Aluminium-Interessenten" beim Generalluftzeugmeister, das heißt bei Milch, der Udet Ende Oktober 1941 auf diesem Posten abgelöst hatte. Diese Besprechung fand am 4. Dezember 1941 statt - einen Tag bevor die Rote Armee bei Moskau eine Offensive eröffnete, in deren Verlauf die Wehrmacht ihre erste entscheidende Niederlage erlitt. Das Protokoll ist von einem Beamten des Reichsluftfahrtministeriums (Eichhorn) in einer bisher unbekanntem Anzahl von Exemplaren und in zwei Fassungen ausgefertigt worden. Von beiden Fassungen ist je ein Exemplar in den Akten des Reichswirtschaftsministeriums zu finden, die im Zentralen Staatsarchiv der DDR aufbewahrt werden.<sup>14</sup> Diese Exemplare sind Hanneken am 9. Dezember 1941 und am 10. Januar 1942 übersandt worden. Der Unterschied zwischen beiden Fassungen des Protokolls besteht vor allem darin, daß der Inhalt der Besprechung zu zwei Hauptpunkten in der zweiten Fassung wesentlich umfassender als in der ersten Fassung zum Ausdruck gebracht worden ist. Das betrifft die Interessen der VAW, wie sie von Westrick dargelegt wurden, und die Situation beim "Leichtmetallausbau Norwegen", über die Koppenberg informieren mußte. Die zweite Fassung sollte die erste ersetzen,<sup>15</sup> Sie wurde auszugsweise bereits in dem Dokumentenband "Anatomie des Krieges" veröffentlicht.<sup>16</sup> Dort sind auch die meisten Teilnehmer der Besprechung aufgeführt

12 Milward, Alan S., *The Fascist Economy in Norway*, a. a. O., S. 196.

13 Ebenda, S. 207; vgl. dazu die Rezension von Petrick, Fritz, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (im folgenden: ZfG), Nr. 12/1974, S. 1388.

14 ZStA, RWM, Nr. 11 710, Bl. 272 - 277; Nr. 11 712, Bl. 3 - 9.

15 Ebenda, Nr. 11 712, Bl. 2, Anschreiben Sellschop an Hanneken, 10. 1. 1942.

16 *Anatomie des Krieges*, a. a. O., S. 365 f.

- zum größten Teil dieselben, die bereits an der "Sitzung im Stabsamt" teilgenommen hatten. Besonders erwähnt sei hier nur William Werner, der Udet als Vorsitzender des "Industrierates des Reichsmarschalls (Göring) für die Fertigung von Luftwaffengerät" abgelöst hatte. In dieser Funktion war Milch Udet nicht nachgefolgt, Werner - bis dato stellvertretender Vorsitzender dieser staatsmonopolistischen Einrichtung - hatte sie übernommen.<sup>17</sup>

Der unmittelbare Zusammenhang der beiden Dokumente ist nicht von vornherein ersichtlich. Nur indirekt wurde am 4. Dezember 1941 auf Festlegungen Bezug genommen, die bereits am 23. Juni 1941 getroffen worden waren, als die "Aluminium-Interessenten" ihren Konkurrenzkampf, der nach dem faschistischen Überfall auf Norwegen begonnen und mit dem weiteren Vordringen der faschistischen Armeen auch Frankreich und Südosteuropa erfaßt hatte, nun auch um die Sowjetunion geführt wurde. War im April 1940 bei "der Beurteilung zusätzlicher Versorgungsmöglichkeiten für Deutschland mit Aluminium", wie der IG-Farben-Konzern dem Oberkommando der Wehrmacht mitteilte, "nur die norwegische Industrie zu berücksichtigen"<sup>18</sup>, so waren es am 23. Juni 1941 bereits "die im Norden Rußlands gelegenen Bauxitvorkommen, auf denen sehr beachtliche Tonerdefabriken liegen" (Dokument 1) - die vor allem zur Versorgung der norwegischen Aluminiumfabriken bestimmt wurden - und am 4. Dezember 1941 auch noch das Aluminiumwerk Zaporozje am Dnepr, das Koppenberg gern übernommen hätte, um dort jene Mengen Aluminium zu produzieren, deren Erzeugung ursprünglich durch den geplanten Ausbau der norwegischen Aluminiumwerke ermöglicht werden sollte.

Beide Dokumente werden nur im Kontext mit dem "Leichtmetallausbau Norwegen" verständlich. Die erste Variante dafür - den "Koppenberg-Plan" - hatte Koppenberg am 11. Oktober 1940 Udet und Krauch vorgelegt.<sup>19</sup> Und damit war der IG-Farben-Konzern ins Spiel gekommen. "Wie auch aus der Notiz über die Besprechung vom 11. d. Mts. hervorgeht", vermerkte Moschel am 19. Oktober 1940, "legt die Reichsstelle [für] Wirtschaftsausbau, Herr Prof. Krauch, als auch Herr Koppenberg großen Wert darauf, daß die IG die technische Mitarbeit bei der Durchführung des Programmes übernimmt". Krauch sei "der Ansicht, daß hier eine einmalige Chance auf dem Al[uminium]-Gebiet der IG gegeben sei", und erwarte eine "Stellungnahme der IG zu einer Beteiligung an diesem Ausbau" sowie "Vorschläge über die Struktur einer neuen Gesellschaft, an der die IG maßgebend beteiligt sein" würde.<sup>20</sup>

17 Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Wolfgang Schumann u. Karl Drechsler, Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Berlin 1975, S. 103.

18 ZStA, IG Farbenindustrie AG, Nr. A 556, Bl. 37, Zur Aluminiumsituation Großdeutschlands und der Westmächte, 19. 4. 1940. - Es handelt sich um den Entwurf einer Arbeit (Nr. g 95), die vom Ressort III der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Konzerns im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht zum 22. 4. 1940 angefertigt worden ist. (Vgl. dazu IG-Farben-Prozeß, Dok. NI-7978, zit. bei Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 232.)

19 Innberetning til Oslo Politikammer, a. a. O., S. 25; vgl. auch Milward, Alan S., The Fascist Economy in Norway, a. a. O., S. 181.

20 ZStA, IG-Farben-Prozeß, Filmsammlung, Film 420/607, Dok. NI-8033, Bl. 81 f.

Daß der Vorsitz der Aufsichtsrates der IG mit dieser Ansicht nicht alleinstand, zeigt ein Brief, den die Vorstandsmitglieder Bürgin und Moschel am 23. Oktober 1940 an ihre Kollegen Schmitz, ter Meer und Weber-Andrae richteten und in dem es im Hinblick auf die "Möglichkeit einer maßgeblichen Beteiligung" der IG am "Leichtmetallausbau Norwegen" hieß:

"Eine stärkere Beteiligung der VAW scheint nicht erwünscht zu sein. Für die IG bedeutet das die Möglichkeit, entscheidenden Einfluß auf die europäische Aluminiumerzeugung zu gewinnen. Bei dem günstigen Preis der norwegischen Wasserkraft besteht kein Zweifel, daß sich die Aluminium-Erzeugung in Norwegen wirtschaftlich günstiger gestalten wird als die heutige Erzeugung in Deutschland. Der mit dem Ausbau der Aluminium-Industrie zwangsläufig verbundene Ausbau der interessanten Wasserkräfte ... eröffnet für die IG ganz neue Möglichkeiten für alle jene Produkte, für die Energie ein entscheidender Kostenfaktor ist.

Die maßgebliche Beteiligung der IG an dem Aluminium-Ausbau wird für die IG der Schlüssel zu diesen Wasserkraften werden können ... Angesichts der Bedeutung des ganzen Leichtmetallgebietes ... sind wir der Ansicht, daß auch die IG ... dieses Gebiet voll und ganz zu ihrem Interessengebiet erklären und sich zu einer maßgebenden Beteiligung entschließen sollte."<sup>21</sup>

Auch für die Struktur der neuen Gesellschaft unterbreiteten Bürgin und Moschel bereits erste Vorstellungen. Danach sollten beteiligt werden: Die IG mit 55 Prozent, die Metallgesellschaft mit 15 Prozent, die Aluminium Industrie AG, Neuhausen, mit 20 Prozent und die Norsk Hydro-Elektrisk Kvaelstof-AS (Norsk Hydro) mit 10 Prozent. "Sollte auch Junkers eine Beteiligung wünschen, so wäre diese von dem Anteil IG und Neuhausen noch abzusetzen."<sup>22</sup>

Im Hinblick auf eine Beteiligung des schweizerischen Aluminiumkonzerns sollten die politischen Voraussetzungen dafür "vorab noch geprüft werden".<sup>23</sup> Bereits verhandelt wurde mit der Norsk Hydro. An diesem Chemiekonzern war die IG seit 1927 zu 25 Prozent beteiligt. Im Vorstand der Norsk Hydro vertrat Hermann Schmitz die Interessen der IG.<sup>24</sup> Unmittelbar nach der Beendigung der militärischen Kampfhandlungen hatten die beiden Chemiekonzerne gemeinsame frühere Pläne, in Norwegen Leichtmetallfabriken zu errichten und auf der Grundlage einheimischen Labradorits Aluminium zu produzieren, die vor dem Kriege am Widerstand des internationalen Aluminiumkartells - zu dem auch die VAW gehörte - gescheitert waren, wieder aufgegriffen.<sup>25</sup> Jetzt sollten sie verwirklicht werden.

Den Platz der von Bürgin und Moschel in Erwägung gezogenen deutschen Partner nahm sehr schnell ein neues Unternehmen ein: Am 16. November 1940 wurde die

21 Ebenda, Dok. NI-8034, Bl. 84 ff.

22 Ebenda, Bl. 87.

23 Ebenda.

24 Vgl. Dok. NI-7745, Eidesstattliche Erklärung von Walter Jacobi vom 7. 7. 1947, in: Fall 6, Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses, hg. u. eingel. v. Hans Radandt, Berlin 1970, S. 116.

25 Innberetning til Oslo Politikammer, a. a. O., S. 16 ff.; ZStA, IG-Farben-Prozeß, Dok. 2712, Bl. 149 f., Bericht (von Schnitzler, Igner und Bachem) betr. Norsk Hydro, Oslo, und Nordisk Lettmetall, Oslo, Frankfurt a. M., 12. 8. 1945.

Nordische Aluminium AG (Nordag) ins Leben gerufen,<sup>26</sup> Gründer und Eigner waren Junkers und die Bank der Deutschen Luftfahrt, die unter der Regie des Reichsluftfahrtministeriums stand und den Löwenanteil des Aktienkapitals - 19,6 von 20 Millionen Reichsmark - aufbrachte. Vorsitzter des Aufsichtsrates, in den auch Alois Cejka eintrat, war Koppenberg. Und wie die Verhandlungen, die der "Außenminister" des IG-Farben-Konzerns, Max Ilgner, mit dem Reichsluftfahrtministerium und dem Reichskommissariat Norwegen führte, schließlich ergaben, sollte die IG zusammen mit der Norsk Hydro und der Nordag in Heröen eine Magnesium-, eine Tonerde-, eine Aluminium- und eine Kryolithfabrik sowie ein Kraftwerk nebst Freileitung und eine Chlor- und Ätznatronanlage errichten. Die Metallgesellschaft, der die IG vertraglich verpflichtet war, sollte an einem der bereits existierenden Aluminiumwerke beteiligt werden, deren Ausbau der Nordag überlassen blieb.<sup>27</sup>

In möglichst hohem Maße sollte der "Leichtmetallausbau Norwegen" durch norwegisches Kapital finanziert werden. Die Bauvorhaben in Heröen wollten IG und Nordag zu je einem Drittel durch Maschinenlieferungen aus Deutschland finanzieren, während die Norsk Hydro ihre Drittelbeteiligung in Kronen aufbringen und zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 50 Prozent erhöhen mußte. Die Kapitalerhöhung sollte überdies so manipuliert werden, daß das deutsche Kapital unmittelbar entscheidenden Einfluß auf den größten norwegischen Industriekonzern ausüben konnte. Es war vorgesehen, die französischen Aktionäre vom Bezug der ihnen zustehenden neuen Aktien auszuschließen und sie auf diese Weise ihrer Majoritätsbeteiligung an der Norsk Hydro zu berauben.<sup>28</sup> Unter den obwaltenden Umständen mußten sich die französischen Aktionäre einem derartigen Akt faschistischer Willkür beugen. Die Banque de Paris et des Pays Bas, die allein über 40 Prozent der Aktien der Norsk Hydro verfügte, hatte bereits ein Viertel dieses Paketes an die Dresdner Bank verkaufen müssen.<sup>29</sup> Diese Transaktion war auf Betreiben des Reichswirtschaftsministeriums zustande gekommen, das nunmehr in die Verhandlungen über den "Leichtmetallausbau Norwegen" eingriff und durchzusetzen vermochte, daß "die VAW baldigst an der Durchführung der Vorhaben in Norwegen beteiligt"<sup>30</sup> wurde. Koppenberg, der bisher die Linie verfolgt hatte, die VAW aus Norwegen herauszuhalten, mußte einlenken und erklären, "daß die Viag in den in Aussicht genommenen Pool zwischen IG und Nordag über den gemeinsamen Besitz an Norsk-Hydro-Aktien einbezogen"<sup>31</sup> und außerdem mit 26 Prozent am Ausbau der norwegischen Aluminiumwerke beteiligt wird.<sup>32</sup>

26 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 46. Jg. 1941, Bd. 6, S. 7264; vgl. auch Loock, Hans-Dietrich, a. a. O., S. 475 f.

27 ZStA, IG-Farben-Prozeß, Filmsammlung, Film 420/607, Dok. NI-8096, Aktennotiz für Ilgner, 18. 3. 1941; Dok. NI-8144, Niederschrift über die Besprechung im Reichsluftfahrtministerium über die Leichtmetallfabrik in Heröen, 6. 2. 1941; Dok. NI-8145, Aktenvermerk über die Besprechung vom 6. 2. 1941. Vgl. auch Eichholtz, Dietrich, Die Norwegen-Denkschrift des IG-Farben-Konzerns von 1941, in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", Nr. 1 - 2/1974, S. 7.

28 ZStA, IG-Farben-Prozeß, Filmsammlung, Film 420/607, Dok. NI-8096, Bl. 134 f.

29 Ebenda, Bl. 135.

30 Ebenda, Dok. NI-8088, Bl. 138, Aktennotiz (über die Beratung Kehrl, Rothermund, Schreiber, Koppenberg), 28. 3. 1941.

31 Ebenda.

32 Riksarkiv Oslo, Reichskommissariat Norwegen, Diverse, Pakke 82, n. p.,



So war die Situation, als Ilgner und Koppenberg am 2. Mai 1941 in Oslo die AS Nordisk Lettmetall und die AS Nordag - nicht zu verwechseln mit der Muttergesellschaft gleichen Namens - ins Leben riefen.<sup>33</sup> Während für die Bauvorhaben in Herøen durch die AS Nordisk Lettmetall, an der sich IG, Nordag und Norsk Hydro zu je einem Drittel beteiligten, "keine Schwierigkeiten in Finanzierungsfragen zu erwarten"<sup>34</sup> waren, ergaben sich in dieser Hinsicht für den Ausbau der Aluminiumwerke sofort Bedenken, weil an der AS Nordag das Reichsluftfahrtministerium mit 51 Prozent und die Viag mit 26 Prozent beteiligt sein wollten. "Die Durchführung dieses Milliardenprojektes ... setzt voraus, daß die Norweger sich bereitwillig an der Finanzierung beteiligen. Diese Bereitwilligkeit wird voraussichtlich nicht vorhanden sein, wenn sich die Norweger mit dem geringen Anteil von den verbleibenden 23 Prozent begnügen sollen", notierte Carlo Otte, Leiter der Hauptabteilung Volkswirtschaft im Reichskommissariat für Terboven.<sup>35</sup> Und der "Beauftragte des Reichskommissars bei der Norges Bank", Rudolf Sattler, fügte hinzu: "Bei dieser geringen norwegischen Beteiligungsquote ist die für eine Aufbringung der nötigen Kronenbeträge ... am norwegischen Kapitalmarkt erforderliche freiwillige Mitarbeit der Bank- und Finanzkreise nicht zu erwarten."<sup>36</sup>

Reichskommissar Terboven nannte in der Sitzung im Stabsamt am 23. Juni 1941 diese "Gründe", die für eine Beteiligung von 49 % durch die Norweger sprechen" (Dokument 1) und die nach Lage der Dinge gegen eine Beteiligung der Viag bzw. VAW am "Leichtmetallausbau Norwegen" sprechen mußten.

Daß der in beiden Dokumenten expressis verbis nicht einmal erwähnte IG-Farben-Konzern die neue Entscheidung erwartete, geht aus der am 8. Mai 1941 vorgelegten Fassung seiner "Norwegen-Denkschrift" hervor. Dort heißt es: "Auf dem Gebiete der Magnesium- und Aluminium-Erzeugung in Norwegen sind wir bekanntlich weitgehend interessiert. Da die in diesem Zusammenhang stehenden Projekte noch nicht in ein Stadium getreten sind, das uns schon jetzt die Aufzeichnung unserer speziellen Vorschläge und Wünsche gestattet, werden wir uns erlauben, hierauf zu gegebener Zeit in einer besonderen Darstellung zurückzukommen."<sup>37</sup> Der IG-Farben-Konzern hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits wichtige Positionen gesichert. Er beherrschte die AS Nordisk Lettmetall, und deren Generaldirektor und Vorstandsvorsitzer, Wilhelm Moschel, war zugleich Generaldirektor und Vorstandsvorsitzer der AS Nordag.<sup>38</sup> Moschel übernahm auch noch den Vorsitz im Vorstand der Muttergesellschaft, die - mit Wirkung vom 15. Mai 1941 - "ihre Firma in Hansa Leichtmetall AG änderte und die Aufgabe übernahm, durch Erwerb von Rohstoff-, insbesondere Bauxit-Vorkommen und Errichtung von Tonerdewerken an geeigneter Stelle im europäischen Raum die Rohstoffversorgung der norwegischen Aluminium-Hütten zu sichern".<sup>39</sup> Dementsprechend gab sich

Aktenvermerk zur Vorlage für den Herrn Reichskommissar, betr. Leichtmetallausbauprogramm, 2. 5. 1941.

33 Ebenda.

34 Ebenda.

35 Ebenda.

36 Ebenda, Aktenvermerk für Otte, 12. 5. 1941.

37 Zit. nach Eichholtz, Dietrich, Die Norwegen-Denkschrift ..., a. a. O., S. 22.

38 Innberetning til Oslo Politikammer, a. a. O., S. 75; ZStA, IG-Farben-Prozeß, Filmsammlung, Film 420/607, Dok. NI-2712, Bl. 158 f.; vgl. auch Loock, Hans-Dietrich, a. a. O., S. 477.

39 Zit. nach Loock, Hans-Dietrich, a. a. O., S. 476; Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, a. a. O., Bd. 6, S. 7264.



Moschel in der Sitzung im Stabsamt auch keineswegs damit zufrieden, daß der Nordag/Hansa nur die "im Norden Rußlands gelegenen Bauxitvorkommen" zugesprochen wurden; er verkündete die Absicht, in offensichtlicher Konkurrenz zur VAW, "in Kroatien eine Tonerdefabrik zu errichten" (Dokument 1). Seine weiteren Absichten gedachte er, wie er vertraulich übermitteln ließ, "ohne die VAW zusammen mit der IG zu verwirklichen ..., sobald sie spruchreif würden".<sup>40</sup>

Auch in einer anderen Frage setzte sich der IG-Farben-Konzern durch, wobei er ein gerichtsnotorisch gewordenes Eigentumsdelikt beging<sup>41</sup>: Nach der Sitzung im Stabsamt fand am 30. Juni 1941 eine außerordentliche Aktionärsversammlung der Norsk Hydro statt, auf der die Beteiligung an der AS Nordisk Lettmetall, das heißt an den Bauvorhaben in Herøen, und die Erhöhung des Aktienkapitals um 50 Prozent beschlossen wurden. Durch den rechtswidrigen Ausschluß der französischen Aktionäre vom Bezug neuer Aktien, die die IG und die Hansa an sich brachten, sank die französische Beteiligung an der Norsk Hydro von 64 auf 36 Prozent, während die deutsche Beteiligung von 25 auf 51 Prozent stieg.<sup>42</sup> Da die Ansprüche der Viag auf die von der Dresdner Bank erworbenen Norsk-Hydro-Aktien durch die Erteilung einer IG-Lizenz für die Produktion von Magnesium an die VAW abgegolten werden konnten<sup>43</sup>, verfügten darüber die IG (30 Prozent) und die Hansa (21 Prozent). Unter diesen Umständen hielt es Igner am 15. September 1941 "für angebracht, in die Denkschrift auch diejenigen Wünsche und Anregungen aufzunehmen, welche sich auf die Unternehmen beziehen, die von der deutschen Industrie zurzeit hauptsächlich auf dem Gebiet der Energiewirtschaft und der Leichtmetallerzeugung sowie des Bergbaus ins Leben gerufen werden".<sup>44</sup>

Außerhalb Norwegens ging der Konkurrenzkampf weiter, so daß statt Görings Absicht, "die Meinungsverschiedenheiten ... zwischen der deutschen Aluminiumindustrie und der Nordag ... endgültig zu bereinigen" (Dokument 1), in der Besprechung bei Milch am 4. Dezember 1941 nur noch erreicht werden sollte, "daß insbesondere bei Verhandlungen im Ausland, die Fragen der Aluminiumerzeugung berühren, nur eine Stelle bzw. Firma in Erscheinung tritt" (Dokument 2). Die Position der VAW war in dieser Besprechung deutlich stärker, und zwar schon deshalb, weil der Ausbau der norwegischen Aluminiumwerke unterdessen auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen war. Koppenberg hatte bereits am 20. August 1941 in Schreiben an Milch, Krauch und Todt erklären müssen, daß der Termin für die Produktionsaufnahme der ersten Ausbaustufe - Januar 1942 - nicht gehalten werden könnte: "Er wird sich mindestens um 2 - 3 Monate verschieben."<sup>45</sup> Bestimmten maßgeblichen Stellen sei nämlich nicht klar, daß der "Leichtmetall-

40 ZStA, IG-Farben-Prozeß, Filmsammlung, Film 420/607, Dok. NI-8146, Bl. 108 f.

41 Vgl. Urteilsbegründung und Urteil im Prozeß des Militärgerichts VI der USA gegen Aufsichtsrats-, Vorstandsmitglieder und Direktoren der IG Farbenindustrie AG, in: Fall 6, a. a. O., S. 230 ff.

42 ZStA, IG-Farben-Prozeß, Filmsammlung, Film 420/607, Dok. NI-2712, Bl. 152. - Die deutsche Beteiligung des IG-Farben-Konzerns wird hier einschließlich des Anteils der IG Chemie, Basel, angegeben, der die IG bereits 1929 die Hälfte ihrer damaligen Beteiligungen an der Norsk Hydro übertragen hatte.

43 Ebenda, Bl. 154.

44 Zit. nach Eichholtz, Dietrich, Die Norwegen-Denkschrift ..., a. a. O., S. 49.

45 Riksarkiv Oslo, Reichskommissariat Norwegen, Diverse, Pakke 82, Koppenberg an Milch, 20. 8. 1941; vgl. Milward, Alan S., The Fascist Economy in Norway, a. a. O., S. 205.

Ausbau Norwegen" als Bestandteil des "Göring-Planes" den Vorhaben "Buna-Fabriken" und "besonderes Fliegerbenzin" gleichgestellt worden sei und die "SS-Dringlichkeitsstufe" erhalten habe. Das Reichswirtschaftsministerium habe für Maschinen- und Materialeinkäufe in Schweden dringend benötigte Devisen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt, und in Norwegen habe die Wehrmacht für ihre Bauvorhaben alle verfügbaren Arbeitskräfte eingesetzt.

Schwierigkeiten bereitete aber nicht nur der Ausbau, sondern bereits die Aufrechterhaltung der norwegischen Aluminiumproduktion, da die Tonerdeversorgung nicht gesichert werden konnte. In einzelnen Werken mußte die Produktion völlig eingestellt werden.<sup>46</sup> Und Anfang Oktober 1941 stellte sich heraus, "daß die norwegische Aluminiumindustrie weiterhin mit Tonerde aus Frankreich und Deutschland in einem Umfang beliefert werden wird, der eine Ausnutzung der Gesamtkapazität der norwegischen Aluminiumindustrie bis zum Monat Februar 1942 in Höhe von 49 % gewährleistet."<sup>47</sup> Insgesamt wurden in Norwegen 1941 statt der geplanten 35 000 Tonnen nur 17 528 Tonnen Aluminium erzeugt.<sup>48</sup> Unter diesen Umständen wurde in der Besprechung bei Milch festgelegt, den "Leichtmetallausbau Norwegen" auf die erste Ausbaustufe zu reduzieren und für die zweite Ausbaustufe einen "Ausweichplan" zu entwickeln. Krauch, der diesen Plan ausarbeiten und zur weiteren Beratung vorlegen sollte, und Westrick entwickelten dafür bereits konkrete Vorstellungen, wobei von Krauch - was das Protokoll auf den ersten Blick kaum erkennen läßt - Projekte der Hansa, von Westrick dagegen - und sehr prononciert - Projekte der VAW vorgeschlagen wurden.<sup>49</sup> Es kam jedoch zu keiner weiteren Beratung darüber, selbst der "Ausweichplan" wurde nicht aufgestellt. Nach den Niederlagen, die die Wehrmacht in den folgenden Wochen und Monaten an der Ostfront erlitt, wurde der "Leichtmetallausbau Norwegen" im Mai 1942 weiter - auf ein "Schwerpunktprogramm" - reduziert.<sup>50</sup> Und auch diese Variante mußte in der Folgezeit immer weiter eingeschränkt werden.<sup>51</sup> Zugleich schwanden die Möglichkeiten für eine neuerliche faschistische "Aufteilung der europäischen Aluminiumindustrie" dahin.

Das Fiasko der faschistischen Pläne für die europäische Aluminiumindustrie war ganz sicher durch das Scheitern der Blitzkriegführung gegen die Sowjetunion beeinflusst, auch wenn das aus dem Protokoll der Besprechung am 4. Dezember 1941 nicht direkt hervorgeht. Als Koppenberg das Reichskommissariat am 8. Dezember 1941 darüber informierte, daß in der Besprechung bei Milch festgelegt wor-

46 Haukaas, Kaare, Faktaregister for okupasjonstiden (Faktenregister für die Okkupationszeit), Oslo 1947 (hekt.), S. 44.

47 Riksarkiv Oslo, Reichskommissariat Norwegen, Documents Section, Pakke 16, Bl. 3, Wochenbericht für die Zeit vom 22. 9. 1941 - 4. 10. 1941, Wirtschaftsabteilung, Gruppe Ia.

48 Loock, Hans-Dietrich, a. a. O., S. 478 Anm. 136.

49 Aus der ersten Fassung des Protokolls werden die gegensätzlichen Positionen Krauchs und Westricks überhaupt nicht ersichtlich. (ZStA, RWM, Nr. 11. 710, Bl. 275.)

50 Innberetning til Oslo Politikammer, a. a. O., S. 81 f.; Milward, Alan S., The Fascist Economy in Norway, a. a. O., S. 202.

51 Die weitere Entwicklung der faschistischen Planungen und Bauvorhaben auf dem Leichtmetallgebiet ist insgesamt und insbesondere für Frankreich und Südosteuropa noch nicht erforscht. Vgl. Milward, Alan S., The Fascist Economy in Norway, a. a. O., S. 202 ff.; Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 187, 200.

den sei, "die zweite Stufe des norwegischen Aluminiumprogramms nicht mehr zu erfüllen", stellte er die Gründe dafür vollständiger dar; sie seien "in der neueren militärischen Entwicklung zu suchen sowie in dem Verkehrsproblem und dem immer größer werdenden Frachtmangel".<sup>52</sup>

52 Riksarkiv Oslo, Reichskommissariat Norwegen, Diverse, Pakke 82, Eiliger Aktenvermerk zur Vorlage für den Herrn Reichskommissar, 9. 12. 1941; vgl. Milward, Alan S., The Fascist Economy in Norway, a. a. O., S. 201.

Geheime Reichssache!

9 Ausfertigungen  
7. Ausfertigung

Berlin, den 23. Juni 1941

## Aktenvermerk

über die Sitzung im Stabsamt am 23. Juni 1941, 12, 30 Uhr

Anwesend: Herr Reichsmarschall Göring,  
 " Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk mit  
 " Ministerialdirektor Dr. Berger,  
 " Staatssekretär Körner,  
 " Staatssekretär Neumann,  
 " Generalfeldmarschall Milch, ) RLM  
 " Generaloberst Udet, )  
 " Staatssekretär Landfried, ) RWM  
 " General v. Hanneken, )  
 " Reichsleiter Terboven,  
 " Professor Dr. Krauch,  
 " Dr. Koppenberg - Nordag -,  
 " Dr. Moschel,  
 " Dr. Westrick, - VAW -,  
 " Ministerialdirektor Dr. Gritzbach,  
 " Ministerialdirigent Marotzke.

---

Der Reichsmarschall teilt zu Beginn der Sitzung mit, daß er den Wunsch habe, die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der deutschen Aluminiumindustrie und der Nordag eingetreten seien, endgültig zu bereinigen. Er betonte, daß die Aluminiumindustrie in diesen Zeiten nur einem einzigen Ziel dienen könne, den Bedarf der Wehrmacht voll zu decken, und daß hinter diesem Gesichtspunkt alle Rücksichten wirtschaftlicher, aktienrechtlicher und personeller Art zurückstehen müßten, an einer Kapitalverflechtung durch Aktienaustausch habe er kein Interesse, es sei völlig gleichgültig, wem die Aktien der Unternehmungen gehörten, da die Lenkung des Rohstoffes Aluminium in der Produktion und in der Verwendung heute allein durch die Reichsbehörden erfolge. Auch Überlegungen bezüglich des Preises und des Verkaufes von Aluminium sowie etwaige Sorgen, wie man das Aluminium in Friedenszeiten unterbringen könne, dürften die jetzigen industriellen Planungen in keiner Weise beeinträchtigen. Die Luftwaffe, der auch nach den Worten des Führers das Hauptgewicht in der Entscheidung des jetzigen Krieges zufalle, sei in der Vergangenheit bei der Verteilung des Aluminiums nicht hinreichend bedacht worden. Um dem abzuhelpen, habe er sich entschlossen, die norwegische Aluminiumindustrie als eine Art Hausindustrie ausschließlich für die Luftwaffe auszubauen, so daß sie in den dort herzustellenden etwa 37 000 t Aluminium eine zusätzliche, für Krisenzeiten gedachte Reserve in der

+ Riksarkiv Oslo, Reichskommissariat Norwegen, Diverse, Pakke 82.

Versorgung erhält. Das Programm der Luftwaffe sehe eine Vervielfachung der Luftflotte vor, und es müßten daher Mittel und Wege gefunden werden, um die benötigten Mengen Aluminium sicherzustellen. Zunächst sei die Frage zu klären, in wessen Händen die norwegische Aluminiumindustrie liegen solle. Zuerst sei es sein Entschluß gewesen, diese Industrie 100%ig dem Reichsluftfahrtministerium zu belassen. Reichsleiter Terboven habe aber gewichtige Gründe vorgetragen, die für eine Beteiligung der Norweger bis zur Höhe von 49 % sprechen, und er wolle jetzt wissen, ob gegen diese norwegische Beteiligung Bedenken erhoben würden und ob sich das Reich mit 51 % begnügen könnte.

Reichskommissar Terboven äußerte sich dann über die Gründe, die für eine Beteiligung von 49 % durch die Norweger sprechen, wobei er die Garantie dafür übernahm, daß bei dieser Beteiligung der Norweger die Höchstproduktion der Werke durchaus gesichert sei.

Der Reichsfinanzminister betonte, daß der ursprüngliche Wunsch nach einer Beteiligung der VAW an der Nordag nur geäußert worden sei, um die großen Erfahrungen auf dem Gebiet der Tonerde- und Aluminiumindustrie, die bei der VAW liegen, nutzbringend einzusetzen. Wenn aber das Luftfahrtministerium die Zusage gibt, daß die 51 % Aktien der Nordag, wenn sie jemals abgegeben werden sollten, nur an die VAW fallen, so habe er keine Einwendungen gegen den Vorschlag von Herrn Terboven. Auch für ihn stände die Steigerung der Aluminiumproduktion im Vordergrund und nicht kapitalmäßige Verflechtungen.

Der Reichsmarschall fragte dann Herrn Westrick, wie er sich zu der Beteiligung an der Nordag stellte, worauf Herr Westrick erwiderte, daß die VAW unter den vom Herrn Reichsfinanzminister gemachten Voraussetzungen ihrerseits auf eine Beteiligung verzichte.

Der Reichsmarschall betonte darauf, daß der Wunsch bestände, nach Kriegsende möglichst bald wieder nicht unbedingt notwendige industrielle Beteiligungen zu reprivatisieren. Wenn das RLM die Beteiligung an der Nordag einmal abgebe, so gebe er die ausdrückliche Zusicherung, daß diese Beteiligung nur an VAW fallen solle, unter der Voraussetzung, daß die VAW dann noch überwiegend im Reichsbesitz sei.

Der Reichsmarschall kam weiter auf die Frage der Versorgung Norwegens mit Bauxit und Tonerde zu sprechen und fragte, warum Norwegen nicht ausreichend mit diesen Stoffen versorgt sei. Auf Vorschlag von Staatssekretär Körner erwiderte Herr Westrick auf diese Frage, indem er zunächst darauf hinwies, daß die Bauxitversorgung Norwegens für den augenblicklichen Bedarf von 36 000 t Bauxit als ausreichend betrachtet werden könne. Die VAW hätten noch im Herbst vergangenen Jahres aus eigenen Beständen 30 000 t Bauxit an die Nordag abgegeben. VAW sei hierzu in der Lage gewesen, da sie selbst seit 1933 systematisch an die Schaffung eines großen Bauxitvorrats herangegangen sei. So wäre es möglich gewesen, daß die deutsche Aluminium-Industrie mit einem Vorrat für 2 1/4 Jahre in den Krieg eingetreten sei, und daß auch heute noch etwa 900 000 t Bauxit auf den Halden der Tonerdefabriken der VAW liegen. Im übrigen sei die Versorgung zwar mit Schwierigkeiten verbunden, aber doch als gesichert anzusehen.

Die vorübergehende Verknappung von Tonerde habe folgende Gründe:

- 1) Norwegen, das früher von Kanada und Frankreich beliefert worden sei, müßte jetzt aus den Tonerdeüberschüssen von Italien, Frankreich und Ungarn beliefert werden.



- 2) Die neuen deutschen Aluminiumfabriken könnten in wesentlich kürzerer Bauzeit erstellt werden als die Tonerdefabriken. Man hatte geplant, diesem vorausehzbaren Zustand dadurch Rechnung zu tragen, daß man die Überschüsse aus Italien und Ungarn zur Deckung dieses vorübergehenden Tonerdemangels in Deutschland heranziehe. Die VAW habe aber bereits 17 500 t Tonerde, die in Italien und Ungarn gekauft waren, an Norwegen abgegeben. Die Knappheit wird zu Ende des Jahres 1941 überwunden sein, da dann die neuen Kapazitäten in Betrieb kommen. Die VAW wird im August eine neue Tonerdefabrik mit einer Leistungsfähigkeit von 35 000 t pro Jahr und Ende Dezember 1941 eine weitere Tonerdefabrik mit 55 000 Jato in Betrieb nehmen. Damit ist die deutsche Versorgung wieder gesichert, und die ausländischen Mengen können für Norwegen zur Verfügung stehen.

In Italien ist ein Überschuß von etwa 25 - 30 000 Jato, in Frankreich ein Überschuß von etwa 40 000 Jato unter der Voraussetzung, daß beide Industrien mit voller Leistungsfähigkeit arbeiten.

Herr Koppenberg bemerkte, daß aus Frankreich monatlich 3 000 t Tonerde geliefert würden, die nach Norwegen gingen. Er bemerkte ferner, daß er mit Staatssekretär Favagrossa vor wenigen Tagen gesprochen habe, um auch die italienischen Lieferungen zu erhöhen. Nach Äußerungen von Favagrossa sei es aber auch Italien auf eine Vorratshaltung von wenigen Tagen angekommen.

Herr Westrick betonte, daß im Jahre 1941 noch 10 000 t Aluminium in Deutschland mehr produziert werden könnten, wenn die deutsche Aluminiumindustrie mit Tonerde voll versorgt wäre; es sei daher insbesondere in Anbetracht der Transporte nach Norwegen richtiger, die französische Tonerde nicht dorthin zu liefern, sondern sie zunächst zum Betrieb der deutschen Aluminiumhütten einzusetzen, wenigstens soweit, als genügend Strom in Deutschland vorhanden sei, um die Hütten voll zu betreiben. Der Reichsmarschall stimmt diesem Argument zu und erklärte, man könne unter solchen Umständen die Tonerde nicht nach Norwegen schicken, zumal man dann auch das Aluminium von Norwegen nach Deutschland zurücknehmen müßte. Ein solcher Transport wäre erst zu verantworten, wenn die deutschen Aluminiumhütten nicht in der Lage wären, aus eigenen Kapazitätsgründen oder aus Stromversorgungsgründen die Tonerde hier zu verarbeiten.

Es wurden dann die Kapazitäten der einzelnen Länder von Tonerde und Aluminium durchgesprochen. Der Reichsmarschall erkundigte sich, ob noch die Möglichkeit bestände, Tonerde oder Aluminium mehr als bisher aus diesen Ländern für Deutschland herauszuholen. Herr Westrick machte darauf aufmerksam, daß aus der Schweiz etwa 13 000 t Aluminium nach Deutschland kommen, während der größte Teil der übrigen Produktion für das Inland reserviert bleibe. In der Schweiz würde noch eine große Anzahl von Gegenständen aus Aluminium hergestellt, für die in Deutschland längst Verwendungsverbote ausgesprochen wären.

Der Reichsmarschall ordnete an, daß aus der Schweiz mehr Aluminium als bisher beschafft werden müsse. Ferner soll aus Ungarn und Schweden Aluminium für Deutschland freigemacht werden. Die erforderlichen Maßnahmen hat Generalfeldmarschall Milch einzuleiten.

General v. Hanneken weist darauf hin, daß aus Italien nichts erwartet werden kann, daß im Gegenteil noch etwa 800 t Aluminium monatlich dorthin geliefert werden.

Generalfeldmarschall Milch erwähnte, daß der gegenwärtige Bedarf der Luftwaffe bei 30 000 t monatlich liege, und daß er nur 13 000 t erhalte. Er wies darauf

hin, daß sich dieser Bedarf nach den neuesten Forderungen noch stark nach oben entwickeln wird, so daß demnächst mit 50 000 t monatlich für das RLM gerechnet werden muß. Wenn man hierzu noch etwa 18 - 20 000 t für die anderen Bedarfsträger berücksichtigt, kommt man auf einen Gesamtbedarf von 70 000 t monatlich = 840 000 t jährlich. Zur Deckung dieses Bedarfes müßten die Kapazitäten des deutschen Machtblocks und natürlich auch die Umschmelzungen herangezogen werden.

Der Reichsmarschall kam im Zuge der Behandlung der europäischen Länder auch auf Rußland zu sprechen und ordnete an, daß die russischen Kapazitäten, namentlich in Aluminium usw. möglichst schnell für den deutschen Bedarf eingesetzt werden müßten. Anhand der Karte wurde besprochen, daß die im Norden Rußlands gelegenen Bauxitvorkommen, auf denen sehr beachtliche Tonerdefabriken liegen, in erster Linie zu einer Bedarfsdeckung für Norwegen herangezogen werden sollen.

Der Reichsmarschall erwähnte dann die im Südosten entstandenen Meinungsverschiedenheiten und bestätigte die Entscheidung von Staatssekretär Körner, wonach der VAW das ehemalige jugoslawische Staatsgebiet mit Ausnahme eines bestimmten großen Kohle- und Bauxitvorkommens und der Gruppe Koppenberg das griechische Gebiet mit Ausnahme von drei bestimmten Bauxitvorkommen zugefallen ist. Die VAW plane in Kroatien die Errichtung einer Tonerde- und Aluminiumindustrie bedeutenden Umfanges. Herr Dr. Moschel bemerkt, daß auch die Nordag beabsichtige, eine Tonerdefabrik in Kroatien zu errichten. Der Reichsmarschall ordnete eine möglichst schnelle und große Entwicklung der Aluminiumindustrien an, wobei es unerlässlich sei, die Aluminium- und Tonerdebauten hinsichtlich der Zuweisung von Arbeitskräften und Material, Maschinen usw. in die erste Stufe einzureihen, um damit die größte Beschleunigung der Bauten zu gewährleisten. Die erforderlichen Maßnahmen hat Prof. Dr. Krauch im Einvernehmen mit Generalfeldmarschall Milch einzuleiten. Außerdem betonte der Reichsmarschall erneut, daß für alle Maßnahmen und Klärungen auf dem Gebiet der Aluminiumerzeugung Prof. Dr. Krauch verantwortlich sei und hinsichtlich der Planung enge Fühlung mit Generalfeldmarschall Milch zu halten habe. Bei der Verteilung des Aluminiums sei einzig und allein die Gesamtlage ausschlaggebend und auch hierbei der Grundsatz zu beachten, daß die Erzeugung auf die schnellste Weise und ohne Inanspruchnahme nicht unumgänglicher Transportwege gesichert sei.

Der Reichsmarschall hält es für unbedingt notwendig, daß ein rückhaltloser Erfahrungsaustausch zwischen den großen deutschen Aluminiumindustrien auf der Basis voller Gegenseitigkeit eintrete und alle diese Kenntnisse auch Norwegen zur Verfügung gestellt werden. Professor Krauch unterstützt diesen Vorschlag und stellt sich persönlich für die hierzu notwendigen Verhandlungen zur Verfügung. Nachdem Herr Westrick darauf hingewiesen hatte, daß von seiner Seite bereits Verhandlungen eingeleitet seien, ordnete der Reichsmarschall an, daß mit allen Mitteln Erweiterungen und Neubauten auf dem Gebiete der Aluminiumindustrie in Deutschland vorzunehmen sind.

gez. Marotzke

Verteiler:

- 1.) Herr Generalfeldmarschall Milch,
- 2.) Herr Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk,

- 3.) Herr Staatssekretär Körner,
- 4.) Herr Staatssekretär Neumann,
- 5.) Herr Staatssekretär Dr. Landfried,
- 6.) Herr Professor Dr. Krauch,
- 7.) Herr Reichsleiter Terboven,
- 8.) Herr Ministerialdirektor Dr. Gritzbach,
- 9.) 1 Überexemplar.

---

Dokument 2<sup>+</sup>

GL/A (Pl 2)

4. Dezember 1941.

Aktennotiz

über die Besprechung bei Herrn Generalfeldmarschall Milch

am 4. 12. 1941

Betr.: Aufteilung der europäischen Interessengebiete auf die einzelnen  
Aluminium-Interessenten

An der Besprechung haben teilgenommen:

Generalfeldmarschall Milch	Staatssekretär RLM
Hptm. Dr. Grothe	Adjutantur
Reichsminister Graf Schwerin-Krosigk	
Ministerialdirektor Berger	Reichsfinanzministerium
Staatssekretär Körner	Preuss. Staatsministerium
General d. Inf. Thomas	OKW
Generalltn. von Hanneken	RWiMin
Ober-Reg. Rat Sennekamp	"
Prof. Krauch	G. B. Chemie (Reichsstelle f. Wirtschaftsausbau)
Dr. Neukirch	"
Direktor Werner	Vorsitzender des Industrierates
Dr. Westrick	VAW
Generaldirektor Dr. Koppenberg	Hansa Leichtmetall
Ministerialdirektor Ceyka	RLM GL/F
Generalmajor Frhr. v. Gablenz	" GL/A
Fl. Oberstabsing. Sellschop	" GL/A-P1
Fl. Oberstabsing. Eichhorn	" GL/A-P1 2

+ Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 11 712,  
Bl. 3 - 9 (zweite Fassung).

Generalfeldmarschall Milch führt einleitend aus, daß er es als Vertreter des Hauptverbrauchers an Aluminium für notwendig gehalten habe, die fraglichen Dienststellen zu einer Zusammenkunft zu bitten, um eine Klärung in der diesbezüglichen Angelegenheit herbeizuführen. Nach seiner Auffassung ist es erforderlich, daß insbesondere bei Verhandlungen im Ausland, die Fragen der Aluminiumerzeugung berühren, nur eine Stelle bzw. Firma in Erscheinung tritt.

Der Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk betont, daß auch wenn mehrere Interessenten an irgendeiner Sache beteiligt sind, doch nur immer das Reichsinteresse im Vordergrund stehen darf.

General von Hannecken vertritt die Auffassung, daß mehrere Interessenten auftreten können, daß aber nach außen hin immer nur eine Stelle in derselben Sache verhandeln soll. Im übrigen soll das Wirtschaftsministerium als federführende Stelle die primäre Steuerung in der Hand haben und auch behalten. Die jeweils auftretenden Fragen in der Leichtmetall-Erzeugung und -Beschaffung werden im Arbeitsausschuß "Leichtmetalle" geklärt, an dem sowieso die interessierten Dienststellen: Wirtschaftsministerium, OKW und Luftwaffe beteiligt sind.

Staatssekretär Körner erinnert daran, daß bereits in einem gewissen Umfange eine Aufteilung der Länder erfolgt sei.

Dr. Westrick umreißt die zurzeit gültige Auffassung, wie folgt: Norwegen, Griechenland (mit Ausnahme der Bauxitvorkommen Eleusis, Gravia und Barlos), das Bauxit-Braunkohlengebiet Imotzki-Livno in Kroatien, die im Norden gelegene russ. Leichtmetallindustrie sei der Hansa als Interessengebiet zugewiesen worden, während das übrige kroatische Gebiet, die obengenannten griechischen Bauxitgruben, die südrussische Leichtmetallindustrie der VAW zugesprochen sei. Der Tonerdeausbau in Frankreich soll gemeinschaftlich und paritätisch von der Hansa und VAW mit den französischen Konzernen vorgenommen werden. Durch diese Gebietsaufteilung seien in der letzten Zeit Kollisionen zwischen Hansa und VAW vermieden worden. Lediglich hätten sich Schwierigkeiten in Ungarn ergeben, wo als neuer Interessent neben der VAW die Dürener Metallwerke aufgetreten seien.

General von Gablenz weist darauf hin, daß noch eine Unklarheit über die Aufteilung der Aluminiuminteressen für das Gebiet Rußland besteht, denn gemäß einem Antrag von Generaldirektor Koppenberg möchte Hansa im Rahmen des Werkes Saporoshje die für Norwegen vorgesehene 2. Ausbaustufe zur Ausführung bringen.

In seiner Erwiderung führte Generaldirektor Koppenberg aus, das er diesen Antrag nur gestellt hat in der Annahme, daß der Ausbau Saporoshje früher als die 2. Ausbaustufe in Norwegen zum Tragen käme. Da aber nach neuen Erkundigungen dies nicht der Fall ist, wird der Antrag hiermit hinfällig.

Dr. Westrick gibt über den augenblicklichen Zustand des Aluminiumwerkes Saporoshje und der dazu erforderlichen Energieanlagen folgende Auskunft:

Unter Voraussetzung der rechtzeitigen Lieferung der notwendigen Maschinen und Materialien würde die Wiederherstellung ungefähr 2 Jahre dauern. Die Inbetriebhaltung würde 180 000 Kw Dauerleistung erfordern. Laut Mitteilung des Gen. Insp. für Wasser und Energie könne in 1 1/4 Jahren mit einer Zurverfügungstellung von 120 000 Kw gerechnet werden. Mit wesentlich größeren Mengen Strom aus dem Dnjepr-Werk wäre laut Ministerium Todt vorläufig jedoch nicht zu rechnen. Das Kernproblem Saporoshje liegt aber mehr noch auf der Rohstoffseite. Bauxit wäre aus dem Ural und aus Tichwin bezogen worden. Jetzt käme nur noch Tich-

win mit kleineren Belieferungen infrage, VAW versuche deshalb, verarbeitungsfähigen Ton in der Nähe von Saporoshje ausfindig zu machen, Widrigenfalls müßte Bauxit aus Griechenland und/oder Rumänien herangeschafft werden, Die Transportfrage sei aber hinsichtlich des griechischen Bauxits noch sehr unklar und schwierig zu lösen, Erst nach vollständiger Lösung der Rohstofffrage sei der Wiederaufbau Saporoshje zu verantworten.

Prof. Krauch stimmt der Beibehaltung der bestehenden Interessenabgrenzung bei. Ein Ausgleich widerstrebender Interessen könne auch durch ihn herbeigeführt werden, da bei seiner Dienststelle sämtliche Ausbaupläne zusammenliefen. Es sei jedoch jetzt der letzte Augenblick gekommen zu entscheiden, ob man die 2. Ausbaustufe in Norwegen überhaupt durchführen soll. Dagegen spricht, daß die Erstellung dieser rüstungswirtschaftlichen Industrie in einer so großen Konzentration so weit von der deutschen Einflußsphäre entfernt einen außerordentlichen Nachteil in sich birgt. Hinzukommt noch das außerordentlich schwierige Transportproblem. Es ist zu überlegen, diese 2. Ausbaustufe an anderen günstigeren Stellen zu errichten.

Staatssekretär Körner hält es unbedingt für richtig, diese 2. Ausbaustufe in Norwegen nicht zu erstellen, da allein für die Versorgung mit Rohstoffen eine Handelsflotte von 360 000 BRT. erforderlich wäre.

General von Hannecken weist darauf hin, daß der Vorteil, der damals zur Errichtung von Aluminium-Erzeugungstätten in Norwegen geführt hat, heute noch besteht, und zwar das Vorhandensein von verhältnismäßig großen Wasserkraftenergien, und stellt dem gegenüber, daß jetzt und in absehbarer Zeit eine ähnlich große Aluminium-Erzeugungsanlage in Deutschland und auch in von Deutschland abhängigen Ländern aus Kohlestrom nicht zu errichten ist, so daß nur der Ausweg besteht, Saporoshje oder andere Anlagen auszubauen. Da Saporoshje hinsichtlich der Wasserkraftbasis nicht der Größenordnung der 2. Ausbaustufe in Norwegen entspricht, ist nur der Ausbau von Wasserkraftwerken für die Aluminiumproduktion in anderen Ländern der deutschen Einflußsphäre zu erwägen.

Herr Dr. Westrick weist in diesem Zusammenhang auf die von der VAW in Aussicht genommene Errichtung einer Aluminium- und Tonerdefabrik im Draugebiet hin, wo mehrere Drau-Kraftstufen ausgebaut werden sollen. Weiterhin erwähnt er das Projekt der VAW "Eisernes Tor". Dort seien die besten natürlichen Voraussetzungen für einen großzügigen Ausbau einer Kraftanlage und damit auch für die Errichtung einer großen Tonerdefabrik vorhanden.

Es herrscht Übereinstimmung, daß das Grundproblem die Energiefrage ist.

Professor Krauch führt dazu aus, daß Ausweichmöglichkeiten vorhanden und zum Teil geplant sind bei Krems a. D., in Südfrankreich und Saloniki.

Zu dem Projekt Krems erwähnt Herr Dr. Westrick, daß in Deutschland nicht genügend Strom vorhanden sei, um die bestehenden bzw. im Bau befindlichen und in nächster Zeit in Betrieb zu setzenden Aluminiumhütten zu versorgen. Eine Planung neuer Werke in Deutschland für die Hansa sei deshalb nicht vertretbar. Überdies seien die deutschen Aluminiumhütten jederzeit bereit, nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Stroms die Anlagen auszubauen. Auf Anregung von Herrn Generalfeldmarschall Milch soll die Frage mit dem Ministerium Todt erörtert werden.

General Thomas führt aus, daß man vor allen Dingen nur solche Projekte ins Auge fassen muß, die auch mit unseren heutigen Mitteln sicher durchzuführen



sind. Den Ausbau der 2. Ausbaustufe für Norwegen hält er schon mit Rücksicht auf die Transportfrage für gänzlich undurchführbar.

Über den Stand des Ausbaues in Norwegen macht Generaldirektor Dr. Koppenberg folgende Angaben:

Für die 1. Ausbaustufe werden benötigt	300 000 kw,
für die 2. " " " "	400 000 kw.

Von der 1. Ausbaustufe sind bereits 120 000 kw vorhanden. Der Rest von 180 000 kw für die 1. Verarbeitungsstufe ist in vollem Ausbau und kann bis Ende 1942 termingerecht fertiggestellt werden, so daß die Energie zur Erzeugung der für die 1. Ausbaustufe vorgesehenen Aluminiummenge von 120 000 Tajo vorhanden ist.

Die 2. Ausbaustufe ist ebenfalls bereits in Angriff genommen und kann, wenn die benötigten Mittel zur Verfügung stehen, bis Ende 1943 annähernd fertiggestellt sein, so daß bis Frühjahr 1944 bei Eintreten der Schneeschmelze die Wasserbeken gefüllt werden können und die volle Energie also bis Mitte 1944 zur Verfügung steht.

Für die Durchführung des Bauvorhabens II Stufe Norwegen, deren Gesamtausbaukosten 700 Millionen RM betragen werden, sind nach der derzeitigen Planung Aufträge in Höhe von ca. 500 Millionen RM disponiert, davon sind Zahlungen geleistet für 20 Millionen RM  
Bestellungen vergeben für 100 Millionen RM  
Bestellungen in Bearbeitung 380 Millionen RM.

Bei der II. Ausbaustufe sind vor allen Dingen die Energie-Arbeiten vorwärts getrieben worden, so daß die geleisteten Zahlungen und die vergebenen Bestellungen sich in erster Linie auf den Ausbau der Energie beziehen.

Die für den Ausbau (Stufe II) der Energie verwandten Arbeiten können auch für andere Zwecke nutzbar gemacht werden.

Bei Aufgabe der II. Baustufe sind als Verlust RM 20 Millionen zu betrachten, sowie ein großer Teil der bereits vergebenen Bestellungen, die nur bei dem geplanten Ausbau der Wasserkräfte Verwendung finden können. Soweit Bestellungen für die Aluminium-Produktion bereits vergeben bzw. noch in Bearbeitung sind, können sie z. Zt. noch an anderer Stelle eingesetzt werden.

Staatssekretär Körner schlägt vor, daß Professor Krauch einen Ausweichplan vorlegt, der im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen ausgearbeitet werden soll. Prof. Krauch stimmt diesem Vorschlag zu.

Generalfeldmarschall Milch hält Vorschlag von Staatssekretär Körner für richtig, weist aber nochmals darauf hin, daß grundsätzlich die vom Reichsmarschall gegebene Anordnung zur Mehrerzeugung von Aluminium eingehalten werden muß, da nach uns zugegangenen Informationen die Feindmächte gewaltige Ausbauten auf dem Aluminiumgebiet vornehmen. Deutschland ist auf die Mehrerzeugung von Aluminium noch weit mehr angewiesen als die anderen Länder, da in Deutschland Aluminium auch zum Austausch von Kupfer verwendet werden muß.

Auf Vorschlag von Generalfeldmarschall Milch wird Einigung dahingehend erzielt, daß sich die Beteiligten nach Vorlage des Ausweichplanes von Professor Krauch nochmals zu einer Besprechung zusammenfinden, um sich über die endgültige Vorlage des Planes beim Herrn Reichsmarschall schlüssig zu werden.

Zum Schluß wurde im Zusammenhang mit der Zulassung der Dürener Metallwerke zur Erzeugung von Hütten-Aluminium darüber verhandelt, inwieweit es zweckmäßig sei, außer den bisherigen Aluminiumproduzenten neue, insbesondere aus

dem Kreise der Halbzeughersteller, hinzuzulassen. Es handelt sich hierbei um die Pläne der Dürener Metallwerke und des Leipziger Leichtmetallwerkes, in Fischamend bezw. Engerau, beide an der Donau, Aluminiumhütten zu bauen.

Eine derartige Entwicklung wird von den Besprechungsteilnehmern für unzumutbar gehalten.

General von Gablenz weist darauf hin, daß seinerzeit die Genehmigung an Düren auf Befürwortung des RLM erfolgt sei. General von Hannecken betont, daß RWiMin grundsätzlich der oben zum Ausdruck gebrachten Auffassung gewesen sei, sich jedoch seinerzeit den für den Antrag Düren vorgelegten Argumenten nicht habe verschließen können. Die Besprechungsteilnehmer sind sich einig, daß zukünftig kein neuer Aluminium-Erzeuger zugelassen werden soll und die an die Dürener Metallwerke und das Leipziger Leichtmetallwerk erteilten Genehmigungen zurückzuziehen seien. Dadurch könnten keine Fachkräfte für neue Aluminiumerzeuger gebunden werden, während die Halbzeugwerke, die eine neue Hüttenindustrie aufzuziehen gedachten, ihre zur Verfügung stehenden Kräfte voll auf den Ausbau der Halbzeugwerke ausrichten könnten. Andererseits sei die Tatsache, daß die VAW durch die Übernahme der Aktienmajorität stärker in die Verarbeitung gegangen ist, nicht zu beanstanden. Eine solche Entwicklung ist nach Äußerung von Generalfeldmarschall Milch durchaus tragbar und natürlich.

gez. Sellschop

F. d. R.

Eichhorn [Unterschrift]

Fl. -Oberstabsing.

---

# *Bibliographie*

HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

Abdel Bagi Abdel Ghani Babiker

GRUNDLAGEN DER ENTWICKLUNG UND STANDORTVERTEILUNG DER INDUSTRIE IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK SUDAN

Dissertation A (9. 7. 1974)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Die gesellschaftlichen Bedingungen für die Entwicklung der Industrie
3. Die gegebenen Voraussetzungen für die Entwicklung und die Standortverteilung der Industrie: Die Naturressourcen; Zum geographischen Milieu und seiner Bedeutung, Lagerstätten mineralischer Rohstoffe, Energiebasis, Wasserressourcen. Die Landwirtschaft (als Potenz für die Industrie, geographische Verteilung). Die Arbeitskräfte-Situation (Stand, Entwicklung und Struktur der Bevölkerung, ihre Verteilung und nationalen Besonderheiten, Bildung und Ausbildung). Das Verkehrswesen. Zur Frage der Investitionspolitik
4. Die gegenwärtige Industrie im Sudan; Stellung in der Volkswirtschaft, Entwicklung bis zur Gegenwart, Struktur, Klein- und Heimindustrie, Die gegenwärtige Lage einiger ausgewählter Bereiche (Textil- und Lederverarbeitende Industrie, Chemische Industrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie). Die Rolle des staatlichen Sektors. Die Standortverteilung der Industrie im Sudan
5. Möglichkeiten der Entwicklung und Standortverteilung der Industrie (ausgewählte Industriezweige, zur Frage regionaler Wirtschaftseinheiten)

Bureni Birwa

DIE ROLLE DER LANDWIRTSCHAFT IM VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN REPRODUKTIONSPROZESS DER MONGOLISCHEN VOLKSREPUBLIK

Dissertation A (22. 6. 1973)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Der gegenwärtige Entwicklungsstand der MVR, besonders ihrer Landwirtschaft. Zur marxistisch-leninistischen Reproduktionstheorie: Überblick über Geografie, Bevölkerung, Klima und die volkswirtschaftliche Entwicklung der MVR. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß im Sozialismus. Zur Reproduktion der Arbeitskraft. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der MVR. Der gegenwärtige Entwicklungsstand
2. Zur Rolle der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft der MVR: Die gesellschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft. Der Beitrag der Landwirtschaft

zur Sicherung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses (Nahrungsmittel, Rohstoffe, produktive Konsumtion, Bedeutung der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft für die Entwicklung der Volkswirtschaft, Beitrag der Landwirtschaft zum Nationaleinkommen)

3. Die weitere sozialistische Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion - wichtige Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß der MVR

Dieter Buddrus

## KONZENTRATION UND SPEZIALISIERUNG IN DER NAHRUNGSGÜTERWIRTSCHAFT DER DDR UND KONSEQUENZEN FÜR DIE ENTWICKLUNG UND GESTALTUNG DER BEZIEHUNGEN ZU DEN LPG UND VEG

Dissertation A (1973)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Problem- und Zielstellung
2. Die Nahrungsgüterwirtschaft - Stellung und Rolle im arbeitsteiligen Produktions- und Reproduktionsprozeß der Nahrungsmittel: Grundfunktionen der Nahrungsgüterwirtschaft bei der Nahrungsmittelerzeugung, Rolle und Aufgabe der Getreidewirtschaft (be- und verarbeitende Industrie), Rolle und Aufgaben der Milchindustrie sowie der Fleischindustrie
3. Zur Konzentration und Spezialisierung in der Getreidewirtschaft, in der Milch- und Fleischindustrie
4. Grundrichtungen, Tendenzen und Probleme der weiteren Konzentration und Spezialisierung in der Nahrungsgüterwirtschaft
5. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft und den LPG und VEG im Prozeß der weiteren Konzentration und Spezialisierung der Produktion in der Nahrungsgüterwirtschaft

Omar Ben Mohamed Dawam

## DIE AGRARWIRTSCHAFTLICHE ERSCHLIESSUNG DER TIHAMA-EBENE IN DER JEMENITISCHEN ARABISCHEN REPUBLIK UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER ROLLE STAATLICHER AGRARPROJEKTE

Dissertation A (25. 7. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Die natürlichen und ökonomischen Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion in der Tihama-Ebene: Natürliche Produktionsbedingungen (Geographische Lage und Oberflächengestaltung, Klimaverhältnisse, Bodenverhältnisse, Wasserversorgung, Vegetation), Sozialökonomische Struktur (Geschichtliche Entwicklung, Eigentums- und Besitzverhältnisse, Administrative Gliederung und staatliche Verwaltung der Landwirtschaft, Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Bewirtschaftungsmethoden, Markt- und Preisverhältnisse
3. Konzeptionelle Gesichtspunkte für die agrarwirtschaftliche Erschließung und Nutzung der Tihama-Ebene



4. Bisherige Erfahrungen bei der Planung und Errichtung von Agrarprojekten in der Tihama: Das geplante Form-Projekt bei Marawa, Die Mocca-Agriculture-Company, Das Zabid-Projekt, Das Sirdud-Projekt, Das Jumaisha-Projekt. Die Rolle der Staatsmacht bei der Verwirklichung staatlicher Agrarprojekte
5. Zur betriebswirtschaftlichen Gestaltung des Agrarprojektes Jumaisha: Aufbauphasen, Betriebseinrichtung und Produktionsverfahren, Leitung und Planung

Heinz Domeinski

DIE SAG-BETRIEBE ALS SCHULEN DES SOZIALISMUS, DARGESTELLT AM BEISPIEL DES VEB CHEMIEKOMBINAT BITTERFELD

Dissertation A (13. Mai 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um die Vernichtung des deutschen Imperialismus und um die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands: Die revolutionäre Umwälzung im Osten Deutschlands - ein untrennbarer Bestandteil des revolutionären Weltprozesses. Die ersten Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht zur Wiedereingangssetzung der Betriebe. Die Zerschlagung des IG-Farben-Konzerns - Die Entstehung der SAG-Betriebe. Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Bündnisses mit demokratischen Kräften. Demontage und Reparationen. Der Befehl Nr. 234. Der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung
2. Die allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands und der Übergang zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR: Der Kampf um die Durchsetzung eines neuen Arbeitsbewußtseins; Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung; Das Erfindungs- und Vorschlagswesens; Produktionsberatungen; Die Bildung von Brigaden; Die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen; Der Aktivisten-Plan; Der Betriebskollektivvertrag. Die SED-Betriebsgruppen im EKB und in der Farbenfabrik Wolfen und die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs. Die Schaffung eines festen Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz. Die Auswirkungen der imperialistischen Spaltungspolitik und die Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder bei der Abwehr des Wirtschaftskrieges gegen die DDR. Die Übermittlung sowjetischer Erfahrungen auf dem Gebiet der Leitungstätigkeit. Die Übergabe der SAG-Betriebe in die Hände des deutschen Volkes

Eva Driescher

VERÄNDERUNGEN AN GEWÄSSERN IN HISTORISCHER ZEIT. EINE UNTERSUCHUNG IN TEILGEBIETEN DER BEZIRKE POTSDAM, FRANKFURT UND NEUBRANDENBURG

Dissertation A (22. 3. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Problemstellung, Aufgabe, Ziel und Nutzen der Arbeit. Grundzüge der Entwicklung des Gewässernetzes. Zur historischen Entwicklung im Untersuchungsraum

2. Veränderungen an Flußläufen und Seen im Einzugsgebiet der Oberen Havel: Obere Havel (Das Havelgebiet bis Fürstenberg, Verbindungen zwischen Havel und Müritz, Die Havel von Fürstenberg bis Spandau), Lychener Gewässer (Der Wasserlauf zwischen Stolp-See und Boitzenburger Haus-See, Die Feldberger Seen, Seen um Lychen und Himmelfort, Seen im Bereich zwischen Gr. Küstrin-See und Boitzenburger Haus-See), Templiner Gewässer (Der Templiner Kanal und seine Zuflüsse, Seen um Templin), Das Döllnfließ, Die Brieser, Wentowgewässer und Polzow-Kanal, Welse oder Welsen-Graben, Ruppiner Kanal, Muhre, Fließgraben und Teschendorfer Graben
3. Veränderungen an Flußläufen und Seen im Einzugsgebiet der Unteren Havel: Havelstrom und Seen (Das Gebiet der Unteren Havel zu Beginn des zweiten Jahrtausends u. Z., Die Havel als Schifffahrtsweg, Seen im Gebiet der Unteren Havel, Die Insel Potsdam und ihre Umgebung, Die Havelmündung), Das Havelländische Luch und seine Kanäle (Emstergewässer, Der Teltow-Kanal)
4. Der Bereich zwischen dem linksseitigen Einzugsgebiet der Oberen Havel, dem Oder-Randow-Tal und dem Eberswalder Tal: Aus dem Einzugsgebiet der Oberen Ucker, Seen zwischen der Oberen Ucker und der Randow, Bemerkungen zur Randow, Veränderungen im Gebiet der Oberen Welse, Das linksseitige Einzugsgebiet der Unteren Finow
5. Wasserläufe im Eberswalder Tal: Der Finow-Kanal, Der Oder-Havel-Kanal, Abflußverhältnisse im Eberswalder Tal vor dem Bau der Kanäle
6. Hoher Barnim, Lebuser Hochfläche und Wasserläufe im Berliner Urstromtal zwischen Oder und Havel: Das Einzugsgebiet der Oberen Finow, Stobberow, Löcknitz, Wasserläufe und Seen auf der Barnimer und Lebuser Hochfläche, Rechte Zuflüsse zur Unteren Spree (Rüdersdorfer Gewässer, Fredersdorfer Fließ, Neuenhagener Fließ, Wuhle und Panke), Die Untere Spree, Die Oder-Spree-Kanäle (Der Kaiser-Graben, Der Friedrich-Wilhelm-Kanal, Der Oder-Spree-Kanal)

Reinhard Dülsner

PROBLEME DER RATIONALISIERUNG UND DES WISSENSCHAFTLICH-  
TECHNISCHEN FORTSCHRITTS IM SOZIALISMUS - EIN BEITRAG ZUR  
ANALYSE DER ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE

Dissertation A (27. 4. 1973)

Bergakademie Freiberg

1. Darstellung der Rationalisierung, unabhängig von bestimmten, konkret-historischen Produktionsverhältnissen
2. Das Wesen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der wissenschaftlich-technischen Revolution aus der Sicht der Produktivkräfteentwicklung: Der technische Fortschritt (allgemeine Charakteristik, Gesetzmäßigkeiten), Die Entwicklung der Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft und die Wandlung des technischen Fortschritts, Der wissenschaftlich-technische Fortschritt (Wesensmerkmale, Gesetzmäßigkeiten der Effektivitätsveränderung, Etappen, die Entwicklung der Produktivkräfte), Die wissenschaftlich-technische Revolution - ein Bestandteil des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Ursachen und Besonderheiten der wissenschaftlich-technischen Revolution, wesentliche Merkmale ihres Inhalts)

3. Die Rationalisierung unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln: Die sozialistische Rationalisierung, Ihr Wesen, Das Gesetz der Ökonomie der Zeit und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, Die Bedeutung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Helga Eichler

DIE PREUSSISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZWISCHEN 1740 UND 1812 - UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG IHRER BEDEUTUNG FÜR DIE ENTWICKLUNG DER GEWERBLICHEN PRODUKTIVKRÄFTE

Dissertation A (16. 9. 1974)

Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin

1. Die Stellung der Akademie in Staat und Gesellschaft (Akademien im Manufakturzeitalter, im absolutistisch-preußischen Staat, Die wissenschaftliche Wirksamkeit der Preußischen Akademie - Abhandlungen, Gutachten, Preisaufgaben)
2. Die Beschäftigung der Preußischen Akademie mit Fragen der Ökonomie und Praxis und ihr Einfluß auf die Entwicklung der gewerblichen Produktivkräfte

Einige Grundzüge der gewerblichen Entwicklung und die Preußische Akademie der Wissenschaften: Die neue Akademie und das preußische Gewerbe von 1740 bis 1763; Euler, die Mitglieder der physikalischen Klasse und die technische Vortragstätigkeit der Akademie; Die Förderung des Seidenbaus, der Lohgerberei und des Instrumentenbaus durch die akademische Gutachtertätigkeit; Mathematisch-naturwissenschaftliche und philosophische Preisaufgaben der Akademie

Die starke Einbeziehung der Akademie in den Wiederaufbau der preußischen Wirtschaft nach dem Siebenjährigen Krieg 1764 bis 1788: Preußisches Rétablissement und naturwissenschaftlich-technische Abhandlungen der Akademie, Akademische Gutachten über Maschinenprojekte, wissenschaftliche Instrumente und neue Roh- und Ersatzstoffe; Technologische, gewerbliche und wirtschaftlich-praktische Preisthemen der Preußischen Akademie; Gewerbliche und wirtschaftlich-praktische Preisschriften (Die Holzeinsparung, Der Chausseebau, Die Gerberei)

Einwirkungen der Akademie auf das Wirtschaftsleben von 1789 bis 1812: Fragen der gewerblichen Produktivkräfte in den Plenarveranstaltungen der Akademie, Wissenschaftliche Gutachtertätigkeit im Dienste der Gewerbeförderung, Akademische Preisaufgaben und die Entwicklung der gewerblichen Produktivkräfte

Klaus Engelhardt / Karl-Heinz Heise

ZUR STELLUNG DES MILITÄRISCH-INDUSTRIELLEN KOMPLEXES IM STAATSMONOPOLISTISCHEN HERRSCHAFTSSYSTEM

Dissertation B (22. 11. 1973)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zur politisch-strategischen und ökonomischen Interessenlage des Militär-Industrie-Komplexes im staatsmonopolistischen Kapitalismus: Die gegenwärtige strategische Lage des Imperialismus, Triebkräfte und Erscheinungsformen der Aggressivität und des Militarismus, Zur Funktion des Militär-Indu-

- strie-Komplexes in der imperialistischen Gesamtstrategie, Anpassung der Entwicklungsformen des Militär-Industrie-Komplexes an die gegenwärtige strategische Lage des Imperialismus
2. Zur Rolle der Profitinteressen des Rüstungskapitals im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem: Die allgemeinen Grundlagen und spezifischen Bedingungen der Kapitalverwertung im Rüstungssektor (Staatliche Vorfinanzierung des Kapitalaufwandes, Erstattung der wissenschaftlichen Vorleistungen, Extrem niedrige Eigenkapitalbasis und hochgradige Verwertung des Aktienkapitals, Hoher Zentralisierungsgrad der Verfügungsgewalt über gesellschaftliches Kapital im Rüstungssektor). Zur Rolle der Profitinteressen des Rüstungskapitals bei der Entfaltung des militärisch-industriellen Komplexes. Der Widerspruch zwischen den partiellen Profitinteressen des Rüstungskapitals und den kollektiven Verwertungsansprüchen des Monopolkapitals. Gegenwärtige Versuche zur Modifizierung der staatlich garantierten Profitbedingungen des Rüstungskapitals und ihre Auswirkungen
  3. Zur Rolle der Zentralisation des Rüstungskapitals in der BRD: Die machtpolitischen und ökonomischen Grundlagen der forcierten Zentralisation des Rüstungskapitals. Formen, Ausmaß und Bedeutung der Zentralisation des Rüstungskapitals
  4. Zur Rolle der Rüstungsforschung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem: Die machtpolitische Funktion der Rüstungsforschung und deren Entwicklungstendenzen. Einflüsse der Rüstungsforschung auf die Machtstruktur des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Die Forschungsstrategie der BRD im Zeichen divergierender und ständig anwachsender Anforderungen an das begrenzte Forschungspotential

Norbert Faix

DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER TIERZUCHTGEMEINDE FISCHBECK UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER RINDER-STAMMZUCHTGENOSSENSCHAFT

Dissertation A (17. 3. 1971), Humboldt-Universität zu Berlin

4. Allgemeines über Fischbeck: Geographische Lage, Klima, Boden, Verkehrstechnische Lage
5. Die geschichtliche Entwicklung der Gemeinde Fischbeck bis zur Gründung der Rinderstammzuchtgenossenschaft im Jahre 1876
6. Die Entwicklung der Zuchtgemeinde Fischbeck seit 1876: Die historische Situation, Die Stammzuchtgenossenschaft Fischbeck; Voraussetzungen und Ursachen für die Gründung; Züchterische Maßnahmen; Allgemeiner Leistungsstand der Rinderzucht, Die Fischbecker Molkereigenossenschaft, Die Pferdezuchtgenossenschaft Fischbeck, Die Stammzuchtgenossenschaft Fischbeck und der Herdbuchverband der Schwarzbuntzüchter Sachsen-Anhalt e. V. Die Rinderzuchtgemeinde nach 1945; Kriegsschäden; Die demokratische Bodenreform; 75 Jahre "Stammzuchtgenossenschaft Fischbeck"; Die Gründung der LPG "Roter Oktober" Fischbeck; ihre Entwicklung
7. Ausblick auf die weitere Entwicklung der LPG "Roter Oktober" Fischbeck

Marion Omar Farouk (Sluglett)

DER WANDEL DER PRODUKTIONS- UND MACHTVERHÄLTNISSE AUF DEM  
LANDE IM IRAK UNTER DER BRITISCHEN KOLONIALHERRSCHAFT 1914  
BIS 1932

Dissertation A (4. 4. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Entwicklung der Produktions- und Machtverhältnisse auf dem Lande im Zweistromland unter der Türkenherrschaft 1856 bis 1914: Die Grundzüge der Produktionsverhältnisse und der Gesellschafts- und Machtstruktur im Zweistromland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - die türkische Bodengesetzgebung. Die zunehmende Einbeziehung des Zweistromlandes in die kapitalistische Weltwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Produktions- und Machtverhältnisse auf dem Lande 1856 bis 1914
2. Das Zweistromland unter der britischen Kolonialherrschaft 1914 bis 1932: Die britische Militärherrschaft im Zweistromland 1914 bis 1921. Die Errichtung und Entwicklung einer konstitutionellen Monarchie unter der kolonialen Mandats Herrschaft Großbritanniens
3. Die Bildung und Konstituierung des privaten Großgrundbesitzes im Zweistromland 1914 bis 1932: Die beginnende Bildung des privaten Großgrundbesitzes auf dem Lande während und nach dem 1. Weltkrieg. Die Konstituierung des privaten Großgrundbesitzes als die herrschenden Produktionsverhältnisse auf dem Lande 1921 bis 1926. Die Konsolidierung und Entwicklung des privaten Großgrundbesitzes im Zusammenhang mit der Einführung der maschinellen Bewässerungspumpe 1926 bis 1932. Der private Großgrundbesitz als das innere Haupthemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Lande. Die weitere Stärkung der Positionen des privaten Großgrundbesitzes unmittelbar nach der Aufgabe der Mandatsform der britischen Kolonialherrschaft 1932. Zu einigen Fragen der gegenwärtigen Probleme auf dem Lande

Peter Fliether

STELLUNG UND ROLLE DER INTELLIGENZ IM KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSPROZESS, DARGESTELLT UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER CHEMISCHEN INDUSTRIE

Dissertation A (10. 1. 1975)

Technische Hochschule für Chemie "Carl Schorlemmer" Leuna-Merseburg

1. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und seine Auswirkungen auf die lebendige und vergegenständlichte Arbeit im Kapitalismus: Allgemeine Charakteristika der neuen Rolle der Wissenschaft. Zur spezifischen Rolle der geistigen Arbeit im wissenschaftlich-technischen Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen. Zweigspezifische Probleme der Chemieindustrie bei der Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft. Zur "Meisterung" der wissenschaftlich-technischen Revolution unter staatsmonopolistischen Bedingungen
2. Zur Einordnung der Intelligenz in die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft: Zum Klassen- und Schichtbegriff. Über den Begriff des Lohnarbeiters. Zur Bedeutung des Marx'schen "gesellschaftlichen Gesamtarbeiters"



3. Intelligenz als Lohnarbeiter des Kapitals: Tendenzen der Annäherung der Lohnintelligenz an die Arbeiterklasse. Die besondere Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Zu einigen Besonderheiten der Stellung der Lohnintelligenz im kapitalistischen Produktionsprozeß (Entlohnung, Leitung, Veränderungen in der sozialen Herkunft)
4. Bündnismöglichkeiten der Arbeiterklasse mit der Lohnintelligenz unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen

Heidrun Füchsel

DER II. PARTEITAG DER SED, DER BEFEHL NR. 234 DER SMAD VOM 9. OKTOBER 1947, SEINE VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG SOWIE SEIN PLATZ IN DER GESCHICHTE DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHEN, ANTIIMPERIALISTISCHEN UMWÄLZUNG IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE, DIE ZUSAMMENARBEIT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN KRÄFTE MIT DER SMAD

Dissertation A (11. 6. 1976)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Der II. Parteitag der SED - das Programm für die weitere Durchsetzung der antifaschistisch-demokratischen, antiimperialistischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone
2. Die Zusammenarbeit von SMAD und deutschen antifaschistisch-demokratischen Kräften zur Vorbereitung des Befehls Nr. 234 der SMAD. Zu einigen Hauptthesen der imperialistischen Historiographie über die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und den Befehl Nr. 234 der SMAD. Zum Wirken der ökonomischen Gesetze in der antifaschistisch-demokratischen, antiimperialistischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone
3. Die Verwirklichung der wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben des II. Parteitages der SED und des Befehls Nr. 234 der SMAD: Die Aktivitäten der zentralen Organe (SED, Gewerkschaften, DWK, Zentralverwaltungen, Länder). Die Befähigung der Betriebsgruppen der SED zur Lösung der wirtschaftspolitischen Aufgaben. Die Verwirklichung der Beschlüsse des II. Parteitages der SED und des Befehls Nr. 234 der SMAD in der Industrie und die Befähigung der Arbeiterklasse zur weiteren Lösung der Produktionsaufgaben (Produktionsberatungen, Volkskontrolle, Kampf gegen den schwarzen Markt, neue Arbeitsordnung, Einführung des Leistungsprinzips, Verwirklichung der sozialpolitischen Aufgaben, Arbeitsschutz)
4. Zur Entstehung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. Die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der SED und des Befehls Nr. 234 der SMAD bis Anfang 1948

Eckhard Geisler

DIE ENTWICKLUNG DER GEMEINDE IHLENFELD, KREIS NEUBRANDENBURG, VON 1945 BIS 1955

Dissertation A (21. 12. 1973)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Bodenreform und die Schaffung der Neubauernwirtschaften 1945 bis 1949: Die geographische Lage des Dorfes - Bodenverhältnisse und Klimawerte. Der Weg der Ihlenfelder Bauern von der Kolonisation bis zur demokratischen Bodenreform. Die Durchführung und Ergebnisse der demokratischen Bodenreform in Ihlenfeld 1945 und 1946. Die Sicherung und Festigung der Ergebnisse der Bodenreform in Ihlenfeld 1946 bis 1949
2. Die Entwicklung der Neubauernwirtschaften und der sozial-ökonomische Differenzierungsprozeß in den Jahren 1949 bis 1954: Die Veränderung des Bodenbesitzes, Betriebsgrößengruppen und die Entstehung von freien Flächen. Die Entwicklung der Viehbestände. Die Arbeitskräftelage der einzelbäuerlichen Betriebe und Entwicklungstendenzen der Lohnarbeit. Die Marktproduktion der Vieh- und Feldwirtschaft
3. Die Vorbereitung der sozialistischen Umgestaltung in der Gemeinde Ihlenfeld 1949 bis 1955: Die Arbeit der VdGB. Die MAS/MTS und die Anfänge der Brigadearbeit. Die Gründung des Örtlichen Landwirtschaftsbetriebes als Vorstufe der LPG-Bildung und seine Entwicklung 1954 und 1955. Die Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft "Seid bereit" Typ III Ihlenfeld im September 1955

Doris Gläser

STRUKTUR UND ENTWICKLUNGSANALYSEN DER BEVÖLKERUNG, EINE NOTWENDIGE VORAUSSETZUNG FÜR DIE PLANUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT

Dissertation A (6. 6. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Die Bevölkerungszahl und die territoriale Verteilung der Bevölkerung (Stadt und Land, Dichte, Schwerpunkt)
3. Darstellung von Merkmalen zur Kennzeichnung der Bevölkerung: Die Altersstruktur. Die Geschlechtsstruktur. Die Haushaltsstruktur. Die Klassenstruktur
4. Die natürliche Bevölkerungsbewegung
5. Die Binnenwanderung der Bevölkerung

Ursula Grabs

DER KAMPF UND DIE LEISTUNGEN DER SED-LANDESPARTEIORGANISATION SACHSEN ZUR HERAUSBILDUNG EINER NEUEN WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN INTELLIGENZ AUS DEN REIHEN DER ARBEITERKLASSE UND DES WERKTÄTIGEN VOLKES MIT DER DURCHSETZUNG DES ARBEITERSTUDIUMS IM LANDE SACHSEN 1945 BIS 1949

Dissertation A (25. 6. 1974)

Technische Universität Dresden

1. Die Herausbildung einer neuen wissenschaftlich-technischen Intelligenz aus der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung
2. Der Kampf der SED um die Entwicklung des Arbeiterstudiums als Voraussetzung für die Schaffung einer neuen Intelligenz aus der Arbeiterklasse in den ersten Jahren des Neubeginns 1945 bis 1947: Die politisch-ideologische und organisatorische Arbeit der SED-Landesparteiorganisation Sachsen für die Vorbereitung und den Beginn des Arbeiterstudiums, Die Vorkurse zur Vorbereitung für das Hochschulstudium und ihre Umwandlung in Vorstudienanstalten, Die finanzielle Sicherstellung des Arbeiterstudiums und die Gründung der Sozialen Studienhilfe (SoSt) im Lande Sachsen, Die Wiedereröffnung und der Neubeginn an den höchsten wissenschaftlich-technischen Bildungsstätten im Lande Sachsen
3. Die Notwendigkeit einer neuen Qualität des Arbeiterstudiums mit dem Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung, Mitte 1948 bis Ende 1949: Die Notwendigkeit der politisch-ideologischen Festigung der SED-Betriebsgruppen an den Hochschulen in der neuen Phase des Kampfes um die bewußte und planmäßige Weiterführung der revolutionär-demokratischen Umwälzung, Die Verschärfung der Angriffe reaktionärer bürgerlicher Kreise gegen das Arbeiter- und Bauern-Studium, Die weitere Förderung des Arbeiterstudiums mit der Annahme des Zweijahrplanes und der Erweiterung und Festigung der Beziehungen zwischen den volkseigenen Betrieben und den Arbeiterstudenten (Der wachsende Einfluß der Aktivisten- und Hennecke-Bewegung auf die Heranbildung einer neuen wissenschaftlich-technischen Intelligenz aus der Arbeiterklasse), Der Kulturplan der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. 3. 1949 und die ersten Schritte seiner Realisierung auf dem Gebiete des Hochschulwesens (Die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, eine höhere Entwicklungsstufe des Arbeiter- und Bauern-Studiums)

Siegfried Griesa

DIE GÖRITZER GRUPPE UND IHRE STELLUNG IN DER FRÜHEN EISENZEIT IM GEBIET DER UNTEREN WARTA

Dissertation A (13. 12. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Naturlandschaftliche Voraussetzungen, Forschungsstand und Quellenlage, Aufgaben- und Zielstellung
2. Fundgattungen: Gräberfelder, Siedlungen, Opferplätze, Hort- und Einzelfunde
3. Fundgegenstände: Keramik, Zum Verhältnis von Siedlungs- und Grabkeramik, Bronzegefäße, Trachtbestandteile und Schmuck, Toilettegeräte, Waffen, Ar-

beitsgeräte (Messer, Beile, Äxte und Hämmer, Meißel, Pfiemen, Sichel, Mahl- und Reibsteine, Spinnwirtel und Webgewichte), Zaumzeug

4. Herausbildung und Verbreitung der Göritzer Gruppe
5. Chronologie
6. Wirtschaftliche Verhältnisse: Produktion; Nahrungsmittelproduktion (Ackerbau, Viehzucht, Jagd, Fischfang und Sammelwirtschaft); Gebrauchsgüterproduktion (Töpferei, Spinnen und Weben, Holz-, Knochen- und Lederverarbeitung, Eisenproduktion [?] und Metallverarbeitung), Produktaustausch
7. Gesellschaftliche Verhältnisse und ideologische Vorstellungen
8. Archäologisch-kulturelle Beziehungen der Göritzer Gruppe zu den räumlich angrenzenden früheisenzeitlichen Kulturen und Gruppen
9. Zum Problem des Verbleibs der Träger der Göritzer Gruppe

Joachim Herrmann

## DIE ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DES VOLKSEIGENEN ÖFFENTLICHEN GÜTERKRAFTVERKEHRS IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK VON 1949 BIS 1970

Dissertation A (9. 12. 1974)

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden

1. Zur Lage des öffentlichen Güterkraftverkehrs nach Kriegsende und seiner Wiederbelebung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone bis 1948
2. Die Entwicklung des Eigentums und der sozialistischen Betriebswirtschaft im volkseigenen öffentlichen Güterkraftverkehr von 1949 bis 1970: Die Entwicklung des Volkseigentums im öffentlichen Güterkraftverkehr (Herausbildung der erweiterten Reproduktion des Volkseigentums, Verhältnis des volkseigenen öffentlichen Güterkraftverkehrs zum sozialistischen Werkverkehr, Zusammenarbeit mit dem privaten Güterkraftverkehr). Die Entwicklung der sozialistischen Betriebswirtschaft (Veränderungen in der Verwaltungs- und Leitungsstruktur, Vervollkommnung der betrieblichen Planung sowie der wirtschaftlichen Rechnungsführung, Grundzüge der Transportpreisentwicklung, Verbesserung der Organisation der Produktion durch Konzentration, Spezialisierung, Kooperation und Kombination, verbesserte Nutzung der Transportmittel durch sozialistische Rationalisierung, Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs)
3. Die Entwicklung des volkseigenen öffentlichen Güterkraftverkehrs hinsichtlich der Arbeitskräftesituation, der materiell-technischen Basis und der Transporttechnologien
4. Die Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs (wirtschaftspolitische und organisatorische Aspekte, Transportmengen, Fahrzeugpark)

Ulrich Hoffmann

GRUNDLEGENDE PROBLEME DER BÜRGERLICHEN GELD- UND KREDIT-  
POLITIK UND -THEORIE IM HEUTIGEN KAPITALISMUS

Dissertation B (13. 3. 1975)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Erscheinungsformen der Geld- und Kreditentwicklung im Prozeß zyklischer und chronischer Krisenerscheinungen des Kapitals im heutigen Monopolkapitalismus und die Versuche ihrer staatsmonopolistischen Regulierung: Erscheinungsformen und Ursachen der zyklischen Krise im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Grundlegende Beziehungen zwischen den Überproduktionskrisen des Kapitals und den Geld- und Kreditkrisen (zur Inflation), Versuche zur Regulierung der zyklischen Entwicklung des Kapitals über die Geldpolitik der Zentralbank (Ziele, Wirkungsmöglichkeiten, Wirkungsweise, Methoden: Offenermarktpolitik, Diskontpolitik, Mindestreservepolitik; Resultate); Darstellung der Entwicklung in der BRD
2. Die Wirkungsbedingungen der Kategorien Geld und Kredit im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals: Die Einordnung des Kredits in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals, Das fiktive Kapital, Das Problem des monetären Indikators

Ronny Kabus

DIE KONSTITUIERUNG DES GÖRLITZER PROLETARIATS IM VERLAUF DER  
INDUSTRIELLEN REVOLUTION - EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DER  
ÖKONOMISCHEN, SOZIALEN UND POLITISCH-IDEOLOGISCHEN FORMIERUNG  
DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE

Dissertation A (24. 4. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

I Die ökonomische Konstituierung des Görlitzer Proletariats

1. Die gewerbliche Produktion in Görlitz bis zum Beginn der industriellen Revolution (erstes Drittel des 19. Jh.); Die Entwicklung der kleinen Warenproduktion, Erste Elemente industriekapitalistischer Produktion im Görlitzer Tuchgewerbe, Auswirkungen der beginnenden maschinellen Produktion auf die Produzenten
2. Die ökonomische Konstituierung des Görlitzer Textilproletariats von 1834 bis 1873: Der Verfall der alten Produktionsweise im Tuchgewerbe 1834 bis 1849; Die Herausbildung eines modernen Fabrikproletariats in der entstehenden Görlitzer Textilindustrie; Vergleichender Überblick über die Entwicklung der Wollweberei, Wollspinnerei und Appretur; Ergebnisse des Proletarisierungsprozesses am Ende der ersten Phase der industriellen Revolution, Die Durchsetzung der Fabrikproduktion (Anfang der fünfziger Jahre bis 1873)
3. Die ökonomische Konstituierung des Görlitzer Maschinenbauproletariats in der zweiten Phase der industriellen Revolution: Die Herausbildung eines Fabrikproletariats in der Lüdersschen Wagenbauanstalt, Die Herausbildung weiterer Maschinenfabriken und ihrer industriellen Lohnarbeiterschaft, Die örtliche Maschinenbau- und Textilindustrie sowie ihre Fabrikarbeiterschaft im Vergleich



4. Quantifizierung des örtlichen Proletariats am Ausgang der industriellen Revolution

## II Die soziale Konstituierung des Görlitzer Proletariats

1. Einige grundsätzliche Bemerkungen zum Forschungsstand und zur Quellenproblematik
2. Der soziale Ursprung des Görlitzer Proletariats: Zur Problematik der Bestimmung der sozialen Herkunft anhand der Berufs- und Tätigkeitsbezeichnungen. Zur sozialen Herkunft der untersuchten proletarischen Berufs- und Tätigkeitsgruppen im Gesamtzeitraum von 1841 bis 1873. Die Mobilität innerhalb der Herkunftsbeziehungen und die Herausbildung eines "erblichen" Proletariats
3. Die Entstehung von Arbeiterfamilien und der proletarischen Familiengemeinschaft
4. Die Widerspiegelung der sozialen Integration der untersuchten Görlitzer Arbeitergruppen in die gemeinsame Klasse am Beispiel ihrer sozialen Perspektivlosigkeit und ihres Wohnbildes

## III Die politisch-ideologische Konstituierung des Görlitzer Proletariats

1. Die Anfänge spontaner Klassenbewegungen des Görlitzer Proletariats in der ersten Phase der industriellen Revolution
2. Der politisch-ideologische Entwicklungsstand und die Organisationsformen des Görlitzer Proletariats von Anfang der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre
3. Der Anschluß an die politische Bewegung der deutschen Arbeiterklasse und die Herausbildung gewerkschaftlicher Organisationen des Görlitzer Proletariats im Prozeß der bewußten Klassenausensetzung mit der Bourgeoisie und der Parteibildung ab Ende der sechziger Jahre (1868 bis 1877)

Irmgard Koch

### DIE VERMÖGENSVERHÄLTNISS E CICEROS. EINE UNTERSUCHUNG ZU DEN WIDERSPRÜCHEN ZWISCHEN ÖKONOMISCHER GRUNDLAGE UND GESELLSCHAFTLICHEM ÜBERBAU ZUR ZEIT DER AUSGEHENDEN RÖMISCHEN REPUBLIK

Dissertation A (4. 6. 1974)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Die ökonomische Grundlage der römischen Republik: Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion in Rom
2. Die ökonomische Struktur der römischen Gesellschaft in ihrer Widersprüchlichkeit: Die Epoche der patriarchalischen Sklaverei, die der warenproduzierenden Sklaverei. Der Widerspruch zwischen Sklavenhalter und Sklave als Grundwiderspruch zwischen Freien und Unfreien. Die Widersprüche innerhalb der freien Bevölkerung Roms (kleiner und großer Grundbesitz, Patrizier und plebejische Grundbesitzer)
3. Die Vermögensverhältnisse Ciceros: Tabellarische Übersicht über Ciceros Privatleben und seine gesellschaftliche Stellung; Attikus als Berater Ciceros und Verwalter seines Vermögens. Die Erwerbsquellen Ciceros: Heiraten,

Haus- und Grundbesitz, Erbschaften; Sklavenbesitz; pekuniäre Manipulationen entsprechend der gesellschaftlichen Stellung (Schuldner, Gläubiger). Der Gebrauch des ciceronischen Vermögens (Politik: politische Karriere; Gerichtliche Tätigkeit: Sachwalter; Wissenschaft: Allgemeines zur Bildung in Rom, Ciceros Bildungsweg, die Bildung des Sohnes, Cicero als Lehrer; Kultur: Schriftsteller)

Eveline Kolloch

STELLUNG UND ROLLE DER KAPITALMÄRKTE IN DER KAPITALISTISCHEN WELTWIRTSCHAFT UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE MOBILISIERUNG VON MITTELN DURCH DIE BANKEN DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER

Dissertation A (9. 1. 1975)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Der nationale Kapitalmarkt im kapitalistischen Reproduktionsprozeß: Wesen und Wirkungsbereich des nationalen Kapitalmarktes. Der Funktionsmechanismus des nationalen Kapitalmarktes
2. Die zwischenstaatlichen Kapitalmarktbeziehungen: Die Bedeutung des internationalen Kapitalmarktes, Probleme und Tendenzen der zwischenstaatlichen Kapitalmarktbeziehungen (ihre Regulierung, Herausbildung des EWG-Kapitalmarktes). Zu einigen Faktoren und Tendenzen, die das Zinsniveau am internationalen Kapitalmarkt bestimmen
3. Die besondere Stellung des Euro-Kapitalmarktes: Struktur und Funktionsmechanismus des Euro-Kapitalmarktes (Entstehung, Emissionsmechanismus). Die Spezifika der Euro-Anleihen (Formen, Währungen). Die besondere Rolle und Perspektive des Euro-Kapitalmarktes innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschafts- und Währungssystems
4. Probleme der Mobilisierung von Mitteln am internationalen Kapitalmarkt durch die Banken der sozialistischen Länder: Politische und ökonomische Aspekte des Auftretens sozialistischer Banken am internationalen Kapitalmarkt. Die Möglichkeiten der Mobilisierung von Mitteln am internationalen Kapitalmarkt über die Emission von Anleihen (Voraussetzung und Bedingungen, Risiken). Probleme des Nutzeffekts der Aufnahme und des Einsatzes von Anleihemitteln

Heinz Kroske / Gert Kück

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND INTEGRATION VON ENTWICKLUNGSLÄNDERN. STUDIEN ZUR THEORETISCHEN PROBLEMATIK UND ZUM PRAKTISCHEN VERLAUF

Dissertation B (4. 7. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern als objektiver Prozeß
2. Die Wirkung innerer gesellschaftlicher Faktoren auf die Charakterbestimmung und die Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern: Politische Voraussetzungen, unterschiedliche sozialökonomische Verhältnisse, ideologische Konzeptionen, Vorteile für alle Part-

ner?. Die auf den gesellschaftlichen Fortschritt orientierte Entwicklung als günstigste Basis der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration

3. Imperialismus und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern: Neokolonialismus und wirtschaftliche Entwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Ausnutzung der Tendenz zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern durch den Imperialismus, Freihandelszonen und Gemeinsame Märkte, Bürgerliche Theorien und die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern
4. Die Beziehungen der sozialistischen Gemeinschaft zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Bestimmungsfaktor ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration: Grundsätzliche Bemerkungen, Formen und Umfang, Grundlegende Aspekte des Verhältnisses zwischen der sozialistischen ökonomischen Integration und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern. Zur zukünftigen Gestaltung der ökonomischen Beziehungen zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und Entwicklungsländern unter dem Blickpunkt ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration
5. Einfluß und Wirkungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern auf wichtige volkswirtschaftliche Bereiche und Prozesse: Die von den Entwicklungsländern fixierten Zielvorstellungen - eine Analyse von Verträgen und Vereinbarungen, Der Intrahandel der Entwicklungsländer, Zur Rolle der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern im Prozeß ihrer Industrialisierung, Planung im regionalen Rahmen: Utopie oder Chance? Regionale Finanzinstitutionen - Formen, Wesen, Ziele, Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Entwicklungsländern auf regionaler Ebene, Infrastruktur und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern

Anhang: Regionale wirtschaftliche Gruppierungen und ökonomisch relevante Zusammenschlüsse von Entwicklungsländern (Übersicht)

Hans-Peter Kruse

## ERGEBNISSE DER ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN MEXIKO UNTER DEM EINFLUSS DES AUSLÄNDISCHEN KAPITALS

Dissertation A (1974)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" in Berlin

1. Historische Aspekte der Einflüsse des Auslandskapitals auf die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Mexiko
2. Charakteristik der Produktionsverhältnisse der mexikanischen Gesellschaft: Zur Entwicklung der Grundklassen der mexikanischen Gesellschaft; Die Rolle des staatskapitalistischen Sektors bei der Herausbildung der Klassen; Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der Industrie und der Einfluß des Auslandskapitals; Die Agrarbourgeoisie; Das Finanzkapital und die Herausbildung monopolistischer Tendenzen; Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse und des Bevölkerungswachstums; Die Einkommensverteilung und ihre Konsequenzen, Das ausländische Kapital in der Wirtschaft Mexikos und die "Mexikanisierungspolitik" der Regierung
3. Struktur und Entwicklungstendenzen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts

4. Entwicklung einzelner Bereiche der Industrie (extraktive, Chemieindustrie, Maschinenbau)
5. Widersprüche in der mexikanischen Außenwirtschaft: Die Entwicklung der Außenwirtschaft, der Warenstruktur des Außenhandels und die Territorialstruktur des Außenhandels

Hans-Jürgen Küchler

DIE ENTWICKLUNG DER ERKENNTNISSE VON KARL MARX UND FRIEDRICH ENGELS ÜBER DAS MEHRWERTGESETZ ALS GRUNDLEGENDES ÖKONOMISCHES BEWEGUNGSGESETZ DES KAPITALISMUS

Dissertation A (9. 1. 1975)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Das Aufdecken der Eigentumsfrage als Grundfrage der Bewegung in den 40er Jahren des 19. Jh. - Voraussetzung für die Erkenntnis des Mehrwertgesetzes: Die Begründung des materiellen Charakters der Arbeit - ein wichtiger Schritt für die Klärung der Rolle der Eigentumsverhältnisse. Die Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch Marx und Engels in der zweiten Hälfte der 40er Jahre
2. Die Erforschung und Darstellung des Mehrwertgesetzes als grundlegendes ökonomisches Bewegungsgesetz des Kapitalismus durch Marx und Engels (in den 50er und Anfang der 60er Jahre): Die theoriegeschichtliche Kritik - Vervollkommnung der theoretischen und methodologischen Voraussetzungen für die Darstellung des Mehrwertgesetzes. Die Darstellung des grundlegenden ökonomischen Bewegungsgesetzes des Kapitalismus in den Bänden des "Kapital". Wesen und Erscheinung des Mehrwertgesetzes im Kapitalismus der freien Konkurrenz; Die Bewegung des Mehrwertgesetzes im Kapital als prozessierender Wert; Die Erfassung des Mehrwertgesetzes in seiner Einheit von Qualität und Quantität
3. Die Vervollkommnung der Erkenntnisse über das grundlegende ökonomische Bewegungsgesetz des Kapitalismus im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts durch Friedrich Engels: Zur Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital und zum beginnenden Prozeß der Bildung imperialistischer Monopole. Friedrich Engels über den Grundwiderspruch und sein Verhältnis zu anderen Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise. Friedrich Engels über neue Erscheinungen in der Wirkungsweise des Mehrwertgesetzes im heranreifenden Monopolkapitalismus
4. Über den Beitrag W. I. Lenins zur Vertiefung und Weiterentwicklung der Erkenntnisse von Karl Marx und Friedrich Engels über das Mehrwertgesetz als grundlegendes ökonomisches Bewegungsgesetz des Kapitalismus (Bis zur Monopoltheorie, Als grundlegendes ökonomisches Bewegungsgesetz im Monopolkapitalismus)

Lutz Kühne

DIE POLITIK DER SED ZUR SCHAFFUNG VON VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN ÜBERGANG ZUR ZENTRALEN WIRTSCHAFTSPLANUNG UND ZUR DURCHSETZUNG DES ZWEIJAHRPLANES 1949/50 ALS PROGRAMM FÜR DIE WEITERE GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG (ANFANG BIS ENDE 1948)

Dissertation A (30. 7. 1976)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Die Politik der SED zur Schaffung von Voraussetzungen für den Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung (Anfang bis Mitte 1948): Notwendigkeit und Möglichkeit der zentralen Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone. Die Politik der SED zur Schaffung eines einheitlichen zentralen Wirtschaftsapparates. Der Prozeß der Weiterentwicklung der Deutschen Wirtschaftskommission
2. Aufgabenstellung und Ziele des Zweijahrplans 1949/50: Veränderungen im internationalen und nationalen Kräfteverhältnis. Zur Aufgabenstellung des Zweijahrplans für die Wiederherstellung und Erweiterung der Produktionsbedingungen. Mittel und Wege zur Erhöhung der Produktion und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das Wesen des Planes. Konterrevolutionäre Vorstöße zur Beseitigung der demokratischen Errungenschaften
3. Der Kampf der SED für die Anerkennung des Zweijahrplanentwurfs als Programm der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung (Mitte bis Ende 1948): Aktivitäten der SED zur verstärkten Anwendung marxistisch-leninistischer Organisations- und Leitungsprinzipien. Aktivitäten in den Gewerkschaften als Schulen der Verwaltung. Einbeziehung breiter antiimperialistischer Kräfte in die Verwirklichung der zentralen Wirtschaftsplanung. Die Erfüllung des Halbjahrplanes 1948 und die Weiterentwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung - Ausdruck der Zustimmung der werktätigen Massen zur Planpolitik der SED

Hristo Melovski

BEITRÄGE ZUR AGRAR- UND SOZIALGESCHICHTE MAKEDONIENS IM 11. UND 12. JAHRHUNDERT, HAUPTSÄCHLICH AUF GRUND DER PRIVILEGIENURKUNDEN DER BYZANTINISCHEN KAISER

Dissertation A (10. 2. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Fragestellung, Quellen, Geschichtliche Übersicht über den Staat Samuels (969 - 1018)
2. Der Großgrundbesitz und seine Ausweitung im 11. und 12. Jahrhundert in Makedonien: Allgemeines über den Großgrundbesitz. Die Institution der Exkuseia. Der kirchliche Großgrundbesitz. Der klösterliche Großgrundbesitz. Eigentumsformen des kirchlichen und klösterlichen Großgrundbesitzes. Die Formen der Vergrößerung des kirchlichen und klösterlichen Großgrundbesitzes. Der weltliche Großgrundbesitz (Der staatlich-kaiserliche, der Großgrundbesitz ausländischer und einheimischer Feudalherren, Struktur und Eigentümer des Großgrundbesitzes)



3. Abhängigkeitsformen der Bauern
4. Formen der Feudalausbeutung: Fronarbeit (Arbeitsrente), Naturalabgaben (Naturalrente), Geldabgaben (Geldrente)
5. Die Widerspiegelung des Klassenkampfes in den untersuchten Privilegienurkunden

Hermann Mertens

UNTERSUCHUNGEN ÜBER WICHTIGE TENDENZEN DES INTERNATIONALEN HANDELS MIT LEBENDVIEH, FLEISCH UND FLEISCHWAREN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER KAPITALISTISCHEN LÄNDER EUROPAS

Dissertation A (7. 12. 1973)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Gegenstand und Zielstellung der Arbeit
2. Die Bedeutung des Fleischhandels im Rahmen des internationalen Handels mit agrarischen Produkten und seine regionalen Schwerpunkte
3. Einschätzung der prognostischen Angaben über Verbrauch und Produktion von Fleisch unter besonderer Berücksichtigung der kapitalistischen Staaten Europas: Zu den Ursachen der wesentlichen Divergenzen zwischen Prognosen und bisheriger Verbrauchsentwicklung und zur Brauchbarkeit von Prognosematerialien, Zur Dynamik der Fleischproduktion in wichtigen Produktionsgebieten und zur Brauchbarkeit der Prognosen über die künftige Entwicklung der Fleischproduktion
4. Tendenzen und Perspektiven der Entwicklung des internationalen Fleischhandels unter besonderer Berücksichtigung der kapitalistischen Staaten Europas: Die mangelhafte Eignung des vorliegenden Prognosematerials als Grundlage einer Einschätzung der künftigen Entwicklung des internationalen Fleischhandels, Die Entwicklung des internationalen Fleischhandels der kapitalistischen Länder Europas seit dem Ende des 2. Weltkrieges, Zu den Verschiebungen der Waren- und Regionalstruktur des internationalen Fleischhandels, Die zunehmende Divergenz zwischen Brutto- und Nettofleischhandel der kapitalistischen Länder Europas und einige ihrer Ursachen, Versuch zur Bestimmung der wichtigsten, die Entwicklung des internationalen Fleischhandels beeinflussenden Faktoren, Mögliche Varianten der Entwicklung des internationalen Fleischhandels der kapitalistischen Länder Europas im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Weltfleischhandels, Die Stellung der sozialistischen Länder Europas im Weltfleischhandel
5. Zu den Preistendenzen im internationalen Fleischhandel
6. Zu den Tendenzen einer umfassenden internationalen Regelung des Fleischhandels
7. Mögliche künftige Entwicklungstendenzen im Welthandel mit Lebendvieh, Fleisch und Fleischwaren

Afraeli Mose

DIE HERRSCHENDE FEUDALKLASSE SANSIBARS UND DIE KAPITALISTISCHEN KOLONIALMÄCHTE. EINE HISTORISCHE STUDIE ZU DEN URSACHEN DER VOLKSREVOLUTION VON 1964

Dissertation A (11. 10. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

0. Die historische Entwicklung Sansibars und der ostafrikanischen Küste bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts
1. Die herrschende arabische Feudalklasse Sansibars
2. Die ökonomische, soziale und politische Struktur der arabischen Feudalklasse Sansibars
3. Der Sklavenhandel in Sansibar
4. Sansibar als Handelszentrum Ostafrikas
5. Die unterdrückte Bevölkerung Sansibars
6. Die Inder in Sansibar: Die indischen Sklavenhalter in Sansibar. Die indische Polizei und die indischen Soldaten in Ostafrika. Die indischen Arbeiter in Ostafrika. Die indischen Schulen in Sansibar
7. Das Wesen der imperialistischen Kolonialpolitik: (u. a.) Die Gründung der Gesellschaft für deutsche Kolonisation (GfdK) und die spezifischen Interessen Deutschlands in Ostafrika. Die Plantagen und der Handel der deutschen Imperialisten in Tanganjika und die Versklavung der afrikanischen Bevölkerung des Landes. Die Unterstützung der englischen Imperialisten für die deutsche Kolonialpolitik in Ostafrika
8. Die Aufteilung Ostafrikas unter den deutschen und englischen Imperialisten
9. Sansibar unter britischer Protektorats Herrschaft
10. Der Kampf der afrikanischen Bevölkerung Sansibars gegen den englischen Imperialismus und gegen die Herrschaft der arabischen Aristokratie in Sansibar.

Fezile Mpendu

AKTUELLE ENTWICKLUNGSPROBLEME DER STAATSMONOPOLISTISCHEN FORSCHUNGSORGANISATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Dissertation A (30. 8. 1974)

Technische Universität Dresden

2. Die wichtigsten Entwicklungstendenzen der staatsmonopolistischen Finanzierung der Forschung und Entwicklung in den USA: Vorbemerkungen zur Gesamtstrukturellen Entwicklung der Forschung und Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Zur Aufwandsentwicklung für die Grundlagenforschung: Einwirkungsmöglichkeiten und -formen des monopolistischen Staates auf die Finanzierung der Grundlagenforschung; Zu strukturellen Trends der Finanzierung der Grundlagenforschung. Zu Entwicklungsproblemen der staatsmonopolistischen Finanzierung der angewandten Forschung und des Innovationsprozesses in den USA; Die ökonomische Problematik der Aufbringung und Verwen-

derung der FE-Mittel während der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus; Die Finanzierung und Rolle der staatlichen Forschungszentren der USA; Zu Hauptrichtungen und Schwerpunkten der Finanzierung der angewandten Forschung und des Innovationsprozesses

3. Probleme der Leitungs- und Organisationsstrukturen der Forschung und Entwicklung in den Vereinigten Staaten: Bemerkungen zur Herausbildung der Forschungsorganisation in den USA. Die Organisationsstruktur der Forschung in den USA; Zum Regulierungsmechanismus der FE im Congress und Präsidialamt der USA; Die militärische Organisation der FE; Die Leitungsstruktur der staatsmonopolistisch organisierten Atom- und Raumfahrtforschung; Zur Funktionsweise des Systems der Organisation der Forschung und Entwicklung und ihre politökonomische Problematik

Christina Müller / Hans-Peter Stübeling

## PROBLEME DER KONZENTRATION UND SPEZIALISIERUNG DES GÜTERKRAFTVERKEHRS IN GROSSTÄDTEN UND BALLUNGSGEBIETEN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER STANDORTPROBLEMATIK

Dissertation A (9. 12. 1974)

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden

1. Konzentration und Spezialisierung - grundlegende Formen der Wirtschaftsorganisation: Das Wesen der Konzentration. Die Konzentration und ihr ökonomischer Nutzen. Das Wesen der Spezialisierung. Die betriebliche Spezialisierung und ihr ökonomischer Nutzen. Die Konzentration und Spezialisierung im Leistungsbereich Güterkraftverkehr des volkseigenen öffentlichen Kraftverkehrs
2. Die Wechselbeziehungen zwischen der Wirtschaftsstruktur im Ballungsraum Dresden und dem Gütertransport im volkseigenen öffentlichen Kraftverkehr: Das Ballungsgebiet - Erörterungen am Beispiel des Ballungsgebietes Dresden Oberes Elbtal. Die Wirtschaftsstruktur im Ballungsgebiet Dresden Oberes Elbtal auf das Transportsystem, insbesondere auf den Aufgabenbereich des volkseigenen öffentlichen Kraftverkehrs. Die Aufgaben des Kraftverkehrsbetriebes Dresden als Stammbetrieb des VEB Kraftverkehrskombinat Dresden und seine Stellung im Ballungsgebiet Dresden. Die Güterströme im Einzugsbereich des Kraftverkehrsbetriebes Dresden und ihr Einfluß auf den Betriebsanlauf des Kraftverkehrsbetriebes. Die Besonderheiten des Ballungsgebietes Dresden Oberes Elbtal und ihre Auswirkungen auf den Betriebsablauf des Kraftverkehrsbetriebes unter besonderer Berücksichtigung seiner Standorte
3. Die Standorte des volkseigenen öffentlichen Kraftverkehrs im Ballungsgebiet: Zum Begriff Standort. Faktoren für eine ökonomisch günstige Standortwahl des volkseigenen öffentlichen Kraftverkehrs. Die Standortbestimmung und ihr Nutzen für den volkseigenen öffentlichen Kraftverkehr
4. Probleme der Wirtschaftlichkeit, Organisation, Technik und Technologie eines zentralen Kraftverkehrshofes des Leistungsbereiches Güterkraftverkehr einer Großstadt bzw. eines Ballungsgebietes

Dissertation A (26. 7. 1973)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Der Charakter der Frauenarbeit in den einzelnen Produktionsweisen: Die vor-kapitalistischen Produktionsweisen. Die kapitalistische Produktionsweise (Manufaktur, Maschinelle Großproduktion, Imperialismus). Die nachkapitalistischen Produktionsweisen: Sozialökonomische Aspekte der Einbeziehung der Frau in den Arbeitsprozeß unter sozialistischen Produktionsverhältnissen; Der Einfluß der demographischen Struktur auf die Entwicklung des Frauenbeschäftigtengrades in der DDR; Die weiblichen altersspezifischen Beschäftigtengrade seit 1964 und ihre mögliche Weiterentwicklung bis 1980
2. Faktoren, die die Einbeziehung der Frau in den Berufsprozeß beeinflussen: Bedürfnisstruktur; Demographische Faktoren (Anzahl der Kinder, Hauptursachen für den sinkenden Einfluß der Anzahl der Kinder: Kinderbetreuungseinrichtungen, Teilzeitbeschäftigung; Alter der Kinder, Alter der Mütter, Entwicklungstendenzen des Einflusses der demographischen Faktoren auf die Frauenbeschäftigung)
3. Demographische Auswirkungen der Einbeziehung der Frau in den Berufsprozeß, Entwicklung der Geborenenziffer und die Fruchtbarkeitsverhältnisse. Zum Zusammenhang zwischen der Berufstätigkeit der Frau und der Entwicklung der Zahl der Geburten
4. Sozialökonomische Maßnahmen als Regulierungsfaktor zwischen ökonomischer und materneller Funktion der Frau. Zur Entwicklung der ökonomischen Maßnahmen. Die Bedeutung der ideologischen Einflußnahme auf die Realisierung eines optimalen Verhältnisses zwischen materneller und ökonomischer Funktionsausübung durch die Frau

Barbara Neumann

BEZIEHUNGEN DER MEISSENER PORZELLAN-MANUFAKTUR ZU POLEN IM 18. JAHRHUNDERT UND DIE ENTWICKLUNG DER POLNISCHEN KERAMIK- UND PORZELLANPRODUKTION DES 18. UND FRÜHEN 19. JAHRHUNDERTS

Dissertation A (24. 5. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Meißener Porzellan in Beziehung zu Polen im 18. Jahrhundert: Ausstrahlungen des Meißener Porzellans nach Polen im 18. Jahrhundert; Kursachsen und Polen im 18. Jahrhundert, Zur Beurteilung der dynastischen Beziehungen, Allgemeine Charakterisierung, Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, Handelsverbindungen, Die Meißener Porzellan-Manufaktur als Wegbereiter zur industriellen Produktion; Annahme der Einflüsse aus Meißen und die Herstellung der polnischen Keramik und des polnischen Porzellans (Bedeutung der filialen Verkaufsstelle des Meißener Porzellans in Warschau, Schenkungen, Betätigung der fremden Arbeitskräfte in der Manufakturproduktion in Polen im 18. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der Keramik- und Porzellanproduktion, Übernahme der Motive, Themen, Ornamente, Farben). Polnische Mo-

tive in der Meißeener Porzellanproduktion des 18. Jahrhunderts, Meißeener Porzellan - ausgeführt auf polnische Bestellung

3. Polnische Keramik und polnisches Porzellan des 18. und frühen 19. Jahrhunderts: Entwicklung der polnischen Keramik und des polnischen Porzellans im 18. Jahrhundert; Geschichtliche, politische, ökonomische und kulturelle Lage Polens um das 17. und 18. Jahrhundert; Gründung der ersten Keramik-Manufakturen in Polen, Übergang zur Porzellanproduktion; Anfänge der polnischen Porzellanproduktion

Rudolf Neumann

## DIE SOZIALÖKONOMISCHEN VERHÄLTNISS E UND DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN DER FORSTWIRTSCHAFT DER BRD UNTER DEN BEDINGUNGEN DES STAATSMONOPOLISTISCHEN HERRSCHAFTSSYSTEMS

Dissertation A (10. 7. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Stellung der Forstwirtschaft in der Volkswirtschaft der BRD
2. Die Waldeigentumsverhältnisse in der BRD: Das Wesen des kapitalistischen Waldeigentums (Merkmale, Waldrente). Die Personalunion von Waldeigentum und Waldbewirtschaftung in der BRD. Die Konzentration der Verfügungsgewalt über den Wald in der BRD in den Händen des Staates und großer kapitalistischer Grundbesitzer. Die Unterordnung der Forstwirtschaft der BRD unter die Interessen des Monopolkapitals mit Hilfe des Forstrechts und der staatlichen Forsthoheit
3. Der kapitalistische Charakter der Forstwirtschaft in der BRD. Die Konzentration der Rohholzproduktion in den forstwirtschaftlichen Großbetrieben; ihre Überlegenheit über die Kleinbetriebe (Arbeitskräfte, Saisonarbeit, Waldflächenstruktur der Betriebe, Holzeinschlag)
4. Die weitere Vertiefung des kapitalistischen Charakters und die Einordnung der Forstwirtschaft der BRD in die Verwertung des Monopolkapitals: Die Entwicklung der forstwirtschaftlichen Produktionstechnik. Der Übergang von der einfachen kapitalistischen Kooperation bzw. kapitalistischen Manufaktur zur maschinellen Großproduktion in der Forstwirtschaft der BRD. Die Entwicklung der Rohholzpreise und die ökonomische Unterordnung der Forstwirtschaft der BRD unter die Profit- und Expansionsinteressen des Monopolkapitals. Die Entwicklung des Einkommens der Forstbetriebe. Die Rolle der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Prozeß der Konzentration der Produktion und des Kapitals in der Forstwirtschaft der BRD
5. Die Verbindung der Forstwirtschaft mit der Landwirtschaft in der BRD; ihre Bedeutung für die bäuerlichen Betriebe
6. Klassenstruktur in der Forstwirtschaft der BRD. Die Stellung der Forstwirtschaft im Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der DKP um eine antimonopolistische Alternative in der BRD



George Bob Opoku

ZIELE UND METHODEN DES NEOKOLONIALISMUS IN GHANA SEIT DER  
ERRICHTUNG DES GHANESISCHEN NATIONALSTAATES BIS ZUM MILITÄR-  
RISCHEN STURZ DER FORTSCHRITTLICHEN REGIERUNG DR. NKRUMAH  
AM 24. FEBRUAR 1966

Dissertation A (27. 2. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Das Wesen und der Inhalt des Neokolonialismus der imperialistischen Hauptmächte als Versuch zur Unterwanderung der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika
2. Zu einigen Maßnahmen der Regierung Dr. Nkrumah im Interesse der Lösung der dringenden wirtschaftlichen Probleme in Ghana: Inhalt, Ziele und Wertung der Bestrebungen der Regierung Dr. Nkrumah zur Überwindung der ökonomischen Auswirkungen der britischen Kolonialherrschaft in Ghana; Probleme der Umwandlung der bestehenden kolonialistisch-staatsmonopolistischen Handelsgesellschaften, Institutionen und Organe in ghanesisch-staatliche Organisationsformen; Die Entwicklung des staatlichen Importhandels und ihre Auswirkung auf die ausländischen Handelsgesellschaften; Zu Problemen der Entwicklung eigener Industriezweige, Einschätzung der Wirksamkeit der Maßnahmen der ghanesischen Regierung gegen die Versuche der imperialistischen Hauptmächte, die ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus zu erhalten und auszuweiten; Die Investitionspolitik der CPP-Regierung; Zu den Problemen des Außenhandels und der Handelspolitik; Zur Importzollpolitik der CPP-Regierung; Die Lizenzpolitik, Die ökonomischen Zielsetzungen und Maßnahmen der ghanesischen Regierung zur Gewährleistung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges mit besonderer Berücksichtigung der Ziele, des Inhalts und der Ergebnisse des Siebenjahrplanes
3. Versuche des britischen Imperialismus zur geistig-kulturellen und politisch-ideologischen Unterwanderung der progressiven Bestrebungen der CPP-Regierung: Die Politik des Neokolonialismus zur Verhinderung der nichtkapitalistischen Entwicklung in Ghana; Die Versuche zur Vergrößerung der ökonomischen Abhängigkeit Ghanas vom Imperialismus; Zu den Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwicklung - die Versuche des Imperialismus zur Ausnutzung der politischen und ökonomischen Schwäche, von Fehlentscheidungen und der teilweisen Inkonsequenz der CPP-Regierung für die Realisierung der Ziele des Neokolonialismus in Ghana, Der Staatsstreich vom 24. Februar 1966
4. Die Lehren und Schlußfolgerungen aus dem militärischen Umsturz der Regierung

Siegfried Pach

EINIGE ASPEKTE DER HERAUSBILDUNG UND DER ROLLE DES STAATSEIGENTUMS AN PRODUKTIONSMITTELN IM IMPERIALISMUS - DARGESTELLT AN DER ENTSTEHUNG UND ROLLE DER AKTIENGESELLSCHAFT SÄCHSISCHE WERKE

Dissertation A (6. 9. 1974)

Bergakademie Freiberg

1. Die Herausbildung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke - Ergebnis des

Wirkens ökonomischer und historischer Gesetzmäßigkeiten: Zur Entstehung und Entwicklung der sächsischen Elektrizitätswirtschaft bis zum 1. Weltkrieg. Die Landeselektrizitätsversorgung von ihren Anfängen bis zur Gründung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke

2. Die Rolle der ASW im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß Sachsens: Die finanzielle und personelle Beherrschung der ASW durch das internationale und deutsche Finanzkapital. Der Einfluß der ASW auf die Entwicklung der materiell-technischen Produktivkräfte, Aneignungs- und Ausbeutungsverhältnisse und die daraus resultierende Deformation der Hauptproduktivkraft, Zur gesellschaftlichen Wirksamkeit der ASW im staatsmonopolistischen System. Der Kampf der revolutionären Arbeiterklasse in den ASW-Betrieben gegen Ausbeutung, Unterdrückung und ideologische Manipulierung

Peter Petschick

ZUR DIALEKTIK VON FÖRDERUNG UND HEMMUNG DER ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVKRAFT WISSENSCHAFT UNTER DEN GEGENWÄRTIGEN STAATSMONOPOLISTISCHEN BEDINGUNGEN IN DER BRD

Dissertation A (18. 4. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der objektive Charakter von Förderung und Hemmung der Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus: Die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte - Ursache ihrer widersprüchlichen Entwicklung. Zur Wirkung des Mehrwertgesetzes auf die Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft
2. Die widersprüchliche Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft und die staatsmonopolistische Wissenschaftspolitik in der BRD: Die ökonomische und politische Funktion der Produktivkraft Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus (Rolle bei der kapitalistischen Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution, bei der Durchsetzung der Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals, Widerspruch zwischen ihrer staatsmonopolistischen Nutzung und den Interessen der Arbeiterklasse), Der Einfluß staatsmonopolistischer Wissenschaftspolitik auf die Förderung und Hemmung der Produktivkraft Wissenschaft; Die staatsmonopolistische Politik der "Forschungsförderung" - Faktor der verstärkten ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft; Staatsmonopolistische Formen der Forschungsförderung und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft. Zur Notwendigkeit und Möglichkeit einer demokratischen Alternative zur staatsmonopolistischen Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft

Günter Reichert

POLITISCHE UND SOZIALE PROBLEME DER VERTIEFUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN ARBEITSTEILUNG UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER SCHULEN DER SOZIALISTISCHEN ARBEIT IM VEB MIKROMAT DRESDEN, BETRIEB DES VEB WERKZEUGMASCHINENKOMBINATES "FRITZ HECKERT", KARL-MARX-STADT

Dissertation A (10. 12. 1974)

Technische Universität Dresden

2. Zur Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als Faktor der Erhöhung des Wirkungsgrades der gesellschaftlichen Arbeit im Sozialismus: Die gesellschaftliche Arbeitsteilung - wesentliches Element des Prozesses der Vergesellschaftung der Arbeit und Erscheinungsform der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Zur Vertiefung der Arbeitsteilung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Zu politischen und sozialen Problemen bei der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Kombinatbetrieb
3. Zu ausgewählten Faktoren der Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Kombinatbetrieb und ihrer Bedeutung für die planmäßige Gestaltung der Prozesse der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung: Zu Problemen der sozialistischen Demokratie im Industriebetrieb, Sozialistische Demokratie und Arbeitskollektiv. Zu Problemen der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung der Werktätigen unter dem Aspekt der Anwendung sowjetischer Erfahrungen in den Schulen der sozialistischen Arbeit
4. Schlußfolgerungen für die Führungstätigkeit einer Grundorganisation der SED zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie, insbesondere durch die Organisation des marxistisch-leninistischen Studiums der Werktätigen für die bewußte Durchsetzung des Prozesses der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung

Hans-Joachim Rieck

DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND URUGUAY VOM AUSGEHENDEN 19. JAHRHUNDERT BIS ZUM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES  
ZUR DEUTSCHEN HANDELS- UND AUSSENPOLITIK GEGENÜBER URUGUAY MIT BERÜCKSICHTIGUNG SEINER NACHBARSTAATEN

Dissertation A (16. 4. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Uruguay nach der Befreiung vom spanischen Kolonialismus: Die Klassenlage; Die Arbeiterklasse und ihre soziale Lage; Die Bourgeoisie und die Latifundistas. Die politische Entwicklung. Die ökonomische Entwicklung; Die wirtschaftlichen Grundlagen Uruguays; Der Außenhandel
3. Uruguay und Deutschland 1898 bis 1914: Die staatlichen Beziehungen und die deutsche Auswanderung. Die Arbeiterbewegung. Die uruguayischen Handelsbeziehungen - Kapitalinvestitionen in Uruguay. Uruguayischer Gesetzentwurf einer Drogen- und Apothekerordnung. Der Hafenausbau in Montevideo. Die Deutsch-Südamerikanische Telegraphengesellschaft. Krupp und Uruguays Militär und Flotte

4. Uruguay und Deutschland 1914 - 1918: Die uruguayische Wirtschaft und das Vordringen der USA. Die deutsch-uruguayischen Handelsbeziehungen vor und im ersten Weltkriege. Der U-Bootkrieg. Die deutschen Schiffsverkaufsverbote und die Schiffskonfiszierungen in Uruguay. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen

Heinz Rümmler /Günter Schneider

#### DIE SOZIALISTISCHE RATIONALISIERUNG ALS STÄNDIGE AUFGABENSTELLUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK DER SED BEIM AUFBAU DES SOZIALISMUS IN DER DDR UND IHRE NEUEN ZÜGE NACH DEM VIII. PARTEITAG

Dissertation B (19. 12. 1974)

Technische Universität Dresden

1. Die grundsätzliche Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Rationalisierung - Die sozialistische Rationalisierung als ständige Aufgabe des sozialistischen Wirtschaftens
2. Die sozialistische Rationalisierung in der DDR unter den Bedingungen der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus (fünfziger Jahre)
3. Die Rolle der sozialistischen Rationalisierung in der Wirtschaftspolitik der SED zur Gestaltung der Wirtschaft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft: Die Notwendigkeit des Übergangs zur vorrangig intensiv erweiterten Reproduktion in den sechziger Jahren. Die Entwicklung der sozialistischen Rationalisierung zu einer Hauptlinie der Wirtschaftspolitik der SED. Die Bestimmung der sozialistischen Rationalisierung als erstrangige politische und ökonomische Aufgabe bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durch den VIII. Parteitag der SED (Die Notwendigkeit eines hohen Tempos des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sozialistische Rationalisierung als entscheidende Aufgabe zu seiner Beschleunigung sowie als ein Schwerpunkt der wissenschaftlich-technischen Arbeit, Vorrang der sozialistischen Rationalisierung in der Investitionspolitik); (Weiterentwicklung der Masseninitiative, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen); Sozialistische Rationalisierung und sozialistische ökonomische Integration

Hilmar Sachse

#### VORAUSSETZUNGEN UND METHODEN ZUR ERZIELUNG VON MONOPOLPROFIT IN DER RÜSTUNGSWIRTSCHAFT DER BRD

Dissertation B (25. 10. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Bedingungen des Wirksamwerdens von Methoden zur Realisierung von Monopolprofit in der Rüstungswirtschaft der BRD: Zum staatsmonopolistischen Charakter der Rüstungswirtschaft, Wechselbeziehungen zwischen ziviler und militärischer Produktion sowie Forschung und Entwicklung, Der Einfluß der Industrialisierung der Forschung und Entwicklung auf die Rüstungswirtschaft, Die Einordnung der Rüstungswirtschaft in das staatsmonopolistische Wirtschaftsgefüge der BRD; Die Schwerpunkte der Rüstungsforschung, -entwicklung und -produktion; Die staatsmonopolistische Grundstruktur der Rüstungswirtschaft;

Rüstungsmarkt und Rüstungsaufträge; Der staatsmonopolistische Konkurrenzmechanismus der Rüstungswirtschaft

2. Wesenszüge und Spezifik der Kapitalverwertung in der Rüstungswirtschaft der BRD: Grundlagen und Voraussetzungen, Bedeutung staatlicher Kredite und Subventionen, Hauptwege zur Durchsetzung staatlicher Kreditierung und Subventionierung in der Rüstungswirtschaft (Steuersystem, Bewertung und Kalkulation), Kapitalverwertung über die Bereitstellung von produktivem Kapital, Das staatsmonopolistische Preissystem der Rüstungswirtschaft
3. Zum Mechanismus der Erzielung von Monopolprofit in der Forschung, Entwicklung und Produktion der Rüstungswirtschaft der BRD: Die Gestaltung der Monopolpreise, Die zivile Verwertung der militärischen Forschungs- und Entwicklungsergebnisse, Der Einfluß des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BMB)
4. Der Absatz- und Realisierungsmechanismus für Rüstungsgüter und -leistungen in der BRD: Der staatsmonopolistische Charakter der Warenzirkulation in der Rüstungswirtschaft, Die Entfaltung des Direktbezuges und die Monopolisierung des Absatzes, Die Spezifik der Marktforschung und -erschließung, Die Modifizierung der Werbung, Der Kampf zwischen Monopolen und Staat um die Verlagerung der Zirkulationskosten, Das Realisierungsproblem in der Rüstungswirtschaft und die Entwicklungstendenzen des Realisierungsmechanismus, Die Realisierung von Monopolprofit im Prozeß der Nutzung der Rüstungsgüter

Amir Schafabachs

ENTWICKLUNGSPROBLEME DER IRANISCHEN LANDWIRTSCHAFT UNTER DER BESONDEREN BERÜCKSICHTIGUNG DER POLITISCHEN UND ÖKONOMISCHEN UNABHÄNGIGKEITSBESTREBUNGEN UND DER ERHÖHUNG DES LEBENSNIVEAUS DES IRANISCHEN VOLKES

Dissertation A (30. 4. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Allgemeine Übersicht über den Iran (Geographische Daten, Stellung der Landwirtschaft innerhalb der iranischen Volkswirtschaft)
2. Natürliche Produktionsbedingungen der iranischen Landwirtschaft (Bodentypen, Klima)
3. Produktionsverhältnisse in der iranischen Landwirtschaft: Vor der Agrarreform von 1962 bis 1972; Das Verhältnis des Eigentums an Boden und Bewässerungsanlagen; Die Stiftungsländereien; Die Teilpacht - die vorherrschende Form der Ausbeutung in der Landwirtschaft. Produktionsverhältnisse nach der Agrarreform von 1962 bis 1972; Etappen der Bodenreform; Die ländlichen Genossenschaften; Die Agraraktiengesellschaften; Die Kapitalbeteiligung ausländischer Monopole in der Landwirtschaft. Die Agrarreform - ein Hauptbestandteil des Reformprogrammes der iranischen Regierung zur Forcierung der kapitalistischen Entwicklung
4. Der gegenwärtige Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverfahren in der iranischen Landwirtschaft: Arbeitskräfte, Landwirtschaftliche Nutzfläche, Technische Ausstattung, Bewässerung, Düngung, Schädlingsbekämpfung



5. Probleme bei der Produktion und der Vermarktung landwirtschaftlicher Haupterzeugnisse: Getreide, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Landwirtschaftliche Rohstoffe, Tierische Erzeugnisse

Jürgen Schaumburg

STAATLICHE FÖRDERUNG DES KONZENTRATIONS- UND ZENTRALISATIONS-PROZESSES DES KAPITALS IN DER HANDELSFLOTTE DER BRD MIT HILFE FINANZPOLITISCHER MASSNAHMEN

Dissertation A (7. 6. 1974)

Universität Rostock

1. Ursachen der finanzpolitischen Förderung der Handelsflotte der BRD
2. Das Wesen und die Ziele der finanzpolitischen Förderung der Handelsflotte der BRD
3. Periodisierung
4. Formen
5. Auswirkungen: Auswirkungen auf die Handelsflotte der BRD; Der Kredit- und Steuerersparnis-effekt der überhöhten Abschreibungen - Auswirkungen auf den Reproduktionseffekt; Auswirkungen auf die Schiffbauindustrie der BRD sowie auf die Handelsflotten anderer Länder
6. Entwicklungstendenzen der finanzpolitischen Förderung der Handelsflotte der BRD

Jürgen Schmädicke

DAS SCHEITERN DER EWG-VERKEHRSPOLITIK IN IHRER ÜBERGANGS-PERIODE, DARGESTELLT UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER INFRASTRUKTUR FÜR DIE BINNENSCHIFFFAHRT IN DER BRD

Dissertation A (3. 10. 1975)

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden

1. Die Verkehrspolitik in der supranationalen imperialistischen Wirtschaftsgrup-pierung EWG: Zur Kennzeichnung der imperialistischen Wirtschaftsintegration Westeuropas in den fünfziger und sechziger Jahren, Zielsetzungen und Grenzen der EWG-Verkehrspolitik
2. Die Stellung der Verkehrsinfrastrukturpolitik innerhalb der Bemühungen um eine EWG-Verkehrspolitik: Die Verkehrsinfrastruktur und ihre Einordnung in die imperialistische Wirtschaftspolitik, Die Bemühungen der Organe der EWG um eine "gemeinsame" Verkehrsinfrastrukturpolitik; Die Vorschläge und Emp-fehlungen der Kommission; Die erste Entscheidung des Rates - Bankrotterklä-rung für die supranationale Verkehrsinfrastrukturpolitik der EWG; Einbindung der Wegekostenproblematik in die EWG-Verkehrsinfrastruktur
3. Die Stellung der Binnenschifffahrt in der supranationalen imperialistischen Ver-kehrspolitik der EWG: Die "Randlage" der Binnenschifffahrt in der imperiali-stischen Verkehrspolitik, Leistungsbild und Leistungsentwicklung der Binnen-

schifffahrt in der BRD, den Niederlanden, Belgien und Frankreich in der Übergangsperiode der EWG. Zur historischen Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Rhein

4. Die historische Entwicklung und ökonomische Bedeutung der Wasserstraßen: Zur historischen Entwicklung der Binnenwasserstraßen in den Ländern, die sich 1957 zur EWG zusammenschlossen. Wirkungen der Wasserstraßen auf die ökonomische Entwicklung
5. Kennzeichen der Wasserstraßenpolitik der BRD während der Übergangsperiode der EWG: Die verfassungsrechtliche Zuordnung der Wasserstraßen in der BRD. Schwerpunkte der Wasserstraßenpolitik in der BRD (intensiver oder extensiver Ausbau). Das Primat der nationalen Aufgaben in der Wasserstraßenpolitik

Peter Schneck

DIE SOZIALMEDIZINISCHEN ASPEKTE DER LAGE DER ARBEITERINNEN IN DEUTSCHLAND IM LETZTEN DRITTEL DES 19. JAHRHUNDERTS - DARGESTELLT ANHAND DER SOZIALEN UND GESUNDHEITLICHEN VERHÄLTNISSE DER FABRIKARBEITERINNEN IN DER SÄCHSISCHEN OBERLAUSITZ

Dissertation A (17. 4. 1975)

Technische Universität Dresden

1. Zielsetzung und Methodik. Stand der Forschung. Die Quellenlage. Das Untersuchungsgebiet
2. Entwicklungstendenzen in Ökonomie und Politik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: Die sozialökonomische Entwicklung von 1870 bis 1900; Die Entwicklung der Produktivkräfte; Die Lage der Arbeiterinnen. Die Frau als Industriearbeiterin
3. Die Gesundheitsverhältnisse der Fabrikarbeiterinnen in der sächsischen Oberlausitz (1870 bis 1900): Allgemeine Zusammenhänge zwischen Gesundheitszustand und Fabrikarbeit der Frau. Die Morbidität und Mortalität der Arbeiterinnen. Die Säuglingssterblichkeit
4. Der Kampf für einen staatlichen Gesundheitsschutz der arbeitenden Frau. Die sozialökonomischen Grundlagen des Gesundheitsschutzes für die Arbeiterinnen und die Forderungen der Arbeiterklasse. Die historische Entwicklung der ersten Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen. Zur Wirksamkeit der bürgerlichen Arbeiterinnenschutzgesetzgebung

Bernd Schöne

KULTUR UND LEBENSWEISE WESTLAUSITZER BANDWEBER IM MANUFAKTURKAPITALISMUS UND WÄHREND DER ERSTEN PHASE DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION 1750 - 1850

Dissertation A (15. 5. 1975)

Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin

1. Übersichtskarten über die Verbreitung der Bandweberei in der Westlausitz

2. Zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Westlausitz: Bevölkerungsmäßige Voraussetzungen für die Bandweberei (Bevölkerungsentwicklung und dörfliche Sozialstruktur). Die Entwicklung der Bandweberei in der Westlausitz - Formen der Arbeitsorganisation. Die Entwicklung der Arbeitsinstrumente in der Bandweberei - Schöpferische Leistungen der Bandweber auf dem Gebiet der Entwicklung und Verbesserung des Arbeitsgerätes und Textilproduktes
3. Die Bandweber als spezifische ökonomische und soziale Gruppe in der dörflichen Gesellschaftsstruktur
4. Das Haus und die Wohnweise der Bandweber
5. Bildungsstand und kulturelle und schöpferische Leistungen der Bandweber

Walter Schug

DIE BINNENWANDERUNG DES STADTKREISES ERFURT UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER ALTERS-, GESCHLECHTS- UND BERUFGSLIEDERUNG DER ZU- UND WEGZIEHENDEN

Dissertation A (7. 2. 1974)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

3. Die ökonomisch-politische Entwicklung der Stadt Erfurt unter besonderer Berücksichtigung der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung bis 1945
4. Die Binnenwanderung der Stadt Erfurt in den Jahren 1945 bis 1961
5. Die Entwicklung der Binnenwanderung in der Deutschen Demokratischen Republik nach 1961
6. Die Binnenwanderungsbilanzen des Bezirkes Erfurt: Allgemeine Übersicht über die Bevölkerung und die ökonomische Stellung des Bezirkes. Die Wanderungsbeziehungen mit den Bezirken der DDR. Die Wanderungen innerhalb des Bezirkes
7. Die Binnenwanderungsbilanzen der Stadt Erfurt in den Jahren 1962 bis 1969: Ökonomische Entwicklung der Stadt. Allgemeine Übersicht über die Binnenwanderungsbilanzen der Stadt. Die Binnenwanderungsbilanzen der Stadt Erfurt mit ausgewählten Bezirken der DDR sowie mit ausgewählten Kreisen des Bezirkes Erfurt. Wanderungsbeziehungen der Stadt Erfurt mit den Kreisen der DDR von 1962 bis 1965
9. - 11. Die Binnenwanderung der Stadt Erfurt nach Altersgruppen, nach dem Geschlecht sowie nach Monaten und Geschlecht
13. Die Berufsgliederung der zu- und wegziehenden Personen
14. Die gegenwärtigen Motive für den Zuzug nach und den Wegzug aus Erfurt
15. Der Arbeitskräftebedarf der Stadt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze
16. Die Binnenwanderung in Abhängigkeit von den Wohnverhältnissen und dem Wohnungsbauprogramm
17. Prognostische Einschätzung der Binnenwanderung für den Stadtkreis Erfurt bis zum Jahre 1980

DIE ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER INDUSTRIELLEN ZWEIG- UND STANDORTSTRUKTUR BURMAS UND DIE DAR AUS RESULTIERENDEN MÖGLICHKEITEN FÜR DIE AUSSENWIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN DER DDR

Dissertation A (8. 2. 1973)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Die Rolle der Industrie in der Volkswirtschaft Burmas: Grundsätzliche Bemerkungen zur Bedeutung der Industrie und der Entwicklung einer rationellen Industriezweigstruktur für die Beschleunigung des volkswirtschaftlichen Wachstumstempos in den Entwicklungsländern. Die Hauptwesenszüge der Struktur der industriellen Produktion in Burma (Einflußfaktoren: natürliche Bedingungen, demographischer Faktor, Entwicklung der Produktionsverhältnisse). Einige grundlegende Beziehungen der Industrie zur Gesamtwirtschaft in Burma (Anteil der Industrie am gesellschaftlichen Gesamtprodukt, an den Arbeitskräften, den Investitionen, am Außenhandel). Die Herausbildung einiger Grundproportionen der gegenwärtigen Industriezweigstruktur (Verhältnis zwischen extraktiver und verarbeitender Industrie, Schwer- und Leichtindustrie, Groß- und Kleinindustrie, Entwicklung der Besitzverhältnisse in der Industrie)
2. Die Entwicklungstendenzen der Zweigstruktur der extraktiven Industrie und der übrigen rohstoffproduzierenden Bereiche der Volkswirtschaft: Natürliche Voraussetzungen des Bergbaus und der Mineralölgewinnung, Entwicklung der Zweigstruktur der extraktiven Industrie. Die Entwicklung der Forstwirtschaft und der Holzproduktion und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Holzverarbeitenden sowie der Zellulose- und Papierindustrie
3. Analyse der Entwicklungstendenzen der Zweigstruktur der verarbeitenden Industrie (Reisverarbeitung, übrige Zweige der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Holzverarbeitende Industrie), Entwicklungsstand und Perspektiven der dynamischen Zweige, der übrigen verarbeitenden Industrie. Die Produktion von Elektroenergie und die Elektrifizierung des Landes als Voraussetzung für die Schaffung einer rationellen Industriezweigstruktur. Die verarbeitende Industrie, Perspektiven der endgültigen Überwindung der kolonialen Deformation der Industriezweig- und Standortstruktur der materiellen Produktivkräfte als Grundvoraussetzung für die Erzielung eines hohen Wachstumstempos der Industrieproduktion und der gesamten Volkswirtschaft
4. Die Entwicklungstendenzen des burmesischen Außenhandels: Entwicklungstendenzen der kommoditären Struktur des Außenhandels, Entwicklungstendenzen der territorialen Struktur des Außenhandels. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der Union von Burma, Schlußfolgerungen für die Entwicklung des Außenhandels der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Ausfuhr von Maschinen und kompletten Anlagen nach Burma und der Sicherung der Versorgung der DDR mit bestimmten Rohstoffen

1. Der "Mittleuropäische Wirtschaftsverein", der Vorläufer des "MWT" zur Realisierung der Mittleuropa-pläne des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1914 und während des 1. Weltkrieges: Gründer und Mitglieder, Aufgaben und Ziele in der Vorkriegsperiode, Tätigkeit in der Vorkriegszeit, Der "Mittleuropäische Wirtschaftsverein" als ein Organisationszentrum zur Realisierung des "Mittleuropa"-Kriegszieles
2. Die Entstehung der "Mittleuropäischen Wirtschaftstagung" (MEWT) - später "Mittleuropäischer Wirtschaftstag" (MWT) - als ein Sammelbecken wieder-auflebender Mittleuropa- und Europa-pläne in der Zeit der relativen Stabilisierung des kapitalistischen Systems: (u. a. :) Entstehung einer "Deutschen Gruppe" der MEWT, die Stellung der Spitzenverbände des deutschen Monopolkapitals und der offiziellen Außenpolitik zur MEWT, die Tätigkeit der MEWT (des MWT) 1927/29, Programme und Zielstellungen der "Deutschen Gruppe", Die Veranstaltungen der Wiener Zentrale - die Auseinandersetzung mit Gegenströmungen, Die Aktionen der Deutschen Gruppe, Umorientierung der Wirtschaftspolitik des deutschen Monopolkapitals am Vorabend der Weltwirtschaftskrise
3. Die Stellung und die Rolle des MWT während der Zeit der Weltwirtschaftskrise und beim Übergang zum faschistischen Herrschaftssystem in Deutschland: "Das Europa-Programm" des deutschen Imperialismus (Beginn der außenpolitischen Offensive, Die "nordwestliche Industrie - die reaktionärste und aggressivste Gruppe des deutschen Imperialismus), Die V. Tagung des MWT - ein Ausdruck sich verschärfender Widersprüche im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die Umgestaltung des MWT im Zusammenhang mit ersten praktischen Schritten zur Durchsetzung expansiver Ziele, Die VI. Tagung des MWT - ein Ausdruck der Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems. Die Deutsche Gruppe des MWT - ein politisches Büro des deutschen Imperialismus. Das Dresdner Mittleuropa-Institut, Die Deutsche Gruppe des MWT und das faschistische Herrschaftssystem
4. Die Stellung und die Tätigkeit des MWT im System des faschistischen deutschen Imperialismus: Der MWT als zwischenstaatliche Wirtschaftsorganisation des deutschen Monopolkapitals zur Erweiterung der ökonomischen Basis für die Kriegsvorbereitung, Die ökonomische und politische Unterwerfung der Völker Südosteuropas durch den deutschen Imperialismus. Die Tätigkeit des MWT im Zuge der faschistischen Großraumplanung während des zweiten Weltkrieges



Franjo Štefanec

## DIE GRUNDLAGEN UND DIE ENTWICKLUNG DES FREMDENVERKEHRS IN DER SFR JUGOSLAWIEN

Dissertation A (16. 9. 1974)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Analyse des jugoslawischen rezeptiven Fremdenverkehrs: Definition des Fremdenverkehrs und seine Grundlagen in Jugoslawien, Beschäftigung im Fremdenverkehr, Nationaleinkommen aus dem Fremdenverkehr, Deviseneinnahmen im Fremdenverkehr, Struktur nach der Leistungsart und dem Eigentum, nach traditionellen Aspekten, nach der Herkunft der Gäste, Saisonstruktur
2. Zur Ökonomik des Fremdenverkehrs: Motive des Fremdenverkehrs, Voraussetzungen des Fremdenverkehrs: Einführende Bemerkungen zur Systematisierung; Voraussetzungen des initiativen Fremdenverkehrs (Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, Nationaleinkommen und persönliches Einkommen, Urbanisation, Soziale Gesetzgebung, Politik des sozialen Fremdenverkehrs, Kulturturniveau, Internationale initiative Fremdenverkehrspolitik); Gemeinsame Voraussetzungen für den initiativen und den rezeptiven Fremdenverkehr (Makroverkehr, Mikroverkehr, Nachrichtenverhältnisse, Touristische Institutionen, Internationale Verhältnisse); Voraussetzungen des rezeptiven Fremdenverkehrs (nationale Voraussetzungen, Anthropogene Voraussetzungen, Niveau der Lebensbedingungen, Politik des rezeptiven Fremdenverkehrs), Generelle Tendenzen des Fremdenverkehrs - Verkehrsströme (Zentrifugale, zentripedale, zwischenstädtische, zwischenstaatliche, kontinentale und interkontinentale), Ziele der Fremdenverkehrsentwicklung und ihre Begrenzungen
3. Probleme der Planung des Fremdenverkehrs in Jugoslawien: Ökonomisch-mathematische Modelle, Methode der kleinsten Quadrate, Vorausbestimmung der quantitativen Änderungen der Wirtschafterscheinungen mit Hilfe eines ökonomisch-mathematischen Modells, Vorausbestimmung der Fremdenverkehrsentwicklung in Jugoslawien für den Zeitraum 1970 bis 1980, Grenzen der Entwicklung des rezeptiven Fremdenverkehrs in Jugoslawien (Natürliche Grenzen, Rekreationsbedürfnisse der inländischen Bevölkerung, Rentabilität des internationalen rezeptiven Rekreationsfremdenverkehrs)

Samir Tahir

## UNTERSUCHUNGEN ZUR SITUATION UND ZUR ENTWICKLUNG VON AUFKOMMEN UND VERBRAUCH VON HOLZERZEUGNISSEN IM IRAK ALS GRUNDLAGE FÜR DEN AUFBAU MODERNER HOLZINDUSTRIEZWEIGE (UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER ZELLSTOFF- UND PAPIERINDUSTRIE)

Dissertation A (29. 7. 1974)

Technische Universität Dresden

3. Demographische Charakteristika und natürliche Ressourcen des Irak
4. Ökonomische Situationen des Irak (Landwirtschaft, Industrie, Außenhandel)
5. Entwicklung der Produktion und des Verbrauches von Holz und Holzprodukten bis zum Jahre 1970

6. Künftiger Verbrauch des Irak an Holz und Holzprodukten und Möglichkeiten seiner Befriedigung aus eigenem Aufkommen
7. Möglichkeiten des Aufbaues einer Holzindustrie

Bernhard Tesche

IMPERIALISTISCHE KOLONIALHERRSCHAFT UND "ARBEITERFRAGE". DIE "ARBEITERFRAGE" IN DER KOLONIE "DEUTSCH-OSTAFRIKA" 1885 - 1905 UND IHRE BEDEUTUNG IM SYSTEM DER KOLONIALAUSBEUTUNG

Dissertation A (24. 6. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Die "Arbeiterfrage" in der Annexionsperiode 1884 bis 1890: Voraussetzungen, Erste Ausbeutungsversuche und "Arbeiterfrage" (Kolonialziele und "Arbeiterfrage"; Die Gründung der ersten Plantagen und die Beschaffung von Arbeitern; Die Verhältnisse auf Stationen und Plantagen), Das Scheitern der Politik der Plantagensellschaften und die "Arbeiterfrage" (Der Widerstand der Afrikaner; Die Übernahme des Schutzgebietes durch das Deutsche Reich)
3. Die Entwicklung der "Arbeiterfrage" in der Phase verschärfter und umfassender Ausbeutung (1890 bis 1905): Der Beginn systematischer Unterwerfung und der Ausbau des Herrschaftsapparates. Hauptlinien der wirtschaftlichen Entwicklung. Die "Arbeiterfrage" als zentrales Problem (Kapitalistische Kolonialausbeutung und "Arbeiterfrage"; Klagen von Plantagenunternehmungen und Siedlern über das Arbeiterproblem und erste Versuche zu dessen Lösung; Um Zwangsarbeit und Fremdarbeiter; Eisenbahnbau, Haus- und Hüttensteuer, Arbeiterrekrutierungen, Arbeitergesetzgebung und Zwangskulturen - Ausweg aus der Krise der Kolonialpolitik?
4. Bilanz und Ausblick

Günter Weidenhausen

DIE EURATOM ALS INSTRUMENT EINER GEMEINSAMEN TECHNOLOGIEPOLITIK WESTEUROPÄISCHER IMPERIALISTISCHER MÄCHTE

Dissertation A (11. 10. 1974)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Allgemeine Ursachen für die Internationalisierung der Wirtschaft und der kapitalistischen ökonomischen Integration, Wesen und Widersprüche, Hauptursachen; Spezifische Ursachen der Gründung der Euratom
2. Ergebnisse und Widersprüche in der Entwicklung der Euratom bei der Durchsetzung einer "gemeinsamen" Technologiepolitik im Kernenergiebereich: Euratom als Bestandteil einer allgemeinen Technologiepolitik der westeuropäischen kapitalistischen Staaten; Gründe, Wesen und Widersprüche der imperialistischen "gemeinsamen" Technologiepolitik als Bestandteil der Wirtschaftspolitik und ihr monopolistischer Charakter; Formen und Wirkungsweise der überstaatlichen Vereinigungen; Die Entwicklung der Euratom, Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Rahmen der Euratom; Die objektive Notwendigkeit der Errichtung von Großforschungszentren; Supranationale Großforschungszentren innerhalb der Euratom; Ergebnisse der Euratomforschungsprogram-

me, Ergebnisse, Widersprüche und Entwicklungstendenzen beim Reaktorbau (erste Generation, neue Typen). Probleme und Widersprüche bei der Beherrschung des Brennstoffkreislaufs

3. Versuch einer mittelfristigen marxistisch-leninistischen Prognose über die Entwicklung der Euratom
4. Einige Schlußfolgerungen aus der "gemeinsamen" Technologiepolitik der Euratom für die antiimperialistische Strategie der Arbeiterklasse

Elvira Wenda

## ÖKONOMISCHE PROPORTIONEN UND PROPORTIONALITÄT IN DER GEMEINSCHAFT DES RGW - ZUR DIALEKTIK VON NATIONALER UND INTERNATIONALER WIRKUNG DES GESETZES DER PLANMÄSSIGEN PROPORTIONALEN ENTWICKLUNG

Dissertation A (31. 1. 1974)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Objektive Grundlagen für die Entfaltung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung in der sozialistischen Weltwirtschaft; Die Internationalisierung der sozialistischen Produktion und die Herausbildung ökonomischer Proportionen in der sozialistischen Weltwirtschaft. Die Entfaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der sozialistischen Weltwirtschaft - Grundlage für die bewußte Herstellung der Proportionalität. Zum Problem der Konkretisierung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung auf der Ebene der sozialistischen Weltwirtschaft
2. Die Entwicklung national und international verflochtener Proportionalitätserfordernisse im Prozeß der Annäherung und Verflechtung der sozialistischen Volkswirtschaften: Die planmäßige Entwicklung komplexer sozialistischer Volkswirtschaften und die Annäherung ihrer Grundstrukturen und Grundproportionen. Die gesamtvolkswirtschaftliche Annäherung und Verflechtung der sozialistischen Staaten. Die internationale Verflechtung der Produktion von ausgewählten Schwerpunktgebieten
3. Die Konkretisierung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung auf der internationalen Ebene: Die Herausbildung spezifischer Züge des Inhalts des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung im Prozeß der Annäherung und Verflechtung der sozialistischen Volkswirtschaften und in der sozialistischen ökonomischen Integration. Die Dialektik nationaler und internationaler Proportionalitätserfordernisse und Proportionen. Einige Anforderungen aus der internationalen Entfaltung der objektiven Grundlagen des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung an die gemeinsame Planungstätigkeit der RGW-Länder

Dagmar Zink

ZUR ÖKONOMISCHEN POLITIK DES RATES DER VOLKSBEAUFTRAGTEN  
IN DER NOVEMBERREVOLUTION 1918/19

Dissertation A (7. 1. 1975)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Die politisch-ökonomischen Ziele der verschiedenen Klassenkräfte am Vorabend und unmittelbar bei Ausbruch der Novemberrevolution
2. Die politisch-ökonomischen Maßnahmen des Rates der Volksbeauftragten zur Verhinderung des Fortganges der Revolution
3. Die ökonomische Politik des Rates der Volksbeauftragten im Zusammenhang mit den Angriffen der Konterrevolution
4. Die weiteren Auseinandersetzungen auf ökonomisch-politischem Gebiet nach dem 1. Reichsrätekongreß

Hartmut Zwahr

ZUR KONSTITUIERUNG DES PROLETARIATS ALS KLASSE. STRUKTURUNTERSUCHUNGEN ÜBER DAS LEIPZIGER PROLETARIAT WÄHREND DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION

Dissertation B (20. 3. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die ökonomische Konstituierung des Leipziger Proletariats als Teil der deutschen Arbeiterklasse: Grundzüge der Entwicklung von Bourgeoisie und Proletariat in Leipzig im Verlauf der industriellen Revolution in Deutschland. Die Stellung einzelner Lohnarbeitergruppen im Produktions- und Ausbeutungsprozeß, Vom Zunftgesellen-Lohnarbeiter zum Manufaktur- und Fabrikgesellen, Die Handarbeiter in der Stadt Leipzig und den umliegenden Dörfern, Die Buchdruckereiarbeiter, Die Buchbindereiarbeiter, Die Zigarrenarbeiter sowie mit ihnen kooperierende Arbeitergruppen. Das Leipziger Fabrik- und Manufakturproletariat im letzten Jahrzehnt der industriellen Revolution in Deutschland
2. Die soziale Konstituierung des Leipziger Proletariats als Teil der deutschen Arbeiterklasse: Die Entstehung von Arbeiterfamilien in Leipzig und den stadtnahen Dörfern. Zur sozialen Herkunft des Leipziger Proletariats und zur Entstehung eines geborenen (erblichen) Proletariats. Sein Umfang und seine Herkunft am Ende der industriellen Revolution. Die territoriale Herkunft der Arbeiter. Die soziale Integration der proletarischen Gruppe in die sich allseitig formierende Arbeiterklasse. Die Bevölkerungsbewegung im Untersuchungszeitraum und die Abdrängung des messesstädtischen Proletariats auf die umliegenden Dörfer
3. Die politisch-ideologische Konstituierung des Leipziger Proletariats als Teil der deutschen Arbeiterklasse: Die Arbeiter in den Leipziger Septemberunruhen 1830. Die Bewegung der Leipziger Arbeiter in der ersten Periode ihrer Formierung von 1830 bis 1841, in der zweiten Periode 1841 bis 1848, in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49. Im Ringen um den Fortbestand der proletarischen Klassenbewegung. Der Beitrag der Arbeiter Leipzigs zum neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung und zur Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands

## AUTORENVERZEICHNIS

- Arešjan, Grigori E., Aspirant, Archäologisches Institut, Akademie der Wissenschaften der Armenischen SSR, Jerevan.
- Barth, Ernst, Dr. rer. oec., Lektor, Sektion Marxismus-Leninismus und Staatsbürgerkunde, Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie, Pädagogische Hochschule "Ernst Schneller", Zwickau.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Altertums, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Grünert, Holle - Birgit, Dipl.-Ökonom, Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie Kapitalismus/Geschichte der Politischen Ökonomie, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Heitz, Gerhard, Prof. Dr. sc. phil., Ordentlicher Professor, Direktor der Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Jacobeit, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Direktor des Museums für Volkskunde, Staatliche Museen zu Berlin.
- Jindra, Zdeněk, PhDr. CSc., Oberassistent, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für allgemeine Geschichte, Karls-Universität Prag.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Klemm, Volker, Prof. Dr. phil. et agr. habil., Hochschuldozent, Leiter der Arbeitsgruppe Agrargeschichte, Sektion Pflanzenproduktion, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Müller, Harald, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Obermann, Karl, Prof. Dr. phil. habil., Prof. em., Berlin.
- Petrick, Fritz, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Geschichte, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.



Rehbein, Elfriede, Prof. Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schmidt, Waltraud, Prof. Dr. rer. oec. habil., Dozent, Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.

Thümmeler, Heinzpeter, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Холле Грюнерт, К роли энергии в процессе обобществления производства на фазах капиталистической индустриализации
- Вальтраут Шмидт, К вопросу развития условий воспроизводства рабочей силы в Индии
- Хайнцпетер Тумлер, К проблеме регионального развития населения в Германии с 1816 по 1871 год
- Карл Оберманн, Избиратели и выборщики, их социальное происхождение и участие в выборах 1848 года в Силезии. Исследование к теме: Роль выборов 1848 года
- Григорий Е. Арешян, Раннее классовое общество в северо-восточной части армянского нагорья
- Хорст Хандке, Об изменения социальных различий при социализме
- Йорг Рёслер, Интенсификация и научно-технический прогресс.
- Хорст Хандке, Кто для кого создает мнение? Аспекты и позиции при представлении исторического развития промышленности сознания на основе некоторых публикаций
- Юрген Кучинский, Печальные соображения по поводу того, как мы ещё далеки до удовлетворительной истории общественных наук
- Элфриде Ребайн, Строительство автострад и подготовка к войне
- Харалд Мюллер, Экономика и политика в последние десятилетия много-национального государства
- Герхард Хайтц, Сельское хозяйство - аграрная конституция - крестьянство
- Фолькер Клемм, Аграрная наука как производительная сила во второй половине 18-ого столетия
- Хаген Фишер, Социальные вопросы, производство и производители
- Зденек Индра/Эрнст Барт, Некоторые замечания к исследованию и представлению истории чехословацкой черной металлургии
- Вольфганг Якобайт, Влияние индустриализации на сельское хозяйство начиная с 1800 года /с 5 по 10 апреля 1976 г. в Рединге/
- Фритц Петрик, Два ключевых документа к фашистскому "разделу европейской алюминиевой промышленности"
- Записки высших школ по истории экономики /Рenate Гюнтер/

## CONTENS

- Holle Grünert, On the role of energy in the socialisation of production during phases of the capitalist industrialisation
- Waltraut Schmidt, On the development of conditions of reproduction of the working power in India
- Heinzpeter Thümmler, On the regional development of population in Germany 1816 to 1871
- Karl Obermann, Voters and electors, their social origin and their participation in the elections 1848 in Silesia. A study on the role of the elections 1848
- Grigori E. Aresĵan, The early class-society in north-eastern Armenian highland
- Horst Handke, On changes of social distinctions in Socialism
- Jörg Roesler, Intensification and scientific-technical progress. Remarks of an economic-historian
- Jürgen Kuczynski, Sad considerations on how far we still are from a sufficient history of the social sciences
- Horst Handke, Who produces opinion for whom? Aspects and positions at the representation of the historical development of the industry of consciousness
- Elfriede Rehbein, Autobahn-construction and war-preparation
- Harald Müller, Economy and politics during the last decades of a multinational state
- Gerhard Heitz, Agriculture-agrarian conditions-peasantry
- Volker Klemm, Agrarian science as productive force during the second half of the 18th century
- Hagen Fischer, Social problems, production and producers
- Zdeněk Jindra / Ernst Barth, Some remarks on the research and representation of a history of czechoslovakian iron works industry
- Wolfgang Jacobeit, The influence of the industrialisation on agriculture since 1800 (April 5th to April 10th 1976 at Reading)
- Fritz Petrick, Two key documents on the fascist "repartition of the European aluminium industry"
- University publications on economic history (Renate Günther)

## CONTENU

- Holle Grünert, Sur le rôle de l'énergie au procès de socialisation de la production au cours de phases de l'industrialisation capitaliste
- Waltraut Schmidt, Remarques sur les conditions de reproduction de la main-d'oeuvre aux Indes
- Heinzpeter Thümmler, Quelques remarques sur le développement régional de la population en Allemagne de 1816 - 1871
- Karl Obermann, Des électeurs au premier et au second degré, leur origine sociale et leur participation aux élections de 1848 en Silésie. Étude sur le rôle des élections de 1848
- Grigori E. Aresjan, La société de classes primitive au nord-est du massif montagneux arménien
- Horst Handke, Reflexions sur le changement des distinctions sociales au socialisme
- Jörg Roesler, Intensification et progrès scientifico-technique. Observations faites par un historien d'économie
- Jürgen Kuczynski, Réflexions bien accablantes de devoir constater combien loin nous nous encore trouvons d'une histoire suffisante des sciences sociales
- Horst Handke, Qui fait des opinions, et pour qui? Aspects et positions à la description du développement historique de l'industrie des consciences en s'appuyant sur quelques publications
- Elfriede Rehbein, Construction des autoroutes et préparatifs de guerre
- Harald Müller, Économie et politique des dernières décennies d'un Etat polynésien
- Gerhard Heitz, Agriculture - constitution agraire - paysannerie
- Volker Klemm, Science agraire comme force productive pendant la deuxième moitié du 18<sup>e</sup> siècle
- Hagen Fischer, Questions sociales, production et producteurs
- Zdeněk Jindra / Ernst Barth, Quelques observations sur l'étude et la présentation d'une histoire de l'industrie sidérurgique tchécoslovaque
- Wolfgang Jacobeit, L'influence de l'industrialisation sur l'agriculture dès 1800 (du cinq au dix avril 1976 à Reading)
- Fritz Petrick, Deux documents-clé concernant la répartition de l'industrie d'aluminium en Europe par les fascistes
- Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)

## SUMARIO

- Holle Grünert, Acerca del papel de la energía al socializar la producción durante fases de la industrialización capitalista
- Waltraut Schmidt, Acerca del desarrollo de las condiciones de la reproducción referente a la mano de obra en la India
- Heinzpeter Thümmler, Acerca del desarrollo regional de la población en Alemania desde hace 1816 hasta 1871
- Karl Obermann, Electores y representantes de los electores, su origen social y su participación en las elecciones de Silesia en 1848. Un estudio acerca del papel de las elecciones de 1848
- Grigori E. Aresjan, La sociedad clasista temprana en las tierras altas nordestes de Armenia
- Horst Handke, Sobre cambios de las diferencias sociales en el socialismo
- Jörg Roesler, Aumento de la intensidad y el progreso científico-técnico. Notas de un historiador en asuntos de historia económica
- Jürgen Kuczynski, Reflexiones tristes acerca de lo lejos que estamos aún de una historia suficiente sobre las ciencias sociales
- Horst Handke, ¿Quién produce opinión para quién? Aspectos y posiciones al describir el desarrollo histórico de la "industria para la producción de conciencia" a base de unas publicaciones
- Elfriede Rehbein, La construcción de las autoestradas y la preparación de la guerra
- Harald Müller, Economía y política durante las últimas décadas de un estado de varias naciones
- Gerhard Heitz, Agricultura - estado agraria-campesinado
- Volker Klemm, La ciencia agrícola como fuerza productiva en la segunda mitad del siglo XVIII
- Hagen Fischer, Problemas sociales, producción y productores
- Zdeněk Jindra / Ernst Barth, Unas apuntes acerca de la investigación y descripción de una historia de la industria siderúrgica checoslovaca
- Wolfgang Jacobeit, La influencia de la industrialización en la agricultura desde hace 1800 (el 5 hasta el 10 de abril de 1976 en Reading)
- Fritz Petrick, Dos documentos claves refiriéndose a la "repartición fascista de la industria del aluminio de Europa"
- Tratados universitarios acerca de historia económica (Renate Günther)



In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Axel Dorner/Otto Rennert

Zur Entwicklung des Binnenhandels während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf dem Gebiet der heutigen DDR

N. Smelov

Die Auseinandersetzung der KPD mit den reaktionären Kräften in der CDU im Kampf um die Durchsetzung der demokratischen Bodenreform (2. Halbjahr 1945)

Renate Schultze

Der verschärfte Klassenkampf auf wirtschaftspolitischem Gebiet in der DDR unmittelbar nach ihrer Gründung

Alexandru Suceveanu

Beiträge zur rechtlichen Struktur der landwirtschaftlichen Produktionsstätten in den westpontischen Städten (2. bis 3. Jahrhundert u. Z.)

Karl Lärmer

Jahrbuch-Forum: "Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik"

Elfriede Rehbein

Die Stellung des Transportwesens in den urgesellschaftlichen altorientalischen und antiken Produktionsweisen

Alfred Schröter

Schlaglichter aus der Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Horst Handke

Vom bürgerlichen Dilemma der Bestimmung des Bürgertums. Zu einem empirischen Versuch, aus sozialen Verhaltensweisen soziale Strukturen abzuleiten

Wolfgang Jacobeit/Hans-Heinrich Müller

Agrargeschichte und Volkskunde

Thomas Kuczynski

Ungarns Handwerkshistoriker auf neuen Wegen

Siegfried Epperlein

Zur Bedeutung des Handwerks sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Stellung der gewerblichen Produzenten in der mittelalterlichen russischen Stadt. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert (I)

V. E. Poletaev/I. L. Kornakovskij

Registrierkarten als historische Quelle zur Erforschung der Sozialstruktur von Produktionsarbeitern in Industriebetrieben

Siegfried Sonntag

Saisonale Schwankungen im Eisenbahnverkehr und ihre Entwicklung im Deutschen Reich (1924 bis 1942) und in den beiden deutschen Staaten (1950 bis 1974)

Sigrid Dillwitz

Quellen zur sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft im Deutschen Reich nach 1871

Dieter Baudis

Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften (19. November 1976 in Berlin)

Gert Au dring

Vergleichende Geschichte der dörflichen Gemeinschaften (25. bis 29. Mai 1976 in Warschau)

Stefan Oehmig

Zur Rolle des Bürgertums in der deutschen frühbürgerlichen Revolution (25. November 1975 in Berlin)

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 10. Lieferung

Gertrud Helling

# Nahrungsmittel – Produktion und Weltaußenhandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts

(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Band 10)

1977. 400 Seiten — gr. 8° — Leinen etwa 40,— M  
Bestell-Nr. 752 914 7 (2140/10)

Gertrud Helling, eine Schülerin Jürgen Kuczynskis, hat sich durch mehrere Publikationen zur Agrarstatistik als ausgezeichnete Wirtschaftshistorikerin ausgewiesen.

Dieser Band stellt eine zusammenfassende Veröffentlichung ihres wissenschaftlichen Lebenswerkes dar. Ihr besonderer Wert besteht darin, daß exakte Statistiken über die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Gebiet der Landwirtschaft vorgelegt werden, die mehrere Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA) einschließen und einen langen historischen Zeitraum erfassen.

Weiterhin werden erstmals umfangreiche Statistiken über den Weltaußenhandel mit Nahrungsmitteln vorgelegt. Die dadurch entstehenden „Langen Reihen“ sind eine wichtige Grundlage für weitergehende Forschungen über die Geschichte der Produktivkräfte in der Landwirtschaft. Damit wird eine Forschungseinrichtung unserer Geschichtsschreibung gefördert, die einen gewissen Nachholebedarf hat und deren stärkere Entwicklung angestrebt wird.

*Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten*



AKADEMIE-VERLAG

DDR-108 Berlin, I eipziger Str. 3—4

Jürgen Kuczynski

# Vier Revolutionen der Produktivkräfte

Theorie und Vergleiche

Mit kritischen Bemerkungen und Ergänzungen von Wolfgang Jonas

**(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Band 8)**

1975. X, 194 Seiten — 2 Abbildungen — gr. 8° — 15,— M  
Bestell-Nr. 752 748 3 (2140/8)

Als Folge des Wachstums der Produktivkräfte entstehen neue, höhere Formen des gesellschaftlichen Lebens. Welches Wachstum der Produktivkräfte war nun verantwortlich für die Entstehung des Kapitalismus? Die große Industrielle Revolution, die um 1760 in England begann, kann es nicht gewesen sein, denn wir finden dort kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse dominierend lange vor 1760. Eines der Hauptthemen des Buches ist die Untersuchung der Entwicklung der Produktivkräfte in England und anderswo, die zur Schaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse führten und die Gesellschaft veränderten.

Welches Wachstum der Produktivkräfte war verantwortlich für die Entstehung des Sozialismus? Die wissenschaftlich-technische Revolution begann lange nach dem Entstehen des ersten sozialistischen Staates, der Sowjetunion. Welches Wachstum der Produktivkräfte verlangte eine grundlegende Veränderung der Produktions- und allgemein der gesellschaftlichen Verhältnisse, führte zu einer solchen Zuspitzung der Widersprüche, daß die Arbeiterklasse historisch in die Lage versetzt wurde, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten? Das ist ein zweites Hauptthema des Buches.

Wolfgang Jonas, dem wir die gründlichsten Überlegungen und Untersuchungen in unserer Republik über die Entwicklung der Produktivkräfte verdanken, erweiterte auf die Bitte des Autors seine kritischen Bemerkungen zu dem Manuskript und erlaubte ihm, sie in das Buch aufzunehmen, so daß der Leser den Vorteil hat, den Beginn des Meinungsstreits zugleich mit dem Buch des Autors selbst zu verfolgen.

*Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten*



AKADEMIE-VERLAG

DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4